C 21734 D

Zum Eingreifen der Linken in die Bundestagswahlen BEILAGE

Arbeiterkampf

Jg. 6\81 31.5.76

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

„Entspannungs"schwindel – Warum?

Am 22. Mai fand in Bonn eine Demonstration unter dem Motto „Stoppt das Wettrüsten" statt. Organisator war ein überparteiliches „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit", das jedoch maßgeblich von der DKP beeinflußt ist. An der Demonstration beteiligten sich etwa 20. bis 25.000 Menschen (die bürgerliche Presse spricht von etwa 15.000; die DKP selbst hat wie üblich statt der Köpfe die Beine gezählt und spricht von 40.000 Teilnehmern). Angesichts der Tatsache, daß für diese Demonstration seit Monaten überall und ständig massiv getrommelt worden war (u.a. auch von den von der DKP beeinflußten Studentenvertretungen), stellt die Teilnehmerzahl einen glatten Mißerfolg dar.

Die Mobilisierung zur Demonstration stand total im Zeichen eines teilweise geradezu grotesken „Entspannungs"-Rummels: *„Zur Entspannung gibt es keine Alternative, sagt Bundeskanzler Schmidt. Im Zeitalter der Atomwaffen müssen wir uns auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz verständigen, sagen die USA und UdSSR". „Die Entspannung hat mehr Ruhe und Sicherheit gebracht. Die Verkrampfungen des Kalten Krieges haben sich gelöst". „Ein neuer Zeitabschnitt hat begonnen. Die Vernunft setzt sich durch". „Im vorigen Sommer sind die europäischen Staaten, USA und Kanada in Helsinki übereingekommen, die bestehenden Grenzen auf dem Kontinent als unverletzlich anzuerkennen. Das hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Ein gefährlicher Konfliktstoff wurde auf dem Wege der Verständigung ausgeräumt. Der Friede ist nun sicherer". „Die Regierungen haben in Helsinki den Weg in eine neue friedliche Zukunft Europas beschritten".* – Das sind einige bezeichnende Zitate aus der Papierflut, mit der das „Komitee" zur Demonstration aufrief.

„Alte überlieferte Vorurteile" und *„mangelndes Vertrauen"* wurden in erster Linie dafür verantwortlich gemacht, daß es trotz „Entspannung" mit der Abrüstung überhaupt noch nicht klappt. Ansonsten wurden gelegentlich, ohne jedoch Namen zu nennen, *„Widerstände der Rüstungsindustrie und anderer Entspannungsgegner"* beklagt.

Die allgemeine Tendenz der ganzen Kampagne war jedoch, die „Entspannung" maßlos zu übertreiben und zu verabsolutieren, sogar Schmidt, Ford etc. als Kronzeugen für die „Entspannung" zu zitieren, so daß man sich manchmal fragen mußte, warum dann eigentlich noch demonstriert wird ...

Den Vogel schoß wohl die DKP-nahe „Deutsche Volkszeitung" ab, die über „Abrüstung in NATO-Ländern" zu berichten wußte: **„Was in unserem Lande scheinbar nicht möglich ist, wird in anderen NATO-Ländern durchgeführt. Die Rüstungsausgaben werden gekürzt". Genannt wurden mit Zahlen Großbritannien, Holland, Dänemark, Italien, Belgien, Norwegen und Portugal. Im letzteren Fall wurde die drastische Verringerung der Mannschaftsstärke der portugiesischen Armee zwecks Entwaffnung der fortschrittlichen Soldaten und zur Schaffung eines kleinen, aber schlagkräftigen reaktionären Berufsheeres, als Abrüstungsmaßnahme hingestellt! Auch bei den anderen genannten Beispielen, wie Italien, geht es nicht um Abrüstung, sondern um eine scheinbare Senkung der Rüstungsausgaben bei gleichzeitiger „Durchmodernisierung" der Streitkräfte und Tendenzen zu Berufsarmeen.**

Die von der DKP initiierte und maßgeblich beeinflußte Kampagne „Stoppt das Wettrüsten" fällt in eine Zeit, die von einer Ablösung der „Entspannung"politik durch zunehmend offenere Kriegsvorbereitungen gekennzeichnet ist. Daher stand die gesamte Mobilisierung in so schreiendem Gegensatz zu den Realitäten und konnte trotz der allgemeinen Sehnsucht der Menschen nach einem gesicherten Frieden so wenig Glaubwürdigkeit und Resonanz im Volk finden.

Was ist das für eine „Entspannung", die zwar in der Tat Europa bisher in „Frieden" gelassen hat (seit 1945, und nicht etwa erst dank der Konferenz von Helsinki!), aber ansonsten von Kriegen in aller Welt begleitet war und ist? Kriege, die teilweise mit noch größerer Grausamkeit und noch größeren Verlusten an Menschenleben und Zerstörungen geführt werden als der 2. Weltkrieg? Was ist das für eine Entspannung, in deren Verlauf das Wettrüsten beispiellose „Rekorde" erreicht hat und in deren Verlauf insbesondere USA und Sowjetunion ihre nuklearen Vernichtungswaffen vervielfacht und perfektioniert haben? Wer ehrlich die Entwicklung der letzten 15 Jahre, seit der Aufnahme der amerikanisch-sowjetischen „Abrüstungsgespräche", untersucht, muß zur Schlußfolgerung kommen, daß die s o praktizierte „Entspannung" das Wettrüsten nicht behindert, sondern sogar b e g ü n s t i g t und enorm vorangetrieben hat. „Entspannung", leeres Gerede über Abrüstung, große Worte und inhaltsarme Verträge mit prahlerischen Bekundungen der gegenseitigen Friedensabsichten, waren immer noch die Tarnung, hinter der sich stets ein fieberhaftes Wettrüsten und Kriegsvorbereitungen verbargen. So war es mit den verschiedenen „Abrüstungskonferenzen" vor dem 1. Weltkrieg und so war es mit Hitlers „Nichtangriffspakten" vor dem 2. Weltkrieg.

Wer heute ehrlich etwas für die Abrüstung tun will, würde nicht trügerische Illusionen über die „Entspannung als Haupttendenz unserer Zeit" verbreiten und Politiker wie Schmidt und Ford als „Entspannungs"freunde zitieren, sondern er würde alles tun, um das Volk gegen die zunehmende Kriegsgefahr zu mobilisieren. Sicher ist es den Revisionisten gelungen, für ihre Kampagne auch Menschen zu gewinnen, die ehrlich an die „Entspannungs"parolen glauben. Falsch wäre es jedoch, an den DKP-Führern s e l b s t auch nur die Opfer von Illusionen zu sehen. Sie betrieben ihr Handwerk der Vernebelung und der Traumtänzerei sehr bewußt. Ihre Politik läßt sich nicht von der Tatsache trennen, daß die sowjetische Führung ein ganz vitales Interesse hat, selber weiter mit den USA um die Wette zu rüsten und gleichzeitig ihre imperialistischen Konkurrenten zu schwächen. Die Tatsache, daß 15 Jahre „Entspannung" tatsächlich eine Unmenge hochtrabend beschriebenes Papier gebracht haben, „Abrüstungs"gespräche aller Art und aller Orten, aber keinen einzigen konkreten Abrüstungsschritt, sondern im Gegenteil ein mörderisches Wettrüsten, das in der Geschichte beispiellos ist. – diese Tatsache wäre ohne die im Eigeninteresse begründete Komplizenschaft der sowjetischen Führung nicht möglich. Denn der „Entspannungs"schwindel, mit dem dieses Wettrüsten nach außen getarnt und beschönigt wird, ist auf die Beteiligung der sowjetischen Führung und der Revisionisten angewiesen, die sich sogar als die eifrigsten Verbreiter dieses Schwindels betätigen.

„Es gibt keine Berufsverbote"

So reagiert Bonn auf die Kritik der internationalen Öffentlichkeit

„Es gibt in der Bundesrepublik weder Berufsverbote noch Gesinnungsschnüffelei. Auch werden keine Beamten entlassen, die ‚Linksbewegungen" angehören". Mit dieser sensationellen Behauptung trat der Vorsitzende der Innenministerkonferenz der Bundesländer, Kurt Neubauer (SPD), an die Öffentlichkeit („Welt", 29.5.).

Anlaß für diese Erklärung Neubauers sind zunehmende Besorgnis und Kritik in der internationalen Öffentlichkeit an der Berufsverbotepraxis in der BRD. Jüngste Beispiele sind eine Sendung des belgischen Fernsehen, in der die Situation in der BRD mit der in Spanien und Chile sowie nach 1933 verglichen wurde, und die Gründung eines „Komitees zur Verteidigung der Bürgerrechte in der Bundesrepublik" in Frankreich unter maßgeblicher Mitwirkung des „Sozialisten"führers Mitterand.

Der Abbau demokratischer Rechte in der BRD wird im Ausland seit langem aufmerksam verfolgt. Der Protest erstreckt sich bis weit ins sozialdemokratische und liberale Lager hinein, und häufig werden direkte Parallelen zum Hitlerfaschismus gezogen.

– So wurden in Schweden unter Mitwirkung des Schriftstellers Jan Myrdal ein Komitee gegen die Berufsverbote und den Maulkorb-Paragrafen 88 a gegründet. Der internationale Sekretär der sozialdemokratischen Partei sieht *„den Rechtsstaat in Gefahr"*. In der bürgerlichen Tageszeitung „Dages Nyheter" wurde die BRD als **„ein zum Polizeistaat abgleitendes Land"** bezeichnet.

– In Dänemark arbeitet ein „Komitee gegen die Berufsverbote", an dem Abgeordnete der sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen und liberalen Fraktion des „Folketing" (dem Bundestag vergleichbar) beteiligt sind. Das konservative (!) Massenblatt „bt" bezeichnete die Berufsverbote in der BRD *als „abscheuliche Menschenjagd"*. Der dänische Lehrerverband, der Studentenverband und der Landesverband der Lehrlinge und Jungarbeiter wandten sich in Resolutionen gegen die „Radikalenjagd".

– Die Verbände ehemaliger Widerstandskämpfer und Deportierter aus Frankreich, Holland und Luxemburg veröffentlichten einen Protest, in dem sie sich durch die Berufsverbote *„an die NS-Zeit erinnert fühlen"*.

In die Kritik an den Berufsverboten und anderen undemokratischen Praktiken mischt sich die Empörung über das unverschämte Auftreten westdeutscher Politiker wie Helmut Schmidt, die sich immer wieder zum Schulmeister des übrigen Europa aufspielen und die ihre undemokratischen Methoden im Umgang mit Kommunisten und anderen Linkskräften zum Export-Artikel machen wollen. Die Erklärung von Neubauer, in der BRD gebe es überhaupt keine Berufsverbote und Mitterand „kenne offensichtlich die Verhältnisse in der Bundesrepublik überhaupt nicht", ist Ausdruck derselben maßlosen Arroganz, mit der einst die Nazis gegenüber dem Ausland ihre Verbrechen bestritten.

Das Wort „Berufsverbote", das mittlerweile in den Sprachschatz der meisten Völker Europas als Fremdwort eingegangen ist, ist der SPD so unangenehm, daß sie es am liebsten ganz verbieten würde. So mahnte auch Willy Brandt die SPD-Mitglieder, sie sollten künftig dieses Wort nicht verwenden. **„Es gibt keine Berufsverbote"**, basta! Die rund 2000 Menschen, die in den letzten Jahren aus dem öffentlichen Dienst aus politischen Gründen entlassen bzw. gar nicht erst aufgenommen wurden (laut „Deutsche Volkszeitung", vom 27.5.76), sehen das wahrscheinlich anders. Und die Tausende von Lehrern, die langen „Verhören" unterworfen wurden („Wohnen Sie in einer Wohngemeinschaft?", „Stimmt es, daß sie 1964 im SDS waren?" usw.), haben sicher ihre eigene Meinung über die Behauptung von SPD-Neubauer, in der BRD gebe es „keine Gesinnungsschnüffelei"!

Noch übertroffen wurde die arrogante Reaktion der SPD auf die internationalen Proteste von der Hetze der CDU/CSU: So behauptet die CDU, daß *„unter dem Vorwand, die nicht bedrohten Grundrechte schützen zu wollen"*, die BRD für eine *„auch von Teilen der SPD gewünschte Volksfront reif gemacht werden soll"*.

Die CSU sieht gar **„eine international gesteuerte Aktion mit doppeltem Zweck" am Werk, nämlich: „Die kommunistische Infiltration der BRD durchgängig zu machen und eine antideutsche Stimmung in Europa zu erzeugen"**. Vorbild dieser Reaktion ist offensichtlich die seinerzeitige Behauptung der Nazis, alle Berichte über ihre Verbrechen seien „Teil einer jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung gegen Deutschland".

Bezeichnend ist auch das Verhalten der sogenannten liberalen Presse: Sowohl die „Frankfurter Rundschau" als auch die „Süddeutsche Zeitung" bauen in ihren Kommentaren *„den häßlichen Deutschen"* auf, der von allen anderen Völkern wegen seines „Erfolges" gehaßt wird.

Nicht aber die westdeutsche werktätige Bevölkerung hat den Protest des Auslands zu fürchten, sondern allein die herrschende Klasse und ihre Parteien. Für die demokratischen Kräfte ist dies eine wertvolle Unterstützung des eigenen Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte.

Die CDU/CSU will die „Radikalenfrage" zu einem Wahlkampfthema machen, wobei sie der SPD vorwirft, nichts gegen das Eindringen von „Radikalen" in den Staatsdienst zu unternehmen. Die SPD hängt sich jetzt das liberale Mäntelchen um, verleugnet ihre Vergangenheit und treibt die Berufsverbote in der Gegenwart doch weiter voran. Wieder sollen Gräben aufgerissen werden, um den fortschrittlichen Menschen weiszumachen, daß es eine demokratische Alternative in Gestalt der SPD gibt.

Für die demokratischen Kräfte in der BRD sollte die begonnene Diskussion um die Berufsverbote Anlaß sein, den Kampf zu verstärken, ihn auszudehnen auf andere Fragen, wie z.B. die dem Berufsverbot sehr nahe stehenden Gewerkschaftsausschlüssen. Insbesondere sollte die internationale Protestbewegung auch für die liberalen Kräfte Anlaß sein, ihren schon aufgegebenen Protest wieder aufzunehmen. ●

Griechenland: Kampf dem Anti-Streikgesetz!

In der letzten Mai-Woche verschärften sich die Massenkämpfe der griechischen Arbeiterklasse gegen das Anti-Streik-Gesetz der reaktionären Karamanlis-Regierung. Das neue Gesetz will politische Streiks und Solidaritätsaktionen verbieten. Für Montag und Dienstag, den 24. und 25.Mai, wurde der Generalstreik ausgerufen. Im Bank- und Hotelgewerbe, öffentlichen Transportwesen, bei den ausländischen Fluggesellschaften und in der übergroßen Zahl der Fabriken wurde der Streikaufruf befolgt. Die Presse spricht von 150.000 bis 1.000.000 Streikenden am Montag. Im Laufe des Dienstags wurde in den großen Städten das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt. In mehreren Städten kam es zu großen Demonstrationen. Am radikalsten kämpften wieder einmal die Bauarbeiter von Athen/Piräus. Weit über 10.000 marschierten am Dienstag zum Arbeitsministerium und lieferten den Bullen stundenlange Straßenkämpfe. Die Journalisten beteiligten sich am 24. und 25. Mai nicht an dem Generalstreik, um in diesen Tagen die Öffentlichkeit über die Kämpfe der Arbeiter unterrichten zu können. Die Journalisten und Drucker traten dafür am 27. Mai in den Streik. Seit diesem Zeitpunkt erscheint keine Athener Tageszeitung mehr. Die Parole *„Das Polytechnikum war der Anfang – jetzt schlägt die Stunde für Karamanlis"* (im Polytechnikum fand im Herbst 1973 einer der bedeutendsten Kämpfe gegen die Obristenherrschaft statt)



Fortsetzung auf Seite 3



Blick in die Welt

Äthiopien: Junta erzwingt „Volksmarsch" gegen Eritrea

Mit einem barbarischen Akt des Verheizens der Einwohner ganzer Landstriche Äthiopiens im Unterdrükkungskrieg gegen das Volk von Eritrea versucht gegenwärtig der DERG, das pro-imperialistische äthiopische Militärregime, eine Wende zugunsten der Reaktion herbeizuführen.

Ganze Landstriche in der Provinz Wollo werden zwangsweise entvölkert, die Einwohner mit Nahrungsmitteln für 14 Tage, Knüppeln und einigen Gewehren auf Lastwagen nach Eritrea transportiert. Dort sollen sie sich selbst versorgen, was praktisch heißt, daß sie nur überleben können, wenn sie die eritreische Bevölkerung ausplündern. Der DERG hat sie nach Korrespondentenberichten aufgefordert, „ ... was sie sich nehmen könnten, auch zu nehmen" („Guardian", 19.5.76).

In der Provinz Wollo wurden alle Dörfer aufgefordert, zwischen 20 und 40 Personen für den Marsch nach Eritrea zu stellen. Dort, wo sich die Menschen weigerten zu gehen, wurde ihnen mit Gefängnis gedroht. Daraufhin kam es zu Zusammenstößen mit den Truppen des DERG, bei denen es auf Seiten der Bauern Tote und Verletzte gab („Guardian", 13.5.76).

(„Guardian", 19.5.76).
In der Provinz Wollo wurden alle Dörfer aufgefordert, zwischen 20 und 40 Personen für den Marsch nach Eritrea zu stellen. Dort, wo sich die Menschen weigerten zu gehen, wurde ihnen mit Gefängnis gedroht. Daraufhin kam es zu Zusammenstößen mit den Truppen des DERG, bei denen es auf Seiten der Bauern Tote und Verletzte gab („Guardian", 13.5.76).

In der Provinz Tigre wehrte sich die Landbevölkerung erfolgreich gegen dieses Völkermord- und Selbstmordkommando. Die englische Agentur Reuter berichtet, daß der DERG trotzdem 40.000 Bauern mit ihren Familien ausgehoben hat (18.5.) und daß hunderte von Lastwagen und Bussen mit zwangsrekrutierten Menschen auf den beiden Straßen nach Eritrea gesehen worden wären (13.5.).

Das äthiopische Militärregime, das demagogisch einen „äthiopischen Sozialismus" proklamiert, ist in Ostafrika heute der Hauptstützpunkt des US-Imperialismus. Sein Vernichtungskrieg gegen das Volk von Eritrea, der heute schon täglich eine viertel Million US-Dollar kostet, wird von den USA finanziert („Guardian", 13.5.76).

Die USA haben dem DERG große Mengen modernster Waffen, darunter 30 Kampfflugzeuge und 100 M 60 Panzer, geliefert. US-Spezialisten und Israelis bilden die V. Division des DERG, eine Antiguerillaeinheit, aus. 40% der amerikanischen Militärhilfe für afrikanische Staaten gehen nach Äthiopien. In einem neuen Militärhilfeabkommen verpflichten sich die USA, dem DERG in nächster Zeit 345 Mio. Dollar zu zahlen. 84 Mio. wurden davon gleich nach Abschluß des Abkommens gezahlt („afrique-asie", 19.4.76).

Trotz der massiven Unterstützung durch die USA steckt das äthiopische Militärregime in einer politischen Krise. Am 1. Mai demonstrierten in Addis Abeba 30.000 Äthiopier gegen das Militärregime. In vielen Provinzen kommt es zu Bauernrevolten und Aufständen. *„Die äthiopische Armee ist so aufsässig und undiszipliniert geworden, daß Anfang dieses Jahres sie den Vorsitzenden des DERG, Brigadier Tefai Bante, einzusperren drohte. Als er die Marine Basis von Massawa am Marinetag besuchte, tat er es nur unter der Bedingung, daß die Marine seine Sicherheit garantieren würde. Er flog direkt in die Marine-Basis und direkt wieder weg, ohne den anderen Teilen der Provinz einen Besuch abzustatten"* („Guardian", 13.5.76). Es handelt sich hier um die Basis der *US-Marine* in Massawa!

Unter diesen Bedingungen setzt der DERG rücksichtslos auf Eskalation von Gewalt und Terror bis zum Völkermord. Den Menschen, die nach Eritrea verfrachtet worden sind, wurde der Marsch als Kreuzzug gegen die Moslembevölkerung verkauft.

deren Teilen der Provinz einen Besuch abzustatten" („Guardian", 13.5.76). Es handelt sich hier um die Basis der *US-Marine* in Massawa!
Unter diesen Bedingungen setzt der DERG rücksichtslos auf Eskalation von Gewalt und Terror bis zum Völkermord. Den Menschen, die nach Eritrea verfrachtet worden sind, wurde der Marsch als Kreuzzug gegen die Moslembevölkerung verkauft.

Im ganzen Lande ließ der DERG Plakate kleben, die einen fetten Mann, wahrscheinlich den Scheich Ali Mira, den früheren Führer des Afar-Stammes, zeigen, der Eritrea für einen Sack Dollars an die arabischen Regimes auf der anderen Seite des Roten Meeres verkauft. Mit der Demagogie, die eritreischen Befreiungskämpfer wären Knechte der bürgerlichen arabischen Regimes, will der DERG eine chauvinistische Stimmung im Lande schaffen, die die Massen auf den Kreuzzug treibt.

Der Marsch nach Eritrea kann durchaus ein Anfang vom politischen Ende des DERG sein. Schon heute hält er sich nur noch mit Hilfe seiner vom US- und BRD-Imperialismus finanzierten Polizei- und Militärmaschinerie und den Privatarmeen der feudalen Großgrundbesitzer an der Macht. Die Unruhe im Lande wächst, denn der DERG hat keines seiner Versprechen, wie Landreform und politische Freiheiten, auch nur entfernt gehalten.

In dieser schweren Zeit gehört unsere besondere internationalistische Solidarität dem um seine politische und soziale Befreiung kämpfenden eritreischen Volk und seiner Avantgarde, der E.P.L.F. •

KB/Gruppe Göttingen und Afrika-Kommission

Letzte Meldung:

Nach Abschluß dieser Meldung wurde bekannt, daß in Zagreb eine sowjetische Bürgerin, die mit einem Jugoslawen verheiratet gewesen war, wegen „Spionage" zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist („FAZ", 28.5.1976). Die Frau hatte mehrere Jahre in Zagreb gelebt und soll Kontakt zu *„gewissen separatistischen Elementen"* (darunter wird allgemein die politische Opposition verstanden) gehabt haben. Das Verfahren war geheim. Offensichtlich ist jedoch, daß der Verurteilten in Wahrheit nicht Spionage in irgendeiner Form vorgeworfen wurde, sondern Kontakt zu oppositionellen Kräften.

Der jugoslawische Innenminister hat kürzlich bekanntgegeben, daß mehr als 100 Menschen derzeit im Knast sind, weil sie eine **„zweite Kommunistische Partei Jugoslawiens"** aufbauen wollten („FAZ", 25.5.1976). Die meisten sind zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Weitere Prozesse stehen bevor, unter anderem gegen den Altkommunisten und antifaschistischen Partisanenführer Vladimir Dapčevic, der seit August letzten Jahres in „Untersuchungshaft" ist. Während bisher die Prozesse gegen „Neo-Stalinisten" noch einigermaßen bekannt wurden, sollen sie nach einer Meldung der „FAZ" vom 25.5.76 zukünftig unter grösserer Geheimhaltung ablaufen, wie es bereits mit dem Prozeß gegen die verurteilte Sowjetbürgerin praktiziert wurde. Inzwischen hat offensichtlich die Zahl der verurteilten und noch zu verurteilenden „Neo-Stalinisten" ein Ausmaß angenommen, das dem Tito-Regime etwas mehr „Diskretion" angeraten erscheinen läßt.

Amis raus aus Griechenland!

Auch im Mai hat es in einer Reihe von Orten größere Demonstrationen gegen den US-Imperialismus gegeben.

Allein auf Kreta gab es kurz hintereinander in Rethimnon, Iraklion und Chania mehrere Demonstrationen gegen die „Todesstützpunkte" der Amis und gegen den Kissinger-Besuch.

Auf Rhodos kam es zu massiven Straßenschlachten, als der US-Flugzeugträger „America" anlegen wollte. Auf Mykonos verhinderte die Inselbevölkerung, daß ein US-Zerstörer der 6. Mittelmeerflotte länger im Hafen bleiben konnte.

Kreta: Heißer Empfang für Kissinger

Am 5.5.76 wurde eine „große und begeisterte" Kundgebung („Athinaikji", 6.5.76) in Kreta durchgeführt. Aufgerufen hatten unter anderem die Jugendorganisation EDIN (EDIK; Vorsitzender der EDIN war Alekos Panaghoulis gewesen, siehe AK 80), NKE (KKE), der PASOK, Righas Fereos (KKE/Inland), der „Sosialistikji Poria" (eine linksintellektuelle Abspaltung von Papandreous PASOK) und der „Christlich-Sozialistischen Union". Hauptredner war der wegen seines antifaschistischen Artikels zu Gefängnis verurteilte Redakteur der „Christianikji", Nikolaos Psaroudhakjis.

Vorherrschend waren die Parolen: *Raus mit den Stützpunkten des Todes – Amerikaner raus!" „EG, NATO, dasselbe Syndikat!" („EOK, NATO, to idhio syndhikato!").*

Am nächsten Tag stattete Henry Kissinger, mal wieder auf der Durchreise, der Insel einen „Blitzbesuch" ab, um Gespräche auf dem größten US-Stützpunkt im Mittelmeerraum in der Soudha-Bucht zu führen. Dort mußte er dann allerdings auch bleiben: Obwohl von offizieller Seite strengste Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden waren und man alles getan hatte, um die Sache nicht ruchbar werden zu lassen, sickerte es schon vor seiner Ankunft durch: *„Das Oberschwein wagt sich ausgerechnet hierher! Nun denn!"* Eine Stunde vorher **fuhren Autos mit Lautsprechern und Megaphonen durch die Stadt und machten die Provokation allen bekannt. Zur gleichen Zeit strömten die Leute massenweise auf die zentrale Allee zusammen, Parolen gegen die Amerikaner – vom Vortag noch in frischer Erinnerung– wurden angestimmt.**

Kissinger mußte von dem Wunsch, einen kleinen Spaziergang zu machen, dringend abgeraten werden, so daß er nach 55 minütigem Aufenthalt wieder abflog.

Rhodos und Mykonos: Kein Soldat betritt unsere Insel!

Ende Mai wollten zwei Schiffe der 6. US-Mittelmeerflotte, der Flugzeugträger „America" und ein Zerstörer im Hafen von Rhodos vor Anker gehen. Die Genehmigung hatten sie sich von der Karamanlis-Regierung erteilen lassen.

Hunderte Schüler und tausende Einwohner von Rhodos strömten in Mandraki zusammen und riefen: **AMERIKANER RAUS!!** – und verhinderten das Anlegen des Motorbootes an der Moole.

Um 12 Uhr griff die Polizei mit Tränengas an, wobei es 83 Verletzte und 20 Verhaftete gab.

Die Bullen waren derart in Fahrt, daß selbst die Befehle ihres Chefs, aufzuhören, nicht befolgt wurden. Die Demonstranten revanchierten sich prompt: Das Polizeihauptquartier wurde in Brand gesetzt („Le Monde", 27.5.76).

Bei den Auseinandersetzungen wurden 23 Personen verhaftet, 19 unter Hausarrest gestellt. Es gab 3 Verletzte.

Die Besatzung zog es angesichts dieses „begeisterten" Empfanges vor, an Deck zu bleiben.

Der Kapitän des Flugzeugträgers mußte für seine „Geschäftlichkeiten" einen Hubschrauber benutzen. („Herald Tribune", 26.5.76).

Auch auf der Insel Mykonos gab es Unruhen und Proteste wegen des ebenfalls unerwünschten Besuchs eines US-Zerstörers. („Süddeutsche Zeitung", 26.5.76).

Auf der Insel waren vorher alle Versammlungen und Märsche verboten worden. Die Ladenbesitzer kündigten an, sowie ein Yankee den Fuß auf die Insel setzt, schliessen sie ihre Läden. Die Amis fuhren unverrichteter Dinge wieder los. •

Griechenland/Türkei-Kommission

Stockholm

20.000 gegen Kissinger

Die Reise Kissingers nach Schweden rief heftige Proteste bei der Bevölkerung hervor. So demonstrierten in Göteborg 1.200, in Stockholm 20.000 Menschen. Nicht umsonst schreibt die bürgerliche Presse anläßlich der Stockholmer Proteste *„von einem der größten Demonstrantenaufgebote der letzten Zeit"*

20.000 gegen Kissinger
Die Reise Kissingers nach Schweden rief heftige Proteste bei der Bevölkerung hervor. So demonstrierten in Göteborg 1.200, in Stockholm 20.000 Menschen. Nicht umsonst schreibt die bürgerliche Presse anläßlich der Stockholmer Proteste *„von einem der größten Demonstrantenaufgebote der letzten Zeit"*

(„NZZ", 25.5.).

Neben Teilen der Sozialdemokratie, vor allem Jugendliche, wurde die Demonstration von Revisionisten, Revolutionären und auch *„einer großen Zahl ausländischer Exilgruppen aus Chile, Uruguay und afrikanischen Staaten"* getragen („NZZ", 26.5.).

Die breite Mobilisierung und der hier zum Ausdruck kommende Protest sind im Zusammenhang mit dem allzu offenen Vorgehen des US-Imperialismus, insbesondere in Vietnam, Afrika und Lateinamerika zu sehen.

Daß der Protest über die Anwesenheit Kissingers in Schweden bis in die Reihen der Sozialdemokratie reicht, wird sicherlich auch durch Schwedens Außenpolitik selbst begünstigt. So unterstützt Schwedens Regierung seit einigen Jahren die MPLA in Angola. Vor diesem Hintergrund ist es zu sehen, daß schon am Vorabend der Ankunft Kissingers im Stockholmer ABF-Haus (ABF – der 1912 gegründete sozialdemokratische Bildungsverband der Arbeiter) ein

selbst begünstigt. So unterstützt Schwedens Regierung seit einigen Jahren die MPLA in Angola. Vor diesem Hintergrund ist es zu sehen, daß schon am Vorabend der Ankunft Kissingers im Stockholmer ABF-Haus (ABF – der 1912 gegründete sozialdemokratische Bildungsverband der Arbeiter) ein

Teach-in über den „Imperialismus der Vereinigten Staaten unter Henry Kissinger" abgehalten wurde. („NZZ", 25.5.).

Schon anläßlich des Überfalls des US-Imperialismus in Vietnam gab es breite Proteste in der schwedischen Bevölkerung, die schließlich auch die Sozialdemokratie zu einer Unterstützung des vietnamesischen Volkes bewogen.

So ist es auch zu verstehen, daß selbst „Dagens Nyheter", Schwedens auflagenstärkste Morgenzeitung, die Frage aufwarf, *„wie man reagiert hätte, wenn Schweden nach dem Krieg Ribbentrop empfangen hätte"* („NZZ", 26.5.).

Der Vergleich mit diesem Kriegsverbrecher ist durchaus berechtigt! •

Skandinavien-Kommission

Streikwelle im Iran

Eine neue Welle von Arbeiterstreiks geht durch Iran: in der Papierfabrik Pars in Haft-tapeh, im Printshop 25 Sahrivar, in der Traktoren-Zubehör-Fabrik in Tabriz, in der Ziba-Fabrik, in der Sangrood-Mine und in der Reparaturwerkstatt der Ölraffinerie in Abadan.

Der Streik der Raffinerie-Arbeiter dauerte fünf Tage und viele Arbeiter wurden entlassen. Beim Streik in der Papierfabrik überfielen Savak-Agenten die Häuser einiger Arbeiter und schleppten sie in ihre Büros. Man sagte den Arbeitern, ihr Streik bedeute für die Fabrik einen Verlust von 150.000 **Dollar und sie sollten wieder an die** Arbeit gehen und den Schaden bezahlen! Als Solidaritätsmaßnahme zerschnitten andere Arbeiter die Telefonleitungen.

* * *

Die politischen Gefangenen im Ghasr-Gefängnis befinden sich im Streik. Gemäß einer neuen Verordnung sollen sie außer von den Eltern oder dem Ehegatten keinen Besuch empfangen dürfen. Einigen Gefangenen ist sogar dieses ‚Recht' entzogen worden. •

Nahost-Kommission

Iran

21 Genossen ließen in Gefechten mit der Polizei ihr Leben!

Bei breit angelegten Polizeimanövern zur Zerschlagung des revolutionären Widerstandes gegen das faschistische Schah-Regime im Iran, wurden in knapp anderthalb Wochen 21 Genossen von der Polizei ermordet:

Nordwestlich von Teheran wurden drei Verstecke von der Polizei entdeckt und bei den Schießereien ließen zehn Genossen – drei Frauen und sieben Männer – ihr Leben.

Bei den Gefechten haben auch vier (angebliche) „Passanten", die der Polizei helfen wollten, „die Rebellen" dingfest zu machen, ihr Leben eingebüßt.

Vergangene Woche kam es bei dieser Polizeikampagne zu sieben Gefechten, bei denen elf Genossen ermordet wurden. Allerdings konnten auch vier Bullen erledigt werden.

Am 20.5.76 sollen weitere Gefechte in Rasht, Ghazyin und Karaj stattgefunden haben.

Die Polizei erklärte, die Guerilla-Einheiten würden von anderen Ländern (angeblich u.a. von Libyen) unterstützt und hätten Kontakt zu „ausländischen terroristischen Gruppen", was nicht genauer benannt wurde. Es würden Maschinenpistolen, Munition und Granaten aus „Ost-Europa" benutzt, ebenso seien in den Verstecken Dokumente gefunden worden, die die Verbindungen zu anderen Ländern bewiesen. •

Ein Genosse aus St. Georg/Hamburg

Island

Massendemonstration für NATO-Austritt

Island
Massendemonstration für NATO-Austritt

Am Wochenende des 16. Mai forderten 8.000 Isländer (Gesamtbevölkerung Islands: 200.000) auf einer Kundgebung die Stilllegung des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes Keflavik und den Austritt Islands aus der NATO.

Der Kundgebung vorausgegangen war ein 50 km langer Marsch vom Luftwaffenstützpunkt Keflavik zur Hauptstadt Reykjavik (nach „FAZ" vom 18.5.76). Wenige Tage später folgte eine 14-Stunden-Blockade des Luftwaffenstützpunktes und eine Demonstration mit 5.000 Teilnehmern (nach Tagesschau-Spätausgabe vom 19.5.76).

Diese Mobilisierung ist Ausdruck des wachsenden Unwillens der Bevölkerung gegenüber der konservativen Regierung, insbesondere deren kompromißlerischen Haltung gegenüber Großbritannien. Mittlerweile hat die britische Regierung sechs (!) Fregatten vor Islands Küste geschickt, um ihren Trawlern auch weiterhin eine möglichst sichere Raubfischerei innerhalb der isländischen 200 Seemeilen-Zone zu gewährleisten. Nur den kleinen aber umso aktiveren isländischen Küstenschutzbooten ist es zu verdanken, daß die Raubfischerei nicht in vollem Umfang verwirklicht werden kann.

Der militärischen Aggression seitens Großbritanniens – Einsatz von sechs Fregatten, unterstützt durch eine größere Anzahl von Aufklärungsflugzeugen – hat die isländische Regierung bislang lediglich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen entgegengesetzt. Ohne Erfolg!

Die isländische Bevölkerung ist in ihrer Existenz bedroht, sichert sie nicht ihre Fischereigründe. Sie erkennt nun in zunehmendem Masse, was sie von einem „Verteidigungsbündnis" wie der NATO zu halten hat, wenn ein „Partner" ihre Existenzgrundlage durch militärische Aggression nehmen will und zieht die entsprechende Konsequenz: Forderung nach NATO-Austritt.

Doch noch immer ist die isländische Regierung grundsätzlich zu Verhandlungen bereit; auch wenn – wie jüngst beim Treffen der NATO-Außenminister in Oslo – der isländische Außenminister Agustsson in Anbetracht der Massenmobilisierung radikalere Töne gegenüber London und der NATO anschlägt. Erst eine noch weitere Radikalisierung der Bevölkerung wird erforderlich sein, um klare Positionen zu schaffen. •

KB/Gruppe Bremerhaven

Fortsetzung von Seite 1

Kampf dem Anti-Streikgesetz!

drückt am besten die derzeitige Stimmung der griechischen Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Studenten aus. Die zunehmenden Massenkämpfe des griechischen Volkes gegen die Karamanlis-Regierung, gegen den US-Imperialismus (siehe Artikel in dieser Ausgabe) und nun gegen die EG-Eintrittskarte „Antistreikgesetz" haben bereits heute Ausmaße erreicht, die nur noch mit den Kämpfen in Italien und evtl. mit Portugal vergleichbar sind.
Mit der Zunahme der Kämpfe hat auch eine allgemeine Politisierung und Radikalisierung in Teilen der Arbeiterschaft und bei den Studenten (siehe Artikel zu den Wahlen in dieser Ausgabe) eingesetzt, die es heute bereits den rechtsentarteten Revisionisten der KKE/Inland und der Mavro'schen Sozialdemokratie EdiK schwer macht, noch Schritt mit der Massenbewegung zu halten.
Obwohl die Karamanlis-Regierung am 27. Mai mit ihrer Parlamentsmehrheit das Gesetz provokativ verabschiedete, ist mit Sicherheit nicht damit zu rechnen, daß die Arbeiterklasse das neue Gesetz hinnehmen oder sogar befolgen wird.
Karamanlis wird es nicht gelingen, die Faschistenerbschaft friedlich zu Ende zu bringen und dem griechischen Volk die imperialistischen EG-Bedingungen aufzupressen.
Anders als bei den Kämpfen der englischen Arbeiterklasse vor einigen Jahren gegen das „Anti-Streik-Gesetz" und die EG-Mitgliedschaft ist im griechischen Volk ein tiefes antiimperialistisches Bewußtsein vorhanden (vor allem gegenüber den USA). Außerdem sind die ideologischen Fesseln der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie in Griechenland längst nicht so entwickelt wie mittels der „Labour Party" in England. Insgesamt sind die Ausgangsbedingungen des griechischen Volkes, gegen die Reaktion und den Imperialismus erfolgreich zu kämpfen, weitaus besser als in den meisten vergleichbaren Ländern.
„Nieder mit der neuen Terrorherrschaft – Volkswiderstand!" (Parole der Bauarbeiter)



Das Anti-Streikgesetz: Massiver Angriff auf die griechische Arbeiterklasse

Die wichtigsten Punkte des Antistreikgesetzes sind:
- Streik nur noch aus wirtschaftlichen Gründen;
- nur noch die gerichtlich anerkannten gewerkschaftlichen Organe dürfen den Streik ausrufen, und nicht mehr die vielen „Streikkomitees", „Koordinationskomitees", usw.;
- das „Recht auf Arbeit" für die Streikbrecher wird garantiert – und auch mit dem Polizeiknüppel;
- Aussperrung ist ein „legales Mittel" der Kapitalisten. Wer dann im Betrieb bleibt, kann bis zu einem Jahr Gefängnis bekommen.
- Das gilt natürlich erst recht für eine reguläre Besetzung!

Der Gesetzentwurf stieß von Anfang an auf den stärksten Widerstand der Arbeiterklasse, so daß sich die gesamte parlamentarische Opposition gezwungen sah, sehr weitgehenden Protest zu äußern. So verlangte die sozialdemokratische EDIK (Mavros) demagogischerweise, das Gesetz den entsprechenden westeuropäischen Regelungen anzupassen, obwohl es beispielsweise der BRD-Gesetzgebung gegenüber geradezu fortschrittlich ist. Die KKE (griechische „KP") sprach von einer „faschistischen Ausgeburt".

Die Mehrheit der GSEE-Führung (griechischer Gewerkschaftsbund),
Die Mehrheit der GSEE-Führung (griechischer Gewerkschaftsbund),
regierungstreu und nur durch ständige Wahlfälschung im Amt (siehe AK 79), hatte gegen den Kern des Gesetzes nichts einzuwenden.

Die GSEE-Führung hetzte massiv gegen den Streik als „ungerechtfertigt", da doch die Forderungen der Arbeiterklasse erfüllt seien. Zumindest in den großen Städten ist ihr nun wohl endgültig die Kontrolle über die Basis entglitten.

Aktionen gegen die neuen reaktionären Gesetze

Täglich riefen mehr Verbände zum politischen Streik auf. Unterstützt wurde er von PASOK, KKE, zum Teil KKE/Inland und von etlichen revolutionären Gruppen, nicht aber von der EDIK.

Dem Antistreikgesetz, das am 27.5.76 in demonstrativer Abwesenheit der Fraktionen der PASOK (die gar nicht erst erschienen war) und der KKE (die während der Sitzung auszog) vom Parlament gebilligt wurde, sollen weitere reaktionäre Gesetze folgen: In der Schublade liegt ein neues Pressegesetz, von dem die Angriffe der Regierung auf die Presse (*„Sicherheitsrisiko", „Unterhöhlung der politischen Grundordnung", „verantwortungsloses Schüren von Gerüchten"*), vor allem in Zusammenhang mit der Panaghoulis-Affäre (siehe AK 80) und das Verbot der Berichterstattung über die Ermordung des CIA-Agenten Welch nur einen Vorgeschmack bieten. Ein neues Demonstrationsgesetz soll die „reibungslose" Auflösung von „illegalen" Versammlungen und Demonstrationen unter problemlosem Schußwaffengebrauch der Polizei ermöglichen.

„Der Gesetzentwurf darf nicht durchkommen, damit er nicht der Anfang für die Aufzwingung einer parlamentarischen Diktatur wird, die sich zu einer schlimmeren als der der Obristen entwickeln kann," schrieb die Athener Pressegewerkschaft in ihrer Streikankündigung für den
die Athener Pressegewerkschaft in ihrer Streikankündigung für den
27.5.76. *„Die Journalisten, die Pressetechniker, die Zeitungsverkäufer und alle anderen bei der Presse Beschäftigten haben beschlossen, wieder für einige Stunden ihre Teilnahme am Streik aufzuschieben, um nahe bei ihren gegen den Gesetzentwurf arbeitenden Kollegen zu stehen und um die Öffentlichkeit über die heutigen verdächtigen Ereignisse zu unterrichten."*

Straßenschlacht in Athen

Am Montag (24.5.) demonstrierten Zehntausende in mehreren Großstädten Griechenlands gegen das „Anti-Streik-Gesetz". Allein in Athen kamen ca. 40.000 zur Streikversammlung.



Nach einem Tränengaseinsatz

Am Dienstag (25.5.) marschierten gegen Mittag, nachdem es einige kleinere Streikversammlungen gab, ca. 10.000 Bauarbeiter, Werftarbeiter, Angestellte und Studenten in die Athener Innenstadt. Im Laufe der Demonstration wuchs der Zug gewaltig an (es wurden bis zu 40.000 gezählt). Spontan wurde beschlossen, zum Arbeitsministerium zu gehen und dann zum Rathaus. Die erste Bullenkette, die aufzog, wurde glatt überrannt.

Plötzlich fuhren mit Sirenengeheul einige dutzend Panzerfahrzeuge auf den Zug los. Auf der Kreuzung Äolou - Stadhiou - Straße hatte sich eine Menschenmenge versammelt. Von dem daneben gelegenen Omonia-Platz kamen Polizei-Fahrzeuge und jagten direkt auf die Menge zu. In der aufkommenden Panik blieb nur noch eine alte Frau auf dem Bürgersteig, die Plastiktüten verkaufte. Bevor sie das Geschehen überhaupt mitbekam, wurde sie von einem Panzerfahrzeug mit hoher Geschwindigkeit überrollt. Sie war auf der Stelle tot.

Ein Augenzeuge: *„Nach dem Vorbeifahren sahen wir etwas wie Plastiktüten unter dem Panzerfahrzeug hervorquellen. Dort lag eine ältere Frau in einer Blutlache und die Polizei fuhr weiter, als sei nichts geschehen."*

Die Menge schrie „Mörder, Mörder!". Auf dem Pflaster der Äolou-Straße ballten die Menschen schweigend die Fäuste. Es wurden rote Nelken niedergelegt. Während ein Mann der Frau zu Hilfe eilen wollte, fingen in der Nähe stehende Bullen an, mit Tränengas zu schießen. Die Bullen verfolgten die Demonstranten und Passanten bis in die Wohnhäuser hinein. Sogar in die Erste-Hilfe-Stationen drangen sie ein, holten Verletzte wieder heraus und schlugen sie zusammen. Sie schossen bis ins 8. Stockwerk mit Tränengaspatronen und durch die Fensterscheiben eines Krankenhauses. Vor den Erste-Hilfe-Stationen stellte die Polizei Kontrollen auf, so daß sich viele Verletzte aus Angst vor Verhaftungen oder weiteren Repressionen nicht behandeln ließen.



Ein gekaperter Bus als Barrikade

Ein gekaperter Bus als Barrikade

Die Antwort der Demonstranten

Trotz des überfallartigen Bullenangriffs konnte spontan ein massiver Widerstand organisiert werden, der von großer Kampferfahrung zeugte. Um das von den Bullen massenweise verschossene Tränengas unwirksam zu machen, wurde alles Brennbare zusammengetragen und überall Feuer angezündet (Brandbarrikaden). Blitzartig entstanden Barrikaden aus Bussen gegen die Panzerfahrzeuge.

Mit bewährten Kampfmethoden traten die Demonstranten der Polizei entgegen:
Gezielte Salven von Steinen prasselten gewitterartig auf die Bullen nieder. Kleinere Kerngruppen von Streikenden gingen mit „harten Methoden" – z.B. Bewegungskampf mit Knüppeln – vor, schlossen sich in Trupps zusammen, lösten sich beim Angriff von Panzerwagen sofort auf, um sich hinterher wieder zusammenzuschließen. Die Demonstranten knüpften an die Tradition der Polizistenentführung an und ließen auch diesmal wieder einen Bullen „verschwinden"! Mehrere Panzerfahrzeuge blieben auf der Strecke.

Die Demonstranten kaperten einen Polizeibus und benutzten ihn sowohl als mobile Barrikade als auch als „Streifenwagen".

Bilanz des Bullenterrors

Etwa 132 Menschen wurden von den Bullen verletzt: vier durch Geschosse. Allerdings blieben auch über 60 Bullen auf der Strecke. 190 Menschen wurden verhaftet. Am 29. Mai begann der Prozeß gegen 34 Streikende. Über zehn Journalisten und Fotoreporter wurden von der Polizei zusammengeschlagen, teilweise erst nachdem (!) sie sich als Presseleute ausgewiesen hatten.



So rückten die Bullen gegen die Streikenden an

Stellungnahme der Parteien

In einer ersten Stellungnahme der Karamanlis-Regierung wurden insbesondere die PASOK (Papandreou, Linkssozialisten) und die KKE (Revisionisten) für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht.

„Bestimmte Parteien fahren fort, die Anarchie als Methode politischen Handelns anzustreben, geben verdrehende Interpretationen des Geschehenen und untergraben die Autorität der Sicherheitsorgane und schüren den Haß gegen sie."

Die EDIK (ehemalige Zentrumsunion – Neue Kräfte, Mavros – Sozialdemokraten) stellte sich frontal gegen die Aktionen der militanten Arbeiter und möchte lieber den „Protest" auf parlamentarischer Ebene belassen.

„Ich rufe die Streikenden auf, sofort den Streik aufzulösen und wieder zur Arbeit zu gehen. Ihre gerechten Forderungen finden volles Verständnis von der Partei, deren Führer ich bin ..."

Die immer weiter nach rechts driftende reformistische EDA des Herrn Ilias Iliou (sein Stellvertreter ist Theodorakis): *„Wir mißbilligen die Taktik extremistischer Gruppen, die offensichtlich die Schaffung von Zusammenstößen bezwecken, von denen weder die Werktätigen noch deren Probleme etwas Positives erwarten können."*

Die KKE/Inland (rechte Abspaltung der Revisionisten) rief das Volk auf, *„solchen Versammlungen fernzubleiben und die provokatorischen Elemente, wo immer sie sich auch befinden, zu isolieren, damit ihre üblen Machenschaften unschädlich gemacht werden."* Der Regierung empfahlen sie, *„mit Kaltschnäuzigkeit der Situation zu begegnen."* Was wohl eine überflüssige Empfehlung war!

Die KKE (Revisionisten) sagte zumindest etwas zu den zahlreichen „Provokateuren", die sich unter die Demonstranten gemischt hatten: *„Unter den Augen der Polizei konnten faschistische und provokatorische Elemente ungehindert agieren, indem*
ten faschistische und provokatorische Elemente ungehindert agieren, indem
sie als streikende Bauarbeiter z.T. auftraten."

Was allerdings die Aufforderung an die Regierung soll, *„sich ihrer Verantwortung im Kampf gegen Junta faschistische Elemente bewußt zu werden"* dürfte angesichts der zigfachen Kumpanei zwischen den Obristen und Karamanlis nicht mehr als eine typische revisionistische Luftblase sein.

Wohltuend hob sich die Stellungnahme der PASOK (Papandreou Partei) von den anderen ab. *„Die Anwesenheit von Provokateuren und Junta-Elementen, die unbezweifelbar ist, mindert nicht die schwere Verantwortung der Polizei. Verantwortung für die erdrückenden Ereignisse tragen nicht die Arbeiterorganisationen. Schluß mit der Brutalität, Willkür und Zügellosigkeit der Sicherheitsorgane der Regierung!"* ●

Griechenland/Türkei-Kommission

Präsidentenwahl in Portugal

„25. April" gegen „25. November"

Nach den Parlamentswahlen vom 25. April 76 wird am 27. Juni der zweite Wahlakt in Portugal stattfinden: Die allgemeine und direkte Wahl des Staatspräsidenten soll die endgültige Legitimierung der bürgerlichen Demokratie in Portugal bekräftigen.

Nach der Verfassung hat der Präsident eine relativ starke Position; er hat mehr Regierungsgewalt als alle anderen europäischen Präsidenten. So ernennt und entläßt er den Ministerpräsidenten und nimmt damit Einfluß auf die Koalitionsfrage; er kann das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen; er ist oberster Militärbefehlshaber und in dieser Eigenschaft Präsident des militärischen „Revolutionsrats".

Über diese Bedeutung hinaus gewinnt gerade in der gegenwärtigen politischen Situation in Portugal die Wahl des Präsidenten größte Wichtigkeit, da die Bourgeoisie die Präsidentenwahlen dazu benutzen will, die Rechtswendung, die ihr bei den Parlamentswahlen nicht in entscheidendem Maße gelungen ist, zu verstärken.

Noch ehe in den Rechtsparteien die Auseinandersetzung um die Person des Kandidaten richtig begonnen hatte, schlug die PPD den Oberbefehlshaber des Heeres seit dem 25. November, General Eanes, vor. Eanes ist eine der zentralen Figuren des Rechtsputsches vom 25. November, seiner Vorbereitung und seiner Durchführung. Er ist ein entschiedener Feind des Sozialismus und der Revolution. Die rechtsradikale CDS erklärte ihre Unterstützung der Eanes-Kandidatur sofort, die PS von Mario Soares folgte nach einigen Tagen.

Damit hatte sich die Rechte eindeutig gegen eine mögliche Kandidatur von Azevedo und Costa Gomes ausgesprochen, weil sie in ihnen keine verläßlichen Garanten der Faschisierung sah. Gegen Azevedo, weil er unter dem Faschismus Teil der demokratischen militärischen Opposition war, gegen Costa Gomes, weil er zu opportunistisch ist und nicht
sition war, gegen Costa Gomes, weil er zu opportunistisch ist und nicht
entschieden genug die Möglichkeit einer PS-PC-Regierung ausschloß. Gleichzeitig wurde mit dieser Nominierung Druck auf die PS ausgeübt, ihren linken Flügel, der ein Bündnis mit der PC wünscht, zu isolieren.

Indessen meldete dann doch noch Azevedo seine Kandidatur an. Die Überlegung dabei ist offensichtlich, jenen Teil der Wähler, der sich für Eanes nicht entschließen mag, abzufangen, damit diese Stimmen nicht etwa einem linken Kandidaten zugute kommen.

Jämmerliches Schauspiel der PCP

Der Wunsch der PCP-Führung, um jeden Preis in ein Regierungsbündnis mit der PS zu kommen („Linke Mehrheit"), schlug sich während der Auseinandersetzungen um die Präsidentenwahlen in einer erbärmlichen Schaukelpolitik nieder.

Lange Zeit äußerte sich die PCP überhaupt nicht zu Kandidatur von Eanes. Sie ließ sogar dezent die Bereitschaft erkennen, Eanes zu unterstützen, obwohl ihr Favorit zweifellos der jetzige Präsident Costa Gomes gewesen wäre. Die PCP erklärte lediglich, daß es schlecht wäre, wenn mehrere Militärs gegeneinander kandidieren würden, denn dadurch würde die „Einheit der Streitkräfte" gefährdet werden. Sie erklärte, daß der zukünftige Präsident „über den Parteien" stehen müßte und daß daher die Wahlkampagne sich nicht in einen Kampf zwischen den Parteien verwandeln dürfe. Und sie „warnte" vor den „Gefahren" einer linken Militärkandidatur (Otello)! Nach rechts „offen", aber keinesfalls ein l i n k e r Kandidat, das war lange Zeit die einzige konkrete Festlegung der PCP.

Angesichts der Tatsache, daß die Unterstützungskomitees für eine Kandidatur Otellos überall aus dem Boden schossen und besonders in den Betrieben und Kooperativen große Erfolge entwickelten, geriet die PCP-Führung immer mehr unter Druck. Eanes oder Azevedo zu unterstützen, wäre immer schwerer geworden.

So erklärte die PCP überraschend die Kandidatur ihres Stellvertretenden Vorsitzenden, Octavio Pato („Avante" vom 20.5.76). Diese Kandidatur wurde durch kein Wort erläutert, es fiel kein Wort der Abgrenzung von Eanes und Azevedo; die PCP erklärte sogar ausdrücklich, daß ihre Kandidatur nichts zu tun habe mit der Unterstützung, die sie auf jeden Fall dem gewählten Präsidenten geben würde! Welche Gründe hätte die PCP-Führung denn auch angeben wollen, außer diesem: „Wir stellen einen eigenen Kandidaten auf, um Otello soviel Stimmen wie möglich wegzunehmen!!". Diese einzig ehrliche Aussage scheute die PCP-Führung aus verständlichen Gründen.

Es kümmerte sie wenig, daß das ZK der PCP noch kurz vorher („Avante" vom 13.5.76) jede Aufstellung eines nicht-militärischen Kandidaten davon abhängig gemacht hatte, daß es darüber *„Übereinstimmung zwischen den wichtigsten demokratischen politischen Kräften und Sektoren, besonders der PS und PCP"* geben müßte.

Patos Kandidatur hat das „Verdienst", die Stellung einer einheitlichen linken Alternative gegen Eanes und Azevedo zu sabottieren. Das ist das Opfer, das die PCP-Führung ihrem Liebeswerben um die PS und ihrem Haß gegen die revolutionäre
rem Liebeswerben um die PS und ihrem Haß gegen die revolutionäre
Linke bringt. Nebenbei könnte es sich durchaus um einen Trick Cunhals handeln, mit dem er Pato, seinen stärksten Konkurrenten (Pato vertritt super-revisionistische Positionen in Art der italienischen Revisionisten) durch eine Wahlblamage kaltzustellen gedenkt.

Dieses prinzipienlose und gewissenlose Verhalten, das den Faschisten offen in die Hände spielt, nimmt nicht einmal mehr Rücksicht auf das Ansehen der eigenen Partei und verzichtet gegenüber der eigenen Basis auf Überzeugung, sondern setzt schlicht die „Disziplin" an ihre Stelle.

Die Antwort der revolutionären Linken: Kandidatur der Volkseinheit

Innerhalb der revolutionären Linken wurde die Frage der Kandidatur seit Wochen diskutiert.

Die Linke war auf eine Kandidatur der Bourgeoisie vorbereitet, und war sich einig, daß man ihr eine Kandidatur des Volkes entgegensetzen müsse. Das schloß die Möglichkeit von „Parteienkandidaturen" aus und schuf die Möglichkeit, ein breites Bündnis von antifaschistischen Organisationen, Arbeiterkommissionen, Einwohnerkommissionen und Landarbeiterkooperativen anzustreben.

Da es um die Organisierung einer Kampagne geht, die die antifaschistische und antikapitalistische Massenbewegung einen soll, und nicht etwa um eine „symbolische" Kandidatur, mußte man jemand finden, der einerseits nicht mit einer bestimmten Partei verbunden wird, andererseits eine hohe Popularität bei den Massen genießt. Diese Bedingungen sind bei Otelo zweifellos erfüllt, auch wenn er nicht immer gradlinig in seiner Politik gewesen ist. Es ist nicht vergessen, daß Otelo bei der Ablösung der 5. Provisorischen Regierung und der Abservierung von Goncalves eine schlechte Rolle gespielt hat. Das kann aber nicht vergessen machen, daß Otelo einer der entscheidenden Offiziere der Militärrevolte vom 25. April 74 war, daß er als Kommandant des COPCON eine entscheidende Verantwortung dafür trug, daß das COPCON im wesentlichen auf der Seite der Volksbewegung stand und eingriff. Außerdem ist Otelo der Mann, der nach dem Rechtsputsch vom 25. November als Symbol der demokratischen Militärbewegung angeklagt wurde. Er war zusammen mit etwa 150 fortschrittlichen Offizieren nach dem 25. November in Militärhaft und wurde gemeinsam mit diesen Offizieren durch den Druck der antifaschistischen Volksbewegung befreit.

Aus diesen Gründen ist Otelo durchaus ein geeigneter Kandidat für die Volkskandidatur. Die Initiative dazu kam zunächst von der PRP, es schlossen sich die UDP und dann auch der MES an. Er selbst hatte von Anfang an erklärt, daß er eine solche Kandidatur akzeptieren werde, wenn sie nicht als Kandidatur von einer oder mehreren Einzelparteien, sondern als eine Volkskandidatur durchgeführt werde.

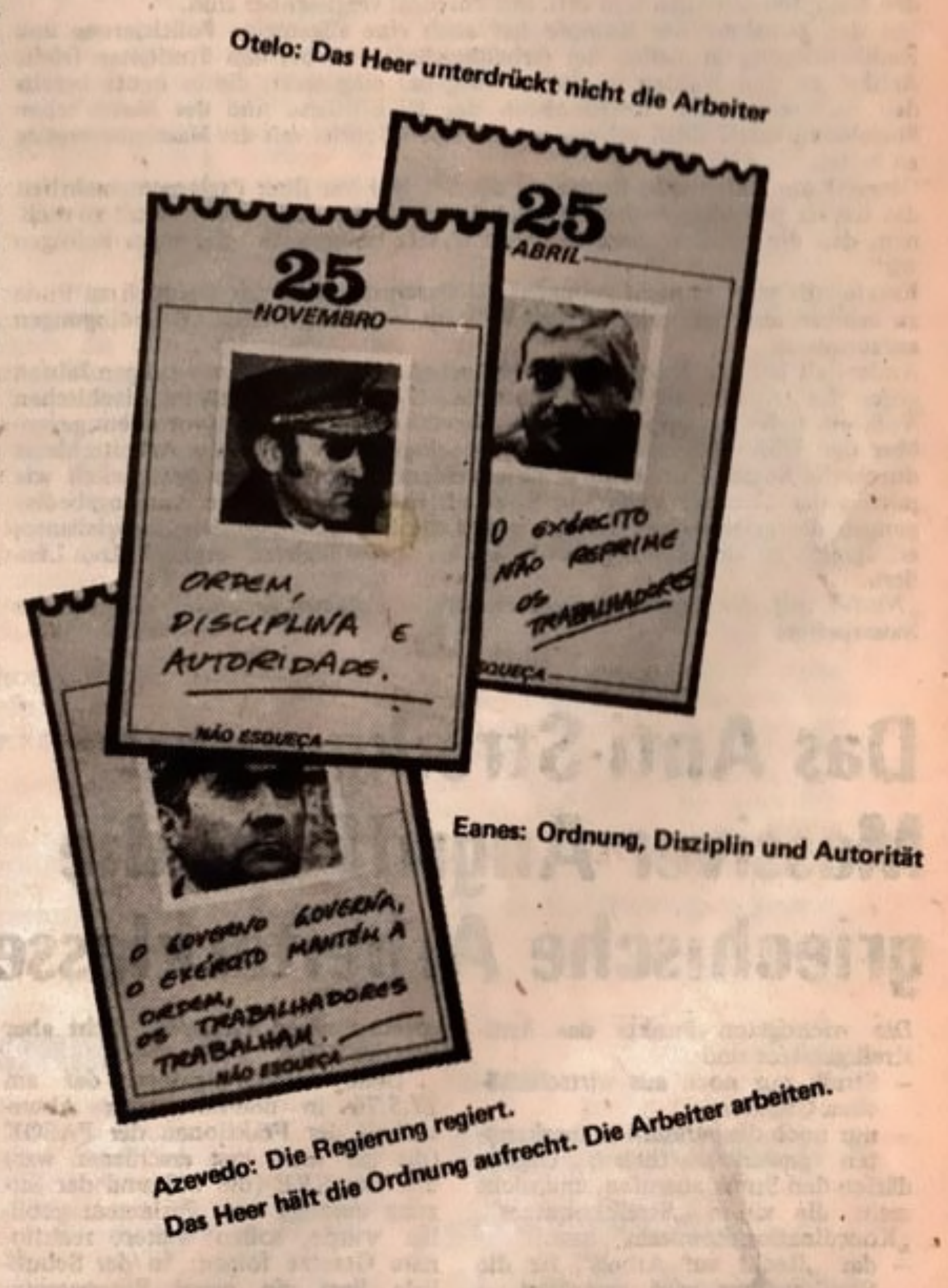
Schon Anfang Mai wurden die ersten Veranstaltungen zur Unterstützung der Volkskandidatur durchgeführt, organisiert und unterstützt von zahlreichen Arbeiterkommissionen und Volksmachtorganen.

Zunächst war es Otello noch ver-
und Volksmachtorganen.

Zunächst war es Otello noch verboten, an politischen Versammlungen teilzunehmen und Lissabon zu verlassen, da er immer noch unter Hausarrest stand. In der vergangenen Woche wurde diese Beschränkung für die Dauer des Wahlkampfes aufgehoben. Inzwischen hat Otelo die Kandidatur akzeptiert. Unterstützt wird sie mittlerweile von zahlreichen Betriebsbelegschaften, darunter auch so wichtiger Betriebe wie Lisnave und Setenave. Gerade in diesen Betrieben gab es auf den Betriebsversammlungen große Mehrheiten für Otelo. Was freilich die mehrheitlich von PC-Mitgliedern besetzten Arbeiterkommissionen, die ausführendes Organ der Betriebsversammlung sind, nicht hinderte, Beschlüsse zur Unterstützung des PC-Kandidaten Pato zu fassen und zu publizieren.

Die Aufgaben, die sich den portugiesischen Revolutionären gegenwärtig stellen, gehen weit über die Organisierung einer Wahlkampagne hinaus. Es geht darum, eine Bewegung zur Überwindung der gegenwärtigen Spaltung in Avantgarden und resignierte Massen, eine Überwindung der Spaltung in „reaktionären Norden" und „roten Süden" und zur Überwindung der Spaltung in der Volksmachtbewegung und der revolutionären Linken selbst zu initiieren. ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Otelo: Das Heer unterdrückt nicht die Arbeiter

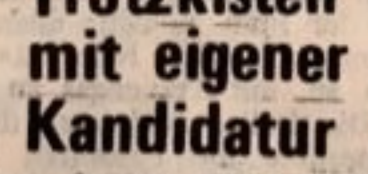
Eanes: Ordnung, Disziplin und Autorität

Azevedo: Die Regierung regiert. Das Heer hält die Ordnung aufrecht. Die Arbeiter arbeiten.





Eanes, in Anspielung auf seine ständige Sonnenbrille



Trotzkisten mit eigener Kandidatur

Die beiden trotzkistischen Gruppen LCI und PRT haben eine eigene Kandidatur angemeldet. Anscheinend hat sich in der internationalen Trotzkistenszene die Eigenkandidatur als Geheimtip herausgebildet (siehe Bundestagswahl). In Portugal kandidiert die Arbeiterin Vieira da Silva, 36 Jahre alt. Zwar geben die trotzkistischen Organisationen eine sehr fortschrittliche Begründung für diese Kandidatur: ein Signal gegen die Unterdrückung der Frau in der portugiesischen Gesellschaft – aber dennoch ist eine solche Einzelkandidatur in der gegebenen Situation sektiererisch und wäre spalterisch, wenn sie nicht völlig einflußlos wäre.

Tanz der Provokateure

Natürlich werden die „ML"-Gruppen und -Grüppchen in der Frage der Präsidentenwahl ihrer Tradition nicht untreu: Die AOC („Arbeiter- und Bauernallianz"), die stets an der Seite der Faschisten anzutreffen ist, und MRPP („Bewegung zur Wiedergründung der Proletarischen Partei"), die ihre Hauptaufgabe als Schlägertrupp gegen die PC sieht, unterstützen die Kandidatur des General Eanes.

Die „PCP/ML", die eigentlich politisch durchaus auch eher den Faschisten vertraut, als der eigenen Propaganda von gestern, hat einen eigenen „Arbeiterkandidaten" aufgestellt.

Daneben gibt es noch zwei weitere „ML"-nahe Kandidaten, von denen allerdings auch die portugiesische Presse nicht so recht weiß, wer sie unterstützt. Portugal ist ein Land mit vielen kleinen Austs!

Frankfurt

Der Polizei-Staat in Aktion

Nach dem angeblichen „Selbstmord" von Ulrike Meinhof im Knast fanden in mehreren Städten Protestdemonstrationen statt. In Frankfurt wurde die Demonstration von der Polizei angegriffen und auseinandergeknüppelt.

Die Demonstranten wehrten sich mit Steinen und einzelnen „Molotow-Cocktails". Dabei wurde ein Polizist durch Verbrennungen verletzt – angeblich „lebensgefährlich", wie die Polizei sogleich behauptete. Hierdurch zusätzlich hysterisiert erlaubte sich die Polizei in den folgenden Tagen die unglaublichsten Rechtsbrüche und Übergriffe. An der „Linken" insgesamt sollte Rache genommen werden, wo immer es möglich war. Und wenn man „die Täter" selbst nicht erwischen konnte, dann taten es zur Not auch völlig Unbeteiligte, die wahllos zu „Verbrechern" gestempelt und der Polizeiwillkür ausgesetzt wurden. Frankfurt erlebte so einen Vorgriff auf den von der Bourgeoisie geplanten totalen Polizeistaat, wo die Werktätigen keine Rechte haben und die Polizei zu a l l e m „berechtigt" ist. Dieses Verhalten der Polizei ist nur möglich auf Grund der felsenfesten Gewißheit, daß der bürgerliche Staat jeden Rechtsbruch, jeden Übergriff, jede Anmaßung der Bullen im Kampf gegen links bedingungslos deckt. Eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als daß mal ein Bulle bestraft wird. Damit hat Frankfurt seinen Ruf gefestigt, Vorreiter der Faschisierung des Polizeiapparates zu sein. Und das in einer SPD-regierten Stadt, allen voran der SPD-Polizei-Präsident Müller, dessen Auftreten lediglich eine Parallele beim SPD-Polizeipräsidenten Zörgiebel und Bluthund Noske aus der Weimarer Zeit findet, die für blutige Gemetzel unter den Arbeitern sorgten. Sie wurden deshalb zu recht als „Sozial"-faschisten gekennzeichnet. In einer breiten Protestaktion der gesamten Frankfurter Linken wurde dieser Polizei-Terror verurteilt und die Entlassung der Inhaftierten erreicht.



Bullen – immer zu viert oder fünft gegen e i n e n Demonstranten

Polizei der BRD: keine staatlichen Mörder?

Im Mai 1974 wurde der Schüler Thomas Hytrek von einem Wasserwerferwagen auf einer FVV-Demonstration überfahren, er schwebte längere Zeit in Lebensgefahr. Weder gegen den Wasserwerferfahrer noch gegen den Einsatzleiter ist je ein Verfahren eröffnet worden. Dafür stand in den letzten Wochen ein Presseverantwortlicher der „KPD" vor Gericht, der sich darüber zu verantworten hatte, daß die „KPD" diesen Vorfall in ihren Flugblättern als „Mord" bezeichnet hatte.

Zynisch behaupteten Staatsanwaltschaft und Polizei, Hytrek sei selber in den Wasserwerferwagen gelaufen (!).

Die Staatsanwaltschaft wertete daher die Bezeichnung „Mordversuch" als *„maßlose Charakterisierung"*, mit welcher die Frankfurter Polizei *„in ihrer Ehre verletzt"* worden sei. Wegen „Beleidigung der Polizei" erhielt der „KPD"-Presseverantwortliche eine Strafe von DM 675!

Die Gewalt ging von der Polizei aus

Bereits am Todestag von Ulrike Meinhof fand mittags eine spontane Protestkundgebung in der Innenstadt statt. Am gleichen Abend versammelten sich dann zwischen 500 und 1.000 Menschen auf dem Universitätsgelände. Dort wurde eine Demonstration für den folgenden Tag beschlossen, die nachmittags von der Universität in die Innenstadt führen sollte.

Diese Demonstration wurde aber von vornherein von der Polizei zu verhindern versucht: Gleich beim Abmarsch gingen die Polizeitruppen vor, um die Demonstranten (mindestens 1.000, die später noch auf ca. das Doppelte anwuchsen) zu „zerstreuen".

Nicht nur das, sondern die flüchtenden Demonstrations-Teilnehmer wurden ständig von massiv angreifenden Bullen verfolgt. Viele Demonstranten wurden niedergeknüppelt und festgenommen. Dabei wurden auch Zivilbullen beobachtet, die Festnahmen mit gezogener Pistole vornahmen.

Auch Passanten wurden wahllos angeknüppelt, wenn sie den Amok laufenden Bullen in den Weg kamen. Auf der Zeil (Hauptstraße) spritzten die Wasserwerfer wahllos in die Menge der Neugierigen.

Verantwortlich für diese Übergriffe ist Polizeipräsident Müller (SPD), der von vornherein den Befehl gegeben hatte, auf jeden Fall die Demonstration auseinanderzuknüppeln.

Nachdem die Demonstranten erst Steine gegen das Amerika-Haus und Bürobauten des Großkapitals geworfen hatten, wurden gegen 16.45 Uhr nach einem erneuten Angriff der Polizei Molotow-Cocktails geworfen, wobei ein Polizeiwagen in Flammen aufging und ein Polizist aus dem Wagen mit in Brand geriet. Noch zweieinhalb Stunden dauerte anschließend die Straßenschlacht, wobei die Polizei willkürlich alles zusammendrosch, was ihr unter den Knüppel kam.

Ein „Mörder" wird aufgebaut

Am 14.5. fanden frühmorgens Durchsuchungsaktionen in acht Wohnungen statt. 14 Personen wurden festgenommen, später noch weitere. Der Genosse Strecker wurde in Untersuchungshaft gesteckt und ohne den kleinsten Schimmer eines Beweises zum „Mörder" aufgebaut.

Bei den Polizei-Akionen wurden:
–die Wohnungen einfach aufgebrochen;
–die Bewohner mit vorgehaltener Maschinenpistole aus ihren Betten aufgeschreckt;
–keinerlei Durchsuchungsbefehl vorgelegt;
–den Festgenommenen das Recht auf sofortige Kontaktaufnahme mit einem Anwalt verweigert;
– wilde Verwüstungen in den „durchsuchten" Wohnungen angerichtet (in einem Elektroladen wurden wertvolle Meßgeräte und Fernsehapparate von Kunden zu Schrott gemacht; in der Schloßstraße glich eine Wohnung nach einer zweiten Polizeiaktion am 17.5. buchstäblich einem Trümmerhaufen);
–keinerlei Protokolle über beschlagnahmte Gegenstände und über die angerichteten Schäden ausgehändigt;
–die Festgenommenen teilweise massiv bedroht (einem Genossen, der gegen das Vorgehen protestierte, wurde die Maschinenpistole vor die Nase gehalten mit den Worten: „Wenn Du noch was sagen willst, weißt Du, was Dir blüht")!



Verletzter Bulle

Die polizeiliche Willkür zeigte sich besonders krass am Fall einer Genossin, die direkt aus den Krankenhaus (wo sie schon zum Zeitpunkt der Demonstration am 10.5. gelegen hatte) in eine Polizeizelle verschleppt wude! Sie sollte an diesem Tag nach einer Fehlgeburt entlassen werden und hatte deshalb in ihrer Wohngemeinschaft angerufen, um abgeholt zu werden – dabei geriet sie mit ihrem Telefonanruf mitten in die Durchsuchungsaktion hinein an einen Polizisten, der sofort für die „Abholung" sorgte!

Vergleichbar mit den Methoden der Gestapo ist dabei noch folgendes:

– Auf dem Weg zu seinem Mandanten ins Polizeipräsidium wurden ein Rechtsanwalt und eine ihn begleitende Entlastungszeugin mit Handschellen festgenommen. Als dieser Rechtsanwalt daraufhin selbst einen Anwalt für sich verlangte, bekam er zur Antwort: *„Wir sind hier nicht bei der Heilsarmee"!* Bei einer zweiten Polizeiaktion am 17.5. wurde dann noch ein weiterer Entlastungszeuge festgenommen. Diese Maßnahmen richten sich direkt darauf, alle diejenigen einzuschüchtern und gleich mit zu kriminalisieren, die die willkürlichen Anschuldigungen der Polizei widerlegen.

– Noch am selben Abend der Polizeiaktion wurden im hessischen Regionalfernsehen und am darauffolgenden Morgen in mehreren Zeitungen die Fotos von fünf bzw. sieben der Festgenommenen veröffentlicht und diese als „Verbrecher" verleumdet. Dabei hatte selbst die Polizei schon Stunden vorher (!) gegenüber Rechtsanwälten zugeben müssen, daß der „Haftgrund" in den meisten Fällen schon entkräftet war! Aber auch unabhängig davon ist es generell eine an Praktiken des Hitler-Faschismus erinnernde Methode, Festgenommene als „Verbrecher" abzustempeln, bevor ihre angebliche „Schuld" auch nur ansatzweise erwiesen ist. Polizeipräsident Müller, Staatssekretär Werner und die verantwortlichen Fernsehredakteure Rauschenbach und Thelen haben damit auch in offenster Weise die spätere (!) „Identifizierung" durch die „Belastungszeugen" bei der sogenannten „Gegenüberstellung" manipuliert.

– Mit einem Bestechungsgeld von DM 50.000 (sog. „Belohnung zur Täterfindung") wurde versucht, einige der Festgenommenen zu ködern, andere Genossen zu beschuldigen, daß diese Brandsätze geworfen hätten. Dabei sollten diese sich mit etwaigen Aussagen aber nicht einfach irgendwo an einen Polizisten wenden, sondern bekamen mitgeteilt, daß dies „vertraulich" behandelt werden müsse. Einem Festgenommenen wurde darüberhinaus eine Garantie für seine Übernahme in den Öffentlichen Dienst angeboten. In beiden Fällen wurde dieser Erpressungsversuch aber von den Genossen scharf zurückgewiesen.

Von den insgesamt 14 Festgenommenen wurden am selben Abend noch sechs und am nächsten Tag sieben wieder entlassen (die später Festgenommenen wurden ebenfalls wieder freigelassen), aber gegen einige wird der „Tatverdacht" aufrechterhalten.

In Untersuchungshaft geschickt wurde der Genosse Gerhard Strecker. Von ihm behaupteten Polizei und Staatsanwaltschaft, daß er den Brandsatz in das Polizeifahrzeug auf dem Roßmarkt geworfen habe.

Ein Genosse soll dran glauben

Der „Zwischenfall' auf dem Roßmarkt hat nach unterschiedlichen Angaben in der Presse gegen 16.45 Uhr bzw. 16.55 Uhr stattgefunden. Gerhard Strecker ist aber nachweislich überhaupt nicht auf dem Roßmarkt gewesen. Und nicht nur das: er hat am gesamten Demonstrationszug n i c h t teilgenommen, sondern ist vom Universitätsgelände aus beim Abmarsch der Demonstration mit einem Auto in die Nähe des Römers gefahren, von wo aus er zu Fuß zum ursprünglich geplanten Kundgebunsort an der Konstablerwache ging. Während dieser ganzen Zeit ist er nicht einmal in etwaiger Nähe des Roßmarktes vorbeigekommen. Darüber lagen von Anfang an Zeugenaussagen von drei Freunden vor, die während dieser ganzen Zeit mit ihm zusammengewesen sind.

Der Haftrichter kümmerte sich jedoch gar nicht um diese Entlastungszeugen, sondern erklärte lediglich nach einer dreistündigen Vernehmung ohne jede Begründung, er könne ihnen „nicht folgen". Der Staatsanwalt verließ sogar provozierend und frech bei der Vernehmung der Entlastungszeugen den Raum, da er „Wichtigeres zu tun" habe!

Wie hier tatsächlich versucht wurde, einen Genossen gezielt zum „Mörder" a u f z u b a u e n, und ebenso gezielt alle Gegenbeweise zu u n t e r d r ü c k e n, geht aber auch noch aus anderen Tatsachen hervor:

– Die Verhaftung von Gerhard Strecker (wie auch die übrigen Festnahmen) gründeten sich nach der Angabe von Haftrichter Jakubski gegenüber den Anwälten auf zwei anonyme (!) Anrufe, die angeblich *„unabhängig voneinander"* bei der Polizei gemacht worden seien. Aber woher „weiß" der Haftrichter, daß diese Anrufe „unabhängig voneinander" gewesen sein sollen, wenn sie doch a n o n y m waren? Und seit wann sind „anonyme Anrufe" Beweismittel?

– Als weiteres „Belastungsmaterial" wurde *„eine Menge Stoffreste"* angegeben, die bei den Durchsuchungen gefunden worden seien und zum Anzünden von Brandsätzen dienen könnten („FR", 15.5.). Solche Fetzen kann man wohl in j e d e r Wohnung finden! Außerdem würde die Polizei noch über Foto- und Filmmaterial verfügen, das Gerhard Strecker angeblich auf dem Roßmarkt zeigt. Mehrfach (!) wurde von Müller angekündigt, dieses „Belastungsmaterial" öffentlich vorlegen zu wollen – was aber natürlich nicht geschah.

– Gerhard Strecker ist von vornherein öffentlich als „Haupttäter" von der Polizeiführung und mit Hilfe der polizeitreuen Massenmedien veleumdet worden. Es wurde bei Veröffentlichung seines Fotos dazu aufgefordert, daß sich „Zeugen" melden sollen, die ihn „auf dem Roßmarkt gesehen haben".

Das ist eine äußerst eindeutige Manipulation, mit der versucht werden sollte, nachträglich das nicht vorhandene „Belastungsmaterial" zu konstruieren. Die Aussagen der Entlastungszeugen, die während der fraglichen Zeit mit ihm zusammen waren, wurden gar nicht erst bekanntgemacht; geschweige denn öffentlich nachgefragt, ob es weitere Bestätigungen dafür gibt. Mehr noch: die eigenständige Untersuchungsarbeit der Anwälte und Freunde Gerhard Streckers wurde massiv zu unterdrücken versucht: Beim Kleben von Plakaten, mit denen die Wahrheit aufgedeckt und weitere Entlastungszeugen gesucht wurden, nahm die Polizei über 20 Personen fest (ebenso wie ein Entlastungszeuge von Gerhard vorübergehend festgenommen wurde) ! Polizeipräsident Müller bestreitet diese Festnahmen – aber die Beweise dafür befinden sich in den Händen der Rechtsanwälte.

– Schließlich, was die „Auswahl" Gerhards als „Mörder" durch die Polizei am deutlichsten macht: die sogenannte „Gegenüberstellung" mit den „Belastungszeugen". Das lief folgendermaßen ab: Gerhard wurde zunächst a l l e i n auf die Bühne geschickt, versehen mit der Nummer 1! Dann wurde er (nach ca. 2 Minuten!) wieder mit der „Entschuldigung" zurückgerufen, daß das „so nicht ordnungsgemäß" ist – und (wieder mit der Nummer 1) zusammen mit anderen Festgenommenen erneut auf die Bühne gestellt.

Bei einer „normalen" Gegenüberstellung, wie sie selbst nach bürgerlichen Rechtsmaßstab vorgesehen ist, müssen zusammen mit den Beschuldigten noch „unbeteiligte Dritte" auf der Bühne stehen, die ihnen ähnlich sehen. Außerdem müssen mehrere Durchgänge gemacht werden, bei denen die Nummern jeweils ausgetauscht werden, so daß dadurch keine Beeinflussung gegeben ist. Was in diesem Fall aber ablief, war mithin keine „Gegenüberstellung", sondern eine polizeiliche Bühnenschau mit dem Thema: „Den suchen wir"!

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von S. 5

„Gerhard raus – Müller rein!"

Die Kampagne zur Freilassung des Genossen Gerhard nahm sehr schnell einen massenhaften Charakter an. Mehrere Informationsveranstaltungen fanden statt, in denen die Willkür von Polizei und Justiz enthüllt und die Unschuld von Gerhard Strecker nachgewiesen wurden – wobei jedesmal ziemlich konstant bis an 1000 Leute kamen. Wandzeitungen wurden an der Universität und in Schulen aufgehängt. Zehntausende von Flugblättern und Tausende von Plakaten wurden in der ganzen Stadt verbreitet, auf denen die Bilder der Entlastungszeugen zusammen mit dem von Gerhard und ein Foto ihres Autos abgebildet waren und zu Zeugenaussagen aufgerufen wurde, wer sie auf ihrer Fahrt zur fraglichen Zeit gesehen hatte (es meldeten sich daraufhin auch weitere Entlastungszeugen).

Unterschriften wurden gesammelt, die diese Forderung und die Forderung nach sofortiger Freilassung von Gerhard Strecker unterstützten.

Besondere Initiativen wurden dabei von Frauengruppen entwickelt, die mehrfach zu Beginn von Theaterveranstaltungen auf die Bühne stiegen und die Beweise über Gerhards Unschuld vortrugen (dabei kamen bei einer Aufführung auf einen Schlag 130 Unterschriften zusammen).

Höhepunkt der Kampagne zur Freilassung von Gerhard Strecker war eine Demonstration am 22.5., zu der von den Anwälten, mehreren fortschrittlichen Schriftstellern und dem AStA der Universität aufgerufen worden war, und die von allen linken Organisationen unterstützt wurde. Diese Demonstration wurde zunächst vom Polizeipräsidenten Müller verboten! In der „Begründung" dazu hieß es, daß *„die öffentliche Sicherheit in ganz erheblicher Weise gefährdet"* sei, weil dort Demonstrationsteilnehmer zu erwarten seien, *„die auch vor Mord nicht zurückschrecken"*!!

Dieses Verbot wurde mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung beim Verwaltungsgericht wieder aufgehoben.

Die Demonstration wurde ein massiver Ausdruck der binnen weniger Tage entstandenen breiten Solidaritätsbewegung: Unter Parolen wie „Gerhard raus – Müller rein!", „Müller, du Gangster, bald bist du weg vom Fenster!" und „Bullen, Richter, Staatsanwalt – alle in die Haftanstalt!" zogen gut 6.000 Demonstranten durch die Innenstadt. Eine größere Mobilisierung hat es in Frankfurt in den letzten Jahren lediglich bei von der Gewerkschaft aufgerufenen Demonstrationen (1. Mai, Schulmisere) und bei „nationalen Demonstrationen" (Chile 1974, 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus) gegeben. Auf der Abschlußkundgebung wurde angekündigt, daß noch größere Demonstrationen organisiert würden, wenn Gerhard Strecker zum nächsten Haftprüfungstermin nicht wieder freigelassen würde.

Ein erster Erfolg der Solidarität

Der Haftprüfungstermin am Vormittag des 25. Mai endete mit der Aufhebung des Haftbefehls gegen den Genossen Gerhard. Dies ist ein erster Erfolg der breiten Untersuchungs- und Informationsarbeit, die von der Linken eigenständig und gegen die massive Behinderung von Polizei und Justiz durchgeführt wurde!

Allerdings ist damit noch kein vollständiger Sieg erreicht. Der Ermittlungsrichter Wolfheimer, der diesen Haftbefehl aufhob, erklärte, daß weiterhin ein *„hinreichender Tatverdacht"* bestünde, der zur Zeit nur nicht mehr für eine Fortdauer der Untersuchungshaft „ausreichen" würde.

Die Forderungen werden darum weiterhin lauten: Einstellung jeglicher Ermittlungsverfahren gegen Gerhard Strecker und die anderen Festgenommenen! Schadensersatz sowohl für die bei der Polizeiaktion angerichteten Verwüstungen als auch für die öffentliche Verleumdung der Festgenommenen!

Auf der ersten Versammlung nach der Freilassung von Gerhard Strecker wurde weiter angekündigt, daß der bevorstehende (vom SB organisierte) Antirepressions-Kongreß zu Pfingsten zu einem nächsten Höhepunkt im Kampf gegen die Polizei- und Justizwillkür werden muß, und daß bei dieser Gelegenheit die Forderung nach Rücktritt von Polizeipräsident Müller und Staatssekretär Werner breit in die Öffentlichkeit getragen werden wird. •

KB/Gruppe Frankfurt

Zur Erinnerung

In Frankfurt, in dem angeblich die „linke" Sozialdemokratie dominiert, ist die Polizeiwillkür und Faschisierung des Polizeiapparats schon immer eine Nasenlänge vor dem übrigen Bundesgebiet voraus gewesen:

- Frankfurt gehörte zu den ersten Städten, in denen seit 1971 „normale Verkehrskontrollen" mit der MP durchgeführt werden.
- Keine einzige der bundesweiten „Terroristen-Fahndungen" ist seit 1971 an Frankfurt „vorbeigegangen".
- Teilweise über Wochen hinweg – vor allem auf dem Höhepunkt der Wohnungskämpfe 1973–74 und während der Fahrpreiskämpfe 1974 – wurden Demonstrationsversuche der Linken generell für illegal erklärt.
- Brutale Polizeiangriffe sind in Frankfurt schon fast als „Normalzustand" anzusehen.
- Die „entwöhnte" Frankfurter Polizei überfiel im August 76 (erstmals in der BRD) ein Frauenzentrum.
- Eine Protestaktion von Erziehern und Kindern im Juni 1975 wurde mit Giftgas-Waffen („Chemical-Mace") überfallen, mit denen die Frankfurter Polizei seit 1973 ausgerüstet worden ist (enthält CN-Kampfgas, das im 1.Weltkrieg unter dem Namen „Weißkreuz" eingesetzt wurde).



6000 protestierten gegen den Bullenterror und für die Freilassung Gerhard Streckers

6000 protestierten gegen den Bullenterror und für die Freilassung Gerhard Streckers

Leserbrief

Fernseh-Werbung für den „Gnaden-Tod"

Im Vormittagsprogramm der ARD gab es am 18. Mai einen Film über die Intensiv-Station eines süddeutschen Krankenhauses („Die grünen Männer von Station 2"). Dieser Film stellte von vorn bis hinten Werbung für den sogenannten „Gnaden-Tod" dar (von den Nazis „Euthanasie" genannt, was auf griechisch etwa dasselbe bedeutet). Also für die Einstellung der Behandlung von Patienten, die von den Ärzten für „unheilbar" erklärt werden. Beispielsweise durch Abstellen der künstlichen Beatmung des Patienten, der dann ersticken „darf" oder durch Abstellen einer Herz-Maschine.

Wurde dies im wesentlichen nur für Patienten diskutiert, die schon „gehirntot" sind (wo das Gehirn so total geschädigt ist, daß keine Aussicht besteht, den Patienten in irgendeiner Form wieder ins Leben zu holen, wo also der Patient mit einigem Recht als „lebende Leiche" zu bezeichnen ist), so wurde im Fernsehfilm weit darüber hinaus gegangen.

So machten sich die Ärzte beispielsweise Gedanken über die „sozialen Konsequenzen", die sich ergeben, wenn Patienten zwar aus dem Krankenhaus entlassen werden können, aber nur als „zerebrale (= Gehirn-)Wracks", also schwer gehirngeschädigt. Es hatte zwar keiner der im Film gezeigten Ärzte und Medizinstudenten die Unverfrorenheit, für solche Fälle offen auf „Gnaden-Tod" zu plädieren, aber man macht sich ja als Arzt natürlich so seine Gedanken über die „sozialen Konsequenzen", nicht wahr? ...

Der logische Schritt wäre es als nächstes, sich beispielsweise auch über die „sozialen Konsequenzen" der Existenz der „Contergan"-Geschädigten als Mediziner seine Gedanken zu machen, um schließlich (denken wird man als Akademiker ja noch dürfen ...) ganz unbefangen in die Nähe des Nazi-Begriffs vom „unwerten Leben" zu gelangen ...!!

Mittelpunkt des Films war ein in Bewußtlosigkeit liegendes 19-jähriges Mädchen, die als Beifahrerin auf dem Motorrad (ohne Helm) schwere Verletzungen (u.a. auch des Kopfes) erlitten hatte und künstlich beatmet werden mußte. An ihrem Bett diskutierten zwei Ärzte, ob man die künstliche Beatmung vielleicht einstellen sollte, da alle zugezogenen Fachärzte übereinstimmend der Meinung waren, das Mädchen sei ein „aussichtsloser Fall". Der eine der beiden Ärzte (Nieren-Spezialist) war mit zynischer Offenheit für das „Abstellen". Auf die Frage eines Fernseh-Menschen: „Können Sie das denn verantworten?", stellte er nur die dreiste Gegenfrage: „Können S i e es verantworten, wenn wir weiter therapieren?" (behandeln)!! Dieser Bursche ließ gleich seiner Phantasie freien Lauf: In ein paar Jahren werde es mit dem „Abstellen" von „aussichtslosen Fällen" sowieso viel leichter gehen, denn dann werde die Medizin „neue Erkenntnisse" gewonnen haben, die es ermöglichen würden, schon frühzeitig (!) zu erkennen, wenn ein Patient „aussichtslos" wird, während dies heute noch recht schwer möglich sei. – Dies läuft darauf hinaus, unter Berufung auf medizinische „Erkenntnisse" die Schwelle erheblich herabzusetzen, an der ein Patient für „aussichtslos" erklärt werden kann, womit der Willkür der Ärzte als „Herren über Leben und Tod" ganz neue Perspektiven eröffnet werden würden.

Noch erschreckender als den offenen Zynismus dieses Burschen (der im übrigen geradezu freudig versicherte, es würde ihm persönlich gar nichts ausmachen, das junge Mädchen eigenhändig „abzustellen") fand ich, daß k e i n e r der im Film gezeigten Ärzte und Medizinstudenten derartigen barbarischen Auffassungen entschieden widersprach. So meinte der Gesprächspartner des Nieren-Spezialisten am Bett des jungen Mädchens nur: Es sei „eigentlich logisch", wenn man in so einem Fall „die Therapie einstellen" würde, „aber wer traut sich das heute schon?" !! Er hätte s e l b s t da auch irgendwie noch Skrupel, obwohl es natürlich „ganz logisch" wäre, das Mädchen „abzustellen" und ersticken zu lassen. Aber diese Skrupel, nicht wahr ...!

Ähnlich äußerten sich auch die anderen gezeigten Mediziner. Soweit sie nicht offene Befürworter des „Gnaden-Tods" waren (das war allerdings nur eine Minderheit), waren sie eigentlich durchweg der Meinung, daß „Abstellen" von „Aussichtslosen" sei schon „logisch", aber irgendwie sei ihnen dieser Gedanke doch nicht angenehm: „Ich bin nicht dafür, aber das hat bei mir ganz persönliche Gründe", war die typische Antwort eines Medizinstudenten.

Im Film erfuhr man als Schluß (!), daß „ein gnädiges Schicksal" den Ärzten die Entscheidung über das Leben des verunglückten jungen Mädchens abgenommen habe: Zwei Stunden nach dem gezeigten Ärzte-Plausch an ihrem Bett sei sie schlicht an Herzversagen gestorben. Als ob sich dieses nicht genauso gut manipulieren ließe wie die Abstellung der künstlichen Beatmung!!

Fazit: Die Ärzte machen sich Gedanken. Einige Ärzte sind offen für das hemmungslose „Abstellen" von „aussichtslosen" Patienten, andere Ärzte sind eigentlich auch dafür, haben aber persönlich noch etwas Skrupel. Die Ärzte machen sich darüber weit hinaus ganz unbefangen ihre Gedanken über die „sozialen Folgen", die Schwerkranke (wie etwa „zerebrale Wracks") für ihre Umgebung bedeuten. Einige Ärzte lassen schon ihre Phantasie in eine „schönere" Zukunft schweifen, wenn sie viel früher schon „erkennen" können, welcher Patient „aussichtslos" ist und folglich „abgestellt" werden muß.

Mir scheint, daß derartige Diskussionen Bestandteil der Faschisierung von Staat und Gesellschaft sind, indem sie den Wert des menschlichen Lebens relativieren und der Nazi-Propaganda vom „unwerten Leben" Tür und Tor öffnen. •

Ein Genosse aus Hamburg-Altona

Kampf der Faschisierung innerhalb der SPD – Fehlanzeige

Um so brutaler die Bulleneinsätze in Frankfurt geworden sind, um so deutlicher Müller seine „sozial"faschistische Fratze gezeigt hat, um so flauer wurde der Protest der SPD-„Linken", von der angeblichen „linken" SPD-Hochburg Hessen ist da nichts zu spüren.

Als Müller die Demonstration für die Freilassung Streckers verbieten lassen wollte, da die Demonstranten „auch vor Mord nicht zurückschrecken würden", wagte sich nur noch die Juso-Hochschulgruppe mit einem öffentlichen Protest hervor.

Die südhessische Jusoführung schwieg nicht nur wie die Jusos im allgemeinen, sondern sie sagte ihre Pressekonferenz für den 13.5. gegen den Einsatz der „Chemical Mace" ab!! In ihrer Presseerklärung katzbuckelt sie dazu: *„Das Thema der Pressekonferenz paßt jetzt bei einigen nicht mehr in die politische Landschaft"*. Ausgerechnet vor Müller selbst krochen sie zu Kreuze, der hatte nämlich bei der südhessischen SPD-Führung direkt interveniert (laut „Frankfurter Neue Presse" vom 14.5.).

Just in dieser Situation fand sich der Parteitag der Frankfurter SPD zusammen, um eine weitere Aufrüstung der Polizei zu fordern und ihr „Vertrauen in die Polizei" herauszustellen. Das zugehörige Thesenpapier wurde sogar einstimmig verabschiedet.

Ein Antrag auf diesem Parteitag, der die „Verurteilung" Müllers und Staatssekretär Werner forderte, weil sie im Fernsehen die Festgenommenen bereits als „Täter" („Molotow-Cocktailwerfer und Rädelsführer") hingestellt hatten, kam so nicht durch. Er wurde dahingehend abgeändert, der SPD-Landtagsfraktion zu übertragen, zu untersuchen, ob gegen „Prinzipien unserer rechtsstaatlichen Verfassung" dadurch verstoßen wurde („Frankfurter Rundschau", 24.5.76), der Antrag wanderte somit in den Papierkorb.

In mehreren Fällen war früher von Frankfurter SPD-„Linken" die Polizei-Willkür verurteilt worden.

So hatte beispielsweise der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Ostend, Heiner Halberstadt, 1974 gefordert, zu untersuchen, *„wer für den Wasserwerfereinsatz gegen Ende der NPD-Kundgebung verantwortlich gewesen sei"* („FR", 18.9.74). Nach einer Zusammenrottung von 2.000 Faschisten in Frankfurt hatte die Polizei mal wieder wild auf Antifaschisten eingedroschen.

Nach dem Einsatz der „Chemical Mace" gegen Kinder erklärten die beiden Bockenheimer Ortsvereine auf einer Pressekonferenz: *„Dieser Polizeieinsatz stellt eine neue Art der Eskalation der Unverhältnismäßigkeit der Mittel dar. Er gehört in eine allgemeine Tendenz , daß neuerdings Bürgerinitiativen mit brutalen polizeilichen Mitteln zerschlagen und kriminalisiert werden sollen."*

Heute ist selbst von solchen Protesten, die natürlich auch seinerzeit folgenlos blieben, kaum noch etwas zu sehen. Müller und Co, die heute das in die Praxis umsetzen, was Strauß und Dregger fordern, erhalten dafür selbst Flankenschutz von der angeblich so „starken" SPD-„Linken". Wenn die Zeit dafür „reif" ist, wird auch Müller seinen auf den Leib geschnittenen Vorbildern Noske und Zörgiebel gleichkommen – der eine, der sich beim Niederschlagen der revolutionären Arbeiterbewegung zu Beginn der zwanziger Jahrer zu recht den Namen „Bluthund" verdient hat; der andere, der 1929 die Mai-Demonstration der Berliner Arbeiter zusammenschießen ließ und später, bei der Machtergreifung der Nazis, als Polizeichef von Dortmund sämtliche Demonstrationen der KPD gegen das Hitler-Regime verbot und auseinanderschlagen ließ. Und solche Figuren stecken nicht nur in Müller drin. Was die Verhinderung von Protestaktionen gegen heutige Nazi-Gegner betrifft, was den Befehl zum polizeilichen Dreinschlagen auf Antifaschisten betrifft – da hat SPD-Müller schon mehrfach die Gelegenheit wahrgenommen, um sich dem schändlichen Beispiel von Zörgiebel und Noske ebenbürtig zu erweisen. – Das ist keine Frage von Personen, der „Sozial"faschismus hat in der SPD-Politk insgesamt seinen festen Platz. •

Neun französische Antifaschisten wegen Forderung nach Verurteilung von Nazi-Lischka vor Gericht

Am 19.5. begann in Köln der Prozeß gegen Daniel Fahri und weitere acht französische Antifaschisten. Er endete mit Geldstrafen zwischen 600,- und 4.000,- DM. Die Verurteilten hatten im letzten Jahr in Köln die Büroscheiben des Faschisten Kurt Lischka eingeworfen – ehemaliger Obersturmbannführer der SS, Chef der Sicherheitspolizei und der Gestapo in der Region Paris 1940-1943, verantwortlich für die Deportation und Ermordung von über 100.000 Juden.

Mit dieser Aktion forderten die neun Antifaschisten, Mitglieder der LICA (Liga internationale contre le racisme et l'antisemitisme) endlich die Verurteilung des Nazi-Massenmörders Lischka. Gleichzeitig protestierten sie gegen die „Behutsamkeit", mit der die BRD-Klassenjustiz die Akten der Nazi-Verbrecher öffnet (bzw. geschlossen hält), die in Frankreich bereits verurteilt wurden, und sich nach Westdeutschland flüchteten. Einige sind bereits gestorben, aber die Mehrzahl schiebt friedliche Tage in der BRD!

Bis heute wurden mehr als 1000 Akten übergeben, aber keine einzige Anklage ausgesprochen. Bezeichnend ist auch, daß die deutsch-französischen Konventionen von 1971,die die Durchführung der Prozesse bzw. Vollzug der Urteile gegen die aus Frankreich geflüchteten Nazi-Verbrecher vorsieht, erst 1975 vom Europa-Parlament ratifiziert wurden, und die westdeutsche Klassenjustiz erst sechs Monate (!) danach die Akten anforderte.

Die neun Antifaschisten erfahren nun ebenso wie Beate Klarsfeld im Juli 1974 und Serge Klarsfeld im Februar 1975, was „Entnazifizierung" in der BRD heißt: Militanten Antifaschisten wird wegen ein paar zerbrochenen Glasscheiben der Prozeß gemacht, während Nazi-Massenmörder unbehelligt herumlaufen können!

Der Prozeß begann mit einer Protestaktion: Mehr als 50 französische Antifaschisten zerstörten erneut die Büroscheiben des Lischka-Büros in der Altenberger Straße in Köln und entrollten Transparente: „Nicht die Antifaschisten, sondern den SS-Führer Lischka hinter Gitter!" Es formierte sich ein kleiner Demonstrationszug zum Gericht, wo bereits weitere französische Antifaschisten warteten. Kurz nach Beginn wurde der Prozeß wegen „Beiträgen aus dem zahlreichen Publikum" – u.a. über 100 ehemalige französische und belgische Deportierte – unterbrochen, die die Angeklagten lebhaft unterstützen.



Französische Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude

Französische Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude

Anwesend waren nur drei Angeklagte: G. Drach, die die KZ's von Auschwitz und Bergen-Belsen „kennenlernte", D. Fahri und E. Hadjenberg, die den Richter M. Maas fragten, wo der eigentliche in diesem Prozeß Hauptangeklagte, Lischka, sei.

Dieser saubere Richter, der sich nur auf „Tatsachen" einließ, und sich bei den „historischen" Fakten langweilte, log frech: „Er wurde nicht als Zeuge geladen, weder von der Anklage noch von der Verteidigung!"

Der Nazi-Massenmörder Lischka gehört hinter Gitter! ●

Ein Genosse aus St.Georg (Hamburg)



Politische Verhöre

Gesinnungsterror

Willkür

„Demokratischer" Schwindel der SPD

Die SPD-regierten Länder und die Bundesregierung haben eine neue Regelung für die Berufsverbotepraxis im öffentlichen Dienst beschlossen. Die Zeitungen berichteten darüber weitgehend unter Schlagzeilen wie: *„Radikalenerlaß ist erledigt"* („Weser-Kurier", 20.5.) oder *„Bürgerschaft entscheidet: Dürfen Radikale in den Staatsdienst"* („Bild-Bremen", 19.5.). Im Verein mit der CDU/CSU versuchen sie den Eindruck zu verbreiten, die SPD mache *„gemeinsame Sache mit den Staatsfeinden"*, sie habe den *„Verfassungsfeinden Tür und Tor geöffnet"* (so der „Rechtsexperte" der Bremer CDU, Cassens – „Weserkurier", 29.4.).

SPD/FDP gegen die reaktionären Berufsverbote? Das wäre etwas ganz Neues. Im Kern geht es bei der neuen Regelung um folgendes:

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 22. 5.75 automatische Berufsverbote allein aufgrund der Mitgliedschaft in linken Organisationen für verfassungswidrig erklärt. Nachdem hunderte von Demokraten und Kommunisten ohne jede Angabe von Gründen jahrelang aufgrund der „Ministerpräsidentenbeschlüsse" von 1972 kurzerhand aus dem Beruf geworfen wurden oder ihn gar nicht erst ausüben durften, wollen SPD/ FDP jetzt „differenzierter" vorgehen: Eine generelle Personenüberprüfung

worfen wurden oder ihn gar nicht erst ausüben durften, wollen SPD/ FDP jetzt „differenzierter" vorgehen: Eine generelle Personenüberprüfung

soll demnach nur noch bei Polizei, Justiz und Verwaltungsbeamten, die „vertrauliche Aufträge" erfüllen sollen, stattfinden. Lehrer, Krankenhauspersonal und Angehörige von Post und Bahn sollen angeblich nur dann durchschnüffelt werden, wenn *„begründete Zweifel an der Verfassungstreue"* vorliegen. Angeblich sollen über fünf Jahre zurückliegende Äußerungen und Verhaltensweisen der Bewerber unberücksichtigt bleiben.

Als „Verfasssungsfeinde" abgelehnt werden sollen in Zukunft „nur" diejenigen, denen „gerichtsverwertbare" Handlungen und Äußerungen nachgewiesen werden können. In Zweifelsfällen entscheidet der oberste Dienstherr.

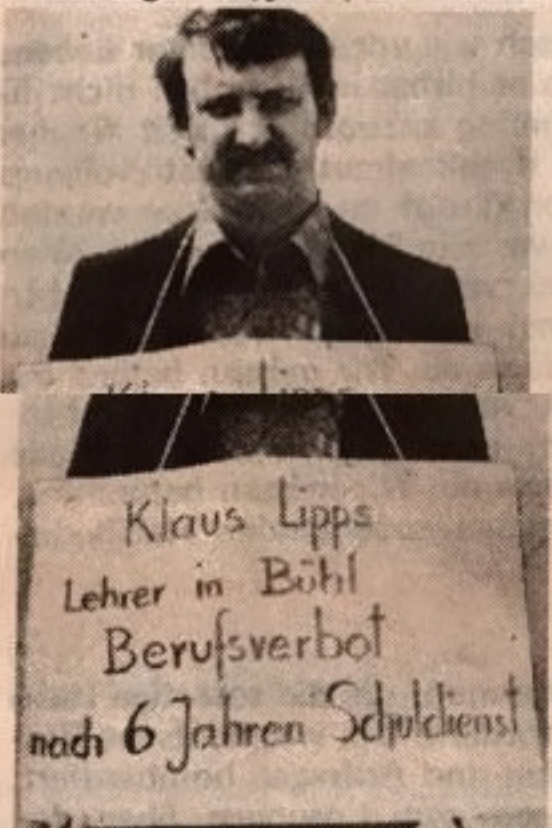
Es wird eine ständige „Anhörungskommission" gebildet, die von den Innenministerien kontrolliert werden soll. Die einstellenden Behörden sollen eigene Schnüffeleien nicht mehr vornehmen.

Außerdem sollen künftig den verdächtigen Bewerbern die Gründe für ihre Berufsverbote mitgeteilt werden; die Betroffenen sollen ‚sogar' Rechtsmittel gegen ihre Ablehnung einlegen ‚dürfen'!

Die alte Praxis bleibt

Schon der Wortlaut der Neuregelung macht deutlich, daß die SPD/ FDP nicht im Traum daran denkt, etwas wesentliches an der Berufsverbotepraxis zu ändern.

Berufsverbote nur bei „begründeten Zweifeln an der Verfassungstreue der Bewerber" – was soll das heißen: Jeder, der heute z.B. Kritik an der staatlichen Ausplünderungspolitik äußert, an den Einsparungen an Schulen und Krankenhäusern, an den Lohnraubabschlüssen der Gewerkschaftsführer, an dem Aufbau eines umfassenden Polizei- und Bespitzelungsapparates, ist schon ein Verfassungsfeind; jeder, der sich heu-



te an Streiks oder Protestdemonstrationen beteiligt, steht schon im Verdacht, Kommunist zu sein. Das beweisen die bisherigen Berufsverbote. Daran wird sich in Zukunft nicht ein Pieps ändern.

Nur „gerichtsverwertbar Erkenntnisse" als Ablehnungsgrund? In den letzten Jahren hat gerade die SPD/ FDP-Regierung Gesetze durchgebracht, die in der Tendenz jedes Eintreten für demokratische Rechte unter Strafe stellen. Darunter fallen die Verschärfung des § 218 ebenso wie besonders die Verabschiedung des § 88a, nach dem jede Gewalt gegen die öffentliche Ordnung und jede Äußerung, die nicht entschieden gegen solche „Gewalttaten" Stellung nimmt, bestraft werden kann. Es stellt heute schon überhaupt keine Schwierigkeit mehr dar, aktiven Demokraten „strafbare Handlungen" im Sinne dieser Gesetze nachzuweisen.

Begrenzung der Schnüffelberechtigung auf die Innenbehörden? – Gleichzeitig mit den Gesetzen zum Abbau der demokratischen Rechte betreiben Kapitalisten und Regierung mithilfe der bürgerlichen Presse, des Rundfunk und Fernsehens eine widerwärtige Hetze gegen alles, was „links" ist. Die Bevölkerung wird systematisch dazu aufgerufen, „Verdächtige" als „Terroristen" zu denunzieren. In Wirklichkeit setzt die SPD-Regierung alles daran, damit die Schnüffelei umfassend gemacht wird. Deutlichstes Beispiel dafür ist wohl der Erlaß des Bremer SPD (!)-Senats, nach dem alle Lehrer, Schüler und Eltern ausdrücklich dazu aufgefordert werden, „radikale" Verhaltensweisen bei linken Lehrern zu melden – wer sich dagegen wehrt, kommt selbst in den Verdacht, „Verfassungsfeind" zu sein (Eisenhauer-Erlaß).

Die Jusos immer dabei

Die SPD versucht trotzdem, diese Neuregelung als Muster ihres „demokratischen Verantwortungsbewußtseins" zu verkaufen, mit der deutlichen Absicht, in Hinblick auf die Bundestagswahlen sich auch mal wieder vor den demokratisch gesinnten Menschen zu zeigen. Mit markigen Sprüchen wie „Heuchelei gefährdet Demokratie" und die Berufsverbotepraxis „diskreditiert den freiheitlichen Staat" versuchten die Bremer Sozialdemokraten von der SPD angewiderte Wähler noch bei der Stange zu halten („Bremer Nachrichten", 30.4.).

Die Verkommenheit, die in diesem Vorgehen zum Ausdruck kommt, trifft in besonderem Maße auf die Jusos zu. Die Bremer Jusos, die ihren Anspruch nach als „linke Kraft" die SPD-Führung zu einer Politik des „demokratischen Sozialismus" zwingen wollen, stimmten in allen wesentlichen Punkten dieser Neuregelung der Berufsverbotepraxis zu – und das, nachdem erst vor wenigen Monaten einer der führenden Jusos - A. Schulz - fast selber von einem Berufsverbot wegen „Verfassungsfeindlichkeit" getroffen worden wäre.

fast selber von einem Berufsverbot wegen „Verfassungsfeindlichkeit" getroffen worden wäre.

Obwohl die CDU/CSU sehr wohl weiß, daß diese Änderung der Berufsverboteprozedur absolut nichts ändern wird an dem Umfang und Inhalt der Hetze auf Demokraten und Kommunisten, versucht sie, selbst die SPD/FDP als so etwas wie „verkappte Kommunisten" hinzustellen.

Damit ist zweierlei bezweckt: Die SPD/FDP-Politik soll bei den fortschrittlichen Menschen wieder aufgewertet werden und aufgrund des heftigen Geschreis von CDU/CSU glaubwürdiger erscheinen. Andererseits will die Reaktion noch rasantere Formierung aller gesellschaftlichen Bereiche in Richtung auf bayrische Zustände durchsetzen, wo ein Bewerber für den öffentlichen Dienst schon CSU-Mitglied sein muß, um Zweifel an seiner Verfassungstreue auszuräumen. ●

Lehrerkommission
KB/Gruppe Bremen

Knast Oslebshausen, Bremen

Verfassungsschutzspitzel aufgeflogen

Eine arbeitslose Lehrerin wurde von der politischen Polizei (dem 10. Kommissariat) als „Anarchistin" verdächtigt, da sie:

- sich an einer Demonstration gegen Isolierhaft und für bessere Haftbedingungen der RAF-Gefangenen beteiligte;
- ehemaliges Mitglied im SDS war;
- und obendrein noch in der ÖTV gewerkschaftlich aktiv ist.

Bereits im Zuge der „Aktion Winterreise" im November/Dezember 1974 wurde bei ihr eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die allerdings keine Beweise für „anarchistische Aktivitäten" brachte.

Die Bremer Polizei gab den Fall an das „Bundesamt für Verfassungsschutz" (VS), Abteilung „Terrorismus", ab. Der VS begann eine Aktion, die durch Zufall die kriminellen Schnüffelaktivitäten erkennen läßt: Die Verdächtige war mittlerweile freiwillige Gefangenenbetreuerin im Knast Oslebshausen. Der VS schaltete einen Häftling als Spitzel ein, der von der Verdächtigen betreut wurde. Mittelsmann war der Vollzugsbeamte Hasemann vom Knast, der nach jedem Gespräch zwischen dem Häftling und seiner Betreuerin das 10. Kommissariat benachrichtigte. Kripo-Mann Siemers vom 10. eilte dann sofort herbei, um sich neue Informationen zu holen. Die Anstaltsleitung behauptete, über die Bespitzelung mit dem Hinweis informiert worden zu sein, daß die Betreuerin Verbindungen zu „anarchistischen Gruppen" habe und untergetaucht sei – angesichts ihrer Arbeit im Knast unter echtem Namen völliger Unsinn!

Diese höchst amtliche Spitzelaktion fand ein abenteuerliches Ende: Der Spitzel-Häftling war offensichtlich gekauft worden, mit dem Versprechen seiner Freilassung. Bei einem Fluchtversuch brach er sich den Knöchel und wurde entdeckt. Auf Fragen nach seinen Helfeshelfern gab er unumwunden die Bremer Kripo an!

Erst hierdurch kam die Spitzelgeschichte an die Öffentlichkeit. Jetzt wurde versucht, das Ganze zu vertuschen. Die Bremer Kripo ließ ihren Spitzel fallen und dementierte. Der Verfasssungsschutz deckte den Mantel der Heimlichkeit über den Vorfall, indem er alle Unterlagen zurückzog und zur „Verschlußsache" erklärte. Ein wegen Gefangenenbefreiung eingeleitetes Ermittlungsverfahren wurde mittlerweile natürlich eingestellt. Bekanntlich hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus, Justiz, Polizei und Verfasssungsschutz haben in dieser Geschichte gleichermaßen Dreck am Stecken. ●

KB / Gruppe Bremen

Offizielle Angaben über Zahl der Berufsverbote

Reine Augenwischerei

Die Haushaltsdebatte im Bundestag, die die Parlamentsparteien nutzten, um mit einem Rundschlag den Wahlkampf zu eröffnen, hat es gezeigt: Die Diskussion um die Berufsverbote wird ein zentrales Thema des Wahlkampfes werden. Während die CDU das ‚Gespenst vom Sozialismus' wieder verstärkt ins Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen versucht, schmückt sich die SPD/FDP Regierung mit ihren ‚Leistungen' auf dem Bereich der inneren Sicherheit. Und hier kann die SPD/FDP Koalition wahrlich einiges aufweisen, z.B. was die Aufrüstung der staatlichen Repressionsinstrumente oder die gewaltige Ausweitung der Gesinnungsüberprüfungen in den letzten Jahren angeht.

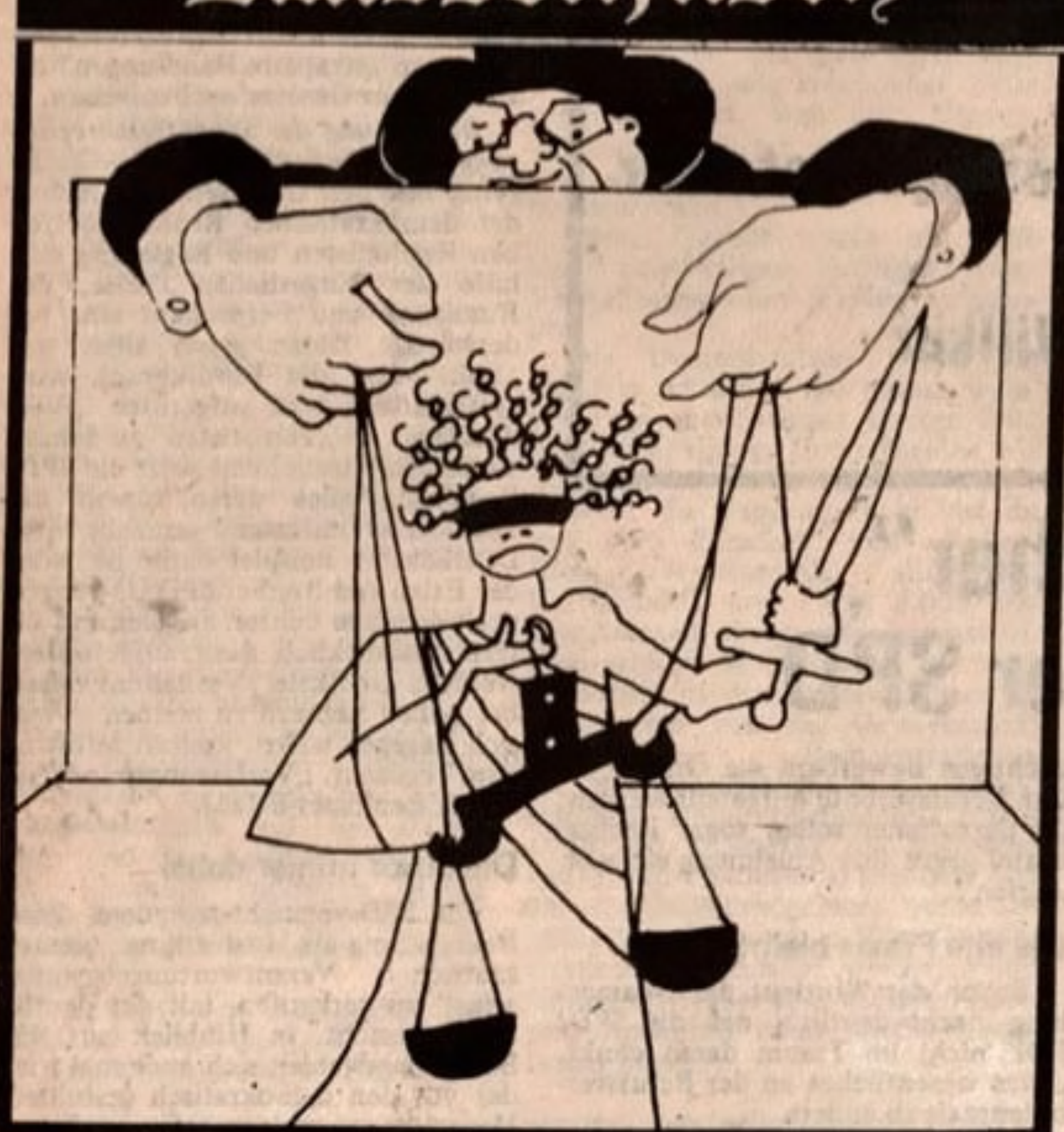
Laut Angaben des „Hamburger Abendblatt" vom 25.5.76 sind in den vergangenen 50 Monaten von den 2,4 Mio. Beschäftigten im öffentlichen Dienst mindestens 496 700 Personen vom Verfassungsschutz überprüft worden. Das Ergebnis ergab 3680 Verdächtige und „nur" 428 der Überprüften wurden nicht eingestellt, oder ihre Weiterbeschäftigung wurde abgelehnt. Die gleiche Springergazette beklagte im Februar unter der Überschrift *„Immer mehr Radikale im Staatsdienst"*, daß die Zahl der Linksextremisten im Schuldienst im vergangenen Jahr um 50 % angestiegen sei. Senator Eckström kündigte im Nov. 75 allein für den Bereich der in Hamburg z.Zt. in der 2. Phase der Lehrerausbildung stehenden Referendare 60 Berufsverbote an.

All diese Zahlen sind schwer zu überprüfen. Ihre Wirkung läßt sich allerdings klar erkennen: Einschüchterung und Duckmäusertum wachsen, andererseits denken viele angesichts der offiziellen Zahlen „es ist doch gar nicht so schlimm". Sicher ist, daß die Zahlen der tatsächlich erteilten Berufsverbote im öffentlichen Dienst weit über der vom „Abendblatt" genannten Zahl von 428 liegt. Unseren Schätzungen nach muß man diese Zahl mindestens verdreifachen. Sehr viele Fälle von Berufsverboten werden gar nicht bekannt, weil die Betroffenen ihren Fall nicht in der Presse veröffentlichen können – weil viele bei auftretenden Schwierigkeiten ihre Bewerbung zurückziehen – oder weil im Rahmen der wachsenden Arbeitslosigkeit von der Behörde keine politische Begründung für eine Ablehnung mehr gegeben werden braucht. Eine große Anzahl von Betroffenen ist auch deshalb in den offiziellen Angaben noch nicht erfaßt, weil ihre Klagen gegen das ausgesprochene Berufsverbot vor Gericht noch nicht entschieden sind. Dies betrifft häufig vor allem Kollegen, die schon länger im öffentlichen Dienst tätig waren und nun auf Grund der Überprüfung durch den Verfassungsschutz entlassen werden sollen. So läuft das Verfahren um die Entlassung des Vizepräsidenten der Hamburger Hochschule für Kunst Professor Hiltmann seit dem Sommer letzten Jahres. Hiltmann ist aber nach wie vor im Amt. Anders im Fall des Hamburger Studienrats Heide, der im letzten Sommer vom Dienst suspendiert wurde, dessen Verfahren jedoch auch noch nicht entschieden ist. Solche anhängigen Verfahren gibt es zu Hunderten. In der Statistik tauchen sie allerdings nicht auf.

Die Folge ist eine Verschleierung des wahren Ausmaßes der Berufsverbotepraxis. Auf der anderen Seite werden Einzelfälle in der Presse aufgerollt, in der Absicht, alle die sich auch nur im geringsten mit den Ansichten der Gefeuerten identifizieren zu können, zurückzuschrecken. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz



Karl Heinz Roth lebt – NOCH!

Karl-Heinz Roth befindet sich nach wie vor in äußerster Lebensgefahr! Die Justizbehörden haben es bisher immer noch nicht für

Karl-Heinz Roth befindet sich nach wie vor in äußerster Lebensgefahr! Die Justizbehörden haben es bisher immer noch nicht für nötig gehalten, seine Haftverschonung anzuordnen. Seit Wochen befindet er sich in Düsseldorf im Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt und muß täglich an einen Tropf angeschlossen werden, um zu überleben. Am 13.5. z.B. war sein Blutdruck auf 50:20 abgesackt. Normal ist ein Blutdruck von 130:80! Trotz Tropf-Infusion sackt sein Blutdruck immer noch gegen Abend auf jene unmittelbar lebensbedrohenden Werte ab. Wir müssen befürchten, daß es erneut ein Opfer der menschenverachtenden Haftbedingungen zu beklagen gibt!!

Solidaritätskampagne für Roth

Im Ausland vermehren sich die Stimmen, die die sofortige Haftverschonung für Karl-Heinz Roth fordern. Die westdeutsche Botschaft in Den Haag wird mit Briefen und Anfragen bombardiert, bundesrepublikanische Einrichtungen mit Losungen über den „neuen" Faschismus versehen, besonders das „Deutsche Büro für Touristenverkehr" in Amsterdam. Es wurde über eine Woche lang mit Freiheitsforderungen für Karl-Heinz Roth bemalt (nach „Informationsdienst", 22.5.76).

IKAH („Arbeiterhilfe")

„Deutsches Recht" für die ganze Welt?

Ein Justizskandal ersten Grades ist der Fall des Niederländers Harm Dost, der vom Landgericht Kleve (Nordrhein-Westfalen) zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt wurde. Dost hat sich in Holland um Drogenabhängige gekümmert. Er hat – in Zusammenarbeit mit Gemeindeverwaltung und Polizei – für Abhängige von harten Drogen Haschisch besorgt, um sie dadurch von den lebensgefährlichen harten Drogen (Heroin etc.) abzubringen. In den Niederlanden sah die Justiz absolut keinen Anlaß gegen Dost vorzugehen: 1. War sein Handeln als Drogentherapeut mit den Behörden abgesprochen und 2. wird in Holland der Handel mit kleinen Mengen Haschisch nicht verfolgt.

Ganz anders sah die westdeutsche Justiz diesen Fall: Jugendliche aus Wuppertal waren in der BRD mit kleineren Mengen Haschisch erwischt worden. Sie wurden alle auf Antrag des Drogen-Staatsanwalts Jansen zu drakonischen Strafen verurteilt. Die Angeklagten hatten vor Gericht ausgesagt, daß sie das Haschisch von Harm Dost in Holland bekommen hatten. Nun setzte sich der Wuppertaler Drogen-Staatsanwalt auf Dosts Fersen: Weil Dost als Holländer in Holland gegen das deutsche Betäubungsmittelgesetz verstoßen habe, wurde gegen ihn ein Haftbefehl erlassen. Am 10. Oktober 1975, als Dost als Tourist und ohne Haschisch die Grenze zur Bundesrepublik passieren wollte, wurde er verhaftet und befand sich bis zu seiner jüngst erfolgten Verurteilung sieben Monate in Untersuchungshaft. Weder der Protest der Holländischen Behörden, noch der Versuch seines Essener Anwalts Gregorius, nachzuweisen, daß deutsche Gerichte nicht für Holländer zuständig sind, nützte Dost etwas: **Er wurde zu drei Jahren und neun Monaten Knast verurteilt!**

Seit 1975 gibt es nämlich im Strafgesetzbuch einen neuen Paragraph 6, der festlegt, daß für bestimmte Taten – vom Völkermord bis zum Vertrieb von hartem Porno – deutsches Strafrecht gilt, egal wer in welchem Winkel der Welt dagegen verstößt. Weltrechtspflegeprinzip lautet der juristische Fachausdruck dafür! Dieses Prinzip gilt allerdings nur, wenn es zwischen den Staaten für genau bestimmte Straftaten ausdrücklich vertraglich vereinbart ist. Ein solcher Vertrag existiert zwischen der BRD und Holland bei Betäubungsmitteln nicht. Die Niederländer erinnerte der „Fall Dost", der von dem Abgeordneten Roethoff inzwischen vor das Parlament gebracht wurde, an schlimme Zeiten: An die „Verordnung über den Geltungsbereich des deutschen Strafrechts" von 1940. Damit hatten die Nazis ihre Gesetze auf alle besetzten Gebiete übertragen. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Knast-Veranstaltung in Hamburg

Am 14.5. führten der SSB und das „Initiativkomitee Arbeiterhilfe" (IKAH) in Hamburg eine von 1.000 Menschen besuchte Veranstaltung durch. Neben der Solidarität mit den politischen Gefangenen sollte die Veranstaltung auch die Lage der „normalen" Gefangenen bewußt machen und dem Beginn einer breiteren „Knast-Arbeit" dienen. Es wurden 2.223,81 DM gesammelt, die zur Hälfte für die Solidarität mit Karl-Heinz Roth bestimmt waren und zur anderen Hälfte auf das Spendenkonto der „Arbeiterhilfe" (für Knasthilfe und politische Gefangene) gingen.

Die Veranstaltung stand unter dem Eindruck des Todes von Ulrike Meinhof. Es wurde die Notwendigkeit betont, den Verschleierungen der Staatsschutzbehörden im Zusammenhang mit dem Tod von Ulrike Meinhof entgegenzutreten. Zurückgewiesen wurden die Versuche einiger Spontis, die Veranstaltung für die „Solidarität mit der RAF" zu funktionalisieren sowie falsche und sektiererische Formen der Solidarität. Empörung über den Tod von Ulrike Meinhof kann kein Grund sein, die politischen Differenzen zu vergessen und in perspektivlose und schädliche Aktionen einzusteigen. Rechtsanwalt Kurt Groenewold ging in seinem Referat zur Lage der politischen Gefangenen besonders auf die zynische These der Staatsschutzbehörden von der selbstverschuldeten Isolationshaft ein. Rechtsanwalt Reinhard erklärte die Lage von Karl-Heinz Roth, dem der Tod droht, falls nicht bald Haftverschonung gewährt wird und berichtete von der breiten Solidarität mit ihm.

Das IKAH stellte in einem längeren Referat die konkreten Haftbedingungen der „normalen" Gefangenen dar. Die umfassenden Einschränkungen der Rechte der Gefangenen, bis hin zur Verhängung strenger Isolationshaft über mehrere Monate oder gar Jahre hinweg, erfüllt den Zweck, die Gefangenen moralisch zu brechen, besonders aber jeden Widerstand gegen den Knast im Keim zu ersticken. Dabei spielen die Haftbedingungen, die an den politischen Gefangenen erprobt und entwickelt wurden, eine Vorreiterrolle – sie werden zunehmend auch auf kämpferische Häftlinge ohne politischen Hintergrund angewandt.

Am Beispiel des sogenannten „Mannheimer Gefängnisskandals" und der Arbeit des, inzwischen durch Verhaftungen vorübergehend außer Gefecht gesetzten, Gefangenenrats Frankfurt wurde die Notwendigkeit einer intensiven und breiten Enthüllungsarbeit über die mörderischen Bedingungen im Knast und die Widerstandsaktionen dort dargestellt. Während die bürgerlich-reformistischen Vorstellungen von Knast-Arbeit sich auf sogenannte Resozialisierung beschränken, stellt für die meisten linken und revolutionären Organisationen der „normale" Knast kein Thema dar. Die „natürliche" Isolation der Gefangenen von der Gesellschaft muß aber durchbrochen werden, um ihren Kampf im Knast überhaupt sinnvoll zu machen und andererseits um die Voraussetzungen für einen breiten Widerstand gegen die brutale Endstation der Repression – den Knast – zu schaffen. Die heftigen Reaktionen der Bourgeoisie gegen *jede* Knastarbeit kann nur Anlaß sein, diese umso breiter und intensiver anzulegen. Bei dieser Aufgabe können wir von der Arbeit des Gefangenenrats Frankfurt lernen, der ein Hauptgewicht auf die Enthüllungsarbeit und die Kontakte zu den Gefangenen gelegt hat.

In der Diskussion nahm das „Medienzentrum Fuhlsbüttel" zu den Angriffen Stellung, die wegen der Aktionen gegen den Knast in Hamburg-Fuhlsbüttel (Santa Fu) und den Freitod zweier Häftlinge dort gegen sie gestartet wurden. Das „Kommunikations-Zentrum Carsten-Rehder-Straße" aus Hamburg, das in dem Ruf steht, in Hamburg die Gruppe mit der entwickeltesten politischen Knastarbeit zu sein, nahm die Gelegenheit zur Stellungnahme nicht wahr, obwohl gerade sie es waren, die in der auf den Freitod der beiden Häftlinge in Santa Fu folgenden Knast-Kampagne der reaktionären Springer-Presse und der CDU am härtesten angegriffen wurden. Dieses Verhalten hat allerdings in dem, von spontaneistischen Kräften beherrschten Kommunikations-Zentrum eine traurige Tradition. Neben dem fehlenden Interesse an einer politischen Auseinandersetzung um die Knast-Solidarität spielt dabei besonders die faktische Ablehnung einer breiten Öffentlichkeitsarbeit die entscheidende Rolle.

Mit großem Beifall wurde der Beitrag einer Norderstedter Jugendgruppe aufgenommen, die zur Solidarität mit Borvin Wulf aufrief. Die Gruppe führte ein Agitationsstück vor, in dem satirisch der Zusammenhang zwischen dem Rufmord an Borvin Wulf und der zynischen Behandlung durch die Justiz dargestellt wurde. Die Gruppe hatte dazu bereits eine Veranstaltung in Norderstedt gemacht, was als eine beispielhafte Initiative gelten muß.

Diese Veranstaltung war ein erster Schritt in die Richtung, die Situation der politischen *und* der „normalen" Gefangenen breiter bekannt zu machen, damit auch auf diesem Sektor der Faschisierung verstärkt entgegengetreten wird. (Die Beiträge der Veranstaltung sind in einer soeben erschienenen Broschüre des IKAH abgedruckt. Bestellungen bitte an den AK-Verlag oder an IKAH c/o Theis, Methfesselstr. 41, 2 Hamburg 19.) ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Kurzmeldungen

Heidelberg: Zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten wurde ein Heidelberger verurteilt, weil er während der Bürgerkriegseinsätze der Polizei anläßlich der Fahrpreiskämpfe im Sommer '75, angeblich Bierflaschen auf die Bullen aus seinem Fenster fallen ließ. In der ersten Instanz war er noch zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte sofort Berufung gegen dieses Urteil eingelegt, weil die Aussetzung der Strafe zur „Bewährung" ein *„schwindendes Vertrauen der Bevölkerung in die Funktion der Rechtspflege"* zur Folge haben würde (Begründung der Staatsanwaltschaft, „Kommunistische Volkszeitung", 13.5.76).

Gegen die damals an den Fahrpreiskämpfen Beteiligten laufen einige hundert (!) Ermittlungsverfahren („KVZ", 13.5.). In den letzten Wochen sind etwa 20 angeblich Beteiligte von der Polizei zwecks Verhör und „erkennungsdienstlicher Behandlung" aus ihren Wohnungen ins Polizeipräsidium geschleppt worden. Das jetzige Terrorurteil gegen den angeblichen „Flaschenwerfer" gibt einen Vorgeschmack darauf, wie die Heidelberger Klassenjustiz mit der Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen „aufräumen" will.

Westberlin: Im Prozeß um die angebliche „Ermordung" des Studenten Ulrich Schmücker vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts hat die Staatsanwaltschaft unglaubliche Terrorurteile gefordert: Für Ilse Jandt, angeblich „Anführerin" der „Terrorgruppe", lebenslänglich, für Wolfgang Wesslau zehn Jahre Jugendstrafe, für Annette von Wedel 20 Jahre Knast, für Wolfgang Strüken und Senke Löffler je sieben Jahre Jugendstrafe. Der ebenfalls angeklagte Denunziant und „Berufskronzeuge" Jürgen Bodeux wurde für seine „Verdienste" mit der Forderung nach 5 1/2 Jahren Jugendstrafe belohnt.

München: Nach über zweijähriger Untersuchungshaft mußte jetzt die Kindergärtnerin Gertraud Will noch vor Prozeßende auf freien Fuß gesetzt werden, weil *„das Ergebnis der ... Beweisaufnahme die der Angeklagten zur Last gelegten Taten in einem milderen Licht erscheinen lasse"* („Frankfurter Rundschau", 20.5.). Gertraud war nach der Flucht ihres Verlobten Roland Otto festgenommen worden, und mit vollkommen haltlosen und abenteuerlich konstruierten Vorwürfen (u.a. Gründung einer „kriminellen Vereinigung", von der weder der Name, noch die Mitglieder bekannt sind), begleitet von einer beispiellosen Hetzkampagne der bürgerlichen Presse, über zwei Jahre Gefangene der Klassenjustiz (wir berichteten schon in AK 79 über diesen „Fall"). Daß die Klassenjustiz jetzt die angeblichen „Delikte" in „milderem Licht" sieht, ist ein Eingeständnis ihrer Methode, Linke durch hergeholte Vorwürfe vor Gericht zu zerren, in der bürgerlichen Presse allerlei „Mutmaßungen" anzustellen und sie möglichst lange durch Untersuchungshaft zu isolieren. Ob Gertraud verurteilt wird oder nicht, die Klassenjustiz hat ihr Ziel – Diffamierung und Kriminalisierung der Linken – schon erreicht. In einem der nächsten AKs werden wir ausführlicher über den Ausgang und den Verlauf des Prozesses berichten.

Duisburg: Wegen „Verunglimpfung", „Volksverhetzung" oder „Beleidigung" sind bisher rund 1.000 (!) Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil die jeweils Beschuldigten den Tod von Günther Routhier als „Polizeimord" bezeichneten. Bisher sind Strafen und Gerichtskosten von insgesamt 500.000 DM verhängt worden („WAZ", 27.4.).

Dortmund: Wegen der Verwendung von Begriffen wie „Kapitalistenklasse", „Diktatur der Bourgeoisie", „Ausbeuterstaat" usw. sind G. Schubert, Verleger des „Roten Morgen" zu einem Jahr und K. Wagner, Redakteurin, zu vier Monaten auf Bewährung verurteilt worden (siehe auch AK 80). Das Urteil richtet sich gegen die gesamte kommunistische Presse und muß als Vorbote für das weitere Vorgehen der Klassenjustiz gewertet werden. Die Begriffe, die zum Prozeß und zur Verurteilung geführt haben, sind fast durchweg Begriffe des wissenschaftlichen Sozialismus.

München: Im Berufungsprozeß gegen S. Haschemi, Mitglied der „KPD/ML", ist erneut eine Gefängnisstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung verhängt worden. Weil er an der verbotenen „Anti-Kriegs-Demonstration" 1972 in München teilgenommen hatte und sich hier auch körperlich gegen den massiven Knüppeleinsatz der Polizei zur Wehr setzte, war er wegen „schweren Landfriedensbruchs" und „illegalen Waffenbesitzes" angeklagt worden.

München: In einem weiteren „Antikriegstag"-Prozeß wurde Klaus S. wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung und 1.000 DM Geldstrafe verurteilt. Der Richter stützte sich ausschließlich auf die widersprüchlichen Aussagen zweier Polizeizeugen.

Köln: Das Amtsgericht Köln stellte den „Roten Morgen" Nr. 13/76 „sicher", weil in dieser Ausgabe *„eine Aussage von Bundeskanzler Schmidt in Zusammenhang mit Hitler gebracht und die Arbeit des Bundeskriminalamtes mit dem Hitlerfaschismus verglichen"* (Urteilsbegründung) wird.

Köln: Wegen „Hausfriedensbruch" und „Verunglimpfung der BRD" sind fünf „KJVD"-Mitglieder zu Gefängnisstrafen zwischen vier und sieben Monaten (teilweise ohne Bewährung) verurteilt worden. Sie hatten während einer Bundeswehr-Vereidigung Parolen gerufen.

Flensburg: Die 2. Große Strafkammer Flensburg hat den Westerländer Gastwirt Peter Heub und den Kellner Hubert Klein vom Vorwurf der Verwendung nationalsozialistischer Embleme (§ 26 a) freigesprochen. Sie hatten im April 74 eine „Führergeburtstagsfeier" organisiert und dabei Heubs Lokal mit Hitlerbildern und Hakenkreuzen „geschmückt". Die Gäste trugen Braunhemden und BDM-Trachten. Frikadellen wurden mit Hakenkreuzen aus Senf serviert. Ohne sich um diese Tatsachen zu scheren, nahm der Richter den Faschisten die dummdreiste Lüge ab, die Feier sei *„aus einer Bierlaune heraus"* („FR", 19.5.) entstanden.

Frankfurt: Am 26.4. begann vor der Staatsschutzkammer der Prozeß gegen Robert Jarowoy und Wernfried Reimers, denen die Gründung einer (nur aus ihnen beiden bestehenden) „kriminellen Vereinigung" vorgeworfen wird. Beide sitzen seit über zwei Jahren in U-Haft. Hauptbelastungszeuge ist wieder mal der Berufskronzeuge Jürgen Bodeux.

Köln: R. Otto, der zusammen mit K.-H. Roth festgenommen wurde, hat Mühe, die Kosten für seine Verteidigung aufzubringen. Er sitzt in Köln und sein Anwalt in München. Den Antrag, seinen Wahlverteidiger als Pflichtverteidiger zu bestellen, „bearbeiten" die Behörden seit dem 8.12.75!!

Als Roland ein halbes Jahr inhaftiert war, entschied der BGH ohne Anhörung des Verteidigers, die Haft fortzusetzen. Eine Verfassungsbeschwerde dagegen wurde nicht nur als „unbegründet" abgewiesen, sondern darüber hinaus wurde sie als mutwilliger Mißbrauch des Gesetzes bewertet und mit einer Geldstrafe von 500 DM beantwortet und mit der zwangsweisen Einziehung des Geldes gedroht!! ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Bremen:

Urteil im Quante-Prozeß aufgehoben!

Das Urteil im Prozeß gegen den Bremer Wolfgang Quante – 4 1/2 Jahre Jugendstrafe – ist aufgehoben worden. Quante war wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung", „illegalem Waffenbesitz" und „fahrlässiger Herbeiführung einer Explosion" – in seiner Wohnung war ein Gemisch aus Puderzucker und Unkrautvertilgungsmittel in die Luft geflogen – verurteilt worden (siehe auch AK 71).

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs gab jetzt der Revision von Verteidigerin Tönnies in einem Punkt nach: Es war nicht berechtigt, daß ein Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden der Staatsschutzkammer, Richter Penning, verworfen wurde. Penning hatte gesagt: *„Ich kann ja verstehen, wenn Herr Quante und seine Freunde den Plan fassen, mich abzuknallen"*. Auf einen Einwand der Anwältin, ihr Mandant habe niemanden umbringen wollen, antwortete Penning: *„Ach wissen Sie, mein Schwager, der Altnazi war, sagte immer, ‚wer ein Gewehr kauft, der will auch schießen'* " (nach „Weser-Kurier", 25.5.76).

Der Bundesgerichtshof bescheinigte Penning zwar, daß sein Verdacht berechtigt sei, er durfte dies nur nicht vor Beginn der Hauptverhandlung sagen! Allein der Zeitpunkt der Aussage wird also kritisiert. Passender der Kommentar des „Weser-Kurier" hierzu: *„Obwohl seine konservative Einstellung als gerichtsbekannt vorausgesetzt werden konnte – Penning selbst hat nie ein Hehl daraus gemacht – hätte er in dieser Situation besser daran getan, sich über seine Ansichten auszuschweigen"*.

Der Quante-Prozeß wird vermutlich im Herbst neu aufgerollt, es ist allerdings nicht damit zu rechnen, daß er dann einen annähernd fairen Prozeß erhält. Dennoch ist die Wiederaufnahme des Verfahrens ein Erfolg. ●

KB/Gruppe Bremen

KB/Gruppe Bremen

Zu den Verhaftungen von Bernhard und Jost:

1.000 demonstrierten in Freiburgs Innenstadt

Am 8. April 1976 wurde in Freiburg der Student Bernhard T. während einer Demonstration von Bullen willkürlich herausgegriffen und verhaftet. Die spontane Demo damals richtete sich gegen die gerade von den Bullen durchgeführte Zwangsräumung zweier Häuser in der Belfortstraße. Im gleichen Zusammenhang wurde am Dienstag nach Ostern (20. April) der Student Jost G. in seiner Wohnung verhaftet.

Gegen Jost und Bernhard soll die gleiche Anklage erhoben werden:
- gefährliche Körperverletzung
- Landesfriedensbruch
- Sachbeschädigung
- schwerer Raub.

Allein das Mindeststrafmaß für schweren Raub beträgt fünf Jahre! Während der Räumung wurde trotz gegenteiliger Zusicherung des Polizeidirektors Maier reichlich von Zivilpolizisten fotografiert. Während der anschließenden Demonstration zum Rathausplatz erkannten Demonstranten zwei der Spitzel wieder und stellten sie zur Rede. Bei der folgenden Auseinandersetzung kam die Kamera des einen Spitzels abhanden. Damit sollte man bei diesem dreckigen Beruf schon mal rechnen müssen!! Die Polizei beschuldigte nun den völlig willkürlich herausgegriffenen Bernhard und die Staatsanwaltschaft ließ zwei Wochen später Jost verhaften, der ihr schon durch die vorangegangene Räumung in der Freiau bekannt war.

In der letzten Zeit hatte es in Freiburg schon zweimal Auseinandersetzungen wegen der Vernichtung von billigem Wohnraum gegeben, zuletzt als die Freiau abgerissen wurde, um einem Autobahnzubringer Platz zu machen (Sommer 1974 und Sommer 1975). Gegen 120 ehemalige Bewohner des Stadtteils Freiau stehen jetzt Prozesse wegen Beleidigung des OB Keidel („heimtückischer Lump" in einem Flugblatt) und wegen Hausfriedensbruch an, weil die Angeklagten sich noch in ihren Wohnungen aufgehalten haben sollen, als diese schon abgerissen wurden (einmal morgens um sechs Uhr mit Baggern!!)

Mit den beiden letzten Verhaftungen schlägt der bürgerliche Staatsapparat jetzt eine noch erheblich schärfere Gangart an. Studenten, die vorher schon einmal „aufgefallen" waren, werden willkürlich herausgegriffen und unter schwersten Beschuldigungen festgehalten. Gegen beide liegen einzig und allein zwei Aussagen von Kripobeamten vor, denen mehrere gegenteilige Zeugenaussagen entgegenstehen. Als Gründe für die U-Haft werden Flucht und Verdunkelungsgefahr und bei einem der beiden außerdem noch Wiederholungsgefahr angegeben. Und das, obwohl man sich mit der Verhaftung von Jost noch zwei Wochen Zeit ließ. Beide haben sie einen festen Wohnsitz und sind immatrikulierte Studenten der Freiburger Universität, und es ist ganz unüblich, sie in einer solchen Situation in Vorbeugehaft zu nehmen und sie noch nicht einmal durch eine Kautionszahlung ihr Studium usw. fortführen zu lassen. Alle Haftentlassungsbemühungen der Anwälte wurden ausgeschlagen, ganz im Gegenteil: Der Staatsanwalt sprach von kriminellen Gewalttätern.

In der Presse läuft seit der Verhaftung von Bernhard und Jost eine Kampagne, die beiden Studenten als „hochkriminelle Subjekte" und sowieso schon „überführt" hinzustellen. An den beiden soll ein Exempel gegen all jene statuiert werden, die sich in Freiburg gegen die Vernichtung von billigem Wohnraum wehren.

Breite Solidaritätsbewegung mit Bernhard und Jost

Erstmals wurde drei Tage nach der Verhaftung von Jost, am 24. April, eine Demonstration mit 1.000 Menschen vor den Trümmern der zerstörten Häuser in der Belfortstraße durchgeführt. Zum erstenmal seit langer Zeit gab es eine breitere Aktionseinheit in Freiburg, bei der KBW, GIM, Spontis und Unorganisierte mitmachen. Am 1. Mai zogen etwa 600 - 1.000 Demonstranten in mehreren Blocks zum Knast, wo Bernhard und Jost einsitzen. Es wurden per Lautsprecher und durch Parolen über die Gefängnismauern hinweg Grüße und Lieder an die zwei Inhaftierten und alle anderen Gefangenen übermittelt. Diese Solidaritätsaktion am 1. Mai hat viele Gefangene „drinnen" tief beeindruckt.

Am 12. Mai fand in der Universität ein Teach-in mit dem Freiburger Sänger und Journalisten Walter Mossmann statt. Mehrere Sprecher forderten den Oberstaatsanwalt Geier (!) auf, die unrechtmäßige Inhaftierung von Bernhard und Jost sofort aufzuheben. Aktionstage sind bereits für den 20. Mai, dem Vorführungstermin von Bernhard, geplant. Weitere Aktionen zur Forderung nach der Freilassung der beiden Studenten werden vorbereitet. ●

Nach dem Bericht eines Freiburger Genossen

Zum Tod von Jürgen Bartsch: Sündenbock gefunden

Chirurg Hollenbeck, unter dessen Messer J. Bartsch starb, ist wegen fahrlässiger Tötung angezeigt worden. Das ergab sich allein schon deshalb, weil er in der Vergangenheit mehrfach mit – zum Teil tödlich ausgegangenen – Pfuschereien aufgefallen, gerichtlich verurteilt und endlich von seinem Posten als Chef des Soester Marienkrankenhauses abgesetzt worden war. Doch ist nun der Fall gegessen, wenn diesem Kurpfuscher J. Bartsch' Tod angelastet wird?

Hollenbeck ist nur der Schuldige, der immer gefunden werden muß, wenn es etwas zu vertuschen gilt! (Der Mannheimer Gefängnisskandal, der offenbarte, welche Brutalität und Menschenverachtung zur tagtäglichen Praxis im Knast gehört, wurde ebenfalls so behandelt, daß man ein/zwei der auffälligsten Typen vor Gericht stellte – allerdings „kleine Ganoven", „Frontschweine". Die Masse der Schläger und vor allem den sogenannten Arzt Maykemper und den Anstaltsleiter Künkeler ließ man unbehelligt.)

Durch die Anklage Hollenbecks
- wird zu vertuschen versucht, welche Haltung dieser Staat zu geisteskranken Menschen an den Tag legt, wenn dieser Kurpfuscher, dem in Soest das Handwerk gelegt wurde, für solche Menschen, die sich noch weniger wehren können, immer noch gut genug ist;
- wird zu vertuschen versucht, daß die Hetze der bürgerlichen Presse dazu beigetragen hat, daß Bartsch sich selbst in der „Heil"anstalt seines Lebens nicht sicher sein konnte;
- wird zu vertuschen versucht, daß einem Menschen wie Jürgen Bartsch durch zehn Jahre Knast und anschließende Sicherungsverwahrung keineswegs geholfen werden kann;
- wird zu vertuschen versucht, daß – wie Ulrike Meinhof 1968 nach dem ersten Prozeß in „Konkret" schrieb – diese *„Gesellschaft durch ihren Haß auf einen Kindermörder jenes gute Gewissen verschafft, das sie braucht, um zu Kindermorden in Vietnam schweigen zu können und zur Barbarei im Umgang mit Kindern im eigenen Land, in der eigenen Familie"*. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

jenes gute Gewissen verschafft, das sie braucht, um zu Kindermorden in Vietnam schweigen zu können und zur Barbarei im Umgang mit Kindern im eigenen Land, in der eigenen Familie". ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Frankfurter Polizei „in ihrer Ehre verletzt"

Am 20.5.76 wurde der Soziologe Frank Herterich von einem Frankfurter Schöffengericht zu einer Geld- *flächlich und unzulänglich"* gewesen sind. Krutzki und Herterich fundierten ihre negative Beurteilung der Er- *Zusammenhang des damaligen Polizeieinsatzes deutlich mache, daß man Opfer auf seiten der Demonstranten*

Polizeimord-

Frankfurter Polizei „in ihrer Ehre verletzt"

Am 20.5.76 wurde der Soziologe Frank Herterich von einem Frankfurter Schöffengericht zu einer Geldstrafe von DM 675,- verurteilt, weil er durch eine *„maßlose Charakterisierung"* die Frankfurter Polizei *„in ihrer Ehre verletzt"* habe. Herterich, der Mitglied der „KPD" ist, hatte in einem Flugblatt geschrieben, daß die Polizei einen Mordversuch beging, als am 29.5.74 der Schüler Thomas Hytrek von einem Wasserwerfer überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde.

Richter Opper stützte sich in seinem Urteil darauf, daß die Ermittlungen in dem Fall Hytrek keine Anhaltspunkte erbracht hätten, daß die Bullen den Schüler absichtlich angefahren haben. Deshalb wies der Richter das Verlangen des Angeklagten und seines Verteidigers zurück, zuerst den Fall Hytrek erneut zu untersuchen, da nach Ansicht des verteidigenden Rechtsanwaltes Krutzki die Ermittlungen *„fehlerhaft, oberflächlich und unzulänglich"* gewesen sind. Krutzki und Herterich fundierten ihre negative Beurteilung der Ermittlung gegen die Bullen mit der Tatsache, daß sie eine Reihe von Zeugen in dieser Angelegenheit vorweisen können, die von der Polizei zu keinem Zeitpunkt gehört worden sind.

Den Richter focht das alles nicht an. Er argumentierte mit der Strafprozeßordnung, die eine Wiederaufnahme der Ermittlungen im Fall Hytrek unmöglich machen würde. Er wies auch Gutachten zur Verwendung des Begriffs „Mord" zurück mit dem Hinweis: *„Was Mord sei ... wisse er als langjähriger Ermittlungsrichter und Vorsitzender eines Schwurgerichts wohl am besten"* („FR", 20.5.76).

Richter Opper ließ sich auch nicht von dem Argument der Verteidigung beeindrucken, daß *„Herterich insofern auch von einem Mordversuch sprechen (durfte), als der politische Zusammenhang des damaligen Polizeieinsatzes deutlich mache, daß man Opfer auf seiten der Demonstranten einkalkuliert habe. Denn als der Wasserwerfer mit einer Geschwindigkeit von 30 Stundenkilometern am Römerberg auf eine Menschenmenge gehetzt worden sei, habe die Polizeiführung mit dieser militärischen Attacke auch in Kauf genommen, daß Menschen gefährdet würden"* („FR", 21.5.76).

Obwohl also mehr als offensichtlich der Vorwurf des Angeklagten gerechtfertigt war, daß die Bullen einen Mordversuch zu verantworten haben, weigerte sich der Richter einfach, diese Fakten anzuerkennen. Ihm ging es augenscheinlich nur darum, die „Ehre" der Frankfurter Bullen zu verteidigen. Auf die Wahrheit kam es ihm dabei nicht an. ●

Eine Teves-Genossin des KB/Gruppe Frankfurt

Polizeimord-Zeuge verurteilt

Der Mannheimer Arbeiter U. ist jetzt wegen „Schußwaffenführung ohne Genehmigung" und „gefährlicher Körperverletzung" zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden. Vier Mitangeklagte wurden freigesprochen, gegen einen mußte das Verfahren noch während des Prozeßverlaufs eingestellt werden.

Die sechs Angeklagten waren vor eineinhalb Jahren Zeugen des Mordes an dem Mannheimer Arbeiter J. Remiszko: Vor einer Arbeiterkneipe in Mannheim-Käfertal hatten zwei Zivilbullen in Rockerkleidung einen jungen Arbeiter wegen einer „Ausweiskontrolle" angemacht. Da sich die Bullen nicht ausweisen wollten, rief der Kollege um Hilfe. Einige Kollegen kamen daraufhin aus der Kneipe, um nachzusehen, was los war. Die Bullen schossen sofort: Ein Arbeiter bekam einen Schuß in den Oberschenkel, ein anderer in die Leber. Der 23-jährige Remiszko wurde durch einen Halsschuß getötet (AK 48). Der Arbeiter U. hatte daraufhin dem Todesschützen Kastner die Pistole abgenommen mit den Worten: *„Wenn du jetzt nicht aufhörst, bis du selber dran"*. U. wollte weiteres Blutvergießen verhindern. Die Klassenjustiz legte ihm das als *„unerlaubtes Führen von Schußwaffen"* und *„gefährliche Körperverletzung"* aus.

Es erübrigt sich fast, zu sagen, daß die Anklage gegen den Todesschützen Kastner wegen Totschlags fallengelassen wurde. Es handelte sich mal wieder um „Notwehr".

Am 10.6. werden weitere sechs Zeugen des Polizeimordes vor Gericht stehen. Die beiden Prozesse sind im Zusammenhang mit der verstärkten Propagierung und Vorbereitung der Legalisierung des „Todesschusses" zu sehen. Kritiker und sogar Zeugen des staatlichen Mordes sollen von vornherein kriminalisiert und mundtot gemacht werden. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Bundesarbeitsgericht: Mitgliedschaft in der „KPD" kein Kündigungsgrund!

Ein Jugendvertreter war mit Zustimmung (!) des Betriebsrats aus dem Betrieb rausgeschmissen worden. Er hatte in einer Betriebsjugendversammlung das Verhalten des IG-Metall-Sekretärs angegriffen, weil dieser mit den Kapitalisten über neue Tarife gemauschelt hatte. Außerdem hatte der Jugendvertreter Pausenverlängerungen gefordert. Nachdem der Kollege Klage vor dem Arbeitsgericht erhoben hatte, erdreisteten sich die Kapitalisten zu der Begründung, der Kollege habe nach (!) seinem Rausschmiß vor (!) den Toren des Betriebs Flugblätter verteilt, in denen er seine Wiedereinstellung verlangte, und der Betriebszeitung der „KPD" ein Interview gegeben. Außerdem wurde dem Kollegen seine Mitgliedschaft in der „KPD" und der „KPD"-Betriebszelle vorgeworfen.

Diese Willkür war selbst dem kapitalisten-freundlichen Bundesarbeitsgericht zu viel: Das BAG entschied, daß die bloße Mitgliedschaft in der „KPD" kein Kündigungsgrund sein kann. Auch die Mitgliedschaft in einer „Betriebszelle" reicht nicht als Kündigungsgrund! Allerdings kann der Kapitalist verlangen, daß ein Jugendvertreter bzw. Betriebsratsmitglied sein Amt abgeben muß, wenn er gegen das „Verbot parteipolitischer Betätigung" verstößt.

Das BAG läßt auch hier wieder ein Hintertürchen offen: Wenn die Mitgliedschaft in einer Partei dazu führt, daß zugleich ein *„Verstoß gegen die Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis"* vorliegt, kann ein „Grund" zum Rausschmiß vorliegen. Das soll dann der Fall sein, wenn *„eine unerwünschte (?) politische Betätigung störend (!) auf einen Bereich des Arbeitsverhältnis"* wirkt. Im vorliegenden Fall hat das BAG dies jedoch verneint. Hinsichtlich der Flugblattaktion und des Interviews drückt sich das BAG um eine eindeutige Stellungnahme herum: Es weist nur formal darauf hin, daß diese „Gründe" erst nach dem Rausschmiß entstanden sind und deshalb hier nicht herangezogen werden können (Urteil vom 11.12.75 – 2 AZR 426/74, abgedruckt in: „Der Betrieb", 1976, S. 679). ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Bundesarbeitsgericht:

„Druck der Belegschaft" ist kein ausreichender Kündigungsgrund

In letzter Zeit ist von den Kapitalisten öfter versucht worden, unliebsame linke Kollegen zu feuern, ohne daß man ihnen im einzelnen „Verfehlungen" wie z.B. Flugblattverteilen, „parteipolitische" Betätigung oder sonst was nachzuweisen braucht:

Es wird einfach mit der Begründung gekündigt, daß ein Teil der Mitarbeiter sich weigern würde, weiter mit dem Kollegen zusammenzuarbeiten und Arbeitsniederlegung für den Fall ankündigt, daß dem Kollegen nicht gekündigt wird.

Daß es sich bei diesen „Mitarbeitern" meistens um Vorgesetzte wie z.B. Meister, Abteilungsleiter, Schichtführer o.ä. handelt, versteht sich von selbst. Ebenso versteht sich von selbst, daß die Kapitalisten keinerlei Anstrengung unternehmen, um solche „Arbeitsniederlegungen" zu sanktionieren. Warum auch, wo sie von ihnen selbst initiiert werden.

So werden durch vereinte Aktion des Kapitalisten mit seinen leitenden Angestellten und/oder Meistern und vielleicht einigen reaktionären Kollegen, die sich überall finden lassen, Kollegen gefeuert, ohne daß ihnen auch nur ansatzweise irgendein „Fehlverhalten" nachgewiesen zu werden braucht.

Durch eine Entscheidung des Bun-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

desarbeitsgerichts (BAG) läßt sich dieser Praxis jetzt ein, wenn auch nur kleiner, Riegel vorschieben. Das BAG läßt zwar grundsätzlich Kündigungen auf Verlangen eines Teils der Belegschaft zu, sagt aber auch, daß dieses Verlangen nur dann gerechtfertigt ist, wenn sich der Kollege tatsächlich ein Fehlverhalten hat zuschulden kommen lassen: *„Das bloße Verlangen der Belegschaft oder eines Teils davon auf Entlassung eines Arbeitnehmers etwa wegen Störung des Betriebsfriedens gibt jedoch nur dann einen Entlassungsgrund, wenn das Verlangen durch das Verhalten des Arbeitnehmers objektiv gerechtfertigt ist. Dies muß der Arbeitgeber überprüfen. Wenn dies nicht der Fall ist, muß er sich schützend vor den Arbeitnehmer stellen ... Zunächst muß der Arbeitgeber alles Zumutbare versuchen, um die Belegschaft ... von ihrer Drohung abzubringen"* (BAG in DB 1976, 634).

Einen Pferdefuß hat die Sache allerdings. Das BAG führt nämlich weiter aus, daß etwas anderes dann gilt, wenn der Arbeitgeber erfolglos versucht hat, „die Belegschaft" von ihrer Forderung abzubringen. Wird weiterhin mit z.B. Streik gedroht und sind deshalb „schwere wirtschaftliche Schäden" für den Arbeitgeber zu erwarten, so wird die Kündigung als betriebsbedingte Kündigung gerechtfertigt.

Trotzdem ist das Urteil positiv zu werten, da von dem Kapitalisten verlangt wird, erst mal den nötigen Druck auf die nicht zur Zusammenarbeit bereiten Kollegen auszuüben, so daß allein die Behauptung der Weigerung der Zusammenarbeit nicht ausreicht. ●

IKAH (Arbeiterhilfe)

Treffen linker Anwälte in Frankfurt

Wie angekündigt, fand am 8. Mai 1976 die Fortsetzung des Anwaltstreffens vom 20./21.3.1976 (siehe AK 77) ebenfalls wieder in Frankfurt statt. Diesem Treffen folgten etwa 70 Anwälte aus allen Teilen der BRD einschließlich Berlin-West, die insgesamt etwa 250 fortschrittliche Anwälte repräsentierten.

Die Eingangsdiskussion knüpfte an die Auseinandersetzung des ersten Treffens über die Frage an, was heute unter politischer Verteidigung zu verstehen sei und welche Aufgaben dabei von einer zu gründenden nationalen Organisation fortschrittlicher Anwälte zu leisten seien. Es war unvermeidlich – wenn auch in der Form nicht zu begrüßen, – daß der Widerspruch in dieser Frage, der bereits den Verlauf der Diskussion vom 20./21.3.1976 bestimmt hatte, dieses Mal zum formalen Bruch führte.

Die Position der eindeutigen Minderheit besagte in etwa, daß politische Verteidigung heute in erster Linie Verteidigung der RAF-Angeklagten – insbesondere in Stuttgart-Stammheim – bedeutet, die zugleich auch die Propagierung der Politik der RAF – die Theorie der Stadtguerilla – umfaßt. Die Mehrheit beugte sich dieser sehr engen Auslegung der Aufgaben einer politischen Verteidigung nicht, sondern verstand darunter auch sämtliche politische Verfahren im Rahmen der Staatsschutzdelikte, Hausfriedensbruch, Häuserbesetzung, Arbeitsrechtssachen und Mietkämpfe.

Die Trennung wurde an der formalen Frage durchgezogen, ob die von der Minderheit eingeladenen zahlreichen Mandanten das Stimmrecht erhalten sollten. Die Mehrheit stellte sich auf den Standpunkt, daß sie keine Möglichkeit gehabt habe, ihre Mandanten ebenfalls mitzubringen. Nach Handgreiflichkeiten und Beschimpfungen zog die Mehrheit aus und konstituierte sich neu.

Der folgenden Diskussion lag ein vorbereitetes Papier des Büro Groenewold aus Hamburg zugrunde, das nach einer konkreten Einschätzung der Rechtsentwicklung der BRD zur Bestimmung folgender Aufgaben kam:

1. Das gesamte Material über die ehrengerichtliche und strafrechtliche Verfolgung der Verteidigung an politischen Strafsachen soll gesammelt und sofort veröffentlich werden.
2. Das gesamte Material über das geplante Bundes-Polizeigesetz, das alte Praktiken legalisiert, soll gesammelt und kommentiert werden.
3. Die Entwicklung der Methoden sollen anhand des vorhandenen Tatsachenmaterials untersucht und dargestellt werden.
4. Die Verfahren gegen die Äußerung von politischen Meinungen in Zeitungen und Flugblättern sollen für einen festzulegenden Zeitraum umfassend dokumentiert werden. Daraus müßte insbesondere die polizeistaatliche Begründung der Gerichte klar werden.
5. Ablauf und Inhalt des Stuttgarter Verfahrens soll dokumentiert bzw. veröffentlich werden.
6. In allen größeren Städten sollen die Anwälte selbst oder mit anderen Organisationen (ESG u.a.) Veranstaltungen organisieren.
7. In verschiedene europäische Staaten sollen Delegationen geschickt werden, die dort Kontakt aufnehmen. Zum Jahresende soll ein Tribunal organisiert werden. Das sollte möglichst im Ausland stattfinden. Thema soll die Einschränkung der politischen Rechte in der BRD sein.
8. Zur Koordinierung dieser Aufgaben sind erforderlich:
a) ein zentrales Büro
b) laufender Informationsaustausch
c) ein Ausschuß von fünf verantwortlichen Anwälten.

Zu Punkt 1 wurde folgende Aufgabe konkret bestimmt: Das laufende Strafverfahren gegen Rechtsanwalt Groenewold wegen § 129 StGB (Unterstützung eine kriminellen Vereinigung) soll wegen seiner exemplarischen Bedeutung analysiert und auf dieser Grundlage eine breite Mobilisierung der Öffentlichkeit auf dieses im Spätherbst zu erwartende Verfahren erfolgen.

Rechtsanwalt Groenewold wird vorgeworfen, er habe eine kriminelle Vereinigung – die RAF – bei ihrem Hungerstreik im Oktober/November 1974 insofern unterstützt, als er in den Verteidigerbesprechungen mit den Inhaftierten deren Durchhaltewillen bestärkt habe!

Das Anwaltstreffen ist insgesamt als Erfolg zu werten. Es ist ein Schritt in die Richtung, eine nationale Organisation der fortschrittlichen Anwälte herauszubilden. In Spanien haben die Anwälte zur Duchsetzung einer politischen Verteidigung eine Plattform geschaffen, an der Kommunisten, Sozialisten, Liberale und selbst Monarchisten beteiligt waren.

Die Angriffe auf die politische Verteidigung in der BRD machen es auch hier notwendig, über politische Differenzen hinweg zu einer Zusammenarbeit der fortschrittlichen Anwälte zu kommen. ●

Ein Stuttgarter Genosse des KB

Weitere Ehrengerichtsverfahren gegen linke Rechtsanwälte eingeleitet

In jüngster Zeit wurde eine ganze Reihe neuer Ehrengerichtsverfahren gegen Verteidiger politischer Gefangener eingeleitet.

Alle Verfahren wurden mit Äußerungen der Anwälte in politischen Strafprozessen begründet. Ein linker Rechtsanwalt muß heute damit rechnen, daß jedes Wort von ihm in der Verhandlung mitgeschrieben und später gegen ihn verwendet wird. Damit ist die Freiheit der Verteidigung ganz erheblich eingeschränkt.

Verfahren gegen Heldmann

Gegen Rechtsanwalt Heldmann werden Gründe angeführt, über die man eigentlich nur lachen kann – wenn sie nicht zur Disziplinierung eines politischen Verteidigers dienen würden:

–*„Am 20.6.1975 haben sie außerdem den Generalbundesanwalt Buback abschätzig als ‚Meister Buback' bezeichnet."*

–*„Ferner haben Sie am 24.6.1975 den früheren Generalbundesanwalt abschätzig als den ‚früheren Meister Martin' bezeichnet."*

–*„Am 28.10.1975 haben sie dem Gericht* (in Stammheim, –Anm.AK) *vorgeworfen, es habe die Strafprozeßordnung außer Kraft gesetzt bis auf die Verhandlungsleitung des vorsitzenden Richters. Wörtlich führten Sie dazu aus: ‚Das ist im Ergebnis, so muß der Angeklagte Baader das sehen und da trägt ihn sein Blick offenbar nicht, das ist ein Freifahrtschein für jegliche richterliche Willkür, für Rechtsbruch, Verletzung prozessualer Rechte von Angeklagten, also sozusagen ein juristischer Nulltarif, der hier an Stelle von Gesetz und Recht diesen Prozeß regiert.'"*

Rechtsanwalt (RA) Heldmann nennt hier nur die Tatsachen beim Namen, was in unserem „Rechtsstaat" eines Anwalts „unwürdig" ist und entsprechend geahndet wird.

Spangenberg, Westberlin

Gegen den Westberliner Vertei-

Spangenberg, Westberlin

Gegen den Westberliner Verteidiger Henning Spangenberg hat die Westberliner Staatsanwaltschaft die Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens beantragt. Auch Rechtsanwalt Spangenberg werden fast ausschließlich Äußerungen vorgeworfen, die er im Rahmen seiner Verteidigertätigkeit getan hat:

„... und die gesetzestreuen (!!) Rechtsanwälte verdächtigte er, sie würden mit der Anklagebehörde zum Schaden ihrer Mandanten zusammenarbeiten; . . . er diffamierte seine Kollegen, indem er sie als ‚Zwangsverteidiger' bezeichnete."

Sodann folgen 44 Seiten (!!) mit Zitaten aus Verteidigungsreden von RA Spangenberg hauptsächlich aus dem Prozeß gegen Grashof, Grundmann, Jünschke in Kaiserslautern.

In den „Überleitungssätzen" der Staatsanwaltschaft Westberlin zwischen den Zitaten wird dann von der *„Verbrecherorganisation ‚Baader-Meinhof"* und in bezug auf das Anwaltsbüro Eschen-Ströbele-Spangenberg davon gesprochen, daß diese Kanzlei *„darauf spezialisiert (sei), politisch motivierte Gewaltverbrecher zu verteidigen"*. Außerdem wird Spangenberg „Psycho-Terror" gegenüber den Zwangsverteidigern vorgeworfen.

Mairgünther, Kiel

Auf Antrag des schleswig-holstei

Mairgünther, Kiel

Auf Antrag der schleswig-holsteinischen Staatsanwaltschaft wurde ebenfalls gegen den Kieler Anwalt Mairgünther ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet. Auch ihm werden Meinungsäußerungen im Stuttgarter Verfahren zum Vorwurf gemacht. Mairgünther hatte davon gesprochen, daß die Stuttgarter Richter „zunehmend willkürlich" handelten, weil die Verteidigung andauernd behindert wurde und wird: Rechtsanwalt (RA) Mairgünther war es z.B. vor seinem Auftreten in Stuttgarter Prozeß nicht ermöglicht worden, die Anklageschrift gegen die vier Angeklagten zu lesen (!!).

Riedel, Frankfurt

Ebenfalls wegen seiner Verteidigung in Stuttgart-Stammheim soll ein Ehrengerichsverfahren gegen RA Riedel aus Frankfurt eingeleitet werden.

Riedel wird neben einem „eigenmächtigen Verlassen" des Sitzungssaales vorgeworfen, er habe geäußert, *„der Vorsitzende des 2. Strafsenats (Prinzing) betätige sich als Appendix (Wurmfortsatz) der Staatsschutzbehörden, des Bundeskriminalamtes und des Generalbundesanwaltes, wenn er sich nicht gar als solcher begreife; es sei davon auszugehen, daß der Vorsitzende diese Appendixfunktion voll erfülle."*

Weitere Ehrengerichtsverfahren sind gegen die Westberliner Rechtsanwalt Ströbele und den Hamburger Anwalt Köncke eingeleitet worden.

Das Ehrengerichtsverfahren gegen RA Ströbele hat vorerst nicht zu dem von der Staatsanwaltschaft gewünschten Ergebnis geführt: Die Verhängung eines Berufsverbotes gegen Ströbele wurde abgelehnt.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Reaktionäre Standesorganisation der Rechtsanwälte fordert Verhaftung politischer Verteidiger

Der „Deutsche Anwaltsverein" hat laut einer Zeitungsmeldung des „Spandauer Volksblattes" vom 21. April 1976 die Verhaftung der Verteidiger politischer Gefangener gefordert.

April 1976 die Verhaftung der Verteidiger politischer Gefangener gefordert.

Die Vertreter des Anwaltsvereins haben sich mit ihrer Stellungnahme offen auf die Seite der Reaktion geschlagen.

Nach den Worten des Vereinsvorsitzenden Bransch ist der Anwaltsverein *„dringend daran interessiert"*, daß *„echt verdächtige Rechtsanwälte so schnell und so gründlich wie möglich aus dem Beruf"* ausgeschlossen werden.

Der Vorsitzende des Anwaltsvereins hat weiterhin der Presse mitgeteilt, daß die *„verantwortlichen Stellen"* (also die Staatsschutzbehörden und deren Helfershelfer) *„um eine Klärung gebeten worden seien, warum gegen die als verdächtig bezeichneten (!) Rechtsanwälte nicht mit den erforderlichen Mitteln (insbesondere Verhaftung) vorgegangen werde."*

Diese Forderung stellte ein Vertreter einer Anwaltsorganisation auf, dem „eigentlich" bekannt sein müßte, daß in einem „Rechtsstaat" jemand solange nicht verfolgt werden darf und als „unschuldig" gilt, wie seine angeblichen Straftaten nicht gerichtlich erwiesen sind.

Hier wird der Verdachts- und Gesinnungsjustiz das Wort geredet! ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Weiteres Berufsverbot bei den Juristen

**Die Berufsverbotepraxis weitet sich zunehmend auch auf Bereiche außerhalb der Lehrer aus.
Das gilt auch für die sogenannten Ausbildungsverbote.
Ein Ausbildungsverbot bei den Juristen hat besonders üble Folgen: Es verbaut auch die Berufsaussichten z.B. als Rechtsanwalt.**

In einer Erklärung von vier Anwälten aus Bayern wird auf den jüngsten Fall eines Ausbildungsverbotes aufmerksam gemacht: Der angehende Rechtsreferendar Karl Lehner soll nicht in den zweiten Ausbildungsabschnitt übernommen werden. Dadurch wird es unmöglich, auch nur irgendeinen juristischen Beruf zu ergreifen, auch wenn er außerhalb des Staatsdienstes liegt. Der Staat maßt es sich hiermit an, die gesamte berufliche Existenz eines Menschen zu vernichten – selbst wenn sie gar nicht im staatlichen Bereich aufgebaut werden sollte.

Dem jüngsten Fall lag folgender Sachverhalt zugrunde:

der abgelehnte Kollege hatte als Student mehrere Male für eine linke Liste bei den Wahlen zum Studentenparlament kandidiert. Außerdem war er eine Zeit lang presserechtlich verantwortlich für eine linke Studentenzeitung.

Das ganze Gerede von den „verziehenen Jugendsünden", das in letzter Zeit zur angeblichen Liberalisierung der Berufsverbotepraxis bemüht wird, entpuppt sich angesichts solcher Praktiken als Lügengespinst.

Das gilt auch für die SPD-regierten Bundesländer: Auch der Hamburger Senat hat es entgegen einer eindeutigen gesetzlichen Verpflichtung, jeden Bewerber einzustellen, bisher abgelehnt, den Kollegen Lehner fertig auszubilden.

IKAH

Lübeck

Vier Gefangene erneut im Hungerstreik

Wie in AK 80 berichtet, sind vier weibliche Untersuchungsgefangene (zunächst fünf, eine wurde inzwischen entlassen) der JVA Lübeck seit dem 23.4.76 massiver Haftverschärfung ausgesetzt, weil sie darauf bestanden hatten, über ihr berechtigtes Anliegen nach Verlegung der Freistunde mit dem Aufsichtsbeamtin Frau Scheibe gemeinschaftlich zu verhandeln.

Seitdem

– sind den vier Frauen jegliche Gemeinschaftveranstaltungen gestrichen, d. h. Fernsehen, Sport, Umschluß und Teilnahme an Kursen ist verboten. Für die vier U-Häftlinge bedeutet das dreiundzwanzigeinhalb Stunden Isolierhaft täglich;

– sind die Zellentüren der Gefangenen diskriminierend gekennzeichnet, wie es auch bei politischen Häftlingen üblich ist;

– müssen die U-Häftlinge fürchten, daß sie zusätzlich mit Bunker bestraft werden, da die Anstalt ein Hausstrafverfahren wegen Meuterei beantragt hat.

Deswegen sind die vier U-Häftlinge am 14.5. zum zweiten Mal in einen viertägigen Hungerstreik getreten. Sie fordern die sofortige Aufhebung der Gemeinschaftssperre und die Untersuchung der Haftbedingungen.

Aber bis heute sind diese massiven Haftverschärfungen nicht aufgehoben! Der stellvertretende Anstaltsleiter, Dr. Schmelzer sagt dazu in einem Schreiben vom 20.5.: *„Das gemeinschaftliche Fernsehen für Untersuchungsgefangene ist ein zusätzliches Freizeitangebot der Anstalt, das nur denjenigen Gefangenen gemacht wird, die eine solche Gemeinschaft nicht mißbrauchen. Das gleiche gilt für den Umschluß am Sonntag. Die von Ihnen genannten Gefangenen haben jedoch gerade durch ihr Verhalten gezeigt, daß sie aus Gemeinschaftsveranstaltungen gemeinschaftliche Aktionen gegen die Anstaltsordnung und die Sicherheit der Anstalt zu führen versuchen. Es ist unsere Aufgabe, dies nicht noch zu fördern."*

Er macht damit deutlich, daß es ihm hier nicht um die Forderung der vier Frauen nach Verschiebung des Hofganges geht („über den kann man ja reden"), sondern daß allein das gemeinschaftliche Vorgehen der Frauen als strafbar erklärt wird und somit jeglicher Ansatz solidarischen Handelns der Gefangenen unterdrückt werden soll.

Gerade Knastinsassen waren in der BRD schon immer ständiger Kontrolle und Spitzelei durch Knastbullen und starken Einschüchterungsversuchen von Seiten der Anstaltsleitung ausgesetzt. Aber dieser Fall der vier Frauen in Lübeck zeigt, wie eine Ausweitung der Disziplinierungspraktiken angestrebt wird. Damit soll jeder Widerstand im Keim erstickt werden. ●

Psychologie-Frauengruppe

Nachrichten aus dem Knast

Wird in Preungesheim mißhandelt?

Kurz nach Bekanntwerden des Todes von Ulrike Meinhof kam es auch im Gefängnis von Frankfurt-Preungesheim zu Protestaktionen. 27 Gefangene der Station V blieben über die sogenannte „Freistunde" hinaus auf dem Hof. Ihr Protest richtete sich gegen den von der Justiz zu verantwortenden Tod von Ulrike Meinhof und die Einschränkung ihrer Freizeitstunden von sieben Stunden pro Tag auf jetzt zwei Stunden. Neue Gefangene bekommen in den ersten zwei Monaten überhaupt keine Freizeit mehr.

(Diese Maßnahmen hat das Justizministerium getroffen, nachdem die Gefangenen Aufklärung über einen „Selbstmord" verlangten. Der Gefangene J. Graczyk hatte sich im November 75 erhängt, weil er es in seiner Einzelzelle nicht mehr aushielt.)

Auf die Einschränkungen reagierten die Gefangenen mit einem Sitzstreik, der von stundenlangen, ohrenbetäubenden Lärm untermalt wurde. In einem offenen Brief an den hessischen Justizminister forderte eine Gruppe von Juristen und Theologen die Rücknahme der Freizeitbeschränkungen. In dem Brief wurde auch auf die hohe Zahl der Selbstmordversuche (30) und der vollendeten Selbstmorde (vier) innerhalb der letzten paar Monate hingewiesen.

Bei Bezug der Anstalt im Mai 1973 hatte das Justizministerium aufgrund öffentlicher Proteste zugesagt, eine „großzügige Freizeitregelung" zu schaffen, die mit Betonsichtblenden versehenen Zellen nur als Schlafräume zu verwenden und die Arrestzellen anderweitig zu nutzen, um die Folgen einer Isolationshaft zu vermeiden. Nichts davon ist geschehen!

Hinzu kommt, daß 70% der Häftlinge – insgesamt sind zwischen 900 und 1000 Menschen in Preungesheim inhaftiert – keine Arbeit haben, nur einen 74-jährigen Arzt und so gut wie keine Sozialarbeiter.

In der Öffentlichkeit wurde weder über die Ursachen des Protestes noch über sein Ausmaß berichtet. Nach Angaben von Bewohnern aus der Nachbarschaft ist dies die größte und längste Protestaktion, die bislang in Preungesheim stattgefunden hat.

Die Protestaktion begannen am 10. Mai nachmittags, wurden an den folgenden Tagen regelmäßig wiederholt und dehnten sich teilweise bis in die frühen Morgenstunden aus. Uns liegen Tonbandaufnahmen darüber von drei Tagen vor, die aus ungefähr 200 Meter Entfernung ausserhalb des Knastes gemacht wurden und die die Breite dieses Protestes dokumentieren. Neben kollektiven Hämmern gegen die Zellentüren usw. sind dort massenhafte Rufe „Mörder", „Freiheit" und „Freizeit" zu hören. Einige Indizien lassen vermuten, daß die Wärter gegenüber diesen Protestaktionen mit Mißhandlungen vorgehen: Auf den Tonbandaufnahmen sind mehrfach laute Schreie einzelner Häftlinge zu hören! In diesem Zusammenhang paßt auch die Beobachtung einiger Bewohner aus der Nachbarschaft, daß in den letzten Tagen außergewöhnlich oft Polizeikrankenwagen in den Knast rein- und wieder rausfuhren! Und schließlich: Auf diesen Tonbandaufnahmen sind eindeutig zwei Schüsse zu identifizieren!

In der bürgerlichen Presse ist darüber allerdings bislang kein Wort zu lesen gewesen ...

Wir fordern:

Öffentliche Aufklärung über diese Vorgänge und die Situation der Häftlinge in Preungesheim!

Schluß mit den skandalösen und unmenschlichen Haftbedingungen in den westdeutschen Gefängnissen!

Solidarität unter den Gefangenen

Wie einem Brief eines Gefangenen aus Preungesheim zu entnehmen ist, herrscht in der Anstalt eine nie dagewesene Solidarität: *„Der ganze Laden ist echt zusammengerückt, Ausländer, Deutsche, Angepaßte, Querulanten – einfach alle. Dabei läuft alles recht cool ab. Es geht relativ wenig kaputt ...* '(Informationsdienst, 22.5.76). Zusätzlich traten am 15.5. 38 Frauen der Frauenhaftanstalt Preungesheim in einen dreitägigen Hungerstreik, um ihre Solidarität mit dem Streik in der Männerhaftanstalt zum Ausdruck zu bringen.

Daraufhin machte der Justizminister am 20.5. ein „großzügiges Angebot": die angeblich aus Sicherheitsgründen geltenden Einschränkungen der Freizeit würden aufgehoben, wenn 48 Stunden lang „Ruhe und Ordnung" in der Anstalt herrsche. ●

KB/Gruppe Frankfurt und IKAH („Arbeiterhilfe")

Die Wahrheit über die „Mißhandlung' eines Aufsichtsbeamten durch einen Strafgefangenen

Vor einiger Zeit war in der Presse zu lesen, daß sich ein Insasse der Strafanstalt Hamburg Fuhlsbüttel an einem Aufsichtsbeamten vergriffen habe.

Jener „geschädigte' Aufsichtsbeamte gehört zu der Gruppe von Bediensteten im Strafvollzug, die sich wohlfühlt in Machtvollkommenheit und Menschenverachtung. Dieser Herr Petzold stand an erster Stelle auf der Liste von Krieger und Rohrmoser, die die Ablösung mehrerer Bediensteter gefordert hatten, welche die Insassen permanent provozieren und schikanieren. Dieser Beamte hat die Angewohnheit, nur so aus Jux und Tollerei über seine Station zu gehen und wahllos Strafgefangenen Hausstrafverfahren anzuhängen. Da nahezu alles verboten ist, verstößt fast jeder Gefangene fortwährend gegen die Hausordnung.

In dem von der bürgerlichen Presse aufgegriffenen Fall, war der Strafgefangene K. auf dem Flur herumgelaufen und vom Aufsichtsbeamten Petzold wieder einmal fies angemacht worden. Als K. an Petzold vorbeilaufen wollte, hielt dieser ihn am Arm fest und sagte: *„Hau doch zu, wenn Du Mut hast"*. Dieser Aufforderung leistete K. Folge, indem er dem Schwein ins Gesicht schlug. Nun war das Theater da. Der Beamte bestritt selbstverständlich, daß er den Strafgefangenen provoziert hatte.

K. wurde aufgrund dieses Vorfalls eine vierwöchige Arreststrafe aufgebrummt, die er im Untersuchungsgefängnis absitzen muß.

Diese Sache hat in gewisser Hinsicht eine pikante Note, weil laut Dienst- und Vollzugsordnung der Strafgefangene den Anordnungen der Beamten Folge zu leisten hat.

Man wird gespannt sein dürfen, was bei der Behandlung dieser Sache im Prozeß herauskommt. ●

Nach dem Bericht eines Insassen

Zweibrücken: Offene Zensur im Knast

Das Oberlandesgericht Zweibrücken hat in einer Entscheidung vom 5. April 1976 zugegeben, daß im Knast eine direkte Zensur ausgeübt wird.

Dem RAF-Gefangenen Jünschke, gegen den gegenwärtig vor dem Landgericht Kaiserslautern wegen „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" und anderer angeblicher Straftaten verhandelt wird, wurde die Zusendung dreier Bücher verweigert.

Die Bücher betrafen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen („Der Kampf gegen die Vernichtungshaft").

Zur Begründung der Zensur führte das Oberlandesgericht Zweibrücken aus: *„Dieses Buch enthält neben sachlich anmutenden Beiträgen andere Abschnitte, die eine unsachliche, agitatorische Hetze gegen die Organe der staatlichen Gewalt und der Rechtssprechung darstellen, Terroranschläge verherrlichen ..."*

Außerdem wird in dieser Entscheidung offen zugegeben, daß der Knast darauf angewiesen ist, die Gefangenen in Unwissenheit und unpolitischem Dahinvegetieren zu halten: *„Sie* (die Schrift, Anm. AK) *setzt den Angeklagten in die Lage, u.a. mit Beiträgen dieser Schrift über die ,Vernichtungshaft in deutschen Gefängnissen' (...) in entsprechender Weise auf Mithäftlinge einzuwirken.'*

Jedenfalls sieht das Oberlandsgericht durch solche Gespräche die „Sicherheit und Ordnung" des Knastes gefährdet. Angesichts solcher Terrormaßnahmen kann man nur hoffen, daß die „Sicherheit und Ordnung" tatsächlich bald gestört wird. ●

IKAH

Vernichtungshaft in Saarbrücken

Das Häftlingskollektiv Westberlin berichtet von einem Gefangenen aus Saarbrücken, der seit dem 8.5.71 in Haft ist: Tony Kas wurde mit 17 Jahren von seinen Eltern in ein Heim gesteckt. Von dort kam er fast direkt in den Knast. Nachdem er entlassen war, beging er einige Diebstähle, wurde geschnappt und erneut „zur Resozialisierung" eingesperrt. Zuletzt wurde er im Januar 1974 wegen 15 Fabrik- und Büroeinbrüchen zu zwölf Jahren Zuchthaus und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Er darf keinen Kontakt zu anderen Häftlingen haben und keinen Besuch außer von den nächsten Angehörigen. Er bekam Einzelzelle, -bad, - hofgang verordnet. Er hat keine Arbeit, darf nicht an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen, darf nicht einkaufen und wird Tag und Nacht jede Viertelstunde kontrolliert. ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Hamburg-Fuhlsbüttel

Vier in Isolationshaft gehaltene Gefangene sind erneut in den Hungerstreik getreten. Sie waren von der Anstaltsleitung von Fuhlsbüttel II verlegt worden, unter dem Vorwand, sie hätten sich an der Anstiftung von Unruhe beteiligt. In der Übergangsanstalt I werden sie in weitgehender Isolation gehalten. Der erste Hungerstreik wurde nach zweiwöchentlicher Dauer im April abgebrochen. Der erneute Hungerstreik wurde am 24.5. begonnen und ist unbefristet. In einem offenen Brief an die Bürgerschaftsfraktion vom 9.5. hatten die vier mit einer Wiederaufnahme des Hungerstreiks gedroht, falls ihre Situation nicht behoben würde. Sie forderten u.a.:

„Wir fordern weiterhin die Rückverlegung in die Anstalt II und eine vor jeder Bestrafung rechtlich zustehende Beschuldigung (Wir sehen auch schon in unserer ,Verlegung' eine Bestrafung, als da sind: Isolation von anderen Inhaftierten, Zerstörung der Kommunikationsmöglichkeiten Briefe/Besuche, sowie keinerlei Freizeitveranstaltungen und nicht gerechtfertigte, willkürliche Verbote für Gebrauchsgegenstände, die alle anderen Inhaftierten der Anstalten Fuhlsbüttel im Besitz haben)!"

Hungerstreik in Ossendorf

Nachdem im Januar keine der Forderungen der Häftlinge erfüllt wurden, traten sie am 17. Mai erneut in den Hungerstreik. (Forderungen siehe AK 73.) Die Knastleitung ging seitdem noch härter vor. Bücher und Zeitschriften werden willkürlich ohne richterliche Verfügung beschlagnahmt und unterschlagen. Die Atmosphäre ist äußerst gespannt. Als ein Gefangener sich weigerte, in seine Zelle zurückzukehren, wurde er von zwanzig (!) Beamten zusammengeschlagen. Die Anstaltsleitung reagierte auf den Streik mit verschärften Haftbedingungen und Verlegungen. ●

„Sexuelle Fehlentwicklung" =

schaftsfraktion vom 9.5. hatten die vier mit einer Wiederaufnahme des Hungerstreiks gedroht, falls ihre Si-

alle anderen Inhaftierten der Anstalten Fuhlsbüttel im Besitz haben)!"

leitung reagierte auf den Streik mit verschärften Haftbedingungen und Verlegungen. ●

„Sexuelle Fehlentwicklung" = lebenslänglich Knast ?

Ein Beispiel, wie Menschen, die in die Justiz- und Knastmühlen geraten sind, fertiggemacht werden, ist die Geschichte von Ursula Drontz. Eine Frau, dazu noch Lesbierin, aus ärmlichen Verhältnissen stammend – sie hatte von vornherein kaum eine Chance.

Der Vater im Krieg gefallen, die Mutter brachte sich und die Tochter mehr schlecht als recht als Verkäuferin durch Kriegs- und Nachkriegsjahre. Eine harte Jugend, ein miserabler Einstieg ins Leben.

Mit 17 Jahren wurde Ursula wegen ein paar geklauter Äpfel (!) zum erstenmal von einem Gericht verwarnt. Von da an schlugen die Gerichte regelmäßig zu. Wie gut funktionierende Uhrwerke spuckten sie die jeweils „passenden' Jährchen aus, die Ursula brummen mußte. Zuerst für absolute Lappalien, wie einen Kupferkessel, den sie ihrer Lehrerin zum Geschenk machte, weil die so nett zu ihr war; später waren es dann richtige Einbrüche und Diebstahl. Sie verschenkte fast alles an Freundinnen, wurde selbst nicht „reich" bei ihren vielen Einbrüchen, sondern landete regelmäßig im Knast. 11 Jahre im Gefängnis, über die Hälfte ihres erwachsenen Lebens. Ohne Ausbildung, diskriminiert durch Knastaufenthalt und weil sie lesbisch ist, wurde der Eintritt in ein „normales" Leben immer unmöglicher. So klaute sie weiter, um zu leben und um andere mit dem Geklauten zu „bescheren" – ihre Art Zuneigung zu zeigen und Anerkennung zu erhalten. Zu welch einem hohen Preis! Aber die Frage nach den Hintergründen eines solchen Verhaltens haben sich die verurteilenden Richter noch nie gestellt, sondern etwa so: vier Fahrräder, ein silberner Aschenbecher macht = xx Jahre, Rückfalltäterin noch strafverschärfend.

Wieso ein Mensch solch aberwitzige Sachen macht,die ihm nichts einbringen, außer den Verlust der Freiheit, interessiert nicht. Verständnis oder Hilfe hat „so eine' schon gar nicht zu erwarten ; im Gegenteil, sie wird noch besonders fertiggemacht! Das zeigen die langen Haftstrafen für Delikte, die nie „gewaltsam" begangen wurden (wieviele Tausend Juden hätten NS-Verbrecher für elf Jahr Haft umbringen können ?!)

Das zeigen die Aussprüche der Psychiater-Frau Dr. von Harbou, daß bei Ursula Drontz *„die sexuelle Fehlentwicklung mit der kriminellen Entwicklung eine unglückliche Verbindung"* eingegangen sei („Stern", 15/76) und von Dr. Müller (Ochsenzoll), der laut „Bild" dem Gericht erklären soll, ob die lesbische „Pistolen-Uschi" noch von ihrer „verhängnisvollen Neigung zu Frauen und Verbrechern" zu heilen sei. Ganz in dieser Richtung, sie als abnormes „Frauen-Monster" zu zeigen, gehen auch die „Bild'-Sprüche: *„Mehr Kerl als Frau ... Wüste Struwelpeter-Frisur ... ."* Den richtigen Gangster-Anstrich verlieh ihr die „Bild" schon vor Jahren, als sie mit einer Gaspistole gefaßt wurde, die sie nie benutzt hatte. „Bild" machte damals aus ihr die „Pistolen-Uschi".

Als solche geistert sie seitdem durch die Gazetten. Lesbisch und kriminell, das gibt was her für Lumpenjournalisten!

Zur Zeit wird ihr wieder mal der Prozeß gemacht. Nach all den Rückfalltaten droht ihr nach Verbüßen ihrer neuen Strafe vielleicht die „Sicherungsverwahrung", d.h. praktisch lebenslänglich Knast. ●

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Staatsschutzprozeß in Hamburg

Dieser Tage lief in Hamburg der Staatsschutzprozeß gegen Bernd Geburtig und Borvin Wulf an. Sie sind angeklagt, eine „RAF/AO" gegründet zu haben, und sie sollen die Bombenanschläge auf Justizsenator Klug und den Gefängnisarzt Mairose verübt haben. Darüber hinaus werden ihnen noch einige kleinere Delikte vorgeworfen. Borvin Wulf und Bernd Geburtig saßen 17 Monate in Untersuchungshaft, die meiste Zeit in strengster Isolation. Wieder einmal wurde die gesetzliche Höchstgrenze der U-Haft von sechs Monaten weit überschritten.

Der Prozeß findet in einem extra für Staatsschutzprozesse umgebauten Saal statt, zu dem es einen gesonderten Eingang gibt. Besucher werden nur einzeln eingelassen, von einem Bullen mit MP. Der Personalausweis muß abgegeben werden, man wird genau durchsucht, selbst die Schuhe muß man ausziehen. In den Sitzungssaal darf man lediglich Portemonnaie, Taschentuch, Zettel und Bleistift (keinen Kuli) mitnehmen. Im Saal dann, nachdem man noch etliche Bullen mit MPs passiert hat, sitzt man hinter einer Glasscheibe.

Vor allem kann von einem öffentlichen Prozeß nicht mehr die Rede sein. Wer seinen Ausweis nicht mithat, darf nicht rein! Die anderen Ausweise werden fotokopiert. Zwar wird von Seiten des Gerichts beteuert, die Kopien würden des abends vernichtet werden, doch wer glaubt das schon? Ist doch bekannt, daß Prozeßzuschauern dies später vorgehalten wurde (hier in Hamburg: Haftbesuch nicht erlaubt, da Zuhörer im Debus-Prozeß gewesen).

Den Antrag der Verteidigung, die Öffentlichkeit uneingeschränkt zuzulassen, entschied der vorsitzende Richter – natürlich – ablehnend.

Zu Beginn der Verhandlung gab Bernd Geburtig eine Erklärung ab, in der er sich zu den Zielen der RAF bekannte und die Staatsschutzbehörden für den Tod von Ulrike Meinhof verantwortlich machte. Außerdem lehnte er das Gericht als befangen ab.

Rechtsanwalt Uwe Mäffert, der Verteidiger von Borvin Wulf, stellte zu Beginn des Prozesses den Antrag, das Verfahren einzustellen, weil ein fairer Prozeß nicht mehr möglich ist. Borvin Wulf, der als SPD-Mitglied immer engagiert gegen jede Form der Unterdrückung und Ungerechtigkeit eingetreten ist, ist durch eine systematische Hetzkampagne in der reaktionären bürgerlichen Presse faktisch schon verurteilt. Borvins SPD-Mitgliedschaft, seine Kontakte zur ESG, seine Familie, seine Tätigkeit als Verlagskaufmann, all das wurde von der Presse als „Tarnung" interpretiert; hinter dem „Biedermann Wulf" verstecke sich ein „hochgefährlicher Terrorist". Rechtsanwalt Mäffert stellte vor Gericht außerdem dar, mit welcher Einseitigkeit die Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft geführt worden sind: Alles, was nur irgendwie belastend sein kann, wurde in die Ermittlungsakten aufgenommen, wichtiges Entlastungsmaterial hingegen nicht, obwohl die Staatsanwaltschaft verpflichtet ist, auch dieses zu sammeln. So wird Wulf der Anschlag auf Justizsenator Klug deshalb zur Last gelegt, weil er angeblich Mitverfasser eines „Rechtfertigungspapiers" sein soll. Borvin Wulf hat sich aber in mehreren Stellungnahmen vor und nach seiner Verhaftung von terroristischen Aktionen distanziert, diese wurden von der Staatsanwaltschaft nicht in die Akten aufgenommen, weil sie „nicht beweisdienlich" sein.

Die Springerpresse hetzt weiter

In faschistischer Manier stachelte die Springerpresse nach den ersten Verhandlungstagen die Stimmung – und damit einen möglichst hohen Urteilsspruch – gegen Wulf und Geburtig an.

Das „Hamburger Abendblatt":

„Bernd Geburtig, ein kraftstrotzender, untersetzter Bursche mit rotem Bart und rotblonden Locken, ist ein Söldner-Typ". Borvin Wulf hingegen: *„Mit seinem blassen Gesicht über dem Rauschebart wirkt er fast durchgeistigt. Aber dieser Eindruck täuscht. In der Ablehnung der herrschenden Gesellschaftsordnung in der BRD ist sich Borvin Wulf mit Bernd Geburtig durchaus einig. Nur stellt er sich andere Methode der Verwirklichung vor: Er, der ,Ideologe', sucht die politische Auseinandersetzung ..."*

Das Feindbild gegen die „geistigen Sympathisanten" wird so systematisch gemalt, daß dann eine Verurteilung aufgrund linker Gesinnung ganz selbstverständlich erscheint.

Die nächsten Prozeßtermine sollen am 3., 10., 11., 14., 18., 21. Juni und am 19., 22., 23., 26. Juli stattfinden. Die Verhandlungen beginnen jeweils um 9 Uhr im Saal 237 (Seiteneingang) des Strafjustizgebäudes. ●

Zwei Genossinnen und IKAH



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS



Frankreich stärkt konventionelle Rüstung

Eine erhebliche Steigerung der Rüstungsausgaben steht der französischen Arbeiterklasse bevor. Sie wurde jüngst vom französischen Parlament beschlossen, das damit die Militärpläne der gegenwärtigen Regierung für die Jahre 1977-82 billigte. Demnach sollen die Militärausgaben, die gegenwärtig 17% des Haushaltes ausmachen, im Laufe dieser Zeit auf 20% angehoben werden, was einer Verdoppelung der Ausgaben entspricht.

Dieser enorme Anstieg der Militärausgaben dient hauptsächlich dem Zweck, das Heer massiv konventionell aufzurüsten, denn es war in den Augen der französischen Imperialisten durch die Atompläne Frankreichs etwas zu kurz gekommen. An diesen atomaren Plänen soll jedoch nichts gestrichen werden. Giscard d'Estaing hat sich dazu grundsätzlich geäußert. Er wiederholte, daß Frankreich drei militärische Mittel besitzen will: die strategische atomare Abschreckung, die taktische Atomrüstung und schließlich die klassische Rüstung. Um die Rolle der konventionellen Streitkräfte noch besonders herauszustreichen, erinnerte der französische Präsident noch an den Zweiten Weltkrieg und an die Notwendigkeit, daß zur Sicherheit der Nation die Armee die Vorstellung haben muß, daß eines Tages eine Schlacht geschlagen werden muß, denn *„alle Konflikte, die es in den letzten Jahren in der Welt gegeben hat, sind klassische Konflikte, d.h. Schlachten gewesen ... Man kann die Sicherheit Frankreichs nicht auf die Annahme gründen, daß es nie eine Schlacht geben wird"* (nach „Monitordienst", 7.5.76).

Im Rahmen der Aufrüstung der konventionellen Streitkräfte wird das Heer von 330.000 auf 310.000 verkleinert werden, soll aber schlagkräftiger werden. Auf die Frage, warum in Frankreich kein Berufsheer eingerichtet werden soll, antwortete der Präsident interessanterweise vor allem mit dem Hinweis auf das westdeutsche Heer (es versteht sich von selbst, daß er auch den niedrigen Sold der Wehrpflichtigen und die Bereitschaft zur Selbstverteidigung anführte). Wörtlich sagte er: *„Wenn Frankreich jetzt eine kleine Armee hätte, gäbe es in Europa nur eine Armee, nämlich die deutsche, die auf Wehrpflicht beruht ... Es gäbe nur eine schlagkräftige Armee in Europa, nämlich die deutsche. Ich meine, daß es wichtig ist, für das militärische Gleichgewicht auf unserem Kontinent, daß die französischen Streitkräfte die gleiche Größenordnung haben wie die anderen Streitkräfte unseres Kontinents, d.h. die deutsche".*

Das löste allerdings den Protest westdeutscher Reaktionäre aus. So erklärte sich Graf Kagneck in der „Welt" (22.5.76) zwar für einen *„dankbaren Beobachter"* der Stärkung der französischen Streitkräfte, gleichzeitig wurden aber massive Vorbehalte gegen den französischen Konkurrenten um die Vorherrschaft in Westeuropa geschürt: Die Debatte im französischen Parlament sei eine Demonstration *„angestauter Ressentiments"* gewesen gegen die *„Großmacht"* BRD, die seit langem den *„Nachbarn Frankreich weit überflügelte".*

Frankreich wolle nicht an einer Schüssel *„mit ordinären Fußvolklieferanten der Allianz, wie den Deutschen und Italienern sitzen müssen"*, und die französischen atomaren Raketen seien *„auch stets auf den Nachbarn jenseits des Rheins* (also die BRD) *gerichtet"*. Was liegt da näher, als daß der BRD-Imperialismus ebenfalls sein Militärpotential erheblich steigern muß, um weiterhin seine Vorherrschaft militärisch garantieren zu können?! ●

Nato-Übung in Frankreich

Im Mai fand in der französischen Normandie ein Nato-Manöver statt, an dem neben 750 französischen und 200 britischen auch 800 Soldaten der Bundeswehr teilnahmen.

Damit durften erstmals in aller Offenheit Bundeswehr-Soldaten auf Gelände üben, auf dem schon zweimal die deutsche Wehrmacht ihr mörderisches Handwerk getrieben hatte. So kommentierte zufrieden ein westdeutscher Brigadegeneral das Manöver, das unter dem Namen „Forte '76" lief, daß „positive Erwartungen weit übertroffen" worden seien.

In der Tat, in diesem Manöver, bei dem es vor allem um Munitionsnachschub auf Nato-LKW und andere Nachschubprobleme ging, brachte einiges ans Tageslicht. Frankreich, dessen Nato-Mitgliedschaft formell ruht, ist jeder Zeit bereit, für den Nachschub der Natotruppen zu sorgen, im Manöver wurden zwei eigens dafür eingerichtete „Nothäfen" an der Seine-Mündung benutzt. Um diese „Nothäfen", die im Kriegsfall gegebenenfalls die großen Häfen ersetzen können, gibt es eine ganze Kette an der Atlantikküste. Darüberhinaus hat die BRD die zwei im Manöver benutzten Häfen für 20 Jahre gemietet – sind also voll für sie verfügbar!

Weiterhin wurde bekannt, daß die Bundeswehr Mietrecht für 15 Munitionslager in Frankreich für ca. 100.000 Tonnen Kriegsmaterial besitzt. 50.000 Tonnen Nachschub lagern z.Zt. dort. (Alle Angaben aus „Hannoversche Allgemeine", 22.5.76). Besonders freute die westdeutschen Militaristen, daß es kaum zu Protesten gegen das Manöver kam, in einem Land, in dem ein breites Bewußtsein über die Aggressivität des deutschen Imperialismus vorhanden ist. Diesen „Erfolg" bei diesem Manöver haben die westdeutschen Militaristen vor allem der revisionistischen KPF zu verdanken, die hauptsächlich zu der Angelegenheit „eine Reihe von Fragen" hatte („Frankfurter Rundschau", 21.5.76) und damit deutlich machte, daß sie es mit ihrer Anerkennung der Nato ernst meint. Die (revisionistisch orientierte) Gewerkschaft CGT handelte höhere Bezüge für die Schauerleute aus, die die Munition von den Schiffen auf Bundeswehr-LKW verladen sollten. Dummdreist erklärte die CGT dazu, sie würde *„die Bedingungen nur symbolisch aushandeln, sie trage nicht symbolisch zur Hortung deutscher Munition in Frankreich bei"* („FR", 21.5.).

Von einigen Schauerleuten wurde die Verladung immerhin verzögert, im ganzen allerdings wurde dies „logistische Problem" zur Zufriedenheit der Nato-Militaristen gelöst. ●





Friedensforschung = Spionage?

In der zur Zeit laufenden Debatte zur Erleichterung des Waffenexports aus der BRD witterte der internationale Waffenschieber, Gerhard Mertins, Chef der Merex GmbH, jüngst Morgenluft. Anlaß war ein Artikel von Herbert Wulf im „Evangelischen Pressedienst", in dem Waffengeschäfte der Bremer Lürssen-Werft aufgedeckt wurden. Diese Geschäfte läßt die Werft über ihre Filiale in Malaysia abwickeln. Mertins, gegen den z.Zt. ein Verfahren wegen illegaler Waffenschiebereien läuft (das er in erster Instanz wegen Beteiligung der Bundesregierung gewonnen hat) tritt offen für den Waffenhandel ein. Der „Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung", für die Wulf arbeitet, warf Mertins hingegen *„Mißbrauch"* des Begriffs Frieden vor und äußerte den Verdacht der *„Spionage und Wehrkraftzersetzung". „Gott sei Dank"* seien die *„unlogischen Beschränkungen"* des Waffenexports durch die Bundesregierung *„nicht lückenlos". „Nichts ist logischer, als deutsche Aufträge, die durch die Regierung unmöglich gemacht werden, an Werften befreundeter Länder abzugeben."* In diesem Sinne forderte Mertins die „deutschen Unternehmen" zur Nachahmung des *„Pioniergeistes"* der Lürssen-Werft auf. Der Artikelschreibern geht es nach Mertins offensichtlich um die Förderung der *„Arbeitslosigkeit in unserem Land"*, es handle sich um *„Schreibtisch-Lobbyisten, deren Ziele unbestreitbarm mit denen des russischen KGB* (Geheimdienstes - Anm.Red.) *identisch"* seien.

Dabei beließ es Mertins keineswegs bei Drohungen. Er wandte sich an den Verfassungsschutz, nannte eine ganze Reihe von Namen, die überprüft werden müßten und außerdem schickte Mertins Unterlagen an das Bundespräsidialamt.

Zu gut deutsch sind diese Personen bereits von Mertins „überprüft" worden. Damit wird deutlich, daß der illegale Waffenhandel heute nicht nur stillschweigend vom Staat geduldet und gefördert wird, sondern daß sich heute die Waffenschieber ihrer Sache so sicher sind, daß sie offen die Illegalisierung derjenigen betreiben können, die auch nur diesen Waffenhandel aufdecken.

SALT: Sowjetrevisionisten geben Verletzung des SALT-Abkommens zu

Die Sowjetunion soll erstmals zugegeben haben, den 1972 abgeschlossenen ersten Vertrag zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT-I) gebrochen zu haben („Frankfurter Allgemeine", 26.5.76). Die Sowjetrevisionisten gaben konkret zu, 40 unterirdische Silos für Interkontinentalraketen nicht im Zeitraum von vier Monaten zerstört zu haben. Das sogenannte Abrüstungsabkommen sieht nämlich vor, daß die Sowjetunion 210 Interkontinentalraketen auf U-Booten über der festgelegten Grenze von 740 Raketen haben dürfe, wenn es 51 Silos zerstöre. Bisher hat die Sowjetunion aber erst elf Silos vernichtet. Die 40 Silos spielen aber – bei der weiter fortgeschrittenen Entwicklung der Langstreckenraketen – kaum noch eine Rolle und sind für die neueren Raketen nicht mehr verwendbar, da deren Durchmesser größer geworden ist.

Wesentlich ist, daß sich beide „Supermächte" nicht an die Abmachungen halten, sondern unter dem Deckmantel von SALT permanent neue mörderische Waffensysteme entwickeln. ●

Kanada kauft Leopard-Panzer

Bei einem Treffen des kanadischen Außenministers mit Genscher betonte Kanada, daß es seinen Bündnisverpflichtungen nachkommen werde. Das ist nicht von der Hand zu weisen, denn neben den USA verstärkten auch die Kanadier die Truppen in der BRD von bisher drei auf vier Brigaden. Die vierte mechanisierte kanadische Brigade wird mit 116 westdeutschen „Leopard-II"-Panzern ausgerüstet („Frankfurter Allgemeine", 25.5.76). Dieses Geschäft ist als ein Erfolg des BRD-Imperialismus zu werten, ihren Panzer gegenüber dem der USA ausgerechnet an dessen Nachbarland zu verkaufen. ●

Tödlicher Unfall

Ein Panzer fuhr auf der Gegenfahrbahn der Bundesstraße 3 bei Göttingen einen Lastwagen kaputt. Beide Fahrer waren sofort tot, zwei weitere Soldaten lebensgefährlich verletzt.

Angeblich ist die Unfallursache noch nicht geklärt. Aber wen wundert es, daß es zu solch mörderischen Unfällen kommt, wenn die monströsen Panzer über die Straßen in den Übungen rattern und dann – vor allem bei der Übermüdung der Soldaten nach Übungen der Bundeswehr, wie in diesem Fall – mal „ein wenig" vom Kurs abkommen? (nach: „Frankfurter Rundschau", 26.5.76).

Opfer des Militarismus

Der 21jährige Maschinenmeister H.Sedlmeier aus Röthenbach bei Nürnberg wurde bei einem Übungsschießen, das dazu dienen sollte, das Ladungsgewicht einer neuen Munition für 40-mm-Fla-Kanonen zu ermitteln, getötet. Ein weiterer Arbeiter wurde verletzt. (nach „die tat", 21.5.76)

USA: „Modernes Dachau ..."

So bezeichnet ein amerikanischer Offizier ein Ausbildungslager der US-Armee in San Diego/Kalifornien. Er führt zur Zeit einen Schadensersatzprozeß. Ausbilder haben ihm das Rückgrat gebrochen.

Ein anderer Fall wurde bekannt, als ein Rechtsanwalt zwei Tonbanddokumente der Presse vorlegte. Zwei Augenzeugen berichten, wie im Dezember '75 ein Rekrut der US-Marineinfanterie von seinen „Kameraden" totgeprügelt wurde, während der Ausbilder rief: „Kill, kill, kill ..."! (nach „die tat", 7.5.76).

den" totgeprügelt wurde, während der Ausbilder rief: „Kill, kill, kill ..."! (nach „die tat", 7.5.76).

Bremerhaven: Proteste gegen US-Stationierung in Erholungsgebiet

Ab 1977 sollen in Bremerhaven 800 zusätzliche US-Truppen stationiert werden, weitere 2.400 Soldaten mit 300-600 Panzern in der Garlstedter Heide, einem Naherholungsgebiet bei Bremen. Auf dem bereits bestehenden Übungsplatz sollen 280 Mio. DM verbaut und der Platz entsprechend erweitert werden.

Dagegen sind inzwischen insgesamt 34.000 Unterschriften gesammelt worden und zwar von den „Vereinigten Bürgerinitiativen Rettet die Garlstedter Heide" (VBI) und der „Bürgeraktion Garlstedter Heide". Diese beachtliche Unterschriftenzahl darf keineswegs über den Kurs dieser Initiativen hinwegtäuschen.

Die VBI erklärte von vornherein, daß sie für mehr US-Truppen ist: *„Nach Lage der Dinge und Kenntnis der militärischen Kräfteverhältnisse wird dies sogar für zwingend notwendig (!) gehalten"* (ein VBI-Sprecher in der „Nordsee-Zeitung", 24.3.76). Das wundert kaum, wenn man weiß, daß die VBI von so illustren Kreisen wie dem Bremer „Golfclub zur Vahr", Bremer Bourgeois zusammen mit örtlichen Dorffürsten angeführt wird, die um die Ruhe ihrer Golfbälle und Bungalows fürchten, aber schon fünf Vorschläge für andere Plätze gemacht haben,wo es sie nicht trifft.

Die „Bürgeraktion" dagegen dient sich den Militaristen nicht als direkte Gehilfen für die Suche nach Standorten an, sie tritt unter der Parole „Keine Panzer ins Erholungsgebiet" an. Allerdings bemüht sich diese von reformistischen und revisionistischen Kräften geführte Initiative bisher leider erfolgreich darum, alle konsequenten Antimilitaristen außen vor zu halten, sie wolle keinen „Antiamerikanismus" betreiben, heißt es. Anfangs wurde das Bündnis mit Antiimperialisten lediglich abgelehnt, später militant gegen sie eingeschritten, nämlich erstmals auf dem „Volksfest in der Garlstedter Heide" am Ostersonntag. Dort wurden Kommunisten nicht nur am Betreten des Platzes gehindert, und von einer Gruppe jugendlicher Schläger überfallen, sondern ein Führer der „Bürgeraktion" versuchte darüberhinaus, mit seinem Auto einen KBW-Stand niederzufahren.

Mit solchen Methoden soll der Protest lediglich auf die Erhaltung des Garlstedter Grüns beschränkt bleiben.

KB/Gruppe Bremerhaven

Braune Tradition



Die auf dem Bild gezeigten Nazi-Embleme finden sich im „Traditionskeller" der Fritz-Erler-Kaserne in Rohtwesten bei Kassel wieder. Denselben „Geier mit Kranz" sieht man heute in vielen alten Kasernen in ein mal ein Meter Größe an den Stabsgebäuden. Allerdings ohne Hakenkreuz. In manchen Kasernen erwarten einen allerdings noch ganz andere Hämmer. In Lübeck-Blankensee wird „Deutschland" in den verschiedensten Größen und Grenzen (1914, 1937) als „Mein Vaterland" dargestellt. Es wird dazu aufgefordert, die „deutschen Ostgebiete" nicht zu vergessen. In einem Gebäude hängen über die Stubentüren verteilt die verschiedenen Wappen und Namen größerer Städte der DDR (Wismar, Leipzig, Halle usw.)!

In der 3.Kompanie steht sogar ein Pokal, der vom Kyffhäuserbund gestiftet wurde. Der Kyffhäuserbund steht der HIAG, dem Verein ehemaliger SS-Angehöriger sehr nahe. Den Pokal gewann ausgerechnet Hauptmann Asbach, Sohn des faschistischen Massenmörders und ehemaligen Sozialministers Schleswig-Holsteins Asbach, der mit zum braunen Spenderklüngel gehörte.

Man sieht, überall ist die braune Großmachttradition in der Bundeswehr lebendig.

(nach „die tat" vom 21.5. und Berichten von Soldatengenossen).

Die auf dem Bild gezeigten Nazi-Embleme finden sich im „Traditionskeller" der Fritz-Erler-Kaserne in Rohtwesten bei Kassel wieder der DDR (Wismar, Leipzig, Halle usw.)! In der 3.Kompanie steht sogar ein Pokal, der vom Kyffhäuserbund

Bilanz der Nato-Konferenz: Einigkeit für schärferen Kurs

Am 20. Mai fand in Oslo die traditionelle Nato-Konferenz statt, an der die Außenminister der Nato-Staaten teilnahmen. Dabei ging es vor allem darum, die kleineren Nato-Staaten auf den Scharfmacher-Kurs des US- und BRD-Imperialismus einzuschwören: so forderten „die westlichen Außenminister" alle samt und sonders die Sowjetunion zur „*Zurückhaltung*" auf, da nur dann „*das Streben nach dauerhafter Entspannung möglich*" sei. Daß bei ihrer „Entspannungspolitik" auf der Basis militärischer Stärke, die Nato kaum ihre Aggressivität zurückhalten konnte, machte Bundesaußenminister Genscher klar: Um der „Expansion" der Sowjetunion entgegenzutreten, forderte er eine Änderung der „Rahmenbedingungen" des Bündnisses, nämlich „*über den definierten Rahmen der Nato hinauszugehen und dem Südatlantik größere Aufmerksamkeit zu widmen*" („Frankfurter Rundschau", 21.5.76). Zu „gut deutsch", alle Natoländer sollen ein eventuelles militärisches Eingreifen gegen die Befreiungsbewegungen in Afrika mittragen, um sich etwa für die südafrikanischen Rassisten einzusetzen, wie es die US-Imperialisten und ihre BRD-Freunde schon lange tun. Weiterhin stellte Genscher klar, daß es neben dem atomaren Gleichgewicht „*auch ein konventionelles geben müsse*" (nach „Frankfurter Allgemeine", 21.5.76). Ein Kurs, der auch die kleineren Staaten wie Holland und Dänemark, die ihre Rüstungshaushalte gekürzt hatten, verpflichten soll, verstärkt aufzurüsten.

Hinter den Kulissen wurde die Frage der Folgen einer „kommunistischen" Regierungsbeteiligung nach den Wahlen in Italien oder Frankreich diskutiert. Während einige kleinere Nato-Staaten „*die demokratische Reformierbarkeit der KPI für aussichtsreich halten*" („FAZ", 20.5.76), d.h. die KPI für bürgerlich genug, um die Regierungsgeschäfte im Sinne der Kapitalisten zu übernehmen, vertraten insbesondere die Vertreter der USA und der BRD die Meinung, daß dann „*Italien als aktives Nato-Mitglied außer Funktion trete und zurückfallen werde vom Status eines Partners zu einem passiven Schutzobjekt des Bündnisses*" („FAZ",20.5.76).

Als „passives Schutzobjekt" wird vor allem verstanden, die italienische Bourgeoisie auch mit dem Nato-Militär vor der Arbeiterklasse zu schützen. Einigung konnte in diesem Punkt noch nicht erzielt werden.

„Unehrenhafte Entlassung" ...

Wieder einmal wurde ein politisch aktiver Soldat „unehrenhaft" entlassen, weil er

- einen Leserbrief an den „Südkurier" schickte und Schikanen beim „Barras" schilderte,
- einige Exemplare einer linken Soldatenzeitung bei sich hatte,
- gegen die Anzugsordnung verstieß. Der Soldat hatte als Angeklagter vor Gericht Uniform getragen.

Der Soldat war als ein aktiver Kollege bekannt, der sich gegen die Schikanen in der Kompanie zur Wehr setzte. Am 12.Mai fanden im Panzerbataillon 293 in Stetten Vertrauensmännerwahlen statt und die Bundeswehrführung wollte eine Wahl des Soldaten verhindern. Sie schaffte es letztendlich durch die „unehrenhafte Entlassung" – obgleich die drei Anklagepunkte zunächst „nur" zehn Tage Bau bedeutet hätten. Bemerkenswert ist ferner, daß das Truppendienstgericht den zweiten Anklagepunkt wieder fallen lassen mußte. Die Soldaten in der Kompanie drückten ihre Solidarität mit dem Soldaten dadurch aus, daß sie ihn mit großer Mehrheit zum Vertrauensmann wählten!

Der Vorfall in der Kaserne wurde in der linken Soldatenzeitung „Gegen-Druck" veröffentlicht und vor der Kaserne verteilt. Zunächst nahmen die Bullen die Namen der Verteiler auf, dann jedoch kam ein Wachoffizier und versuchte, zwei Verteiler mit vorgehaltener Pistole festzunehmen. Dagegen schritten selbst die Bullen ein und erklärten, mit dem Aufnehmen der Personalien sei der Fall erledigt.

(Aus: „Gegen-Druck", antimilitaristische Zeitung, herausgegeben von der „Demokratischen Soldatengruppe Stetten", 14.5.76).

klagepunkte zunächst „nur" zehn Tage Bau bedeutet hätten. Bemerkenswert ist ferner, daß das Truppen- stische Zeitung, herausgegeben von der „Demokratischen Soldatengruppe Stetten", 14.5.76).

Bewohner gegen Schießplatz

In Coerde bei Münster befindet sich ein Truppenübungsplatz der Bundeswehr. Vor allem die Standortschießanlage verursacht derartigen Lärm, daß die umliegenden Bewohner permanent schlaflose Nächte verbringen müssen. Die Bewohner haben sich zunächst mit einer Unterschriftensammlung gewehrt. Dabei kam heraus, daß zumindest ein „wissenschaftliches Gutachten" erstellt wurde, das den Lärm als „unzumutbare Belastung" wertete.

Die Bundeswehr-Oberen reagierten darauf mit zwei Vorschlägen:

1. Verlegung des Standortes in Gebiete, die allerdings ebenfalls dicht besiedelt sind,
2. Bau eines Schutzwalles.

Beide Vorschläge wurden vor allem aufgrund des Protestes aus der Bewohnerschaft verworfen. (nach: „ID-Nachrichten", 8.5.76)

Oberscharfmacher an die Front

Nach langem Geschiebe hinter den Kulissen wurde der bisherige Kommandant der Bundeswehr-Führungsakademie an die Nato abgeschoben – dort macht sich ein weniger scharfes Image der Bundeswehr immer gut. Sein Nachfolger Wagemann, der die Unterstützung der Bundeswehr-Spitze genießt, warf seinem Vorgänger Raulf bei der Amtsübernahme vor: „*Versuche zu räteartigen Ordnungen*" hätten stets „*in der Auflösung militärischer Ordnung, im Freikorps- und Bandenwesen*" geendet. Damit hatte der Vorgänger natürlich beileibe nichts im Sinn, das läßt nur erahnen, wie weit Disziplinierung und Kadavergehorsam innerhalb der Bundeswehr noch vorangetrieben werden sollen – und die SPD ist immer mit von der Partie!

Bundesverwaltungsgericht entschied: Wehrübung geht vor Erholungsurlaub

Ein Hauptgefreiter der Reserve wurde zu einer in seine Urlaubszeit fallende mehrtägige Wehrübung einberufen. Obwohl er seinen Erholungsurlaub bereits gebucht hatte, unterlag er in einem von ihm angestrengten Prozeß.

Laut Urteil des Berliner Bundesverwaltungsgerichtes (AZ:VIII C47/74) müssen Reservisten „*auf eine bereits gebuchte Urlaubsreise verzichten, wenn sie zur Reisezeit zu Wehrübungen eingezogen werden*" („Frankfurter Rundschau", 20.5.76).

Das betreffende Verwaltungsgericht „*billigte den Standpunkt der Wehrbehörde und argumentierte, der Kläger hätte sich vor der Buchung des Urlaubs beim Kreiswehrersatzamt über mögliche Übungen erkundigen können*" (ebenda). Auch in „Friedenszeiten" müssen sich Soldaten jederzeit für die Bundeswehr bereithalten.

Schweden: Soldatengewerkschaft befürwortet

Die „Wehrpflichtskonferenz" (früher auch „Wehrpflichtigenreisetag" genannt) hat trotz Widerspruchs durch den Oberbefehlshaber die Gründung von Soldatengewerkschaften auf Regimentsebene befürwortet. Auch die Aufnahme von Kontakten zu anderen Gewerkschaften ist geplant. Der Oberbefehlshaber versuchte einen entsprechenden Beschluß durch Drohung mit der Streichung des jährlichen Zuschusses zu verhindern, der bislang dieser Einrichtung gezahlt wird (die Höhe: 1,35 Mio. Kronen). Weiter wurden folgende Forderungen – es versteht sich, daß auch hier der General dagegen war – beschlossen:

- 40stündige Arbeitswoche mit geregelter Arbeitszeit und Kompensierungsmöglichkeiten für Wach- und Einsatzdienste;
- Abschaffung des Militärstrafrechts und traditioneller Zeremonie wie Fahneneid und „Hohe Wache" vor dem Königsschloß;
- freie Fahrt auf allen staatlichen Beförderungsmitteln.

(nach: „Extradienst", 25.5.76)

Anzeige



HDW-Hamburg:

2 000 Entlassungen

In den Schubladen der HDW-Kapitalisten liegen bereits fertige Pläne für die bisher umfangreichsten Massenentlassungen in der Geschichte der HDW: Der gesamte Schiffneubau in Hamburg soll ab Mitte '77 eingestellt und allein in den Kieler Werken konzentriert werden. Gleichzeitig sollen verschiedene Abteilungen in den beiden Hamburger Werken Roß und Reiherstieg zusammengelegt werden.
Werden diese Pläne Wirklichkeit, würde das rund 2.000 Werftarbeitern und -angestellten den Arbeitsplatz kosten.
Es sind dies zugleich die z.Z. umfangreichsten Massenentlassungen in Hamburg, die schlagartig das Heer der Arbeitslosen erhöhen würde.

Die Hamburger Betriebsräte wurden am 12. Mai von Heinz Scholz (Vorstandsspezialist für Rationalisierung und Entlassung – s. nebenstehende Charakteristik) in diese Unternehmenspläne eingeweiht – und sogleich zum „Schweigen" verpflichtet; wer Informationen weitergibt, wird – so Scholz – sofort „fristlos entlassen". Bis auf den heutigen Tag haben die Kollegen nur durch unsere Betriebszeitung „Der Metallarbeiter" und (zu einem geringerem Teil) vom „Werftecho" der DKP hierüber Informationen erhalten!

Durch die Stillegung des gesamten Neubaus in Hamburg werden in vielen Abteilungen bis zu 70 % der Kollegen für die Kapitalisten „überflüssig", andere Abteilungen müssen sogar ganz schließen. Gleichzeitig sind auch auf dem Reparatursektor den Kapitalisten die Kapazitäten noch zu hoch: Auch hier werden also Entlassungen erfolgen. Logisch ist auch, daß bei derart massiven Rationalisierungen im gewerblichen Sektor auch die Angestelltenbereiche nicht „ungeschoren davonkommen".

In den Bereich des Möglichen kommt jetzt auch wieder eine Stillegung eines der beiden Hamburger HDW-Werke; wie wir erfahren haben, läßt der Vorstand gegenwärtig prüfen, welche Stillegung in diesem Falle „rentabler" wäre!

Auch eine seit langem diskutierte Fusion mit Blohm & Voss (einer anderen Hamburger Großwerft) scheint nicht mehr ausgeschlossen.

Damit ist heute jede Abteilung und jeder Kollege von diesen Rationalisierungsplänen der Kapitalisten betroffen!

Die Stillegungspläne der Kapitalisten sind in mehrerlei Hinsicht besonders bemerkenswert:

Es handelt sich um die bisher größten Massenentlassungen in Hamburg, dessen sozialdemokratisch geführter Senat sich besonders um seine „Verdienste" der Arbeitsplatzsicherung rühmt;

die HDW sind ein Unternehmen, daß zu 74,9 % über den Salzgitter-Konzern in Bundesbesitz ist und zu 25,1 % im Besitz des Landes Schleswig-Holstein. Das beweist deutlich, daß auch eine Verstaatlichung von Betrieben die Arbeiter und Angestellten nicht vor Entlassungen und Rationalisierungen schützt;

bei HDW gibt es in der Person von Heinz Scholz einen zum „Quasi"-Arbeitsdirektor hochgepäppelten ehemaligen IGM-Gewerkschaftsführer, der konsequent und rücksichtslos alle Rationalisierungsvorhaben gegen die Belegschaft eingeleitet hat.

Heute wird immer deutlicher, daß die nunmehr bekannt gewordenen Stillegungspläne der HDW-Kapitalisten Teil einer langfristigen Bereinigung der westdeutschen Schiffbaubranche sind. In einer bereits Anfang der siebziger Jahre von Kapitalisten und Bundesregierung erstellten „Werftenenquete" wurde die heute sichtbar werdende Entwicklung vorgezeichnet: Während der westdeutsche Großschiffbau allein in Bremen (Bremer Vulkan und AG Weser) und Kiel (HDW), der Bau mittlerer Schiffe vor allem in Emden (Rheinstahl Nordseewerke) konzentriert werden sollte, soll in Hamburg der Schiffsneubau nach und nach ganz eingestellt werden. Selbst bestimmte Nebenfertigung für den Neubau sollten auf längere Sicht „ausgelagert" werden. Dazu heißt es in der „Werftenenquete": *„Arbeitsplätze (sollten) im Hamburger Schiffbau nur insoweit erhalten werden, als dies zur Sicherung seiner komplementären* (ergänzenden – d. Red.) *Funktion gegenüber dem Hafen und der Schiffahrt notwendig ist"* (S. 109). Im Klartext heißt das: Auf den Hamburger Werften werden nur noch Reparaturarbeiten ausgeführt! Die HDW-Kapitalisten sind gegenwärtig dabei, diesen Plan zu verwirklichen! In der „Werftenenquete" wird auch einer Fusion zwischen Blohm & Voss und HDW das Wort geredet. Seitdem sind – offensichtlich als Vorbereitungsphase – von beiden Betrieben verschiedene Kooperationsverträge abgeschlossen worden, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren. Schon 1972 gab der Aufsichtsratsvorsitzende Cordes (B&V) das Ziel an: *„Es kommt darauf an, zunächst... eine vernünftige wirtschaftliche Konzeption zu erarbeiten, dann wird man auch eine passende juristische Form finden"* („Hansa", 9/72). Das wird weiteren Tausenden von Kollegen den Arbeitsplatz kosten. Wohl nicht zuletzt in diesem Zusammenhang sind die „Planspiele" des HDW-Vorstandes, welche Werksstillegung „rentabler" wäre, zu sehen.

Was ist zu tun?

Angesichts dieser weitreichenden kapitalistischen Pläne liegt allein bei den Linken die Verantwortung, unter den Werftarbeitern eine Front gegen die Entlassungen aufzubauen. Vom Betriebsratsgremium und von der Hamburger Gewerkschaftsführung (von der ein Vertreter bei der entscheidenden BR-Sitzung anwesend war) wie auch vom gewerkschaftlichen Vertrauenskörper sind keinerlei Bemühungen zum Widerstand gegen diese Pläne zu erwarten. Alle diese Gremien haben es bis auf den heutigen Tag nicht einmal für nötig befunden, die Kollegen überhaupt einmal zu informieren. Stattdessen konzentrieren sich diese Herren offensichtlich immer stärker darauf, die Linken und Kommunisten im Betrieb, die bisher als einzige diese Pläne enthüllt haben, zu diffamieren; Kollegen die beim BR Informationen über die geplante Stillegung erhalten wollten, wurden hier, namentlich vom BR-Vorsitzenden Werner Peters, angepöbelt. Der „Werftsozi", eine Betriebszeitung der sozialdemokratischen Betriebsgruppe schreckt nicht einmal vor offen faschistischer Hetze gegen die Kommunisten zurück (s. nebenstehenden Kasten)!

Die Linken sehen sich angesichts dieser Situation vor der schweren Aufgabe, in einem Betrieb, in dem die Belegschaft über keinerlei Kampferfahrung verfügt (der letzte Streik fand vor 21 Jahren (!) statt) und in dem eine total reaktionäre sozialdemokratische Betriebsgruppe mittels des VK's und anderer Mittelsleute noch in fast jeden Winkel des Betriebes wirkt, eine Front unter den Kollegen aufzubauen.

Ein erster Schritt muß es hier sein, den Plan des Vorstandes und Betriebsrates, vor dem Beginn der Haupturlaubszeit keine Betriebsversammlung mehr durchzuführen, zu durchkreuzen. Eine Betriebsversammlung muß her – und zwar sofort! ●

Arbeiterzelle HDW
KB/Gruppe Hamburg

Zur Person:



Im Zusammenhang mit den Rationalisierungs- und Stillegungsplänen fällt immer wieder der Name Heinz Scholz. Diese Person spielt seit nunmehr fast drei Jahren eine zentrale Rolle bei allen gegen die Werftarbeiter gerichteten Maßnahmen der HDW-Kapitalisten. Daran wäre vielleicht nichts außergewöhnliches (solche Typen gibt es halt in allen Vorstandsetagen), wenn nicht Scholz, bevor er seine Dienste den HDW-Kapitalisten andiente, IGM-Gewerkschaftsführer gewesen wäre. Es ist daher angebracht, an dieser Stelle über einige arbeiterfeindliche Maßnahmen dieses Karrieristen zu berichten.

Scholz war über Jahre hinweg Bezirksleiter der IG-Metall für den Bezirk Nordmark (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, nördliches Niedersachsen). Nachdem er als Bezirksleiter der IGM immer mehr abgewirtschaftet hatte (u.a. wurde er auf einer Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte in Bremen von den Kollegen derart ausgebuht, daß er unter stürmischem Beifall! – versprach, sich dort nie wieder sehen zu lassen), trat er im Sommer 1973 in die Dienste der HDW-Kapitalisten. Dieser Wechsel von der Gewerkschaftszentrale in die Vorstandsetage, wurde von langer Hand vorbereitet und mit dem HDW-Betriebsrat wie auch mit dem IGM-Vorstand in Frankfurt abgesprochen. Den Werftkollegen wurde Scholz als ihr Vertreter im Vorstand angepriesen. Im Vorstand über nahm er das Ressort „Belegschaftswesen", alle Sparmaßnahmen und Rationalisierungsmaßnahmen trugen fortan seine Unterschrift. Neben seinem einträglichen Job als Vorstandsmitglied ist Scholz zugleich noch SPD-Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg. Auf allen VK-Sitzungen (er wird des öfteren von der VK-Leitung eingeladen!) hat sich dieser Bursche bisher konequent geweigert, Auskunft über die Höhe seiner Bezüge zu geben.

Getreu dem Satz „Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing", hat Scholz unter anderem folgende Maßnahme gegen die Werftarbeiter geplant oder durchgeführt:

Einführung einer „Arbeitsordnung", die die HDW quasi in ein modernes Arbeitslager verwandelt hätte (u.a. Verbot in ander Abteilungen zu gehen, jederzeit Spindkontrollen usw.); nur durch die vorzeitige Veröffentlichung konnte ihre Einführung verhindert werden;

Scholz war es auch, der das seit Anfang 1976 geltende Alkoholverbot auf der Werft einführte und auf dessen Weisung bereits vor dem Betreten des Betriebes an den Toren Werkschutzkontrollen durchgeführt wurden; ein Kollege wurde bisher entlassen;

von Scholz wurde bei den Angestellten eine sog. „Arbeitsplatzbeschreibung" durchgeführt, um eine „leistungsgerechte Entlohnung" einzuführen;

verantwortlich ist er ebenfalls für die allerdings mißlungenen Rausschmiße von zwei Jugendvertretern und mehreren Auslernern in diesm Jahr;

verantwortlich ist Scholz vor allem für die systematisch vom HDW-Vorstand gegen die Kollegen betriebene Lügenpolitik über die angebliche „Sicherheit der Arbeitsplätze".

Was vielen Kollegen nach all' dem mehr als nur unglaublich klingen mag: Dieser Kapitalistenknecht ist immer noch Mitglied der IGM...

Eine letzte Information mag das Bild über diesen Burschen endgültig abrunden und vervollständigen: Letzte Woche wurde bekannt, daß Scholz im firmeneigenen Mercedes 450 im Vollbrand einen Verkehrsunfall verursachte – und Fahrerflucht beging. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn... ●

HDW Arbeiterzelle
KB/Gruppe Hamburg

Dieser Schweinsartikel war im letzten sozialdemokratischen „Werftsozi" nachzulesen (diese Zeitung wird vor den Werfttoren verteilt und enthält außer Hetze gegen links nur billigste Wahlkampfpropaganda für die SPD). Man muß es den HDW-Sozialdemokraten schon zugestehen, daß sie es mit diesem Artikel endgültig geschafft haben, Springers „Bild" links liegen zu lassen. Was man hier lesen kann ist primitivste braune Hetze – was sich dahinter verbirgt ist tiefste faschistische Gesinnung. Mit einem Wort: „Sozial"faschisten!

WERFTSOZI

5 Sozialdemokratische Betriebsgruppen der HDW 1976

»Chaotenbazillus und Radikalerreger!«

Ein fürchterlicher Krankheitserreger verseucht langsam die HDW. Gespenstisch windet er sich durch alle Werkhallen und Büros. Dieser Erreger wirkt auf labile Mitarbeiter besonders heftig. Das logische Denkvermögen wird gestört, ein vorübergehendes »Koma« ist die Folge.
Welche Freude ist es zu hören, daß die IGM, die überwiegende Zahl der Vertrauensleute und nicht zuletzt der Betriebsrat es fertig gebracht haben, den Krankheitserreger zu lokalisieren. Sie sind aus dem Osten als Kulturen in den Betrieb gekommen und hier zum Leben erweckt worden. Die medizinische Bezeichnung dieser Lebewesen lautet: »Bazillus Chaoticus« und »Erregans Radicalis«. Vorsicht und Aufmerksamkeit sind geboten!
Giftig und lebensgefährlich werden diese Erreger erst vor dem Werktor und den Dampfereinstiegstellen. Erkennen könnt ihr alle diese Erreger. Vorausgesetzt man ist nicht hoffnungslos davon befallen, denn wer »immun« ist, dem zeigen sie die erhobene Faust. Es ist typisch für unsere Zeit, daß es trotz hervorragender medizinischer Betreuung noch immer Krankheits-Keime gibt, die den arbeitenden Menschen befallen.
Die Anfangsstadien dieser eigenartigen Krankheit sind Schweißausbrüche, Angst- und Panikstimmung.
Die Schweißausbrüche bekommt man bei der ersten Berührung mit diesen Bazillen. Von Angst und Panik werden die Mitarbeiter befallen, die da meinen, daß sie überflüssig im Betrieb würden.
Dabei sollte jeder sich merken, daß diese Infektion erst dann ausheilen kann, wenn der Befallene sich einer Schutzimpfung unterzieht.
Viele Kollegen sind schon »überm Berg«. Ihnen ist eine ausreichende Menge Sozialdemokratie mit einem gehörigen Schuß Gewerkschaftsbewußtsein verschrieben worden.
Fragt sie mal: Das hilft!

Hamburger Aluminium Werke (Reynolds)

Es raschelt wieder im Karton!

Nach der für die Linken erfolgreich ausgegangenen BR-Wahl bei HAW mußten nun verschiedene alte, durch die neuen Herren gestrichenen Rechte, neue erkämpft werden. So fanden mehrere spontane Abteilungsversammlungen in der Gießerei statt, auf denen die Abschaffung ungerechter Lohnunterschiede gefordert wurde. Aus dem gleichen Grunde und um zusätzlich ihren Forderungen nach Erschwerniszulagen Nachdruck zu verleihen, weigerten sich die Kollegen der Anodenanschlägerei, Überstunden zu machen und drosselten ihr Arbeitstempo. Dieses tat dann auch seine Wirkung. In ziemlich kurzer Zeit kamen von der Geschäftsleitung erste Lohnangleichungen in diesen beiden Abteilungen, und es wurde dem Betriebsrat ein Katalog für Erschwerniszulagen zugestellt.

Die gleichfalls für die anderen Abteilungen versprochenen Angleichungen blieben aus, bis auch dort sich die Kollegen rührten.

So kamen dann mehrfach Kollegen der Zentralwerkstatt in relativ geschlossener Anzahl zum Betriebsrat und forderten den herbeizitierten Hamburger FDP-Fraktionschef und kaufmännischen Leiter Meyer auf, umgehend die Lohnangleichungen durchzuführen, sonst würde man vier Tage später wieder ein derartiges Treffen durchführen.

Prompt wurden dann dem Betriebsrat Angleichungsvorschläge übermittelt, die allerdings den Forderungen der Kollegen nicht entsprachen. Man muß in diesem Zusammenhang beachten, daß die Kollegen seit einhalb Jahren keine Tariferhöhung bekommen haben, was beim Übertritt der HAW-Kapitalisten vom Metallarbeitgeberverband in den Chemiearbeitgeberverband natürlich „vergessen" wurde. Der Metalltarif galt bis Januar '76, der Chemietarif bis Mai '76, also die ersten fünf Monate keine Erhöhung in diesem Jahr.

Als dann die Verhandlungen über die Angleichungen mit dem Betriebsrat nicht vorankamen, platzte den Kollegen der Kragen. Sie versammelten sich im Frühstücksraum der Zentralwerkstatt und forderten die Geschäftsleitung auf, zu ihren Forderun-

ten sich im Frühstücksraum der Zentralwerkstatt und forderten die Geschäftsleitung auf, zu ihren Forderun-

gen Stellung zu nehmen:

Beseitigung der ungerechtfertigten Lohnunterschiede und eine Ausgleichszahlung vom Januar bis Abschluß der Chemietarifrunde.

Die Geschäftsleitung weigerte sich, zu erscheinen, stattdessen kam der Abteilungsleiter und forderte die Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. – Vergeblich.

Daraufhin kam die Geschäftsleitung auf einmal doch mit der Bitte an den in der Versammlung anwesenden Betriebsrats-Vorsitzenden heraus, zu ihnen zu kommen. Dieser blieb natürlich bei den Kollegen, bis er dann von denen den Auftrag bekam, zur Geschäftsleitung zu gehen. Ihm wurde das eindeutige Mandat mitgegeben, bei ihren Forderungen nicht nachzugeben. Die Aktion wurde nach einer Stunde abgebrochen.

Auf die vom Betriebsrat vertretenen und oben genannten Forderungen kam bis heute keine eindeutige Antwort, allerdings war eine hektische Regsamkeit der Geschäftsleitung zu bemerken, um festzustellen, in wieweit man den Forderungen entgegenkommen müsse.

Die Aktion der Kollegen aus der Zentralwerkstatt muß als richtiger Schritt, aber auch als erster! Schritt gesehen werden. Solche Kampfmaßnahmen müssen auch auf die anderen Abteilungen übergreifen und in der Zentralwerkstatt wiederholt werden. Zur besseren Organisierung derartiger Aktionen ist es dringend notwendig, die bisher sehr nachlässig behandelten VK Wahlen durchzuführen.

Die IG-Chemie-Führer – Vertreter der Kapitalisten:

Zu den Vorgängen im Werk hat die IG Chemie-Führung und ihre immer weniger werdenden aktiven Vertreter im Betrieb keinen Finger gerührt. Lediglich wurde der Betriebsrat mit Flugblättern auf billigste Weise angepinkelt. Allem die Krone auf setzte Walter Holst auf der letzten Betriebsversammlung. Nachdem die IG Chemie-Führer sehr scharf von einem Betriebsratsmitglied kritisiert worden waren, wollte Holst ablenken und unterstellte, der Betriebsrat gehöre dem Kommunistischen Bund an. Holst mußte seine Frechheiten abbrechen, da er gegen den Chor der Zwischenrufe der Kollegen nicht mehr ankam.

Der Betriebsratsvorsitzende forderte unter großem Beifall der Kollegen die IG Chemie-Oberen auf, sich aus der betrieblichen Diskussion herauszuhalten, da sich eindeutig gezeigt habe, daß sie die Seite der Geschäfts-

zuhalten, da sich eindeutig gezeigt habe, daß sie die Seite der Geschäfts-

leitung eingenommen haben. Der gleichzeitig anwesende IG-Metall-Sekretär Teichmüller versuchte dann allerdings wenig überzeugend, seinen „Kollegen" zu decken, indem er die Angriffe auf die IG Chemie-Politik als „Quatsch" bezeichnete. •

Parteifreunde unter sich. ...

HAW-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Ankerwerke werden dichtgemacht

Am 27.4. meldete die Ankerwerke AG in Bielefeld, seit 100 Jahren Produzent von Registrierkassen, Konkurs an. Dies wurde den Kollegen am selben Tag auf einer Betriebsversammlung mitgeteilt. Damit sind über 6.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Bereits in den letzten zwei Jahren wurden auf Konzernebene 4.000 Kollegen entlassen.

Zu diesem Konkurs kam es, wie es heißt, aufgrund unterlassener Modernisierung der Produktion und Auftragsrückgang infolge fehlender Weiterentwicklung der Produkte, z.B. elektronischer Registrierkassen.

Ein Teil der Kollegen soll durch eine neugegründete „Anker Datasystem GmbH" übernommen werden, die allerdings nur Service und Vertrieb fortführen soll. Dabei sieht es so aus, daß offenbar nicht die ganze alte Service- und Vertriebsabteilung übernommen werden soll, da die neugegründete Firma so vorgeht, daß sie statt grundsätzlicher Vereinbarungen über die Übernahme jetzt den Kollegen einzeln Arbeitsverträge anbietet (oder eben auch nicht). Da zumindest die Produktion eingestellt wird, stehen an die 3.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel, nämlich die Werke Bielefeld (2.200), Frankfurt, Offenbach, Westberlin und Graz.

Im Unterschied zu anderen Betriebsschließungen sind hier bis jetzt anscheinend noch keine Kampfmaßnahmen erwogen worden. Die Bielefelder Kollegen sind zur Zeit dabei, das Auftragspolster (!) aufzuarbeiten, und der örtliche IGM-Geschäftsführer zeigte sich „beeindruckt" von der Disziplin der Kollegen! Hoffentlich nicht mehr lange. •



Anker Werke, Bielefeld: Auf der Betriebsversammlung wird den Kollegen der Konkurs mitgeteilt

Automobilindustrie Höchstprofite schlecht verschleiert

„Autoindustrie klagt über ihre Ertragslage" (Frankfurter Rundschau", 26.5.76), so meldete die Presse einen Bericht des Kapitalistenverbandes der Automobilindustrie über ihre ach so schwierige „Notlage". Dies ist allerdings ein mehr schlechter Versuch, die gerade in diesen Tagen bekannt werdenden Gewinne aus dem zurückliegenden „Krisenjahr" zu bemänteln. Daimler-Benz beispielsweise steigerte seinen Umsatz um 24 % auf 21 Milliarden DM und seinen offiziellen Gewinn von 269 Millionen DM um 13,5 % auf 310 Millionen. Die Dividende für die Aktionäre wurde um 2 % auf 17 % erhöht.

BMW erhöhte für 1975 um 4 % auf 18 %.

Die größten Hoffnungen aber macht sich Opel, das zwar noch keine genauen Zahlen über Gewinne und Dividenden veröffentlicht hat, aber erste Erfolge seiner Rationalisierungspolitik bekanntgab:

1975 erhöhte sich der Umsatz je Beschäftigten um 40 %, der Rohertrag (ohne Abzug der Kosten) um 37 % und der Produktionsausstoß um 23 %! Für 1976 soll sich diese Entwicklung fortsetzen. So wird in diesem Jahr der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten um 3 % auf 25 % sinken. Diese weniger Zahlen verdeutlichen, wie stark rationalisiert wurde, wie groß die Steigerung der Arbeitsintensität ist. Daneben sparten die Opel-Kapitalisten seit Ende 1973 12.000 Arbeiter ein. 1975 arbeiteten nur noch 45.000 im Konzern.

Opel hat die Zeit der Absatzflaute benutzt, die Voraussetzungen für neue Profitsteigerungen zu legen. Mit etwa 900.000 Wagen soll 1976 der Absatz über dem Spitzenjahr 1972 liegen. Bereits in den ersten vier Monaten dieses Jahres wurde die Produktion um 81,3 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gesteigert! Der heiße Sommer darf auch in der Automobilindustrie nicht ausbleiben, um den Profitträumen der Kapitalisten eine kalte Dusche zu bereiten. (Zahlen nach „Handelsblatt", 18.5.76) •

KB/Gruppe Bremen

MBB/Hamburg

MBB/Hamburg

Funktionärs-Wahlen im Zeichen des Antikommunismus

Im Umfeld der Vertrauensleute- und Jugendvertreterwahlen bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) ist es zu einer Reihe bemerkenswerter Machenschaften seitens der sozialdemokratischen Betriebsrats- und Gewerkschaftsführer gekommen:

Schon seit langem ist ihnen eine kleine Gruppe von Kollegen ein Dorn im Auge, die – ganz im Gegensatz zu ihnen – energisch den anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen und der zunehmenden Arbeitshetze entgegentritt, auf Betriebsversammlungen regelmäßig die ärgsten Mißstände anprangert, in ihren Abteilungen tatsächliche Gewerkschaftsarbeit betreibt und somit insgesamt das traute Zusammenspiel mit den Konzernherren stört.

Genau diese Gruppe war gemeint, als auf der letzten Betriebsversammlung der Betriebsratsvorsitzende gemeinsam mit dem Mitglied der IGM-Ortsverwaltung Engelmann gegen die sogenannten *„Chaoten"* im Betrieb loshetzten, die sich angeblich *„einschleichen", „alles kaputt machen", „mit der Waffe in der Hand die Revolution machen", „die Arbeitnehmer ins blutige Unglück stürzen wollen"* usw. usf.

Noch schlimmer wurde es direkt zu den Vertrauensleutewahlen: Nicht genug damit, daß die Wahlen, die eigentlich schon Ende April abgeschlossen sein sollten, erst im Mai anfingen! Nicht genug damit, daß bei einer rund 5.000 Mann starken Belegschaft bis heute überhaupt erst in vier (!) Wirkungsbereichen gewählt wurde und auch das nur, weil genau in diesen Abteilungen linke Kollegen arbeiten, die den Verantwortlichen zigmal auf den Pelz rückten und die Wahl somit erzwangen! Nicht genug damit, daß den linken Kandidaten von den rechten Betriebsräten längst abgeschlaffte „Gewerkschafter" als Gegenkandidaten hervorgekramt wurden und die Meister und Vorarbeiter diese unterstützten! Nein! Unmittelbar vor der Wahl verteilte die alte Leitung des Vertrauenskörpers (zum Teil sogar Mitglieder des Wahlausschusses!), die in der Vergangenheit noch nie die Belegschaft z.B. über Kündigungen, Tarifkämpfe oder ähnliches informiert hatte, ein Flugblatt, in dem es zum Schluß heißt:

„Um zu verhindern, daß Mitglieder des Kommunistischen Bundes sich in den Vertrauenskörper wählen lassen, bitten wir die Kolleginnen und Kollegen um erhöhte Aufmerksamkeit solchen Kandidaten gegenüber.

Die Sicherheit der Arbeitsplätze darf durch derartige Elemente nicht gefährdet werden (!!).

Wir verweisen auf den Beschluß des 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG-Metall, der in der Entschließung 27 beschlossen hat:

Wer Mitglied einer rechts- oder linksextremistischen Gruppe ist, hat in der IG Metall nichts zu suchen. Der KB hat in der IG Metall und im Vertrauenskörper nichts zu suchen.

Denkt an das Hetzblatt des KB Nr. 8 Mai '76 und seid w a c h s a m!"

Dieser primitive Antikommunismus (Verunglimpfung kommunistischer Arbeiter als „Elemente", Gleichsetzung der Radikalen von links und rechts, angebliche Gefährdung der Arbeitsplätze durch kommunistische Arbeiter usw.), der den Kollegen zum Teil direkt vor der Wahl in die Hand gedrückt wurde, sollte wohlgemerkt eine Antwort auf einen METALLARBEITER sein, in dem sehr konkret die Machenschaften der Betriebsratsfürsten aufgedeckt und belegt wurde! Trotz dieser Hetze ist es ihnen nicht gelungen, die Wahl einiger linker Kollegen zu verhindern!

Wie weit diese Herrschaften zu gehen bereit sind, macht auch das folgenden Beispiel deutlich: Obwohl von Seiten der jugendlichen Mitglieder der IG-Metall bisher keine Treffen oder gar Absprachen zum Thema Jugendvertreterwahlen gelaufen waren und auch der Vertrauenskörper sich nicht mit diesem Thema beschäftigt hatte, tauchte wenige Tage vor der Wahl plötzlich eine ominöse Liste „der IG-Metall-Jugend" auf! Während auf der einen Seite der linke Kandidat (schon in der alten JV und im Vertrauenskörper) gar nicht erst gefragt worden war, ob er auch auf der IGM-Liste kandidieren wollte, war dort andererseits ein Kandidat zu finden, der aus seiner faschistischen Gesinnung gar keinen Hehl macht (verteidigt Hitler, spielt mit Hakenkreuzen, etc)! Was die fortschrittlichen Kollegen im Vertrauenskörper erwartet, läßt sich erahnen, wenn man sich erinnert, wie vor wenigen Wochen der letzte der drei linken Jugendvertreter, der noch nicht aus der IG-Metall ausgeschlossen wurde, aus dem Vertrauenskörper herausgekantet werden sollte: Die Sitzung wurde einfach abgebrochen, weil die selbstherrlichen Betriebsräte – wider jede Satzung – beschlossen hatten, den linken Jugendvertreter auszuschließen! „Grund": Er hatte es gewagt, auf der Betriebsversammlung zu äußern, daß er einigen Betriebsräten eine Fälschung bei der Stimmenauszählung der letzten Betriebsratswahl (der reaktionäre „Christliche Gewerkschaftsbund" hat aus leicht zu durchschauenden Gründen einen Prozeß hierzu angestebt) durchaus zutrauen würde. Eine Annahme, die bei dem Verhalten der Betriebsräte gegenüber den Lehrlingen (Schläge androhen, widerrechtlicher Rausschmiß aus einer Betriebsratssitzung etc.) durchaus naheliegt!

Die frischgebackenen Vertrauensleute werden sich auf ähnliche Sauereien einrichten müssen! Für uns wird an diesen Beispielen einmal mehr deutlich, daß den sozialdemokratischen Betriebsrats- und Gewerkschaftsführern keine Schweinerei zu groß ist und wir den Kampf noch mehr als bisher nicht um Posten und Funktionen, sondern um die ehrlichen Mitglieder führen müssen! •

MBB-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Valvo - Herborn

Frauen sperren Bundesstraße!

Seit einigen Jahren schon werden die Kolleginnen und Kollegen des Valvo-Kondensatorenwerkes in Herborn systematisch verschaukelt. Ihnen war zunächst eine neue, große Halle gebaut worden, so daß es den Anschein hatte, daß eine Reihe von Produkten aus dem Philips-Konzern hier hergestellt werden sollte. Jetzt aber wird das Werk direkt „ausgehungert". Die Aufträge gehen zurück und die Arbeitsplätze werden nach der „natürlichen Fluktuation" nicht mehr neu besetzt. Einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen hat man angeboten, in Wetzlar zu arbeiten, was für Frauen, die den überwiegenden Teil der Belegschaft bilden, mit Familie, natürlich in den seltensten Fällen in Frage kommt!

Ende des Jahres 1975 hatte in Herborn eine IG-Metall Kundgebung stattgefunden, an der die Herborner Valvo-Kollegen und die Kollegen von der Limburger Leuchtröhrenfabrik Körting und Matthiesen teilnahmen. Die Leuchtröhrenfabrik war vom Philips-Konzern aufgekauft worden, damit nach der sofort geplanten Schließung die lästige Konkurrenz ausgeschaltet werden konnte. Dagegen hatten die Limburger Kollegen schon im Oktober '75 und im März '76 protestiert und jeweils für einige Stunden die Arbeit niedergelegt. Sie forderten genaue Informationen über ihr künftiges Schicksal und die Weiterverhandlung eines Sozialplanes.

Protestiert haben jetzt auch erneut die Herborner Kolleginnen und Kollegen. Sie haben am 12. Mai ebenfalls die Arbeit niedergelegt und die Bundesstraße gesperrt, die direkt vor dem Werk vorbeiführt. Den wartenden Autofahrern in den kilometerlangen Schlangen erklärten sie, daß sie nicht bereit wären, untätig der Schließung des Herborner Werkes zuzusehen. Zudem wäre es für die Frauen nicht zumutbar, sich nach Wetzlar versetzen zu lassen. Sie forderten, daß die ihnen versprochenen Aufgaben endlich im Herborner Werk in Angriff genommen werden sollten.

Das Werk in Herborn wie auch die Leuchtröhrenfabrik in Limburg, ebenso ein Werk in Dortmund und nicht zuletzt das Werk für elektronische Bauelemente (WEB) in Hamburg gehören zu einer Reihe von Werken, deren Schließung geplant ist. Im Zuge der Umorganisierung des Philips Konzerns ist eine noch größere Rationalisierungswelle als bisher abzusehen. Im Falle des WEB Langenhorn in Hamburg ist diese Entwicklung noch ganz am Anfang.

Daß wir allerdings nicht ganz machtlos sind, zeigt uns das Vorgehen der Herborner. Und nicht zuletzt: Die Frauen standen in den vordersten Reihen! •

Valvo-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

CHEMIE

Chemie-Tarifrunde: 5,85 Prozent

Bis jetzt sind in fünf Tarifbezirken die Tarifverträge abgeschlossen: das Ergebnis sind 5,85 %, mindestens 85,– DM. Für Lehrlinge wurden einheitlich 32,– DM mehr vereinbart. Die bisherigen Bezirke sind: Rheinland-Pfalz, Hessen, Berlin, Niedersachsen und Nordrhein. In diesen Bezirken liegen die drei IG-Farben Nachfolger BASF, Hoechst und Bayer und es arbeiten hier 2/3 aller Chemiearbeiter. Es wird also für die anderen Bezirke mit Sicherheit nichts anderes herauskommen.

Den „Vorreiter" machte Rheinland Pfalz am 20. Mai. Es muß sicherlich als Ergebnis der Druckerstreiks gewertet werden, daß die Chemiearbeiter nicht nur mit 5,4 % wie ihre Kollegen der Metallindustrie abgespeist wurden. Andererseits sind die Chemiekapitalisten auch nicht bereit, die „magischen 6 %" zu überspringen und die IG Chemie-Führer rührten auch keinen Finger, mehr herauszuholen, geschweige denn die Betriebe zu mobilisieren.

Anfangs liefen die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsführern und den Kapitalisten etwas zögernd an, man verhandelte einmal, zweimal und dreimal (in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein), in Hessen ließ die IG Chemie Führung nach einem 5,4 %-Angebot der Kapitalisten die Tarifgespräche sogar scheitern. Diese Verzögerungstaktik diente augenscheinlich dazu abzuwarten, was bei der Druckrunde herauskommt, um danach den Chemie-Abschluß „zu gestalten". In der Vorbereitung der Tarifrunde hat die Gewerkschaftsführung dieses Jahr etwas mehr „Tamtam" gemacht als letztes Jahr, sie hat in den Vertrauensleutekörpern der Betriebe die Tarifrunde diskutieren und auch Forderungen aufstellen lassen, sie hat sogar Vertrauensleutevollversammlungen der Tarifbezirke durchgeführt, doch an die Beschlüsse dieser Versammlungen hat sie sich in keinem einzigen Fall gehalten (s. die Aufstellungen in den letzten Ausgaben des AK).

Die 5,85 %, bei denen jetzt abgeschlossen wurde, liegen noch voll im Rahmen der Lohnleitlinien. Sie sind ein Geschenk der Gewerkschaftsführer an die SPD-Regierung und bedeuten für die Chemiearbeiter eine klare Senkung des Reallohns.

Auch für die Chemiearbeiter ist ein „Nachschlag" notwendig: Die Wahlen im Oktober sind eine gute Gelegenheit, um den Kapitalisten einen „heißen Herbst" zu bereiten! ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



„Spitzengespräche"

„Spitzengespräche"

Colgate-Kapitalisten: Mit allen Mitteln ...

Die „Liste Frauen" soll ausgeschaltet werden! Dazu ist den Colgate-Kapitalisten jedes Mittel recht: Nachdem die Betriebsrätin Anna W. bereits am 6.10. gekündigt wurde, folgte ein halbes Jahr später der Rausschmiß von Karin M., einem weiteren Mitglied der „Liste Frauen", die jedoch aufgrund einer Einstweiligen Verfügung wieder eingestellt werden mußte.

Am 17. Mai lag dem Betriebsrat eine erneute fristlose Kündigung für Karin M. vor.

Als Grund gab die Personalleitung an „*sie habe davon Kenntnis erhalten, daß Karin M. am 1. Mai auf dem Gelände von Planten un Blomen an einem Informationsstand Flugblätter zu einem Solidaritätspreis von mindestens 0,20 DM veräußert habe.*" (Die „Liste Frauen" hatte auf dem Volksfest Spenden zugunsten des Kindergartenprojekts „Kinderhaus" gesammelt.)

In dem Schreiben hieß es dann weiter: Die Firma werde in diesen Flugblättern diffamiert und Karin M. hätte damit eindeutig gegen die „Treuepflicht" verstoßen.

Die Flugblätter hatte die „Liste Frauen" zur Betriebsratswahl und nachher als Betriebsratsinformation herausgegeben, und vor dem Betriebstor verteilt! Den Kapitalisten waren die Flugblätter also nicht neu, sondern man scheute offensichtlich zum Zeitpunkt der Herausgabe der Flugblätter die Kündigung und wartete lieber auf einen günstigeren Zeitpunkt.

Die Zustimmung des Betriebsrats, das war nicht anders zu erwarten, ging mit großer Mehrheit über die Bühne, einige rechte Betriebsratsmitglieder übernahmen dabei voll die Argementation der Geschäftsleitung.

Bei vielen Kollegen stieß die erneute fristlose Kündigung auf Empörung, wird damit doch eindeutig und massiv das Recht auf freie Meinungsäußerung und gewerkschaftliches Engagement, ja eine politische Betätigung sogar außerhalb des Betriebes beschnitten!

Offensichtlich gehört es schon zur Praxis der Kapitalisten, unliebsame Kollegen in ihrer Freizeit, ja am 1. Mai, zu bespitzeln.

Mit der gleichen Begründung sollte zwei Tage später Sigrid S., das dritte Mitglied der oppositionellen Frauenliste, gefeuert werden. Nur diesmal schien es sogar der rechten Betriebsratsmehrheit zu weit zu gehen...

Fürchteten sie bei einer Zustimmung vielleicht um das letzte „Quentchen" von „Image", vor allem bei den gewerblichen Kollegen?

Bei ihrer Politik haben die rechten Betriebsräte allerdings bald gar nichts mehr zu verlieren: So gehört es bald zur täglichen Praxis der rechten Betriebsräte, Kündigungen zuzustimmen. Sogar kranke Kollegen werden mit der Zustimmung der rechten Betriebsräte auf die Straße gesetzt. Die Initiativen und Forderungen der „Liste Frauen" wurden dagegen massiv abgeblockt. So die Forderungen:

Mehr Kurzpausen der Frauen an den Maschinen!
Höhereingruppierung der gewerblichen Kollegen!
Bessere Arbeitsbedingungen bei der Herstellung einer neuen Zahnpasta! ●

Betriebszelle Colgate

Rationalisierungen: Betriebsräte werden ausgeschaltet

In der Mineralölindustrie wird weiter rationalisiert. Die Geschäftsleitung der BP legte dem Verwaltungsbetriebsrat eine Liste mit 160 Kollegen vor, die entlassen werden sollen. In den Raffinerien sind nach Aussagen der Geschäftsleitung 100 Kollegen überflüssig. In der Raffinerie in Finkenwerder wurde mit Zustimmung des Betriebsrates ein halbes Jahr Kurzarbeit für die Schichtkollegen eingeleitet. Das Kurzarbeit-Abkommen sieht vor, daß die gleiche Anzahl Kollegen, die bisher vier Schichten gingen, ein halbes Jahr auf fünf Schichten verteilt werden. Die einzelne Schicht wird also mit 20 % weniger Kollegen gefahren. Ein Testlauf für die BP-Kapitalisten. Sollte sich die neue Schichteinteilung bewähren, können sie eine Schicht nach Hause schicken.

Für ihr Rationalisierungsvorhaben im Verwaltungsbereich erhielten sie allerdings keine Zustimmung des Betriebsrates. Die dortige BR-Mehrheit schickte die 160-Mann-Liste umgehend an die Geschäftsleitung zurück und verwies auf eine Reihe von Mängeln im Verfahren. U.a. ergebe sich durch Versetzungen usw. eine erheblich geringere Zahl, ferner habe der Vorstand noch immer nicht die Einschaltung des Betriebsrates entsprechend der Sozialplanbestimmungen eingehalten.

Der BP-Vorstand hatte stattdessen mit dem Gesamtbetriebsrat der BP einen sogenannten Stützungsplan für den gesamten Konzern abgeschlossen. Dieser Stützungsplan enthält zwar Abfindungssummen für die Kollegen, schließt aber gleichzeitig alle Mitbestimmungsrechte nach dem BVG aus, die bei Betriebsänderungen vorgesehen sind, u.a. Einsichtnahme der Betriebsräte in die wirtschaftlichen Vorgänge, die zur Rationalisierung führen, Verhandlungen über Interessenausgleich, Genehmigungspflicht der Arbeitsämter usw.

Das einheitliche Vorgehen der Kapitalisten – auch der Texaco-Betriebsrat in Hamburg wurde ausgeschaltet – geht auf eine Initiative des Kapitalistenverbandes Gesamtchemie zurück. Er hatte zuvor in einem Rundschreiben allen Mineralöl- und Chemiekapitalisten geraten, keine Sozialpläne abzuschließen, sondern Stützungspläne oder Betriebsvereinbarungen mit anderen Titeln, um erweiterte Mitbestimmungsrechte zu umgehen.

Ziel der Kapitalisten ist, nicht nur Mitbestimmungsrechte zu unterlaufen, die ohnehin nur dann Erfolg bringen, wenn eine kämpferische Bewegung der Kollegen dahintersteht, sondern Massenentlassungen formal diesen Charakter zu nehmen. Ein Kapitalist wird Entlassungen lautloser durchsetzen können, wenn es ihm gelingt, die Kollegen im Rahmen der personellen Einzelmaßnahmen nach und nach herauszugreifen.

Klassenbewußte und linke Betriebsräte müssen diese kapitalistische Taktik entlarven und wo die Möglichkeit besteht, das bestehende Recht auch über Arbeitsgerichte einklagen. ●

Betriebszelle
Texaco HV Wilhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

Meinungsterror bei Enka-Glanzstoff

Der 31jährige Elektrotechniker Heinz-Dieter Deimel wurde fristlos von dem Chemieunternehmen Enka-Glanzstoff in Kelsterbach (Hessen) entlassen, weil er angeblich (!) an der Abfassung eines kritischen Artikels über die sozialen Leistungen des Betriebes in der Zeitung des DGB-Ortskartells zum 1. Mai 1976 beteiligt gewesen sein soll. Der Grund für die fristlose Entlassung besteht darin, daß Deimel als Vorstandsmitglied des DGB-Ortskartells auch im Redaktionsausschuß für die traditionelle Mai-Zeitung saß und dort für den Wortlaut des Artikels stimmte.

In dem besagten Artikel war kritisiert worden, daß zur Nikolaus-Feier für die Kinder der Werksangehörigen nur die Jungen und Mädchen zugelassen werden sollten, die zuvor ein selbstgemaltes Nikolausbild abgegeben hatten. Dadurch habe sich die Geschäftsleitung „Almosen" sparen wollen.

Ebenfalls beanstandet wurde die kritische Darstellung der Wohnsituation und der Kinderspielplätze im Be-

Ebenfalls beanstandet wurde die kritische Darstellung der Wohnsituation und der Kinderspielplätze im Be-reich der Werkswohnungen. Vor allem die ironische Form der Kritik ginge, „entschieden zu weit", meinte Dr. Zippel für die Geschäftsführung auf einer Pressekonferenz (nach „Frankfurter Rundschau", 18.5.76).

Es steht noch nicht fest, ob es zu einem Arbeitsgerichtsverfahren kommen wird. Die „Frankfurter Rundschau" sieht in einem solchen möglichen Arbeitsgerichtsverfahren einen „*juristischen Präzedenzfall um die Grenzen grundgesetzlich verbriefter Meinungsfreiheit und die Treuepflicht zum Unternehmen*".

Allerdings mutet der Wirbel, den die sozialdemokratische „Frankfurter Rundschau" und die DGB-Führung in diesem Fall veranstaltet etwas seltsam an: Zu hunderten von politischen Kündigungen verloren diese Herren kein einziges Wort. Durch Gewerkschaftsausschlüsse von fortschrittlichen Kollegen mischen sie sogar kräftig bei den politischen Entlassungen mit. Der „Fall Deimel" wird jetzt offentsichtlich derartig hochgespielt, damit sich die DGB-Führer auch mal ein „antikapitalistisches" Feigenblatt vorhalten können. ●

Betriebszelle Teves
KB/Gruppe Frankfurt

Weitere Tarifabschlüsse der IG-Chemie

Ab 1. April werden in Rheinland-Pfalz die Löhne und Gehälter der Steine- und Erden-Industrie um 5,3 % erhöht. Ab 1. März werden in Hessen die Tarife in der Vulkaniseur- und Reifenhandelsbranche um 6 % erhöht; die Lehrlinge erhalten 30,– DM mehr und es wurde ein zusätzlicher Urlaubstag sowie die Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 21,– DM vereinbart (nach Gewerkschaftspost 5/76).

Seit dem 1.4. stehen 68.000 Kollegen der amerikanischen Werke der Reifenkonzerne Goodyear, Firestone, Goodrich und Uniroyal im Streik. Sie fordern neben Lohnerhöhungen eine Preisgleitklausel, eine Verbesserung der zusätzlichen Arbeitslosenunterstützung, die Beseitigung von Lohnunterschieden zwischen einzelnen Betrieben und Regionen und die Begrenzung der Überstunden. Die Internationale Föderation von Chemie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICF) hat zur weltweiten solidarischen Unterstützung aufgerufen. Diese Unterstützung hat auch die IG Chemie zugesichert und die Kollegen in den deutschen Werken der vier US-Konzerne aufgefordert, Überstunden zu verweigern (nach „extra-dienst", 37/76). ●

Chemie-Komitee

Schering Westberlin:

Fehlzeitengespräche müssen weg!

Seit zwei Jahren werden bei Schering mit jedem Kollegen, der mehr als sechs mal im Jahr oder länger als 40 Tage krank war, Fehlzeitengespräche geführt.

Die Kapitalisten sind von diesen Gesprächen hellauf begeistert. Aber nicht etwa, wie sie in ihren „Schering-Blättern" (Nr. 4/76) behaupten, daß damit der Kontakt zwi-

nicht etwa, wie sie in ihren „Schering-Blättern" (Nr. 4/76) behaupten, daß damit der Kontakt zwi-schen Abteilungsleitern und Kollegen verbessert würde oder diese sich gar mit den Problemen der Kollegen befassen würden.

So nahm eine Kollegin nach einem Fehlzeitengespräch Urlaub, statt sich wegen ihrer Grippe krank zu schreiben, einem chronisch erkrankten Kollegen wurde ein anderer Arzt empfohlen.

Auf der fiesen persönlichen Masche überlegen die Abteilungsleiter angestrengt möglichst mit den Kollegen, wie es zu erreichen sei, daß sie sich weniger krank fühlen und mehr im Betrieb die Krankheiten „behandeln".

Auf der letzten Betriebsversammlung entbrannten dazu eine Reihe von Diskussionen, der Vertrauensleutekörper (VK) hatte den Betriebsrat in einer Empfehlung aufgefordert, sich für die Abschaffung dieser Gespräche einzusetzen.

Der Betriebsrat verteidigte erst einmal diese Gespräche auf Kapitalistenwellenlänge (Möglichkeit,

Der Betriebsrat verteidigte erst einmal diese Gespräche auf Kapitalistenwellenlänge (Möglichkeit, die Bedingungen der Kollegen dadurch zu verbessern, blah, blah...), rettete sich dann mit dem „Argument", die Gespräche würden unter die „Sorgepflicht" des Kapitalisten fallen.

Der Verwaltungsstellenvorsitzende und Links-Jäger Kolitsch nahm das Ganze als Anlaß, den VK als „Konkurrenzorgan des Betriebsrats" zu bezeichnen. Nun, dann könnten diese rechten Betriebsratsfürsten ja eigentlich verschwinden. ●

Chemie-Kollektiv
KB/Gruppe Westberlin

Streik bei der BASF

Am 7. Mai führten ca. 2.000 Arbeiter und Lehrlinge eine Versammlung durch, um die Tarifforderung von 5 % und 50 DM zum Ausdruck zu bringen. Die Kollegen zogen zunächst zum Betriebsrat. Am Montag, den 10. Mai, zogen ca. 900 Vertrauensleute nach einer Versammlung zur Geschäftsleitung, um nochmals ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Auf der vorhergehenden Vertrauensleuteversammlung wurde eine Solidaritätsresolution zum Druckerstreik verabschiedet. ●

Chemiekomitee

Chemie aktuell

Beiersdorf AG, Hamburg

Vor den Vertrauensleutewahlen in der Chemischen Industrie im letzten Jahr säuberte die Verwaltungsstelle Hamburg in mehreren Betrieben (z.B. Norddeutsche Affinerie, Beiersdorf) die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder von den den Kollegen mit niedrigen Beitragszahlungen. Angestrebt wurde ein Beitragssatz von mindestens 18 DM, das bedeutete für einige eine Erhöhung von 150 %. Bei Beiersdorf mußten sehr viele Arbeiterinnen, die niedrige Sätze gezahlt hatten, dran glauben. Die Gewerkschaftsführung, den Kollegen ansonsten nur vom Hörensagen bekannt, zog diese Beitragserhöhungskampagne mit riesigem Aufwand durch.

Logisch, daß viele Kollegen, nachdem auch Protestbriefe keinen Erfolg brachten, die Bücher hinschmissen. Inoffiziellen Zahlen zufolge, hatte die Gewerkschaftsführung nach der Säuberung rund 250 Mitglieder weniger bei Beiersdorf.

Zu Beginn der Tarifrunde beschloß der Vertrauensleutekörper bei Beiersdorf (auf dessen Sitzungen fast jedes Mal der Punkt Beitragserhöhungen zur Sprache kommt), noch einmal an die „Kleinmütigen" heranzutreten und sie für die Gewerkschaft zu werben. Das erfolgte dann mit Briefen an die ehemals ausgetretenen und mit einem Flugblatt an alle Kollegen.

Während in dem Brief an die Ängste der Kollegen appelliert wird nach dem Motto: Die Drucktarifrunde hat gezeigt, daß man auch ausgesperrt werden kann, wenn man gar nicht streiken will, dann sitzt man völlig mittellos da, besteht das Flugblatt mittellos da, besteht das Flugblatt aber auf 2/3 der Seite abgedruckten Bestimmungen aus den Sätzen: „*§ 3 Tarifvertragsgesetz: 'Tarifgebunden sind die Mitglieder der Tarifvertragsparteien und der Arbeitgeber, der selbst Partei des Tarifvertrags ist. 'Deshalb – Rechtsanspruch auf die tarifvertraglichen Leistungen haben nur unsere Mitglieder. Geschenkt bekommt man nichts. – Nur gemeinsam sind wir stark. Jedes Nichtmitglied schwächt unsere Position, das nützt nur den Unternehmern.*"

Bei dieser frechen Anmache erscheint es einem schon ein wenig Kasperletheater, wenn auf einer Vertrauensleutesitzung einem Verwaltungsstellenvorsitzenden Walter Holst folgendes großes Wort geführt wird:

Ich sehe eine Gefahr in der Erhöhung der Streikunterstützung, die Kampfbereitschaft müßte unabhängig von der Höhe sein. Wir laufen immer mehr Gefahr, daß wir in ein Ver-

sicherungsdenken verfallen. Ich wünsche mir manchmal die Kampfbereitschaft wie in Italien oder Frankreich; nicht daß ich die politisch chaotischen Zustände will, aber die Kampfbereitschaft!

Ein „Generalstreik" wurde in die Debatte geworfen und Walter Holst berichtete von Versammlungen der Druck-Kollegen, auf denen Solidaritätsstreiks gefordert worden waren. Ja, das wäre die richtige Unterstützung!

Die Kollegen bei Beiersdorf sollten sich bei einem Gewerkschaftseintritt wahrhaftig überlegen, ob sie nicht der Verarschung der Gewerkschaftsführung mit aktiver Arbeit in der Gewerkschaft entgegentreten wollen!

Betriebszelle Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

ICI

Der englische Chemieriese ICI will die in der Faserproduktion Beschäftigten um ein Drittel reduzieren und gleichzeitig die Arbeitsproduktivität um 25 % erhöhen, d.h. 14.500 Kollegen sollen dann das schaffen, was vorher 22.000 Kollegen geleistet haben. Begründet werden diese Maßnahmen mit einem „dramatischen Gewinnrückgang" um 28 %. Wieder soll das Absinken (?) von Profiten durch besonders scharfe Mehrarbeit der Kollegen ausgeglichen und wieder eingeholt werden. Hilft dies so nicht, werden Werksverlegungen in Niedriglohnländer ins Auge gefaßt, unrentable Werksteile werden dichtgemacht, wie in Kaiserslautern bereits ein ganzes Texturierwerk („express", 28.4.76).

Chemie-Komitee

BASF

Für das seit 10 Jahren von der BASF AG, Ludwighafen, verfolgte Projekt eines eigenen Kernkraftwerks ist eine wichtige Vorentscheidung gefallen: Die Reaktorsicherheitskommission des Bundesinnenministeriums
eine wichtige Vorentscheidung gefallen: Die Reaktorsicherheitskommission des Bundesinnenministeriums
hat auf ihrer letzten Sitzung festgestellt, daß von ihrer Seite keine Bedenken mehr gegen die Realisierung des Projekts mit den vorgesehenen Sicherheitsvorkehrungen bestehen.

Die jahrelange „Prüfung" geht auf den extremen Standort mitten im Ballungsraum Rhein-Neckar und zunächst mitten im Fabrikkomplex zurück. Vergleichbare Standorte für Kernkraftwerke gibt es nirgendwo auf der Welt. Außerdem ist auch kein Industrieunternehmen bekannt, das für eigene Zwecke ein Kernkraftwerk betreibt. Da die BASF den Standort jetzt fünf Kilometer nördlich des Ludwigshafener Fabrikkomplex verlegt hat, sind keine Einwände seitens der Regierung gegen den Standort mehr zu erwarten. Falls eine Teilerrichtungsgenehmigung erteilt wird, könnte schon im Frühjahr 1977 mit dem Bau begonnen werden, und das Kernkraftwerk 1982 in Betrieb genommen werden.

Für den eigenen Bedarf in ihrem Stammwerk Ludwighafen benötigt die BASF einen Reaktor, hat aber bereits die Genehmigung für zwei Reaktoren beantragt. Für den zweiten Reaktor ist die BASF offen *„für die Unterhaltung mit Energieversorgungsunternehmen"*, („Frankfurter Allgemeine". 18.5.76).

Die Kosten von ca. 1,2 Milliarden DM dürften schnell wieder herausgeholt sein, denn schon allein für das eigene Werk werden ca. 100 Millionen DM jährlich an Energiekosten gespart, das bedeutet eine Energiekostensenkung um 15 %. Ganz zu schweigen von den Einnahmen aus dem zweiten Reaktor.

Innerhalb der Bevölkerung stiessen die Pläne der BASF auf Ablehnung. Mit einem Stand in der Innenstadt von Frankenthal informierten Mitglieder der Initiative gegen das BASF-Atomkraftwerk über den geplanten Bau. Auch auf der von der Geschäftsleitung der BASF einberufenen Veranstaltung, die der Bevölkerung das Kraftwerk „näherbringen" sollte, kam immer wieder Protest auf. Die Gefährdung in diesem Ballungsgebiet ist ausgesprochen groß, so daß keine Versicherung bereit ist, die Reaktoren zu versichern. In diesen Tagen wird von der Initiative eine Unterschriftensammlung für die Forderung *„Kein BASF-Kernkraftwerk in Frankenthal und im Rhein-Neckar-Raum"* durchgeführt.

Chemie-Komitee

Zur Lage der chemischen Industrie

Nachdem die Umsätze in der chemischen Industrie 1975 auch in den drei Großbetrieben (Bayer, Hoechst und BASF) gegenüber dem „Boomjahr" 1974 zurückgefallen sind, kündigten die Kapitalisten dieser Branche für 1976 an: *„Wir sind über dem Berg"* (Prof. Grünewald, Bayer). Auch Kapitalist Seefelder von der BASF sprach davon, daß *„die Umsatzeinbußen von 1975 überwunden"*, seien („Frankfurter Rundschau", 18.5.76). Tatsächlich haben gerade die IG-Farben-Nachfolger die kapitalistische Krise genutzt, die Konzentration im Chemiebereich, Rationalisierungen im Inland und Kapitalexport im Ausland voranzutreiben und ihre Vormachtstellung weiter auszubauen.

1974 lagen die drei Konzerne auf den Plätzen 3 bis 5 (hinter VEBA/Gelsenberg und Thyssen/Rheinstahl), 1975 rückten sie noch weiter nach vorn, gemessen an den Umsätzen. Der Grad der Konzentration wird aus folgenden Zahlen ersichtlich: Insgesamt gibt es in der BRD 4423 Chemiegetriebe, davon 94 mit über 1000 Beschäftigten und 91 mit 500 - 1000 Beschäftigten. Allein in den drei „Chemieriesen" sind über 150 000 Arbeiter und Angestellte (knapp über 25%) der rund 600 000 Chemiearbeiter beschäftigt. Die Konzentration wurde auch durch Aufkäufe von anderen Chemiebetrieben erhöht:

- Bayer übernahm den Reifenkonzern Metzeler und pumpte 498 Millionen DM in die drei Werke („Frankfurter Allgemeine", 19.5.76).
- die BASF wendete allein 140 Mio. DM für den Kauf der „Rheinischen Olefinwerke" auf und verleibte sich den Pharmakonzern „Knoll AG" ein.

Hoechst kaufte 50% der Aktien des französischen Konzerns „Roussel-Uclaf". Damit sicherte sich Hoechst auf dem europäischen Markt eine Vormachtstellung im Bereich der Pharmaindustrie.

Die Monopolisierung ging einher mit umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen; die Kapazitäten wurden durchschnittlich nur zu 60% ausgelastet und Arbeiter entlassen bzw. kurz gearbeitet. Bei Hoechst wurden allein 2056 Kollegen entlassen, bei Bayer arbeiteten 24.000 Kol-
bzw. kurz gearbeitet. Bei Hoechst wurden allein 2056 Kollegen entlassen, bei Bayer arbeiteten 24.000 Kol-
legen kurz und bei der BASF wurde ebenfalls kurzgearbeitet, viele Lehrlinge wurden nach ihrer Ausbildung nicht übernommen („Frankfurter Allgemeine" vom 14., 15. und 21.5.76).

Dieser Personalabbau ist jedoch nicht beendet, sondern soll weiter fortgesetzt werden: *„Der Arbeitsring Chemie hält weitere personalabbauende Rationalisierungsmaßnahmen besonders in den nicht produzierenden Bereichen (!) für unumgänglich"* („Handelsblatt", 8.4.76).

Die Folgen dieser Rationalisierungen sind vor allem höhere Arbeitsintensität der Arbeiter und Angestellten. Das zeigt sich daran, daß weniger Kollegen in diesem Jahr wieder Riesenprofite bei Kapazitätsauslastungen von 80-95% erwirtschaften. Während 1970 knapp 7% aller in der Industrie Beschäftigten einen Anteil von 13,1% der Nettoproduktion in der BRD erarbeiteten, stieg dieser Anteil auf 17% im Jahre 1975! („WSI"-Berichte, 8/75).

Zu den Umsätzen . . .

Die Umsätze in der gesamten chemischen Industrie betrugen

Gesamt		Auslandsanteil
1972:	50.0 Mrd. DM	18,21 Mrd. DM (32,1 %)
1973:	65,2 Mrd. DM	–
1974:	86,9 Mrd. DM	31,29 Mrd. DM (36,0 %)
1975:	80,0 Mrd. DM	37,98 Mrd. DM (47,5 %)

(„Bundesanzeiger", 14.4.1976).

Während die Chemiekapitalisten 1975 allgemein über „Umsatzrückgänge" klagen, konnten diese jedoch weitgehend aufgefangen werden. Dazu zwei Beispiele:

- In den offiziellen Bilanzen der Hoechst AG sei der Umsatz um 3% gesunken (für 1975) – im Inland um -7,8%, im Ausland um -0,1%. Der Weltumsatz stieg jedoch um 1,2% auf 20,4 Mrd. DM an, wenn man die Umsätze der vom Hoechst-Konzern aufgekauften In- und ausländischen Betriebe hinzugerechnet.
- Auch BASF-Kapitalist Seefelder jammerte über die „schlechten Erträge 1975"; gleichzeitig schrieb die „Frankfurter Allgemeine" am 11.3.76: *„Die Chemische Industrie hat in den USA bis Ende 1975 962 Mio. DM investiert ... Der Umsatz der BASF Wyandotte Corp. in den USA, der BASF Kanada und der anteilige Umsatz der 50%igen Beteiligungsgesellschaft DOW Badische Co. stieg 1975 auf 779 Mio. Dollar"*.

Tatsache ist also, daß die Chemiekapitalisten das Jahr 1975 dazu nutzten, den Kapitalexport enorm zu intensivieren: Er stieg von 5,6 Mrd. DM 1974 auf 8,014 Mrd. DM'75 an.

Dieser Kapitalexport floß insbesondere in die USA, in lateinamerikanische Länder (Brasilien!) und in Länder der EG. Diese Investitionen wurden hauptsächlich dazu benutzt, voll funktionsfähige und bestehende Betriebe aufzukaufen, bzw. hohe Aktienanteile zu erwerben. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Produktion kann reibungslos – bei wesentlich niedrigeren Löhnen! – übernommen werden, die Profite und Umsätze tauchen nicht in den inländischen Bilanzen auf, sondern die „Tochtergesellschaften" im Ausland gelten weiterhin als „selbständig".

Von einer „Krise" konnte in der chemischen Industrie nie geredet werden, mit Ausnahme der Chemiefaserproduktion. Schon im letzten Vierteljahr 1975 stiegen die Gewinne gegenüber dem dritten Quartal 1975

- bei Bayer um 374%,
- bei der BASF um 149,1% und
- bei Hoechst um 227%.

Die „Gesellschaft für Anlageberatung" sagt den Chemiekapitalisten eine Gewinnsteigerung von durch-
Die „Gesellschaft für Anlageberatung" sagt den Chemiekapitalisten eine Gewinnsteigerung von durch-
schnittlich 35% (!) für dieses Jahr gegenüber 1975 voraus („Handelsblatt", 17.1.76).

Bayer: Im ersten Vierteljahr beträgt der Gewinn vor Steuern 217 Mio. DM oder ein Plus von 49,7% gegenüber dem Vorjahr. 1,7 Mrd. DM Investitionen sind geplant, davon zwei Drittel im Inland und ein Drittel im Ausland. *„Die Bayer AG kann ihre geplanten Investitionen von rund 700 Mio. DM voll durch Abschreibungen finanzieren"*, schrieb die „Frankfurter Rundschau" dazu („FR", 18.5.76). *„Weltweit rechnet der Konzern mit einem Wachstum von 12-15% . . . die Kapazitäten sind zu 85% ausgelastet, bei . . . 2,6% Beschäftigten weiniger"* („FR", ebenda). Der Anteil des Auslandsumsatzes liegt bei 67,4%! („Chemische Industrie", 1/76).

BASF: Der Gewinn vor Steuern beträgt im ersten Quartal 1976 227 Mio. DM bzw. Plus 48,4% gegenüber 1975; der Umsatz der ersten drei Monate mit 5,2 Mrd. DM liegt über den Vergleichszahlen von 1974! („Frankfurter Allgemeine", 21.5.76). Also schon jetzt höher als im „Boomjahr" 1974! Die Exportqoute stieg auf 54% an, die Investitionen wurden von 1,4 auf 1,55 Mrd. DM erhöht. 71% dieser Investitionen sollen in der BRD, 13% in EG-Ländern und 16% in Übersee getätigt werden. Die Hälfte der gesamten Investitionen sollen der „Produktionserweiterung" dienen und 15% sind „Rationalisierungsinvestitionen" (nach „Frankfurter Allgemeine", 21.5.76).

Dividenden gekürzt

Alle drei Chemiekonzerne senkten ihre Dividenden von 17% bzw. 18% auf einheitliche 14% für dieses Jahr – keinesfalls Ausdruck schlechter Profite, sondern vielmehr gezielte Politik. Die Bayer AG schüttete zwar weniger an die Aktionäre aus, erhöhte dafür aber das Grundkapital um 220 Mio. DM auf die Rekordsumme von 2,13 Mrd. DM. Für die BASF erklärte der Finanzvorstand zu den Dividendenkürzungen, es *„sei Hauptaufgabe des Unternehmens, ausreichende Liquidität vorzuhalten und die Finanzschulden einzudämmen"* („Frankfurter Allgemeine", 21.5.76). Der Grund für die Dividendenkürzungen besteht also darin, *„zur Finanzierung von Investitionen . . . und zur Verbesserung der Kapitalausstattung von Beteiligungsgesellschaften . . . Kapitalerhöhungen vorzunehmen"* („Welt", 24.5.76).

Diese Politik ist nicht neu: Schon 1965, vor der ersten größeren wirtschaftlichen Krise, stockten die Chemieriesen ihr Kapital auf und senkten die Dividenden von 18% auf 13% (Angaben von Bayer). Das Kapital wurde auch damals für eine Kapitalexportoffensive verwendet.

Die Lage der Chemiearbeiter . . .

Wie schon in Arbeiterkampf 80 berichtet, wurden die Belegschaften in der chemischen Industrie um rund 3% abgebaut. Die größten „Einbrüche" hat es dabei im Chemiefaserbereich gegeben, wo namentlich der AKZO-Konzern Massenentlassungen vornahm (Vergl. AK 78, „Chemie-aktuell").

Ingsgesamt wird immer von den Chemiekapitalisten behauptet, die Löhne und Gehälter seien bei ihnen die höchsten. Dieses Märchen wurde kürzlich in einer Schriftenreihe des „Statistischen Bundesamtes Wiesbaden" (unfreiwillig) entlarvt.

Die Gesamtdurchschnittslöhne, ausgedrückt im Bruttowochenverdienst, lagen in der gesamten Industrie der BRD bei
Frauen : 296 DM
Männern: 439 DM.

Im Durchschnitt sind das 410 DM. In der chemischen Industrie (ohne Chemiefaserindustrie) lagen die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste bei den Frauen bei 332 DM, bei den Männern bei 460 DM. Das entspricht einem Durchschnittslohn von 432 DM.

Bei Aufschlüsselung dieser Angaben nach Bundesländern ergibt sich, daß nur in den Bundesländern, in denen die drei Chemiemonopole liegen, die Löhne über denen der anderen Branchen liegen. In Hessen z.B. erhalten die männlichen Kollegen 38 DM brutto mehr, die Frauen sogar 49 DM mehr, als in anderen Branchen. In allen anderen Bundesländern liegen die Löhne der Chemiearbeiter u n t e r den Durchschnittslöhnen der übrigen Industrie:

Schleswig-Holstein	Männer	Frauen	Gesamt
Industrie allgemein	455 DM	298 DM	429 DM
Chemische Industrie	438 DM	309 DM	384 DM
Niedersachsen			
Industrie allgemein	440 DM	306 DM	416 DM
Chemische Industrie	431 DM	332 DM	404 DM
Westberlin			
Industrie allgemein	449 DM	393 DM	403 DM
Chemische Industrie	410 DM	317 DM	368 DM

Die Geschäftsberichte der drei — Die allgemein schon schlechte
Chemische Industrie 410 DM 317 DM 368 DM

Die Geschäftsberichte der drei Chemieriesen weisen für das erste Quartal 1976 folgende Zahlen aus:
1. **Hoechst**: die Gewinne vor Steuern sind um 19,4% auf 215 Mio. DM gestiegen. *„Wenn man den Vergleich zum Durchschnitt aller Quartale 1975 nimmt, beträgt die Steigerung 53,6% (!)"* (Geschäftsbericht der Hoechst AG). In einer Prognose erklärte Kapitalist Sammet: *„Den Weltumsatz schätzt er um 13% höher ein ... Während der AG-Umsatz nur um 12% auf 9,45 Mrd. DM steigen soll, . . . soll der Export . . . um 16% steigen"* („FAZ", 14.5.76).

Für 1976 seien Investitionen in der Höhe von 1,3 Mrd. DM geplant. Knapp 300 Mio. DM werden aufgewendet, um sich in andere Firmen einzukaufen, bzw. ganz zu übernehmen; 90 Mio. DM im In- und 205 Mio. DM im Ausland sollen dafür hineingepumpt werden. Der Staat zahlt den Kapitalisten dafür eine Investitionszulage von 24 Mio. DM! Die Kapazitätsauslastung stieg von 65% wieder auf 85% an („Frankfurter Allgemeine", ebenda).

Um die „roten Zahlen" im Chemiefasergeschäft wegzubekommen, kündigten die Hoechst-Kapitalisten Preissteigerungen von 20% (!!!) in diesem Bereich an.

Die verstärkte Expansion im Ausland zeigt sich daran, daß weitere 100 Mio. DM in ausländische Produktionsanlagen gesteckt werden sollen. Bereits 1975 wurden 32,5% des Weltumsatzes im Ausland produziert. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz betrug 68%! („FAZ", 21.5.76).

Die allgemein schon schlechte Lage der Chemiearbeiter wird noch dadurch verschärft, daß in den gesamten Lohn- und Gehaltsrahmentarifverträgen insgesamt 72 (!) Entlohnungsstufen enthalten sind, also eine große Aufsplitterung. Ergänzt werden diese Stufen noch durch innerbetriebliche Sondervereinbarungen, Zahlung von Nasenprämien, Leistungsbeurteilungssystemen usw. Dies ist nicht zuletzt auch das Fazit der „betriebsnahen Tarifpolitik" der Gewerkschaftsführung, die diese Aufspaltung noch verstärkt. In den drei Chemiekonzernen gelten ohnehin andere Gesetze. Die Tarifabschlüsse werden dort nach einem besonderen System von Prämien, Nasenprämien und Leistungslohnsystemen aufgesplittert, die für die Kollegen zwar immer ein paar Mark mehr bringen, aber auch eine größere Arbeitshetze und Spaltung. Bestes Beispiel dafür ist Hoechst, der im letzten Jahr für Angestellte und Arbeiter ein Bewertungssystem eingeführt hat. Für die Angestellten wurden regelmäßige „Mitarbeitergespräche" eingeführt, um sie zu mehr „Leistung" anzuspornen.

Die Folgen dieser Politik der IG Farben-Nachfolger sind u.a. eine eher niedrige Kampfbereitschaft bei den Kollegen. Mit den enorm hohen Extraprofiten ist es den Kapitalisten bisher gelungen, „ihre" Belegschaften „ruhig" zu halten. Aber auch diese Zeiten sind angesichts der Rationalisierungsmaßnahmen bald vorbei. ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Beiersdorf AG, Hamburg

„Beiersdorf: Alle Sparten voll ausgelastet. Mit Umsatzsteigerungen, die über den Erwartungen liegen, wartet die Hamburger Beierdorf-Gruppe für die ersten Monate dieses Jahres auf. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Georg W. Clausen betrug das Wachstum bei der AG bis Ende April 13,6 %, bei der Gruppe (+ Tochtergesellschaften) bis Ende März 18,4 %. Über das ganze Jahr rechnet Clausen mit einer Geschäftsausweitung von 13 % bei der AG und von 16 % in der Gruppe... Mit einem Umsatzplus von 11,4 % überschritt Beiersdorf 1975 zum erstenmal die Milliarden-Grenze... Der Netto-Gewinn erhöhte sich gut um 17,5 % ... Industrie-Unternehmen, die netto 6,2 % vom Umsatz verdienen, dürften in Deutschland (gemeint ist wohl die BRD,–AK) zur Zeit zu den Ausnahmen gehören..." („Welt", 19.5.76).

Vor diesem Hintergrund wurde Anfang April auf Abteilungsvollversammlungen durch den Betriebsratsvorsitzenden Max Ganschow die Forderung nach einer einmaligen Zahlung von 200,– DM für alle Kollegen erhoben.

Diese an sich lächerlich kleine Forderung wurde jetzt abgelehnt. Begründung: steigende Sozialkosten (??) und außerdem seien die Gewinne der Aktionäre gering, wenn man die Höhe der Vermögenssteuer bedenken würde!

(Unglaublich frech ist die Ablehnung im Hinblick darauf, daß es den Beiersdorf-Kapitalisten Ende letzten Jahres locker von der Hand ging, mal eben 2,7 Millionen DM Kaution für ihren Geschäftsführer in Spanien zu bezahlen, der wegen riesigen Devisenschmuggeleien für die Beiersdorf AG in den Knast wanderte. Die Kaution ist rund 2 1/2 mal soviel wie 200 DM für alle Kollegen!)

Allerdings, ausgerüstet mit einem Vertrauensleutekörper, der in seinen Sitzungen keinerlei Aktivitäten zur Durchsetzung der 200 DM-Forderung unternahm, sondern lediglich dazu in seiner Zeitung schrieb: *„Wir erwarten eine Politik, die die Arbeitnehmer mit einschließt und nicht draussen vor der Tür läßt. So gesehen, sollte die Leistung der Belegschaft auch honoriert werden"*, haben die Kollegen einen schlechten Start.

Für den Betriebsratsvorsitzenden war das Aufstellen der Forderung ebenfalls nur Feigenblattpolitik. Nach Ablehnung der Geschäftsleitung gleich auf den Abteilungsversammlungen, dauerte es alleine drei Wochen, bis er auf Drängen anderer Betriebsräte endlich die versprochenen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung aufnahm. Beendet waren diese nach einem Gespräch, als ein erneutes „nein" kam. Lediglich die Kollegen wurden im Betriebsrat beschimpft, sie hätten dem Betriebsrat nicht den Rücken gestärkt, weil die Forderung nicht lautstark aus den Abteilungen heraus erhoben worden wäre!

Betriebszelle Beiersdorf
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Privatisierung der Reinigung im Öffentlichen Dienst
Ein massiver Angriff vor allem auf die Arbeitsbedingungen der Frauen!

In der bundesdeutschen Verwaltung soll die Gebäudereinigung größtenteils von privaten Reinigungsfirmen übernommen werden. In Hamburg geht dies auf einen Beschluß des Senats zurück, durch den die Verwaltung von den Aufgaben der Gebäudereinigung entlastet werden soll.

Sinn und Zweck dieser geplanten Fremdreinigung ist der „Spareffekt", da die Privatfirmen „wirtschaftlicher" arbeiten. So ist auch den Sparbeschlüssen des Senats vom Januar 1975 zu entnehmen, daß in der Gebäudereinigung Einsparungen von mindestens 10% zu erbringen sind.

Es ist natürlich klar, daß mit solchen Maßnahmen eine Reihe von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst wegrationalisiert werden sollen. Das Organisationsgutachten des Senatsamtes von 1972 spricht daher auch davon, die Personalverwaltungen der hamburgischen Behörden von 8 500 Reinigungskräften zu *„entlasten"*.

Dieses Organisationsgutachten besagt weiter, daß diese ganze Rationalisierungskampagne in einem Zeitraum von acht bis zehn Jahren über die Bühne gehen soll, *„wenn im einzelnen so behutsam wie nötig, im ganzen so zügig wie möglich vorgegangen wird."* (aus dem Gutachten).

Ein kurzer Blick auf die Arbeitsbedingungen bei NWG (Norddeutsche Werks- und Gebäudereinigung) zeigt auf, wie es den privaten Reinigungsfirmen möglich ist, „wirtschaftlicher" zu arbeiten:

– Bezahlung: Der von den Reinigungsfirmen gezahlte Stundenlohn liegt weit unter dem im öffentlichen Dienst. Weihnachtsgeld oder gar 13. Monatsgehalt werden nicht gezahlt.

– Arbeitspensum: Von den Privatfirmen wird eine Quadratmeterleistung verlangt, die weit über dem im öffentlichen Dienst steht. Diese Leistungsnormen rufen bei vielen Putzfrauen gesundheitliche Schäden hervor.

– Arbeitszeit: Sie beträgt ca. 2-3 Stunden täglich. Das hat für die Beschäftigten folgende Auswirkungen: Die dort tätigen Kolleginnen haben keinen Kündigungsschutz. Da das Einkommen nicht steuer- und versicherungspflichtig ist, zahlt der Kapitalist keine Sozialleistungen: keinen Beitrag zur Rentenversicherung, keinen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, keinen Beitrag zur Krankenversicherung.

– Zum Punkt Arbeitszeit ist noch folgendes bekannt: Die Arbeiten können von den Frauen in der kurzen Zeit oft nicht geleistet werden. Deshalb machen sie vielfach unbezahlte Überstunden oder lassen ihre Verwandten (ohne Lohn) mithelfen, obwohl dies ausdrücklich von der Verwaltung untersagt wurde.

– Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es nicht. Die Raumpflegerinnen werden angehalten, selbst für eine Vertretung zu sorgen (laut „ÖTV-Magazin").

– Obendrein existiert dort kein Betriebsrat, und Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist ebenfalls nicht erwünscht.

– Hinzu kommt noch, daß bei NWG beispielsweise überwiegend ausländische Kolleginnen beschäftigt werden, die sich sowieso nicht gut in ihren Rechten auskennen.

Man sieht also: hier trägt auch der Staat als vermeintlich „sozialer" Arbeitgeber dazu bei, die Frauen noch mehr auszubeuten.

Der Kernpunkt dieser ganzen Privatisierung bleibt der, daß auch hier die Sparpolitik des Staates auf dem Rücken der Kolleginnen ausgetragen wird, während die Privatunternehmer wieder einmal absahnen.

Damit wäre das Märchen von der Sicherheit der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst endgültig widerlegt.

Nach der Salamitaktik wird mit der Privatisierung des öffentlichen Dienstes in den Randbereichen begonnen: wo die wirtschaftlich Schwächsten sind, die Frauen – und morgen sind die Angestellten, Arbeiter und Beamten an der Reihe. Die „Reform" des öffentlichen Dienstrechts, die im Mai vom Bundestag beschlossen wurde, ist ein weiterer Meilenstein dazu. (Wir wollen in einer der nächsten Ausgaben des AK auch hierzu Stellung nehmen.) ●

ÖTV-Komitee
KB-Gruppe Hamburg



Beispiel Dortmund:

In den letzten zwei Jahren schieden rund 300 Frauen aus dem öffentlichen Reinigungsdienst aus. Die Stadt vergibt die Reinigungsarbeiten zunehmend an private Unternehmen. Begründet wird das wie in allen anderen Städten: So werden Kosten gesenkt. Deshalb sollen auch in Zukunft möglichst viele öffentliche Gebäude „privat" gereinigt werden.

Verraten und verkauft

Am 12.5.76 fand im Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) eine Sitzung des Vertrauensleutekörpers statt. Als Besuch war der „Kollege" Ewald Pfahl – Mitglied der bezirklichen Tarifkommission – anwesend. Die Vertrauensleute des UKE hatten ihn eingeladen, um sich einmal erklären zu lassen, wie denn die Forderung dieser „kleinen Tarifkommission der ÖTV" von 7 % plus DM 40,– zustande gekommen sei, denn die Mitglieder am UKE hatten, wie viele andere Kollegen auch, DM 180,– für alle gefordert.

„Kollege" Pfahl berichtete von der „Auseinandersetzung" in dieser kleinen Tarifkommission, der es nach „hartem Kampf" (??) gelungen war, die Forderung (s.o.) aufzustellen. Angeblich wurde diese Forderung aus den Forderungen aller betroffenen Betriebe errechnet. Auf die Frage, welche Krankenhäuser oder Betriebe noch weniger als 7 % plus DM 40,– gefordert hätten, sagte er, diese einzelnen Forderungen hätte er jetzt nicht mehr im Kopf. Was er allerdings noch im Kopf hatte war, daß viele Forderungen zu hoch, „nicht machbar" oder „zu unrealistisch" gewesen seien. Die Aufgabe der kleinen Tarifkommission wäre es gewesen eine „machbare" Forderung aufzustellen. Auf die Frage eines Vertrauensmannes, ob die Mitglieder, die über die Forderung vorher diskutiert und beschlossen hatten, eigentlich nur Staffage seien und man sich doch nicht um ihre Beschlüsse kümmern würde, besaß „Kollege" Pfahl noch die Frechheit zu sagen, die Kollegen wüßten eben nicht, was machbar sei. Als ob nicht jeder Kollege genau weiß, wie es in seinem Portemonnaie aussieht!

Auch zu dem Thema Festgeldbetrag = Nivellierung nahm Pfahl Stellung: Er wolle dies an einem Beispiel verdeutlichen. Er beobachte die Lohnbewegung schon seit 1948. Wenn damals ein Hilfsarbeiter 30 DM ein Facharbeiter 40 DM verdient hätten, so hätte es jetzt, wenn ein Festbetrag durchgekommen wäre, 340,– zu 350,– ausgesehen. Dies könne man doch allen Ernstes nicht wollen. Denn das würde letzten Endes dazu führen, daß nachher alle das Gleiche verdienen.

Als ein weiterer Vertrauensmann das Wort „Kampfmaßnahmen" erwähnte, war für Herrn Pfahl das Maß voll. Es könne doch wohl niemand behaupten, daß dieses Jahr eine Kampfbereitschaft unter den Kollegen gewesen wäre und man könne ja auch nicht immer die Müllarbeiter in den Streik schicken. Im Krankenhaus könne man ja nicht streiken (obwohl es in England dafür sehr lehrreiche Beispiele gibt, Anm. des Verf.).

Eines sollte noch mal deutlich gesagt werden: Dieser „Kollege" war Vertreter aller ÖTV-Kollegen aus dem Gesundheitsbereich in der bezirklichen Tarifkommission. ●

Krankenhauszelle UKE
KB/Gruppe Hamburg

Konkurs – die Kollegen gucken in die Röhre

Mitte Mai hat die Bremerhavener Firma Alfred Riedel, eine der größten norddeutschen Speditionen, Konkurs angemeldet. Damit verlieren 185 Kollegen, davon alleine 95 in Bremerhaven, ihren Arbeitsplatz.

Bemerkenswert an dieser Pleite ist die besondere Skrupellosigkeit, mit der die Kollegen hinters Licht geführt wurden: Obwohl der Konkurs schon seit längerem unabwendbar war, erfuhren sie kein Sterbenswörtchen davon, im Gegenteil – *„Wir konnten gar nicht soviel fahren, wie wir Aufträge hatten"* – so der BR-Vorsitzende. Völlig überraschend wurde ihnen dann mitgeteilt, daß die Firma völlig pleite sei und sie ab sofort stempeln gehen müssen.

Nicht einmal für einen Sozialplan ist angeblich mehr Geld da – während die Großgläubiger Städtische Sparkasse und Geestemünder Bank ihre Schäfchen im Wert von ca. 6,5 Mio. Mark, rechtzeitig ins Trockene bringen konnten!

Riedel war schon früher dadurch unangenehm aufgefallen, daß er lange versuchte, die Bildung eines Betriebsrates zu verhindern und die ersten Kollegen, die sich aktiv dafür einsetzten, einfach rausschmiß. ●

KB/Gruppe Bremerhaven

Hamburg:

Nöllings letztes „Reformkonzept"

Kurz vor seinem Rücktritt als Gesundheitssenator für Hamburg legte Nölling (SPD) noch ein „Reformkonzept" vor: die „vorstationäre Diagnostik" (ohne Unterbringung), die „stationäre Behandlung" (mit Unterbringung) und die „nachstationäre Behandlung" (ohne Unterbringung) in den Hamburger Krankenhäusern.

Mittlerweile ist die Katze aus dem Sack: *„In Anbetracht der besorgniserregenden Kostenentwicklung im Krankenhauswesen führen die Vertragspartner einen zeitlich begrenzten Modellversuch über teilstationäre Krankenhausleistungen durch. So wird durch die Einbeziehung teilstationärer Elemente ein Kosteneinsparungseffekt erwartet... Absicht ist es also, Erkenntnisse über die Auswirkungen teilstationärer Krankenhausleistungen zu gewinnen mit dem Ziel, die stationäre Behandlung zu verkürzen."* (also ganz klar Bettenreduzierung).

Als Begründung wird gegeben, daß *„nicht alle zur stationären Behandlung eingewiesenen Patienten einer sofortigen Unterbringung bedürfen"*. Selbstverständlich muß die teilstationäre Behandlung *„zumutbar"* sein, sowie *„medizinisch vertretbar"*. „Das Gebot der Wirtschaftlichkeit und die Zielsetzungen dieses Modellversuchs sind zu beachten."

Richtschnur dieser „Reform" ist also die „Wirtschaftlichkeit" und nicht die Gesundheit der Menschen.

Desweiteren wird in dem Papier geschrieben, daß die laufenden ärztlichen Behandlungen, die nicht unmittelbar zum Einweisungsgrund zählen, weiter von den Ärzten außerhalb des Krankenhauses durchgeführt werden sollen, *„dem Krankenhaus werden somit keine zusätzlichen Aufgaben übertragen"*. – wers glaubt, wird selig!

Zum Versuch, der seit dem 26.4. im AK Rissen und dem Albertinenkrankenhaus läuft, wäre noch zu sagen, daß im AK Rissen die notwendigen Räumlichkeiten (Ruheräume, Warteräume, usw.) nicht existieren, die Schwestern und Ärzte ohnehin überlastet sind auf Grund des Einstellungsstops und daß mit dem laufenden Versuch die Verwaltungsarbeit eher zunehmen wird.

Damit dieses Konzept des Senats nicht auf Kosten der Patienten und des Personals geht – und auch nicht auf weitere Häuser ausgedehnt wird – wird es in erster Linie an den Betroffenen liegen, den Widerstand zu organisieren, da sich auch die ÖTV mit diesem Modell „grundsätzlich einverstanden" erklärt hat. ●

2 Krankenhausgenossen
KB/Gruppe Hamburg



Krankenhausbereich Bremen:

Demonstration der Auszubildenden

Am 12. Mai fand in Bremen eine Demonstration „in Weiß" statt, an der sich 250 - 300 Kolleginnen und Kollegen aus dem Krankenhausbereich beteiligten. Dazu aufgerufen hatten die Ausbildungspersonalräte der Krankenhäuser Bremen-Nord, St. Jürgen und Bremen-Ost.

Die Auszubildenden wollten mit dieser Demonstration ihren Protest gegen erneute Sparmaßnahmen des Senats auf die Straße tragen, da besonders sie von diesen Maßnahmen betroffen sind.

Im Bremer Gesundheitsbereich werden seit einiger Zeit einschneidende Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen geplant und durchgeführt.

Bei der Bekanntgabe, daß bis 1985 1000 Betten im Krankenhausbedarfsplan eingespart werden sollen, hieß es noch, daß diese Einsparungen keine Einsparungsmaßnahmen des Personals zur Folge hätten. Kurzer der kommunalen Krankenhäuser gestrichen. Diese Planstellen sollen jetzt von den Auszubildenden besetzt werden. Es sollen drei Kranken- oder Kinderpflegeschüler in Zukunft die Planstelle einer ausgebildeten Pflegekraft besetzen.

Die Pflegeschüler wehren sich dagegen, auf den Stellenplan angerechnet zu werden, sie fordern ordentliche Ausbildung und die Übernahme aller Auszubildenden nach Beendigung der Ausbildung. Eine ordentliche Ausbildung ist nur möglich, wenn entsprechend geschultes Ausbildungspersonal vorhanden ist. Da aber Planstellen für examinierte Kräfte gestrichen sind, heißt das für alle Mehrarbeit und keine Zeit für eine gute Ausbildung der Schülerinnen und Schüler. Außerdem sind die Auszubildenden mit Arbeiten wie Bettenmachen, Essenaustragen und Hilfsdiensten beschäftigt und müssen Nachtdienste und Überstunden machen.

Die Parolen, die auf der Demonstration gerufen wurden, lauteten deshalb: *„Keine Wiederanrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Stellenplan!"*

„Keine Einsparungen von Planstellen im Öffentlichen Dienst!"

„Keinerlei Rationalisierung auf Kosten der Arbeitskraft der Kollegen; für die gesetzliche Absicherung der 40-Stunden Woche!"

Auf der Abschlußkundgebung auf dem Ansgariplatz berichteten einige Kollegen und Schüler über ihre Situation an den verschiedenen Krankenhäusern. ●

Krankenhauszelle
KB/Gruppe Bremen

Die härteste Arbeit bei der Post machen Frauen

Ein Drittel der rund 500.000 Postler sind Frauen.

Die Dienststellen bei der Post kann man unterscheiden in solche, wo mehrheitlich Frauen beschäftigt sind, in solche, wo Männer und Frauen etwa gleichmäßig vertreten sind und in solche, wo fast nur Männer arbeiten.

Besondere Frauenabteilungen sind vor allem folgende:
- die Buchungsabteilungen in den Postscheckämtern, den Postsparkassenämtern und den Fernmeldeämtern,
- die Fernmeldeauskunft,
- der Reinigungsdienst an allen Ämtern,
- der Paket- und Päckchensortier- und -verladedienst.

Abteilungen, in denen Männer und Frauen relativ gleichmäßig vertreten sind, sind die Briefzustellung, der Schalterdienst und die unteren Verwaltungsbüros.

Dienststellen, in denen weit überwiegend oder nur Männer beschäftigt sind, sind folgende:
- Fernmeldetechniker,
- Betriebshandwerker an allen Ämtern,
- die oberen Verwaltungsbüros,
- Vorgesetzte in allen Abteilungen,
- und natürlich: ... freigestellte Personalräte.

Die Arbeitsbedingungen in den Frauenabteilungen sind sehr eintönig und nervlich aufreibend (die verschiedenen Buchungsabteilungen, der Paket- und Päckchensortierdienst, die Fernmeldeauskunft, der Reinigungsdienst) und/oder körperlich schwer unter zusätzlich erschwerten Bedingungen (Paket- und Päckchensortierdienst, Paket- und Päckchenverladedienst, Reinigungsdienst).

So sitzen z.B. die Frauen bei der Fernmeldeauskunft in großen Räumen, stundenlang auf einen kleinen Bildschirm vor sich starrend, rechts und links viele Frauen mit der gleichen Tätigkeit neben sich, sie müssen besondere Erlaubnis einholen, wenn sie mal zur Toilette müssen (siehe speziell zur Fernmeldeauskunft auch den Artikel in ARBEITERKAMPF Nr. 70).

Besonders hart ist der Paketverladedienst: Im Sommer und im Winter die ganze Zeit im Freien, in kalten oder heißen Eisenbahngüterwagen, Pakete ein- oder ausladen, die großenteils ein ziemliches Gewicht haben (bis 20 kg, Päckchensäcke noch mehr – das braucht laut Arbeitsschutzbestimmungen eine Frau zwar nicht mehr zu heben, aber in der Praxis bleibt es doch auf den Frauen hängen). Das ganze muß dann noch im Schichtbetrieb gemacht werden (Früh-, Spät- und Nachtschicht – die Post hat zur Beschäftigung von Frauen im Nachtdienst eine Sondergenehmigung).

Schichtarbeit haben im übrigen auch der Paketsortierdienst, die Fernmeldeauskunft und zumindest teilweise der Briefsortierdienst.

Die Arbeit beim Paketsortierdienst ist reine Fließbandarbeit (allerdings nicht als solche anerkannt, was gewisse Nachteile mit sich bringt).

Entsprechend häufig sind schwere Krankheiten und Körperdeformierungen:
- Magenleiden (insbesondere beim Schichtdienst);
- Rückenleiden (insbesondere Paketverladedienst, auch Reinigungsdienst).

Die Frauen, die länger im Paketverladedienst beschäftigt sind, können mit hoher Sicherheit einen Wirbelsäulenschaden erwarten – und die Ärzte wissen dann kaum etwas anderes zu tun, als ihnen ein paar Spritzen zu geben und sie dann wieder zur Arbeit zu schicken – wird es zu schlimm, kündigt ihnen schließlich die Post. Weiterhin treten recht häufig Unterleibserkrankungen (Gebärmuttersenkung z.B. beim Paketverladedienst und nach unseren Erfahrungen wohl auch bei der Briefzustellung auf.

Ein Teil der Frauen im Paketumschlag versucht, durch mehr oder weniger starken Alkoholkonsum die schlimmen Arbeitsbedingungen „erträglicher" zu machen.

Bei einer Schwangerschaft wäre es notwendig, daß die Frauen, die an Arbeitsplätzen mit besonderer körperlicher Belastung eingesetzt sind, sofort andere Arbeitsplätze bekommen. Daß dies erst nach vier oder fünf Monaten geschah, ist wahrscheinlich der Grund für die Frühgeburt bei einer uns bekannten Briefzustellerin.

Daß Männer die leichtere, saubere, „qualifiziertere", abwechslungsreichere Arbeit machen, ist auch bei der Post nicht anders als in der sogenannten „freien" Wirtschaft.

Einige weitere Beispiele der benachteiligten Situation der Frauen sollen das Bild des „sozialen" Staatsbetriebes Post abrunden:

Wie schon angeführt, werden für die Reinigungsarbeiten bei der Post fast nur Frauen eingesetzt. Fast nur, denn da gibt es Ausnahmen: Es werden z.B. bei der Reinigung der großen Hallen des Postamtes 2 in Hamburg einige Männer eingesetzt – diese Hallen werden nämlich mit Maschinen (Kehrmaschinen u.ä.) gereinigt (und um Maschinen zu bedienen, bedarf es wohl eines „ganzen Mannes"), die körperlich schwerere Reinigungsarbeit am Postamt 2 machen ansonsten nur Frauen.

In der Päckchenstelle des Postamtes 2 (das größte Postamt der BRD) arbeiten einige wenige Männer (40-Stunden-Vollkräfte) und viele Frauen (meist 24-Stunden-Vollkräfte). Männer sind natürlich die Vorgesetzten. Die leichteste Arbeit (die Inhaltsangabezettel der Päckchensäcke auszuwechseln) macht ein Mann (übrigens eher das Gegenteil von klein und schmächtig), während die Frauen die schwerere Arbeit der Päckchensortierung und -verteilung zu machen haben.

„Seltsamerweise" sind auch die Mulifahrer im Paketumschlag beim Postamt 2 nur Männer, während die Frauen nur den direkten „handlichen" Umgang mit den Paketen pflegen (Männer sind dabei auch beschäftigt, in geringerer Zahl, natürlich fast nur ausländische Kollegen).

Bei der Briefzustellung ist oft festzustellen, daß die Frauen die härtesten Touren haben. Die Frauen müssen schnell zuhause sein, um die Arbeit dort zu schaffen (insbesondere wenn sie Kinder haben).

Wenn sie dann eher auf dem Amt zurück sind, werden ihre Touren vergrößert.

Und einige Gewerkschaftsführer haben dann nichts anderes zu tun, als auf den Frauen herumzuhacken, daß sie schuld seien an der Tourenvergrößerung, da sie zu früh ins Amt zurückkommen.

Ausländische Frauen sind meist noch schlechter dran als ihre westdeutschen Kolleginnen. So haben z.B. die westdeutschen Frauen im Reinigungsdienst am Postamt 2 fast alle feste Bezirke, die ausländischen Frauen fast alle nicht. Ausländische Frauen und Männer können im übrigen auch keine Beamte werden.

Ein besonderes Problem für viele Postlerinnen ist die im Zuge der scharfen Rationalisierungsmaßnahmen sich verschlechternde Arbeitszeitenregelung in vielen Dienststellen.



So haben z.B. früher viele der 24-Stunden-Frauen am Postamt 2 dreimal acht Stunden in der Woche gearbeitet. Jetzt soll ihre Arbeitszeit auf fünf Tage die Woche verteilt werden – das bedeutet erheblich mehr Arbeitsweg (bei je einer Stunde Weg zur Arbeit sind das pro Woche vier Stunden mehr). Auch müssen viele Frauen immer mehr zu für sie ungünstigen Zeiten am Nachmittag und Abend arbeiten, obwohl sie oft gerade deshalb bei der Post angefangen haben, um vormittags zu arbeiten (wenn die Kinder in der Schule sind). Der Grund für diese Maßnahmen ist, daß am Nachmittag und Abend die meiste Arbeit anfällt – bisher hatten die Frauen zeitweise weniger Arbeitsanfall, im Zuge der Rationalisierung soll das beendet werden. Auch spielt wohl die Absicht der Post eine Rolle, möglichst viele Arbeitskräfte zur „freiwilligen Kündigung" zu veranlassen. Damit hätte die Post dann wieder einen schönen „Rationalisierungserfolg" vorzuweisen.

Beim Fernmeldeamt 1 in Hamburg spielt sich ähnliches ab: Dort auf die Art, daß die Frauen immer mehr Wochenenddienste leisten sollen.

Ein besonderes Problem sind bei der Post noch die „Aushilfen". Das sind Frauen, die nur bei Bedarf von der Post zur Arbeit gerufen werden. Das ist in der verkehrsarmen Zeit vielleicht nur einmal im Monat, während der Weihnachts- und Osterzeit ständig. Diese Frauen sind für die Post ein recht bequemes Reserveheer, sie sparen feste Arbeitskräfte.

Diese Frauen bekommen dann etwa um 8 Uhr morgens Bescheid, daß sie um 10 Uhr bei der Arbeit sein sollen. Sie müssen also zuhause sein, dort evtl. alles stehen und liegen lassen, wenn sie Arbeit haben wollen. Zwischen den fest beschäftigten Frauen und den Aushilfen besteht eine ziemliche Spaltung, und auch unter den Aushilfefrauen ist eine große Konkurrenz; sie lassen sich besonders viel gefallen, denn wer sich „wohlverhält", hat größere Chancen, öfters auch außerhalb der Weihnachtszeit gerufen zu werden.

Einen Betriebskindergarten gibt es zumindest bei den uns bekannten Post- und Fernmeldeämtern nicht. ●

Postzelle des KB, Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsausschluß bei der HHLA

Bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) läuft z.Zt. das erste Ausschlußverfahren aus der ÖTV. Der Betroffene hatte im „Roten Handhaken" der KPD/ML über die Auseinandersetzung um seine Person und seine eigene Stellungnahme dazu berichtet und namentlich gezeichnet.

Dieser Artikel war ein willkommener Anlaß für den Ausschlußantrag des Vertrauenskörper-Vorstandes, Vorsitzender dieses Gremiums ist G. Österreich, der neben diesem Amt Betriebsratsdauervorsitzender, stellvertretender Aufsichtsrat, Mitglied des Hauptvorstandes der ÖTV sowie Vorsitzender der SPD-Betriebsgruppe ist und sich im Hamburger Rathaus zu Hause fühlt. Daher auch die besonders demokratischen Nebenaspekte dieses Ausschlusses:

Abgesehen von der „Selbstverständlichkeit", daß die Arbeitskollegen des Betroffenen, von denen immerhin 30 ihn zum stellvertretenden Obmann wählten, weder informiert noch gefragt wurden, wurden auch die Vertrauensleute erst im Nachhinein informiert.

Der vom Ausschluß betroffene Kollege selbst erfuhr noch viel später davon und zwar genau nach einer Betriebsversammlung, auf der er zum Ausschluß hätte Stellung nehmen können (er ist z.Zt. wegen Krankheit nicht im Betrieb, hätte aber an der Betriebsversammlung eventuell teilnehmen können).

Man darf auf die weitere Entwicklung gespannt sein. Durchlöchern die verantwortlichen Spezialdemokraten doch hier ihr eigenes „Gesetz" der 100-prozentigen Organisierung der Belegschaft. Auf einer Vertrauensleutesitzung gaben einige dies auch zu bedenken, da die Gefahr besteht, daß andere Kollegen die Gelegenheit benutzen, aus ihrem Unmut über den Arbeiterverrat der Gewerkschaftsführer die Konsequenz zu ziehen und das Gewerkschaftsbuch hinzuschmeißen. Ein besonders kollegenfeindlicher Vertrauensmann kündigte deswegen auch gleich an, daß er nach vollzogenem Ausschluß sofort Antrag auf Kündigung stellen werde wegen Störung des Betriebsfriedens! Unter den Kollegen herrscht über dieses Vorgehen relativ breite Empörung, zumal der KPD/ML-ler bisher weniger durch das Verbraten abwegiger Theorien als durch ehrliches Bemühen um die Interessen seiner Kollegen aufgefallen ist. Diese Empörung brachte eine Kollegin der oppositionellen Gruppe „Alternative" auf der Betriebsversammlung vom 23. Mai zur Sprache. Sie stellte die Frage, ob das nun so weitergehen solle, daß kritische Kollegen ausgeschlossen würden, denen dann wiederum die Kündigung drohe, so daß dann das Berufsverbot auch bei der HHLA Einzug halten würde. ●

Betriebszelle HHLA
KB-Gruppe Hamburg

Bullen raus aus dem Jugendhaus

Wieder einmal bewahrheitet sich der viel zitierte Ausspruch von Regierungsdirektor Gehrken vom Amt für Schule, Jugend und Berufsbildung aus Hamburg:

Negative Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die Arbeit im Haus der Jugend hätten die Kollegen nicht zu fürchten, denn die Zusammenarbeit mit der Polizei würde ja verbessert und ausgebaut werden.

Während bei „normalen Vermittlungseinsätzen", wie zum Beispiel beim Polizeieinsatz im Haus der Jugend Steineckestraße (Harburg), die Jugendlichen von normalen Bullen niedergeknüppelt werden, werden auf „minderwertige" Jugendliche, wie Türken, das MEK angesetzt. Dazu Kriminalhauptkommissar Jürgen Wolter („Hamburger Abendblatt" vom 17.5.76):

„Da nun die Gastarbeiterjungen, in deren Adern heißes Türkenblut rollt, schneller bereit sind, Probleme mit der Faust oder dem Messer zu klären, kommt es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen."

Diese Ausländerhetze setzt bei den Vorurteilen vieler Jugendlicher an und kommt der Aufforderung gleich, gemeinsam mit dem MEK gegen die ausländischen Jugendlichen vorzugehen.

Westdeutsche Jugendliche – ausländische Jugendliche – gemeinsamer Feind, gemeinsamer Kampf!

Weg mit MEK- und Bulleneinsätzen in Häusern der Jugend! ●

Zelle „Amt für Jugend"

HHLA

Ein neuer Tarifvertrag – ein neuer Angriff auf die Kollegen

Die Hamburger Hafen und Lagerhaus AG ist ein staatseigener Betrieb mit sozialen „Errungenschaften", die dem Öffentlichen Dienst angeglichen sind. Auf der Betriebsversammlung im Februar verkündete Arbeitsdirektor und ÖTV-Mitglied Walter Sohst unverblümt, daß die bisherige Praxis, Betriebsrenten auch auf die geleistete Mehrarbeit zu berechnen, die Konkurrenzfähigkeit des Betriebes allzu sehr beeinträchtigt.

In diesem Sinn wurde jetzt der Abschluß eines neuen Tarifvertrages bekannt, der regelt, daß Betriebsrenten nur noch auf die Grundlöhne und -gehälter berechnet werden, dafür aber ohne zusätzliche Verhandlungen um das jeweilige Tarifrundenergebnis angehoben werden.

Es handelt sich hierbei um eine glatte Verschlechterung, denn die zur Zeit gezahlten Renten von insgesamt 11 Mio. (Stand '75) setzen sich zu 75% für Grundlöhne und zu 25% für Mehrarbeit zusammen. Auf diese Weise wird die HHLA weitere 3 Mio. einsparen können. Dies scheint bei einem Investitionsplan von über 200 Mio. für die nächsten drei Jahre den HHLA-Kapitalisten wohl unbedingt notwendig.

Interessant ist, wie der sozialdemokratische BR-Vorsitzende diesen Tarif den Kollegen verkauft: Die Anrechnung der Mehrarbeit sei den Kollegen gegenüber ungerecht, die im letzten Jahr vor der Rente nicht mehr putzen (d.h. Doppelschichten leisten) können. Somit seien die Aufsichten bevorzugt und dies sei „sozial ungerecht". Derartige soziale Angleichungen nach unten hat es bei der HHLA seit 1970 , dem Jahr der Einführung der neuen Hafenordnung, die die Konkurrenz der Hafenkapitalisten erheblich verschärfte, schon mehrfach gegeben. Dadurch konnte die Firma bis jetzt ca. 5 Mio. auf dem Rücken der Kollegen einsparen. ●

Betriebszelle HHLA
KB/Gruppe Hamburg

Amt für Schule:

Personalrat unterstützt „Sparpolitik" des Senats

Der Personalrat des Amtes für Schule in Hamburg hat einer Verordnung des Senats zugestimmt, nach der Schulkindergartenleiterinnen (Sozialpädagogen) in den Sommerferien in Einrichtungen des Amtes für Jugend arbeiten sollen.

Hier werden wieder einmal in übelster Weise Sparmaßnahmen zu Lasten der Kinder ausgeübt. Denn durch die Ferienarbeit büßen die Sozialpädagogen Teile ihrer Vorbereitungs- und Fortbildungszeit ein, die dringend notwendig sind für gezielte Förderung der Vorschulkinder. Zudem ist es illusorisch zu glauben, daß die kriminellen Personaleinsparungen in Häusern der Jugen, Vollheimen und Freizeitstätten durch einen 10-Tage Einsatz der Sozialpädagogen aus Schulkindergärten ausgeglichen werden können. In dieser Zeit können sie sich noch nicht einmal einarbeiten.

Mit dem „Kompromiß" zwei Wochen Ferienarbeit (der Senat hatte ursprünglich fünf Wochen gefordert), hat sich der Personalrat auf eine „Einigung" gegen den Willen der Mitglieder einer Teilpersonalratsversammlung eingelassen, die gefordert hatten, daß er sich gegen die Ferienarbeit der Sozialpädagogen einsetzen soll. ●

Zelle „Amt für Jugend"

HBV

HBV-Gewerkschaftstag soll weitere Rechte der Mitglieder abbauen

Vom 26.September bis 2. Oktober 1976 soll in Saarbrücken der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV stattfinden.

„Die Antragsmaschinerie rollt", teilte im April der Ortsverwaltungsvorstand der HBV-Hamburg mit seinem Info Nr. 2 seinen Mitgliedern mit. Was da im Anrollen ist, sind weitere reaktionäre Anträge, durch die die Arbeit der Mitglieder noch weiter und stärker der Kontrolle der Gewerkschaftsführung unterworfen werden soll.

Fortschrittliche Anträge von Betriebsgruppen etc. (zum § 218, den Unvereinbarkeitsbeschlüssen u. a.) sind durch die Antragskommission und rechte Fachgruppenvorstände bereits soweit verfälscht, daß die ursprüngliche Fassung nicht mehr wiederzuerkennen ist. Über diesen Bürokratenweg aber gehen alle Anträge der Basis, auf dem Gewerkschaftstag selber dürfen nur Anträge der oberen Gremien, angefangen bei Landesbezirkskonferenzen- und Vorständen, eingebracht werden. Selbst Anträge von Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen bedürfen der ausdrücklichen Bestätigung der Ortsvorstände (laut Wahlordnung für den Gewerkschaftstag, abgedruckt im „ausblick", Zeitung der HBV, Mai 1976).

Der mehrheitlich rechte Ortsverwaltungsvorstand in Hamburg nimmt denn auch seine Aufgabe sehr ernst und entwickelte Anträge, von denen zwei die besondere Schweinerei und das Demokratieverständnis der Gewerkschaftsführung deutlich machen sollen.

Betriebsgruppen muß man verbieten können

In den z.Zt. gültigen Richtlinien für Betriebsgruppenarbeit heißt es noch, daß alle Mitglieder eines Betriebes eine Betriebsgruppe bilden. Geschäftsführer Krause sprach sich für eine Änderung aus. Denn bisher kann man eine Betriebsgruppe nicht auflösen und man hat keine Handhabe gegen „Chaoten", wie bei der HBV-Betriebsgruppe Iduna. Der zuständige Fachsekretär Jaenisch schlug vor, ein Gremium einzurichten, das jederzeit Betriebsgruppen auflösen könnte. Krause ließ die Katze aus dem Sack und erklärte, beim Hauptvorstand sei das Problem erkannt und man will eine Änderung, da sowas wie bei Iduna (seit Jahren eine linke Mehrheit) überall und immer wieder passieren könnte.

Arbeitskreise müssen geschlossen werden

Neben Betriebsgruppen gibt es bei der HBV die offenen Arbeitskreise, in denen alle interessierten Kollegen mitarbeiten können. Eine direkte Kontrolle und Mehrheit durch bzw. für die Gewerkschaftsführung war und ist so nicht immer vorhanden. Der Ortsverwaltungsvorstand (OVV) setzte deshalb eine Kommission ein, die geeignete Richtlinien erarbeiten sollte. Diese Kommission (bestehend vor allem aus DKPlern und „linken" SPDlern) schlug vor, keine Richtlinien und Reglementierungen zu schaffen, da sich die Chaoten sowieso widersetzen würden und doch so arbeiten, wie sie wollten. Außerdem käme HBV in ein schlechtes Licht bei den Kollegen, da die Linken das dann ausschlachten könnten und auf jeder Mitgliederversammlung dieses Thema beredet würde. Scharfmacher Krause war da anderer Meinung: Gefolgsame Arbeitskreise könnten selbstverständlich arbeiten wie bisher, es gehe doch nur um die von den Chaoten beherrschten Kreise. Und hier muß man genau festlegen, wieviel Kollegen teilnehmen (9, 11 oder 13 Kollegen) und diese müßten dann immer namentlich benannt werden. Mit sicherer rechter Mehrheit bekam Krause auch diesen Antrag durch.

Der 9. Gewerkschaftstag wird mit solchen und ähnlichen Anträgen endgültig die Freiräume der Basis schließen, die in der Aufbauphase von HBV eingeräumt werden mußten. Umsomehr müssen die fortschrittlichen Teile der HBV dafür eintreten, gestützt auf Mehrheiten an der Basis, die konsequente Gewerkschaftsarbeit fortzuführen. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV: Ausschlußwelle gegen Frauen in Vorbereitung?

Nachdem Kolleginnen der HBV gemeinsam mit dem Kreis Konsequenter Gewerkschafter (KKG) vor einem Monat eine Frauenveranstaltung zum 1. Mai organisierten (s. AK 79 und 80), soll nun der Kollege A.S., weil er ein Aufrufflugblatt zu dieser Veranstaltung an eine Kollegin des Fachgruppenvorstandes weitergegeben hat, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Das wäre dann der elfte Ausschluß, den die HBV-Führung seit Anfang letzten Jahres gegen fortschrittliche Kollegen durchführt.

Wie berichtet hatte die HBV-Führung Anträge aus verschiedenen gewerkschaftlichen Gremien und Betrieben für eine Frauenveranstaltung noch vor dem 1. Mai mit unterschiedlichen „Begründungen" abgelehnt. (U.a. wurde behauptet, eine spezielle Frauenveranstaltung *„spalte die Einheit der Arbeitnehmer"*). Der KKG und HBV-Kolleginnen führten dann diese Veranstaltung, die von gut 70 Kolleginnen und Kollegen besucht wurde, alleine durch.

Einen Monat später wurde der Ausschlußantrag gestellt, von der Kollegin Bauch (Mitglied des Fachgruppenvorstandes Groß- und Außenhandel) und zwei weiteren HBV-Kollegen. Der hauptamtliche Sekretär Arnold Krause, trug diesen Antrag im OVV vor und setzte sich auch inhaltlich dafür ein.

Die Ausschlußbegründung:
1. habe A. das Aufrufflugblatt des KKG zur Frauenveranstaltung verteilt,
2. bestehe der Verdacht, er sei Mitglied des KKG und habe an Sitzungen des KKG und an der Frauenveranstaltung teilgenommen. Und – der KKG habe sich schon mehrfach durch seine Veröffentlichungen als gewerkschaftsfeindlich dargestellt.

Pikant hierbei ist, daß gerade die Kollegin Bauch immer wieder ihr „Interesse" an den Aktivitäten der Frauengruppe bekundet hatte, ihn konkret gebeten hatte, sie über Tagungen zu informieren. So hatte A. ihr, wie auch den anderen Kollegen im Fachgruppenvorstand, besagtes Flugblatt mitgebracht.

Angriff auf fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit

Der Kollege A.S. ist langjähriger aktiver Gewerkschafter, von seinen Kollegen deshalb in den Betriebsrat (stellvertretender Vorsitzender der EDAC-Hamburg und Gesamt-BR-Vorsitzender der Edeka-Daten-Verarbeitungs AG) und von der Fachgruppe Groß- und Außenhandel in den Fachgruppenvorstand gewählt, die linke Mehrheit wählte ihn zum 1. Vorsitzenden.

Nach der Wahl des neuen Fachgruppenvorstandes (bei der die fortschrittlichen Kollegen die Mehrheit bekamen) wurden zunächst erstmal die beiden Vorsitzenden nicht bestätigt. Dem einen Kollegen wurde mitgeteilt, er gehöre einer anderen Fachgruppe an, der zweite könne keine Funktionen wahrnehmen, da er arbeitslos sei (!).

Der Kollege A.S. rückte als Fachgruppenvorsitzender in den Ortsverwaltungsvorstand (OVV) ein. Die Herren Gewerkschaftsführer fürchteten offenbar einen Informationsfluß über die Arbeit des OVV an die Kollegen. So wurde A. z.B. auf der OVV-Sitzung bedeutet, „nicht so viel mitzuschreiben".

Dieser Ausschlußantrag ist kein Alleingang einer rechten HBV-Kollegin, sondern wurde mit den HBV-Führern direkt geplant.

Der relativ späte Zeitpunkt des Antrages nach „Begehen der Tat" nach A's zwischenzeitlicher Mitgliedschaft im OVV bestätigen das, um wie Ende 74 den Fachgruppenvorstand durch Gewerkschaftsausschlüsse von Linken zu säubern (seinerzeit gab es fünf Ausschlüsse).

An diesem Ausschlußantrag zeigt sich auch sehr deutlich, daß die HBV-Führer sich nicht einmal scheuen, ihre ganze Frauenfeindlichkeit offen an den Tag zu legen, wenn es darum geht, eine fortschrittliche Arbeit zu verhindern. Nicht nur, daß sie eine Frauenveranstaltung ablehnen – sie schließen sogar Gewerkschafter, die sich für die Interessen der Kolleginnen einsetzen, aus der Gewerkschaft aus! ●

HBV-Komitee

Iduna Hamburg: Justizwillkür!

Wir berichteten bereits im ARBEITERKAMPF, daß der dritte Kollege des gewerkschaftlichen Betriebsgruppenvorstandes von der Iduna gekündigt wurde und das Arbeitsgericht diese Kündigung bestätigte (am 9.3.76).

Inzwischen liegt die Begründung des Richters Koch vor. Darin wird dem Kapitalisten Tür und Tor für willkürliche politische Kündigungen geöffnet.

Nach der Verteilung von Flugblättern der Betriebsgruppe war es im letzten Herbst zu einer ganzen Kündigungswelle bei der Iduna gekommen. Der jetzige Urteilsspruch des Gerichts stützt sich allerdings nicht auf die damaligen Flugblätter, in denen eine Rationalisierungswelle bei der Iduna angekündigt wurde und gegen den Kündigungsversuch einer HBV-Betriebsrätin Front gemacht wurde, sondern auf ein betriebsgruppeninternes Rundschreiben und auf eine Dokumentation zur Entlassungswelle bei der Iduna.

Das Rundschreiben enthalte *„falsche Tatsachenbehauptungen"* und *„eine große Anzahl von Beleidigungen gegen die Hauptverwaltung der Beklagten"*, meinte das Gericht, ohne dafür Belege anzugeben.

Obwohl das Rundschreiben betriebsgruppenintern war, dürfe man darin nicht frei seine Meinung äußern, es seien nämlich *„zur Verhinderung einer weitergehenden Veröffentlichung keinerlei Schutzvorkehrungen getroffen worden."*

Nach dieser Logik könnten z.B. alle möglichen Betriebsräte gekündigt werden, über deren Sitzungen in linken Zeitungen berichtet würde, da ja keine „Schutzvorkehrungen" dagegen getroffen wurden.

„Hat ein Arbeitnehmer Informationen aus dem Betrieb nach außen gegeben, so kann selbst bei Richigkeit der Information das Vertrauensverhältnis gelöst sein, wenn dadurch der Arbeitgeber in ein schlechtes Licht gerückt wird", erklärte das Gericht in Bezug auf die Dokumentation.

Das heißt klipp und klar, ein Kollege hat – wenn er nicht Gefahr laufen will, gekündigt zu werden – nur Gutes von seinem Kapitalisten zu berichten; Schweinereien müssen mit dem stillschweigenden Mantel von Lügen verdeckt werden.

Daß sich Kollegen öffentlich zur Wehr setzen, darin sieht der Kapitalisten-Koch überhaupt keinen Sinn, sondern ihm zufolge kann *„eine Veröffentlichung dieser Art außerhalb des Betriebes .. auch nur den Sinn haben, der Beklagten wirtschaftlichen Schaden zuzufügen"*. (Schweinereien darf der Kapitalist ruhig machen, Schaden entsteht eben nur dann, wenn's bekannt wird, Schaden für die Kollegen interessiert sowieso nicht!)

Dabei ist für den Richter unbedeutend, ob der Kollege an der Broschüre mitgeschrieben hat.

„Eine Kündigung ist aber auch dann gerechtfertigt, wenn sie darauf gestützt wird, daß der Arbeitnehmer sich mit dem Inhalt einer von ihm verteilten Veröffentlichung identifiziert, in dem der Berufsstand des Arbeitgebers im allgemeinen und Arbeitgeber selbst diskriminiert und in der Meinung der Öffentlichkeit herabgesetzt wird (so zur Frage der Sittenwidrigkeit..)".

Wie weit dieses Urteil darauf hinzielt, die Kollegen vor Gericht völlig zu entrechten und auch kaum noch den Schein zu erwecken, „unabhängig" von den Kapitalisten zu sein, macht dieser Fall selbst sehr deutlich klar.

Konkret konnte dem Kollegen überhaupt nichts vorgeworfen werden.

Weder irgendeine Flugblattverteilung noch irgendeine Beteiligung an der Erstellung (etwa an der Dokumentation) konnte dem Kollegen nachgewiesen werden, was im Urteil auch ausdrücklich zugegeben wird, entscheidend ist lediglich, daß der Kollege als Vorstand der Betriebsgruppe für das Gericht verantwortlich dazugehört.

Nicht nur die Veröffentlichung rechtfertigt nach Meinung des Gerichtes den Rausschmiß, sondern schon die aktive Beteiligung an solcher Betriebsgruppe. ●

Betriebszelle Iduna
KB/Gruppe Hamburg

Jetzt ist es amtlich:
HBV-Basis darf keine Veröffentlichungen mehr herausbringen

Vielfach weigerte sich der Apparat der Gewerkschaft HBV bereits, Flugblätter von Betriebsgruppen und Vertrauenskörpern zu drucken. Die Betriebsgruppe Iduna mußte so mehrere Flugblätter selber und eigenverantwortlich drucken lassen. Was sich daraus entwickelte, ist hinlänglich bekannt.

Der Ortsverwaltungsvorstand der HBV/Hamburg (OVV) entschied nun grundsätzlich, daß die Sekretäre der HBV entscheiden können, was und wie gedruckt wird.

Ab sofort muß der Fachsekretär zustimmen. Hat er Bedenken, entscheidet er zusammen mit einem dreiköpfigen Gremium, das von den Fachgruppenvorständen berufen wird. Ist der Sekretär trotz Mehrheitsentscheidung gegen eine Veröffentlichung, entscheidet der hauptamtliche Geschäftsführer. Gegen diesen Beschluß kann man beim OVV Einspruch einlegen (der OVV tagt einmal im Monat!). Damit kann die Gewerkschaftsführung über jede Veröffentlichung hundertprozentig entscheiden.

Demagogischerweise begründet der OVV seine Entscheidung mit Veröffentlichungen der Betriebsgruppe Iduna und des „Kreises konsequenter Gewerkschafter". Verschwiegen wird, daß in diesen Fällen jeweils Veröffentlichungen von der HBV-Führung verboten wurden.

Die Betriebsgruppe Iduna ist ein Beispiel dafür, wie es aussieht, wenn die Gewerkschaftsführer festlegen, was gedruckt werden darf (nichts Fortschrittliches) und auch ein Beispiel dafür, wie sich Kollegen dagegen zur Wehr gesetzt haben. ●

HBV-Komitee

Iduna, Hamburg:
DAG-Betriebsrat Zuträger für den ARBEITERKAMPF?

Wir berichteten im ARBEITERKAMPF über die geplanten Beschneidungen der Betriebsratstätigkeit durch die Kapitalisten. Der DAG-Betriebsratsvorsitzende Fechner erhielt daraufhin ein Schreiben von seinem Kapitalisten, in dem dieser die „Verwunderung" äußerte, wie dies in den ARBEITERKAMPF kommen konnte, wo doch nur er und einige weitere Rechte informiert worden seien.

Die rechten BR-Mitglieder hatten die Informationen an den gesamten Betriebsrat weitergegeben, das paßt den Kapitalisten nicht. Wenn die rechten BR's nicht ihre Informationen an den gesamten Betriebsrat einstellen, will der Kapitalist selbst diese Vögel zu Zuträgern für die Kommunisten erklären. ●

Betriebszelle Iduna

Iduna, Hamburg:
Betriebsratsvorsitzender für Beurteilungswillkür

Auch bei Iduna wurde wie in vielen anderen Betrieben das Beurteilungswesen damit verkauft, daß es den Kollegen bessere Chancen bei Gehaltsforderungen bieten würde und sie vor willkürlichen Beurteilungen der Vorgesetzten schützen würde.

Eine Kollegin reichte nun bei der Iduna eine schriftliche Beschwerde an ihrer Beurteilung an den Betriebsrat ein im festen Vertrauen darauf, daß auch die BR-Rechten zu ihrem Wortgeklingel stehen würden.

Um „beiden Seiten die Möglichkeit einer Stellungnahme zu geben", hatte der rechte BR-Boß nichts eiligeres zu tun, als die Kritik an den Vorgesetzten der Kollegin weiterzugeben.

Ohne die Kollegin überhaupt anzuhören, erklärte BR-Vorsitzender Fechner, der Abteilungsleiter habe die „richtigen und überzeugenderen" Argumente, er könne „leider" nichts mehr unternehmen. „Nichts", außer der Kollegin beim Wiederholungsfall die Kündigung anzudrohen: Er gab ihr den Rat, sich doch in Zukunft nicht mehr schriftlich zu beschweren, denn sowas könne leicht in den Personalakten erscheinen.

Das zeigt, was es mit dem Beurteilungswesen auf sich hat: ein offenes, mit dem Betriebsrat vereinbartes System, das es dem Kapitalisten erlaubt, willkürlich nach seiner Mütze Kollegen in die Pfanne zu hauen und Streber und Buckler zu fördern. ●

Betriebszelle Iduna
KB / Gruppe Hamburg

Beurteilung ist Spitzelwesen

„Wir wollen jetzt besonders freundlich zu unseren Kunden sein. Bitte benennen Sie uns Damen und Herren aus unserer Mitte, denen das besonders gut gelingt; aber auch solche, mit deren Verhalten Sie unzufrieden sind. Wir möchten aus Fehlern lernen. Mit dieser Aufforderung wandte sich die Geschäftsleitung der Firma Ratio kürzlich an ihre Kunden. Gleichzeitig wurden „Stimmzettel" ausgehändigt, auf denen der freundlichste bzw. unfreundlichste Mitarbeiter (bzw. Mitarbeiterin) namentlich benannt werden sollte" (aus „ausblick", Nr. 5, Zeitschrift der Gewerkschaft HBV).

Nicht etwa bei den Angestellten selbst sollen sich Kunden beschweren, sondern dem Kapitalisten Material liefern, jederzeit die Angestellten zusammenzustauchen mit dem Hinweis auf irgendeinen Kunden.

Zu Recht behauptet die HBV-Presse, dies öffne dem Denunziantentum Tür und Tor. Eine Beurteilung durch den Kapitalisten selbst wird dagegen von der Gewerkschaft ständig als vorteilhaft angepriesen, obwohl es dabei um haargenau dasselbe geht! ●

HBV-Komitee

Richtigstellung

Im letzten ARBEITERKAMPF sind im Artikel über Edeka: „Erst denunziert und dann gefeuert" einige sachliche Fehler unterlaufen, die wir hiermit richtigstellen wollen:

Nicht 24 Kollegen hatten den BR aufgefordert, die Einführung des Beurteilungswesens abzulehnen, sondern ein großer Teil von den insgesamt 24 Innendienstmitarbeitern.

Der BR-Vorsitzende Vogel war es, der die Anfrage kopiert der Geschäftsleitung überreichte und gleichzeitig einen Kollegen als „Rädelsführer" denunzierte, der dann von den Kapitalisten gefeuert wurde. ●

DRUCK

Nach drei Tagen Drucker-Streik in Bremen:

Teilerfolg erkämpft!

An drei Tagen streikten die etwa 300 Arbeiter der Bremer Nachrichten und des Weserkurier. Zwei Tage erschien keine Zeitung. Anlaß für den Streik war die Anrechnung der 6 % Lohnerhöhung bzw. der 275.-- DM-Zahlung auf die außertariflichen Zulagen bei den Bremer Nachrichten, wodurch Lohnkürzungen zwischen 10 und 70 DM monatlich entstehen.
Am Montag, den 24.5., stimmten die Drucker mehrheitlich einem Verhandlungsergebnis der Kapitalisten vom Landesverband Druck und der Landesbezirksleitung IG Druck und Papier zu. Die Zulagen wurden tariflich zugesichert und die vorgesehenen Kürzungen zurückgenommen. Allerdings wurde auch vereinbart, daß die Kollegen der Bremer Nachrichten neu eingruppiert werden, was für die Kollegen auch eine niedrigere Einstufung bedeuten kann.

Die Vorgeschichte des Streiks

Vor zwei Jahren hatte der Besitzer des Weser-Kurier (WK), Rudolf Meyer, die Bremer Nachrichten (BN) aufgekauft und sich damit das Monopol auf dem Bremer Zeitungsmarkt erworben. Seitdem wurde scharf durchrationalisiert und die Belegschaft der Bremer Nachrichten von 600 auf 400 reduziert. Die verschiedenen übertariflichen Zulagen versuchte Meyer immer wieder dazu benutzen, die Kollegen der beiden Druckereien gegeneinnander auszuspielen.

Zu Beginn der Schwerpunktstreiks in der diesjährigen Drucktarifrunde beteiligten sich die Arbeiter der beiden Betriebe nicht an den Schwerpunktstreiks, obwohl sie in der Urabstimmung veim WK mit 84,5 % und bei den BN mit 75 % für Streik gestimmt hatten. Die Drupa-Führer sparten die beiden Bremer Betriebe aus, da Verleger Meyer nicht aussperrte. Sinnigerweise lobten die Drupa-Führer zu der Zeit das „harmonische" Verhältnis, das eine derartige Maßnahme nicht nötig mache!

Erst beim Vollstreik wurden auch die Bremer Zeitungen miteinbezogen.

In der Urabstimmung über das Ergebnis stimmten:
- beim WK 69 % mit Nein
- bei BN 60 % mit Nein.

Der Streik

Als die Drucker der BN am Freitag, den 21.5., erfuhren, daß ihre Zulagen gekürzt werden sollen, traten sie in den Streik. Die Arbeiter des benachbarten Weser-Kuriers schlossen sich dem Streik an. Verleger Meyer ließ prompt seine „harmonische" Maske fallen und sperrte noch in der Nacht die Arbeiter beider Betriebe aus. Am nächsten Tag ließen die Bremer Druckkapitalisten massenhaft ein Flugblatt in Bremen verteilen, in dem gegen den „wilden Streik" gehetzt wurde. Bezeichnenderweise begründeten sie in dem Flugblatt die Zulagenkürzung mit einem Gerichtsurteil aus einem von der IG Drupa-Führern angestrengten Prozeß. (Die IG Drupa hatte gegen die unterschiedlichen Zulagenzahlung für die Kollegen der BN und des WK prozessiert und dabei prompt verloren, denn schließlich zahlt der Kapitalist diese Zulage ja „freiwillig".)

Von dem Hetzflugblatt konnten beherzte Bremer Bürger einige tausend aus dem Verkehr ziehen. Am Sonnabend, den 22.5., beschloß eine Vertrauensleuteversammlung keine Verhandlungen zu führen, sondern auf der Forderung nach Zurücknahme der Kürzungen zu bestehen. Sie erstellten auch ein Flugblatt, das der Kapitalistenhetze entgegentrat und ihre Streikziele erklärte.

Am Sonntag, den 23.5., fand eine Mitgliederversammlung mit etwa 250 Kollegen statt. Auf dieser Versammlung mahnte der niedersächsische Landesbezirksvorsitzende Leberecht-Lange die Kollegen zur „Friedenspflicht" und forderte sie zur Beendigung des Streiks auf. In dem Zusammenhang wurde auch bekannt, daß die Gewerkschaftsführung bereits eineinhalb Stunden nach Streikbeginn mit dem Kapitalisten Kontakt aufgenommen hatte!

Der Bremer Drupa-Vorsitzende Grobecker (SPD-Bundestagsabgeordneter) zeigte „Verständnis" und „Sympathie" für der Streik und versuchte das Image der Gewerkschaftsführer zu wahren.

Auf der Versammlung wurde beschlossen, den Streik ohne Verhandlungen weiterzuführen (der Betriebsrat hatte Lange gebeten, sich da rauszuhalten) und am Montagnachmittag um 17 Uhr eine Demonstration in der Stadt zu machen. Auf großen Beifall stießen verschiedene Solidaritätsadressen, besonders die von Mercator West-Berlin – die Kollegen spendeten 2.000 DM! – und von der Nordsee-Zeitung – hier sammelten die Kollegen 1.200 DM!

Am Sonntagabend wurde das Ergebnis, das zwischen den Drupa-Führern und den Kapitalisten hinter dem Rücken der Kollegen ausgehandelt worden war, bekannt. Im einzelnen sieht es vor:
- die Zulagenregelung der Bremer Nachrichten wird der des Weser-Kurier angeglichen (bei den BN gibt es 31 verschiedene, beim WK 15 Zulagen!);
- die Kollegen der Bremer Nachrichten werden neu eingruppiert und erhalten entweder höhere oder niedrigere Sätze;
- die neue Regelung gilt ab Juni, für Mai werden die alten Sätze gezahlt und keine Kürzungen;
- es sollen keine Maßregelungen gegen die Streikenden erfolgen;
- diese Zulagenregelung wird mit in den Arbeitsvertrag aufgenommen und gilt als Mindestzulage.

Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses schalteten sich sofort die bürgerlichen Medien ein, die vorher den Streik fast totgeschwiegen hatten, und forderten die Kollegen auf, am nächsten Morgen um 7 Uhr wieder zur Arbeit zu erscheinen. Am Montagmorgen lobten die Gewerkschaftsführer auf einer Betriebsversammlung das Verhandlungsergebnis, während Sprecher der Kollegen es als völlig undurchschaubar kritisierten. Vor allem dürfe nicht zugelassen werden, daß durch die neue Regelung auch nur ein Kollege weniger Lohn erhält. Es wurde eine Urabstimmung am Nachmittag und Fortsetzung des Streiks beschlossen.

In der Urabstimmung stimmten 213 Kollegen für und 81 gegen das Ergebnis (bei fünf Enthaltungen). **In der nächsten Zeit wird es für die Drucker darauf ankommen, bei den Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Verleger zu verhindern, daß ihr Streikerfolg dadurch zunichte gemacht wird, daß die Kollegen schlechter eingestuft werden. In diesen Verhandlungen hat die Belegschaft die Möglichkeit, auf die Festsetzung der Lohnhöhe Einfluß zu nehmen.** ●

KB/Gruppe Bremen

Ablehnung des Ergebnisses nach Städten und Betrieben:

Hamburg	63,8%
Broscheck	74%
Bauer	über 80%
Systemex	83%
Springer	57%
Auer	73%
Bremen	ca.56%
Bremer Nachrichten	60%
Weser-Kurier	69%
Europa Carton	über 80%
Flensburg	
Severin Schmidt	88%
Flensborg Avis	über 80%
Tageblatt	ca.40%
West-Berlin	
Druckhaus Tempeihof	70%
Mercator	65%
Springer	54%
Spandauer Volksblatt	88%
Hagedern	54%
de Gruyter	69%
Gedat	64%
Essen	
Girardet	73%
Graf. Anstalten	50%
Hannover	ca.46%
Hann. Allg.	50%

Die Führer der IG Druck und Papier standen vor dem Problem, den Streik nach einer sehr starken Radikalisierung zu einem „vernünftigen" Ende zu führen. Um den starken Widerstand gegen einen niedrigen Tarifabschluß zu brechen, wandten die DruPa-Führer verschiedene Tricks an: Sie versuchten den Eindruck zu erwecken, der Abschluß liege weit über sechs Prozent. Sie brachen die Kampfstimmung, indem sie die Urabstimmung fünf Tage nach Streikabbruch legten. Ihnen nutzte wieder einmal die Kampfabbruchklausel, nach der nur 25% dem Ergebnis zustimmen müssen.

Das Urabstimmungsergebnis ist aber keineswegs einheitlich. Es gab sehr unterschiedliche Ergebnisse. Allgemein kann festgestellt werden, daß die Ablehnung in den Großbetrieben weit über dem durchschnittlichen Ergebnis lag und die große Zahl der Kleinbetriebe in der Druckindustrie für das Annahmeergebnis den Ausschlag gab. Die Ablehnung des Ergebnisses ist dort am größten, wo linke und oppositionelle Gewerkschafter konsequent in den Streik eingegriffen haben und bereits seit längerer Zeit oppositionelle Politik gegen die Kapitulantenlinie der Gewerkschaftsführer betrieben. Kennzeichnend hierfür sind die Urabstimmungsergebnisse in Hamburg – wo mit 63,8% die Ablehnung am höchsten in der BRD war – in Westberlin und in Flensburg (Severin Schmidt: 88% Ablehnung).

Sechs Prozent – Korrektur der Lohnleitlinien

Für die Arbeiter bedeutet der Abschluß von sechs Prozent keine Verhinderung des Lohnraubs, wohl aber eine Änderung der bisherigen Abschlüsse von ca. 5,4%. Die unerwartete Radikalisierung der Arbeiter, die sich bereits in der ersten Urabstimmung der Druckindustrie zeigte, hat die Kapitalisten zur Korrektur der Lohnleitlinien nach oben veranlaßt. Der unübersehbare Profitaufschwung der Kapitalisten, die brutalen Preiserhöhungen (Automobile, Benzin) hat die Zurückhalte-Argumentation an die Adresse der Arbeiter unglaubwürdig gemacht. Den Führern der DruPa-Gewerkschaft kam die Aufgabe zu, diese Korrektur in für die Kapitalisten vernünftigen Grenzen vorzunehmen. Daher erklärt sich auch das radikale Auftreten der DruPa-Führer, das allerdings in krassem Gegensatz zum Abschluß und Zustandekommen steht.

Bereits die nachfolgenden Tarifabschlüsse (z.B. Chemie) sind dieser neuen Marke angepaßt worden. Doch bereits der unmittelbar nach dem gewerkschaftsoffiziellen Streik einsetzende spontane Streik der Bremer Druckarbeiter zeigt, daß die Rechnung nicht ganz aufging: Die betroffenen Arbeiter hatten noch die Kraft, dem erneuten Lohnraub auf die „kalte" Tour mit ihrer Kampfaktion zu begegnen.

Krampfhaft sind die Kapitalisten und die Bundesregierung bemüht, jede Diskussion um einen „Lohnnachschlag" zu vermeiden. Dies Thema war auch Gegenstand einer inoffiziellen Sitzung der „Konzertierten Aktion" am 25. Mai bei Kanzler Helmut Schmidt. Vertreten war hier die gesamte Führungscrème der Kapitalisten und der Gewerkschaften. Ganz offensichtlich diente diese Sitzung der Ausrichtung und Vorbereitung auf mögliche spontane Kampfaktionen der Arbeiter in diesem Jahr. Die Gewerkschaftsführer zogen dabei mal wieder voll mit: *„Die Repräsentanten der Gewerkschaften bekräftigten, ihre Treue hinsichtlich der Einhaltung bestehender Tarifverträge stehe außer jedem Zweifel"* („Handelsblatt", 26.5.76).

Für die Arbeiterklasse kann dies nur bedeuten, den Sommer und Herbst dieses Jahres wieder heiß werden zu lassen und den Kapitalisten ihre hemmungslosen Profitträume zu versalzen. Die bevorstehenden Bundestagswahlen sind zudem noch eine günstige Gelegenheit, die Forderungen nach mehr Lohn aufzustellen, denn weder Kapitalisten noch bürgerliche Parteien haben ein Interesse an Arbeiterunruhen gerade zu diesem Zeitpunkt. ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Urabstimmung in der Druckindustrie:

Zum Teil hohe Ablehnung der 6%!

Nach drei Wochen Kampf in der Tarifrunde der Druckindustrie wurden die Druckarbeiter zur Urabstimmung über das Ergebnis von sechs Prozent und 275 DM für April und Mai aufgerufen. Auf dieses Ergebnis hatten sich die Kapitalisten und die IG Druck und Papier nach einem sehr hart geführten Streik geeinigt. 55,7% der abstimmenden Gewerkschaftsmitglieder stimmten für dieses Ergebnis. Diese Zustimmung bedeutet allerdings nicht Zufriedenheit mit dem Tarifabschluß, sondern sie zeigt an, daß viele Arbeiter keine Möglichkeit für eine Fortsetzung des Kampfes sahen. Für einen Abschluß von sechs Prozent – das können wir mit Sicherheit sagen – hat keiner der Arbeiter gestreikt.

Zustimmung zum Drucktarifabschluß nach Landesbezirken:

Nordmark	40,6%
West-Berlin	45,2%
Hessen	51,0%
Nordrh.Westf.	52,7%
Niedersachsen	56,0%
Baden-Württ.	65,0%
Bayern	66,6%
Rheinland Pfalz	67,1%
Saarland	74,0%
Insgesamt	55,7%



Noch am Tag vor dem Tarifabschluß demonstrierten in Hamburg 1000 Druckarbeiter für ihre Forderungen.

Ausrichtung des Kapitalistenverbandes Druck

Der Drucker-Streik wurde von den Kapitalisten auch dafür genutzt, die eigenen Reihen schärfer auszurichten. Bereits mit dem Beschluß auszusperren gab es Widerspruch bei einer Reihe mittlerer und kleiner Betriebe, die natürlich einen Produktionsausfall schwerer verkraften als die Großbetriebe. Der Kapitalistenverband reagierte hart: Er schloß Mitglieder, die sich der Aussperrung widersetzten aus und setzte sie unter Druck. Scharf kritisiert wurden die sogenannten „Außenseiter": *„Nur wenige Außenseiter haben wir während der Aussperrungszeit erlebt,und für sie ist es kein Ruhmesblatt, gemeinsam mit einigen Blättern die deutsche Zeitungslandschaft strichweise bekleckert zu haben"* („druckwelt" 14/76, Organ der Druckkapitalisten). Typisch hierfür dürfte die Drohung an den Verlag der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (die selber keine Druckerei hat und auch nicht Mitglied im Verband ist) sein. Die „FAZ" hatte Kritik an der Verhandlungsführung der Kapitalisten geübt und forderte einen schnellen Abschluß. Der Bundesverband Druck drohte daraufhin der „FAZ" mit Anzeigenboykott.

Im Vorgehen in dieser Tarifrunde hat sich ganz klar die Schleyerlinie durchgesetzt. Schleyer war es auch, der die volle Unterstützung der Arbeitgeberverbände für die Druckkapitalisten öffentlich propagierte.

Nach der Tarifrunde: Drohung mit Entlassungen

Der Streik hat bei den Kapitalisten auch neue Überlegungen aufkommen lassen, den Druck der Zeitungen auf gesichertere Beine zu stellen, als die Arbeiter sie darstellen. Axel Springer demonstrierte in dieser Tarifrunde bereits über den Einsatz von ihm gekaufter Ex-Drucker als Streikbrecher, die er zu Angestellten machte, welchen Weg die Kapitalisten gehen wollen: Die hochmodernen Anlagen machen es möglich, mit geringstem Personalaufwand eine Zeitung zu drucken.

Ganz offensichtlich wollen die Kapitalisten – nachdem sie bereits in den letzten Jahren 30.000 Druckarbeiter entließen, 10.000 von ihnen sind heute noch arbeitslos – den Streik jetzt als Vorwand nehmen, die sowieso geplanten Rationalisierungen und Einsparungen beschleunigt durchzuziehen.

Gleichzeitig fordert der Kapitalistenverband dazu auf, die Belegschaften politisch durchzusieben: *„Es ist absolut legitim, sich vor Einstellung eines neuen Mitarbeiters dessen Papiere etwas genauer anzusehen und zu prüfen, ob man sich keine ‚Laus in den Pelz' einhandelt, die ganze Abteilungen rebellisch machen kann ... Das zu verhindern, sollten sich Unternehmer und Gewerkschaften gemeinsam zum Ziel machen"* („druckwelt" 14/76).

Für die Drucker heißt diese Entwicklung, sich in der kommenden Zeit verstärkt gegen Rationalisierungen zur Wehr zu setzen. Der Streik hat gezeigt: Ohne die Arbeiter läuft nichts – auch keine Zeitungen! ●

Druck-Komitee



Mercator West-Berlin: ein häufig anzutreffendes Bild während der Druckerstreiks. Polizei versucht gewaltsam, den Weg für die Kapitalisten freizumachen.

Broschek, Hamburg:

Betriebsräte verloren in zweiter Instanz

Fast ein Jahr lang versuchen die Kapitalisten der Druckerei Broschek, zwei linke Betriebsräte aus dem Betrieb, zumindest aus dem Betriebsrat zu feuern. Den ersten Arbeitsgerichtsprozeß gewannen die Kollegen, das Gericht wies die Anträge der Kapitalisten als unbegründet zurück.

In der jetzt stattgefundenen Berufung versuchten sie erneut ihr Glück, in der Hoffnung auf einen reaktionären Richter. Neben den alten Vorwürfen der „politischen Betätigung im Betrieb" – Anlaß hierfür war der Abdruck einer Resolution gegen eine geplante Veranstaltung der HIAG (Waffen-SS) in der Zeitung „Argumente" – wurden neue „Beweise" aufgefahren:

Anfang dieses Jahres hatten die beiden Betriebsräte zusammen mit anderen Kollegen ihres Betriebes eine gemeinsame Veranstaltung mit französischen Druckarbeitern organisiert. Im Aufruf hieß es: Die französischen Drucker wollen *„ihren westdeutschen Kollegen von ihren Kämpfen berichten, man wird gegenseitig Erfahrungen austauschen und voneinander lernen"*.

Die Kapitalisten sahen in der Tatsache, daß die Erfahrungen von Streiks, Betriebsbesetzungen und den Aktivitäten diskutiert werden, eine *„an die Mitarbeiter gerichtete Lernaufforderung"*.

Mit dieser Argumentation läßt sich fast jede Aktivität unterbinden, denn in der Tat sollte die Veranstaltung dem Lernen und Erfahrungsaustausch für den eigenen Kampf dienen.

Das Landesarbeitsgericht stimmte der Argumentation der Kapitalisten zu. Die beiden Betriebsräte haben beim Bundesarbeitsgericht Rechtseinspruch eingelegt. Bis zu einer Entscheidung können sie in Betrieb und Amt bleiben.

Das hier gefällte Urteil konsequent angewendet, bedeutet auch die Illegalisierung jeglicher gewerkschaftlicher Betätigung. Auch in den Gewerkschaften profitiert die Arbeit von sogenannten „Lernaufforderungen".

Dieses Urteil muß heute noch dazu herhalten, konsequente linke Kollegen rauszuschmeißen. Morgen schon kann es sich gegen die gewerkschaftliche Betätigung insgesamt richten, wenn wir nicht konsequent den Kampf gegen solche reaktionäre Rechtssprechung führen. ●

Das Urteil muß weg!

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kapitalisten brechen Tarifvereinbarung

Gleichzeitig mit dem 6%-Tarifbeschiß wurde zwischen Kapitalistenverband und der I.G. Druck und Papier ein sogenanntes Maßregelungsverbot vereinbart, in dem es unter anderem heißt: *„Jede Maßregelung von Beschäftigten aus Anlaß der Teilnahme an Arbeitskampfmaßnahmen in der Lohntarifauseinandersetzung für den Abschluß des Lohntarifvertrags vom 13. Mai 1976 unterbleibt oder wird rückgängig gemacht, falls sie bereits erfolgt ist"* (nach „Druck und Papier" Nr. 11/76).

Wie wenig die Druckkapitalisten gewillt sind, sich an diese Vereinbarung zu halten, zeigen die ersten jetzt bekannt gewordenen Fälle von Entlassungen, die sicher erst die Spitze des Eisberges bilden.

– Entlassung eines Kollegen bei Broschek/Hamburg wegen „Störung des Betriebsfriedens". Er hatte vor seiner Arbeitszeit die „Streik-Infos" im Betrieb verteilt. Die Kündigung des Kollegen ist inzwischen durch eine Einstweilige Verfügung als unwirksam vom Arbeitsgericht zurückgewiesen worden.

– Entlassung eines Kollegen beim Auer-Druck/Hamburg (Morgenpost) wegen Überstundenverweigerung und angeblicher Beleidigung eines Vorgesetzten.

– Entlassung einer Kollegin in der Druckerei Danckert ohne Angabe von Gründen. Der Grund ist aller-

post) wegen Überstundenverweigerung und angeblicher Beleidigung eines Vorgesetzten.

– Entlassung einer Kollegin in der Druckerei Danckert ohne Angabe von Gründen. Der Grund ist aller-

dings klar: Die Kollegin war in der Streikleitung des Betriebes.

– Entlassung eines Kollegen, der sich ebenfalls in der Streikleitung befand, bei der Offset-Firma Hansa-Siegelmarken. Dieser Kollege hatte sich für die unorganisierten Kollegen eingesetzt und Bezahlung ihrer Streiktage durch den Kapitalisten gefordert. Kündigungsgrund: Unpünktlichkeit.

– In der Münchner Reprofirma Colortechnik wurden drei Beschäftigte zum 1. Juli gekündigt. Anderen sollen übertarifliche Zulagen gestrichen werden.

– Die Druckfirma Roth/München will einen Betriebsrat, der der Streikleitung angehört hat, entlassen.

Gegen diese klar im Widerspruch zu dem oben genannten „Maßregelungsverbot" stehenden Maßnahmen der Unternehmer, gilt es für die bis jetzt betroffenen Kollegen offensiv vorzugehen.

Dazu gehört, die bekannt gewordenen Fälle in den Betrieben öffentlich zu machen, um so auch die I.G. Druck aufzufordern, gegen die Entlassungen sofort vorzugehen und dies auch als klaren Vertragsbruch von Seiten der Kapitalisten über eine Klage feststellen zu lassen.

Einen noch besseren Weg zur „Klärung von Vertragsbrüchen" der Kapitalisten beschritten die Drucker und Setzer der Aschaffenburger Tageszeitung „Main-Echo".

Aus Protest gegen die fristlose Entlassung eines Redakteurs, dem Ortsvorsitzenden der dortigen dju (deutsche Journalisten-Union), der sich mit dem Streik der Drucker und Setzer solidarisiert hatte, nahmen die Kollegen nach Ende des bundesweiten Streiks die Arbeit nicht wieder auf. Sie streikten so lange weiter, bis sich der Verleger nach zwei Tagen gezwungen sah, die Kündigung zu-

Setzer solidarisiert hatte, nahmen die Kollegen nach Ende des bundesweiten Streiks die Arbeit nicht wieder auf. Sie streikten so lange weiter, bis sich der Verleger nach zwei Tagen gezwungen sah, die Kündigung zu-

rückzunehmen.

Über den gleichen Weg wurden die gekündigten Kollegen bei der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" in den Betrieb „zurückgeholt". ●

GEGEN UNTERNEHMERBRUTALITÄT HILFT NUR ARBEITERSOLIDARITÄT

Druckkomitee

REUTLINGEN: 41 STREIKPOSTEN SCHLOSSEN SICH ZUSAMMEN

Die am 7. Mai während des Druckerstreiks vorübergehend festgenommenen 41 Gewerkschafter aus Reutlingen haben sich zu einem Komitee zusammengeschlossen, das erreichen will, daß die Ermittlungen gegen sie eingestellt werden. Es wird wegen Nötigung und unerlaubter Ansammlung ermittelt. Der Tatbestand: Der „Reutlinger Generalanzeiger" wollte am 7. Mai eine komplette Ausgabe herausbringen. In der Nacht davor versammelten sich an die 140 Gewerkschafter als Streikposten. Uniformierte Polizei versuchte, die Streikposten erst zum Abzug zu bewegen, die mit Arbeiterliedern („Bruder zur Sonne zur Freiheit", „Und weil der Mensch ein Mensch ist", „Bandera Rossa") antworteten. Ab 2.30 Uhr wurden die Streikposten dann gewaltsam weggeschleift. Vorher hatte die örtliche Streikleitung, nachdem die Polizei den Einsatz angekündigt hatte, die Streikposten „aus ihrer Pflicht entlassen" – ein opportunistisches Verhalten, das sicherlich noch ein innergewerkschaftliches Nachspiel haben dürfte. 41 Weggeschleifte wurden zur Polizei gebracht und registriert. Der letzte wurde erst um 7.20 Uhr morgens entlassen.

Das „Komitee der 41" verlangt neben der Einstellung der Ermittlungen auch, daß die Fingerabdrücke und Fahndungsfotos vernichtet und die 41 Namen aus der Kartei des Bundeskriminalamtes gestrichen werden.



„Ausgeschlossene rein in die Gewerkschaft!"

In vorderster Reihe der Streikfront der Hamburger Druckarbeiter waren immer wieder von der DruPa-Führung aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Kolleginnen und Kollegen zu finden.

Elf fortschrittliche Gewerkschafter waren im Frühjahr 1974 ausgeschlossen worden. Sie hatten den „Kreis oppositioneller Gewerkschafter" um die „Alternative" initiiert und waren gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse aufgetreten. Die Mehrheit der Ausgeschlossenen organisierte sich im „Verband ausgeschlossener Gewerkschafter" (VaG) um die *„Wiederaufnahme ausgeschlossener Gewerkschafter in eine DGB-Gewerkschaft zu betreiben"* und weiterhin organisiert *„für gewerkschaftliche Ziele in den Betrieben einzutreten"* (Satzung VaG).

Das vorbildliche Verhalten der Ausgeschlossenen während des Streiks (obwohl sie große finanzielle Einbußen hatten) und die Erkenntnis über die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung veranlaßte einige Kollegen, die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen in die Gewerkschaft zu organisieren. Bei Broscheck, Bauer und Sülter wurden Unterschriftensammlungen durchgeführt, in denen die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen gefordert wird. Als Beweis der praktischen Solidarität wurden z.T. Geldsammlungen zur finanziellen Unterstützung organisiert. Unter Beifall wurde auf der gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung am 22.5. die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen gefordert und allein den Kollegen die Entscheidung darüber zugesprochen, was gewerkschaftsfeindlich ist und was nicht.

Diese Initiativen stellen eine klare Absage an die Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführer und damit den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie insgesamt dar. ●

Druck-Komitee

GEW

GEW

GEW Westberlin

Frister droht zum x-ten Mal mit Ausschluß

Im AK 80 berichteten wir darüber, daß die Westberliner Landesvertreter-Versammlung der GEW mit fast 2/3 Mehrheit beschlossen hat, daß ausgeschlossene Mitglieder Gast- und Rederecht in der GEW haben sollen. Diesem Beschluß, der unmißverständlich gegen die undemokratische Politik der GEW-Bundesführung (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) gerichtet ist, folgte – wie zu erwarten – die Erpressung auf dem Fuß. Am 8. Mai beschloß der Bundesvorstand der GEW, daß der Westberliner Landesverband bis Ende August die Bundessatzung der GEW mit 3/4 Mehrheit zu übernehmen habe – andernfalls werde er liquidiert!
Die 3/4-Mehrheit ist notwendig, da die GEW-Bundessatzung faktisch eine Auflösung der bisher selbständigen Landesverbände bedeutet. Ein Westberliner Gericht hatte daher im März entschieden, daß die seinerzeitige Übernahme der Bundessatzung – die als wesentlichen Bestandteil die Ausschlußpraxis gegen Linke enthält – im Westberliner Landesverband ungültig ist, da sie nur mit 2/3 Mehrheit erfolgt war.

Die Westberliner GEW-Kollegen werden also vor die Alternative gestellt, entweder ihren Verband selbst aufzulösen und ihre innergewerkschaftlichen Rechte vollständig an die Bundesführung abzutreten, oder ausgeschlossen zu werden, wobei das letzte selbstverständlich nicht ohne weiteres möglich ist und eher mit einem Spaltungsversuch der Rechten zu rechnen ist.

Schlagartig erleuchtet dieser Vorgang noch einmal die Entwicklung in den bundesrepublikanischen Gewerkschaften: wo die Mitglieder Entscheidungen fällen, die der Knebelungspolitik der Gewerkschaftsführer widersprechen, da werden alle Masken der bürgerlichen Demokratie und „politischen Überzeugung" fallen gelassen – und zum Vorschein kommt die nackte Gewalt.

Aber die Ereignisse in Westberlin zeigen auch, daß ein Widerstand gegen diese Gewalt existiert und daß er nicht einmal durch die Opportunisten aller Schattierungen (von den „linken" Sozialdemokraten bis zur SEW) erstickt werden kann. Die Kollegen in den anderen Landesverbänden sollten sich von ihren Westberliner Kollegen ermutigen lassen, selbst in ihren Landesverbänden den Kampf für innergewerkschaftliche Demokratie und das heißt vor allem gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und den Ausschlußterror des GEW-Bundesvorstandes zu verstärken.

Und schon kommen die Trommler aus den Büschen: von allen







Seiten – gerade von sogenannten „fortschrittlichen Sozialdemokraten" – werden die Westberliner GEW-Kollegen, die ihre Entscheidung monatelang diskutiert hatten, bestürmt, sich doch der Erpressung zu beugen.

Kein Wort der Kritik – außer vielleicht im stillen Kämmerlein – hört man von diesen Kollegen an der Erpressungspolitik des GEW-Bundesvorstandes. Stattdessen wird wieder der „Realpolitiker" zur Schau gestellt und eine laaaangzeitige Änderung der innergewerkschaftlichen Situation versprochen.

Besonders infam ist es, daß sich der als recht liberal und „links" geltende Hamburger Landesverbandsvorsitzende Lemke dazu hergibt, den Westberlinern die Unterwerfung unter Fristers Drohung schmackhaft zu machen. Er will sich mit einem Brief an alle Westberliner Landesdelegierten wenden und versucht, sie dazu zu überreden, mit Dreiviertel-Mehrheit den eigenen Landesverband zu liquidieren und sich der Willkür der GEW-Spitze um Frister auszuliefern. Mit keinem Wort wendet sich Lemke gegen die Erpressung. Stattdessen bietet er den Westberliner Kollegen das Linsengericht des sogenannten „Hamburger Kompromisses" an, den die Westberliner übernehmen sollen.

In Hamburg war die Bundessatzung erst übernommen worden, nachdem mit einigen Wischi-Waschi-Formulierungen eine angebliche „Selbständigkeit" des Hamburger GEW-Landesverbandes in die Satzung geschrieben worden war. Die Selbständigkeit sah so aus, daß keine Woche nach der Übernahme der Bundessatzung zwölf Hamburger GEW-Mitglieder kaltlächelnd vom Bundesvorstand ausgeschlossen worden waren – unter krassem Bruch zwischen den „linken" Hamburger Sozialdemokraten mit Frister vereinbarten Anerkennung des „Kompromisses".

Das aber verschweigt Lemke in seinem Brief. Die Annahme des sogenannten „Kompromisses" hat sich nicht gelohnt – die Hamburger haben dafür nichts eingehandelt außer einigen beschwichtigenden Worten der „linken" Sozialdemokraten.

Wir können daher nur den Westberliner Kollegen empfehlen, auf solche verlogenen Ratschläge zu verzichten – und ihre Gewerkschaftspolitik auch zukünftig nicht von den Gnaden der GEW-Führer abhängig zu machen: **Keine Zustimmung zur bedingungslosen Übernahme der Bundessatzung! Eine Beugung unter die Erpressung lohnt sich nicht – aber gewiß der Widerstand gegen sie.**

Die fortschrittlichen GEW-Mitglieder in den anderen Landesverbänden aber haben jetzt die Aufgabe, nicht wie die hypnotisierten Kaninchen nach Westberlin zu gucken und eventuell die Zerschlagung dieses Landesverbandes durch die Gewerkschaftsrechte bedauernd hinzunehmen. Ihre Aufgabe ist es, **aktive** Solidarität zu zeigen. Und das heißt nicht, auf den nächsten Bundeskongreß 1977 zu warten und die Zurückkämpfung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse dort zu propagieren – wie es der KBW tut. Hier und jetzt müssen die Linken in der GEW prüfen, wie sie gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorgehen und insbesondere ihre Anwendung verhindern können. Dazu ist es auch nötig zu prüfen, welche Schritte möglich sind, um die Bundessatzung in ihrer absoluten Gültigkeit für die meisten Landesverbände zu Fall zu bringen. Im eigenen Landesverband den Protest gegen die GEW-Spitze verstärken, so daß diese ihre Zerschlagungsabsichten gegen den Westberliner Landesverband nicht verwirklichen kann – das heißt aktive Solidarität.

● **Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg**

Berichtigung
Im letzten AK waren zwei Fehler in der Berichterstattung über die Vorgänge im Westberliner Landesverband der GEW enthalten:
- **der mehrheitlich sozialdemokratische Landesvorstand ist nicht zurückgetreten, sondern seine Mitglieder waren zum Teil nicht mehr bereit, wieder zu kandidieren.**
- **Die Anerkennung der Bundessatzung bzw. Auflösung des Westberliner Landesverbandes kann nur mit Dreiviertel-Mehrheit erfolgen und nicht, wie geschrieben, mit Zweidrittel-Mehrheit.**

Personalratswahlen an Hamburger Schulen:

GEW wird stärkste Fraktion

Mitte Mai fanden Personalratswahlen an allen Hamburger Schulen statt. Aufgestellt hatten sich Kandidaten des reaktionären „Deutschen Lehrerverbandes" („DL") und der GEW.

Im Volks-, Real- und Sonderschulbereich stellten sich außerdem noch sogenannte „Unabhängige" unter dem Namen „Alternative" zur Wahl. Diese Liste wurde von der ehemaligen Personalratsvorsitzenden U. Koppe angeführt, die auch Mitglied des Hamburger Landesvorstandes der GEW ist. Diese Leute bekämpften die GEW-Liste, weil auf ihr auch Mitglieder der DKP kandidieren.

Die Fachgruppe VR und andere Gremien der GEW hatten verschiedentlich den Ausschluß der Spalterliste aus der Gewerkschaft gefordert, doch Vorstand und die Landesschiedskommission wollten es mit dieser reaktionären Tante nicht verderben (sie hat ja „sooo viel persönliches Ansehen") und kamen dem Mitgliederwillen bisher nicht nach.

Bei den Wahlen erhielten der „DL" einen, die „Alternative" zehn und die GEW zwölf Sitze; die GEW zieht damit als stärkste Fraktion in den Personalrat ein.

Da die GEW im alten Personalrat alle Sitze bis auf zwei innegehabt hatte, werteten die Rechten im trauten Einklang mit der Springer-Presse den Wahlausgang als verheerende Niederlage für die GEW.

Die alten GEW-Personalräte waren jedoch im wesentlichen mit Frau Koppes Mannschaft identisch gewesen. So gesehen ist der Einfluß dieser Herrschaften im neuen PR bis auf eine Stimme Mehrheit zusammengeschmolzen, während dagegen auf der GEW-Liste mehr fortschrittliche Kandidaten als zuvor durchgebracht werden konnten.

Trotz der Zweckpropaganda von ihrem „Wahlsieg" ist das Ergebnis keineswegs nach Wunsch der Rechten ausgefallen. In ihrem Wahlkampf gegen die GEW hatte Frau Koppe die Kandidaten der gewerkschaftlichen Liste als „opportunistische Gesinnungswandler" und „von außen gesteuerte Parteikommunisten" bezeichnet und die waghalsige Voraussage gemacht, die GEW werde nur noch *„als S p l i t t e r g r u p p e in den zukünftigen Personalrat einziehen"*. Diese „Splittergruppe" ist nun immerhin stärkste Fraktion geworden. Zum großen Bedauern von Koppe und Co. konnte auch die antikommunistische Stimmungsmache der Springer-Presse nicht verhindern, daß im zukünftigen PR GEW-Kollegen sitzen, die vom Berufsverbot betroffen sind.

Und noch ein wichtiger Aspekt: Die „Alternative" hatte sich stets darauf berufen, in der GEW selbst eine „schweigende Mehrheit" hinter sich zu haben, während die GEW-Liste sich nur auf eine aktive Minderheit stützen könne. Diese Argumentation wurde sogar vom Bundesvorsitzenden Frister unterstützt. Beabsichtigt war, durch einen Wahlsieg von Koppe und Co. diesen „Beweis" zu erbringen, um die Reaktionäre auch innerhalb der GEW an die Spitze zu katapultieren und den Widerstand des Hamburger Landesverbandes gegen die Formierung der GEW durch die Gewerkschaftsführer zu brechen.

Der Plan war gut – nur er klappte nicht. Das Wahlergebnis bestätigt die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der GEW und das demokratische Verfahren bei der Kandidatenaufstellung. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß bei einem schnellen Ausschluß der Rechten und einem aktiven Wahlkampf gegen deren Verleumdungskampagnen das Ergebnis noch besser hätte ausfallen können. Dies war den „linken" Sozialdemokraten in der Hamburger GEW-Führung jedoch offenbar ein zu „heißes Eisen". Die fälligen Konsequenzen müssen jetzt endlich gezogen werden: Koppe und Co., die sich ohnehin nur noch dem Namen nach vom „DL" unterscheiden, müssen rasch ausgeschlossen werden. Die GEW muß durch eine aktive Oppositionspolitik im PR zeigen, daß nur die von den Rechten heftigst angegriffene „Politisierung des PR" und das Schreckgespenst vom „Klassenkampf an den Schulen" eine wirkliche Interessenvertretung der Kollegen sein können.

● **Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg**

Da schmunzelt der AK-Leser

In einer Buchbesprechung über die Schrift „Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland" (herausgegeben u.a. vom Hamburger Bürgermeister Klose) heißt es in der „Hamburger Lehrerzeitung" der GEW (Nr. 8/76):

„Im Analyseteil erscheint ein spezieller Abschnitt über den Kommunistischen Bund (KB) erforderlich.

Empfehlenswert wäre es zudem, wesentlich mehr als nur drei Zeilen (vgl. Anm. 129 auf S. 77) über den KB zu schreiben. Schließlich ist diese Gruppe zum Beispiel in Hamburg allem Anschein nach neuerdings stärker geworden als etwa der KBW, dem die Studie immerhin über acht Seiten widmet."

Eine etwas schüchtern und übervorsichtig formulierte Kritik, aber ... immerhin realitätsbezogen! Die Autoren konnten sich übrigens auf die „wertvollen Hinweise" des GEW-Spitzels Petersen (siehe Artikel in diesem AK) stützen, der es als „Spezialist" ja eigentlich hätte besser wissen müssen.

SPD Nordrhein-Westfalen

Verschleierung der Lehrerarbeitslosigkeit auf Kosten der Frauen

Es geht das Gerücht, daß es in Nordrhein-Westfalen keine Lehrerarbeitslosigkeit gibt.
Was gibt es denn?
- 3.720 ausgebildete Lehrer unterrichten seit 1.2.76 nur die Hälfte der normalen Stundenzahl, verdienen folglich nur die Hälfte, d.h. weniger als während ihrer Ausbildung.
- Im Schuljahr 75/76 wurden in NRW insgesamt 7.000 Planstellen gestrichen, davon 11 % an Realschulen und Gymnasien, 7 % an Gesamtschulen und 20 % an Sonderschulen!
- Ebenso stehen dieses Jahr den 13.680 Hochschulabsolventen nur 11.800 vorgesehene Stellen gegenüber. D.h. 2.720 bekommen keinen Platz im Referendariat!

(Informationen nach GEW-NRW: „neue deutsche schule".)

In der „Westdeutschen Allgemeinen" vom 27.5. brachte SPD-Fraktionsvorsitzender Haak noch mehr Vorschläge für die Realisierung von „halben Beamten" der Zukunft: 7.000 weitere halbe Stellen mit halber Besoldung und Pension!

Der schärfste Hammer: Das Ganze wird nur „im Interesse der Lehrerinnen" (14.000 in NRW) gemacht, die sich dann mehr ihrer Familie widmen könnten! Haak rechnet weiter: *„Da die Frauen auf ihr halbes Gehalt verzichten müssen, wird die zusätzliche Beschäftigung von 7.000 Junglehrern ohne spürbare Mehrkosten möglich sein."*

Dies sollte jeder Frau über diese „Spezialdemokraten" die Augen öffnen. Auch in NRW denkt die Regierung wie auch die SPD nicht daran, etwas gegen die Lehrerarbeitslosigkeit zu tun. Sie soll vielmehr hauptsächlich auf den Rücken der Lehrerinnen abgewälzt werden.

Für die Einstellung aller Lehrer! Für gleiches Recht von Frau und Mann auf volle Einstellung! ●

Eine Genossin aus Bochum

Offenbach

Zwei Referendare in den Selbstmord getrieben

Innerhalb von nur neun Monaten haben sich in Offenbach zwei Referendare das Leben genommen.

Nach dem zweiten Selbstmordversuch einer Referendarin zu Ostern versammelten sich alle Referendare am 26. und 27. April und forderten die Ablösung der Seminarleitung im Studienseminar. Hintergrund dieser Selbstmorde ist die Angst, keine Stelle zu bekommen, der extreme Leistungsdruck und die scharfe Konkurrenz. Vielen Referendaren am Offenbacher Studienseminar ist durch diese Ereignisse bewußt geworden, daß nur im gemeinsamen Kampf gegen die Seminarleitung etwas zu erreichen ist. Sie fordern, daß Ausbildungsmaßnahmen nur noch mit ihrer Zustimmung zustandekommen. Jede weitere Zusammenarbeit mit der bisherigen Seminarleitung wurde auf der Vollversammlung aller Referendare von einer großen Mehrheit abgelehnt.

Schüler und GEW-Gruppen sowie Elternbeiräte und Referendare an Seminaren von anderen Bundesländern haben sich mit dem Kampf der Offenbacher Referendare solidarisiert.

● **Uni-Gruppe KB/Gruppe Frankfurt**

(Nach Informationen des „ID", 22.5.1976.)



ausländische Arbeiter in der BRD

Bewegungsfreiheit iranischer Genossen eingeschränkt

Anfang Mai erhielten zwei Genossen der CISNU in Gießen und einer in München eine Verfügung des Oberbürgermeisters, in der es unter anderem heißt: *„Nachträgliche räumliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis"* – in Gießen auf die Stadt und vier umliegende Landkreise, in München auf das Stadtgebiet. *„Reisen in das übrige Bundesgebiet können in dringenden Fällen nach vorheriger schriftlicher Anzeige durch die zuständige Auslandsbehörde gestattet werden"*. Bei Verstoß gegen die Polizeiverfügung wurde sofortige Ausweisung angedroht.

Konkret heißt das, daß die drei iranischen Genossen zukünftig das oben angegebene Gebiet nicht verlassen dürfen, ansonsten werden sie sofort ausgeliefert, und damit der **offenen Verfolgungsjagd durch die faschistische iranische Geheimpolizei SAVAK freigegeben.**

Als Grund für diese nur an Gestapo-Methoden oder an die Praktiken des südafrikanischen Rassistenregimes gegenüber der schwarzen Bevölkerung erinnernde Maßnahme werden Protestaktionen gegen das faschistische Schah-Regime in Den Haag, Paris und London angegeben, an denen die Genossen der CISNU teilgenommen hatten. Angesichts der Tatsache, daß das faschistische Regime im Iran nicht aufhört, das iranische Volk mit blutigsten Mitteln niederzuhalten und den antifaschistischen Kampf zu zerschlagen, sind die von Oberbürgermeister Schneider und Kronawitter verfügten Maßnahmen ein kaum zu überbietender Beweis für die „enge Freundschaft" zwischen der Bundesregierung und faschistischen Regimes. Damit wird wieder einmal mehr deutlich, wozu die Bundesrepublik bereit ist, wenn sie ihre Beziehungen zu dem faschistischen Regime „erheblich gestört" (Verfügung des OB) sieht. Nicht nur, daß der SAVAK in der Bundesrepublik freie Hand hat und dem Schah bei der Reise des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt 1972 nach Teheran zugesichert wurde, in der BRD eine Nachrichtensperre bezüglich der Repressionen im Iran einzuführen (siehe Iran-Report), nicht nur, daß in der BRD über 150 (!!!) iranische Offiziersanwärter ausgebildet werden, nun betätigen sich die westdeutschen Behörden sogar selbst als direkte Handlanger der SAVAK-Agenten, um zu verhindern, daß Informationen über die Verbrechen des faschistischen Schah-Regimes an die Öffentlichkeite kommen.

Angesichts der Tatsache, daß gerade in der letzten Woche wieder insgesamt 30 (!!!) iranische Antifaschisten hingerichtet und auf offener Straße ermordet wurden, müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, um den antifaschistischen Kampf des iranischen Volkes auch in der BRD zu unterstützen! ●

Eine Frankfurter Genossin

Immer mehr Ausländer in Illegalität gedrängt

Nach neuesten Schätzungen des Informationsamtes der Bundesregierung leben in der BRD derzeit etwa 180.000 Ausländer im „erwerbsfähigen" Alter, die weder als Erwerbstätige noch als Arbeitslose registriert sind. Während 1974 noch rund 80 % der in der BRD wohnenden Ausländer berufstätig waren, ist diese Zahl inzwischen auf 69,7 % abgesunken. Dabei sind die 1975 offiziell registrierten 80.000 arbeitslosen Ausländer noch nicht einmal eingerechnet. Damit ist die sog. „stille Arbeitsmarktreserve" in 2 1/2 Jahren um 900 % gestiegen (1974: 20.000, 1975: 100.000, 1976: 180.000)! („Sozialpolitische Umschau", 7.5.76).

Dieses Ansteigen der Zahl ausländischer Arbeiter, die ohne Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt legal zu bestreiten, sich dennoch in der BRD aufhalten, wird aus zugewanderten Familienangehörigen, heranwachsenden ausländischen Jugendlichen und Arbeitssuchenden aus anderen EG-Staaten erklärt (diese brauchen keine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis).

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich das zunehmende Elend ausländischer Arbeiter in der BRD, insbesondere der ausländischen Jugendlichen, die in der Regel keinerlei Aussicht auf einen Arbeitsplatz in diesem Land haben. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ebenfalls ein brutales System von Schwarzarbeit, zu der viele Ausländer gezwungen sind, um überhaupt überleben zu können.

Immer mehr Ausländer werden durch die verschärften ausländerfeindlichen Maßnahmen der BRD in eine Situation der Halblegalität bzw. Illegalität gedrängt, denn ohne Arbeitserlaubnis gibt es in aller Regel auch keine Aufenthaltsgenehmigung und die Ausweisung droht, sobald die Behörden Kenntnis davon bekommen. Es muß jeden fortschrittlichen Menschen immer wieder empören, mit welcher Selbstverständlichkeit die ausländischen Arbeiter in der BRD rein nach „arbeitsmarktpolitischen Nutzen" und wie wenig sie nach ihren menschlichen Bedürfnissen und Rechten betrachtet werden. ●

Emigrantenzelle



Frauen



„Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat"?

Wenn wir über die Frage streiten, ob die Forderung nach „Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat" eine richtige Forderung ist, so müssen wir uns erst einmal die Lage der Hausfrauen in der BRD etwas näher ansehen.

Es gibt keinen „Nur-Schweißer" und keinen „Nur-Buchhalter", erst recht keinen „Nur-Geschäftsführer". Aber die nicht berufstätige Frau „arbeitet" nicht, sie ist „nur" Hausfrau!

Nun leben in der BRD 14 Mio. dieser „Nur-Hausfrauen"; weitere 9,54 Mio. Frauen betreiben die Hausarbeit „nur" im Nebenjob und verdienen durch Teil- bzw. ganztägige Berufstätigkeit Geld (Angaben nach dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit).

Der folgende Artikel der „Arbeitsgruppe Frauen" des KB/Gruppe Hamburg hat zum Gegenstand die Lage der Hausfrauen und der berufstätigen Frauen, die Hausfrau im „Nebenberuf" sind. Es geht dabei darum, den gesellschaftlich notwendigen Charakter dieser Arbeit aufzuzeigen und die Berechtigung der Forderung nach „Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat" aufzuzeigen.

Um diese Forderung hat es in unserer Organisation Auseinandersetzungen gegeben, auf die der Artikel jedoch nicht näher eingeht. Dabei ist zum einen deutlich geworden, daß die Forderung nach „Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat" in der Tat nicht völlig unproblematisch ist, sondern Erläuterungen bedarf. So muß natürlich sichergestellt werden, daß in den Genuß eines Hausarbeitslohns nicht etwa die müßiggehenden oder - mit Hilfe von Hausangestellten - vielleicht im Haus mal eine Hand anlegenden Frauen der Bourgeoisie kommen. Dies wäre durch eine Bindung an den Lohn zu erreichen. Richtig ist auch, daß wir diese Forderung nicht losgelöst von der Forderung nach Vergesellschaftung der Hausarbeit und der Kindererziehung stellen dürfen. Das berücksichtigt der folgende Artikel. Falsch ist aber die Meinung mancher Genossen, diese beiden Forderungen a l t e r n a t i v zueinander zu stellen, also zu behaupten, man könnte nur das eine o d e r das andere fordern, und die Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat sei eine Ablenkung von der Forderung nach Vergesellschaftung der Hausarbeit. Es liegt auf der Hand, daß selbst nach der sozialistischen Revolution die Vergesellschaftung der Hausarbeit und Kindererziehung nicht auf einen Schlag geleistet werden kann. Es bliebe also selbst dann für einen Übergangszeitraum die Hausarbeit und Kindererziehung noch zu Teilen individuell, so daß die Forderung nach Bezahlung durch den Staat berechtigt bliebe.

Neben Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Vielschichtigkeit des Problems erklären, sind aber in der Diskussion auch Standpunkte aufgetreten, die letztlich frauen- und massenfeindlich sind. Sie besagen, daß eine Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat die Frauen in ihrem Bewußtsein zurückzerren würde; denn dann würden viele Frauen lieber zuhaus bleiben, statt berufstätig zu sein. Die Frauen hätten dann auch weniger Interesse an der Vergesellschaftung der Hausarbeit (bzw. der Teilung der Hausarbeit in der Familie), und ähnliche Argumente. Dazu meinen wir, daß es falsch ist, wenn wir als Kommunisten gegen eine ökonomische Forderung der Massen das Argument setzen, daß dadurch das Bewußtsein der Massen zurückgezerrt werden würde. Das Beispiel der Überstundenarbeit zeigt dies deutlich: Als Kommunisten wissen wir um die Schädlichkeit der Überstundenarbeit (besonders in der Krise): Spaltung der Arbeiterklasse, Schädigung der Gesundheit u.a.m. Aber wir würden einen schweren Fehler machen, wenn wir gegen die Bezahlung von Überstunden-Zuschlägen auftreten würden, „weil dadurch die Arbeiter eher verleitet werden, Überstunden zu machen, und weil es ihr Bewußtsein zurückzerrt". Letzten Endes hieße das, daß wir zuwenig Vertrauen in unsere politische Überzeugungsarbeit haben und stattdessen die Bewußtwerdung der Massen lieber den ökonomischen Zwängen des Kapitals anvertrauen (das beispielsweise die Frauen in die Produktion z w i n g t, ob sie nun wollen oder nicht) und diese Zwänge gegen die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ausspielen. Es wären in Fortsetzung dieser Argumentation dann auch Standpunkte gegen die Herabsetzung des Rentenalters (dadurch werden die Werktätigen ja früher aus der Produktion gerissen) oder gegen das Kindergeld möglich.

Abgesehen von einzelnen in der Tendenz frauen- und massenfeindlichen Argumenten betrachten wir die Diskussion um die in der Tat problematische Forderung nach „Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat" mit dem folgenden Artikel nicht als abgeschlossen. Wir würden es gut finden, wenn sich vor allem Frauengruppen an der Diskussion dieses Themas beteiligen.

AK-Redaktion

re fordern, und die Forderung nach sonders in der Krise): Spaltung der Arbei- AK-Redaktion

Wirtschaftlich ist die Frau total abhängig von ihrem Mann: Die Hälfte der Frauen bekommt Wirtschaftsgeld zugeteilt, ein Drittel erhält ein Taschengeld für persönlichen Bedarf. Über eigenes Geld verfügen die Haus-

Über eigenes Geld verfügen die Haus-frauen nicht. Die Hausfrau ist Putzfrau, Köchin, Waschfrau, Erzieherin und Hauslehrerin zugleich. Ihre Schwerarbeit wird nicht bezahlt.

Schon 1973 errechnete der Deutsche Sparkassenverlag, was eine Hausfrau verdienen würde, wenn ihre Arbeit entlohnt werden müßte:
1.900 DM bei einem 10-Stunden-Tag („Stern", 34/73)!

Laut Grundsatzurteil von 1968 stehen einer nicht berufstätigen Ehefrau und Mutter aber nur 3-5 % des Nettoeinkommens ihres Mannes zu - ein Almosen, das allerdings (wie auch den Lebensunterhalt der Frau) allein der Ehemann zu tragen hat.

Dabei ist die Arbeit der Tausenden „Nur"-Hausfrauen für den Staat und die Kapitalisten unentbehrlich:

- ▶ Der Mann kommt erledigt von der Arbeit nach Hause, die Frau möbelt ihn wieder auf, damit er am nächsten Tag weiterschuften kann für den Kapitalisten.
- ▶ Die Unternehmer und der Staat bekommen wohlerzogenen Arbeitskräftenachwuchs geliefert, ohne etwas dafür tun zu müssen.
- ▶ Ein Platz in der Krippe oder im Säuglingsheim kostet den Staat ca. 1.000 DM bis 1.200 DM monatlich. Bis auf die paar Mark Steuern, die Familienväter weniger zahlen, und das Kindergeld ist die Arbeit der Mutter unentgeltlich.

An Kindergärtnerinnen kann man sparen sowie an Lehrern und Ganztagsschulen, dank der Erzieherin und Schularbeitenaufsicht Mutter.

So kommt es nicht von ungefähr, daß in der Frauen-Enquete der Bundesregierung die Arbeitszeit einer Hausfrau im 4-Personen-Haushalt auf 60 bis 70 Stunden pro Woche angesetzt wird. Der Züricher Arbeitsphysiologe Professor Dr. Etienne Grandjesn zieht daraus den Schluß, daß der Einsatz von Haushaltsmaschinen in den letzten 15 Jahren die Arbeit der Hausfrau lediglich erleichtert (?), nicht aber verkürzt hat.

Das mit dem "erleichtert" scheint nun wirklich sehr übertrieben, denn: In der Zeit von 1950 bis 1973 hat das Müttergenesungswerk 1,7 Mio. Frauen in Erholung geschickt - fast die Hälfte von ihnen war vor Erschöpfung krankenhausreif („Stern", 34/75).

Das Bild der „deutschen Hausfrau"

Auf den Witzseiten der „Quick" wird sie als Putzteufel dargestellt, der nur mit zerzaustem Schopf und umgebundener Schürze herumläuft wie ein wildgewordener Handfeger. Ihr einziger Lebenszweck sind spiegelblanke Fußböden, ihre einzige Freude ist der Klatsch über die Nachbarin. Den Mann, der abends in der Kneipe nebenan sein bescheidenes Bier trinkt, erwartet sie mit dem Nudelholz in der Hand.

In der Werbung ist die Hausfrau entweder hübsch, jung und rank, nach dem Motto „Schöner Wohnen", oder mollig, ältlich und gutmütig. In jedem Fall wirkt sie dumm ein Wesen, das in seinem Kopf nichts anderes bewegt, als die Frage, ob „Dash" so weiß wäscht wie „Persil". Im Kino, wo ein „Hausfrauen-Report" den anderen jagt, erscheint sie gar als sexbesessenes Luder. Sie treibt es mit dem Briefträger, mit dem Fernfahrer, mal zu Hause, mal im Massagesalon: Küche, Kinder, Kirche oder Klitoris je nach Bedarf.

In der Presse a la „Bild-Zeitung" heißt es „Nur Hausfrau sein macht glücklich!" Und hier tun sich für die werktätigen Frauen in der BRD ungeahnte Möglichkeiten auf: „Jede Hausfrau ist ihr eigener Unternehmer!"

Spezielle Freß- und Haushaltszeitungen helfen den Hausfrauen ihre „Heim- und Herd-Idylle" zu verschönern.

Nicht mehr die berufstätige Frau ist „in", sondern das einkochende, selbstbackende, modebewußte, röcketragende Hausmütterchen finden wir heute wieder als Idealbild.

Und wem die ganze Sache noch immer nicht einleuchtend ist, dem kommt man mit ganz „wissenschaftlichen" Untersuchungen, wie der von Helge Pross über das Hausfrauendasein (1974).

Triumphierend wurde das Ergebnis festgestellt: Es sei eine Schlappe für die Befürworter der Frauenemanzipation!
Denn:

- ▶ Drei Viertel der 1.200 von H. Pross befragten „Nur-Hausfrauen" erklärten sich mit ihrem Leben „uneingeschränkt zufrieden";
- ▶ Zwei Drittel spielten mit dem Gedanken, in den Beruf zurückzukehren – aber die Frage, ob sie sich darauf vorbereiteten, beantworteten wieder 70 % der Befragten mit Nein;
- ▶ jede zweite Frau sei angeblich überzeugt, den Platz des Mannes im Berufsleben „niemals einnehmen zu können", angeblich auch nicht bei entspechender Ausbildung.
- ▶ Der Ehemann ist König; er darf „nicht durch Arbeit im Haushalt zusätzlich belastet werden", meinen angeblich 61 %. Nur jede Dritte könnte einen Mann respektieren, der die Hausfrauenrolle übernimmt.

„Die" Hausfrauen der BRD sind angeblich mehrheitlich:

- ▶ mit ihrem Leben zufrieden;
- ▶ betrachten Hausarbeit als „befriedigende Aufgabe";
- ▶ fühlen sich nicht isoliert, und
- ▶ würden auch dann nicht arbeiten, wenn die Kinder einen Krippen- oder Hortplatz hätten. (Also brauchen keine neuen Kindergärten gebaut werden?!)

Bloß: Wie sieht für eine Arbeiterin die Alternative zum Hausfrauendasein aus? Doch nicht einmal ein Leben, wie ihr Mann es führt: Acht bis zehn Stunden Fabrikarbeit, fertiges Abendbrot und „Feier"abend, sondern: Fabrikarbeit, Haushalt, Kinder – also D o p p e l b e l a s t u n g! Auch die weitverbreitete Erfahrung von Arbeiterinnen, am Fließband fühle man sich auch nicht weniger isoliert als zu Hause, ändert nichts daran, daß die enorme Arbeitsbelastung einer Hausfrau eben nicht als gesellschaftlich nützliche und unverzichtbare Arbeit anerkannt wird, sondern als unbezahlte „Privatsache" ihr allein aufgebürdet bleibt.

Dieses allerdings soll sich nun angeblich ändern!...



„Viele schöne Worte sprengen unsere Ketten nicht!"

Der große Schlager vor ca. zwei Jahren war das „Muttergehalt".

Die CDU wartete mit einem Stufenplan auf. Stufe 1:

Während des ersten Lebensjahres eines Kindes sollten 300 DM monatlich abfallen für verheiratete Mütter und 700 DM für alleinstehende Mütter.

In Stufe 2 sollten auch die Mütter der Kinder bis zu drei Jahren beschert werden.

400 DM (700 DM) wollte die SPD rausrücken. Warum nicht 300 DM?

„*Wenn eine Frau aus wirtschaftlicher Notwendigkeit arbeitet* (das tun ca. 90 % aller erwerbstätigen Mütter! Anm. AK) *kann sie für 300 DM doch kaum zuhause bleiben*" (K. Focke).

Mit 100 DM laut K. Focke läßt sich das also viiiiel, viel eher machen!!? Man braucht sich wohl kaum die Illusion zu machen, Versprechen – heißen sie nun Hausfrauenlohn oder Muttergehalt, Erziehungsgeld, Babyjahr, mehr Kindergärten und Ganztagsschule oder Kindergeldreform – wären dazu da, das Schicksal der Hausfrauen zu erleichtern oder gar d i e zur Kasse zu bitten, die von ihrer Leistung profitieren.

Der „Kurswert" der Hausarbeit richtet sich niemals nach ihrem gesellschaftlichen Nutzen, sondern nach dem Arbeitskräftebedarf der Kapitalisten und der Ausgaben – bzw. Sparpolitik des Staates. Braucht der Kapitalist Frauen für die Fabrikarbeit, wandelt sich automatisch das Frauenbild: Dem Ideal der „emanzipierten" (= berufstätigen) Frau wird Popularität verschafft, die „Nur Hausfrau" wird zur Drohne. Wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, dann muß er gehen – so sieht oftmals die Situation der berufstätigen Frauen aus, die im Zuge der Rationalisierung massenhaft von ihren Arbeitsplätzen vertrieben werden. Und ihnen macht man dann auch das Hausfrauendasein wieder schmackhaft. Die Versprechungen und Lockmittel wie Hausfrauenlohn, Erziehungsgeld, Mutterlohn braucht man halt nicht so schnell einzuhalten, wenn überhaupt jemals.

Ein kurzer Beweis:

Im April '75 wurde der zweite Familienbericht vorgelegt. Eine „unabhängige Sachverständigen-Kommission" machte den Vorschlag eines Erziehungsgeldes für nicht berufstätige Mütter. Frau K. Focke sah es als ihre vornehmste und dringendste Aufgabe an, in erster Linie geltend zu machen, daß auf absehbare Zeit für solche Unterstützung von Müttern, denen die Befürworter eines Erziehungsgeldes die Erwerbstätigkeit „ersparen" wollen, keine öffentlichen Mittel zur Verfügung stehen.

Dafür veranschlagte 12 Milliarden DM, würden zwar die Ehe honorieren, aber hätten „keinen spezifischen familienpolitischen Nutzen"!

Hier sehen die Frauen, was sie von solchen Versprechungen zu halten haben! Im Übrigen: Das Interessante an dem Familienbericht war auch noch, daß gleichzeitig ein Reformvorschlag, nämlich die Ausbildungsförderung vom elterlichen Einkommen unabhängig zu machen, ebenfalls abgelehnt wurde. Ebenso verwarf die Bundesregierung den Vorschlag der Kommission, das staatliche Kindergeld degressiv zu staffeln, es also umso höher festzusetzen, je niedriger das Einkommen ist, und es von einer bestimmten Einkommenshöhe an ganz zu streichen.

Ebenso wie um diese Reformen und viele andere mehr, ist es auch ums „Muttergehalt" still geworden.
und viele andere mehr, ist es auch ums „Muttergehalt" still geworden.
Die 4,6 Milliarden (soviel hätte der 2-Stufenplan der CDU z.B. jährlich gekostet) sind halt zu viel, wo wir doch alle sparen müssen! ...

Was ist von den Forderungen nach Bezahlung der Hausarbeit zu halten?

Demagogisch und für den Wahlkampf mobilisierend, knüpfen die bürgerlichen Parteien an der Lage der Hausfrauen an. Mit reaktionärer Hetze gegen berufstätige Mütter zieht die CDU ins Feld. Gerade ihr ist nicht abzunehmen, eine Forderung, die an den berechtigten Interesse der Frauen anknüpft, auch nur im entferntesten durchsetzen zu wollen. (Erinnert sei nur ans „Babyjahr"). Demagogisch will sie sich sozial geben, um gleichzeitig reaktionäres Gedankengut über die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter verbreiten zu können.

Wie es die SPD mit den Interessen der Frauen hält, haben wir auch oft genug erlebt. In Anbetracht der staatlichen „Spar"politik wird sie sich einen „Luxus" von Reform natürlich nicht erlauben können.

Einerseits ist dem bürgerlichen Staat die Bezahlung der Hausarbeit viel zu teuer. Auf der anderen Seite würde mit der Bezahlung der Hausarbeit (die bisher als gesellschaftliche Arbeit ja geleugnet wurde) die jahrhundertlang umsonst geleistete Arbeit gesellschaftlich anerkannt werden. Damit würde natürlich auch ein Pfeiler des Kapitalismus, die Doppel - ausbeutung der Frau, angetastet werden.

Forderungen nach Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat, eigene Rentenversicherung und Krankenversicherung sind berechtigt, um die Lage der Frauen im Kapitalismus zu verändern und zu verbessern.

Erst bei Massenkämpfen größeren Stils werden wir diese Forderung durchsetzen können, allerdings verbunden mit der Forderung nach einer neuen Organisierung der Hausarbeit. Unser Ziel muß letztlich sein, die private Hausarbeit selbst abzuschaffen und damit die Hausfrauen aus der Abhängigkeit von Kindern und Ehemann zu lösen und ihre Tätigkeit zu der öffentlichen Aufgabe zu machen, die sie ihrer Natur nach ist.

Schaffung von Wäschereien, Gemeinschaftsküchen, Kindergärten, Kinderkrippen und Tagesstätten sind Vorausssetzung für eine selbständige Existenz der Frau.

Kollektivierung der Hausarbeit und gleichberechtigte Aufteilung des noch verbleibenden Restes auf alle Familienmitglieder ist unsere Forderung. Kollektivierung der Kindererziehung eine unbedingte Voraussetzung! ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Wie geht's weiter mit dem Kampf gegen den § 218 ?

Am 23. Mai fand in Frankfurt wieder eine Arbeitstagung der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" statt, in der auch wir mitarbeiten. Vertreter aus 11 Städten waren gekommen. Neben den Berichten der einzelnen Städte über ihre Aktivitäten seit der 3. Lesung im März war die Diskussion über die weitere Arbeit der „Aktion" wichtigster Tagesordnungspunkt. Hierzu hatte die Freiburger Gruppe ein Papier vorgelegt, um das eine sehr rege Diskussion ablief. Wir wollen an dieser Stelle noch einmal auf die letzte Diskussion und das Freiburger Papier eingehen, um unsere Position deutlicher zu machen.

Die Freiburger Gruppe vertritt den Standpunkt, daß die Perspektive für den Kampf gegen den § 218 die Selbsthilfe ist. Außer der konkreten Hilfe für die Frauen, die nicht warten können, bis der § 218 abgeschafft ist, soll die Selbsthilfe als Kampfmittel eingesetzt werden, d.h. als *„öffentlich propagierte und massenhaft durchgeführte Nichtanerkennung des § 218, um so den bürgerlichen Staat in eine Situation zu bringen, in der ihn die Konfrontation mit einer Massenbewegung, die dieses Gesetz offen bricht, teuerer zu stehen kommt, als ein Konflikt mit dem BVG und eine Zurücknahme der richterlichen und parlamentarischen Entscheidung"*.

Weiter vertritt die Freiburger Gruppe den Standpunkt, daß das Abflauen der Bewegung gegen den § 218 seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes durch nationale Aktionen wieder in Gang gesetzt werden muß.

„Seit den Aktionstagen im Oktober letzten Jahres hat es die „Aktion" nicht verstanden, zentrale Initiativen zu starten und dadurch als nationale Kraft innerhalb der § 218-Bewegung in Erscheinung zu treten ...

Gerade in Zeiten des Abschwungs der Bewegung ist es vollkommen falsch, die örtlichen Gruppen ihrem Schicksal zu überlassen und anzunehmen, diese Gruppen könnten allein durch geduldige Wühl- und Forschungsarbeit hinsichtlich der spezifischen Situation am Ort an Attraktivität gewinnen und der Bewegung wieder auf die Beine helfen. In einer solchen Situation sind nationale Initiativen für eine erfolgreiche Arbeit der lokalen Gruppen besonders notwendig, da sie Mobilisierungsziele angeben, auf die die Gruppen ihre Aktivitäten hinorientieren können, die die einzelnen Gruppen nicht länger als versprengte, ohnmächtige Häuflein, sondern als Bestandteile einer nationalen Kraft erscheinen lassen, die in der Lage ist, gut organisierte und erfolgversprechende Aktionen durchzuführen".

Als konkrete Ziele werden angegeben: Organisierung eines nationalen Abtreibungstribunals - Durchführung einer Selbstbezichtigungskampagne - Organisierung von Rundfahrten eines Informationsbusses zum § 218, Abtreibungskliniken, Verhütungsmittel.

Richtig scheint uns an der Freiburger Kritik, daß die „Aktion" in der Tat nicht genug getan hat, um *„als nationale Kraft innerhalb der § 218-Bewegung in Erscheinung zu treten"*, was unserer Meinung nach insbesondere bedeutet hätte, eine Alternative zu den KBW-„Komitees" und ihrer Volksentscheids-Propaganda darzustellen.

Die richtige Schlußfolgerung scheint uns aber daraus nicht zu sein, sich auf „zentrale Aktionen" (etwa im Sinn von nationalen Kongressen) zu orientieren.

Wie würden nationale Aktionen zur Veränderung des Kräfteverhältnisses beitragen? Im Augenblick muß man davon ausgehen, daß z.B. ein Kongreß nur die aktivsten Teile der Bewegung anziehen würde, die dort sicherlich Erfahrungen austauschen könnten (in diesem Sinn halten wir eventuell regionale Treffen für sinnvoll). Nicht erwarten sollte man aber, daß man darüberhinaus andere Menschen mobilisiert.

Vielmehr kommt es unserer Meinung nach vor allem darauf an, zentral koordinierte Kampagnen zu führen, also die Koordination auszubauen und eine zentrale Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Nicht richtig scheinen uns spektakuläre Aktionen, die kurzfristig vielleicht „Eindruck" machen, sondern notwendig scheint uns eine Verstärkung der alltäglichen Kleinarbeit, die von Zeit zu Zeit in zentralen Kampagnen zusammengefaßt werden müßte.

Unsere Aufgabe muß es sein, m e h r Menschen zu mobilisieren zur aktiven Beteiligung am Kampf gegen den § 218, und mit ihnen zusammen konkrete Aktionen zu planen. Dies passiert in erster Linie am Ort, wo wir arbeiten. Es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, wir könnten diesen Menschen, denen die Funktion des § 218 klar sei, keine Perspektive mehr geben. Die Perspektive ist, daß sie sich am Kampf gegen den § 218 beteiligen und selbst mehr Menschen davon überzeugen. Als Hebel bzw. Ansatz für ein aktiveres Bekämpfen des § 218 sehen wir in erster Linie immer noch die Arbeit an einem Informationsblatt. Darin kann außer noch breiteren Enthüllungen über Sauereien im Zusammenhang mit dem Abtreibungsparagraphen und Solidaritätserklärungen ein Informationsaustausch über die Arbeit am Ort und eine öffentliche Auseinandersetzung über die Perspektiven der Arbeit stattfinden. Ein Informationsblatt bietet außerdem die Möglichkeit, neue Menschen daran zusammenzuschließen.

Der Kampf gegen den § 218 kann aber unserer Meinung nach nur eine längerfristige Perspektive erhalten wenn er verbunden wird mit a l l e n Seiten der besonderen Unterdrückung der Frau. Diesen Kampf (gegen den § 218) i s o l i e r t wachhalten zu wollen, von anderen Problemen der Frauen losgelöst (wie es den KBW-Komitees vorschwebt), kann nur zum Zusammenbruch führen. Nachdem der § 218 juristisch besiegelt ist, kann der Kampf aber nur mit einer längerfristigen Perspektive erfolgreich sein. Daher sollte die „Aktion" stärker die Zusammenarbeit mit Frauengruppen und politischen Gruppen suchen, die sich mit den Problemen der Frauen insgesamt befassen (oder auch mit anderen Teilaspekten als gerade dem Kampf gegen den § 218), was natürlich nicht heißt, die Zusammenarbeit und Koordination mit solchen Gruppen abzuschwächen, die sich aus irgendwelchen Gründen heute n u r mit dem Kampf gegen den § 218 befassen wollen.

Für falsch halten wir daher die Argumentation des Vertreters der GIM, die Existenzberechtigung der „Aktion" in Frage zu stellen, da die Massenbewegung gegen den § 218 abgeflaut sei, und „abzuwarten", bis wieder Angriffe gestartet werden, um d a n n erneut einzugreifen. D.h., sich also nur noch zu treffen, wenn „was anliegt", und somit den Kampf gegen den § 218 nur noch defensiv zu führen. Richtig finden wir vielmehr eine kontinuierliche Arbeit, was aber eben die Ausdehnung der Aufgaben der „Aktion" auf Frauenprobleme insgesamt voraussetzt.

Auf der ersten Sitzung des Koordanationsausschusses (KA) der „Aktion", zu dem wir nicht eingeladen waren, wurde außerdem über das Stimmrecht der politischen Organisationen im KA gesprochen. Auf der Arbeitstagung davor war festgelegt worden, daß sowohl die arbeitenden Koalitionen in der „Aktion" wie auch die Vertreter der politischen Organisationen ein Stimmrecht haben sollten. Von einer SB-Vertreterin aus Bielefeld war die Forderung gekommen, dies wieder rückgängig zu machen, also den politischen Organisationen kein Stimmrecht zu geben. Dies wurde damit begründet, daß die „Aktion" sonst zu einer Aktionseinheit linker Organisationen „degenerieren" würde, daß eine Arbeit der pilitischen Organisationen nicht zu kontrollieren sei, daß man ihnen keine Sonderrechte (?) einräumen dürfe, usw. Wir haben daraufhin eine Stellungnahme abgegeben, in der wir deutlich zu machen versuchten, daß von unserer Organisation eine Arbeit im Interesse der Frauen und der „Aktion" geleistet wurde, was auch an Hand unserer Publikationen und unserer praktischen Arbeit (z.B. in Hamburg) abzulesen ist, und daher ein Stimmrecht für unsere Organisation gerechtfertigt ist. Hierüber wurde auch auf der letzten Arbeitskonferenz diskutiert, wobei sich die Mehrheit der örtlichen Vertreter gegen ein Stimmrecht unserer Organisation aussprach. Es wurde insofern ein kleines „Zugeständnis" gemacht, daß gesagt wurde, wir könnten ja als Hamburger Vertreter der „Aktion" ein Stimmrecht bekommen. Wir halten dies nach wie vor für eine „faule" Argumentation, wohinter ein Mißtrauen gegenüber unserer Organisation deutlich wird, das wir nicht verstehen. ●



Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg

Elf Ärzte wegen Abtreibung vor Gericht

Die Hamburger Ärztekammer hat gegen bisher elf Ärzte, die sich vor zwei Jahren selbst bezichtigt hatten, *„daß ich ohne finanziellen Vorteil Abtreibungen vorgenommen oder Frauen zur Abtreibung verholfen habe und daß ich das weiterhin tun werde"*, ein Berufsgerichtsverfahren eingeleitet.

Gegen weitere elf Ärzte steht ein solches Verfahren noch bevor. Die betroffenen Ärzte hatten 1974 während der Debatte um den § 218 zusammen mit 307 weiteren Ärzten diese Selbstbezichtigung unterschrieben.

Die elf Ärzte sind ohne mündliche Verhandlung *„wegen eines Verstoßes gegen die ärztlichen Standespflichten"* mit einem Verweis bestraft und zur Zahlung der Verfahrenskosten verurteilt worden.

Das Berufsgericht ist zu der Ansicht gekommen, *„daß es offen bleibe, ob die Beschuldigten eine Abtreibung begangen hätten oder nicht"* („FR", 15.5.76).

Damit wird also nicht nur die „Tat" als solche nach dem neu gefaßten § 218 verurteilt, sondern schon die Einstellung der Ärzte, die Abtreibungen befürworten, soll bestraft werden.

Weg mit dem § 218!
Solidarität mit den betroffenen Ärzten und Frauen! ●

Gewalt an Frauen: Frauen immer selber schuld?

Nachdem der tobende Ehemann den Fernseher auf die Straße gefeuert hatte, holte er ein Küchenmesser und bedrohte seine Frau damit. Er verletzte sie damit am Po. Die Schreie der Frau alarmierten die Nachbarn, und der Mann kam wegen gefährlicher Körperverletzung vor das Gericht.

Nun wird in der üblichen Manier der bürgerlichen Presse dieser Fall von Gewalt an Frauen verharmlost, ja geradezu „witzig" beschrieben: *„Wie ein Messerheld sah der biedere Handwerker nicht aus"* („Mopo", 15.5.76). Und außerdem habe die Ehefrau sowieso selbst Schuld, daß sie verletzt wurde: Sie sei ihm eben ins Messer gelaufen. Sie habe sich gebückt *„und sich dabei selbst aufgespießt"*.

Die Frau hat vor Gericht den wirklichen Tatbestand nicht dargestellt, sodaß das Verfahren gegen den gewalttätigen Ehemann eingestellt wurde. ●

Aktion „Frauen nehmen Frauen mit"

Frauen, die es sich „erlauben", mit derselben Selbstverständlichkeit per Anhalter zu fahren wie die Männer, sind dem Risiko der Vergewaltigung oder Belästigung ausgesetzt.

Eine Möglichkeit, sich vor Vergewaltigung zu schützen und sich freier bewegen zu können, ist die Aktion der Bochumer Frauengruppe „FRAUEN NEHMEN FRAUEN MIT", die im Frühjahr gegründet wurde. Denn:

- ▶ Oft werden Frauen beim Trampen vergewaltigt (1/4 aller Vergewaltigungen passieren im Auto). In Bochum auf der Strecke UNI/Stadt (die Uni liegt weit außerhalb des Stadtkerns) wird jeden 2. Tag eine Tramperin vergewaltigt.
- ▶ Noch viel häufiger werden Frauen beim Trampen von Autofahrern belästigt.

Eine Frau wird zwar beim Trampen schneller mitgenommen als ein Mann, aber doch nur, weil viele Männer sich etwas davon erhoffen, wenn sie eine Frau mitnehmen.

Die Frauen weisen weiter darauf hin, daß sie nicht aus Jux und Dollerei trampen, sondern darauf gerade in Bochum angewiesen sind, da die Verbindungen öffentlicher Verkehrsmittel katastrophal und die Fahrpreise viel zu hoch sind.

Die Frauengruppe in Bochum hat Rote Punkte mit der Aufschrift "FRAUEN NEHMEN FRAUEN MIT" verteilt, die an der Windschutzscheibe befestigt werden sollen, um

- ▶ allgemein auf diese Aktion aufmerksam zu machen;
- ▶ um Tramperinnen zu zeigen: Hier kannst du gefahrlos mitfahren;
- ▶ um die Autofahrerinnen selbst immer wieder daran zu erinnern, Tramperinnen mitzunehmen.

(Aus „Informationsdienst"Nr.125).
Eine nachahmenswerte Initiative auch für andere Städte! ●

SSB Frauengruppe Hamburg

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" – einklagbar!

„Im Kampf gegen die Diskriminierung in der Arbeitswelt haben die Frauen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) einen bedeutsamen Erfolg errungen. Zu verdanken haben sie ihn einer ehemaligen Stewardess. Denn im Fall Gabrielle Defrenne entschied der Europäische Gerichtshof in Luxemburg im vorigen Monat, daß der im EWG-Vertrag verankerte Grundsatz vom 'gleichen Lohn für gleiche Arbeit' für alle Mitgliedstaaten der EG verbindlich ist und vor nationalen Gerichten eingeklagt werden kann. Frau Defrenne zog vor Gericht, weil sie laut Tarifvertrag mit 40 den Dienst an Bord quittieren mußte, während ihre männlichen Kollegen weiterarbeiten und weiter verdienen durften". („FR", 18.5.76).

Das Urteil ist ja ganz schön, aber welche der Millionen unterbezahlter Frauen in Europa kann es sich schon leisten, vors Gericht zu ziehen! ●

In der Schweiz immer noch Frauen ohne volles Wahlrecht

Mit Molinis im Schanfigg hat eine weitere der 219 Bündner Gemeinden den Frauen das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene zuerkannt. Somit sind in Graubünden heute die Frauen in noch rund 60 Gemeinden ohne die volle politische Gleichberechtigung.

(„Neue Zürcher Zeitung", 13.5.76). ●

„Wie man jung bleibt"

„Sex hält die Frauen jung, die Männer aber nicht ... Männer sollten täglich auf keinen Fall länger als sieben Stunden schlafen" rät eine Wissenschaftlerin („Bild" 15.5.76).

Wer kann schon länger als sieben Stunden am Tag schlafen? Hauptsächlich doch wohl die Kapitalisten und ihre Handlanger! Die sollen ruhig im Bett bleiben. Wir wollen gar nicht, daß die so alt werden! ... ●

England

Preissenkung in Abtreibungskliniken

In England sinken die Preise in den privaten Abtreibungskliniken. Jede Klinik will die andere unterbieten, da die Zahl der Patientinnen in diesem Jahr um 40 % zurückgegangen ist.

Eine Abtreibung kostet jetzt statt 400 Mark nur noch rund 300 Mark. („Bild", 15.5.76) ●

Italien

Frauensender

Italienische Frauen haben einen eigenen kleinen Sender eingerichtet. Eine Gesetzeslücke nutzen derzeit etwa 200 kleine Sender.

„Radio Donna" ist mehrere Stunden pro Tag zu hören. *„Zielgruppen sind vor allem Hausfrauen, deren Bewußtsein für Emanzipationsfragen geschärft werden soll.* Themenbeispiele: „Lohn für Hausarbeit" oder „Die verborgene Gewalt in der Familie" („Spiegel", 13/76). ●

§ 218: Pfaffen hetzen weiter

Anläßlich der endgültigen Verabschiedung des „neuen" § 218 tönen die katholischen Pfaffen wieder aus allen Rohren: Kardinal Döpfner, Vorsitzender der Bischofskonferenz, erklärte: Die *„Neufassung"* sei ein *„verhängnisvoller Rückschritt in der Entwicklung des sittlichen und rechtlichen Bewußtseins, erschüttere das Fundament des Rechtsstaates, zerstöre das sittliche Bewußtsein vieler Bürger und mache die Gesellschaft unmenschlicher"* („FAZ", 21.5.76).

Folgerichtig darf natürlich ein abtrünniges Schäfchen aus Döpfners Herde, das sich an einer Abtreibung beteiligt hat, nicht mehr in den „Genuß" der kirchlichen Sakramente gelangen. Und „kampfstark" droht er: *„Ich sage hier mit aller Deutlichkeit: Wir werden uns mit der verabschiedeten Novelle nicht abfinden !"* („FR", 21.5.76).

Selbst jetzt, wo noch nicht einmal eine Ruine der von der SPD versprochenen Reform des § 218 übriggeblieben ist, wettert der vereinigte Klerus mit allen Geschützen gegen die Abtreibung. **Zu den unmenschlichen Folterungen und dem Völkermord der Faschisten in vielen Teilen der Erde haben sie solche Worte noch nie gefunden!** ●

„Tip" für Abtreibung gegeben – 400 DM Geldstrafe

(aus § 218-Info, Mai 76, Gruppe Stuttgart)

In Südwürttemberg wurde eine Frau zu einer Geldstrafe von 400 DM verurteilt. Die Frau gilt jetzt 5 Jahre lang als vorbestraft. Grund: Sie hatte einer verzweifelten Kollegin die Adresse eines (bundesdeutschen) Arztes gegeben, der mit Spritzen und Tabletten Abtreibungen durchführt. Das war „Beihilfe zur Abtreibung". Die Frau ist arbeitslos und kann das Geld selbst nicht aufbringen. In ihrem (katholischen) Dorf gilt sie jetzt als Verbrecherin. Inzwischen hat das Tübinger Frauenzentrum ca. 200 DM gesammelt, die Stuttgarter AKTION und das Stuttgarter Frauenzentrum haben Infostände gemacht und ebenfalls Geld gesammelt. Ex-Minister Ehmke sowie SPD-Kreisvorstand Conradi hatten für die Frau die „beachtliche" Summe von je 3 DM übrig!

Verurteilt diese Repressionsmaßnahmen aufs Schärfste!

Wir unterstützen die betroffene Frau mit einer Spende von 50 DM. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Die Frauenfrage im Arbeiter„bildungs"-Programm des KBW

Den Auftakt zum diesjährigen Sommerprogramm der Arbeiter„bildungs"veranstaltungen der Ortsgruppe Hamburg des KBW bildete die Matinée am 16. Mai unter dem Thema: *„Die werktätige Frau kann nur im Zusammenschluss mit den Männern der Arbeiterklasse und des Volkes für ihre Emanzipation kämpfen!"*

Im Mittelpunkt der drei Referate standen daher auch die Angriffe auf die autonome („kleinbürgerliche") Frauenbewegung, auf die *„vielen Frauengruppen, die in letzter Zeit vom KB (Nord) ins Leben gerufen worden sind"* und deren Arbeit, wie die Frauenpolitik des KB überhaupt, *„auf die Spaltung der Arbeiterklasse"* hinauslaufe. Die Palette der vorgebrachten Argumente reichte von Halbwahrheiten bis zu Lügen, von Ignoranz bis zu zynischer Frauenfeindlichkeit. Wie immer beim KBW kam zunächst einmal die ökonomische Begründung: Im entwickelten Kapitalismus sei es den Frauen aus der Arbeiterklasse und dem Volk möglich, genau wie die Männer ihre Arbeitskraft zu verkaufen. D.h., so behauptete die Referentin, daß die proletarischen Frauen ökonomisch unabhängig von ihren Männern seien und sich infolgedessen auch von ihnen nicht unterdrücken zu lassen bräuchten. *„Widerwärtige Unterdrückung gibt es heute nur noch in den Familien der Bourgeoisie„,* denn, so erklärte die KBW'lerin, nur die Frauen der Bourgeoisie wären ökonomisch abhängig von ihren Männern, aber *„für die Frauen der Bourgeosie werden wir unsere Haut nicht zu Markte tragen!"*

Was sich praktisch aus diesen wirklichkeitsfremden Thesen ergibt, wurde deutlich, als es um die Frage der Gewaltanwendung und Mißhandlung gegen Frauen ging. Bezugnehmend auf die ARD-Fernsehsendung „Schrei leise! - Brutalität in der Ehe", in der die Zahl der mißhandelten Frauen in der BRD und Westberlin auf 1 Million (sicher zu niedrig) geschätzt wurde, meinte die KBW-lerin in ihrem Referat: *„Früher mag es vorgekommen sein, daß der Arbeiter seine Frau geschlagen hat, auch heute wird es vorkommen, denn die Tradition wird nicht von heute auf morgen über den Haufen geworfen."* Zu überwinden sei dieses „traditionsgebundene" Verhalten aber nur „solidarisch" mit den Männern der Arbeiterklasse und dem „Volk"; keinesfalls dürften die Polizei oder bürgerliche Gesetze zum Schutz der Frauen zu Hilfe gerufen werden, denn - wir kennen das schon - das würde auf die Spaltung der Arbeiterklasse hinauslaufen. Dummdreist führte die Referentin das Beispiel der chinesischen Frauen als „Beweis" an: In der VR China würden die Frauen ihre Probleme gemeinsam mit den Männern diskutieren, sie zu überzeugen versuchen und nicht einfach den bürgerlichen Staat (in der VR China?) um Hilfe bitten, wie der KB es täte. Ein kritischer Zuhörer, der erst einmal verdächtigt wurde, die Meinung des KB zu teilen (was er verneinte), fragte, was die Referentin denn nun konkret einer Frau raten würde, die sich vor den Schlägen ihres Mannes nicht zu schützen weiß. Entsprechend der These, daß die Arbeiterfrauen ja ökonomisch unabhängig von ihren Männern seien, erklärte die KBW'lerin: *„Also, ich rate der Frau, ihre Sachen zu packen und auszuziehen. Sie soll, wenn sie das nicht eh schon muß, arbeiten gehen und den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder selbst verdienen. Heute geht das, viele Frauen tun das!"* Heilige Einfalt!



Abgesehen davon, daß die realen Schwierigkeiten der Wohnungs-, Kindergarten- und Arbeitssuche verharmlost werden, wird hier ein kaum zu überbietender Zynismus deutlich.

Ein gesonderter Beitrag auf der Arbeiter„bildungs"veranstaltung war den Anfängen der proletarischen und kommunistischen Frauenbewegung gewidmet, weil der KB sich zu Unrecht auf diese berufe. Auch hier wieder die viel geübte KBW-Praxis, Klassiker dem eigenen Quatsch anzupassen, indem Zitate aus dem Zusammenhang gerissen werden. So zitierte die Rednerin aus „Erinnerungen an Lenin" von Clara Zetkin eine Passage (Werke, Bd. 3, S. 145), in der Lenin „Sondervereinigungen von Kommunistinnen" ablehnt. In offen demagogischer Absicht wurde das Zitat gerade an dieser Stelle abgebrochen, denn in den unmittelbar folgenden Sätzen desselben Abschnitts begründet Lenin die **Notwendigkeit einer speziellen Frauenpolitik:** *„Aus unserer ideologischen Auffassung ergibt sich das Organisatorische: keine Sondervereinigungen von Kommunistinnen. Wer Kommunistin ist, gehört als Mitglied in die Partei wie der Kommunist. Mit gleichen Pflichten und Rechten. Darüber kann es keine Meinungsverschiedenheit geben. Jedoch dürfen wir uns einer Erkenntnis nicht verschließen. Die Partei muß Organe haben, Arbeitsgruppen, Kommissionen, Ausschüsse, Abteilungen oder wie sonst man sagen mag, deren besondere Aufgabe es ist, die breitesten Frauenmassen zu wekken, mit der Partei zu verbinden und dauernd unter ihrem Einfluß zu halten. Dazu gehört natürlich, daß wir ganz systematisch unter diesen Frauenmassen tätig sind. Wir müssen die Erweckten schulen und für die proletarischen Klassenkämpfe unter Führung der Kommunistischen Partei gewinnen und ausrüsten. Ich denke dabei nicht allein an die Proletarierinnen, ob sie nun in der Fabrik oder am häuslichen Herd stehen. Mir sind dabei auch die Kleinbäuerinnen gegenwärtig, die Kleinbürgerinnen der verschiedenen Schichten. Auch sie alle sind die Beute des Kapitalismus und seit dem Krieg mehr als je. Die unpolitische, unsoziale, rückständige Psyche dieser Frauenmassen, ihr isolierender Betätigungskreis, der gesamte Zuschnitt ihres Lebens sind Tatsachen. Es wäre töricht, sie nicht zu beachten, absolut töricht. Wir brauchen eigene Organe zur Arbeit unter ihnen, besondere Agitationsmethoden und Organisationsformen. Das ist nicht Feminismus, das ist praktische, revolutionäre Zweckmäßigkeit."* ●

Pervers und frauenfeindlich

Nachrufe bürgerlicher Lumpenjournalisten auf Ulrike Meinhof

Ulrike Meinhof ist im Mai 76 im Stammheimer Gefängnis zu Tode gekommen, angeblich durch Selbstmord. Sie war vom bürgerlichen Staatsapparat fast vier Jahre lang unter unmenschlichen Haftbedingungen gefangen gehalten worden.

Die Kommentare in der bürgerlichen Presse dazu sind an Zynismus, Lügen und Hetze kaum noch zu überbieten. Der Leitgedanke dabei ist, daß eine Frau ihr verpfuschtes Leben nicht mehr ertragen konnte.

Ulrike Meinhof starb angeblich nicht wegen der Bedingungen, die in der BRD herrschen und auch nicht wegen der Bedingungen, unter denen sie gefangen gehalten wurde, weil sie eine Frau war: *„Wer sich darüber wundert, daß sich Ulrike Meinhof ausgerechnet am Muttertag erhängte, der hat vergessen, daß sie trotz aller Bomben und aller Toten eine Frau war"* („Bild", 15.5.).

Zum angeblichen Selbstmord *„machte sie sich noch einmal schön"* („Bild", 14.5.) - eine Frau denkt eben auch daran, wie sie als Leiche attraktiv aussieht! *„Statt der verwaschenen Jeans zog sie sich eine neue blaue Cordhose an, die graue Bluse warf sie in die Ecke und zog einen weichen (!) blauen Nicki an."* Man siehts - angesichts des Todes haben eben auch die hartgesottenen, ungepflegten, langhaarigen und schmuddeligen „Apo-Töchter" eine Ehrfurcht!

Dabei hat „die Meinhof" eine durchaus vielversprechende Jugend hinter sich: *„Ulrike Meinhof, das darf man nicht vergessen, wollte mal Nonne werden. Geheiratet hat sie im weißen Kleid am Heiligen Abend des Jahres 1961. Und ihre Zwillingstöchter, die sie - im achten Monat - unter Schmerzen geboren hatte, wollte sie selbst noch um sich haben, als sie ... untergetaucht war"* („Bild", 15.5.)

Da haben wir's - eine Frau kann eben ihre naturgegebenen Instinkte und ihr „typisch frauliches" Verhalten selbst unter so „unbürgerlichen Verhältnissen" nie verleugnen! Und als Augenbeweis haben die „Bild"-Schmierer ein Foto mitgeliefert, auf dem *„die junge Frau mit dem hochtoupierten schwarzen Haar gläubig ihren Gatten Klaus Rainer Röhl anschaut und den Strauß rosa Nelken ganz bürgerlich an die Brust drückt"* („Bild", 15.5.).

Was Ulrike Meinhof auch getan haben mag, ihr Handeln wurde ausschließlich von „weiblichen Gefühlen" bestimmt. Das ist der Tenor in der Springerpresse.

So konnte sie angeblich eines nicht verwinden:

„Es war Muttertag. Ulrike Meinhof hatte - vergeblich - auf einen Brief oder einen Besuch ihrer 13 Jahre alten Zwillingstöchter Bettina und Regine gehofft" („Bild", 15.5.).

Und - was für ein Glück! - auch Terroristinnen ereilt das gleiche Schicksal wie Millionen andere Frauen auch: Sie werden älter und zunehmend unattraktiver:

„Ulrike Meinhof war mit 41 schon in den Wechseljahren. Die Zeit im Untergrund und die fast 4 Jahre im Gefängnis können diesen Umbruch beschleunigt haben". Wenn eine Frau jemals daran gedacht haben sollte, sich politisch betätigen zu wollen, sollte sie spätestens hier sehen, wohin das führt: Es kostet Jugend und Schönheit. Wer wollte diesen Preis schon zahlen?

Und wenn man älter wird, ist man auch für die Männer nicht mehr so begehrenswert, sagt „Bild": *„Da war dann noch die böse zynische Art, mit der Andreas Baader die alternde Bandenchefin erniedrigte. Kein schönes Gefühl für eine Frau wie Ulrike Meinhof, die ja mit ansehen konnte, wie Andreas Baader und Gudrun Ensslin nicht nur die Gesinnung, sondern auch die Erinnerung an gemeinsame Bettfreuden verband".*

Für alle Frauen soll die Geschichte der Ulrike Meinhof nach dem Willen der bürgerlichen Schmierer eine Lehre sein. Es gibt zwar *„gewisse Frauen, die sich nur mit dem Gewehr in der Hand wirklich emanzipiert vorkommen"* („Spiegel", 17/76), aber wie ja oben dargelegt, ist eine Frau dann eben auch keine „richtige Frau" mehr und nimmt ein schlimmes Ende. Diese „Variante" der Hetze gegen Ulrike Meinhof soll zweierlei bewirken:

Zum einen sollen die Geschehnisse entpolitisiert werden. Es soll abgelenkt werden von den Verhältnissen in der BRD, die Ulrike Meinhof und andere zu der Überzeugung gebracht haben, sie nur als „Stadtguerilla" mit der Waffe bekämpfen zu können.

Und weiter benutzen sie die „Sensationsgeschichte" der Ulrike Meinhof, um die überlieferte bürgerliche Ideologie vom „Schwachsein des Weibes" fortzuschreiben. Eine Frau denkt nicht, sie handelt nicht aus politischen Erkenntnissen heraus - ihr Gebiet sind die Gefühle, sie ist intuitiv und wird von ihrem Hormonhaushalt am meisten beeinflußt.

Und so möchte die Bourgeoisie den Tod der Genossin Ulrike Meinhof abqualifizieren als die Verzweiflungstat einer verbrauchten, vom Leben enttäuschten Frau.

Wir wissen, daß es anders ist und daß sie nur ein Opfer in einer langen Reihe von Frauen ist, die im Kampf gegen den Kapitalismus fallen. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Reaktionäre Formierung der Abtreibungsgegner in den USA

1973 wurde in den USA beschlossen: In den ersten drei Monaten bleibt die Abtreibung straffrei. Über eine Abtreibung entscheiden die Frau und ihr Arzt. Die Abtreibung ist grundsätzlich nur in den letzten drei Monaten der Schwangerschaft verboten.

Heute bewirbt sich auch eine Frau um die Präsidentschaft, Ellen Mc Cormack. Ihr Wahlkampfthema: **Kampf gegen die Abtreibung!**

Hinter ihr stehen rund 3.000 Aktionskomitees des „Nationalen-Recht-auf-Leben-Komitees" in den 50 US-Staaten und rund eine Million Mitglieder.

Die „Pro-Lifers", wie sie in den USA genannt werden, sind in diesem Jahr besonders rege geworden. So wollen sie mit Farb-Dias übers Land ziehen, auf denen Abtreibungen im fünften Monat zu sehen sind. Ihre Ziele erklärt der Präsident der „Right to Life Society" in Cincinnati/Ohio sehr drastisch: Sie setzen auf den „Vietnam-Effekt". Durch die Fernsehfilme über die Bombardierung in Vietnam sei die Empörung der US-Bürger über den Krieg in Vietnam gewachsen. So hat das „Nationale Komitee" auch drei neue Plakatentwürfe: Die Füße eines Fötus mit der Aufschrift: *„Dieses abgetriebene Baby wird seine Mutter nachts nicht mehr wachhalten – wenigstens jetzt noch nicht",* oder: *„Abtreibung: das Recht der Frau zu töten"* und: einen 19 Wochen alten Fötus in einer Babywanne – und die Aufschrift: *„Getötet durch Abtreibung – Regt sie das auf? Das sollte es".*

Zum dritten Jahrestag der Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes marschierten rund 40.000 „Pro-Lifers" nach Washington zum Sitz des US-Kongresses, mit Transparenten wie u.a.: *„Auschwitz-Buchenwald- Abtreibungskliniken"!*

Darüber hinaus hat die Präsidentschaftskandidatin Mc Cormack – natürlich eine überzeugte Katholikin! – auch noch Unterstützung beim derzeitigen US-Präsidenten Ford: In einem Fernsehinterview sprach auch er sich gegen die Fristenlösung aus und plädierte für ihre Ablösung. Natürlich fehlt da auch nicht die Unterstützung der Kirche: Die röm.-kath. Kirche rief ihre Mitglieder auf, mit allen Mitteln gegen die Abtreibungsregelung zu kämpfen. Im Januar fand eine nationale Demonstration mit 40.000 - 65.000 Teilnehmern statt unter der Parole: „Gegen die Abschlachtung von Unschuldigen".

Die „Nationale Konferenz der Bischhöfe" beschloß im November einen „pastoralen Plan für pro-life-Aktivitäten". Alle katholischen Wähler wurden aufgefordert, nur für Kandidaten zu stimmen, die Abtreibungsgegner sind.

Nicht die Pfaffen, nicht die Ärzte, nicht der Staat – die Frauen sollen selber entscheiden! ●

Eine Genossin aus der AG Frauen
KB/Gruppe Frankfurt

(Alle Fakten aus der „Zeit" vom 19.3.1976.)

Stillen, ja oder nein ...

Zum „Stern"-Artikel: „Ich bin doch keine Kuh!"

Unter der Überschrift: „Ich bin doch keine Kuh" brachte der „Stern" Nr. 20 eine Titelgeschichte über die angebliche Stillmüdigkeit der Frauen heraus. Unter dem wissenschaftlichen Deckmantel – sieben Seiten mit vielen Fotos und Schautafeln über die Funktion der weiblichen Brust und die Zusammensetzung der Muttermilch – soll hier einzig und allein an die Frau gebracht werden, die natürliche Aufgabe der Frau sei es, Mutter zu sein. Dafür hat sie zu Hause zu bleiben und das Kind zu stillen. Wenn sie das nicht tut, ist sie egoistisch und eine schlechte Mutter, die ihr Kind ernsthaften Gefahren ausliefert.

Zunächst stellt der „Stern" fest, daß nur noch 20 % der Frauen in westlichen Ländern stillen, davon auch nur 6 % länger als 12 Wochen. Und dieser Trend sei weltweit zu beobachten. *„Ausgerechnet jetzt"* – so der „Stern" – *„kommen jedoch aus Forschungsbüros und Gesundheitsbehörden erste Warnungen. Die ungestillten Babys sind möglicherweise ernsten Gefahren ausgesetzt. Sie erkranken häufiger an Infektionen, leiden verstärkt unter Psychostörungen, werden leicht zu Opfern künstlich erzeugter Fettsucht, können in ihrer Gehirnentwicklung geschädigt werden."* Man muß sich nur wundern, warum solche „aufsehenerregenden" Forschungen jetzt plötzlich an die grosse Glocke gehängt werden, obwohl immerhin schon seit Jahrzehnten immer weniger gestillt wird und unter anderem die Ärzte daran nicht unschuldig sind. Man denke nur an die Behandlung stillender Mütter im Krankenhaus gleich nach der Geburt: Wenn es nicht sofort klappt, werden die Babys wieder weggebracht – aus Rationalisierungsgründen, weil es zu wenig Pflegepersonal

Fortsetzung auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

gibt. Darüber verliert der „Stern" natürlich kein Wort. Die Schuldigen sind wieder mal die Frauen: *„Wüßten unsere Frauen, was sie mit der modischen (!!) Stillweigerung ihren Kindern antun"*, sagt der amerikanische Experte und UNO-Berater Dr. Derrick Jelliffe, *„sie würden sich schämen."*

Aber es kommt noch dicker: Auf die Frage, warum heute so wenig Frauen stillen, behauptet der „Stern": *„Daß Frauen zwar (stillen) können, aber nicht wollen, hat tiefliegende Ursachen. Psychologen gehen heute davon aus, daß es offenbar zwei Grundtypen von Frauen gibt – Brustgeberinnen und Flaschengeberinnen. Zu welchem Typ eine Frau gehört, läßt sich nach Beobachtungen der US-Psychologin Niles Newton schon erkennen, wenn sie ihr Baby zum ersten Mal sieht: Brustgeberinnen würden viel stärker in Freude ausbrechen ... Die Brustgeberinnen (sind) mütterlicher. Sie sind zufrieden mit ihrer Rolle als Frau (während die Flaschengeberinnen dazu neigen, neidisch auf die Männer zu sein). Sie sind mehr an Sex interessiert (und wollen beispielsweise nach der Geburt so bald wie möglich wieder mit ihrem Ehemann schlafen). Sie haben weniger Verhaltensstörungen. Sie strahlen im Umgang mehr Wärme aus. Sie akzeptieren das Leben, sind von größerer Natürlichkeit."*

Außerdem sind die Frauen nach Meinung des „Stern" eitel und bequem: *„Die Frauen fühlen sich behindert, weil sie während der Stillzeit möglichst nicht rauchen sollen, kaum Medikamente nehmen können, stärker ans Haus gebunden sind, dem Beruf fernbleiben müssen, abends nicht einmal in Ruhe zu einer Party gehen können angesichts der Notwendigkeit, in zwei oder drei Stunden schon wieder zum Stillen zurück zu sein"*. In dem ganzen Artikel wird kein einziges Wort über die tatsächlichen Gründe verloren, aus denen immer weniger Mütter ihre Kinder stillen k ö n n e n : Viele Mütter müssen aus finanziellen Gründen arbeiten (1970 waren 35,7 % aller Mütter erwerbstätig). Einen Mutterschutz, der es einer arbeitenden Mutter erlaubt, ihr Kind regelmäßig während der Arbeitszeit zu stillen, gibt es bei uns nicht. Ebensowenig gibt es eine vernünftige Beratung und Versorgung von stillenden Müttern.

Damit wird bei den Frauen, die gleich nach der Geburt wieder arbeiten müssen, das Schuldgefühl verstärkt, sich nicht richtig um ihr Kind zu kümmern und ihm durch ihre Berufstätigkeit zu schaden. Der „Stern" würde besser daran tun, die frauen- und kinderfeindlichen Bedingungen in den Betrieben aufzudecken, anstatt die Frauen anzumachen. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauen am 1. Mai

Auf den diesjährigen 1.Mai-Demonstrationen und Veranstaltungen in den verschiedensten Städten der BRD kam es erstmals zur Bildung von Frauenblocks bzw. einer starken Mobilisierung von Frauen, die durch Transparente und Parolen auf ihre besondere Unterdrückung im Kapitalismus aufmerksam machten.

In H a m b u r g wurde auf Initiative der Frauen-Aktionseinheit ein Frauenblock organisiert, der durch einen speziellen Aufruf zum 1. Mai propagiert wurde, und an dem sich ca. 700 Frauen beteiligten.

Hauptparole war die Forderung „Weg mit dem § 218! Für die Legalisierung der Abtreibung" sowie u.a. die Parole „Weg mit den Leichtlohngruppen".

Außerdem beteiligten sich auch in der gesamten Demonstration zahlreiche betriebliche Frauengruppen unter eigenen Transparenten an der Demonstration und an dem 1. Maifest.

Ein ähnliches Bild bot sich auch auf der Demonstration der Metallarbeiter, die sich vor allem gegen die Betriebsschließung von Heidenreich und Harbeck richtete.

„Frauen nicht konkurrieren, gemeinsam marschieren" war z.B. die Forderung einiger Berufsschul-Frauengruppen.

Auf dem Maifest informierten die Frauengruppen über Verhütungsmittel (nicht nur für Frauen..), verkauften Frauenplaketten und Hemden mit Frauenabzeichen bzw. boten ihre Informationsschriften an. Bestimmte Frauen- und Kinderinitiativen verkauften „Selbstgebackenes", dessen Erlös zum Teil dem MIR, zum Teil ihren Initiativen zugute kam.

Ein ähnlich erfreuliches Bild bot sich auch in Westberlin, wo sich ebenfalls ca. 700 Frauen an einem Frauenblock beteiligten, auch wenn dies einige Auseinandersetzungen gekostet hat. Die KB-Frauengruppen, die mit einem Flugblattentwurf und dem Vorschlag zur Bildung eines Frauenblocks an verschiedene andere Frauengruppen herangetreten waren, mußten sich mit den Feministinnen auseinandersetzen, die es ablehnten, unter roten Transparenten zu marschieren und stattdessen lila Transparente vorschlugen.

Schließlich beherrschten aber zu ca. 2/3 rote Transparente den Frauenblock, da sich der Großteil der verschiedenen Frauengruppen ebenfalls für sie entschieden hatten.

Zur Demonstration selber schrieben unsere Westberliner Genossinnen:

Zur Demonstration selber schrieben unsere Westberliner Genossinnen:

„Von sämtlichen, in Westberlin stattfindenden Demonstrationen war zweifellos der Frauenblock der kämpferischste und auch der lustigste.

Das erste Drittel des Zuges bildete das Frauenzentrum mit fünf Parolen (legale und kostenlose Abtreibung auf Verlangen der Frau – u.a.) und lila Transparente.

Der Rest waren Frauen, die unter verschiedenen Parolen und roten Fahnen marschierten.

Die Zuschauer am Straßenrand, besonders die männlichen Kollegen, stellten neidvoll fest, daß bei uns wirklich was los war und die Stimmung „dufte".

Unsere Parolen waren u.a.:

„Ob Kinder oder keine – bestimmen wir alleine" (gesungen)

„Heute bleibt die Küche kalt – heute wird die Faust geballt!"

Gegen die doppelte Unterdrükkung der Frau – für die Revolution!

Brechen wir den alten Bann Gleiches Recht für Frau und Mann!

Ein neues „Mailied" wurde auch gleich erfunden:

„Der Mai ist gekommen –
die Frauen brechen aus;
da bleibet wer Lust hat
am Kochtopf zuhaus..."

In B r e m e r h a v e n hatte die KB-Frauengruppe ebenfalls einen eigenen Aufruf zur 1.Mai-Demonstration herausgegeben und zahlreiche Initiativen gestartet. Diesem Aufruf folgte auf einer Veranstaltung ein Refarat zur Situation der Frauen und ein Frauenfilm. Außerdem wurden Plaketten und Aschenbecher mit Frauenabzeichen verkauft, deren Erlös der Frauenorganisation der MPLA, der O.M.A., zugute kam, sowie dem chilenischen MIR. Auch wenn sich an der Demonstration selber noch nicht allzu viele Frauen beteiligt haben, konnten in den Diskussionen neue Kontakte hergestellt werden.

In B r e m e n kam ebenfalls ein Frauenblock zustande, der 60 - 70 Frauen umfaßte. Die KB Sympathisantengruppen machten außerdem eine Fete, auf der neue Frauenkontakte geknüpft werden konnten.

Ähnlich kam in F l e n s b u r g ein Block mit 40 - 50 Frauen zusammen, zu dem die verschiedenen Frauen- und Mädchengruppen aufgerufen hatten. Auf dem folgenden Maifest beteiligten sich insgesamt 300 Frauen und Männer.

Einen relativ starken Frauenblock gab es außerdem noch in B i e l e f e l d, zu dem eine Frauengruppe aus dem „Zentrum" sowie die „Aktion" (an der wir auch beteiligt sind) aufgerufen hatte.

3 Frauengruppen aus B o c h u m (u.a, die KB Frauengruppe) beteiligten sich an der insgesamt 1.400 Menschen (davon 400 im linken Oppositionsblock) zählenden Demonstration.

Weitere kleinere Frauenblöcke kamen noch in Hildesheim (25 Frauen), in Lübeck und in Hannover zustande.

Wenn auch nicht behauptet werden kann, daß die Mobilisierung von Frauen überall optimal ausgenutzt wurde, betrachten wir die Initiativen zu einem Frauenblock, besonders die kämpferischen Blöcke in Hamburg und Westberlin, als Erfolg, dem im laufenden Jahr weiter Rechnung getragen werden muß.

Das starke Interesse der Frauen, sich in Hamburg und Westberlin, als Erfolg, dem im laufenden Jahr weiter Rechnung getragen werden muß.

Das starke Interesse der Frauen, sich gegen ihre Unterdrückung zur Wehr zu setzen, muß in allen Städten durch Bildung von Frauengruppen, Diskussion und gemeinsame Aktionen mit bestehenden Frauengruppen usw. angepackt werden.

FRAUEN GEMEINSAM SIND STARK!

In vielen Städten, insbesondere in Westberlin, gab es z.T. sehr scharfe Auseinandersetzungen mit feministischen Gruppen. In einigen Städten vertraten kleinbürgerliche und feministische Gruppen sogar die Meinung, daß sich eine Beteiligung von Frauen an dem 1. Mai „nicht lohne", daß beim „Demonstrieren ohnehin nichts bei 'rauskäme" etc. In Westberlin speziell lehnten es die Gruppen des Frauenzentrums ab, überhaupt mit kommunistischen und sozialistischen Frauengruppen zu verhandeln, bzw. übereinzukommen, statt dessen maßten sie sich einen „Alleinvertretungsanspruch" für die ganze Westberliner Frauenbewegung an (so beschlossen sie, rote Transparente ebenso wie von ihnen nicht genehmigte Parolen im Frauenblock einfach zu verbieten). Beim Westberliner Frauenzentrum herrschte eine z.T. sogar aggressive Gegnerschaft gegenüber kommunistischen (Frauen)gruppen („K-Gruppen") vor, die unglücklicherweise in den letzten Jahren noch durch die z.T. massive Frauenfeindlichkeit sich kommunistisch nennender Gruppen (z.B. KBW) gestärkt wurde. Hier wird noch viel geduldige Überzeugungsarbeit notwendig sein.

Der größte Teil der Linken hat sich bisher um eine Auseinandersetzung mit dem Feminismus im allgemeinen und den feministischen Frauengruppen im konkreten einfach g e d r ü c k t und ist staatdessen gegenüber unserer Organisation mit lächerlichen Vorwürfen aufgekreuzt, der KB sei „pro-feministisch", bzw. „in einer feministischen Phase". Mit Vorwürfen dieser Art mußten sich KB-Vertreter auf verschiedenen Aktionseinheits-Verhandlungen herumschlagen (z. B. Bochum). Teilweise wurden solche „Argumente" sogar von traditionellen Freunden unserer Organisation (z.B. GARM) vorgetragen. Dabei übersieht ein großer Teil der Linken nach wie vor, **daß der Kampf gegen die Ideologie des Feminismus wesentlich um die Anhänger feministischer Gruppen geführt werden muß, und nicht gegen sie.** Für ein erfolgreiches Bestehen in dieser Auseinandersetzung mit dem kleinbürgerlichen Feminismus ist allerdings der Abbau aller (auch der versteckten!) Formen von Frauenfeindlichkeit eine Voraussetzung, die bisher in der kommunistischen Bewegung noch nicht gegeben ist.

Besonders aufschlußreich für die Haltung mancher Linker scheint uns die Tatsache, daß auf feministischer Gruppen mit zur Schau getragener „Abscheu" und „Empörung reagiert wird, während die-

stischer Gruppen mit zur Schau getragener „Abscheu" und „Empörung reagiert wird, während die-

selben Kräfte jederzeit und liebendgern zu Kompromissen aller Art mit dem Reformismus, Sozialdemokratismus und anderen Spielarten bürgerlicher Ideologie bereit sind. Diese „antifeministische" Haltung mancher Linke ist u.E. nichts anderes, als mehr oder weniger schlecht verhüllte Frauenfeindlichkeit. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Ein Gesetz, das in jedem Jahr 800.000 Mütter zu Verbrechern macht, ist kein Gesetz"

Am 17.5. fand im Schauspielhaus in Hamburg eine Aufführung des Stückes „Cyankali" von Friedrich Wolff statt. Dieses Stück, 1929 geschrieben, hat einen sehr aktuellen Inhalt: Es geht um die Abschaffung des § 218.

Wolf selbst schreibt über sein Theaterstück: *„In ‚Cyankali' geht es objektiv um die Weltwirtschaftskrise und die soziale Not und subjektiv um das Bewußtsein der Sicherheit und Unsicherheit der Existenz, das für Hete und Paul, die beiden jungen Liebenden, ausschlaggeben ist für ihren Wunsch, das Kind zu behalten oder zu verlieren"*.

Entstanden ist dieses Stück 1929, also auf dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit und der zunehmenden Verelendung der Arbeiterklasse.

In dieser Situation erwarten Hete, zunehmenden Verelendung der Arbeiterklasse.

In dieser Situation erwarten Hete, eine junge Arbeiterin, und Paul, ein politisch bewußter junger Arbeiter, ein Kind. Paul wird zur selben Zeit aus seinem Betrieb ausgesperrt. Das ohnehin schon grauenhaft beengt wohnende Paar beschließt, das Kind nicht zu bekommen.

Von diesem Moment an erfährt Hete die Demütigungen und dasselbe Leid, das bis heute fast eine Million Frauen jährlich erfahren. Sie begehen dem Gesetz nach eine kriminelle Hanldung (heute sogar eine gegen das Grundgesetz gerichtete Handlung) und werden vom Strafgesetz bedroht.

Das Theatherstück zeigt Szenen, wie sie jede Frau, die eine Abtreibung vornehmen lassen will, kennt: Ein Arzt, der zuvor gerade einer Bourgeoise-Tante eine Abtreibung genehmigt hatte, weil sie sich ihren Urlaub in Davos nicht vermasseln lassen wollte, weist Hete ab und moralisiert vor sich hin.

Der Hausverwalter, eine ausgesprochene Ratte, der einen „Apparat" zur Abtreibung hat, erpreßt Hete sexuell.

Hete klaut ihm das Instrument und bittet Paul, die Abtreibung zu machen; als Paul es nicht schafft, versucht sie es selbst. Dabei verletzt sie sich. Sie geht in ihrer Not zu einer Kurpfuscherin, die ihr Cyankali gibt, wovon 5 Tropfen eine Abtreibung bewirken sollen. Aber auch das nützt nichts mehr, Hete stirbt.

eine Abtreibung bewirken sollen. Aber auch das nützt nichts mehr, Hete stirbt.

Paul, der inzwischen von der Polizei als „Rädelsführer" festgenommen worden ist, zeigt zum Schluß des Stücks die Kampfperspektive auf: Daß die Frauen selbst, die „jetzt noch schlafen, die jetzt noch keinen Mucks tun", sich erheben und gegen dies „Gesetz, das in jedem Jahr 800.000 Mütter zu Verbrechern macht" gemeinsam vorgehen, denn „das Gesetz ist kein Gesetz mehr". ●

Genossin der Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!



Die Gaben des Leibes, des Geistes, der Seele, Amen!

„Der Sinn der meisten Mädchen geht auf die Gründung der eigenen Familie, auf die Ehe. In der Familie kann die Frau die Gaben des Leibes, des Geistes, der Seele, des Gemütes voll und ganz einsetzen. Die Familie trägt den Stempel ihres Geistes, der in der Familie herrscht. Die Hand die die Wiege bewegt, bewegt die Welt!... Jedes Mädchen muß sich besinnen, wozu und warum es als Mädchen auf der Welt ist. Zur Entfaltung der fraulichen Gaben ist notwendig: eine gründliche häusliche Ausbildung, Kenntnisse in der Kinderpflege und Kindererziehung. Eine Frau ohne Sinn für Häuslichkeit gefährdet die Familie nicht nur wirtschaftlich, sondern überhaupt in ihrer Aufgabe und ihrem Bestand. Mann und Kinder brauchen eine Heimstatt..."

Dies Zitat stammt aus dem „Pädagogik-Report des bayrischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung für die Berufsbildung in der allgemeinen Hauswirtschaft einschließlich Grundausbildungslehrgänge", September 1975. Der Report ist als Unterrichtshilfe für Fachlehrer gedacht!

Die schwarzen Minister Bayerns befinden sich immer noch auf dem frauenverachtenden geistigen Niveau der „Sprüche Salomos": *„Lob der tüchtigen Hausfrau: Wem eine tüchtige Frau beschert ist, die ist viel edler als die köstlichsten Perlen. Ihres Mannes Herz darf sich auf sie verlassen, und Nahrung wird ihm nicht mangeln. Sie tut ihm Liebes und kein Leid ihr Leben lang"*. AMEN! (Bibel) ●

Jungfrau gesucht

Der Gemeinderat des Passionsspielorts Oberammergau hat ein schwerwiegendes Problem zu lösen: *„Soll auch eine Nicht-Jungfrau bei den nächsten Passionsspielen im Jahr 1980 die Jungfrau Maria spielen dürfen?"* („FR", 6.5.76).

Nun, man mag über Maria denken, wie man will. Es wird ihr Geheimnis bleiben, ob sie mit dem „Heiligen Geist" oder mit dem Engel Gabriel, der sich einige Zeit bei ihr aufgehalten hat, „fremdgegangen" ist. Der unaufgeklärten klerikalen Nachwelt hat sie jedenfalls das Problem geschaffen, richtige Jungfrauen zu finden. Fragt sich nur noch, wie diese gefunden werden sollen. *„Nach der 340 Jahre alten Bestimmung, von der ... in der Vergangenheit bereits ‚stillschweigend Ausnahmen gemacht wurden', darf die Jesus-Mutter nur von Frauen dargestellt werden, die ledig, unter 35 Jahre alt und unberührt sind"* („FR").

Übrigens ist ja bald Pfingsten, da werden wir „alle voll des Heiligen Geistes" sein. Hoffentlich richtet er nicht zu viel Schaden an... ●

Politik mit „Schuß"

Im Hamburger Schauspielhaus wurde am 17. Mai das Stück „Cyankali" gezeigt. Es wurde in den 20er Jahren von einem kommunistischen Arzt geschrieben und sollte den damaligen Kampf der KPD gegen den § 218 unterstützen.

Abgesehen von Abonnenten und einigen Neugierigen waren in erster Linie engagierte Gegner des § 218 gekommen, um das Stück zu sehen. Gekommen war außerdem ein Häufchen KBWler, die wie die Blöden während des Stücks ihre „Volksentscheid"-Parole riefen und hinterher gar noch die Bühne erklommen, um eine Ansprache ans „Volk" zu halten. Die Mehrheit des engagierten Publikums, mit derartigen Faxen des KBW wohlvertraut, wandte sich angeödet ab und ging, während sich einige Abonnenten in Anzug oder Abendkleid die kleine Gratis-Zugabe gefallen ließen.

Angesichts der Tatsache, daß bei dieser Aufführung weitgehend die engagierten Gegner des § 218 ‚unter sich' waren, kann das Auftreten des KBW nur als politische Onanie verstanden werden.

Umso triumphaler klang es dann in einem Flugblatt, mit dem der KBW einige Tage später dem Hamburger „Volk" von seinem Extra-Auftritt berichtete: ***„Die Aktion gegen den § 218 im Schauspielhaus war ein Schlag gegen die herrschende Klasse"***.

Diese hirnrissige Behauptung wurde in dem Flugblatt damit begründet, *„daß die bürgerliche Presse, vor allem die „Welt", breit darüber berichtet hat. Das hat sie bisher peinlichst vermieden"*. Es wird dann erwähnt, wie die Aktionen des letzten Jahres gegen den § 218 – Demonstrationen, Veranstaltungen, Unterschriftensammlungen – von der bürgerlichen Presse *„beharrlich verschwiegen"* wurden. Jedoch: *„Jetzt mußten (!) sie berichten, daß das Volk den Klassenparagraphen 218 bekämpft"*.

Vom Kampf des V o l k e s hat die bürgerliche Presse freilich in Wahrheit auch diesmal natürlich nichts berichtet, sondern hat sich über die KBWler lustig gemacht und insgesamt versucht, die Reaktion des engagierten Publikums lächerlich zu machen.

Wer die „Welt" weder durch die Blindenbrille noch durch die rosa Brille betrachtet, wird es gar seltsam finden, daß dieselbe Springer-Presse, die über die Massenaktionen gegen den § 218 kein Wort verloren hat, sich relativ ausführlich mit dem Gratis-Auftritt der KBWler im Schauspielhaus befaßt hat. Besser als durch die publizistische Herausstellung solcher Faxen kann die Bourgeoisie ja die Bewegung gegen den § 218 kaum verhöhnen! ●



Nachrichten aus Schule und Hochschule



München

Brutaler Polizeieinsatz gegen Uni-VV

Am 19.5. ließ der Präsident der Münchener Uni, Lobkowicz, eine vom AStA einberufene Vollversammlung mit brutaler Polizeigewalt auflösen. Mehrere Hundertschaften (nach Zeitungsangaben über 600 Bullen). Polizei riegelten den Hörsaal generalstabsmäßig ab, stürmten mehrfach den Hörsaal und nahmen 160 Studenten vorläufig fest. Insgesamt 60 Studenten wurden auf's Polizeipräsidium gebracht und dort bis in die Nacht hinein festgehalten.

schon nachdem die Studenten beschlossen hatten, die Vollversammlung aufzulösen, um eine Konfrontation zu vermeiden, versperrten die Bullen den Hörsaal. Jeder einzelne der noch anwesenden 497 Studenten wurde abgeführt und in einem von der Uni-Verwaltung eigens hierfür bereitgestellten Raum erkennungsdienstlich behandelt (Fotos gemacht und Fingerabdrücke entnommen). Gegen alle 497 Studenten hat Lobkowicz mittlerweile Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet.

Die Vollversammlung, auf der über Fragen wie Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen, die politische Entrechtung der Studenten, die Beteiligung an Gremienwahlen usw. diskutiert werden sollte, war von Lobkowicz mit der Begründung abgelehnt worden, Veranstaltungen radikaler Gruppen in der Universität seien untersagt.

Nach dem bayrischen Hochschulgesetz – ein Vorreiter des bundesweiten HRG – sind Organe der verfaßten Studentenschaft wie z.B. der AStA verboten, ebenso wie die Einberufung studentischer Vollversammlungen. Daß der Staatsapparat diese politische Entrechtung der Studenten auch mit Polizeigewalt gegen ganze Vollversammlungen durchzusetzen bereit ist, hat er hier mit aller Deutlichkeit demonstriert. Der Polizeieinsatz hat innerhalb der Münchener Studentenschaft eine breite Empörung hervorgerufen. So demonstrierten einen Tag später sofort ca. 2.500 Studenten gegen diese Polizeistaatsmethoden.

Dieser selbst für westdeutsche Verhältnisse ungeheure Polizeiterror wurde in konzertierter Aktion zwischen dem Uni-Präsidenten und dem RCDS durchgezogen. Der RCDS-Sprecherrat (ein vom Kultusministerium nach dem BHG eingesetztes „Vertretungsorgan" der Studenten, an dessen Wahl sich die demokratischen Kräfte nicht beteiligen) erklärte sofort nach dem Überfall, *„Schuld am Polizeieinsatz hätten die kommunistischen Studenten"*, und *„forderte die Studenten auf, sich nicht vor den Karren der Stalinisten vom MSB Spartakus und ihres Pseudo-AStA* (wesentlich unter Führung des MSB wurde an der Universität ein AStA e.V. gegründet, an dessen Wahl sich zuletzt ca. 3.500 Studenten beteiligten) *spannen zu lassen"* („SZ", 21.5.).

Erst nachdem sie merkten, welche Welle der Empörung dieser Polizeiüberfall hervorrief, *„kritisierte auch der RCDS den Polizeieinsatz"* („SZ", 22.5.). Als Vorwand diente ihnen dabei eine angebliche „Fehlinformation" der Univerwaltung, die VV-Besucher hätten eine Vorlesung gesprengt, um den Raum für die VV zu benutzen, was nicht zutraf. Angesichts der jahrelangen Praxis des RCDS, der wesentlich mit dafür gesorgt hat, daß AStA und verfaßte Studentenschaft in Bayern schon abgeschafft sind, kann dies nur als ein Versuch angesehen werden, sich vom Geruch der Polizeistaatsmethoden reinzuwaschen, weil diese selbst bei vielen „unpolitischen" Studenten Empörung hervorrufen.

Auch in dieser Frage soll Bayern eine Vorreiterrolle übernehmen. Lobkowicz erklärte gegenüber der Presse, daß er in keinem Fall die Strafanzeigen gegen die 497 Studenten zurücknehmen werde. Der größte Teil wird mit Strafbefehlen zu rechnen haben, diejenigen, die *„schon früher einschlägig* (ein Begriff aus dem Kriminalbereich) *in Erscheinung getreten sind, werden mit einer öffentlichen Amtsgerichtsverhandlung zu rechnen haben."* Damit soll mit einem Schlag ein großer Teil der politisch aktiven Studenten ins Vorfeld der Kriminalität gerückt werden – wahrhaft spanische Zustände!

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin

3-tägiger Warnstreik gegen Mittelentzug für den AStA

An der PH Westberlin wurde vom 19. bis 21.5. ein dreitägiger Warnstreik durchgeführt, der mit einer Demonstration von 1.300 Studenten abgeschlossen wurde. An einer einwöchigen Urabstimmung hatten sich zuvor ca. 54 % (= 3.060 Studenten) beteiligt und davon über 86 % für Streik ausgesprochen.

Anlaß des Streiks bildete die Sperrung der AStA-Gelder durch die Hochschulverwaltung, nachdem der AStA sich geweigert hatte, die „Zweckmäßigkeit" der Geldverwendung durch den Verwaltungschef der PH prüfen zu lassen (s. AK 80, S. 34).

Noch am letzten Tag der Urabstimmung verpflichtete das Oberverwaltungsgericht in einer Einstweiligen Verfügung die Hochschulverwaltung, dem AStA monatlich 3.000 DM auszuzahlen. Die Studenten ließen sich davon aber nicht vom Streik abhalten, denn monatlich 3.000 DM sind nur die Hälfte der dem AStA zustehenden Gelder und die Entscheidung, ob die Hochschulbürokratie die AStA-Finanzen kontrollieren darf, ist nur bis zu einem ordentlichen Gerichtsverfahren verschoben.

Störmanöver der Hochschulverwaltung und reaktionärer Professoren und Studenten (Ansetzen von Zwangsklausuren während der Streiktage. Raumverbot für Streikveranstaltungen, Einstweiliger Verfügung auf „freien Zutritt zu allen Lehrveranstaltungen etc) verhinderten nicht die hundertprozentige Einhaltung des Streiks, die durch Aufstellen von Streikposten gewährleistet wurde.

Wenn auch – wie zu erwarten war – jede weiter positive Reaktion der Hochschulverwaltung auf den Streik ausblieb, war der Streik ein Schritt nach vorn: Erstmals seit drei Jahren konnte der politische Stillstand an der PH aufgebrochen werden; während des Streiks bildeten sich neue Initiativen gegen die verschärften Studienbedingungen und zum ersten Mal eine Fraueninitiative, die einen Frauen-Infostand aufbaute und auf der Demonstration auch ein eigenes Transparent gegen die besondere Unterdrückung der Frauen an der Hochschule mittrug.

Nach drei Tagen wurde der Streik auf einer Vollversammlung vorläufig ausgesetzt, gegen die Stimmen der ADSen (SEW-Studenten), die es gerne gesehen hätten, wenn damit auch noch ihre VDS-„Aktionstage" gefüllt worden wären, und der KHG (KBW), die auch hier mit „Durchhalteparolen" arbeitete. Charakteristisch für diese Gruppen ist, daß sie zu Beginn nichts taten, um den Streik auf die Beine zu bringen.

Jetzt soll in den Seminaren diskutiert werden, um bei den anstehenden Gerichtsprozessen erneut zu beweisen, daß die Studentenschaft den Angriffen der Behörde mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten bereit ist.

PH-Studenten
KB/Gruppe Westberlin

Hamburg

Raumverbot für Uni-Vollversammlung

Für die Uni-VV am 18.5. wurde seitens der Uni-Verwaltung die Auflage gemacht, daß kein Redeverbot beantragt werden darf, anderenfalls **Debatte, bevor der RCDS nach der Rednerliste drangekommen wäre. Angesichts dieser massiven Willensbekundung war es auch dem** **Bruch mit den Jusos zu vermeiden, entdeckten MSB und SHB plötzlich, daß die Frage des Raumverbots und des Redeverbots von der Behörde nur**

Zwangsklausuren während der Streiktage. Raumverbot für Streikveranstaltungen, Einstweiliger Verfügung auf „freien Zutritt zu allen Lehrveranstaltungen etc) verhinderten nicht die hundertprozentige Einhaltung des Streiks, die durch Aufstel-

den Gerichtsprozessen erneut zu beweisen, daß die Studentenschaft den Angriffen der Behörde mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten bereit ist.

PH-Studenten
KB/Gruppe Westberlin

Hamburg

Raumverbot für Uni-Vollversammlung

Für die Uni-VV am 18.5. wurde seitens der Uni-Verwaltung die Auflage gemacht, daß kein Redeverbot beantragt werden darf, anderenfalls würde kein Raum zur Durchführung der VV bewilligt werden. Vorangegangen waren mehrere Redeverbote für den RCDS und ein Beschluß des SP, dem RCDS generell Rederecht zu gewähren (siehe AK 80).

Das Präsidium des Studentenparlaments (SP) weigerte sich, einen entsprechenden Vertrag zu unterschreiben, woraufhin das Audi-Max 1 abgesperrt wurde. Allerdings war das Audi-Max 2 bereits von beherzten Studenten besetzt worden, so daß die VV dann doch durchgeführt werden konnte. Obwohl das Raumverbot auf die Initiative des RCDS zurückgeht, besaß er die Frechheit, sich auch noch zu Wort zu melden. Für seine Aktivitäten gegen die Studentenschaft erhielt er aber gleich die Quittung: ca. 95% der Anwesenden beschlossen empört den Abbruch der Debatte, bevor der RCDS nach der Rednerliste drangekommen wäre.

Angesichts dieser massiven Willensbekundung war es auch dem AStA nicht mehr möglich, mit seiner Position zum Redeverbot („sektiererischer Fehler") zu landen; während der SHB (ehem. SPD-Studenten) für sein offenes Eintreten für einen RCDS-Beitrag ausgebuht wurde, blieben dem MSB-AStA-Vertreter schier die Worte im Halse stekken.

Auf einer SP-Sitzung zwei Tage später wurden dann die Stellungnahmen der Hochschulorganisationen deutlich. Die Jusos setzen den AStA unter Druck, jetzt „offensiv" dafür einzutreten, daß der RCDS auf Uni-VVs unter allen Umständen reden kann. Mit entsprechenden Anträgen hatten sie schon einmal eine Selbstkritik des MSB (Redeverbotsantrag ein „Fehler") ausgelöst. Um einer Konfrontation mit der Uni-Bürokratie auszuweichen und um einen Bruch mit den Jusos zu vermeiden, entdeckten MSB und SHB plötzlich, daß die Frage des Raumverbots und des Redeverbots von der Behörde nur ins „Spiel" gebracht wird, um von den „wichtigen" Fragen abzulenken – der Unigesetznovellierung.

Wenn man sich vor Augen führt, daß z.B. in München die Uni-VV u.a. auf dem Wege des Raumverbots liquidiert wurde, so kann man diese Haltung nur als völlige politische Blindheit oder aber Zynismus bezeichnen!

Einzig konsequent war das Verhalten der Fraktion Liste Demokratischer Kampf (SSB/Unorganisierte), die das Redeverbot für den RCDS sowie das Recht der Uni-VV, selber darüber zu befinden, wen sie sich anhören will, verteidigte und sich nicht von den Maßnahmen der Uni-Bürokratie einschüchtern ließ.

Genossin der GE Psychologie/ SSB

VDS-Aktionstage – „Einheit" zerplatzt

Seit Beginn des Semesters haben Jusos, MSB und SHB für alle konkret anstehenden Probleme eine Wunderwaffe in der Hand: die VDS-„Aktionstage" und die zentrale VDS-Demo am 22.6. Dies allein wäre noch nichts Neues, läuft doch dieses Theater doch jedes Semester von neuem. Neu daran war, daß diese Gruppen den Studenten weismachen wollten, daß es in diesem Semester eine „breite Aktionseinheit" aller demokratischen Kräfte an der Uni für diese Aktionen gibt, daß sich nur einige „chaotische" Gruppen wie der KB dabei heraushalten.

Dreh- und Angelpunkt war dabei die gemeinsam mit einem Teil der Basisgruppen verabschiedete Hauptresolution. auf der letzten VDS-MV. Verschwiegen wurde von Anfang an, daß diese Zustimmung nur durch einen Trick erreicht wurde – die zentrale Demo wurde gegen die Basisgruppen extra abgestimmt (siehe Bericht über die 1. o. MV des VDS in AK 77).

Ein Teil der BG-Fraktion, insbesondere der KHB („Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") hatte sich von der Zustimmung zur Hauptresolution versprochen, daß der MSB in Zukunft zu einer wirklichen Aktionseinheitspolitik bereit wäre. Diese Genossen müßten jetzt eines besseren belehrt sein. In der „vds-press" 3/76 kann man lesen, daß es zu keinem gemeinsamen Aufruf des VDS-Vorstandes zu den Aktionstagen gekommen ist.

Insbesondere kritisieren die Vorstandsvertreter der BG, daß in dem ca. 300 Zeilen (!) langen Aufruf *„eine dringend notwendige, breite Kritik der SPD/FDP-Regierung und insbesondere auch der SPD-Führung nicht aufgenommen"* wurde.

Fürwahr: Im gesamten Aufruf, der alle politisch wichtigen Fragen behandelt (politische Disziplinierung und soziale Demontage, Berufsverbote, Politisches Mandat usw.), findet man nicht einmal das Wort SPD. Lediglich an einer Stelle wird neutral die Bundesregierung erwähnt. Ausschließlich wird gegen die CDU geschossen.

Der Aufruf bekommt damit den Charakter, den ihm die Jusos von Anfang an zugeschrieben haben: Er soll rechtzeitig zum SPD-Parteitag (Wahlkampf) erscheinen, um der SPD zur Bundestagswahl den Rücken zu stärken. Es sollte noch bekannt sein, was die Jusos auf ihrem Kongreß im Frühjahr versprochen haben: volle Kraft für die SPD. Bezeichnend ist, daß der MSB und der SHB diesen Kurs mitgefahren haben.

Immer deutlicher wird jetzt, daß die Jusos die eigentliche Macht in den VDS übernommen haben. Verlassen könne sie sich dabei in jedem Fall auf die opportunistische Anpassung des MSB.

Zu begrüßen ist, daß die BG-Vertreter diesmal offen ihre Kritik zum Ausdruck gebracht haben. Dabei darf es nicht stehenbleiben. Das Verhalten von Jusos, MSB und SHB sollte der Anlaß dafür sein, endlich eine wriklich linke Opposition im VDS aufzubauen.

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg

Fachschaftsräte-Wahlen in Hamburg

MSB in Schwierigkeiten

Die diessemestrigen Wahlen zu den Fachschaftsräten (FSR, Vertretungsorgan auf Bereichsebene, wird auf VVs gewählt) haben den Trend der letzten Semester eindeutig bestätigt: Die linken Listen haben insgesamt ihre Position verbessert, wenn es auch noch nicht zum Gewinn weiterer FSRäte reichte. Wichtig sind vor allem die Ergebnisse an den traditionell bedeutendsten Bereichen Pädagogik und Germanistik, wo LDK/SSB ihren Vorsprung ausbauen konnten. Am PI, wo es seit Semestern immer wieder knappe Entscheidungen zwischen LDK und MSB/SHB gegeben hatte, gab es diesmal ein 600:400 Ergebnis für die Linken. Andererseits war es der Germanistik-Bereich gewesen, wo der MSB alle seine Kräfte konzentriert hatte, um wenigstens diesen FSR wieder zurückzugewinnen.

Den „Durchbruch" ins Studentenparlament hatten LDK/SSB schon im letzten Semester geschafft – vor allem deshalb, weil von den Linken ein wirklicher Streik (im Gegensatz zu den bisherigen läppischen „Aktionstagen" von MSB/SHB) durchgesetzt worden war.

Deshalb versuchte der MSB zu Beginn dieses Semesters mit hektischen „Streik"-Aktivitäten bei den linken Studenten verlorenes Terrain wieder wettzumachen.

Dem SSB, der dieses Vorgehen unter der Devise „keine halben Sachen" ablehnte, wurde in einer massiven Verleumdungskampagne „Abwiegelei" vorgeworfen. Der vom AStA zu Beginn dieses Semesters durchgesetzte Streik, der zu einem Mißerfolg wurde, zeigte denn auch, daß es dem MSB keineswegs ernsthaft darum geht, die Kampfbereitschaft der Studenten zu Aktionen „mit Hand und Fuß" zu entwickeln. Vielmehr will er mit seiner Geschaftelhuberei eine linke Politik vortäuschen, während in Wirklichkeit munter der Anpassungsprozeß nach rechts vollzogen wird.

Denn der MSB muß durch das Auftreten einer Juso-Hochschulgruppe in Hamburg befürchten, einen großen Teil der Stimmen sozialdemokratischer Studenten, die bisher dem MSB/SHB-Bündnis zugute gekommen waren, zu verlieren. Die Einbeziehung der Jusos in die „gewerkschaftlich orientierte Front" soll daher verhindern, daß der Einfluß des MSB auf die reale Verankerung der DKP-Politik unter den Studenten reduziert wird. Damit ist es nämlich nicht weit her. Da sich die Jusos dieser Lage der Dinge durchaus bewußt sind, diktieren s i e die Bedingungen einer Zusammenarbeit mit dem MSB.

Diese „Doppelstrategie" – Verbalradikalismus nach außen (z.B. auf

Vollversammlungen) bei gleichzeitiger Anpassung an die Jusos (z.B. im Studentenparlament!) – bringt aber die MSB-Mitglieder durchaus in Schwierigkeiten. So z.B. bei der Auseinandersetzung darum, ob der RCDS auf Uni-VVs reden soll. Von Beginn des Semesters an war der MSB einer der „entschiedensten Verfechter" eines Redeverbots für den RCDS auf den Uni-VVs (überfaschenderweise drängten sich seine Vertreter förmlich danach, die Anträge selbst einzubringen). Diese Position hielt allerdings nur solange an, bis die Jusos auf Betreiben der Springerpresse und der Uni-Bürokratie im SP einen Beschluß durchgesetzt hatten, dem RCDS generell das Rederecht zu gewähren. Plötzlich sprach der MSB offiziell von *„einem sektiererischen Fehler"*, der *„das Bündnis mit den fortschrittlichen Sozialdemokraten"* gefährde. Als dann auf der nächsten Uni-VV vom SSB wiederum ein Antrag auf Redeverbot für den RCDS gestellt wurde, stimmten die MSB-Mitglieder bis auf wenige Ausnahmen spontan gegen ihren eigenen AStA-Vertreter dafür.

Ähnliche Schwierigkeiten stellten sich ein, als es auf der PI-VV um die Verurteilung des GEW-Spitzels Petersen (siehe Artikel in diesem AK) ging. Hatten MSB-Vertreter vorher noch die Forderung nach Rücktritt dieses Spitzels aus dem GEW-Vorstand mit der Begründung abgelehnt, man könne von außen keine Forderungen an die Gewerkschaften stellen, wurde auf der PI-VV ein „Offener Brief" des FSR an die GEW, in dem diese Forderung ebenfalls enthalten war, einstimmig verabschiedet – also mit den Stimmen des MSB. Zuvor hatte der MSB durch Geschäftsordnungsanträge vergeblich versucht, die Abstimmung des Offenen Briefes zu verhindern. Denn die „gewerkschaftliche Orientierung" von MSB/SHB beinhaltet bekanntlich die strikte Ablehnung jeder Kritik an den DGB-Führern als „gewerkschaftsfeindlich".

Es gibt also durchaus Möglichkeiten, die von den MSB-Führern verfolgte opportunistische Politik (Anpassung an die Gewerkschaftsführer und an die Jusos) zu „stören". Dabei sollte man allerdings nicht auf einen Widerspruch zwischen Basis und Führung spekulieren, da es den MSB-Chefs noch immer gelungen ist, ihre Mitglieder auf den Kurs der Unvereinbarkeitspolitik einzuschwören. Es ist aber wichtig, diese Vorgänge transparent zu machen, um zu erreichen, daß ein möglichst großer Teil der bisherigen MSB/SHB-Anhängerschaft unter den Studenten nicht in Richtung Jusos (und damit SPD) mitschwimmt, sondern für eine konsequente linke Alternative gewonnen wird.

Die Stimmengewinne bei den FSR-Wahlen zeigen, daß hierbei in Hamburg Erfolge erzielt werden. Diese Erfahrungen sollten sich vor allem die Freunde des KHB (Studentenorganisation des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" mit einigem Einfluß in der Basisgruppen-Fraktion des VDS) hinter die Ohren schreiben, die mit ihrer Politik einer Anbiederung an den MSB Illusionen über eine angebliche Bündnisbereitschaft der Revisionisten schüren, die durch nichts gerechtfertigt sind.

Arbeitsgruppe Studenten
KB/Gruppe Hamburg



England/Schottland

Streik und Besetzung an den PH's

Nach den schottischen sind am 24.5. auch englische Pädagogikstudenten dazu übergegangen, die Hochschulen für Erziehung zu besetzen und den Lehrbetrieb lahmzulegen. Der Anlaß sind einschneidende „Sparmaßnahmen" der Regierung, wodurch in Schottland von 3.500 Studenten, die jetzt ihr Examen ablegen, 2.100 nicht eingestellt werden. In England sollen 15.000 von 40.000 keine Anstellung erhalten.

Der Studentenverband hat daraufhin zu Kampfmaßnahmen aufgerufen *„und rechnet damit, daß im Laufe dieser Woche die Hälfte der 140 Hochschulen für Erziehung in England und Wales durch Sitzstreik außer Betrieb gesetzt wird"* („FAZ", 25.5.).

Der Studentenverband fordert vom Erziehungsminister die Herabsetzung der Klassenfrequenzen auf 30 Schüler, damit alle ausgebildeten Lehrer eingestellt werden können.

Hamburg

„Gewerkschaftliche Orientierung" – einmal richtig angepackt

Wie in AK 76 berichtet, laufen in Hamburg derzeit sechs Strafanzeigen gegen Studenten des Pädagogischen Instituts (PI) wegen „Nötigung, Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch", davon vier gegen Mitglieder des Fachschaftsrats (FSR). Der Anlaß dazu:

Als sich auf einer Fachbereichsratssitzung des Instituts im Februar das GEW-Vorstandsmitglied Petersen Namen aktiver Studenten notierte, wurde er von diesen zur Rede gestellt. Er suchte sich durch Flucht aus dem Sitzungsraum einer Entlarvung zu entziehen – was ihm allerdings aufgrund der großen Zahl aufgebrachter Studenten nicht gelang. Daraufhin stellte die Univerwaltung in Zusammenarbeit mit ihm Strafanzeige.

Der FSR leitete daraufhin eine breite Veröffentlichung über diesen Spitzel ein – die sich insbesondere auch an die GEW-Mitglieder in und außerhalb der Uni richtete. Er forderte darin die GEW auf, sich von solchen Bespitzelungsmethoden zu distanzieren und J. Petersen, der einer der schärfsten Verfechter der undemokratischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist, aus dem Vorstand abzuwählen.

Auf Grundlage der umfangreichen Information durch den FSR (Dokumentation) konnten sich die gewerkschaftlichen Gremien mit dem „Fall Petersen" beschäftigen.

Erste Erfolge

Auf der Sitzung der GEW-Betriebsgruppe PI (Assistenten und Dozenten) am 21.4. wurde Petersens Verhalten scharf mißbilligt. Auf eingehendes Befragen bekannte sich Petersen dazu, es sei Aufgabe jedes Gewerkschaftsmitgliedes, Informationen im Sinne des Unvereinbarkeitsbeschlusses weiterzugeben. Angesichts dieser Aufforderung zur Denunziation und Gesinnungsschnüffelei erinnerten vor allem ältere Kollegen *„an die Erfahrung der allseitigen Gesinnungsschnüffelei und Einschüchterung (...), mit der 1932 dem Faschismus der Boden bereitet wurde"*. Die Quittung für den Denunzianten folgte auf dem Fuße: Bei der anschließenden Wahl zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann erhielt Petersen nur fünf Stimmen von ca. 25 anwesenden Kollegen und wurde damit als Vertrauensmann abgewählt.

Am 26.4. faßte die Fachgruppe Hochschulen der GEW nach längerer Diskussion und nach Anhörung eines Mitgliedes des FSR folgenden Beschluß:

„Die FG Hochschulen spricht dem Kollegen Jürgen Petersen wegen seines die Vorantreibung eines verschärften universitären Ordnungsrechts begünstigenden Verhaltens in dem Konflikt mit den Studentenvertretern des Fachbereichs Erziehungswissenschaft eine scharfe Mißbilligung aus und fordert ihn auf, sein Beisitzermandat im Vorstand der GEW, Landesverband Hamburg, niederzulegen.

Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen Kräften in der GEW

Der Kampf gegen die Strafanzeigen muß hauptsächlich geführt werden als ein Kampf gegen die Vorwegnahme des Ordnungsrechts an der Hamburger Uni. Dies beinhaltet aber auch den Kampf gegen die reaktionären Mitglieder des Lehrkörpers auch innerhalb der GEW, die das Ordnungsrecht in Zusammenarbeit mit dem Staat durchsetzen wollen. Für diese Leute sind die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Repression innerhalb der GEW eine wesentliche Rückendeckung. Daher ist ihre Isolierung in der Gewerkschaft ein wesentlicher Teilaspekt dieser Auseinandersetzung.

Das Vorgehen des FSR-PI unterscheidet sich sehr deutlich von dem Vorgehen derjenigen, die sich selbst gerne „gewerkschaftlich orientiert" nennen, wie MSB, SHB und Jusos. Im Fall Petersen hat z.B. der MSB einer Resolution des Streikkomitees und des FSR-PI ausdrücklich nicht zugestimmt, weil in ihr der Ausschluß Petersens aus dem GEW-Vorstand gefordert wird. Solche Fragen sind für diese Leute a b s o l u t tabu. Im „Fall Petersen" unterließen MSB und SHB alles, im Zusammenhang damit auch nur den Namen „GEW" zu erwähnen. Tatsächlich gingen sie sogar soweit, dem FSR-PI vorzuwerfen, er führe den Kampf gegen Petersen nur, *„um der Gewerkschaft zu schaden"* (!) (Stellschild des MSB im PI). Und dies angesichts der Tatsache, daß Petersen zu den Personalratswahlen eine Spalterliste an den VR-Schulen unterstützte – unter der ausdrücklichen Begründung, daß auf der GEW-Liste auch DKP-Mitglieder als Kandidaten aufgestellt waren!

Mit der Orientierung des FSR-PI wurde dagegen ein erster Schritt getan, die fortschrittlichen Kräfte in der GEW „durch Schützenhilfe von außen" zu stärken und mit ihnen zusammenzuarbeiten, indem die Unvereinbarkeitspolitiker vom Schlage eines J. Petersen entlarvt und geschwächt werden. In diesem Sinn hat der FSR-PI auch in die PI-VV am 13.5. einen „Offenen Brief an die GEW" eingebracht, der von ca. 800 Studenten nahezu einstimmig verabschiedet wurde und in dem es u.a. heißt:

„Die Vollversammlung aller Lehrerstudenten wendet sich an Sie, weil wir es für notwendig halten, daß die GEW endlich Konsequenzen im Fall Petersen ergreift. Dabei geht es um die gegenwärtige Praxis der Gesinnungsschnüffelei, wie sie im Gefolge der Berufsverbote, Anhörungsverfahren usw. auch an den Hochschulen immer schärfer spürbar wird. Es muß allerdings gesagt werden, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB wie auch der GEW erheblich zu diesem Klima der Einschüchterung beitragen." (...) *„Wir mißbilligen es daher, wenn der GEW-Vorsitzende Lemke in einem Brief an den Fachschaftsrat PI von uns verlangt, ‚die Kampagne gegen den Kollegen unverzüglich einzustellen'. Wir wehren uns gegen Herrn Petersen schließlich nicht aus Spaß, sondern weil seine Methoden eine Bedrohung der freien politischen Betätigung darstellen."*

Die Einmütigkeit der PI-VV wie auch der Protest gegen Petersen innerhalb der GEW haben gute Voraussetzungen geschaffen, seinen Ausschluß aus dem Vorstand (und möglichst ganz aus der GEW) zu erreichen. Dabei ist dies nicht einmal das Hauptziel dieser Auseinandersetzung. Es kommt in erster Linie darauf an (was natürlich die Ausschlußforderung nicht abschwächen soll!), eine Klärung der Fronten innerhalb der GEW zu erreichen, um überhaupt die Voraussetzungen zu schaffen, in Zukunft tatsächlich und praktisch mit fortschrittlichen Teilen des Lehrkörpers gegen die Ausrichtung der Hochschulen zusammenzuarbeiten. Dies ist die Alternative zu der erfolglosen Politik von MSB/SHB, unter der hohlen Phrase „Bündnis mit den Gewerkschaften" die Unterwerfung unter die DGB-Führer zu praktizieren, ohne daß diese jemals auch nur den kleinen Finger zu einer wirklichen Unterstützung der Studentenbewegung gerührt hätten.

AG Studenten
KB/ Gruppe Hamburg

Niedersachsen

Kampf dem Prüfungsterror

Wie schon in AK 80 berichtet, finden derzeit an den niedersächsischen Pädagogischen Hochschulen massive Kämpfe gegen den Versuch der Kultusbehörde, die Lehrerprüfungen vollständig aus der Hochschule herauszulagern und sie unter die alleinige Kontrolle des Staates zu stellen, statt.

In Göttingen organisierten die Studenten einen zweiwöchigen Vollstreik und blockierten drei Wochen lang das Lehrerprüfungsamt.

In Lüneburg streikten die Studenten ebenfalls zwei Wochen.

Jetzt hat der Streik auch auf die PH-Hannover übergegriffen. Bei einer Beteiligung von 51 % der Studenten an einer Urabstimmung sprachen sich 85 % für einen Streik aus, der vom 24. bis 26.5. durchgeführt wurde. Währenddessen ist in Göttingen und Lüneburg der Streik vorläufig ausgesetzt worden.

Göttingen: Die Forderung der Studenten nach freier Wahl der Prüfer wurde nicht erfüllt. Der Forderung nach Verlängerung der Bewerbungsfristen (damit alle Examenskandidaten die Chance haben, am 1.8. in den Schuldienst übernommen zu werden) wurde scheinbar nachgegeben: Die Bewerbungsfristen wurden vom 1.5. auf den 8.6. verlegt. Dies entpuppte sich aber schnell als Spaltungsmanöver. Erstens macht immer noch ein Teil das Examen erst nach dem 8.6. und zweitens wurde schon eine Woche nach dem Streik einigen Kommilitonen die Bewerbungsunterlagen zurückgeschickt – die Behörde denkt also gar nicht daran, ihre Zusagen einzuhalten.

Der Forderung „Keine Repressalien wegen des Streiks" wurde von Behördenseite entgegengehalten, daß dieser Streik „unrechtmäßig" gewesen sei und damit die Studenten etwaige Repressalien selbst zu verantworten haben. Der Abbruch des Streiks kam wesentlich auf Initiative der „Gegeninitiative", eine Gruppierung nahe dem RCDS, die von Anfang an den Streik als „nur für die Chaoten nützlich" diffamierte, und von Jusos und MSB zustande.

Hatten die Jusos schon zu Beginn erklärt, daß sie „keine Aktion, die gegen das geltende Gesetz verstößt", unterstützen würden, waren sie dann von der Radikalität der Studenten überrollt worden. Die erste Gelegenheit nutzten sie dann, um gemeinsam mit der „Gegeninitiative" den Streik abzubrechen.

Die konsequent linken Kräfte, die auch wesentlich im Aktionsrat vertreten waren, hatten den Fehler gemacht, der Illusion nicht entgegenzutreten, durch den Streik könnten wesentliche Zugeständnisse erreicht werden, und es müsse so lange gestreikt werden bis die Forderungen erfüllt sind.

Dies führte dann, als die Behörde keinen Schritt zurückwich, dazu, daß der Streik nicht organisiert mit der Perspektive, bei erneuten Schweinereien erneut in den Streik zu treten, abgebrochen wurde, sondern mehr unter dem Eindruck der Abwiegelei von Jusos und MSB und der massiven Hetze der „Gegeninitiative".

Aber trotz dieses Ausgangs hat der Streik erreicht, daß die Politisierung und Radikalisierung eines Teils der Studentenschaft gestiegen ist und auch die Bereitschaft zu erneuten Aktionen noch vorhanden ist – dies kann als wichtigstes Resultat des Streiks angesehen werden.

Lüneburg: Der Streik wurde „aktiv" durchgeführt, d.h. die Lehrveranstaltungen wurden in politische Diskussionsgruppen umfunktioniert.

Während des Streiks fand eine Veranstaltung mit Vertretern anderer Hochschulen statt, um die Erfahrungen auszutauschen. Der Streik wurde mit der Perspektive abgebrochen, jetzt ein „kritisches Semester" zu organisieren, d.h. es finden mit Einverständnis eines Teils des Lehrkörpers kein normaler Lehrbetrieb mehr statt, sondern im Mittelpunkt des weiteren Semesters stehen Diskussionen um die politische Situation an den Hochschulen.



Pädagogische Hochschule Niedersachsen
Der Kanzler

Lüneburg, den 30. April 1976

Presseerklärung

Zum zweiten Mal innerhalb kürzester Frist haben am 28. April radikale Kräfte eine empfindliche Behinderung des in den Räumen der Abteilung Lüneburg der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen untergebrachten Staatlichen Prüfungsamts für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bei der Abnahme von Prüfungen ausgelöst.

Folter in Spanien

Unter der Überschrift „Polizei-Folter an Basken so schlimm wie in Francos Tagen" veröffentlichte die englische bürgerliche Tageszeitung „The Times" am 13. Mai (beginnend auf der Titelseite) einen kritischen Artikel über die anhaltend brutalen Foltermethoden der spanischen Bullen. Nach Zeugnissen von Rechtsanwälten und Ärzten wurden einige Fälle von zynischer Folter an verhafteten Antifaschisten von dieser Zeitung dokumentiert.

Sogar die „Hamburger Morgenpost", die sonst im Verein mit der übrigen westdeutschen bürgerlichen



Amparo Arangoa: Ein Opfer der spanischen Folterknechte

Presse nur noch über „Reform"bestrebungen des spanischen Faschismus zu berichten weiß, ließ einen kritischen Artikel durchschlüpfen. Dort heißt es u. a., daß die spanische Polizei *„mit derselben unmenschlichen Brutalität gegenüber politischen Gefangenen und mutmaßlichen Terroristen"* vorgeht wie in den finstersten Tagen des Franco-Regimes. *„Nur – die neuen Foltermethoden sind noch heimtückischer, schmerzhafter und hinterhältiger geworden"* („Hamburger Morgenpost", 26.5.76).

Daß die in den letzten Wochen bekannt gewordenen Fälle von Folterungen keine „Ausrutscher" einzelner folterwütiger Bullen sind, sondern von der ganzen spanischen Regierung gedeckt werden, wird
zelner folterwütiger Bullen sind, sondern von der ganzen spanischen Regierung gedeckt werden, wird
daran klar, daß keiner dieser Folterknechte gerügt, geschweige denn bestraft wurde. Klagen der Betroffenen wurden von den Behörden abgewiesen. Juan Carlos, der König, auf den sich nach übereinstimmenden Berichten der bürgerlichen Presse alle Hoffnungen der „Demokratisierung" in Spanien konzentrieren, unterzeichnete im April ein Dekret, das eine zusätzliche personelle Verstärkung der Repressionsorgane vorsieht. So soll die Guardia Civil um 1.800 Knüppelschwinger erhöht und die politische Polizei („grises" = „die Grauen", auch „Gristapo" genannt) soll in den nächsten vier Jahren um 11.828 Folterknechte verstärkt werden („En lucha", Organ von ORT, 10.4.76).

In diesem Zusammenhang ist eine neuerliche Äußerung des Aussenministers der Bundesregierung, Genscher, besonders bezeichnend. Genscher sprach sich mal wieder für „viel Geduld" mit dem nachfrankistischen Spanien aus und sagte, *„die Regierung in Bonn versucht dazu beizutragen, daß Spanien die Vorbedingungen für eine baldige Zusammenarbeit mit den europäischen Demokratien erfüllt"* („YA", 19.5. 1976; Genscher-Interview, veröffentlicht im „General-Anzeiger" am 20.5.76).

Und so sehen die „Vorbedingungen" in Spanien aus:

Der Baske Aranceta, der am 6.4. verhaftet worden war, wurde zehn Tage in Militärhaft gehalten, ohne daß seine Verwandten oder sein Rechtsanwalt Kontakt mit ihm aufnehmen durften.

„Nach Aussagen seiner Familie und seines Rechtsanwaltes wurde er geschlagen (wobei ein Trommelfell zerstört und das andere schwer beschädigt wurde), er wurde drei Tage lang an den Armen aufgehängt, wobei seine Zehen kaum den Fußboden berührten, er wurde mehrmals mit dem Kopf in einen Bottich getaucht, der mit menschlichen Exkrementen gefüllt war, er übergab sich, bis er fast erstickte. Wenn er das Bewußtsein verlor, wurde er wiederbelebt und die Folter begann von vorn. Er befindet sich jetzt im Gefängnis von Zaragoza."

Daß nicht nur sogenannte „Terroristen" oder als solche verdächtige Menschen solchen Foltern ausgesetzt werden, beweist der Fall der jungen Arbeiterin Amparo Arangoa. Sie arbeitet in einer Papierfabrik von Navarra und ist Vizepräsidentin der offiziellen (faschistischen)
Sie arbeitet in einer Papierfabrik von Navarra und ist Vizepräsidentin der offiziellen (faschistischen)
Druckergewerkschaft. Sie gehört zu den zahlreichen Funktionären des faschistischen Syndikats, die sich für die Interessen ihrer Kollegen einsetzt.

Sie wurde von der Guardia Civil am 21. April verhaftet. In der Polizeistation von Tolosa (Guipuzcoa) wurde sie „verhört":

„Zuerst wurde ihr ganzer Körper und besonders ihr Gesicht geschlagen. Dann wurde sie gezwungen, ihre Kleider zu wechseln und ihr Kopf wurde wiederholt in ein Gefäß voll mit schmutzigem Wasser und Exkrementen getaucht, bis sie das Bewußtsein verlor. Dann wurde sie wiederbelebt und ihr wurde befohlen, sich wieder auszuziehen. Während sie versuchte, sich wieder ihre eigenen Kleider anzuziehen, wurde sie mit einem nassen Handtuch und einem Tau auf die Fußsohlen, die Oberschenkel und das Gesäß geschlagen."

Im Krankenhaus von Leiza, wo sie schließlich nach fast zehnstündiger Folter abgeliefert wurde, stellten die Ärzte schwere Blutergüsse an Oberschenkeln und Hintern (siehe Foto) fest sowie schweres Nieren- und Darmversagen. Die Bullen erreichten nicht, daß Amparo ihnen gestand, zu den „Comisiones Obreras" (Arbeiterkommissionen) zu gehören. Der lokale Stadtrat wies eine Klage der Eltern zurück, mit der Begründung, es handle sich um eine „militärische Angelegenheit".

Der Baske Erlanz, 31 Jahre *„Inhaber eines Nachtlokals in Renteria, Guipuzcoa, wurde am 23. März um 8 Uhr vormittags verhaftet. Von seiner Ankunft auf die Polizeistation bis 23 Uhr wurde Erlanz mit Metallstangen und Knüppeln geschlagen. Dann wurde er für kurze Zeit zur Behandlung in das örtliche Krankenhaus eingeliefert und dann wieder zur Polizeistation gebracht. Nach mehr als zwei weiteren Stunden ununterbrochenen Schlagens wurde Erlanz in ein Hospital gebracht, wo er einen Monat und drei Tage bleiben mußte. Der medizinische Untersuchungsbericht stellte Verletzungen an den Hoden und unter den Fußsohlen fest sowie Atembeschwerden, die eine Behandlung durch ein Atemgerät erforderten. Obwohl er kein Geständnis unterschrieben hat, befindet er sich jetzt im Gefängnis und ist der illegalen Vereinigung angeklagt (als Mitglied einer Arbeiterpartei) und illegaler Propaganda."*

„Francisco Tellez Luna, ebenfalls 31 Jahre, Arbeiter in einer Fabrik in Badalona, in der Nähe von Barcelona, wurde von der Guardia Civil am 11. Dezember 1975 verhaftet. Bei seiner Ankunft auf der Polizeistation wurden ihm Handfesseln angelegt und er wurde auf einen Tisch gelegt, wo ihn sieben Angehörige der Guardia Civil mit Gummihosen in den Magen, auf die Hände und die Füße schlugen.

Als er sich weigerte zu reden, wurde er auf ein Feldbett gefesselt, das aufrecht hingestellt wurde. Die untere Hälfte seines Körpers wurde entkleidet und eine brennende Kerze wurde 15 Minuten lang unter seine Hoden gestellt. Dann wurde er wieder zum Tisch zurückgebracht und wieder geschlagen. Das ging so weiter bis zum nächsten Morgen um sieben Uhr. Dann wurde er gezwungen, regungslos fünf Stunden lang mit dem Gesicht zur Wand zu ste-
sieben Uhr. Dann wurde er gezwungen, regungslos fünf Stunden lang mit dem Gesicht zur Wand zu ste-
hen, während ihn die Polizisten sporadisch auf die Beine und das Gesäß schlugen. Gegen Mittag wurde Tellez ins Gefängnis von Barcelona gebracht. Die Hände auf dem Rükken gefesselt, wurde er zwei Stunden lang in den Magen, die Nieren und auf die Hoden geschlagen. Am Ende unterschrieb er ein „Geständnis", das unter anderem enthielt, daß die Aussagen ‚freiwillig und ohne jede Art von Druck angeboten' worden sind. Am 14. Dezember wurde Tellez in die Intensivstation des Provinzkrankenhauses von Barcelona eingeliefert. Der medizinische Bericht diagnostizierte massive Blutergüsse und eine akute Nieren-Unterfunktion. Er mußte seitdem häufig an eine künstliche Niere angeschlossen werden."

(Zitate aus „The Times", 13.5.76).

Nieder mit der Foltermonarchie!

Übrigens, nicht vergessen: Strauß und seine Freunde von der CDU halten Spanien für einen „Eckpfeiler des freien Westens". •

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Aus dem Krankenhaus geschmissen – tot

„Der silikosekranke asturische Bergarbeiter Emilio Garcia Rodriguez starb, weil er aus dem Silikose-Institut von Oviedo geworfen wurde. Die faschistische Direktion des Instituts hatte ihn und weitere 58 Kollegen als Strafmaßnahme entlassen, weil sich alle Kranken mit dem Kampf der Arbeiter von Lasera, einem Reinigungsunternehmen des sanitären Zentrums, solidarisiert hatten. Die Weigerung von Ärzten und Krankenschwestern konnte die Ausweisung weiterer hundert Patienten verhindern, die schwerkrank waren und die die Direktion ebenfalls vor die Tür setzen wollte.

Es hat inzwischen mehrere Ansteckungsfälle bei den Familienangehörigen der Kranken infolge dieser Maßnahme gegeben.

Die Antwort des Volkes ließ nicht auf sich warten. Die Frauen aus dem Minengebiet von Nalón und Caudal führten am 30. April eine Protestdemonstration gegen das Nationale Vorsorge-Institut, das Sanitärzentrum und das Silikose-Institut an."

(zitiert nach „En lucha", 10.4.76). •

Knüppel frei!

Am 16.5. versammelten sich etwa 7.000 Menschen aus Bewohner- und Hausfrauenvereinigungen, Jugendclubs etc. mit Kind und Kegel bei Aranjuez (Madrid). Nach einer Art Pick-Nick im Freien wurde ein Dokument verlesen, in dem die weiteren Ziele der Bewohner gegen Wohnungsnot, Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit etc. festgehalten waren. Als die Versammlung sich schon auflösen wollte, überfielen hunderte spanischer Bullen von der Guardia Civil, die die Versammlung schon seit Stunden umringt hatten, Männer, Frauen und Kinder mit Knüppeln, Gewehrkolbenschlägen und Rauchbomben. Fensterscheiben parkender Wagen wurden von ihnen zerschlagen und in von Menschen besetzte Autos Rauchbomben geschmissen.

Vier Journalisten wurden verhaftet, verprügelt und erst nachts wieder freigelassen.

Die Madrider Journalistenvereinigung und die Zeitung „El Pais" hielten nach diesen Vorfällen eine dringend einberufene Versammlung zur Untersuchung der Lage der spanischen Journalisten ab, die in letzter Zeit immer häufiger bei ihrer Informationsarbeit behindert sowie verprügelt, verhaftet und gefoltert werden. (Nach „La Vanguardia", 17.5.76). •

Abgeordnete kritisieren Regierung

Der militant rechte Flügel des spanischen Ständeparlaments (Cortes) trat mit einer Unterschriftensammlung an die spanische Öffentlichkeit, in der der Regierung „willkürliches" und „ungesetzmäßiges" Handeln vorgeworfen und gefordert wird, sich streng an die „Legalität", die von Franco geschaffen wurde, zu halten. Besondere Empörung herrschte unter diesen Faschisten über die Zulassung des Gewerkschaftskongresses der UGT (unbedeutende Gewerkschaft der spanischen Sozialdemokraten) vor etwa einem Monat.

Die Erklärung war von 126 Abgeordneten unterzeichnet, darunter befanden sich auch zwei längst Verstorbene! Ende Mai ließen diese Ultras erneut von sich hören. Die Cortes-Fraktion „Accion Institucional" warnte das spanische Kabinett erneut, sich an die Verfassung zu halten und forderte besondere Strafbestimmungen für die „Beleidigung Francos"!

Man muß sich nur mal überlegen, daß bei der geplanten „Parlamentsreform" in Spanien diese Herrschaften geschlossen in das sogenannte Oberhaus übernommen werden würden, die jede Maßnahme, die das durch „allgemeine Wahlen" zustande kommende Unterhaus beschliessen würde, durchkreuzen kann. Mal ganz abgesehen davon, daß sich auch das „Unterhaus" keineswegs auf der Grundlage freier Wahlen und der Zulassung aller politischen Parteien zusammensetzen wird. •

Spanische Bauarbeiter immer wieder im Streik

Spanische Bauarbeiter immer wieder im Streik

Vor dem 1. Mai dieses Jahres riefen die Arbeiterkommissionen der Bauarbeiter von Barcelona zu einem dreitägigen Generalstreik auf. Am 31.3. schon hatten ca. 10.000 Bauarbeiter durch die Straßen von Barcelona demonstriert für die

- *„unmittelbare Annahme der vereinbarten Verträge* (durch das Arbeitsministerium – AK). *Die Aufhebung des Lohnstops. Sofortige Lösung des Arbeitslosenproblems.*
- *Klassengewerkschaft, weil wir diese Gewerkschaft zurückweisen sowie deren ‚reformierte' Fortsetzung, wie es auf dem geplanten Gewerkschaftskongreß vorgesehen ist.*
- *Amnestie. Volle politische Freiheiten."*

(Nach „En lucha", 10.4.76).

Nun ist es auch in Nordspanien (Santander) wieder zu einem hundertprozentig befolgten Generalstreik der Bauarbeiter für die 40-Stunden-Woche und einen Vier-Wochen-Urlaub gekommen. Mehrere Demonstrationsversuche wurden von großen Polizeiaufgeboten im Keim erstickt. •

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

2 Tote bei Faschistenüberfall

Mit offener Duldung und Unterstützung der spanischen Guardia Civil haben bewaffnete faschistische Banden das Feuer auf eine Demonstration eröffnet. Dabei wurden zwei Menschen getötet und mehrere verletzt, die Bullen taten das ihrige mit wilden Knüppeleinsätzen.

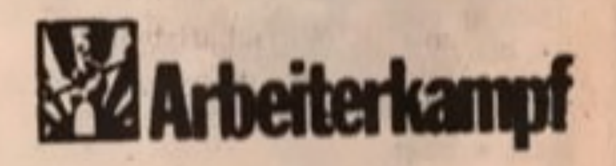
Am 9.5. veranstalteten die Anhänger der Carlisten (die sich auf den „aufgeklärten" Prinzen Carlos Hugo beziehen) ihren traditionellen Gedenkmarsch zu einem der Schlachtfelder der Carlistenkriege zum Montejurra in der Nähe von Pamplona. Auf dem Berg erwarteten die Carlisten etwa 60 bewaffnete Frontkämpfer, „Christkönigskrieger" sowie argentinische und portugiesische Faschisten, die sich dort gemäß einem Aufruf eines Mitgliedes des Rats des Königreichs, Oriol (ehemaliger Justizminister), schon seit Tagen verschanzt hatten. Der rechtsradikale Oriol, Mitglied eines der höchsten staatlichen Gremien, war sogar selbst gekommen, um sich das Schauspiel nicht entgehen zu lassen. Angeführt wurden die Faschisten von einem ultrareaktionären Carlistenprinzen, der in scharfem Widerspruch zur heute recht fortschrittlichen Carlistenpartei steht.

Als die Carlisten auf den Berg steigen wollten, schossen die Faschisten in die Menge. Ein Schütze wurde auf Pressefotos nachträglich identifiziert. In seiner Nähe standen etliche spanische Bullen. Auf dem Berg wurden später auch Munitionskisten der spanischen Armee gefunden. Selbstverständlich wurde niemand verhaftet; wer hätte auch verhaften sollen, waren doch die faschistischen Terrortrupps, die Bullen und im Stillen auch Teile der Armee in derselben Aktion vereint.

Der Vorsitzende der Carlistenpartei berichtete, daß zwei Mitglieder seiner Partei lachend von der Guardia Civil festgenommen worden waren, als sie sich auf einer Polizeiwache über die Faschistenansammlung auf dem Montejurra beschwert hatten. Sie wurden solange festgehalten, bis die Carlisten-Demonstration vorbei war.

Es besteht kein Zweifel, daß die Faschistenaktion der Fraga/Areilza-„Reform"-Regierung bekannt war und von ihr gebilligt wurde. •

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 19000 Erscheinungsweise: 14-tägig Verkaufspreis 1.- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 461 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

Gewerkschaftsführer stimmen Labour-Lohnraub zu

Nach und nach stimmen alle Führungen der Einzelgewerkschaften – bis auf wenige Ausnahmen – den Lohnraub„vorschlägen" der Labour-Regierung zu: Rund 4 % plus gewisse Steuererleichterungen für die niedrigsten Löhne, und das bei einer Inflationsrate von rund 20 % und nach einem Lohnabbau, der jetzt bereits über ein Jahr („6-Pfund-Lohndiktat" – s. AK 79) andauert.

Auf Einzelkonferenzen wird so die Annahme des neuen Lohndiktats auf der für den 16. Juni geplanten „special conference" des TUC (Gewerkschaftsdachverband) vorbereitet.

AUEW (Amalgamated Union of Engineering Workers): Schlosser, Elektriker, Techniker. Diese Gewerkschaft ist eine der größten mit 1,4 Mio. Mitgliedern, traditionell als „links" bekannt, stimmte letztes Jahr gegen die Kooperation des Gewerkschaftsdachverbandes TUC mit der Labour-Regierung in Sachen Lohndiktat. Mitte Mai stimmten die Funktionäre der „Schlossersektion" der AUEW mit knapper 2/3 Mehrheit dafür, die Labour-Vorstellungen zu akzeptieren. Für die Konferenz aller vier Sektionen der AUEW Ende Mai wird ein ähnliches Ergebnis erwartet.

TGWU (Transport and general workers Union): Hafenarbeiter, Transportarbeiter, 1,8 Mio. Mitglieder. Die TGWU-Funktionäre gehörten zu den ersten, die eifrig zustimmten.

GMWU (General and municipal workers union): Städtisch angestellte Arbeiter und Angestellte; 900.000 Mitglieder. Die Konferenz wird erst im Juni tagen, allgemein wird Zustimmung zum Lohnraub erwartet.

NUPE (National union of public employees): Öffentlicher Dienst, mit der militanten Gruppe der Krankenhausarbeiter; 580.000 Mitglieder. Die NUPE-Führung mußte letztes Jahr wegen des starken Drucks der Basis gegen das 6-Pfund-Lohndiktat stimmen. Dieses Jahr hat NUPE-Generalsekretär Alan Fisher (ein „Linker") bereits erklärt, er werde zustimmen.

NUM (National union of mineworkers): Bergarbeiter. Mit 11:13 Stimmen billigte der Vorstand der NUM Mitte Mai ein Lohnabkommen, das innerhalb des Lohnraub-Rahmens liegt: 4,5 % plus Steuererleichterungen. Eine Urabstimmung in der ersten Juni-Woche soll über Annahme oder Ablehnung entscheiden. Genau wie im letzten Jahr wird eine knappe Zustimmung erwartet.

Die Führung der **Postarbeitergewerkschaft** hat ebenfalls zugestimmt.

Ausnahmen bilden lediglich einige kleine sog. „white-collar"-Gewerkschaften. So die **„Society of civil-servants"**, die 100.000-Mitglieder starke Gewerkschaft der Angestellten im Staatsdienst. Die SCS hatte letztes Jahr gegen das Lohndiktat gestimmt, wird es auch dieses Jahr wieder tun.

Ebenso die **„National graphical association"**, (Drucker), die **„Civil and public services association"** (250.000 Staatsangestellte und öffentlicher Dienst) und die **„Association of scientific, technic and managerial staffs"** (wissenschaftliche und technische Angestellte).

Die Argumentation dieser oppositionellen Gewerkschaften ist sehr unterschiedlich. Sie reicht von einer rein ständischen Kritik, z.B. seitens der NGA an den Labour-Vorschlägen (diese würden zu wenig Spielraum für Lohnunterschiede und Staffelungen lassen!), bis hin zu wirklich linken Positionen, wie denen der ASTMS, die z.B. auf ihrer Jahreskonferenz zur Teilnahme aller Mitglieder am „Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit" am 26. Mai, der in erster Linie von den Revisionisten getragen wurde, aufrief.

Die Mehrheit für die rechtssozialdemokratische Führung im TUC auf der „special conference" ist allerdings trotz dieser Opposition abDaß die bisherigen Stellungnahmen der Einzelgewerkschaften sicher nicht die Stimmung an der Basis widerspiegeln, sondern Ergebnis von Satzungsmanipulationen und Funktionärs„demokratie" sind, macht auch folgendes deutlich Der „Guardian" führte die Niederlage der Linken im NUM-Vorstand (11:13 für den Lohnraubabschluß) darauf zurück, daß der Vorschlag des Präsidenten Scargill der Yorkshire-Sektion der Bergarbeiter, die für ihre Militanz bekannt ist, nicht durchgekommen war. Er hatte eine besondere Delegierten-Konferenz zur Abstimmung vorgeschlagen, an der direkte Abordnungen der Schächte und Gruben hätten teilnehmen können. *„Diese Delegiertenkonferenz hätte den Handel mit Sicherheit abgelehnt"* („Guardian", 14.5.76).

Andererseits signalisieren die Konferenzergebnisse auch, daß der Druck unmittelbarer militanter Kämpfe auf die Führungen gegenwärtig weiter nachgelassen hat. •

England-Kommission

Nordirland

Erfolgreiche Flucht aus dem KZ Long Kesh

Anfang Mai gelang es neun Insassen des KZ Long Kesh die doppelte und dreifache Sicherung des Lagers auszutricksen und zu entkommen.

Das Gelände ist mit einem meterhohen Stacheldrahtzaun, einem Graben dahinter und als äußerem Gürtel mit einem Betonwall umgeben. Bewacht wird das KZ von Armeeposten, die rundherum auf hohen Holztürmen sitzen, und um auch nachts jeden Flüchtling zu sichten, gibt es eine Flutlichtanlage, die das Gelände ausleuchtet. Um selbst „Tunnelbauer" abzuschrekken, ließ man sich ganz was besonderes einfallen: Infrarot-Kameras, die ständig die Temperatur-Veränderungen unter der Erde feststellen.

Diesmal hat die Technik jedoch versagt. Den neun Häftlingen gelang die Flucht durch einen ca. 140 m langen Tunnel. Es handelt sich um Mitglieder der IRSP (eine republikanische Organisation, die Anfang 75 durch Abspaltung von der IRA Provisional und IRA Official entstand). Drei von ihnen saßen Haftstrafen ab, drei waren in Untersuchungshaft und drei erwarteten ihren Prozeß.

Mitte Mai befanden sich noch fünf von ihnen auf freiem Fuß. Zwei hatte man leider in Nordirland gleich wieder verhaftet, zwei in der Republik Irland.

Seit dem Bestehen des Internierungslagers, Oktober 71, haben 57 Männer versucht, aus dem Lager zu fliehen. •

England-Kommission

Antifaschisten gegen „Nationale Front"



Mitte Mai plante die faschistische Organisation „National Front" vor dem Gefängnis in Birmingham eine Sympathiekundgebung für einen ihrer Anhänger, der dort einsitzt: für den Hausbesitzer Robert Relf, der sich geweigert hatte, ein Schild von seinem Haus zu entfernen, auf dem er dieses zum Verkauf anbot – „nur an englische Familien". Dieser Rassist steht aus Protest gegen seine Inhaftierung seit einiger Zeit im Hungerstreik.

Die Birminghamer Polizei hatte sich geweigert, die Nazi-Provokation zu verbieten, obwohl sogar die örtliche Labour Party, lokale Gewerkschaftsorgane, Parlamentsabgeordnete usw. auf den gefährlich provokatorischen Charakter dieser Faschisten-Veranstaltung hingewiesen hatten.

Ein dicker Polizeikordon schützte die ca. 100 Teilnehmer der Faschisten-Kundgebung davor, von den rund 1.000 Antifaschisten aufgelöst zu werden.

Mit Schlagstöcken, den Deckel von Mülltonnen (s. Bild), beritten und auf Motorrädern gingen die Bullen gegen die Demonstranten vor. Die Antifaschisten wußten sich zu wehren. Bilanz: 12 Polizisten mußten sich im Krankenhaus behandeln lassen, 18 antifaschistische Demonstranten wurden festgenommen, zahlreiche verletzt.

(Information nach „Morning Star", 17.5.1976). •

England-Kommission

Englands Liberale Parteichef Thorpe zurückgetreten

Englands Liberale Parteichef Thorpe zurückgetreten

Nach wochenlanger Hexenjagd auf den Chef der Liberalen Partei, Jeremy Thorpe (s. Berichterstattung im AK), die von der Presse, aber auch von Mitgliedern der eigenen Partei betrieben wurde, trat Thorpe schließlich am 10. Mai vom Parteivorsitz zurück. Vordergründiger Anlaß war der Vorwurf eines kleinen Kriminellen, Norman Scott, vor Jahren mit Thorpe homosexuelle Beziehungen unterhalten zu haben, sowie die Verwicklung Thorpes, als Präsident einer Versicherungsfirma, in einen Finanzskandal.

Die Tatsache, daß der Parteiführung die „Vorwürfe" der Homosexualität Thorpes bereits seit Jahren bekannt waren, unterstreicht die Vermutung, daß hinter der Hexenjagd innerparteiliche Konkurrenzkämpfe um die Führung und politische Ausrichtung der Liberalen Partei nach rechts stecken.

Hinweise für die Richtung, in der es weitergehen soll, sind einmal die Kandidatur einer Rechtsaußen-Figur wie John Pardoe für die Nachfolge Thorpes. (Pardoe hat sich als Sprecher verschiedener „Steuerzahlerorganisationen", „Selbständigenverbände" und ähnlicher kleinbürgerlich-reaktionärer Gruppierungen zur „Rettung des freien Unternehmertums" einen Namen gemacht.) Zum zweiten die abenteuerlich klingenden Vermutungen, die der ehemalige Premier Harold Wilson bereits vor einigen Wochen äußerte: Hinter der Kampagne gegen Thorpe stecke der südafrikanische Geheimdienst, der durch gezielte Verleumdungskampagnen den strikten Apartheidsgegner Thorpe ins politische Jenseits befördern wolle. (Womit man eine durchaus starke antiimperialistische Strömung unter den Liberalen treffen würde. So stimmten z.B. die „young liberals" – die Jugendorganisation der Partei – auf ihrer letzten Jahreskonferenz für die Unterstützung der Befreiungsorganisation Zimbabwes, der ZANU, man stelle sich ähnliches für die Jungdemokraten vor!!)

Wilson weigerte sich zwar, dies irgendwie konkret zu beweisen. Der neue Premier Callaghan allerdings griff diese These erneut im Parlament auf und sagte, es gebe *„keinen Zweifel, daß (...) es Versuche gebe, einzelnen Mitgliedern der Liberalen Partei etwas anzuhängen"* („Guardian", 21.5.76).

Im Zusammenhang mit neuesten Enthüllungen über provokatorische Umtriebe sowohl der südafrikanischen als auch der chilenischen Botschaft gegen Antifaschisten, Emigranten und bekannte Gegner der faschistischen Regimes in England (s. Artikel in diesem AK) erhalten diese Vermutungen durchaus eine große Wahrscheinlichkeit.

Typisch die abwehrende Reaktion solcher Leute wie John Pardoe auf die Äußerungen von Wilson und Callaghan: Die Liberalen sollten aus den „gegenwärtigen Süd-Afrika-Geschichten" einiges über ihre Beziehungen zur Presse lernen und „wilden Phantastereien" durch eigene Stellungnahmen nicht noch den Anstrich der Glaubwürdigkeit geben. Pardoe fand sich in trauter Eintracht mit einem konservativen Abgeordneten, der darauf beharrte, es gebe „keinerlei Beweis" dafür, die Regierung Süd-Afrikas zu diskriminieren. •

England-Kommission

England

Ein Spitzel der chilenischen Faschisten packt aus

Am 16. Mai präsentierte das englische Fernsehprogramm LWT (London Weekend Television) einen „Knüller": Ein Mann, der unter dem Decknamen John Cooper als rechtsgerichteter englischer Bürger vorgestellt wurde, will zwei Jahre lang für die chilenische Junta Agentendienste in England übernommen haben. Nach eigenen Aussagen hatte dieser Cooper vor zwei Jahren auf einem Treffen des rechtsgerichteten „Monday-Clubs" – entspricht etwa dem CDU-Wirtschaftsbeirat – zum Thema Chile einen Mann aus der chilenischen Botschaft kennengelernt, der ihm für 100 Pfund in bar (ca. 500,- DM) die erste Aufgabe vermittelte:

- Aufstellung einer Liste von linksgerichteten Aktivisten, die in England gegen das Pinochet-Regime sind.

Später sollen folgende weitere Aufträge verteilt worden sein:

- Zusammenstellung von Literatur, die gegen die chilenische Junta gerichtet ist;
- direkte Provokationen, z.B. Flugblätter auf antifaschistischen Kundgebungen unter die Leute bringen, deren Inhalt die Kundgebungsteilnehmer verwirrt und diskreditiert.
- Zusammenstellung von biographischen Angaben und Fotos aller britischen Pinochet-Gegner;
- Einschüchterungskampagnen, in denen bestimmte Personen, z.B. die ehemalige Arbeitsministerin Judith Hart (Labour-Linke), durch dauernde Telefonanrufe belästigt wurden;
- Eindringen in chilenische Exilgruppen mit dem Ziel, Dokumente auszuleihen und zu fotokopieren. Auf diese Weise soll z.B. die Morddrohung gegen einen chilenischen Studenten der Universität Edinburgh zustande gekommen sein.
- Reise nach Schottland, um die Gewerkschafter herauszufinden, die die Boykottmaßnahmen gegen den Bau chilenischer Schiffe leiten. Entwicklung brauchbarer Vorschläge, wie diese Leute kaltgestellt werden können, physisch oder wie auch immer...;
- Ein Mann der chilenischen Sicherheitspolizei forderte Cooper auf, mit Gewehr, Geld und Pässen endlich ernsthaft und wirkungsvoll gegen die Exilchilenen in England zu kämpfen!

Erst dieser letzte Auftrag soll den Burschen abgeschreckt haben, so daß er mit seiner Geschichte zum Fernsehen ging. John Cooper bangt jetzt um sein Leben. Er beruft sich dabei auf andere Fälle von ebenfalls rechtsgerichteten Leuten, die im Auftrag der faschistischen Junta z.B. in Argentinien ermordet worden sind.

Ein Sprecher der chilenischen Botschaft stritt natürlich sämtliche Vorwürfe ab! (Alle Informationen nach „Guardian", 17.5.76)

Man kann bisher wenig darüber sagen, welche Motive einen rechten Tory-Mann, der sich selbst als „strenger Antikommunist" bezeichnet, dazu bringen, über seine Spitzeldienste auszusagen. Grundsätzlich muß man aber sagen, daß diese Unklarheit nicht die Story im Ganzen unglaubwürdig macht. Denn man muß bei internationalen faschistischen Umtrieben immer davon ausgehen, daß – wenn einmal darüber etwas enthüllt wird – es meistens nur die Spitze vom Eisberg ist. •

England-Kommission

KONTAKTADRESSEN des KB

Bielefeld: Jeden Sonnabend von 10-13.30 Uhr Bahnhofstraße

Braunschweig: 3300 Braunschweig, Postlagerkarte 081378 A

Bremen: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 28 Bremen, Fedelhören 77, Öffnungszeiten: mittw. 16-19 Uhr, freitags 16-19 Uhr, sbds. 10-14 Uhr

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1, Postlagerkarte 00 31 60

Eutin: H.Lankau, 242 Eutin, Postlagerkarte A 022854

Flensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 02 26 83

Geesthacht: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr vor Hertie

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 6 Frankfurt/M. 90, Kurfürstenstraße 8, öffentl. Bürostunde: Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr

Göttingen: KB/Gruppe Göttingen, Kontakt über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg: ARBEITERKAMPF, Literatur-Vertrieb + Büro, 2 Hamburg 6, Susannenstraße 41, Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Arbeiterbuch z.Hd. KB, 3 Hannover, Rehbockstr. 3

Hildesheim: 32 Hildesheim, Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider, 234 Kappeln/Schlei, Postlagernd

Kassel: Florian Rohs, 35 Kassel, Goethestr. 31

Kiel: W.D.Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte 098 831 A

Landshut: SSB (Sozialistischer Schülerbund), 83 Landshut, Postlagerkarte A 041181

Lüneburg: 314 Lüneburg, Postlagerkarte A 017 890

Lübeck: c/o Arbeiterbuch, 24 Lübeck 1, Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: M. Below, Postfach 1111, 2410 Mölln

Nürnberg: G.N.K., Thomas Gradl, 85 Nürnberg 16, Postfach 16 03 65

Oldenburg: AK-Vertriebsbüro, 29 Oldenburg, Nadorster Str. 190

Kreis Pinneberg/Steinburg: 208 Pinneberg, Postlagerkarte A 022926

Reinbek: Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Stade: Jeden Sonnabend von 9-12 Uhr am Pferdemarkt

Westberlin: A.Radtke, 1 Berlin 21, Thomasiusstr. 2, Freitag 16-19 Uhr

Redaktion und Verlag: 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91



lateinamerika aktuell

Erklärung der Revolutionären Koordinationsjunta (JCR)

In Argentinien leistet Lateinamerika Widerstand

Am 24. März wurde in Argentinien ein Militärputsch durchgeführt und die volksfeindliche und proimperialistische Regierung Isabel Peron abgesetzt. Durch den Putsch wurde eine Regierung eingesetzt, die jegliche politische und gewerkschaftliche Betätigung unterdrückt, die Militärgerichte und die Todesstrafe für politische Delikte eingeführt hat, die Streiks zu Verbrechen erklärt und einen „liberalen" proimperialistischen Wirtschaftsplan angekündigt hat.

Die ersten Informationen besagen, daß die Zahl der politischen Gefangenen von 5.000 auf 8.000 angestiegen ist, daß die Morde der faschistischen Banden an Aktivisten aus der Arbeiterklasse und dem Volk ständig zunehmen, und daß 18.000 politische Flüchtlinge aus lateinamerikanischen Ländern unter einem Regime „bedingter Freiheiten" leben.

Die Opposition innerhalb der Militärs, zwischen den „Harten" und den „Gemäßigten", kann nicht über deren grundsätzliche Übereinstimmung hinwegtäuschen bezüglich ihrer Ziele: Proimperialistische Politik, Unterdrückung und Preisgabe der nationalen Reichtümer. Es ist der augenblickliche Präsident, General Videla, ein angeblich „Gemäßigter", der auf der Konferenz lateinamerikanischer Armeen im Oktober 1975 in Montevideo erklärt hat, daß soviele Menschen wie nötig in Argentinien sterben müssen, um den Frieden wieder herzustellen. Gleichzeitig bezeichnet dieser neue Präsident die OAS (Organisation

den Frieden wieder herzustellen. Gleichzeitig bezeichnet dieser neue Präsident die OAS (Organisation

amerikanischer Staaten – von den USA ins Leben gerufen und beherrscht, d. Red.), die nichts anderes als eine Kolonialverwaltung ist, als einen würdigen Bündnispartner. Der Wirtschaftsminister kündigt eine Politik an, die allein im Interesse der Monopole und der Großgrundbesitzer ist, und die einen ungeheuren Angriff auf das Proletariat, die Kleinbourgeoisie und die kleinen und mittleren Produzenten darstellt. Ihre Pläne und Maßnahmen bestehen aus: Arbeitslosigkeit, Einfrieren der Löhne, Auflösung der Arbeits- und Tarifverträge, Privatisierung der staatlichen Betriebe, Freibrief für die ausländischen Investitionen. Unterstützung streben sie lediglich von den sozialen Sektoren an, die mit den Monopolen verbündet sind.

Es ist klar, daß dieser Plan das Land in den totalen Bürgerkrieg führen wird: Die Bourgeoisie versucht allein mit dem Mittel brutalster Unterdrückung ihren Plan durchzusetzen, andererseits ist dieser Plan die objektive Grundlage, auf der sich im Laufe der Jahre der Widerstand des Volkes und der Arbeiterklasse entwickeln wird.

Die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Avantgarde sind die wesentliche Zielscheibe des Militärputsches. Ein repressiver Angriff der Militärs auf die Fabriken konnte teilweise verhindert werden durch die Maßnahmen, die die Revolutionäre schon einen Monat vor dem Putsch ergriffen haben. Trotzdem hat es Verhaftungen und Entlassungen in den Betrieben gegeben und es wurden militante Arbeiter umgebracht, wie z.B. Hugo Castello, Führer der Basisgewerkschaften in Cordoba.

Am 10. April fiel Edgardo Enriquez der Repression in die Hände; Edgardo war Mitbegründer und Mitglied der politischen Kommission des chilenischen MIR, Führer des heldenhaften chilenischen Widerstandes und Mitglied des Sekretariats der Revolutionären Koordinationsjunta.

Edgardo Enriquez ist ein Symbol der Revolution der Arbeiter und Bauern in Chile und des Befreungskampfes in ganz Lateinamerika. Sein Name darf nicht auf der sowieso schon viel zu langen Liste argentinischer und lateinamerikanischer Revolutionäre

zu langen Liste argentinischer und lateinamerikanischer Revolutionäre

erscheinen, die in Argentinien „verschwunden" sind, ermordet wurden oder in den Konzentrationslagern von Tucuman, Cordoba oder Buenos Aires gefangengehalten werden. Edgardo darf ebensowenig an die mörderische Dikatur Pinochets ausgeliefert werden, wo ihn Folter und Ermordung erwarten – so wie es schon verschiedenen Chilenen ergangen ist, die in einem der Länder des südlichen Zipfels verhaftet wurden.

Durch die internationale Solidarität, durch eine schnelle und energische Mobilisierung, um das Leben und die Freiheit von Edgardo Enriquez und der anderen politischen Gefangenen in Argentinien zu retten, müssen neue konterrevolutionäre Verbrechen verhindert werden.

Heute, einen Monat nach dem Putsch, haben schon die ersten Streiks und zahlreiche revolutionäre Aktionen begonnen. Die Arbeiter- und Volksbewegung und ihre Avantgarde haben mit Stärke und Reife auf diesen neuen Angriff der Reaktion und des Imperialismus geantwortet, wobei sie sich darauf vorbereiten, den langdauernden und massiven Widerstandskampf, bewaffnet und unbewaffnet, legal und illegal zu führen.

Mit dem Staatsstreich hat eine Periode noch engerer Zusammenarbeit der Militärdiktaturen im südlichen Zipfel begonnen. Der Imperialismus und seine Verbündeten perfektionieren das interamerikanische „Sicherheits"system. In diesem Jahr wird die Konferenz amerikanischer Armeen in Santiago de Chile (!) stattfinden, und Kissinger wird Argentinien besuchen.

Die internationale Solidarität mit dem Widerstand steht auf der Tagesordnung. Die Arbeiterklasse, das argentinische Volk und seine Avantgarde sind trotz der Schläge, die sie erhalten haben, nicht besiegt und bereiten sich auf einen langen und starken Widerstandskampf vor. Dieser Kampf ist lebenswichtig für die nationale und soziale Befreiung Lateinamerikas. Lateinamerika leistet in Argentinien Widerstand. Deswegen rufen wir die Arbeiterklasse und die Völker der Welt auf:

Welt auf:

- **Solidarität mit dem Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes in Argentinien und Lateinamerika!**
- **Entlarvung und Isolierung der Militärdiktaturen im südlichen Zipfel und in Brasilien!**
- **Nein zur Todesstrafe gegen das Volk!**
- **Internationale Aktionen für das Leben und die Befreiung von Edgardo Enriquez!**
- **Freiheit für die 8.000 politischen Gefangenen in Argentinien!**

Revolutionäre Koordinationsjunta

MIR	–	**Chile**
MLN	–	**Uruguay**
ELN	–	**Bolivien**
ERP	–	**Argentinien**

Argentinien

Brief von 105 gefangenen Genossinnen an die Einwohner von Villa Catela

Die argentinischen Militärs schreckten auch schon vor ihrer Machtergreifung nicht davor zurück, Frauen und Kinder gefangen zu nehmen, zu foltern und zu ermorden.

Im Dezember 1975 brachen die Militärs in das Haus von Ofelia Ruiz de Santucho ein und entführten die Genossin zusammen mit neun Kindern im Alter von zehn Monaten bis 15 Jahren. Darunter waren die Kinder von Ofelia, deren Mann in Tucuman gefallen ist, darunter waren ebenfalls die Kinder von Mario Roberto Santucho (Generalsekretär der PRT/ERP), dessen Frau 1972 im Gefängnis von Trelew kaltblütig und grundlos ermordet wurde.

Im „El Combatiente", Zeitung der PRT vom Dezember 1975, wurde folgender Brief von über hundert Genossinnen veröffentlicht:

An die Einwohner von Villa Catela
29. November 1975

Die politischen Gefangenen der Einheit 8 von Olmos möchten Ihnen mit dem brüderlichsten Gruß diesen Brief der Anklage übermitteln, der unsere Lage darstellt, die gekennzeichnet ist durch die Repression, die der Feind gegen uns ausübt.

Viele von uns haben mit Ihnen schöne Augenblicke erlebt. Die Aufteilung der Lebensmittel, die Verteilung von Materialien in den klei-

teilung der Lebensmittel, die Verteilung von Materialien in den klei-

nen Schulen, wir haben an den Türen einiger Häuser Tee getrunken, während wir den roten Stern darauf malten.

Diese Augenblicke sind unvergeßlich für uns, denn in ihnen drückt sich die ganze Zuneigung aus, die das Volk den Kämpfern der ERP entgegenbringt.

Heute trennt uns die Entfernung, aber uns vereint jene Zuneigung, darüber hinaus der Haß, den wir gemeinsam für den Feind fühlen, den Imperialismus, die konterrevolutionären Streitkräfte und die Polizei sowie die ausbeuterischen Dienstherren.

Wir sind 105 weibliche politische Gefangene und neun gefangene Babies in der Strafanstalt von Olmos, gegen die man das barbarische repressive System der Isolierungshaft anwendet. Wir müssen zusammen mit den Babies 21 Stunden am Tag in Zellen von 2 x 4 Metern verbringen, wo es kaum frische Luft und keine Sonne gibt. Sie erlauben nicht, daß man uns Bücher bringt, weder zur Lektüre noch zum Studium, sie erlauben auch nicht, daß wir Handarbeiten zur Deckung der Ausgaben anfertigen, die die Familienangehörigen tragen müssen.

Die medizinische Versorgung ist selbst für die Babies äußerst nachlässig, und die Lebensmittel, die man uns gibt, sind sehr knapp.

Diese Situation hat sich in letzter Zeit noch verschärft durch die Gründung des Sicherheitsrates, der die Gefängnisse unter militärische Aufsicht stellt.

Dieses Gefängnis, ebenso Rawson, Sierra Chica und Resistencia, wandeln sich immer schneller in Konzentrationslager um, die an eine der dunkelsten Epochen der Geschichte des Faschismus erinnern. Trotzdem ist unsere Moral unzerstörbar. Ihre Zuneigung und Erinnerung sowie die Überzeugung, daß unser Kampf gerecht ist und die Sicherheit des endgültigen Sieges halten uns aufrecht.

die Sicherheit des endgültigen Sieges halten uns aufrecht.

Wir wissen, daß unsere Lage hart, aber nicht von Dauer ist und daß wir Sie am Ende des Kampfes zusammen mit unserem ganzen geliebten Volk in einem besseren Argentinien wiedertreffen werden, in dem es weder Reiche noch Arme noch ausbeuterische Dienstherren geben wird: im sozialistischen Argentinien.

Für die solidarische Unterstützung der politischen Gefangenen durch Solidaritätskommissionen in den Stadtteilen!

Gegen Repression und Folter!
Freiheit für die Freiheitskämpfer!

Gefangene Mitglieder der PRT und der ERP

Argentinien

Faschistischer Terror wie in Chile Razzia gegen 30.000 Menschen im Fußballstadion

Am 23. Mai wurden in Buenos Aires in einem abgestellten Auto vier Leichen gefunden. Zwei davon konnten als ehemalige uruguayische Parlamentsabgeordnete identifiziert werden, die 1973 nach Argentinien ins Exil gegangen waren, nachdem in Uruguay die Militärs auf kaltem Wege die Macht übernommen hatten. Beide Uruguayer waren ehemals prominente Personen (Minister und Präsident des Abgeordnetenhauses in Uruguay), einer arbeitete als Redakteur bei einer der größten und regierungsfreundlichen Zeitungen von Buenos Aires, „La Opinion". Beide waren ungefähr eine Woche, bevor man sie ermordet auffand, von schwerbewaffneten Männern entführt worden. Die argentinische Presse berichtete – wohl auf Grund der Prominenz der Opfer – über diese Morde, obwohl die Junta ein strenges Informationsverbot über „subversive Tätigkeiten", Morde an „Subversiven" und über alle Entführungen verhängt hat.

Die Regierung sah sich – auch durch den Druck aus dem Ausland – gezwungen, eine umfassende Untersuchung anzukündigen, die allerdings kaum Ergebnisse bringen wird.

Die faschistischen Banden und Todeskommandos, die *„schon unter der peronistischen Regierung im Schutz völliger Straflosigkeit handeln konnten"* („Frankfurter Rundschau", 25.5.) haben sei dem Putsch ihre Aktionen verstärkt und unterstützen die Unterdrückungsmaßnahmen des Staates zur Ausrottung der Linken durch Mordterror.

- Allein in zwei Tagen, vom 18. bis 19. Mai, wurden 13 angebliche „Subversive" von Polizei- oder Militäreinheiten ermordet. Drei Männer und eine Frau wurden von Polizisten erschossen, nachdem sie Propagandamaterial an Hauswänden angebracht und dann das Feuer auf die Polizei eröffnet haben sollen. Bei einem angeblichen Fluchtversuch aus dem Gefängnis wurden in Cordoba sechs Menschen erschossen. In Buenos Aires wurden vier Männer und eine Frau erschossen, die versucht haben sollen, vor einer Straßensperre (Fahrzeugkontrolle der Polizei) zu entkommen („Neue Zürcher Zeitung", 18.5. und „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19.5.).
- Bei einem Fußballspiel in La Plata entrollte eine Gruppe von Montoneros ein Transparent gegen die Junta. Polizisten, die eingreifen wollten, wurden zunächst von den Zuschauern abgedrängt. Die darauf verstärkt anrückende Polizei schoß in die Menge und verletzte einen Zuschauer. Damit aber noch nicht genug, wurden Militäreinheiten eingesetzt, die das gesamte Stadion abriegelten, alle 30.000 Zuschauer wurden kontrolliert, 80 Personen wurden festgenommen.
- Nach einem Bericht der westdeutschen Sektion von Amnesty International gibt es in Argentinien inzwischen 20.000 (!) politische Gefangene. Amnesty bestätigt außerdem, daß viele der Verhafteten spurlos verschwunden sind und die Behörden häufig jegliche Auskunft über den Verbleib und das Schicksal der Gefangenen verweigern („NZZ", 18.5.).
- Seit März bzw. Anfang April sind zwei westdeutsche Studenten in Argentinien in Haft. Es liegen Informationen vor, daß einer von beiden, Klaus Zieschank, gefoltert wurde und zur Zeit von dem argentinischen Geheimdienst SIDE gefangengehalten wird. Die argentinischen Behörden leugnen die Verhaftung der beiden Studenten; der westdeutschen Botschaft gelang es bisher nicht, Kontakt zu ihnen herzustellen. Ganze 27 Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion fanden sich bereit, in einer Protestnote an die argentinische Botschaft ihre Freilassung zu fordern („FR", 25.5.). ●

Lateinamerika-Kommission

Argentinien

Entführung, um Edgardo Enriquez zu befreien

Die „Granma" 20/76 berichtet: *„Inzwischen wurde Roberto Echegoyen, Vize-Admiral der argentinischen Luftwaffe, entführt und seine Entführer fordern die Freilassung des chilenischen Revolutionärs Edgardo Enriquez, der einige Tage zuvor von den argentinischen Herrschenden inhaftiert worden war."*

Auch nach Angaben von bürgerlichen argentinischen Zeitungen soll sich die ERP für die Entführung verantwortlich erklärt haben, um die Befreiung des leitenden MIR-Genossen Edgardo Enriquez im Austausch gegen den Vizeadmiral zu erreichen.

Die „Neutralität" nach revisionistischer Manier, die die cubanische Regierung gegenüber den argentinischen Putschisten zunächst an den Tag legte, ist anscheinend ein wenig gelockert worden. Schon in der „Granma" 18/76 wurde über die Aktivitäten der argentinischen Revolutionäre ausführlicher als bisher berichtet: *„Zusammenstöße der Guerillas mit Armeeeinheiten. ... Guerilla-Einheiten, bestehend aus Stadt- und Landbevölkerung, stießen diese Woche (2.5.76) in der Provinz Cordoba, Tucuman, in Buenos Aires und anderen argentinischen Städten mit Armee und Polizei zusammen. Das Hauptquartier des 3. Armeekorps berichtet, daß ein Stadtguerilla bei einer Suchaktion in Cordoba getötet wurde. Der Tote, angebliches Mitglied der illegalen ERP, wurde als Juan Carlos Luna identifiziert. Gleichzeitig machten Scharfschützen der 5. Infantrieabteilung ein Guerillalager in Tucuman* (in diesem Gebiet operieren zwei Einheiten der ERP, Anm. AK) *aus, bei einem Ort, der Farm Fernandez genannt wird. Es begann eine Schießerei, doch Berichte besagen, daß alle entkommen sind. Andere Berichte sagen, daß fünf Leichen, denen die Hände auf dem Rücken zusammengebunden waren, nahe La Plata und La Calera in der Provinz Cordoba gefunden wurden. Die Mörder sind vermutlich in faschistischen Banden zu suchen..."*

Eine klare Verurteilung der argentinischen Junta durch Cuba liegt allerdings bisher nicht vor! ●

Lateinamerika-Kommission

Chile

Urteile im Marine-Prozeß

Am 5. Mai ist der größte Militärprozeß in Chile abgeschlossen worden. Angeklagt waren 52 Marinesoldaten und 5 Zivilisten, die im August 1973 Putschpläne aufdeckten. Seitdem befanden sich die 57 in Haft, wurden gefoltert und der Prozeß wieder und wieder verschoben. Nunmehr ergingen die Urteile:

+ 45 Angeklagte wurden zu drei Jahren Haft verurteilt und damit jetzt auf freien Fuß gesetzt.
+ 12 Soldaten und Zivilisten erhielten Strafen zwischen 8 und 13 Jahren Gefängnis.

Die – für chilenische Verhältnisse – „milden" Urteile stehen im Zusammenhang mit der am 4. Juni beginnenden OAS-Konferenz in Santiago (siehe Artikel in diesem AK).

Außer der Freilassung dieser 45 Soldaten wurden 4 ehemalige Minister der damaligen UP-Regierung aus der Haft entlassen und Pinochet kündigte die Entlassung von weiteren 206 politischen Gefangenen an. („Chile-Nachrichten" vom 20.5.76 und „Süddeutsche Zeitung" vom 19.5.76).

Die Freilassung der politischen Gefangenen sind erfolgt, nachdem der amerikanische Finanzminister Simon Chile besuchte und erklärte, die USA werden die Finanzhilfe nicht kürzen, wenn Pinochet einige „Erleichterungen" für die politischen Gefangenen beschließe. Die symbolische Freilassung einiger politischer Gefangener soll außerdem die Diktatur vor der OAS-Konferenz in einem besseren Licht erscheinen lassen. Tatsächlich können diese „Gesten" der Junta den Terror und die brutale Unterdrückung nicht verdecken.

Lateinamerika-Kommission

Pinochet erläutert Programm der Junta

Anläßlich seines Besuches in Uruguay gab Henker Pinochet ein Interview, in dem er folgenden Dreck vom Stapel ließ:

„*Auf dem Gebiet des Inneren hat die chilenische Regierung alle politischen Parteien suspendiert. Viele Leute sprechen von dieser Entscheidung als von etwas, was die Demonkratie ... beeinträchtigt, aber, meine Herren, das am besten für den Kommunismus geeignete Kulturmedium ist die Demokratie, und die chilenische Regierung befindet sich gegenwärtig im Kampf gegen den Kommunismus.*" Pinochet sprach dann davon, daß er eine neue Verfassung ausarbeite, die „*nicht zu einem Freibrief werden darf*". Weiterhin brauche Chile „*eine zentrale nationale Autorität, die das Krebsgeschwür einer kommunistischen Infiltration verhindern kann, wie wir es unglücklicherweise drei Jahre lang in Chile hatten.*"

Besonders zynisch sieht Pinochets Rechtfertigung der hohen Arbeitslosigkeit aus: „*Einer Industrie, die nur 100 Arbeiter benötigte, wies die kommunistische Regierung 300 Arbeiter zu. Einige verbrachten ihre Zeit mit einer Guerillo-Ausbildung, der Rest arbeitete gar nicht. Die Arbeiter haben tatsächlich nicht gearbeitet.*" („Monitordienst", 26.4.).

Angesichts dieser Aussagen des Henkers Pinochet gilt es, verstärkt die CDU/CSU und faschistische Banden in der BRD zu bekämpfen, die diese Diktatur offen unterstützen!

Lateinamerika-Kommission

Andenpakt:
Pinochet setzt sich durch

Im Rahmen der außenpolitischen Offensive der Pinochet-Diktatur errang diese einen Erfolg. Chile ist mit Peru, Kolumbien, Venezuela, Ekuador und Bolivien Mitglied des 1969 gegründeten Andenpaktes. Die Ziele des Andenpaktes waren u.a. eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit, forcierte Industrialisie-
1969 gegründeten Andenpaktes. Die Ziele des Andenpaktes waren u.a. eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit, forcierte Industrialisie-
rung und vor allem eine gewisse Kontrolle des Auslandskapitals, dem einige Beschränkungen auferlegt wurden. Der Andenpakt war Ausdruck der damaligen „populistischen" Regierungen; so z.B. des damaligen Programms Frei's in Chile, das eine erhöhte Industrialisierung, Agrarreformen usw. vorsah.

Der Charakter des Andenpaktes hat sich freilich inzwischen erheblich gewandelt: Durch die Militärputsche in Bolivien und Chile und die Rechtsentwicklung in Peru hat der Imperialismus seinen Einfluß verstärkt und die Abhängigkeit vergrößert. Die USA kontrollieren über den Andenpakt die Rohstoffpreise, Einfuhrzölle usw. In dem Bestreben Chiles, ausländisches Kapital anzulocken, setzte sich Wirtschaftsminister Cauas auf der Konferenz des Andenpaktes im April 1976 durch, die Bestimmungen hinsichtlich des Anlockens von Auslandskapital zu lockern:

+ Der Artikel 97 wurde gestrichen.

Bisher war es wegen dieses Artikels in Chile verboten, staatliche Unternehmen der CORFO ans Ausland zu verkaufen. Die CORFO
Bisher war es wegen dieses Artikels in Chile verboten, staatliche Unternehmen der CORFO ans Ausland zu verkaufen. Die CORFO
kontrollierte 1973 noch rund 500 Betriebe, wovon bereits 80% reprivatisiert wurden.

+ Die im Artikel 100 festgelegten Zollbestimmungen sind auf Antrag Chiles „flexibilisiert" worden, d.h. an die Stelle einer gemeinsamen Zollmauer tritt nunmehr eine „Orientierungslinie".

Außerdem hat die Junta den Gold- und Devisenmarkt freigegeben, der US-Dollar wurde zur zweiten Währung Chiles erklärt.

Diese Maßnahmen im Rahmen des Andenpaktes bedeuten eine weitere ungehinderte Ausplünderung dieser Länder seitens des US- und auch BRD-Imperialismus. Dem ausländischen Kapital ist Tür und Tor weiter geöffnet worden.

Lateinamerika-Kommission

Treffen der chilenischen UP-Parteien

Auf einer Konferenz in Mexiko beschlossen die dort anwesenden Führer der Parteien der ehemaligen „Unidad Popular" Chiles ein „*gemeinsames Kampfprogramm, in dem die Schaffung einer antifaschistischen Front auf breitester Ebene vorgeschlagen wird*" („Neues Deutschland", 5.5.76). Der ehemalige Außenminister der UP-Regierung, Almeyda, wurde zum Exekutivsekretär gewählt.

An der Konferenz nahmen die chilenische „KP", die „Sozialistische Partei", die MAPU, die Christliche Linke und die Radikale Partei teil. Es ist bekannt, daß die „KP" sich für eine Reaktivierung und Reorganisierung der UP einsetzt. Allerdings scheint sie damit auch nur Erfolg im Ausland zu haben. Die „Bewegung der revolutionären Linken" Chiles, der MIR, hat diese Politik schon an anderer Stelle kritisiert, vor allem hinsichtlich der Bündnisfrage mit der gesamten Christdemokratie. Während die reformistischen Parteien die rechte DC einschließen wollen – allerdings vergeblich, bekämpft der MIR diese Position, weil die rechte DC unter Frei die Massenbewegung und den Widerstand gegen die Diktatur ausnutzen will, um sich als weiterhin repressive Alternative zur Pinochet-Diktatur beim Imperialismus ins Gespräch zu bringen. Eine Wiederbelebung der UP in Chile selbst existiert nicht; die Mitglieder der genannten Parteien arbeiten an der Basis und z.T. auch lokal auf offizieller Ebene mit dem MIR zusammen. Auf der Zusammenarbeit an der Basis aufbauend strebt der MIR dagegen eine Widerstandsfront an, die die revolutionäre Linke, die früheren UP-Parteien und den linken demokratischen Flügel der Christdemokratie umfaßt.

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerika

Treffen der sozialdemokratischen Parteien

Am 22./23. Mai fand ein Treffen führender Sozialdemokraten Westeuropas und Lateinamerikas in der venezuelanischen Hauptstadt Caracas statt. U.a. tauchten Brandt, Kreisky, Soares, der dänische Präsident Jörgensen und Vertreter sozialdemokratischer bzw. „sozialistischer" Parteien Lateinamerikas auf. Auf dem Treffen ging es vor allem um die Beziehungen zwischen den Sozialdemokraten Westeuropas und Lateinamerikas, um Fragen der Weltwirtschaftsordnung, der Rohstoffpolitik usw.

Ziel der rechten Sozialdemokratie Westeuropas ist es dabei, ihren Kurs – wie in Portugal vor kurzem – auch in den lateinamerikanischen Parteien durchzusetzen. Brandt kündigte weiter an, daß die „Sozialistische Internationale" auch die reformistischen Parteien Afrikas besuchen werde.

Zweifellos gibt es z.T. starke Differenzen zwischen den sozialdemokratischen Parteien der Dritten Welt und denen der EG-Staaten. Diese Differenzen kamen auch auf dem Treffen zum Ausdruck: so erklärte der venezuelanische Präsident Perez, daß „*die Zukunft sehr im ungewissen liegen werde, falls der Widerspruch zwischen den Industrieländern nicht gelöst wird*"; die Welthandelskonferenz UNCTAD würde für die Dritte Welt „*entmutigende Ergebnisse*" bringen. („Frankfurter Allgemeine", 25.5.76). (Die Bonner Vertreter auf der UNCTAD-Konferenz waren noch weniger als die übrigen Staaten Westeuropas und sogar der USA zu Zugeständnissen an die rohstoffproduzierenden Länder bereit!).

Schärfer formulierte der Außenminister Jamaikas, Thompson, die Kritik: „*Die moralische Schwäche, das Schwanken und das auf Europa ausgerichtete Verhalten einiger sozialdemokratischer Parteien, besonders derer, die an die Macht gelangt sind, haben verursacht, daß die sozialdemokratische Philosophie für die Unterdrückten dieser Erde viel von ihrer Anziehungskraft verloren*" habe. Es sei zu fragen, ob man die „*sozialdemokratischen Länder Europas, die von dem ungerechten System des internationalen Handels profitierten, noch als Brüder bezeichnen könne. Die wirtschaftlich und politisch unterdrückten Völker sähen daher in zunehmendem Maße ihre einzige Hoffnung im autoritären Sozialismus.*" („Süddeutsche Zeitung", 27.5. Mit „autoritärem Sozialismus" ist der Revisionismus gemeint.).

Der Staatspräsident Venezuelas warf der EG eine „*diskriminierende Haltung*" gegenüber Lateinamerika vor. Brandt dagegen erklärte zynisch, die „*lateinamerikanischen Länder ... müssen den Industrieländern mehr Verständnis entgegenbringen.*" („Süddeutsche Zeitung", ebenda).

Auch einige schön klingende Abschlußerklärungen konnten diese Widersprüche nicht verkleistern. Außerdem sind es gerade die sozialdemokratisch regierten Länder der EG, die hervorragende Beziehungen zu den faschistischen Militärregierungen Lateinamerikas unterhalten: die Beziehungen der BRD zu Brasilien, zu Chile; die Beziehungen Schwedens zu Brasilien, wo Volvo in Sao Paulo z.B. ein riesiges Werk errichtet hat usw.

In den meisten lateinamerikanischen Ländern ist die Bourgeoisie aufgrund ihrer vollständigen Abhängigkeit vom Imperialismus zu schwach, um starke reformistische Strömungen sozialdemokratischer Prägung herauszubilden. Der Imperialismus blutet diese Länder viel zu stark aus, als daß sich breitere Mittelschichten oder eine stärkere Arbeiteraristokratie als Träger einer solchen Strömung etablieren könnte. Nur in Zeiten einer relativen Loslösung einiger lateinamerikanischer Länder vom Imperialismus, z.B. Argentiniens während und kurz nach dem 2. Weltkrieg (als gesuchter Fleischlieferant) oder auch abgeschwächt in weiteren Ländern zur Zeit des Korea-Krieges und später des Vietnam-Krieges, hat der sozialdemokratische Reformismus bei Teilen der nationalen Bourgeoisien und Mittelschichten Erfolge zu verzeichnen gehabt. Er trägt dabei einen antiimperialistischen Charakter – und gerät dadurch in einen klaren Gegensatz zur Politik der Sozialdemokraten der imperialistischen Länder.

Konferenzen wie diese in Caracas, oder auch die Rundreise Brandts durch lateinamerikanische Länder mit sozialdemokratischen Strömungen letztes Jahr, viel mehr aber noch die Wühltätigkeit des sozialdemokratischen Parteien Westeuropas in Lateinamerika (über ein weit verzweigtes Netz von „Instituten" wie z.B. „Friedrich-Ebert-Stiftung", deren Tätigkeit man getrost Spionage und Infiltration mit SPD-Vorzeichen nennen kann) und die finanzielle Abhängigkeit der lateinamerikanischen Parteien sind Mittel, dem Zerfall der „Sozialistischen Internationale" trotz der Zuspitzung der Widersprüche zwischen Imperialismus und sogenannter 3. Welt entgegenzutreten.

Lateinamerika-Kommission

Kein weiteres Partnerschaftsabkommen zwischen der TH Aachen und Valparaiso

Nach anderthalbjährigen Auseinandersetzungen steht jetzt endgültig fest, daß der Partnerschaftsvertrag zwischen den technischen Universitäten Aachen und Valparaiso vom Tisch ist. (Wir berichteten im AK darüber.) Grund dafür ist nicht zuletzt der massive Protest der TH-Studenten gegen dies Abkommen, das den Aufbau einer Abteilung für Maschinenbau und die Entwicklung einer Wetterrakete in Chile vorsah. So meinte dann auch Wissenschaftsminister Rau, daß eine Fortsetzung des Abkommens nur sinnvoll sei, wenn es in der Hochschule eine tragfähige Mehrheit gebe. Und daß es die nicht gab, war durch die Proteste der Studenten nicht zu verheimlichen! („FR", 20.3.76)

Lateinamerika-Kommission

Dreizehn Mitglieder der chilenischen „KP" verhaftet

Dreizehn Mitglieder der chilenischen „KP" verhaftet

Die chilenischen Faschisten haben Mittel Mai 13 – teilweise führende – Mitglieder der „Kommunistischen Partei" verhaftet („FAZ", 21.5.76). Gleichzeitig wurde bekannt, daß acht politische Flüchtlinge, darunter auch mehrere Frauen, in der ehemaligen ungarischen Botschaft in Santiago Schutz gesucht haben. Ende '75 waren bereits einmal Flüchtlinge in die Botschaft geflüchtet, die dann die Erlaubnis erhielten, nach Wien auszureisen („FAZ", 21.5.76).

Image-Pflege des BRD-Imperialismus in Chile

Die faschistische chilenische Tageszeitung „El Mercurio", offizielles Sprachrohr der Junta, veranstaltete zusammen mit der westdeutschen Botschaft und der „Deutschen Lufthansa" einen Wettbewerb, um das Ansehen des BRD-Imperialismus zu vergrößern. „El Mercurio" schrieb dazu offen: „*Die Botschaft der BRD hat von dem Interesse Kenntnis genommen, das in Chile ihrem Land entgegengebracht wird. Sie hat sich entschlossen, zusammen mit der Tageszeitung El Mercurio und der Lufthansa einen Wettbewerb zu unterstützen, der eine bessere Kenntnis der gegenwärtigen deutschen Wirklichkeit vermitteln soll. Bei der Entscheidung spielte ... auch der wichtige ... Handel und die Tatsache, daß im Jahre 1976 des 100. Jahrestages der Geburt Konrad Adenauers ... gedacht wird, eine Rolle. Die Preise dieses Wettbewerbs werden in einem öffentlichen Akt übergeben, der am 24. Mai 1976 stattfinden soll, und zwar gerade am Jahrestag der Verkündigung des Grundgesetzes der Bundesrepublik.*" („El Mercurio", 4.4.76).

Wirklich – sehr treffend gewählt! Die BRD-Botschaft, die Genscher untersteht, und die staatliche Lufthansa feiern in Chile Konrad Adenauer und den Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes mit Repräsentanten des offiziellen Junta-Sprachrohres „El Mercurio".

Die Fragen über die BRD lassen auch noch einiges erahnen; so lautet die Frage Nr. 12: „*Welcher Politiker hatte entscheidenden Anteil bei der Gründung des Zweiten Deutsch Reiches*". Bekanntlich führen die Faschisten den Begriff des „Zweiten Deutschen Reiches" (für die BRD) in ihrem Munde. Die westdeutsche Botschaft und die in Chile vertretenen westdeutschen Betriebe machen keinen Hehl aus ihrer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Faschisten!

Lateinamerika-Kommission







Werbung für den Wettbewerb

USA liefern Kampfbomber nach Chile

Der chilenische Luftwaffengeneral Gustavo Leigh kündigte an, daß die USA in diesem Jahr insgesamt 18 Kampfbomber des Typs „F-15" nach Chile exportieren werden („FR", 24.5.76). Damit bestätigt sich wieder einmal mehr, was von sogenannten „Boykottbeschlüssen" des amerikanischen Kongresses zu halten ist!

Lateinamerika-Kommission

Uruguay
weitere politische Morde

Das Komitee für die politischen Gefangenen Uruguays hat in Paris die Ermordung von drei uruguayischen

weitere politische Morde

Das Komitee für die politischen Gefangenen Uruguays hat in Paris die Ermordung von drei uruguayischen
Anti-Faschisten bekanntgegeben. In einer Stellungnahme des Komitees heißt es u.a., daß am 22. April 1976 die durch Folterung total entstellten Körper von Ricardo Gil (Professor), Luis Ferreira (Gewerkschaftsfunktionär) und Elida Alvarez in Uruguay aufgefunden wurden (nach „Granma" 20/76). Alle drei waren lange Zeit verschwunden gewesen. Ihre Inhaftierung wurde vom Bordaberry-Regime geleugnet. Jetzt fand man sie erschlagen an einem Ort zusammen auf.

Lateinamerika-Kommission

Bolivien
Kongreß der Bergarbeiter-Gewerkschaft

Der Gewerkschaftsverband der bolivianischen Minenarbeiter (FSTMB) hielt in Corocoro (110 km von der Hauptstadt La Paz entfernt) seinen 16. Kongreß ab, obwohl derartige Versammlungen in Bolivien streng verboten sind, seitdem das faschistische Banzer-Regime am Ruder ist. Der Kongreß wurde zunächst verboten, was dann erstaunlicherweise zurückgenommen wurde. 400 Delegierte der 30.000 Bergarbeiter nahmen teil. Sie verurteilten in einer Resolution den Besuch des uruguayischen Staatspräsidenten und Faschisten Bordaberry in Bolivien. Sie forderten demokratische Rechte für die Minenarbeiter und die Gewerkschaften. Eine weitere Resolution verurteilte den US-Imperialismus und seine Handlanger in Bolivien.

In zahlreichen Reden wurde die Freilassung aller politischen Gefangenen in Bolivien und anderen südamerikanischen Ländern gefordert.

Unbegrenzter Streik wurde für den Fall beschlossen, daß die Regierung die gesetzlichen Mindestlöhne der Bergarbeiter nicht von 33 auf 80 Pesos pro Stunde (1,5 Dollar auf vier Dollar) erhöhen würde („Granma" 20/76).

Lateinamerika-Kommission



afrika aktuell

Befreiungskampf in Zimbabwe

Der Befreiungskampf in Zimbabwe hatte in den letzten Wochen mehrere spektakuläre militärische Erfolge zu verbuchen.

Weit im Innern des Faschistenstaates konnten mehrfach die lebenswichtigen Bahnlinien zur RSA zerstört werden. Das in Mosambik erscheinende Kriegskommuniqué der neugegründeten militärischen Organisation des Widerstandes – ZIPA – konnte ebenfalls die Tötung von 22 faschistischen Soldaten und den Abschuß mehrerer Helikopter und Flugzeuge bekanntgeben.

Es scheint, daß der Zusammenschluß der Militanten aller Befreiungsorganisationen unter einer einheitlichen militärischen Führung das ausschlaggebende Element der jüngsten großen Erfolge darstellt.

Die Gründung der ZIPA, wesentlich initiiert von Mosambik und Tansania, scheint auch ein Mittel zu sein, die kämpferischen Kader des Widerstandes vom Einfluß einiger opportunistischer „Führer" zu lösen und die – auf der Ebene der Basis – „unbegründete" Spaltung des Widerstands aufzuheben. Im obersten Organ der ZIPA befindet sich jedenfalls keiner der bekannten Führer; und Muzorewa (ANC) sowie der Opportunist Nkomo haben sich hierüber recht weinerlich beklagt!

Auf die Erfolge des Befreiungskampfes reagiert das Smith-Regime einerseits mit der abermaligen Verschärfung seines traditionellen Instrumentariums:

- Mit Generalmobilmachung und Verlängerung der „Wehrpflicht" sowie mit der Anwerbung internationaler Söldnerbanden werden die letzten militärischen Reserven mobilisiert und Durchhalteparolen bis zum „Endsieg" über die Guerilla ausgegeben.
- Gegen die (ohnehin ausnahmslos faschistische) Presse wurde eine verschärfte Zensur verhängt, um jede Meldung über erfolgreiche Widerstands-Aktionen zu verhindern.
- Massenverhaftungen von mehreren hundert ANC-Genossen (siehe „Frankfurter Rundschau", 13.4. und „Neue Zürcher Zeitung", 7.4.) sowie immer häufigere Todesurteile wegen „politischer Delikte" („NZZ", 24.4.) und blindwütige Erschießungen Farbiger wegen Übertretens des Ausgehverbots (ab 18 Uhr) symbolisieren die Steigerung des Terrors in Rhodesien.



ANC (Südafrika)

Andererseits hat Smith erstmals in der Geschichte des Rassistenstaates schwarze Kompradoren in Ministersessel gesetzt. Auch wenn die Einsetzung dieser „Häuptlinge" dermaßen plump und als demagogischer Schachzug sichtbar war, und dementsprechend von allen Teilen des Widerstands, allen afrikanischen Staaten und sogar verbal von den imperialistischen Hintermännern des Smith-Regimes (USA, Großbritannien) abgelehnt wurde, so zeigt diese Maßnahme doch, daß Smith erkannt hat, neue politische Varianten seiner Repressionspolitik hinzufügen zu müssen.

Gerade was den internationalen Aspekt betrifft, hat sich das Smith-Regime (und somit auch der Imperialismus!) durch seine starre Haltung (Scheitern der Verhandlungslösung etc.) in eine für ihn ungünstige, isolierte Lage gebracht. Während innerhalb des zimbabwischen Widerstands durch die „harte Linie" der Faschisten die radikalen, militanten Kräfte an Boden gewinnen, hat diese „harte Linie" in Afrika bewirkt, daß kein noch so reaktionärer Staatschef mehr wagen kann, den *bewaffneten* Kampf als *einzig* richtiges Mittel zur Zerschlagung der Rassistenherrschaft abzuleugnen. In diesem Sinne kann man davon sprechen, daß es den Revolutionären gelungen ist, eine „Ablehnungsfront gegen Verhandlungslösungen" in Afrika aufzubauen! Wie wenig diese erzwungene „Ablehnungsfront" mit einer Einheit der verschiedenen Kräfte zu tun hat, und wie rasch diese



„Front" auseinanderfallen wird, wenn der Imperialismus Bedingungen hierfür schafft (vgl. z.B. die Kissinger-Reise, AK Nr. 80) wird mit dem nachfolgenden Dokument schlaglichtartig deutlich.

Der Bericht wurde uns von einem Mitglied des Londoner Auslandsbüro der ZANU (der revolutionären Fraktion des Widerstands) zugeschickt und behandelt die Verfolgung und Ermordung ihrer Kader in Sambia. Die hier geschilderten Ereignisse laufen parallel zu den Beteuerungen Kaundas, *„den bewaffneten Kampf mit all unseren Kräften zu unterstützen".* ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Macht dem Volk

Das ist eine der Hauptparolen ei- tausende verteilt. Der Polizei gelang der einen Seite den Stand der Kämp-

lichtartig deutlich.

Der Bericht wurde uns von einem Mitglied des Londoner Auslandsbüro der ZANU (der revolutionären Fraktion des Widerstands) zuge- neten Kampf mit all unseren Kräften zu unterstützen". ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die Macht dem Volk

Das ist eine der Hauptparolen eines Flugblattes des ANC/Südafrika, was auf einer Demonstration am 18. März in Johannesburg verteilt wurde (wir berichteten in AK 77 darüber). Von diesen Flugblättern wurden innerhalb weniger Minuten tausende verteilt. Der Polizei gelang es nicht, auch nur einen der Verteiler festzunehmen, da die Demonstranten die Verteiler schützten. Inzwischen liegt uns eine übersetzte Fassung des Flugblattes vor. Wir wollen es hier abdrucken, da es auf der einen Seite den Stand der Kämpfe in der RSA deutlich macht und andererseits die Solidarität der Schwarzen in der RSA mit dem angolanischen Volk zum Ausdruck bringt. ●

Afrika-Kommission

VOLK VON SÜDAFRIKA –
SÖHNE UND TÖCHTER DER ERDE –
DER AFRICAN NATIONAL CONGRESS
SCHICKT EUCH DIE FOLGENDE BOTSCHAFT!

Die Bedingungen für die Entwicklung unseres Befreiungskampfes, für die Zerschlagung des Apartheid-Monsters und für die Erlangung unserer Freiheit sind günstiger als je zuvor. Nichts kann mehr die Tatsache verbergen, daß das weiße Südafrika in einer nicht aufzuhaltenden Krise steckt, aus der es nicht herauskommen kann. Die Möglichkeiten für die Entwicklung des bewaffneten Kampfes direkt innerhalb Südafrikas werden immer realistischer. Durch den bewaffneten Kampf, mit Umkhonto We Sizwe – dem militärischen Zweig des ANC – als bewaffneter Speerspitze, werden auch wir die brutale Macht der Unterdrücker zerschlagen. Jetzt ist die Zeit zu handeln – zurückzuschlagen! Schließt Euch dem ANC an, – der erprobten und zuverlässigen Organisation unseres ganzen Volkes –, die Vorster und seine Polizei niemals zerschlagen können.

JEDER MUSS EIN FREIHEITSKÄMPFER SEIN!

Unsere Männer, unsere Frauen, unsere Jugend – die Schwerarbeiter in den Städten und auf dem Land – die Studenten und Intellektuellen. Die MPLA und FRELIMO haben gesiegt, weil das ganze Volk sie unterstützte.

UNSERE ORGANISIERTE STÄRKE
EINIGKEIT UND MILITANTE AKTION
SIND DER SCHLÜSSEL ZUR FREIHEIT!

Organisiert Euch wo immer Ihr seid! In den Fabriken, in den Gemeinden, Minen, Farmen, Schulen, auf dem Lande – mobilisiert die Macht unseres Volkes und aller wirklichen Demokraten. Verstärkt den Befreiungskampf auf jede nur mögliche Weise. Wir, die Afrikaner, Inder und Farbigen müssen der Politik des 'teile und herrsche' Vorsters, Widerstand leisten. Lehnt Stammespolitik, Bantustans, Indian Council (Indischer Rat) und alle Scheininstitutionen ab! Zerschlagt die Handlanger und Verräter! Kämpft gegen die unrechtmäßigen Gesetze und kämpft für ein neues Leben!

DER ANC SAGT:
AMANDLA NGAWETUH!
MAATLA KE ARONA!
DIE MACHT DEM VOLK!

DER ANC SAGT ZU VORSTER UND SEINEM RASSISTISCHEN REGIME:
ALLE MACHT DER MPLA – DEN BEFREIERN ANGOLAS!
ALLE MACHT DEM VOLK!
VORSTER RAUS AUS ANGOLA! RAUS AUS NAMBIA!
KEINE EINMISCHUNG IN ZIMBABWE!
HÄNDE WEG VON AFRIKA!

VOLK VON SÜDAFRIKA!

Die MPLA hat einen hervorragenden Sieg über die Kräfte des Rassismus und Imperialismus gewonnen. Vorsters Niederlage in Angola ist von ausschlaggebender Bedeutung für unseren Kampf.

VOLK VON SÜDAFRIKA –
ZEIGT EURE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE MPLA,
DIE VORSTER ZERSCHLAGEN WILL!

Es steht in unserer Macht, seine Aggression gegen unsere Brüder und Schwestern in Angola, Namibia und überall zu verhindern. Wir dürfen keine subversiven Anschläge gegen Volk und Staat von Angola zulassen! Indem wir unseren Kampf intensivieren, werden wir die Armee Vorsters binden und es wird unmöglich für ihn sein, seine Kriegsmaschine über die Grenze hinweg einzusetzen. Der Kampf in Angola, Zimbabwe, Namibia ist unser Kampf – ein Kampf gegen einen gemeinsamen Feind – Rassismus und Inperialismus. Gemeinsam werden wir siegen!

VORSTER VERSUCHTE ANGOLA ZU SCHLUCKEN
UND NUN WÜRGT ER SICH ZU TODE!

Die MPLA hat ihn die Lektion seines Lebens gelehrt. Er glaubte, er könnte seine Armee nach Angola schicken und seine Handlanger an die Macht bringen, aber die MPLA zerschlug ihn im Kampf und seine weißen Soldaten und Handlanger flohen vor Angst. Die MPLA hat bewiesen, daß seine rassistische Arroganz hohl ist, daß das weiße Südafrika nicht unbesiegbar ist, daß die Kräfte der Freiheit immer stärker werden und bald mächtig genug sein werden, ihn ganz zu vernichten.

Kaunda ist entschlossen, die Militanten und Radikalen der Zanu zu erhängen

Über ein Jahr nach ihrer Verhaftung am 23. März 1975 sind insgesamt noch 57 politische Gefangene der ZANU in strengster Haft in Sambia. Weitere 1.200 waren bis Dezember 75 im Gefängnis gewesen, bis sie auf massiven Druck durch Mosambik und Tansania freigelassen wurden. Mehrere hundert ZANU-Rekruten sind ebenfalls in Sambia in Haft. Einige besonders Unglückliche wurden direkt an Smiths Galgen ausgeliefert.

Die Verhaftung von mehr als tausend ZANLA-Kämpfern (ZANLA sind die bewaffneten Kräfte der ZANU, die jetzt das Rückgrat der neugegründeten ZIPA-Streitkräfte bilden – AK) *in Sambia war Sambias Beitrag zum „Entspannungsversuch" Vorsters und Kaundas im südlichen Afrika, welcher die volle Rückendeckung der imperialistischen Länder hatte. Kaunda glaubte, daß, wenn die ZANLA-Freiheitskämpfer das Waffenstillstandsabkommen, das von Vorster und Smith im November 74 entworfen wurde, akzeptierten, dies den Weg zu Verhandlungen freimachen würde, die zu einem „friedlichen" Übergang von der weißen Minderheits-Siedlerherrschaft zu einem neo-kolonialen Regime führen würde, welches, von einer Clique schwarzer Bourgeois angeleitet, das Land im Sinne ihrer imperialistischen Herren lenken würde.*

Kaunda hat den Befreiungskampf im südlichen Afrika stets in rein rassistischen Begriffen gesehen und sein größter Wunsch ist es immer gewesen, die Machtergreifung schwarzer Führer zu ermöglichen (natürlich nach seiner eigenen Wahl, wie Joshua Nkomo), die die Position einnehmen, die zur Zeit von Smith und seinem Kabinett besetzt ist und so die ununterbrochene Ausbeutung unseres Volkes durch die multinationalen Monopolkapitalisten zu gewährleisten. Als Resultat dieser Politik Kaundas begann eine Periode offener Konfrontation zwischen Präsident Kaunda, afrikanischer Hauptvertreter der „Entspannungspolitik" und Herbert Chitepo, dem allseits beliebten und respektierten nationalen Vorsitzenden der ZANU als dem Repräsentanten der gegen Waffenstillstand und gegen Entspannung ausgerichteten Politik.

Daher versuchte Kaundas Regierung, den Guerillas einen Waffenstillstand aufzuzwingen, eingeleitet und überwacht durch die Unterzeichnung der sogenannten „Einigungsgespräche" vom 7. Dezember 1974, welche nichts anderes beabsichtigten, als in netter Form die militante, radikale und nicht zu Kompromissen bereite Führung der ZANU zu beseitigen.

Die vielen „unglücklichen Zufälle", die die ZANU als Folgeerscheinungen der „Entspannung" erleben mußte – die Gärung einer versuchten Revolte in der ZANLA, die Ermordung des Genossen Vorsitzenden Herbert Chitepo, die Massenverhaftungen von ZANU-Führern und anderen ZANU-Militanten, das Verbot der ZANU in Sambia und die Beschlagnahme sämtlicher ZANU-Mittel und -Gelder, die kaltblütige Ermordung von zwölf militanten ZANU-Kämpfern in Mboroma am 11. September 75 durch den sambischen Geheimdienst, die Ermordung des obersten Repräsentanten der ZANU in Botswana, die Dutzende von Fällen vergifteter Lebensmittel bei den in Sambia stationierten ZANLA-Kämpfern, die oftmals zum Tod vieler Genossen führte, und viele andere Aktionen gegen die ZANU – all das waren sorgfältig berechnete Pläne, um die ZANU aus der politischen Führung des Freiheitskampfes in Zimbabwe zu entfernen und in Abwesenheit der ZANU die „Entspannung" durchzusetzen und eine Marionettenführung in Zimbabwe an die Macht zu bringen.

Die progressiven Kräfte in Afrika und in der übrigen Welt nahmen das nicht so ohne weiteres hin und kritisierten offen Kaundas antirevolutionäre, gegen die afrikanische

Befreiung gerichtete und pro-imperialistische Haltung. Im Licht dieser überwältigenden Kritik versuchte Kaunda Rechtfertigungen zu finden, die er der Außenwelt verkaufen konnte. Er setzte die Farce einer Untersuchungskommission ein, die angeblich die Umstände um den Mord an Genossen Chitepo untersuchen sollte. ZANU war selbstverständlich sehr begierig, die Mörder zu finden und hatte bereits begonnen, eigene Untersuchungen über den Mord anzustellen. So drehte Kaunda den Spieß um und klagte ZANU an, diesen Mord selbst begangen zu haben.

Diese Kommission war von Sambia eingesetzt, die Mitglieder sorgfältig von Sambia ausgewählt – sie bestand schließlich aus einem sambischen Vorsitzenden, einem sambischen Sekretär, einem weiteren sambischen Kommissionsmitglied. Die anderen Mitglieder der Kommission waren ebenfalls sorgfältig aus verschiedenen Teilen Afrikas zusammengesucht – viele von ihnen nahmen niemals an irgendeiner Untersuchung teil und wenigstens vier andere waren Mitglieder des diplomatischen Korps in Sambia, deren Hauptaufgabe offensichtlich ist, die Beziehungen ihrer eigenen Länder zu Sambia zu verbessern. Da die Beschlußfähigkeit schon bei fünf Mitgliedern festgelegt war, war natürlich Sambia weiter im Vorteil.

Viele der sogenannten Beweise, die der Kommission durch die sambischen Polizeioffiziere vorgelegt wurden, waren von den angeklagten ZANU-Führern durch Folter erpreßt worden. Fast jeder Gefangene der ZANU wurde schwer gefoltert, viele verloren ihre geistige Zurechnungsfähigkeit, manche waren wochenlang bewußtlos. All das zielte darauf ab, von ihnen falsche Geständnisse zu erpressen über Verbrechen, die sie nie begangen haben.

Jetzt ist der „Untersuchungsbericht" veröffentlicht und wie die ZANU bereits befürchtet hatte, klagt er den gesamten obersten Militärrat der ZANU, DARE, das gesamte ZANLA-Oberkommando und viele führende Freiheitskämpfer der ZANU ausdrücklich an, ihren eigenen Vorsitzenden ermordet zu haben, ein Verbrechen, das sie niemals begangen haben. Insgesamt sind 57 Genossen angeklagt. Die Beweise gegen sie könnten in einem offenen Verfahren niemals standhalten, daher sind geheime Versuche im Gange, die politischen Gefangenen der ZANU im Schnellverfahren abzuurteilen. Ein Mitglied des Oberkommandos, der Genosse Cletus Chogowe, ZANU-Chef des Sicherheits- und Nachrichtendienstes, wurde bereits in einer solchen Geheimverhandlung, gestützt auf falsche Geständnisse, für ein Verbrechen zum Tode verurteilt, das er nie begangen hat. Drei andere leitende Genossen der ZANLA, der allgemein respektierte, kompromißlose und hervorragende Verteidigungschef, Genosse Joshia Tongogara, Mitglied des ZANLA-Oberkommandos, Genosse Joseph Chimurenga und ein führender Veteran, der ZANLA-Kämpfer Genosse Sadat Kufa, sind bereits zweimal vor Gericht gestellt worden und des Mordes angeklagt; es ist ausgemachte Sache, daß sie ebenso wie der Genosse Chogowe zum Tode verurteilt werden.

Es ist selbstverständlich, daß Kaundas Regierung ihre Verurteilung und ihre Ermordung aus Gründen politischer Notwendigkeiten legalisieren wird, wenn nicht irgendetwas getan wird, um diese unschuldigen politischen Gefangenen zu retten. Die politischen Gefangenen werden lediglich als Faustpfand und Opfer gebraucht, im Interesse der „Entspannung" und der imperialistischen Interessen im südlichen Afrika. Daß Kissinger seine sogenannte „große politische Erklärung über Afrika" in der sambischen Hauptstadt Lusaka abgegeben hat, ist sicher kein Zufall. Der Imperialismus ändert seine Taktik ständig, um die revolutionäre Glut, die Südafrika verschlingt, in Schach zu halten und zu stoppen.

ZANU hat ein umfassendes Dokument vorbereitet, um der boshaften Propaganda der sambischen Neo-Kolonialisten und ihrer imperialistischen Auftraggeber entgegenzuwirken, und ZANU bittet eindringlich alle Mitglieder, alle unterstützenden Gruppen, Sympathisanten und anderen wirklich Interessierten, dieses so breit wie möglich zu verteilen. Wir hoffen damit zwei Ziele zu erreichen:

1. *Die Lage der politischen Gefangenen der ZANU in den sambischen Gefängnissen bekannt zu machen,*
2. *Die politische Natur der Anklage offenzulegen und zu zeigen, wer in Afrika praktisch und nicht nur rhetorisch die Klassennatur des Kampfes im südlichen Afrika aufzeigt und zu zeigen, wie der Imperialismus afrikanische Regierungen benutzt, um den progressiven Befreiungsbewegungen den Todesstoß zu versetzen.*

Europa-Büro der ZANU, London ●

RSA droht mit Atomschlag

Die weißen Faschisten der RSA haben nun mit aller Deutlichkeit klar gemacht, wozu sie die BRD-Hilfe in Sachen Atomenergie nutzen wollen. In einem Interview machte Rassisten-Chef Vorster folgende Aussage: *„Wir können Uran anreichern, und wir haben die Fähigkeiten dazu. Und wir haben den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben".*

Diese Antwort auf die Frage nach der „Verteidigungsbereitschaft" der RSA läßt keine Frage offen. Sie zeigt gleichzeitig die Zusammenarbeit der BRD-Imperialisten mit den schlimmsten Unterdrückern des afrikanischen Volkes:

- Die staatlichen Firmen STEAG (Essen) und die Gesellschaft für Kernforschung (Karlsruhe) planen eine Urananreicherungsanlage nach dem buntlesdeutschen Trenndüsenverfahren in der RSA.
- Die Firma MAN hat bereits 1974 den Auftrag zum Bau einer Urananreicherungsanlage erhalten.
- Die Bundeswehr versieht die MAN-Bauteile mit Kodifizierungsnummern der NATO.

Für alle Geschäfte liegen die Genehmigungen und Bürgschaften der SPD/FDP-Regierung vor.

Damit erweist sich die westdeutsche Sozialdemokratie einmal mehr als Rechtsaußen der europäischen sozialdemokratischen Parteien – eine getreue Widerspiegelung der Rolle des BRD-Imperialismus in der EG!

Interessant dabei ist, die Position der bundesdeutschen SPD in Europa zu betrachten:

Obwohl sie mit wortradikalem Getöse gegen die Rassistenherrschaft zu Felde ziehen, ermöglichen sie durch ihre Politik den Bau von Atomwaffen eben für diese Rassisten!

Die Sozialdemokraten Hollands z.B. lehnen recht konsequent die Lieferung einer Urananreicherungsanlage an die RSA ab. Sie meinen, *„durch Erteilung einer Kreditgarantie das verabscheute südafrikanische Regime mit seiner Apartheidspolitik zu unterstützen..* (und), *daß Pretoria die vermittelten technologischen Kenntnisse für die Herstellung von Atombomben mißbrauchen könnte."*

Nach der Politik der SPD würden ihre holländischen Regierungskollegen hier wohl mit einem Berufsverbot zu rechnen haben, da sie mit ihrem Entschluß gegen die „freie Marktwirtschaft" eingetreten sind. (Informationen aus „Extra-Dienst" 38 /X und „FR", 24.5.76). ●

Afrika-Kommission



Bundesbankpräsident Klasen (SPD) erhält vom Finanzminister der Rassisten „als Dank für die freundschaftlichen Gespräche" einige Goldmünzen.

APARTHEID!

FREIE MARKTWIRTSCHAFT!

DM

DM



Die BDI Delegation mit Sohl und Mommsen berät mit einigen Kompradoren neue „Investitionsobjekte" in den Banthustans, „Arbeitsplätze zu schaffen".

BRD – RSA Gute Freunde

In dem „Journal Südafrika" – einer Propaganda-Schrift der Rassisten in der BRD – fanden wir etliche Beweise für die *„nicht bestehenden engen Verbindungen"* (Kanzler Schmidt) der BRD mit Südafrika (RSA). Hier einige Beispiele:

- Im November 1975 besuchte eine Delegation des bedeutensten BRD-Kapitalistenverbandes BDI die RSA. Es wurde *„in erster Linie über den Bau neuer Industriebetriebe in den arbeitsintensiven Heimatländern (Banthustans) gesprochen."* Die Banthustans sind KZ-ähnliche Groß-Gehege, in die die schwarze Bevölkerung gesperrt wird und dahinvegetiert.
- Im Frühjahr 1974 besuchte der Bundesbankpräsident Klasen (SPD) die RSA zu einem „privaten" Besuch. „Zufällig" traf er mit dem damaligen Finanzminister der Rassisten zusammen, um *„interessante Gespräche zu führen".*
- Der ehemalige BRD-Botschafter im Rassistenstaat erhielt – sicher nicht zufällig oder umsonst – die höchste Auszeichnung der Faschisten, das „Große Verdienstkreuz des Ordens der Guten Hoffnung". Botschafter Strätling hat diesen Orden sicherlich verdient. Er vertritt jetzt die BRD-Imperialisten und ihre SPD/FDP-Regierung in Chile!!
- Im April 1976 besuchte eine offizielle Delegation der JU (Jugendorganisation der CDU/CSU) den Rassistenstaat, *„um sich an Ort und Stelle ein Bild zu machen".* Man kann sich gut vorstellen, daß die Jungfaschisten der CDU sehr gelehrige Schüler der weißen Rassisten waren.

Allein diese vier Beispiele widerlegen die Lügen, daß die BRD sich ausschließlich auf notwendige und unvermeidliche „diplomatische" Kontakte mit der RSA beschränkt. Aus diesem Grunde dürfen wir dem Rassistenregime noch dafür „dankbar" sein, daß es in seinen Schmierblättern ab und zu noch gutes Fotomaterial zur Beweisführung zur Verfügung stellt. Denn in der BRD-Presse werden diese Dinge meistens nur am Rande oder gar nicht erwähnt!

Afrika-Kommission ●



„Sehr viel positives entdeckt". Die JU-Delegation vor einem Denkmal, was „zu Ehren der Buren" errichtet wurde, die bei der Eroberung des Landes tausende von Schwarzen ermordet haben.



„Ein Mann, der sich um die RSA verdient gemacht hat." BRD-Botschafter Strätling mit Rassistenführer Muller (Außenminister)

Namibia

Imperialistische Versuche, die SWAPO zu schwächen

In der letzten Zeit häufen sich die Gerüchte in der bürgerlichen Presse, daß einige Mitglieder der SWAPO, die im Außen-Büro in Namibia arbeiten, sich von der SWAPO losgesagt haben sollen.
– So berichtete der „Extra-Dienst" in verschiedenen Artikeln über eine „Spaltung" der SWAPO. Er bezieht sich hierbei auf den Londoner „Observer" vom 16. Mai.

Der Grund der angeblichen „Spal-



Das Zeichen der SWAPO

tung" seien die politischen Widersprüche zwischen den Vertretern des „friedlichen Weges" und den Massen der SWAPO, die nach wie vor die nationale Unabhängigkeit im bewaffneten Kampf gegen das Rassistenregime der RSA erreichen wollen. („Extra-Dienst", 38/39).

So sollen die Vertreter des „friedlichen Weges" für eine bedingungslose Teilnahme der SWAPO an den derzeit laufenden „Verfassungsgesprächen" in Namibia sein. (NDR am 21.5.76).

Eine solche Position wäre eine eklatante Verletzung der bisherigen SWAPO-Politik. (Sie bezeichnet die „Verfassungsgespräche" als einen großangelegten Betrug und als einen Versuch der RSA, in Namibia eine Banthustan-Politik durchzusetzen.) Vorausgesetzt, die Pressemeldungen stimmen, so würden sich einige interessante und zugleich bezeichnende Gesichtspunkte ergeben.

Der Imperialismus sucht sich immer Kollaborateure

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Gerade im südlichen Afrika gibt es genügend Erfahrungen mit dieser Politik. So wäre auch in diesen Fall Sambia verwickelt. Gerade die sambische Führung kann da auf einiges zurückblicken:
– So hat Sambia während des Befreiungskrieges der MPLA immer die UNITA und FNLA aktiv unterstützt. Die sambische Regierung war eine der letzten (noch nach Zaire), die die VR Angola anerkannt haben!
– In Sambia wurden im Frühjahr und Sommer 1974 die Kämpfer der ZANU aus Zimbabwe systematisch verfolgt, in KZ's gesteckt und z.T. ermordet, so z.B. Genosse Chitepo, Kommandeur der ZANU-Streitkräfte (vergl. dazu den Artikel in diesem AK). Gleichzeitig wurde in enger Zusammenarbeit mit den Rassisten der RSA und Rhodesiens die verräterische Nkomo-Clique zur wahren „Befreiungskraft" von Zimbabwe aufgebaut. Die ZANU wurde verboten, die nicht inhaftierten Kader des Landes verwiesen.
– Im März 1976 wurde auf Geheiß der RSA-Faschisten der Sender des ANC (Südafrika) in Sambia geschlossen. Der ANC wurde zur illegalen Organisation in Sambia erklärt. Das bedeutet praktisch, daß der ANC nicht mehr auf sambischen Boden die Politik der Befreiung der Völker Südafrikas betreiben kann!

Es würde somit durchaus in die bisher gemachten Erfahrungen der afrikanischen Revolutionäre passen, wenn der sambische Staatspräsident Kaunda auch bei diesem „Spaltungsversuch" seine schmutzigen Hände im Spiel hätte.

Die Grundlage hierfür ist, daß Sambia finanziell sehr stark auf die Hilfe der RSA angewiesen ist (Hauptexportartikel ist Kupfer; gerade Sambia hat eine sehr gering entwickelte Landwirtschaft und ist nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen), gleichzeitig hat die sambische Kleinbourgeoisie und Bourgeoisie vor der Revolution in den sie umgebenden Staaten Angst, da das natürlich auch ihre Tage verkürzen würde!

Anscheinend spielt auch die BRD eine nicht unbedeutende Rolle:
– *„Wie ein SWAPO-Sprecher in Luanda einem „Observer"-Korrespondenten erklärte, hätten westdeutsche Diplomaten in Lusaka die Spaltungsaktivitäten unterstützt."* (!!) („Extra-Dienst", 38/76).
– *„Das Auswärtige Amt war stets bemüht, jenen Mann zu einer „friedlichen Lösung" des Namibia-Problems zu bewegen, der nun in Sambia eine SWAPO-Dissidentengruppe repräsentieren soll, Andreas Shipanga."* („Extra-Dienst", 39/76).



Kämpfer der SWAPO

Dieser Mann war es auch, der im Juli 1975 mit Genscher in Bonn ein „SWAPO-Gespräch" geführt hatte. Während zur gleichen Zeit der Vorsitzende der SWAPO, Sam Nujoma, erklärte, die SWAPO werde keine Einladung annehmen, denn die BRD sei der Erzfeind von Namibia!!

Das alles deutet darauf hin, daß es langfristige Bemühungen der Imperialisten und ihrer Handlanger gab und gibt, auch den Widerstand in Namibia zu spalten.

Daß sich gerade in der jetzigen Situation möglicherweise Kräfte hierzu bereit finden, hat verschiedene Gründe:
– Die Befreiung der portugiesischen Kolonien, der Aufbau der Volksmacht in diesen Ländern hat die kompromißlose Linke und die Marxisten innerhalb des afrikanischen Kontinents enorm gestärkt.
– Innerhalb der heterogenen Volksbefreiungsbewegungen wurden durch die Siege der Völker Guinea-Bissaos, Angolas und Mozambiques die radikalen Kräfte gestärkt, die den Weg der „friedlichen Lösung" als Verrat charakterisieren und auf den bewaffneten Befreiungskampf orientieren!

Es ist daher nur „zu logisch", daß sich innerhalb der Befreiungsbewegungen die Auseinandersetzungen über die weitere Politik zuspitzen und hierbei die Elemente rausfallen, die sich für eine kompromißlerische und klassenunspezifische Linie entscheiden!

Gerade diese Leute versucht der Imperialismus dann vor seinen Karren zu spannen.

In diesem Zusammenhang interessant erscheinen auch die jüngsten Erklärungen des SPD-Afrika-Experten Wischnewski, nach denen *„nur die SWAPO von der Bundesregierung als offizielle Vertretung Namibias anerkannt"* wird. Wen er damit meint, stellt er auch gleich klar:
– *„Die Bundesregierung projektiert in der sambischen Hauptstadt Lusaka die Einrichtung eines Instituts zur Heranbildung von Führungskadern der SWAPO. Dort sollen Namibianer ausgebildet werden, die später in ihrer Heimat politische Führungsposten übernehmen würden."* („Extra-Dienst" 38/76)

Deutlicher kann der Wunsch des BRD-Imperialismus, sich Opportunisten und tendenziell Kollaborateure im namibischen Widerstand heranzuziehen, kaum ausgedrückt werden.

SWAPO festigt ihre Politik

Die Gerüchte um eine „Spaltung" fallen in eine Zeit, wo die SWAPO nochmals die Bedingungen für eine Beteiligung an den „Verfassungsgesprächen" klar benannt hat:
– Es kann nur um einen Zeitplan der Unabhängigkeit gehen... Namibia muß die volle Integrität und Unabhängigkeit erhalten... alle politischen Gefangenen müssen sofort entlassen werden und alle Namibier müssen aus dem Exil zurückkehren können.... Die Polizei und das Militär der RSA müssen sofort das Territorium Namibias verlassen... (nach „Africa" 57, Mai 76).

Zur gleichen Zeit kündigte die SWAPO einen Kongreß an. Hier soll *„die politische und militärische Linie festgelegt werden. Es wird einen Wechsel in der Führung geben. Die Führung soll erstmals das politische und das militärische Element enthalten. Es spricht alles dafür, daß radikalere SWAPO-Kader in die Führung kommen werden. Die Aktivität der Exilorganisation soll mehr an die Politik der SWAPO in Namibia orientiert werden."* (nach „Africa" 57, Mai 76).

Gerade auch vor diesem Hintergrund ist es ein ganz „normaler" Prozeß, wenn einige Mitglieder dieser Organisation – im wesentlichen kleinbürgerliche, versöhnlerische Elemente – das Weite suchen.

Es wäre daher auch falsch, von einer Spaltung zu reden, denn bei diesem Prozeß handelt es sich höchstens um eine „natürliche Säuberung" einer Befreiungsbewegung auf dem Weg zum Sieg. ●

Afrika-Kommission

RSA - Geheimdienst: Schmierenkomödie oder bitterer Ernst?

In England mußte am 10. Mai der Parteichef der Liberalen zurücktreten, weil ihm *„ein männliches Mannequin gemeinsame homosexuelle Betätigung nachgesagt hatte"* („SZ", 20.5.76 – vergl. dazu auch England-Berichterstattung in diesem AK). Zur gleichen Zeit versuchte ein Mitglied der RSA-Botschaft in London, einen Pornofilm zu erwerben, *„in dem ein bekannter britischer Politiker, geprochen wurde von einem Kabinettsminister, auftreten soll"* („FR", 20.5.76).

Am 18. Mai schließlich trat im britischen Fernsehen ein Mann auf, der behauptete, 1974 vom RSA-Geheimdienst BOSS angeworben worden zu sein. Sein Auftrag: Wie man gefälschte Dokumente *„am besten zum Nachteil der Liberalen Partei verwenden könne."* („SZ" 20.5.76)

Sehr aufschlußreich ist dabei die Arbeitsmethoden des BOSS:
– Das angebliche „Material" über den Parteichef der Liberalen wurde von einem südafrikanischen Presseberichterstatter in London angeboten. Dieser „Jounalist" war in London bestens bekannt, es bestand schon immer der Verdacht, er sei Agent von BOSS gewesen. Mittlerweile hat er sich nach Südafrika abgesetzt! (Nach „FR", 18.5.76)
– Auch der Gangster aus der RSA-Botschaft in London ist inzwischen nach Südafrika zurückgekehrt, da er nach dem versuchten Ankauf des Pornofilms einer starken „Hetze" in London ausgesetzt war (nach „FR" 20.5.76).
– Am „interessantesten" ist aber sicherlich die Geschichte mit dem Agenten, der im Fernsehen auftrat. In diesem Interview sagte er aus, *„in der Geheimdienstzentrale in Pretoria' habe man ihm etwa 15 Dossiers von prominenten britischen Liberalen gezeigt, die entschieden die südafrikanische Rassenpolitik bekämpfen"* („SZ", 20.5.76).

Diese Enthüllung sorgte in England für großen Wirbel, denn offensichtlich wurde mit diesen Aussagen der Verdacht bestätigt, daß durch den BOSS einige Gegner der Rassisten auf übelste Weise kaltgestellt werden sollten.

Es paßt somit eigentlich ganz gut in das Konzept der BOSS-Gangster, daß derselbe Mann zwei Tage später gestand, die ganze Sache „erfunden" zu haben, *„um sich wichtig zu machen"* („FR", 21.5.76).

Im krassen Widerspruch zu dieser Behauptung steht allerdings die Aussage des Militärattachés der Rassisten in London, daß er den Agenten *„gut kenne und daß dieser vor zwei Jahren in Pretoria gewesen sei, um sich über eine Tätigkeit im Geheimdienst zu unterhalten"* („SZ", 20.5.76).

Kann sein oder auch nicht, fest steht jedenfalls, daß der Rassistengeheimdienst in übelster Weise und mit den schmutzigsten Methoden gegen die Gegner der Apartheid vorgeht. Hierbei erweist er sich als gelehriger Schüler des CIA, des BND und der GESTAPO (gerade letztere verstand sich sehr gut darauf, in- und ausländische Gegner des Nazi-Faschismus auf ähnliche Weise zu diskreditieren!). ●

Afrika-Kommission

Namibia: Faschistischer Terror

In Namibia wurden Anfang Mai Terrorurteile gegen vier SWAPO-Mitglieder verhängt:
– Aaron Muchimba wurde zum Tode verurteilt.
– Hendrik Shikongo wurde zum Tode verurteilt.
– Rauna Naminga zu sieben Jahren und Anna Ngaihondja zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Die „Begründung" in der Urteilsschrift: *„Das Übel des Terrorismus muß an der Wurzel gepackt und zerstört, Ruhe und Ordnung müssen aufrechterhalten werden."*

Allen vier SWAPO-Mitgliedern wurden relativ lächerliche Delikte zum Vorwurf gemacht (z.B. Spenden zwischen 30,- und 1.100,- DM an die SWAPO gegeben zu haben). (Nach „Extra-Dienst", 38/76).

Die Todesurteile wurden bereits vollstreckt. In einer Presseerklärung der SWAPO-Vertretung/London heißt es dazu:
– *„Die zwei Männer waren seit August letzten Jahres im Gefängnis. Seit ihrer Festnahme haben sie zusammen mit ihren Mitgefangenen brutale Folterungen erlitten... Südafrika hat den Prozeß benutzt, um die SWAPO zu zerstören. Nur mit solcher Brutalität versucht Südafrika den steigenden Widerstand des Volkes abzuwehren... Diese Grausamkeit des Regimes zeigt, daß alle Erklärungen, daß sie Namibia verlassen wollen grundlose Lügen und Betrügereien sind."* (Presseerklärung, 12.5.76).

Daß die Rassisten keineswegs daran denken, Namibia freiwillig zu verlassen, zeigt auch eine andere Maßnahme: An der Grenze zur VR Angola wurde ein Todesstreifen von einem Kilometer Breite installiert. Die Bewohner wurden zwangsumgesiedelt. Das Militär der Faschisten erhielt die gleichen Vollmachten wie die Polizei! (nach „Süddeutsche Zeitung" und „Frankfurter Rundschau", 21.5.76). ●

Afrika-Kommission

„Stern": Gruselstories über Mosambik

„In Inhambane, einer Hafenstadt in Mozambik, rückten Truppen gegen Demonstranten vor und schlugen brutal zu. Die Aufständischen hatten nach Brot gerufen – in Mozambik herrscht Hungersnot. In der Hauptstadt Maputo kritisierte Innenminister Armando Guebuzu in einer Kabinettssitzung den Regierungschef Samora Machel. Der rief darauf seine Leibwächter und ließ den Minister überwältigen. Bei dem Handgemenge wurde Guebuzu durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt."

Dies ist nur eine „Kostprobe" aus einem Hetzartikel des „Stern" vom 20.5.76, in dem unter dem Deckmantel objektiver Berichterstattung die unverschämtesten Lügen und Verdrehungen über das revolutionäre Mozambik aufgetischt werden.

So soll – ähnlich wie bei den Hetztiraden gegen das fortschrittliche Kambodscha (siehe AK 80) – der Eindruck erweckt werden, daß Unabhängigkeit und konsequenter Kampf gegen den Imperialismus und Kapitalismus im eigenen Land gleichzusetzen ist mit Hunger, Chaos und Willkür. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?

Schlechte Zeiten für Kolonialisten!

In dem einen Jahr nach der Unabhängigkeit hatte das mozambikanische Volk schwer mit dem Erbe einer 500-jährigen portugiesischen Kolonialherrschaft zu kämpfen. 640 Millionen Dollar Auslandsschulden, eine landwirtschaftlich rein auf die Ausbeutung ausgerichtete Monokultur, kaum Industrie, 85% Analphabeten, soziale Verelendung und Hunger, Vernichtung ganzer Landstriche durch Napalm und Chemikalien, das hatte der portugiesische Imperialismus in Mozambik hinterlassen! Davon kein Wort im „liberalen" „Stern"!

Hier wird vielmehr alles auf den Kopf gestellt:
Schuld an der wirtschaftlichen Schwäche Mozambiks (übrigens hungert heute, im Gegensatz zu früher, kein Mensch mehr in Mozambik!) ist laut „Stern" einzig und allein Samora Machel, der durch *„rigorose Verstaatlichungsmaßnahmen"* die weißen „Fachkräfte" vertrieben hat.

Allerdings, seit das Volk in Mozambik herrscht, wird es den portugiesischen Ausbeutern immer schwerer, noch Profit aus dem Land zu ziehen – jetzt ist es nicht mehr möglich, sich auf dem Blut und Schweiß der Bevölkerung ein faules Leben zu machen. So gab es während der Kolonialzeit nur ca. 100 Ärzte für 8,5 Mio. Einwohner, die gegen ein hohes Entgelt nur die reiche Oberschicht behandelten. Jetzt verfügte die FRELIMO, daß die Ärzte auf ihre Privilegien verzichten und in die medizinisch unterversorgten Gebiete gehen sollten.

Das paßte diesen Parasiten allerdings nicht, und so setzten sie sich bis auf wenige Ausnahmen ins Ausland ab. Sie können froh sein, daß sie noch so glimpflich davongekommen sind!

Die alten Gruselstories werden aufgewärmt

Darüberhinaus fehlt es auch nicht an den sattsam bekannten Schauermärchen der bürgerlichen Schreiberlinge. *„Wer heute nicht denkt wie der Frelimo-Chef, wandert ins Gefängnis. Der Nationale Volkssicherheitsdienst SNASP hat ein Spitzelsystem aufgebaut, das der früher gefürchteten portugiesischen Sicherheitspolizei PIDE nicht nachsteht."*

Der „Stern" belegt das mit der Absetzung einiger ehemaliger Kader der FRELIMO, die – nach der Unabhängigkeit – in verantwortlichen Posten der Regierung der Korruption nachgaben und sich ein feines Leben machen wollten, so z.B. der Gouverneur der Provinz Maputo. ●

Der Gouverneur war von der Bevölkerung kritisiert und daraufhin von der FRELIMO – öffentlich und mit genauer Begründung – abgesetzt worden. Der „Stern" beschimpft dies als Machenschaften eines „Diktators" – wir sehen diese konsequente Handlungsweise als Beweis für die Ehrlichkeit und proletarische Demokratie in der VR Mozambik!

Besonders viel Gift verspritzt der „Stern" gegen die angebliche Verfolgung der Kirche in Mozambik („Staatsfeind Nr. 1"). Ohne formelle Anklage säßen heute etwa 150 europäische und afrikanische Geistliche im Gefängnis, ca. *„35.000 Mitglieder der ‚Zeugen Jehovas' fristen in Umerziehungslagern ihr Dasein."* – Frei erfunden vom „Stern"!!!

Der vor einer Woche auf der Weltkirchenratstagung auf diese Zahlen angesprochene mozambikanische Kirchenvertreter wies derartige Gerüchte entschieden zurück! (*„Mir ist davon nichts bekannt"* NDR II am 23.5.76).

Mit derartigen Beschimpfungen und Verleumdungen der VR Mozambik stellt der „Stern" nur die andere Seite der verlogenen BRD-Propaganda dar.

Die Imperialisten wissen genau, daß sich ihre Chancen im südlichen Afrika von Tag zu Tag verschlechtern.

Deshalb ihre Verherrlichung der Rassistenregimes des „weißen Afrika" (Zimbabwe, Namibia, RSA). Laut „Welt" vom 21.3. *„ist das Verhältnis zwischen Weißen und Afrikanern in Rhodesien so gut wie in keinem anderen Staat Afrikas. Apartheid und Rassenschranken hat es nie gegeben."* (!!)

Deshalb ihre Verteufelung der Befreiungsbewegungen als blutrünstige Terroristen, isoliert von der schwarzen Mehrheit etc. (siehe dazu AK 78, „BRD-Propaganda trommelt für Rassisten").

Und genau aus demselben Grund hetzen die Imperialisten gegen die Staaten Afrikas, die ihre Unterdrücker endlich abgeschüttelt haben und sich ihren eigenen Staat aufbauen! ●

Afrika-Kommission

Streikwelle in Tunesien

Die Arbeiterklasse und die Studenten in Tunesien haben in den letzten Wochen ihre Kampfhandlungen deutlich intensiviert. Die nachfolgend beschriebene Streikwelle, die das Land erfaßt, muß unter den Terrorbedingungen des reaktionären Burgiba-Regimes und gegen den Willen der ebenso reaktionären Staatsgewerkschaften durchgeführt werden. Die beschriebene Streikwelle läuft vor dem Hintergrund der zunehmenden Verelendung der tunesischen Massen, hervorgerufen durch die vor einiger Zeit erfolgte totale Öffnung Tunesiens für die imperialistischen Konzerne der EG.

– In der Stadt Sfax streiken die Arbeiterinnen einer Textilfabrik seit dem 4. März.

– Auf nationaler Ebene streiken zur Zeit die Arbeiter der „Societe Tunesienne d'electricite et du gaz".

– Anfang Mai haben die Arbeiter der Großmühlen gestreikt. Die Öffentlichkeit erfuhr spätestens von dem Streik, als die Bäcker nicht mehr über genug Mehl verfügten, um Brot zu backen. Alle Streiks sollten möglichst geheimgehalten werden, aber z.B. die Streiks der Arbeiter der Bahn- und Busgesellschaften und der Streik der Postbeamten konnten nicht verborgen bleiben.

Seit mehreren Wochen haben die Arbeiter der Eisenbahngesellschaft Forderungen gestellt, in denen sie die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche verlangen und die Heraufsetzung des Mindestlohns. Sie hatten einen Streik für den 6. Mai angekündigt, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Die Regierung und die Gewerkschaft versuchten es mit Drohungen und Beschwichtigungen (*„Geben Sie mir Zeit, ich werde Ihre Probleme lösen"*, so der „Patron" der Gewerkschaft, Achour). Die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern, und da ihre Forderungen nicht erfüllt wurden, traten sie am 6. Mai um sechs Uhr in den Streik, der den Eisenbahnbetrieb lahmlegte. Die Streikenden wurden gewaltsam terrorisiert, sie nahmen jedoch die Arbeit wieder auf, als ihnen verbindliche Zusagen gemacht wurden.

Am 3. Mai haben die Arbeiter der Nahverkehrsgesellschaft in Tunis (S.N.T.) einen Streik durchgeführt – (diese Arbeiter sind bekannt für ihren konsequenten Kampf und waren immer Zielscheibe der Repression der Spezialpolizei BOP = Brigade de l'ordre Public). Sie sind für ihre Forderungen auf die Straße gegangen mit den Slogans *„Brot und Freiheit für das Volk", „Unabhängige Gewerkschaften", „Achour, Demagoge"*.

Diese Demonstration wurde von Studenten unterstützt und von der BOP gewaltsam angegriffen, was eine breite Solidarität unter der Bevölkerung auslöste.

In der gleichen Zeit führten die Postangestellten am 8. Mai einen Streik durch und besetzten die Postämter. Die Armee schaltete sich ein und übernahm als Streikbrecher die Arbeit der Postangestellten. An der Universität, wo in jeder Vorlesung, in jedem Seminar, in jeder Bibliothek und sogar in jedem Flur „Ordner" eingesetzt sind, haben die Studenten eine Veranstaltung in der Jura-Fakultät durchgeführt, um den Tag des Anti-Imperialismus zu feiern. Die „Ordner" versuchten gewaltsam, die Veranstaltung zu verhindern. Die Studenten haben sich gewehrt und den „Ordnern" eine gute Lektion erteilt. Die BOP beeilte sich, gewaltsam zu intervenieren und gegen die Studenten vorzugehen.

Die gewalttätigste Repression sollte jedoch am 5. Mai im Studentenheim von Bardo stattfinden, wo die Studenten eine Vollversammlung durchführen wollten. Nach der offiziellen Aussage gab es 30 Verletzte, darunter zwei so schwer, daß sie in Lebensgefahr schweben.

Von den verhafteten Studenten wurden 10 vor Gericht gestellt und zwar 4 Tage nach ihrer Verhaftung. Fünf von ihnen wurden zu viereinhalb Monaten Haft wegen „Rebellion" und ähnlichem verurteilt, die fünf anderen wurden freigesprochen.

Von den Arbeitern wurden am 17. Mai vier zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt wegen *„Aufruf zu illegalem Streik"*. Ein weiterer wurde am 18. Mai vom Gericht zu vier Monaten Haft und 30 Dinars (ein Monatslohn) wegen *„Rebellion"* und *„Steinwürfe auf einen Ordnungs-Agenten"* verurteilt.

Angesichts der Schärfe und des Umfangs der Kämpfe mußte die gleichgeschaltete tunesische Presse ihre bisherige Taktik des Totschweigens aufgeben und diffamiert momentan die kämpfenden Arbeiter und Studenten massiv als *„kriminelle Provokateure, die von außen gesteuert sind"*. Die Staats-Gewerkschaft hat sich von den Kämpfen distanziert und legitimiert so die Pressehetze und den Polizeiterror. ●

Hamburger Tunesien-Komitee und Afrika-Kommission des KB

Angola
Prozeß gegen Söldner

Am 8. Juni wird in Luanda der Prozeß gegen 13 ausländische Söldner beginnen.

Sie werden vor einem Volksgericht ihre Greueltaten zu verantworten haben. Dieses Gericht hat die Aufgabe *„Kriegsverbrechen, Angriffe gegen das Volk Angolas, Souveränität, Staat und Partei abzuurteilen"*.

Die Regierung der VR Angola hat beschlossen eine „internationale Kommission zur Untersuchung der Söldnertätigkeit" einzuladen. Sie soll dann auch an dem Prozeß teilnehmen.

Auch gegen die gefangenen südafrikanischen Soldaten wird in Luanda derzeit der Prozeß vorbereitet.
(nach „Monitor-Dienst", 10.5.76) ●

Afrika-Kommission

RSA: Höchster Rüstungsetat!

Wie der südafrikanische Verteidigungsminister Botha erklärte, hat die RSA (Republik Südafrika) ihr Militärpotential enorm erhöht; vor allem die Bereiche Panzer, Panzerabwehr, Artillerie, Helikopter und Luft-Luft-Raketen wurden ausgebaut und für das Finanzjahr 1976/77 der Rüstungsetat auf 1,35 Mrd. Rand erhöht. Gleichzeitig ist der Ausbau einer eigenen Rüstungsindustrie, vor allem die Herstellung moderner Panzer, intensiviert worden („Neue Züricher Zeitung" („NZZ"), 12.5.76). Im gleichen Atemzug wiederholte der faschistische Premierminister Vorster in einem Interview, daß die RSA in der Lage sei, eigene Atomwaffen zu bauen. In der Verteidigungsdiskussion forderten südafrikanische Abgeordnete die Aufstellung einer kleinen „Force de Frappe". Vorster schloß eine solche Entwicklung nicht aus („NZZ", 13.5.76). ●

Afrika-Kommission

Elfenbeinküste/RSA
Den Faschisten das Leben erleichtern

Als erstes schwarzafrikanisches Land hat die Elfenbeinküste den Rassistenstaat erlaubt, mit seinen Flugzeugen zu *„technischen Zwischenlandungen (Auf dem Weg nach Europa)"* seinen Flughafen zu benutzen.

Diese Landeerlaubnis (die erste seit 1963) ist eine direkte Unterstützung der weißen Faschisten. Hierdurch wird ein direkter, schnellerer und damit billigerer Flugverkehr zwischen der RSA und Europa ermöglicht. Bisher mußten die Flugzeuge der RSA immer auf weit entfernte Inseln im Atlantik ausweichen, um zu tanken. ●
(nach „Monitor-Dienst", 10.5.76)

Afrika-Kommission

DAR Sahara
Generaloffensive der Guerillas

Der heldenhafte Widerstand des sahaurischen Volkes unter Führung der Frente Polisario gegen die Ausrottungsstrategie von Hassen II. und Ould Daddah, hält mit unverminderter Heftigkeit an, und der Beginn der angekündigten Sommeroffensive zeigt erste Erfoge gegen die ca. 30.000 Mann zählende Invasionsarmee Marokkos und Mauretaniens.

So konnte die sahaurische Guerilla in der ersten Mai-Hälfte 169 gegnerische Soldaten töten, 245 verwunden und dem Feind große Materialverluste, darunter zwei marokkanische Kampfflugzeuge, zufügen. (Kommunique der F. Polisario nach „El Moudjahid", 19.5.76)

Hassan II hat inzwischen verstärkt ausländische Anti-Guerilla Experten als Söldner angeheuert, die zum Teil als Oberkommandierende innerhalb der Invasionstruppen ihre Terroraktivitäten entfalten. So sollen nach Angabe der algerischen Zeitung „El Moudjahid" allein 25 höhere Offiziere aus dem faschistischen Süd-Korea angeheuert worden sein. Darüberhinaus sollen auch ex-Thieu-Generäle, sowie nicht näher gekennzeichnete „Spezialisten", die schon an der Seite Israels gegen den palästinensischen Widerstand eingesetzt waren, jetzt ihren Mörderdienst gegen das sahaurische Volk verrichten. Insbesondere der Einsatz der Söldner, die schon für Israel kämpften, hat unter den marokkanischen Offizieren erhebliche Unruhe ausgelöst. Sind dies doch dieselben Leute, die während des „6-Tage-Krieges", den marokkanischen Truppenteilen, die auf den Golan-Höhen eingesetzt waren, als Gegner gegenüberstanden!

Am 20. Mai, dem Tag, der als der Beginn des bewaffneten sahaurischen Widerstandes nach Gründung der Frente Polisario 1973 gilt, gelang es den Kämpfern der Polisario in einer Generaloffensive auf fast alle Stützpunkte der Invasionstruppen, 153 gegnerische Soldaten zu töten und 105 zu verwunden.

Erneut wurde außerdem das Förderband der Bou-Craa Phosphatminen angegriffen. Zehn Lastwagenfahrer, die in der Mine arbeiteten, nahmen den 20. Mai zum Anlaß, sich mitsamt ihrer Lastwagen der F. Polisario anzuschließen! („El Moudjahid" 24.5.76)

Es lebe der Kampf des sahaurischen Volkes! ●

Afrika-Kommission

Lieder des Hamburger Straßentheaters

asien aktuell

Volkswiderstand auf der malayischen Halbinsel

Nach der Befreiung der Länder Indochinas verstärkt der Imperialismus seine Bemühungen, die reaktionären südostasiatischen Länder als Bollwerk gegen die Revolution aufzubauen. Die vollständig veränderte Lage in diesem Teil der Welt hat die ASEAN-Staaten (Thailand, Philippinen, Indonesien, Malaysia und Singapur) zwar gezwungen, in ihrer Außenpolitik einen scheinbaren „Neutralitätskurs" zu steuern, gleichzeitig aber verschärfen sie die brutale Unterdrükkung im Innern dieser Länder. Trotz der starken Repression, trotz neuer Ausnahmegesetze gegen jede politische Opposition gewinnen die fortschrittlichen Kräfte jedoch an Bedeutung. Im ARBEITERKAMPF 75 und 79 wurde bereits über die Lage in Süd-Thailand und Malaysia berichtet. Dazu hier ein Bericht über die Situation und über einige soziale und militärische Aspekte des Befreiungskampfes im Norden der malayischen Halbinsel.

Malaya und Singapur – eine untrennbare Einheit

1963 entstand unter namhafter Mitwirkung der britischen Imperialisten
1963 entstand unter namhafter Mitwirkung der britischen Imperialisten
das neokoloniale Staatengebilde Malaysia. Es besteht aus den ehemaligen britischen Kolonien Malaya, inklusive Singapur, und den Teilstaaten Sarawak und Sabah. Die letzten beiden liegen auf der weit entfernten Insel Kalimantan (Borneo). Gegen diese willkürliche und aufgezwungene Staatengründung gab es von Anfang an heftigsten Widerstand. So konnte z.B. das britische Öl-Protektorat Brunei (auf Kalimantan) nicht, wie beabsichtigt, angeschlossen werden, da es dort zu einem Volksaufstand kam. 1965 wurde Singapur handstreichartig aus dem Staatengebilde ausgeschlossen und zu einem „Stadtstaat" ernannt. Auch hierbei hatten die Imperialisten ihre Finger im Spiel. Singapur ist heute faktisch eine Neokolonie der US-Öl-Konzerne und der Chase-Manhattan-Bank des Rockefeller-Clans.

Die fortschrittlichen Menschen auf der malayischen Halbinsel betrachten Malaya und Singapur weiterhin als eine untrennbare Einheit und treten ausdrücklich für das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in Sarawak und Sabah auf Kalimantan ein.

Die malayische Halbinsel ist eine wichtige Position des Imperialismus. Das Land ist der bedeutendste Rohstofflieferant von Naturkautschuk, Palmöl und Zinn auf dem Weltmarkt! Die japanische Holzindustrie ist z.B. von den Edelhölzern auf Malaya abhängig. Die Plantagenwirtschaft ist zu 60% in den Händen britischer Monopolkapitalisten. Aber auch 2/3 der Minenprodukte, 2/3 des Ex- und Importhandels, 2/3 des Bankenkapitals und der Versicherungskonzerne sind in den Händen ausländischer Kapitalisten. Selbstverständlich fehlt auch der BRD-Imperialismus nicht, der durch zahlreiche Direktinvestitionen vertreten ist (z.B. Siemens, MAN, Dynamit-Nobel, Nordmende, Hoechst, Dresdner Bank usw.). Einen besonderen Ruf haben sich die Konzerne Rollei und Bosch erworben, die einen Teil ihrer Produktion auf die malayische Halbinsel verlagerten und dort 16- bis 23-jährigen Mädchen für die Akkordmontage Hungerlöhne zahlen.

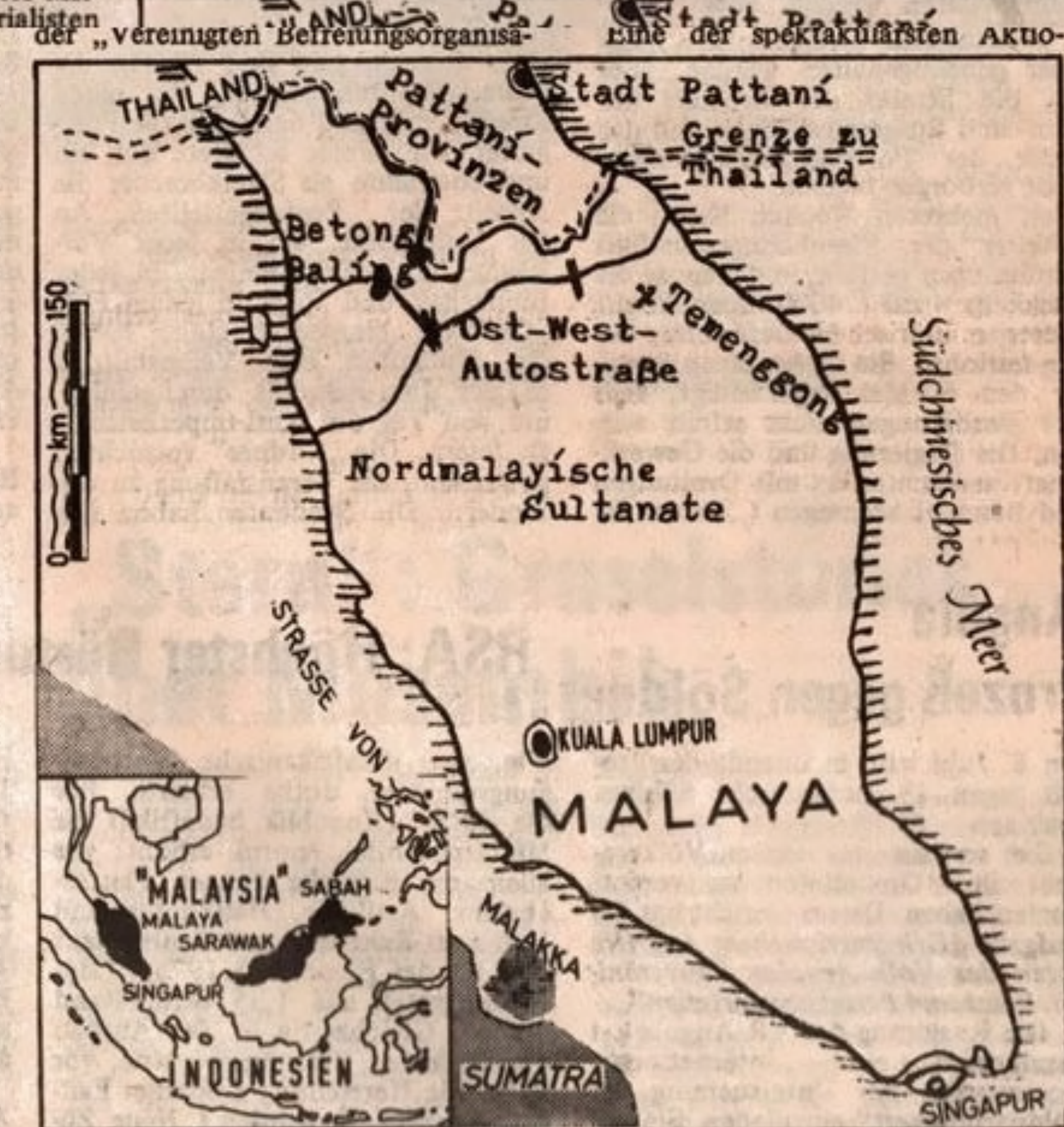
Widerstand in den Pattani-Provinzen

Im Grenzgebiet zu Malaya liegen die vier südlichen Provinzen Thailands, Pattani, Naratiwat, Yala und Satun. In diesem Gebiet leben ca. drei Millionen Menschen, davon 85% moslemisch-malayischer Bevölkerungsanteil. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sind Bauern und Landarbeiter auf Gummiplantagen oder in Zinnminen. Die moslemische Bevölkerung in diesem Gebiet ist stark verarmt und der besonders starken Repression von Seiten der thailändischen Zentralregierung in Bangkok ausgesetzt.

Diese vier Provinzen bildeten vor langer Zeit ein selbständiges Sultanat (Pattani), das durch Eroberungskriege von Siam (heute Thailend) annektiert wurde.

Nach 1945 traten in ganz Nordmalaya und auch diesen Provinzen Selbstverwaltungsorgane und Volkskomitees in Aktion. Schon kurze Zeit danach begannen die britischen Imperialisten mit einem großangelegten Krieg gegen die antiimperialistische Opposition, der bis 1960 andauerte. Zwar gelang es den Imperialisten, dadurch die starke Oppositionsbewegung vorläufig zu unterdrücken – niemals ist es ihnen allerdings gelungen, den Widerstand restlos zu beseitigen!

Heute kämpfen in dem thailändisch/malayischen Grenzgebiet neben den Kämpfern der Kommunistischen Parteien Thailands und Malayas auch Einheiten der „Tentera Pattani" (moslemische Separatisten, die eine autonome Verwaltung der vier Provinzen anstreben). Die Bewegungen der „Vereinigten Befreiungsorganisa-
der „Vereinigten Befreiungsorganisa-



tion Pattani" („Pattani United Liberation Organisation") und „der Nationalen Befreiungsfront der Republik Pattani" („Barisan Nasional Pembebesan Repablik Pattani") arbeiten dabei eng mit den kommunistischen Befreiungskämpfern zusammen. So ist es der Guerilla inzwischen gelungen, in dieser Region eine stabile Infrastruktur und Ausgangsbasis für den weiteren Befreiungskampf zu schaffen!

Die Regierungstruppen (sowohl die thailändischen wie die malayischen) sind ganz offensichtlich nicht mehr in der Lage, die Kontrolle der Befreiungskräfte über weite ländliche Gebiete Nordmalayas zu verhindern. So ist die Holzwirtschaft in diesem Gebiet inzwischen gezwungen, Abgaben an die Befreiungskräfte zu zahlen! Dies ist auch von zahlreichen Kleinhändlern und Geschäftsleuten im Grenzgebiet bekannt. Das geht soweit, daß selbst die Ladenbesitzer in Betong (Hauptquartier (!!) thailändischer und malayischer Grenzpolizei) regelmäßig Steuern an die revolutionären Organisationen zahlen!

Ebenfalls existiert ein Rundfunksender, „Suara Revolusi", der täglich mehrere Stunden ein mehrsprachiges Programm sendet!

Die militärischen Operationen der Befreiungskämpfer in Nordmalaya konzentrieren sich u.a. auf das seit Mitte 1970 im Bau befindliche wichtigste Straßenbauprojekt des Landes, die 120 km lange Ost-West Autostraße. Diese Straße ist das mittlere Verbindungsstück zwischen der Ost- und Westküste der Halbinsel. Sie führt durch bislang unerschlossenes, teilweise gebirgiges Urwaldgebiet. Daher ist der Bau von 30 Brücken erforderlich. Die Kosten des gesamten Projektes wurden bei Baubeginn auf über 85 Millionen M-Dollars geschätzt. Die Regierungspropaganda verbreitet die Version, nach der das Straßenbauprojekt der Holzwirtschaft des Landes dienen soll. Tatsache ist dagegen, daß die Planung und Leitung des Bauprojektes in den Händen der Militärs liegt. Über diese Straße wollen die Militärs zu den Stützpunkten und den befreiten Gebieten der Guerilla an der Grenze zwischen Malaysia und Thailand vorstoßen. Daher sollte diese Straße so schnell wie möglich, spätestens bis 1978 fertiggestellt werden. Bislang ist den unter militärischer Bewachung stehenden Bautruppen allerdings lediglich gelungen, ca. 50 km weit in den Urwald vorzudringen – in sechs Jahren!

Eine der spektakulärsten Aktio-
Eine der spektakulärsten Aktio-
nen der Guerilla war Ende Mai '74 die Sprengung von insgesamt 68 Planierraupen, Traktoren und anderen Straßenbaumaschinen im Wert von über 15 Millionen M-Dollars zwischen der 11. und 34. Meile des Bauprojektes. Bereits im August '74 sprengten die Kämpfer erneut einige Lastwagen und töteten in einem Gefecht zwei Soldaten und drei Geheimpolizisten. Im Dezember '74 wurde das große Staudamm-Projekt eines japanischen Konzerns angegriffen. Bei Feuergefechten im Zusammenhang mit einem zweiten Angriff auf das Projekt im April '75 wurden zwölf Elite-Soldaten getötet und 29 schwer verletzt.

Mitte des letzten Jahres hat die Guerilla begonnen, den Minenkrieg im Gebiet des Straßenbauprojektes zu intensivieren. Schon mehrmals seitdem sind Zugverbindungen tagelang unterbrochen worden und es gelang, einen Frachtzug im Grenzgebiet zu kapern, um die Vorräte der Befreiungskräfte aufzubessern! Die jüngste bekannte Aktion ist die Abwehr von 3.000 Soldaten Thailands und Malaysias. Abgeräumt wurde ein Hubschrauber der Armee, wobei elf Soldaten getötet wurden.

Die Armee selber konnte keinen größeren Erfolg vermelden als die Entdeckung von „zahlreichen" durch Tunnels miteinander verbundenen Nachschublagern („SZ", 28.4.76). Daß diese militärischen Aktionen der Befreiungskräfte nicht isoliert daste-

hen, beweisen die Massendemonstrationen in diesem Gebiet gegen die Repression durch die thailändische Zentralregierung, bei denen insbesondere die Forderung nach autonomer Verwaltung erhoben wurde. Ebenso kämpfen die Kleinbauern und Landarbeiter gegen die totale Verelendung. So demonstrierten in Baling Zehntausende mit Hungerstreiks und Straßenblockaden gegen die malaysische Regierung.

Brutalste Unterdrückung der Bevölkerung

Die thailändischen Militärs antworteten auf diese Situation mit einer brutalen Terrorwelle gegen die Bevölkerung. So ermordeten Marinesoldaten im November 1975 fünf Jugendliche und warfen die Leichen in einen Fluß. Als dies bekannt wurde, kam es sofort zu Massendemonstrationen. In eine solche Demonstration in der Stadt Pattani warfen Zivilagenten eine Handgranate. 13 Menschen wurden getötet, 43 verletzt (siehe auch AK 75).

In den folgenden Tagen gingen Marinesoldaten dazu über, offene Terroraktionen durchzuführen. Geld, Reis und Motorräder der Bevölkerung wurden beschlagnahmt. Mehrere kleine Dörfer in der Nähe Pattanis wurden niedergebrannt. Über das gesamte Gebiet verhängten die Militärs den Ausnahmezustand. Daraufhin kam es zu regelrechten Aufständen, zu erneuten tagelangen Massendemonstrationen von jeweils mehr als 30.000 Menschen und zu bewaffnetem Widerstand. Die Besatzertruppen wurden schließlich innerhalb einer Woche gezwungen, sich vorerst zurückzuziehen, und die Militärverwaltung mußte verschiedene Zugeständnisse machen.

Insgesamt sind inzwischen von den Militärs ca. 20% der Gesamtfläche Nord-Malayas und das gesamte Grenzgebiet zur Sicherheitszone erklärt. Die thailändischen und malayischen Truppen führen den Anti-Guerilla-Kampf mit immer intensiverem Einsatz von Artillerie und durch Luftwaffenbombardement ganzer Landstriche (vergl. AK 79). Immer häufiger wird die Dorfbevölkerung wieder in sog. „Neue Dörfer" (Wehrdörfer) umgesiedelt. Tagelange Ausgangssperren, die oft mit Hausdurchsuchungen etc. verbunden werden, sind in einigen Teilen des Landes zur Regel geworden. Zur Absicherung dieser militärischen Gegenoffensive, die teilweise unter Leitung britischer Offiziere vom in England stationierten mobilen „Special Air Service Regiment" steht, hat die malaysische Reaktion auf der gesamten politischen und juristischen Ebene Verschärfungen durchgeführt.

Die in Australien erscheinende fortschrittliche Zeitschrift „Malaya News Service" vom Dezember '75 berichtet u. a. über folgende Maßnahmen:

„1. Wiedereinführung der Ausnahmegesetze und Notstandsverordnungen einschließlich der Todesstrafe für den unerlaubten Besitz von Waffen, Sprengstoff, Munition und für die Unterstützung von Kommunisten!

2. Aufbau von paramilitärischen Rukun-Tetangga-Einheiten (Gemeindeselbstverteidigung), an denen ausnahmslos alle männlichen Bewohner des Landes zwischen dem 18. und 55. Lebensjahr, inklusive Ausländer mit permanenter Aufenthaltsgenehmigung (z.B. westdeutsche Entwicklungshelfer) teilnehmen müssen. Diese bewaffneten Einheiten sollen die militärische Stütze eines Selbstkontrollsystems sein.

3. Aufgrund von Sondergesetzen werden seit September 1975 in verschiedenen Regionen sogenannte Volkskontrollzentren errichtet, die u.a. Reisen, Übernachtungen, Verwandtenbesuche, alle Bewegungen der Bewohner des betreffendes Gebietes usw. überwachen sollen.

4. Nach den neuen Sicherheitsgesetzen von 1975 ist es legalisiert, Personen ohne jegliches Gerichtsverfahren zu inhaftieren, wenn es sich um Sicherheitsfälle handelt. Im übrigen können verdächtige Personen 60 Tage in Beugehaft genommen werden, bei Gerichtsverfahren liegt die Beweislast beim verdächtigten Angeklagten (!), können Kronzeugen sogenannte interne Aussagen gegenüber dem Richter unter Ausschluß dritter und unter Geheimhaltung ihres Namens machen usw."

Eine derartige Gesetzgebung ist tatsächlich nur noch mit denen der Nazi-Faschisten vergleichbar. Auch die „Gemeindeselbstverwaltung" ähnelt doch sehr stark der Organisation des faschistischen Volkssturms.

Der größte Hammer in der letzten Zeit ist wohl ein Gesetz, nach dem der Familienvorstand für die Handlungen seiner Familie verantwortlich gemacht werden kann. Das bedeutet, wenn ein Familienmitglied in der Guerilla mitkämpft oder nur deshalb verdächtigt wird, kann die ganze Familie verhaftet werden (nach „Dritte Welt Magazin", 1/2 - '76)!

Es wird offensichtlich, daß die faschistische Regierungsclique Malaysias und mit ihr die thailändische Zentralregierung versuchen, mit einem Vernichtungskrieg und gleichzeitiger faschistischer Unterdrückung der gesamten Bevölkerung den Befreiungskampf niederzuwerfen.

Im höchsten Maße zweifelhaft ist allerdings, ob ihnen dies gelingen wird. Immerhin kämpfen die Befreiungskräfte seit Jahren militärisch gegen die malayischen und thailändischen Truppen und die befreiten Gebiete in der Grenzregion sind ebenfalls militärisch erkämpft worden. Dazu kommt, daß sich die malaysischen und thailändischen Generäle auf die Bevölkerung genausowenig stützen können, wie der Faschistenhäuptling Thieu in Vietnam! ●

Ein Hamburger Genosse und Indochina-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Ost-Timor Neue Erfolge der FRETILIN



Zwischen Ermera und Fatobesse kam es letzten Monat zu einem Gefecht zwischen FRETELIN-Kämpfern und indonesischen Soldaten. 800 indonesische Soldaten wurden getötet.

Ebenfalls im April kam es zu heftigen Kämpfen im Grenzgebiet bei Tituala. Hierbei erbeuteten die FRETELIN-Kämpfer alle automatischen Gewehre der indonesischen Soldaten und eine Zahl schwerer Waffen.

Auch im April schoß die FRETELIN einen indonesischen Hubschrauber und ein Flugzeug ab.

Am 24. April versuchten 20 indonesische Soldaten eine FRETELIN-Position anzugreifen; der Erfolg waren dreizehn tote indonesische Soldaten und ein verwundeter FRETELIN-Kämpfer,

Am 27. April versuchten in Bacau 50 indonesische Soldaten Kornfelder zu plündern – FRETELIN-Einheiten schlugen sie vernichtend.

Gleichzeitig führen die indonesischen Truppen nach wie vor ihren brutalen Terror gegen die Zivilbevölkerung Ost-Timors weiter. Mit Flugzeugen, Schiffen und schwerer Artillerie bombardieren sie ganze Ortschaften. Auch heute sind jedoch die indonesischen Truppen absolut nicht in der Lage, größere Gebiete Ost-Timors zu kontrollieren. Nach wie vor beschränkt sich ihre Herrschaft auf einzelne Städte und Ortschaften.

INDONESISCHE TRUPPEN – RAUS AUS OST-TIMOR! ●

Indochina-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Thailand: US-Truppen bleiben!

Thailand: US-Truppen bleiben!

Die neue thailändische Regierung hat nun endgültig auf den vollständigen Abzug der US-Truppen „verzichtet". Heute befinden sich noch 2.666 US-Soldaten in Thailand (Lt. „SZ", 22.5.).

Zusätzlich zu den ohnehin verbleibenden 270 „Militärberatern" sollen nun mindestens 150 weitere Techniker im Land bleiben.

Ihre Aufgabe soll es sein, thailändisches Personal für die US-Radarstationen usw. auszubilden! Laut „Süddeutsche Zeitung" vom 26.5.76 handelt es sich dabei um die entscheidende Radarstation, die die Luftüberwachung über ganz Süd-Ost-Asien einschließlich der VR China durchführt! Die Station soll ab sofort in Betrieb bleiben.

Damit deutet sich die Richtung des US-Truppenabzugs sehr klar an: Die US-Techniker für die elektronischen Stationen sollen durch thailändische Soldaten ersetzt werden – die die alte Aufgabe dieser Stationen fortführen.

Gleichzeitig mit dieser Entscheidung erhöhte Thailand seinen Militärhaushalt um 100% auf fünf Milliarden DM!

Als Begründung für diese wahnwitzige Aufrüstung muß das Märchen herhalten, *„daß die Sowjetunion im benachbarten Laos elektronische Spionageeinrichtungen installiere"* („SZ", 22.5.76).

Neue Erfolge der Guerilla!

Mitte Mai stürmte eine größere Gruppe von Befreiungskämpfern ein Lager der thailändischen Armee in dem Freiwillige zur Unterstützung von Polizei und Armee gegen die Guerilla ausgebildet werden und tötete dabei mindestens 16 Armee-Angehörige. Nach den zweistündigen Kämpfen besetzten die Kämpfer das Lager und brannten es nieder! Die thailändische Polizei teilte nun als Erklärung ihrer Niederlage mit, *„mindestens hundert kommunistische Eindringlinge"* hätten diesen Angriff unternommen – anzunehmen ist allerdings daß wesentlich weniger „Eindringlinge" diesen Erfolg herbeiführten (lt. „SZ", 18.5.76).

An der Grenze nach Malaysia besetzten ca. 40 Guerillas eine Bahnstation und nahmen den Expresszug nach Bangkok unter Gewehrfeuer (lt. „Newsweek", 24.5.76). Und letztlich ist es eine ebenso erfreuliche Sache, daß bei Provokationen der thailändischen Armee gegen Laos Ende Mai mindestens sieben thailändische Grenzpolizisten getötet wurden. ●

Indochina-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Burma: Minderheiten gründen „Vereinigte Front"

Die von der burmesischen Zentralregierung besonders scharf unterdrückten Minderheitsvölker in Burma haben nach eigenen Angaben für ihren Unabhängigkeitskampf eine Armee von 80.000 Mann aufgestellt.

Zur Behebung der Zersplitterung des Kampfes durch die verschiedenen Stämme und Völker trafen sich Ende April an der thailändischen Grenze Delegationen der Shan-Völker, der Karen, der Kachin, Lahu, Arakan, Mon Pa-Oh, Karenni, Kayan und Palaung. Auf diesem Treffen wurde die „Vereinigte Front" gegründet (nach „SZ", 22./23.5.76). ●

Indochina-Kommission KB-Gruppe Hamburg

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für MES, Portugal

Zelle Lufthansa, KB Gruppe Hamburg	30,00
BO Bergedorf, KB Gruppe Hamburg	15,12
Portugal-Solidaritätsfest, Geesthacht	298,65
„Schraubstock" Portugal-Solidaritätskonzert in Bergedorf	49,53
Metallzelle, KB Kiel	40,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf	150,00
MBB, Hamburg von Kollegen für roten Stern	20,00
Summe	603,30

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MES auf DM 75.835,94

Für FUR, Portugal

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MES auf DM 75.835,94

Für FUR, Portugal

Metallzelle, KB Kiel	40,00
Sympathisantenzelle, BO Altona, KB Hamburg	58,00
Portugal-Fest, Hamburg-Horn	180,00
N.N., Hamburg	50,00
Summe	328,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für FUR auf DM 68,032,36

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Portugal-Solidarität auf DM 172.551,73

Für MPLA, Angola

Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg	330,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf	150,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf	180,00
F.M., Nürnberg	100,00
W.G., Grafenrheinfeld	83,00
DSK Fachschulen, Hamburg – Sammlung 1.Mai-Fest	127,57
Bezirksgruppe Steilhoop, KB Hamburg	50,00
Frauengruppe Eimsbüttel	150,35
BO St. Pauli Neustadt, KB Gruppe Hamburg	220,0
HDW, Hamburg KB-Arbeiterzelle	57,73
MBB, Hamburg – Osterfahrt der Kollegengruppe	125,00
A.N., Stuttgart – Solidaritätsveranstaltung	37,50
J.S., Hamburg	71,00
Summe	1.682,15

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MPLA auf DM 144.973,59

(Bei Redaktionsschluß des AK 79 waren die genauen Spendenergebnisse der Westberliner und Göttinger Veranstaltung noch nicht bekannt. Die im AK 79 veröffentlichten Ergebnisse für die MPLA ändern sich wie folgt:
Sammlungsergebnis Westberlin: DM 3.386,70 (nicht DM 4.000,–)
Sammlungsergebnis Göttingen: DM 1.142,80) (nicht DM 1.200,–)

Für OMA, Angola

Erlös aus Salatverkauf beim Fest Fachhochschule Hamburg, Fachbereich Bibliothekswesen	93,72
Frauengruppe und Aktionseinheit Lübeck § 218-Veranstaltung	53,47
HDW, Hamburg KB-Angestellten-Zelle	50,00
Summe	197,19

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für OMA auf DM 7.716,16

Für PFLP, Palästina

KB, Hamburg BO Altona	75,00

Für Frente Polisario, Westsahara

Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg	110,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf	50,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf	60,00
Hamburger Genossen	50,00
Frauengruppe Eimsbüttel	50,00
Summe	320,00

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für Frente Polisario auf DM 19.908,87

(Bei Redaktionsschluß des AK 79 war das genaue Spendenergebnis der Göttinger Veranstaltung noch nicht bekannt. Die Sammlung für die Frente Polisario ergab DM 1.142.80 und nicht wie veröffentlicht DM 1.200,–)

Für ZANU, Zimbabwe

Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg 110,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf 50,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf 60,00

Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg	110,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf	50,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf	60,00
Hamburger Genossen	50,00
Frauengruppe Eimsbüttel	50,00
Sammlung von KB-Sympathisanten, Wedel	22,90
H.R., Hamburg	500,00
Druckbereich Hamburg	64,00
Summe	906,90

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für ZANU auf DM 20.957,97

(Bei Redaktionsschluß des AK 79 waren die genauen Spendenergebnisse der Westberliner und Braunschweiger Veranstaltung noch nicht bekannt. Die im AK 79 veröffentlichten Ergebnisse für die ZANU ändern sich wie folgt:
Sammlungsergebnis Westberlin: DM 3.386,70 (nicht DM 4.000,–)
Sammlungsergebnis Braunschweig: DM 408,50 (nicht DM 300,–)

Für MIR, Chile

1.Mai-Fest der Aktionseinheit Hamburg	15.656,22
Soldatengruppe Hamburg, Mai-Fest	144,99
BO Wandsbek, KB Hamburg, – Maifest	877,00
Arbeiterbuch Hamburg, Spendentopf	209,97
Frauengruppe Eimsbüttel, Mai-Fest	1.810,53
Initiativgruppe arbeitsloser Lehrer, Hamburg – Maifest	50,00
A.D., Hannover	100,00
Hamburg, Verkauf von Betriebszeichen	26,78
Initiativgruppe arbeitsloser Lehrer, Hamburg	61,70
Arbeitskreis Transport und Frauengruppe Verwaltung, Hamburg – Stand 1. Mai	605,00
Reynolds, Hamburg – Stand 1.Mai	65,10
Alternative - Hanno, Hamburg – Stand 1.Mai	116,00
HDW, Hamburg Arbeiterzelle	243,50
KB, Hamburg BO Altona	240,00
KB, Hamburg Frauengruppe Altona, – Stand 1. Mai	250,00
Arbeiterbuch, Hamburg Spendensammlung	650,40
Arbeiterbuch, Hamburg Spendentopf	120,00
J.S., Hamburg	200,00
Frauenveranstaltung Berlin, 4.5.76	6.000,00
Summe	27.427,19

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Chile-Solidarität auf DM 244.553,80

SPENDENBESTÄTIGUNGEN

Anbei drucken wir vier Spendenbestätigungen ab:
1. Bestätigung der MPLA, Angola über den Erhalt von 47.300 DM, bestätigt vom Delegations-Leiter Felix

2. Bestätigung der ZANU, Zimbabwe über den Erhalt von 13.200 DM, bestätigt von Genosse Mutumbuka (Europa-Büro der ZANU).

3. Bestätigung der F. Polisario, DAR Sahara über den Erhalt von 15.800 DM, bestätigt vom Delegations-Leiter Ali Mohamed.

4. Bestätigung des MIR, Chile über den Erhalt von 30.960 DM, bestätigt von Genossin Carmen Castillo.

Das Geld für MPLA, ZANU und Frente Polisario wurde auf der Hamburger Afrika-Veranstaltung vom 10. April gesammelt und es umfaßt auch kleinere Summen, die zuvor auf unserem Spendenkonto für diese Organisationen eingegangen waren. Die Spendengelder, die auf Afrika-Veranstaltungen in anderen westdeutschen Städten gesammelt wurden (vergl. Spendenliste in AK 79), wurden zumeist direkt übergeben und gesondert bestätigt. Diese Bestätigungen werden in der jeweiligen Ortspresse unserer Organisation abgedruckt.

movimento popular de libertação de angola

[illegible]

Der Text der MPLA-Bestätigung hat folgenden Wortlaut:

„Wir erhielten von den Genossen des KB 47.300 DM aus einer Geldsammlung, die gestern (10.4.76) auf der großen Veranstaltung durchgeführt wurde.

Wir danken nicht nur für die oben erwähnte Summe, sondern auch und vor allem für die militante Unterstützung, die wir die Gelegenheit zu erfahren hatten.

Hoch die internationale Solidarität!
Der Kampf geht weiter
Der Sieg ist gewiß
Hamburg, den 11. 4. 76
Felix

la delegación del F. POLISARIO compuesta por SEINABU, SALEM y ALI MOHAMED hemos recibido del KB la cantidad de 15.800 (QUINCE MIL OCHOCIENTOS) Marcos Alemanes como apoyo al pueblo saharaui, y su vanguardia el F. POLISARIO. cantidad recolectada en el meeting del dia 10-4-76 organizado por el KB con participación del MPLA, F. POLISARIO, ZANU, ANC, SWAPO, EFLE.

Ali Mohamed

Der Text der F. Polisario-Bestätigung hat folgenden Wortlaut:

„Die Delegation der F.Polisario, bestehend aus Seinabu, Salem und Ali Mohamed hat vom KB 15.800 DM (fünfzehntausendachthundert) zur Unterstützung des sahaurischen Volkes und seiner Avantgarde, der F. Polisario, erhalten. Dieses Geld wurde am 10. 4. 76 auf einer Veranstaltung gesammelt, die vom KB organisiert wurde und an der sich MPLA, F. Polisario, ZANU, ANC, SWAPO, EFLE beteiligten.
Ali Mohamed

Compañeros de la Dirección del K.B.
En nombre de la Dirección Nacional del Movimiento de Izquierda Revolucionario (MIR-Chile) agradezco vuestra permanente solidaridad y hoy, 4 de Mayo de 1976, la suma de 30.960 DM que (treinta mil novecientos sesenta Marcos Alemanes) que con vuestra movilización han conseguido para el desarrollo del Movimiento de Resistencia.

Carmen Castillo

Der Text der MIR-Bestätigung hat folgenden Wortlaut:

„Genossen von der KB-Leitung, im Namen der nationalen Leitung der „Bewegung der Revolutionären Linken" (MIR Chile) danke ich euch für Eure dauerhafte Solidarität. Heute am 4. Mai 1976 danke ich Euch für die Summe von 30.960 DM (dreißigtausendneunhundertsechzig), die mit eurer Mobilisierung für die Entwicklung der Widerstandsbewegung zustande gekommen sind.
Carmen Castillo

Received from the Kommunist Bond (Hamburg) on behalf of ZANU 13,200 DM

D. MUTUMBUKA

Portugal-Veranstaltung in Schweinfurt

Mit etwas Verspätung erreichte uns ein Bericht von einer Portugal-Veranstaltung in Schweinfurt am 26. März. Hier ein kurzer Bericht:

Etwa 50 Besucher kamen auf Einladung der Portugal-Gruppe Schweinfurt. Ein Referat zur Entwicklung seit dem Rechtsputsch vom 25. November und der Film „poder popular" sowie eine anschließende Diskussion bildeten das Programm.

Eine Solidaritätssammlung für die MPLA brachte 83 DM.

Nach einem Bericht eines Schweinfurter Genossen.

Chile-Argentinien-Solidaritätswoche in Freiburg

Zwischen dem 23. und 29.4.76 fand in Freiburg eine erfolgreiche Chile-Argentinien-Solidaritätswoche statt. Sie wurde vom Chile-Komitee Freiburg, der Chile-Flüchtlingshilfe, Amnesty-International, Aktion Dritte Welt, der ESG, dem Komitee gegen die Repression in Argentinien und zahlreichen Chile-Flüchtlingen getragen. Ziel war die Solidarität mit dem Kampf des chilenischen und argentinischen Volkes gegen die Miliärjuntas, und die Anklage gegen deren Unterstützung durch die BRD.

Die einzelnen Veranstaltungen waren gut besucht:
- 1.500 Menschen nahmen an einem Kulturabend teil, den chilenische Flüchtlinge aus ganz Baden-Württemberg gestalteten.
- 100 Menschen besuchten die Argentinien-Veranstaltung.
- 400 Menschen besuchten die Chile-Veranstaltung mit einem Vertreter des CUT.
- Auf einer weiteren Veranstaltung berichtete ein westdeutscher Augenzeuge über den Aufbau der Volksmacht im Gesundheitswesen unter der UP-Regierung.
- Den Abschluß bildete ein Konzert des bekannten uruguayischen Sängers Daniel Viglietti vor 850 Besuchern, dessen Erlös der Chile-Solidaritätsarbeit zugute kommen soll.

Ein schöner Erfolg wurde auch das gesamte Sammlungsergebnis mit knapp 7.000 DM (einschließlich Konzerterlös), das teils Familien in Chile, die politisch und wirtschaftlich unterdrückt sind, teils der weiteren Solidaritätsarbeit zur Verfügung gestellt werden soll.

Nach einem Bericht des Freiburger Chile-Komitees

Afrika-Veranstaltung in Süddeutschland

Eine Reihe kleinerer Afrika-Filmveranstaltungen führten wir Ende April/Anfang Mai in Gießen, Marburg, Rastatt, Pforzheim, Bad Bergzabern, Heidelberg, Karlsruhe und Darmstadt durch. Die Veranstaltungen wurden zwischen zehn (Rastatt) und jeweils 40 (Marburg und Heidelberg) Leuten besucht. Die geplante Veranstaltung in Tübingen haben wir wegen einer gleichzeitig dort geplanten Veranstaltung zum Tod von Ulrike Meinhof fallengelassen. Gezeigt wurde der Angola-Film „11. November". Insgesamt wurden 344,55 Mark gesammelt, von denen 50,– Mark an die Jugendorganisation der SWAPO, der Rest an die MPLA gehen soll.

Offener Brief an LOTTA CONTINUA

Liebe Genossen,
zu der folgenden Kritik an Eurer Berichterstattung über die BRD glauben wir uns auf Grund der relativ engen Beziehungen zwischen unseren beiden Organisationen nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Wir sind der Meinung, daß Eure Tageszeitung beständig ein unvollständiges, verzerrtes oder direkt falsches Bild der Klassenkämpfe in unserem Land gibt.

Beispielsweise muß der Leser Eurer Zeitung zweifelsohne zu dem Schluß kommen, daß die mit Abstand bedeutendste Organisation der westdeutschen revolutionären Linken die ‚RAF' (‚Rote Armee Fraktion') ist, an zweiter Stelle gefolgt von der „Gruppe 2. Juni". Daneben erfährt der Leser über „autonome" Kämpfe der Arbeiterklasse, die sich anscheinend schon seit Jahren immer mehr radikalisieren, ohne daß – unbegreiflicherweise! – die Sache so recht vom Fleck kommt. **Insgesamt ist die Berichterstattung über die BRD – gemessen an der recht umfangreichen Auslands-Berichterstattung Eurer Zeitung – ziemlich unvollständig und unregelmäßig.** Folgende Aufstellung soll das verdeutlichen:

Wir haben die uns vorliegenden 86 Ausgaben Eurer Tageszeitung zwischen dem 3. Januar und dem 15. Mai durchgesehen. Wir fanden: Vier Artikel zum Tod von Ulrike Meinhof (an vier aufeinander folgenden Tagen), vier Artikel zum Druckerstreik, sowei einen Artikel zur Niedersachsen-Wahl, einen zur Europa-Debatte im Bundestag, einen allgemeineren Artikel (Wirtschaftslage, Repression, Außenpolitik, e i n Absatz über die westdeutsche Arbeiterbewegung) sowie (am 6. 1.) unser Kommuniqué zum Tode des Hamburger Genossen G. Bruns, der in Portugal von der Polizei bei einer Demonstration erschossen wurde. Insgesamt zwölf Artikel an 86 Tagen!

Ein gleiches oder sogar noch deutlicheres Bild zeigt sich für das letzte Jahr. Nach den uns vorliegenden Ausgaben (nicht ganz vollständig) beschäftigten sich 1975 zehn Artikel ausschließlich mit dem ‚RAF'-Hauptprozeß in Stammheim, ein weiterer mit dem Prozeß gegen Ronald Augustin. Vier Artikel hatten die Verhaftung und Haftbedingungen von Karl-Heinz Roth zum Gegenstand. Zwei Artikel galten der Lorenz-Entführung, einer der Aktion gegen die BRD-Botschaft in Stockholm. Je ein Artikel beschäftigte sich mit der Einschränkung der Verteidiger-Rechte und einer Polizei-Razzia nach „Terroristen". Ein Artikel meldete den Tod eines (nicht politischen) Häftlings im Knast, wobei wiederum auf die Situation der politischen Gefangenen eingegangen wurde. Eine zweiteilige Artikelfolge schilderte den BRD-„*Staat der Gewalt*", wobei abgesehen von einem guten Überblick über die Repressions-Gesetze seit 1968 wiederum die ‚RAF' und der Stammheimer Prozeß im Vordergrund standen. Zwei Artikel hatten die Berufsverbote zum Gegenstand. Der eine schilderte den Fall einer Hamburger Lehrerin, die als angebliche KB-Sympathisantin aus dem Schuldienst entlassen wurde; der zweite landete gleich wieder bei der ‚RAF' und Karl-Heinz Roth. Ein weiterer Artikel behandelte den Ausbau der westdeutschen Polizei. Außerdem wurde in zwei der erwähnten ‚RAF'-Artikeln auch die Inhaftierung von vier KBW-Funktionären erwähnt, in einem anderen die Durchsuchung mehrerer linker Verlage.

Vier Artikel beschäftigten sich mit dem Metaller-Streik (Februar '75), vier mit sonstigen („autonomen") Arbeiterkämpfen. Dazu je ein Artikel über Fahrpreis-Demonstrationen und eine Chile-Demonstration in Frankfurt, zwei zum Kampf gegen den § 218 (Februar '75). Fünf Artikel beschäftigten sich mit Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen und allgemeiner Wirtschaftslage, zwei mit der Situation der ausländischen Arbeiter, je einer mit dem Mannheimer SPD-Parteitag, DGB-Kongreß in Hamburg, CDU, 17. Juni (ein ziemlich peinlicher Artikel, in dem der 17. Juni als „*von der Arbeiterklasse geführter Volksaufstand*" gefeiert wurde!), Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Treffen zwischen Arbeitern von Fiat und KHD sowie einer gemeinsamen Veranstaltung von KB und Lotta Continua in Hamburg.

Wir haben das einmal so relativ detailliert aufgelistet, um die Schwerpunkte Eurer Berichterstattung zu verdeutlichen: 23 Artikel allein zur ‚RAF', 13 zu Massenaktionen im weitesten Sinn. Da scheinen uns einfach die Proportionen nicht mehr zu stimmen!

Daß Ihr relativ breit über die Repression in der BRD berichtet, ist gut. Aber fast immer landet Ihr bei der ‚RAF'. Entschieden zu kurz kommen dagegen Berufsverbote, politische Entlassungen in Betrieben (dazu fanden wir nichts!), Gewerkschaftsausschlüsse (zweimal beiläufig mit einem allgemeinen Satz erwähnt) oder Repression gegen kommunistische und andere linke Organisationen (abgesehen von einer zweimaligen Erwähnung des KBW).

Eure Herangehensweise ist für uns nur zu verstehen als totale Verachtung gegenüber den Ansätzen kommunistischer und proletarischer Organisierung in der BRD. Diese scheint es für Euch – zumindest in Eurer Berichterstattung – kaum zu geben. Beispielsweise habt Ihr kein Wort verloren über die Rolle der Linken im Kampf gegen den § 218. In einem der beiden Artikel zu diesem Thema sprecht Ihr nur ganz allgemein von einer „*Antwort der Frauen*", im zweiten (der eine Demonstration in Frankfurt behandelt) erwähnt Ihr Euch selbst als einzige teilnehmende Organisation! Dasselbe gilt für den Bericht über die Chile-Demonstration!! Ansonsten finden wir eine Verherrlichung „autonomer" Arbeiterkämpfe, insbesondere „wilder Streiks". Beispielsweise über die Metallerstreiks im Februar 1975: „*Die Gewerkschaft ist nackt, die Arbeiterklasse ist stark*" (5.2.); „*Die Kampfbereitschaft explodiert*" (6.2.); „*Jetzt ist der Moment gekommen, wo die Arbeiter die Möglichkeit sehen, ihre Kämpfe auszudehnen*" (6.2.); „*Am meisten Angst vor der Auseinandersetzung in der Fabrik hat heute die Gewerkschaft: Ihre ganze Linie der Klassenzusammenarbeit und der Mitbestimmung gerät in die Krise*" (9.2.). Hierbei irrt Ihr Euch außerdem mitunter gewaltig, wenn Ihr beispielsweise schreibt, die Drucker hätten „*mit ihrer Kampfkraft und ihrer massenhaften Beteiligung den Ton aller* (!!) *gewerkschaftlichen Demonstrationen*" am 1. Mai dieses Jahres „*diktiert*" (7.5.76). Dafür erwähnt Ihr dann über die organisierte Linke, die nämlich i n d e r T a t das Bild der meisten größeren Demonstrationen am 1. Mai wesentlich geprägt hat, nur in einem Nebensatz, daß Polizei gegen sie eingesetzt wurde.

Ihr habt in den vergangenen anderthalb Jahren, für die wir Eure Tageszeitung einmal durchgegangen sind, tatsächlich k e i n e n Artikel gebracht, in dem etwas über die Rolle der revolutionären Linken in den Klassenkämpfen zu lesen wäre (abgesehen von Erwähnungen Eurer eigenen Organisation), geschweige denn, daß Ihr jemals über Differenzierungen zwischen verschiedenen Organisationen etwas geschrieben hättet!! Es ist unter solchen Bedingungen kein Wunder, daß manche Genossen in Italien ernsthaft meinen, in der BRD sei, abgesehen von der ‚RAF' und ähnlichem, „nichts los". Es ist auch kein Wunder, daß beispielsweise die PdUP („il manifesto") solchen Schwachsinn verbreiten kann, die relevanteste Organisation der westdeutschen Arbeiterlinken sei das SB!

Wir erwarten von Euch in Eurer Zeitung wahrlich keine Loblieder auf den KB! Aber Ihr solltet unserer Meinung nach in Eurer Zeitung auch nicht so tun, als gäbe es in unserem Land zwischen „autonomer Arbeiterbewegung und ‚RAF' ... nur ein Nichts! Wir meinen, daß Ihr über die politischen Aktivitäten und Widersprüche der organisierten revolutionären Linken der BRD ruhig gelegentlich einmal berichten solltet. Daß es Euch dazu nicht an Informationen mangelt, sondern daß offenbar bewußte Ignoranz und Verachtung gegenüber der organisierten revolutionären Linken vorliegt, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß Ihr sogar über Vertreter in der BRD verfügt und ja auch selbst den Anspruch stellt, in die westdeutschen Klassenkämpfe politisch einzugreifen und an ihnen teilzunehmen.

Wir sind im Übrigen der Meinung, daß es sich bei Eurer bisherigen Darstellungsweise der Klassenkämpfe in der BRD in Eurer Tageszeitung nicht bloß um Ignoranz handelt, sondern auch um eine politisch falsche Einstellung zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und revolutionären Organisationen. Ihr drückt damit unserer Meinung nach im Grunde eine „spontaneistische" Haltung aus, die Eure Organisation für die Arbeit im eigenen Land schon vor einigen Jahren überwunden hat.

Wir hoffen und erwarten, daß über diese Kritik eine Auseinandersetzung mit Euch möglich ist.

Mit internationalistischen kommunistischen Grüßen

Kommunistischer Bund
AK-Redaktion

„KPD/ML" und Faschisten
Dreister Diebstahl geistigen Eigentums

NATIONALE VERANTWORTUNG

25./5./MAI-JUNI 1976

EHRE DER ARBEIT — FREIHEIT DEM VOLKE

Kampfschrift für Wahrheit und Recht

Die Mauer muss weg!

VOLKSSOZIALISTEN IM EINSATZ

Nationale Solidaritätsgrüße zum 1. Mai sandten am 20. April 1976 volkssozialistische Einsatztruppe über die Mauer nach Ost-Berlin.

Insgesamt wurden ca. 70 Ballons mit je 100 Grußadressen gestartet. Der lebhafte Wind trieb die mit Helium gefüllten Ballons bis in die Randgebiete Ost-Berlins.

Ein Kamerad berichtet:
"Ich stieg auf den Hochstand in der Bernauerstraße, um die Ostseite zu beobachten; währenddessen ließ mein Kamerad L. ein Bündel Ballons steigen. Hinter der Mauer sah ich einen gelangweilten Vopo stehen. Als er die Ballons über die Mauer steigen sah, erstarrte er zur Salzsäule und sah gebannt nach oben. Dann rannte er wie von der Tarantel gestochen zu einer Telefonsäule und führte aufgeregt ein längeres Gespräch.



Die Ballons mit den Flugblättern der Partei fliegen über die Mauer.

Nach etwa 5 Minuten tauchten auf unserer Seite westberliner Polizisten auf. Sie "suchten offensichtlich etwas". Wir zogen uns zurück und beobachteten das Ganze aus einiger Entfernung.

Wenige Minuten nach dem Auftauchen der westberliner Polizei kamen plötzlich zwei vollbesetzte französische Militärfahrzeuge angerast. Die französischen Soldaten sprangen aus dem Wagen; ein Teil stieg auf den Hochstand und suchte offensichtlich nach den Luftballons bzw. nach denen, die sie gestartet hatten (Die Bernauerstraße gehört zum französischen Besatzungssektor.). Doch sie sahen weder das eine noch das andere..."

Soweit der Bericht unseres Kameraden; an vier weiteren Stellen der Mauer sah es ähnlich aus.

Wir hoffen, daß zumindest einige dieser Flugblätter in die richtigen Hände gelangten und sehen darin einen Anfang und einen Erfolg, der uns alle anspornen muß, den Kampf für den Sturz der terroristischen Kreml-Clique und ihrer Marionetten in Ostberlin voranzutreiben. Die unterdrückten Menschen im Ostblock (nicht nur in Mitteldeutschland) brauchen unsere tatkräftige Unterstützung.

Vorwärts, Volksgenossen, daß die richtungweisenden Worte unseres Vorsitzenden Holtz bald Wirklichkeit werden:

"Eines Tages werden die Revolutionäre hüben und drüben den Eisernen Vorhang niederreißen und sich die Hände reichen.

Dies ist nicht nur die Geburtsstunde eines neuen Deutschlands, sondern auch der Neubeginn einer Epoche des Volkssozialismus in einem freien und einigen Europa der Völker.

Jenseits von den antiquierten Ideologien des liberalistischen Monopolkapitalismus und des bolschewistischen Staatskapitalismus wird es Frieden geben – in den Völkern und unter den Völkern!"

Wir dokumentieren hier im Faksimile zwei Artikel zum gleichen Thema: der eine stammt aus dem „Roten Morgen" (Zentralorgan der „KPD/ML"), vom 30. August 75 und der andere aus „Nationale Verantwortung" („Kampfschrift" der „Nationalrevolutionären Bewegung V S D P"), vom 25.5. (Mai-Juni) 1976.

B e i d e Artikel sind mit der Überschrift *„Die Mauer muß weg!"* aufgemacht. B e i d e Artikel berichten fast wortidentisch von einer „Aktion" an der *„Mauer"* auf Westberliner Seite, wobei Flugblätter mit Hilfe von kleinen Ballons nach *„Ostberlin"* geschickt wurden.

B e i d e Artikel illustrieren ihre Schilderung mit demselben Bild und derselben Unterschrift (*„Die Ballons mit den Flugblättern der Partei fliegen über die Mauer"*) ...

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 35 vom 30. August 1975 — 9. Jahrgang — 50 Pfennig

... durch die proletarische Revolution zu stürzen und so die Quelle des imperialistischen Krieges und damit den imperialistischen Krieg selbst aus der Welt zu schaffen.

Die Mauer muss weg!

Anläßlich des Mauerbaus am 13. August 1961 in Berlin ließen wir in diesem Jahr am 14.-17. August Luftballons mit Flugblättern von Westberlin aus über die Mauer steigen. Insgesamt starteten wir ca. 70 Ballons, wovon jeder 12 Flugblätter in sich trug. Wir paßten günstigen Wind ab, so daß die mit Heliumgas gefüllten Ballons über Wohngebiete in Ostberlin schwebten. Auf den Flugblättern war ein Gedicht gegen die modernen Revisionisten der „S"ED gedruckt und in einem Brief wurde die Partei der Bevölkerung der DDR vorgestellt.

Nun kurz ein Erlebnis hier aus der Bernauerstraße. Ich ging auf einen Hochstand, wie sie hier in Westberlin entlang der Mauer aufgestellt sind für Touristen usw. während unten ein anderer Genosse ein Bündel Ballons steigen ließ. Hinter der Mauer stand ein Vopo, gelangweilt mit verschränkten Armen. Plötzlich stand er wie eine Salzsäule und starrte nach oben, als er die Ballons über die Mauer kommen sah. Wie von der Tarantel gestochen rannte er dann los zur nächsten Telefonsäule. Es ist dort eine Straßenbahnendstation und es warten sehr viel Leute auf der Straße, sie sahen die Ballons, sie sahen die Panik der Vopos, ihre Angst vor diesen Flugblättern. Nach etwa 5 Minuten kamen hier auf Westberliner Seite Polizisten und suchten offensichtlich nach etwas. Wir zogen uns zurück und beobachteten das Ganze aus einiger Entfernung. Plötzlich kamen zwei vollbesetzte französische Militärfahrzeuge angerast, hielten vor dem Hochstand, die Besatzung sprang aus dem Wagen, ein Teil stieg auf den Hochstand offensichtlich auf der Suche nach den Luftballons, und denen, die sie gestartet hatten. Doch sie sahen weder das Eine noch das Andere. (Die Bernauerstr. gehört zum französischen Sektor). Wenn einige Flugblätter in Ostberlin in die richtigen Hände gelangen, so ist das ein Erfolg und ein Anfang, der uns anspornen muß, den Kampf für den gewaltsamen Sturz der sozialfaschistischen Machthaber in Moskau und ihrem Vasallenregime in der DDR voranzutreiben und tatkräftig zu unterstützen auf dem Weg zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.



Die Ballons mit den Flugblättern der Partei fliegen über die Mauer.

B e i d e Artikel geben der Hoffnung Ausdruck, daß wenigstens *„einige Flugblätter"* in der DDR *in die richtigen Hände"* gelangen konnten und daß damit ein Beitrag zum Sturz *„der sozialfaschistischen Machthaber in Moskau und ihrem Vasallenregime in der DDR"* („KPD/ML") bzw. *„für den Sturz der terroristischen Kreml-Clique und ihrer Marionetten in Ostberlin"* geleistet worden sei.

Die Artikel u n t e r s c h e i d e n sich voneinander lediglich in der Anrede (die „KPD/ML" spricht von „Genossen"; die faschistische „VSDP" von „Kameraden" und „Volksgenossen") und in der Frage des Zeitpunktes der „Aktion" (die „KPD/ML" will bereits 1975 *„am 14.-17. August Luftballons mit Flugblättern von Westberlin aus über die Mauer"* geschickt haben, während die Faschisten behaupten: *„Nationale Solidaritätsgrüße zum 1. Mai sandten am 20. April 1976 volkssozialistische Einsatztrupps über die Mauer nach Ostberlin"*.

B e i d e beanspruchen jedoch die Urheberschaft für die gleiche „Aktion". Es spricht in diesem Fall alles dafür, daß die Faschisten den Artikel aus dem „Roten Morgen" einfach gut gefunden und abgeschrieben haben:

Immerhin waren die „ML"er damit fast ein Jahr früher auf dem Markt und die Faschisten haben sowohl die Hauptüberschrift als auch das Bild (einschließlich der Unterschrift!) **im Faksimile** übernommen und – wie gesagt – den „Aktionsbericht" fast wortwörtlich abgeschrieben.

Wurde die „KPD/ML" hier also schuldlos Opfer faschistischer Fälschungen? Keineswegs! Schließlich war die „Aktion" der „ML"er jenen Provokationen nachgemacht, die Faschisten, Revanchisten und westliche Geheimdienste vor allem unmittelbar nach dem Bau der „Mauer" (1961) gegen die DDR verübten.

Das haben die Faschisten von der „Nationalrevolutionären Bewegung V S D P" erkannt und deshalb hielten sie sich offenbar auch für berechtigt, die von der „KPD/ML" inszenierte Provokation als die i h r e auszugeben. ●

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

„ML"-Provokateure für Bündnis mit der CDU

Die Gruppe „Marxisten-Leninisten Bochum", zusammen mit den „Marxisten-Leninisten Deutschland" (Frankfurt und Aachen) auf dem rechtsradikalen Flügel der „marxistisch-leninistischen Bewegung" der BRD stehend, ruft zum „Bündnis" mit Junger Union, RCDS u.a. „zu gemeinsamen Gegenaktionen gegen pro-sowjetische und landesverräterische Veranstaltungen" auf. *„Wir müssen mit einem gefährlichen Ungeheuer kämpfen und wir müssen bereit sein, uns auch mit dem Teufel zu verbünden, wenn es dem Kampf gegen den Sozialimperialismus nützt"*.

Insbesondere wollen die „ML Bochum" *„auf die Organisierung einer antisowjetischen (!) Massendemonstration hinarbeiten"*, wenn in diesem Jahr Breschnew die BRD besucht. *„Die Vorbereitung und Teilnahme an dieser Demonstration muß allen patriotischen, antisowjetischen Kräften, einschließlich solcher aus dem Lager der Konservativen, offenstehen. Wir werden in den nächsten Wochen mit konkreten Vorschlägen an verschiedene Organisationen herantreten"*. –

Darauf darf man gespannt sein! An welche „Bündnispartner" gedacht wird, deutet sich in folgendem Satz an: *„Teile der Bourgeoisie haben viel besser als viele Marxisten-Leninisten die Veränderungen der Lage in der Welt begriffen und bemühen sich in bestimmten Fragen um die Entwicklung einer antisowjetischen öffentlichen Meinung"*. Lobend genannt werden in diesem Zusammenhang der „Bayernkurier" von Strauß, Löwenthal, die Junge Union ... aber auch der Juso-Bundesvorstand wegen seiner Kampagne für politische Gefangene in der CSSR.

Forderungen der „ML Bochum" sind dabei u.a.: „Gegen Abrüstungstendenzen in Politik und Öffentlichkeit", „Stärkung der Landesverteidigung durch weiteren Ausbau der Bundeswehr", „Schonungslose Enthüllung und restlose Beseitigung aller Landesverräter und Kapitulanten aus leitenden Positionen in Politik, Wirtschaft, Gewerkschaft, Massenmedien und Öffentlichkeit", aber neuerdings auch „Für die Verteidigung des privaten Eigentums gegen den sowjetischen Staatskapitalismus".



Daß diese rechtsradikale Bande außer der „Peking Rundschau" auch die Schriften des sowjetischen „Regimekritikers" S a c h a r o w zur Lektüre empfiehlt (wo bleibt Solschenizyn?!), ist kaum verwunderlich. Außerdem appellieren sie mit Parolen wie „Einigkeit, Recht und Freiheit" oder Hetze gegen „die Russen" unverhohlen an schlimmste nationalistische Rückständigkeiten.

Von den „Marxisten-Leninisten Deutschland" (MLD) wurde inzwischen bekannt, daß sie Gespräche mit der VSDP, einer „nationalrevolutionären" („links"-faschistischen) Gruppe aufgenommen haben. Die „Nationale Verantwortung" der VSDP veröffentlichte einen „Diskussionsbeitrag" der MLD.

Isolierte Spinner?

Sind „ML Bochum", „MLD" oder auch die ihnen nahestehende rechtsradikale Düsseldorfer „ML"-Gruppe „Alle Wege ..." isolierte Spinner, die mit dem Rest der sogenannten „marxistisch-leninistischen Bewegung", d.h. vor allem „KPD/ML", „KPD" und KBW, nichts zu tun haben? Dies anzunehmen, wäre eine Illusion!

Beispielsweise sprach sich „KPD/ML"-Chef Aust schon in seiner berüchtigten „Kieler Rede" („Roter Morgen", 5.4.75) für die *„Organisierung einer breiten Einheitsfront"* aus, die *„alle Klassen, Schichten, Parteien, Organisationen und Individuen zusammenschließt, die im Widerspruch zu den beiden Supermächten stehen, im Widerspruch zur Monopolbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften, die die Interessen der Nation verraten"*. In diesem Zusammenhang erklärte Aust ausdrücklich auch eine Zusammenarbeit mit „einigen kleineren nationalistisch beeinflußten Gruppen, die von sich behaupten, auch gegen die zwei Supermächte zu sein" (d.h. mit den „Nationalrevolutionären"), für möglich. – Daß die „KPD/ML" diesen klaren Worten bis heute – zumindest öffentlich – keine Taten folgen ließ, beweist wohl kaum, daß Aust & Co. nicht grundsätzlich zu einem solchen „Bündnis", wie es „ML Bochum" und „MLD" schon ganz offen propagieren, bereit wäre.

Erinnert sei auch daran, daß die „KPD/ML" zum „Roten Antikriegstag" (1. September) eine „Aktionseinheit" nicht bloß mit der „KPD", sondern auch ... mit den „ML Bochum" sowie „ML Aachen" und „ML Frankfurt" (heute „MLD") einging. Diese „Aktionseinheit" wurde von der „KPD/ML" damals als „grosser Erfolg für die Bewegung gegen den imperialistischen Krieg und für die wachsende Kampffront gegen die beiden Supermächte" gefeiert („RM", 9.8.75). „KPD/ML", „KPD" u n d die „ML" Frankfurt, Aachen und Bochum gaben einen gemeinsamen Aufruf heraus, in dem eine *„breite Einheitsfront"* aller *„fortschrittlichen und patriotischen (!) Kräfte, Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten"* gegen die „beiden Supermächte" gefordert wurde („RM", 16.8.75).

Nachdem die „ML" Frankfurt, Aachen und Bochum auf dem „Roten Antikriegstag" in provokatorischer Weise unter der Parole des „B u r g f r i e d e n s" aufgetreten waren (die Parole des „Sozial"-chauvinismus der SPD im ersten Weltkrieg), hielt es die „KPD/ML" für klüger, sich zu distanzieren. Obwohl lange vorher schon die Anschauungen dieser ultra-rechten Provokateure wohlbekannt waren (wir haben im AK wiederholt darüber berichtet), erklärte die „KPD/ML" mit gespielter Naivität, *„diese Leute"* hätten sich *„in die Aktionseinheit eingeschlichten"*, *„indem sie ihre offen reaktionären Anschauungen verheimlichten"* („RM", 6.9.75).

Nicht aus politisch-ideologischer Prinzipienfestigkeit hat die „KPD/ML" sich derzeit von „diesen Leuten" und von den von Aust anvisierten „nationalistisch beeinflußten Gruppen" abgegrenzt, sondern wegen der eisigen Ablehnung, auf die sie mit ihrer Politik der o f f e n e n Vaterlandsverteidigung bei allen fortschrittlichen Menschen gestoßen ist – wozu nicht zuletzt die Arbeit des Kommunistischen Bundes beigetragen hat.

Noch deutlicher ist die Nähe der „KPD" zu den „MLD" und „ML Bochum". Es sei nur daran erinnert, daß die „KPD" engste Beziehungen zur portugiesischen „PCP/ML" unterhält. Die „PCP/ML" hat beispielsweise den Rechtsputsch vom 25. November begeistert begrüßt. Sie hat sogar eine Verschärfung der Repression gegen die „Sozialfaschisten" (die revisionistische PCP) und gegen die angeblich „pro-sozialfaschistischen" Gruppen (die gesamte revolutionäre Linke, einschließlich der „marxistisch-leninistischen" PCP(R)/

Fortsetzung auf Seite 42

Forts. von S. 41

UDP) gefordert. Sie hat die Verhaftung von mehr als 100 fortschrittlichen Militärs begrüßt, und lediglich bedauert, daß einige „große Fische", wie PCP-Chef Cunhal, nicht auch verhaftet wurden. Die „PCP/ML" hat zunächst die PS von Mario Soares unterstützt, sie hat erklärt, daß es gut für Portugal sei, eng mit der EG zusammenzuarbeiten. Später distanzierte sich die „PCP/ML" von der PS, wegen deren „halbherziger", „kapitulationistischer" (!) Haltung gegenüber der PCP. Danach orientierte sich die „PCP/ML" auf ein Bündnis mit der rechtsstehenden PPD. Mit deren Jugendorganisation unterzeichnete die „PCP/ML" einen gemeinsamen Aufruf, in dem die portugiesische Regierung aufgefordert wurde, die VR Angola nicht anzuerkennen. Die „PCP/ML" bejubelte den klerikalfaschistischen, antikommunistischen Terror in Nordportugal als eine gerechte Massenbewegung und beteiligte sich selbst an faschistischen Terrorakten.

Die Politik der „PCP/ML" wurde von der „KPD" ständig in der „Roten Fahne", Flugblättern und Veranstaltungen massiv unterstützt. Den „ML Bochum" ist darum Logik nicht abzusprechen, wenn sie schreiben: *„Die PCP/ML hat den Schritt des Bündnisses mit bürgerlichen Kräften gegen den Hauptfeind gemacht und sich dafür die ehrenvolle Feindschaft der fünften Kolonnen und der ‚Ultra'linken eingehandelt. Die KPD hat den Mut gehabt, in dieser wichtigen Frage gegen die Strömung zu kämpfen und hat das Bündnis von PCP/ML und Soares unterstützt. Sie muß auch den Mut haben, in der BRD für das notwendige Bündnis mit Leuten wie Leber und Strauß zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit einzutreten!"*.

Da ist was dran! ... Verkündete die „KPD" doch auch in der „Rede des ZK" zum 1. Mai dieses Jahres wieder: Die Arbeiterklasse müsse sich *„breit verbünden mit national und patriotisch gesinnten Kräften, mit allen, die für wahrhaften Frieden, nationale Unabhängigkeit und Demokratie eintreten"* („Rote Fahne", 5.5.76).

Die „KPD" hat am konkreten Beispiel Portugals offen Partei für die Konterrevolution, für das „Bündnis" mit den rechtsbürgerlichen Parteien, für die Unterdrückung der revolutionären Linken und der fortschrittlichen Militärs ergriffen. Dies wurde von „KPD/ML" und KBW nur halbherzig kritisiert. Der KBW ließ sich davon nicht abhalten, die „KPD" t r o t z d e m zum Bestandteil der von KBW-Chef Schmierer kreierten „marxistisch-leninistischen Bewegung" der BRD zu rechnen – als wäre die Politik des „Sozial"-chauvinismus und der Pakt mit der Konterrevolution eine abweichlerische Strömung i n n e r h a l b des Marxismus-Leninismus!!

Die „KPD/ML" hat erklärt, daß sie die „KPD" als die ihr am nächsten stehende Organisation betrachtet (Aust, „RM", 5.7.75). Die „KPD/ML" ging gegenüber der „KPD" offen auf Vereinigungskurs.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die „MLD", „ML Bochum" und „Alle Wege ..." Düsseldorf keine isolierten Spinner, sondern die Spitze eines reaktionären Eis„berges" namens „marxistisch-leninistische Bewegung" sind. Die „KPD" und die „KPD/ML" bekennen sich im Prinzip gleichfalls zum Bündnis mit sogenannten „patriotischen" und „national gesinnten" bürgerlichen Kräften. Die „KPD" hat die Praktizierung dieser Politik durch die „PCP/ML" voll unterstützt. Die „KPD/ML" betreibt ihrerseits eine Vereinigungspolitik gegenüber der „KPD". Und der KBW, der durch seinen scheinbar gemäßigteren und nicht ganz so hirnlosen Kurs eine gewissen „Massen"-basis beeinflußt (was den Sektierern von „KPD" und „KPD/ML" versagt bleibt), spielt die „linke" Flankendeckung, indem er diesen konterrevolutionären Schrotthaufen zum Bestandteil seiner „marxistisch-leninistischen Bewegung" erklärt. Die Verantwortung der Schmierer, Maier & Co. ist darum nicht geringer als die der Aust, Horlemann und Semmler! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KBW wirbt für „KPD/ML"

Wiederholt haben AK-Verkäufer berichtet, daß sie beim Verkauf des AK von KBW'lern zu hören kriegten: „Nein, wir lesen nur die ‚KVZ' und den ‚Roten Morgen'!"

Welche Formen diese Kumpanei inzwischen angenommen hat, demonstriert die nebenseitig abgebildete Anzeige. Es handelt sich dabei um die Rückseite einer Broschüre, die von der KBW-nahen „Initiative gegen den § 218" in Uelzen (Niedersachsen) herausgegeben wurde.

LESEN SIE DIE

kommunistische volkszeitung



Lesen Sie



Ein Genosse erlebte am 1. Mai in Hamburg folgende gleichfalls bezeichnende Szene: Ein „KVZ"-Verkäufer wurde von einem Typen (Trotzkist oder etwas in diese Richtung) angesprochen, warum der KBW mit der „konterrevolutionären KPD/ML" zusammenarbeite. Der „KVZ"-Verkäufer ganz empört: „Die KPD/ML ist überhaupt nicht konterrevolutionär. Beweis mir das mal!" Daraufhin führte der Typ eine Reihe von Hämmern aus dem „Roten Morgen" an. Vaterlandsverteidigung etc. – Darauf der „KVZ"-Verkäufer noch empörter: „Stimmt nicht! Die KPD/ML hat ihre Politik korrigiert". Er setzte sich dann noch weiter sehr wortreich ein, um zu beweisen, daß die „KPD/ML" zur „marxistisch-leninistischen Bewegung" gehöre.

Während in der „KVZ" schon lange keinerlei Kritik an der „KPD/ML" mehr zu finden ist, wird „an der Basis" offenbar kräftig mit der „KPD/ML" gekunkelt. Wer hierbei den kürzeren ziehen wird, dürfte feststehen. Wir haben jedenfalls noch nicht davon gehört, daß bei der „KPD/ML" nun etwa auch die „KVZ" gelesen und angepriesen würde...! ●

Schläger-Methoden

KBW-Führung will sich vor der Veranwortung drücken

Am 24. April wandte sich das LG des Kommunistischen Bundes mit einem Offenen Brief an die Führung des KBW (siehe AK 79, S. 45). Anlaß waren Gewalttätigkeiten von KBW-Mitgliedern gegen Genossen des KB, die vor KBW-Veranstaltungen unsere Publikationen anboten. In dem Offenen Brief wurde die KBW-Führung aufgefordert, solche Vorfälle zukünftig zu unterbinden und mit uns übereinzustimmen, daß der wechselseitige Verkauf unserer Publikationen auf Veranstaltungen der anderen Organisation ungehindert möglich sein muß, sofern er den Ablauf der Veranstaltung selbst nicht stört.

Die Führung des KBW ist auf diesen Offenen Brief bis heute eine Antwort schuldig geblieben. Sie will sich offenbar aus der Verantwortung
Antwort schuldig geblieben. Sie will sich offenbar aus der Verantwortung
stehlen, indem sie es den einzelnen Ortsgruppen des KBW überläßt, ob sie auf ihren Veranstaltungen unsere Genossen tätlich angreifen oder dulden wollen. Dieses Verhalten der KBW-Führung verrät Feigheit und Verantwortungslosigkeit. Denn, wie es in unserem Offenen Brief an die KBW-Führung hieß: *„Es kann Euch, bei aller Unvernunft, die Ihr häufig in Eurer Politik an den Tag legt, doch letzten Endes nicht unklar sein, welche Konsequenzen sich ergeben würden, wenn sich die beiden bedeutendsten nicht-revisionistischen linken Organisationen unseres Landes, KBW und KB, auf eine Eskalation von Gewalttätigkeiten gegeneinander einlassen würden, die zweifellos kaum bei Prügeleien während unserer Veranstaltungen stehen bleiben würden"*.

Das Schweigen der KBW-Führung hierzu ist auch Ausdruck der inneren Widersprüche, die in dieser Frage im KBW bestehen. Diese Frage wird von Ort zu Ort völlig unterschiedlich beantwortet: Während in manchen Städten die KBW-Ortsgruppen anscheinend bestrebt sind, es mit hirnlosen und fanatischen
gruppen anscheinend bestrebt sind, es mit hirnlosen und fanatischen
Prügeleien der DKP gleichzutun, wird an anderen Orten der Verkauf unserer Publikationen auf KBW-Veranstaltungen einigermaßen geduldet. Bezeichnend ist, daß sich auf einer KBW-Veranstaltung in Göttingen sogar M. Fochler, Mitglied des ZK des KBW, dafür aussprach, unsere Genossen nicht am Verkauf unserer Publikationen zu hindern.

Ob Feigheit oder innere Widersprüche – wir werden die KBW-Führer jedenfalls nicht aus der Verantwortung entlassen, aus der sie sich leichtfertig herausmogeln möchten. Jetzt ist es notwendig, überall noch breiter mit dem Offenen Brief des LG zu arbeiten, gegebenenfalls in Verbindung mit örtlichen Vorfällen (Der Offene Brief paßt auf eine Flugblattseite, so daß die Rückseite für ortliche Besonderheiten verwendet werden könnte.) Es ist notwendig, die örtlichen KBW-Führer in ihren Büros, auf ihren Veranstaltungen usw. zu eindeutigen Stellungnahmen aufzufordern und diese Stellungnahmen, bzw. das Schweigen der KBW-Führer, wiederum bekannt zu machen.
der KBW-Führer, wiederum bekannt zu machen.

Es gilt, verstärkt in der jetzt beginnenden Bundestagswahl-Kampagne, den Kampf für eine ungehinderte politische Auseinandersetzung zu führen. Alle Kräfte, die stattdessen auf gewalttätige Konfrontation aus sind, müssen isoliert und unter Druck gesetzt werden, damit sie ihre schädliche und verbrecherische Politik aufgeben! ●

Hei lücht!

Daß es beim K(r)ampf gegen die „beiden Supermächte" nicht ohne Vergewaltigung der Wahrheit abgeht, ist längst bekannt. Nur mit den Ohren schlackern kann man beispielsweise, wenn man in der „Peking Buntschau" liest, daß die „gerechte Haltung" Zaires zum angolanischen Bürgerkrieg (Zaire unterstützte die pro-imperialistische FNLA!!) „die Sympathie und Bewunderung der Länder der Dritten Welt" gefunden habe.

Einen Rekord an Unverfrorenheit dürfte indessen die vaterländische „KPD" aufgestellt haben. Im Mai-Aufruf ihres „Zentralkomitees" (!) für dieses Jahr stand tatsächlich zu lesen: *„Das Volk Ost-Timors hat sich heldenhaft gegen die Annexion seines Landes, gegen die Einmischung des USA-Imperialismus und* (!!) *sowjetischen Sozialimperialismus erhoben"*.

Dem Volk von Ost-Timor war es bisher ganz sicher nicht bewußt, daß es überhaupt eine sowjetische „Einmischung" dort gibt und daß es dagegen kämpft. Aber offensichtlich ist kein noch so heldenhaftes Volk davor sicher, daß es irgendwo auf der Welt ein paar Schwachköpfe gibt, die seinem Kampf höchst „eigenwillige" Interpretationen unterlegen, um ihre wirklichkeitsfremden Thesen zu „beweisen". ●

Pack schlägt sich und Pack verträgt sich

Zwischen „Himmelhoch jauchzend" und „Zu Tode betrübt" hat die Romanze zwischen den Vaterlandsverteidigern von „KPD" und „KPD/ML" in den letzten Monaten alle Höhen und Tiefen durchlitten: Vom **„steht uns politisch am nächsten"** („ML"-Chef Aust im „Roten Morgen" vom 5.7.76) zum **„dann können die uns kreuzweise"** (Aust im „RM" vom 20.3. 1976) bewegte sich diese „Lovestory".

Ging dann am 1. Mai zwischen den beiden widerspenstigen Partnern alles ziemlich schief (die schon unterzeichnete Aktionseinheit brach wenige Stunden später auseinander), so gab es jetzt kürzlich zur Abwechslung wieder einen *„wichtigen Schritt vorwärts im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten"* („Rote Fahne" der „KPD" vom 26.5.76). Die *„1. Phase der Beratungen"* zwischen „KPD" und „KPD/ML", die im November 1975 begann, wurde jetzt mit einem gemeinsamen Kommunique als Krönung abgeschlossen. Dieses Kommuniqué hält *„in wichtigen Fragen Übereinstimmung"* fest, sowie *„unterschiedliche Auffassungen in einigen wichtigen Fragen"* (Beilage zum „RM" vom 29.5.1976).

Das gemeinsame Kommunique verliert kein Wort über konkrete Fragen des Klassenkampfes in der BRD und über die verschiedenen Differenzen, die im letzten Jahr zwischen „KPD" und „KPD/ML" geräuschvoll ausgetragen wurden.

Wo das Kommuniqué „unterschiedliche Auffassungen" festhält, indem es Standpunkte beider Gruppen parallell nebeneinander stellt, ist in der Regel in Wahrheit überhaupt kein Unterschied festzustellen, außer in der Anordnung der Worte. Das Kommuniqué ist in soweit ein totaler Langweiler mit den üblichen „ML"-Pflichtübungen (*„Ringen der Supermächte"*; der *„Sozialimperialismus ist die aufstrebende, aggressivere der beiden Supermächte"*), der sich gegenüber den sonstigen Kissenschlachten zwischen „KPD" und „KPD/ML" ziemlich bläßlich ausnimmt.

Einzig bemerkenswert in dem ganzen Schmus ist die Tatsache, daß nirgendwo die These der „KPD/ML" in dem Kommuniqué auftaucht, daß ihr Hauptfeind der BRD-Imperialismus (und nicht der Sozialimperialismus) sei. Gerade diesen Punkt hatte die „KPD/ML" in den letzten Monaten als angeblich entscheidende Meinungsverschiedenheit zur „KPD" herausgeputzt. Stattdessen heißt es nun in dem Kommuniqué als v e r e i n h e i t l i c h t e Meinung: *„In den kapitalistischen Ländern, die der Kontrolle der einen oder anderen Supermacht unterstehen oder die sie ihrer Kontrolle zu unterwerfen versuchen, müssen Arbeiterklasse und Werktätige ihren Kampf in erster Linie* (!!) *gegen die eine oder andere oder beide Supermächte richten, dann aber auch* (!) *gegen die Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verkaufen"*. – Kein Wunder, daß die „KPD" in ihrem Kommentar zu den „Beratungen" gerade über diese Passage am meisten triumphiert.

Irgendeinen bleibenden Wert hat dieses ganze Getue und Geschmuse mit wechselnden „Hauptfeinden" und den ständigen „wichtigen Schritten vorwärts (und wieder rückwärts!) im Kampf um die Einheit" nicht.

Bei diesem Spiel gewinnt am Ende der gerissenste Gauner und skrupelloseste Betrüger. Im Moment scheint die „KPD" mal wieder einen Punkt gutgemacht zu haben. ●

Samora Machel kontra KBW

Vor über einem Jahr – im Februar 1975 – hatte der KBW in seinem Zentralorgan „Kommunistische Volks-Zeitung" („KVZ") einen Artikel veröffentlicht („Die Supermächte verstärken die Unruhe im Indischen Ozean"), dessen wesentliches Anliegen es war, die „sozialimperialistische" militärische Dominanz in diesem Raum zu „beweisen". Hierbei wurden alle herkömmlichen bürgerlichen Fälschungen dankbar „verarbeitet" und durch eigene Erfindungen noch ergänzt. Insbesondere wurde eine, von der erzreaktionären „Frankfurter Allgemeine Zeitung" abgebildete, Landkarte herangezogen, auf der insgesamt neun sowjetische Flottenstützpunkte im Bereich des Indischen Ozeans eingezeichnet waren.

Wir haben damals sowohl die allgemeine Herangehensweise des KBW – Übernahme imperialistischer Berichterstattung – kritisiert, als auch detailliert belegt, daß es sich bei den „Stützpunkten" um reine Erfindungen der imperialistischen Geheimdienste und übereifriger Lohnschreiber handelte. So hatte z.B. eine UNO-Kommission nur einen Stützpunkt in dieser Region ausgemacht; darüber hinaus hatten alle (!) betreffenden Staaten die Existenz sowjetischer Stützpunkte auf ihrem Territorium bestritten und z.T. ausländische Delegationen zum Besuch der Gebiete mit den Geister„stützpunkten" eingeladen (siehe AK Nr. 58).

Zahlreiche Aufforderungen unsererseits, diese Übernahme imperialistischer Märchen zu korrigieren, beantwortete der KBW zunächst monatelang mit Schweigen, um dann im Juli (!) schließlich „prinzipiell" zu antworten. In der „KVZ" vom 17. Juli war zu lesen, daß die Existenz der „Stützpunkte" eben *„allgemein behauptet"* wird (von der bürgerlichen Presse nämlich) und daß es *gleichgültig* sei, ob die Behauptungen stimmen, denn eine *sozialimperialistische Macht* sei die Sowjetunion allemal!

Angesichts der Tatsache, daß gerade die Erfindung sowjetischer „Stützpunkte" und allgemein die Behauptung „kriegstechnischer Überlegenheit" der SU die tragende Säule in der „Begründung" der wahnwitzigen Aufrüstung des Imperialismus sind, werteten wir die Stellungnahme des KBW als Unterstützung der Propagandaarbeit des Imperialismus und als einen Schritt des KBW in Richtung zur offenen Vaterlandsverteidigung.

Anläßlich einiger ausführlicher Aussagen des FRELIMO-Präsidenten Samora Machel wollen wir nochmals den pro-imperialistischen Charakter der KBW-Lügen aufzeigen.

Genosse Machel zur Notwendigkeit einer antiimperialistischen Front der am Indischen Ozean liegenden afrikanischen Staaten:

„Wir meinen, daß jedes fortschrittliche Regime in der Region bereits einen Schutz für die revolutionären Errungenschaften der Nachbarländer darstellt. Auch wenn es sich hierbei nicht um ein revolutionäres Regime handelt, stellt es bereits einen Sieg dar, wenn dort die Kräfte der Konterrevolution zum Schweigen gebracht werden. Das engt den Interventionsbereich des Imperialismus ein. Wir haben bereits hervorragende Beziehungen mit Tansania und Somalia. Mit Madagaskar wollen wir die bereits bestehenden Beziehungen weiterentwickeln und festigen.

Das schafft die Grundlage für eine Koordinierung unserer Politik gegenüber der imperialistischen Aggressivität, die von Tag zu Tag zunimmt. Die Amerikaner, Briten und Franzosen sind über Diego Garcia, die Komoren und die Seychellen (alles imperialistische Stützpunkte – AK) *in ständiger Konsultation, um ihre Präsenz angesichts des sich verstärkenden Anti-Imperialismus zu vergrößern. Um die Vervielfachung ihrer eigenen Basen in der Region besser verschleiern zu können, setzen sie sogar erfundene ‚Skandale' in die Welt, wie im Fall der angeblichen sowjetischen Basen in Somalia"*.

Die „KVZ" hält recht unbekümmert dagegen: *„Die sozialimperialistische UdSSR (verfügt) selber über zahlreiche Stützpunkte und eine starke Flotte im Indischen Ozean. Die Stützpunkte befinden sich u.a. in Somalia ..."* (!!) („KVZ", 30.1.75).

Nach nunmehr 16-monatiger Aufrechterhaltung dieser Lüge verzichten wir auf die Forderung nach einer Korrektur durch die „KVZ". Das ist jetzt wirklich sinnlos geworden. ●

Afrika-Kommission

Eine Million politische Gefangene in der Sowjetunion ?

„In den KZ's und den als ‚psychatrische Sonderanstalten' getarnten Irrenhäusern der Neuen Zaren im Kreml sind über eine Million politische Gefangene eingekerkert", behauptete wiederholt der „Rote Morgen" der „KPD/ML", zuletzt am 3. Januar dieses Jahres.

Was steckt hinter dieser offensichtlichen Falschmeldung, die alle bisherigen Erfindungen der Springer-Presse weit in den Schatten stellt? Offenbar geht diese Zahl zurück auf eine fragwürdige „Schätzung" des *„Internationalen Komitees für die Verteidigung der Menschenrechte in der Sowjetunion"* von Anfang 1973. In dieser „Schätzung" wurde die Gesamtheit der angeblich in Arbeitslagern befindlichen sowjetischen Gefangenen mit *„mehr als eine Million"* angegeben (siehe z.B. „Le Monde", 28.2.73). Das genannte „Komitee" ist erklärtermaßen antikommunistisch und arbeitet mit sowjetischen „Dissidenten" wie Solschenizyn, Sacharow u.ä. zusammen. Nebenbei sei bemerkt, daß das „Komitee" in derselben „Untersuchung" die entsprechende Zahl für die *„Stalin-Epoche"* mit *„12 Millionen oder mehr"* angibt.

Die „Peking Rundschau", die die Zahl von einer Million übernahm, sprach zwar nicht ausdrücklich von politischen Häftlingen, deutete dies jedoch an: *„Alle Menschen in der Sowjetunion, ganz gleich welcher Nationalität, die es wagen, gegenüber der faschistischen Herrschaft der Moskauer neuen Zaren ihre Opposition erkennen zu lassen oder dagegen Widerstand zu leisten, werden in Konzentrationslager eingeliefert und dort physisch und geistig verkrüppelt... Nach verschiedenen Quellen gibt es in der Sowjetunion über 1000 solcher Konzentrationslager mit mehr als einer Million Häftlinge, deren Zahl ständig wächst"* (PR, 9.3.76).

Wie hoch ist nun die tatsächliche Zahl der politischen Gefangenen in der Sowjetunion ? Darüber gibt es von den sowjetischen Behörden keine Statistik bzw. die Existenz politischer Gefangener wird sogar kaltschnäuzig geleugnet. Daher bleibt man auf Schätzungen angewiesen. Eduard Kusnezow, ein sowjetischer Jude (z.Z. in Haft wegen einer Flugzeugentführung) hat 2000 (!) politische Gefangene in der Sowjetunion geschätzt. Der „Regime-Kritiker" Sacharow hat Ende 1974 die Zahl der politischen Gefangenen zwischen 2000 und 10.000 geschätzt (Beide Angaben nach amnesty international, „Politische Gefangene in der UdSSR", Nov. 1975).

Amnesty international selbst schätzt, daß es in der Sowjetunion rund 10.000 *„Gewissensgefangene"* gibt (s.o.). Dieser Begriff schließt außer politischen Gefangenen im weitesten Sinn (z.B. auch jüdische Sowjetbürger, die illegal nach Israel auswandern wollten) auch noch „religiöse Gefangene" ein. Das sind beispielsweise Vertreter von (oft militant antikommunistischen) kleineren Sekten, die etwa ihren Kindern verbotenen „Religionsunterricht" erteilen, u.ä.

Wie man sieht, liegt diese Schätzung von ‚amnesty' schon an der Obergrenze der von Sacharow genannten Zahlen. Sie macht genau 1% (ein Hundertstel!) der vom „Roten Morgen" verbreiteten Zahl aus! Abgesehen von der Glaubwürdigkeit dieser Zahl bleibt auch noch festzuhalten, daß es sich bei den politischen und religiösen Gefangenen größtenteils um Antikommunisten, reaktionäre Nationalisten, Anhänger des zionistischen Staates, Kontaktleute pro-faschistischer Emigranten-Organisationen u.a. handelt.

Warum ist es notwendig, um solche Zahlen zu streiten? Deshalb, weil von Gruppen wie „KPD/ML", KBW u.ä. ein skrupelloses Spiel mit gefälschten und erfundenen Zahlen nicht nur über politische Gefangene in der Sowjetunion, sondern auch über angebliche sowjetische Stützpunkte, über die Stärke der sowjetischen Flotte, über die militärische Stärke der Sowjetunion insgesamt getrieben wird – immer nach der Devise: „So genau kommt's nicht drauf an"! Unabhängig von dem völlig untergeordneten Aspekt, ob sich derartige Gruppen nun gerade offen zu der provokatorischen These „Hauptfeind ist die Sowjetunion" bekennen oder nicht, nützen sie natürlich mit ihrem verlogenen Geschmiere nur der Bourgeoisie und deren Kriegsvorbereitungen. Sie helfen der Bourgeoisie, vom faschistischen und rassistischen Terror in Chile, Südafrika und anderswo abzulenken oder ihn zumindest zu relativieren. Wer kann sich erinnern, jemals in der „Peking Rundschau" einen Artikel über den faschistischen Terror in Chile, über Folter und Mord an ungezählten politischen Gefangenen in Chile gelesen zu haben?!

Wem dient heute die Lüge, in der Sowjetunion gebe es eine *„faschistische Herrschaft, die selbst Hitlers Brutalität noch in den Schatten stellt"*!? Wem dient die ungeheuerliche Lüge: *„Was Gefängnisse, Konzentrationslager und ‚psychatrische Anstalten' anbelangt, so wird auf diesem Gebiet Hitler nicht nur an Zahl, sondern auch an Einfallsreichtum übertroffen"* ?! (Zitate aus ‚Peking Rundschau' 9.3.76). Eine derart haarsträubende und skrupellose Hetzpropaganda dient nur den alten und neuen Nazis, die heute wieder auf faschistischen Terror nach innen und Raubkrieg nach außen hinarbeiten, und die daran interessiert sind, die Sowjetunion so schwarz zu malen, daß Deutschlands faschistische Vergangenheit und ihre eigenen verbrecherischen Absichten sich schließlich geradezu harmlos dagegen ausnehmen.

Diesen Lügen ständig offensiv entgegenzutreten, ist keine Haarspalterei oder Zahlenbuhlerei, womöglich noch den sowjetischen Revisionisten zuliebe, sondern ist Pflicht jedes Kommunisten und Demokraten im Kampf gegen Faschismus und Militarismus. Diesen Lügen entgegenzutreten ist zugleich Bestandteil einer Revisionismus-Kritik, die sich nicht an den Interessen der Bourgeoisie und der Reaktion, sondern an denen der Arbeiterklasse und des Sozialismus orientiert! ●

Antifa-Komission
KB/Gruppe Hamburg

Immer toller Sowjetrevisionistische Hetze gegen die VR China

In den letzten Wochen, nachdem auf sämtlichen Parteitagen der revisionistischen Parteien in den RGW-Ländern ausdrücklich, meist in Übernahme der Breschnew'schen Formeln vom 25. Parteitag der KPdSU, der sogenannte „Maoismus" verurteilt wurde, schießt sich die Presse dieser Länder, allen voran die der SU, immer rrradikaler auf die VR China ein. Uns liegen allein aus den ersten beiden Wochen des Mai Hetzartikel aus fünf verschiedenen sowjetischen Zeitungen vor, in denen sich über die „abenteuerliche, hegemonistische und expansionistische" Politik Pekings ausgelassen wird. Die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda" (Hauptorgan zur politisch-ideologischen Ausrichtung der Armee!) schießt dabei mit der folgenden unglaublichen Behauptung einsam den Vogel ab:

„.... die Politik Pekings, wie sehr sich die Maoisten auch bemühen, sie zu bemänteln, (enthüllt) immer deutlicher ihre Unvereinbarkeit mit den Interessen der Menschheit (!). *Aus den Trümmern der menschlichen Zivilisation* (!!) *möchten die Maoisten ein Postament für ihre eigene Erhöhung über der Welt* (!!!) *aufschichten. Darin besteht die hegemonistische Strategie des Maoismus, die Strategie zur Eroberung der Weltherrschaft"* (TASS, 4.5.76).

Diese niederträchtigen Tiraden, die den „Maoismus" als einen gefährlicheren „Feind der Menschheit" erscheinen lassen als den ja nach sowjetischer Lesart zur „unumkehrbaren Entspannung" bereiten Imperialismus, haben allein den Zweck, die VR China in chauvinistischer Manier zu verteufeln und eigene abenteuerliche Ambitionen der Sowjetrevisionisten in Asien, speziell gegenüber der VR China, politisch-ideologisch vorzubereiten. ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Neue Terrorurteile in Jugoslawien

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr wurden in Jugoslawien kürzlich mehrere Mitglieder der kommunistische Opposition – sogenannte „Kominform-Büroler" oder „Neo-Stalinisten" – zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Der Genosse Nikola Bijader-Kutlesic wurde zu acht Jahren verurteilt. Seine beiden Mitangeklagten wurden zu zwei und drei Jahren verurteilt. Der Prozeß fand in Split statt („SZ", 24. 5. 76).

In anderen Prozessen dieses Jahres gegen „Neo-Stalinisten" gab es mehrere Urteile von 12, 13 und 15 Jahren! Die unerhört harten Urteile gegen diese Genossen, denen nichts außer propagandistischer Aktivität vorgeworfen werden kann, strafen die Worte Titos Lügen, der vor einiger Zeit in einem Interview mit gespielter Überlegenheit behauptete: *„Sie sind nicht stark genug, um einen Wechsel in unserem Land provozieren zu können"* („Welt", 7. 8. 74).

Bemerkenswert, daß ein solcher politischer Terror in einem Land regiert, das uns von Jusos und linken Sozialdemokraten häufig als Beispiel für „demokratischen (?!) Sozialismus" präsentiert wird, und das sogar von rechtsbürgerlicher Seite gern als relativ „liberal" beispielsweise gegen die DDR oder die Sowjetunion ausgespielt wird. Proteste gegen die Terrorurteile in Jugoslawien sind von dieser Seite bisher nicht bekannt geworden! ●

Westberlin

Demonstration für Ulrike Meinhof

Zur Teilnahme an der Beerdigung von Ulrike Meinhof und der anschliessenden Demonstration hatte ein Vorbereitungskomitee (Anwälte, Angehörige von politischen Gefangenen, Rote Hilfe) aufgerufen. Wir schätzen die Teilnehmerzahl an der Beerdigung auf ca. 8000. Es wurden Reden von Anwälten, Angehörigen und ML- und AO - Vertretern gehalten, die im wesentlichen die „Stadtguerilla" als ein heute in der BRD angebrachtes Mittel hochjubelten („Die RAF hat im Kampf gegen den Imperialismus Erfolge erzielt"). Zum anderen wurden markige Erklärungen wie „Ulrikes Rache ist unser Versprechen" und „Ulrike Meinhof ist nach Rosa Luxemburg die wichtigste Frau in der deutschen Geschichte". Dieser Personenkult gipfelt darin, daß selbst der Theologe Prof. Gollwitzer über „Leben und Wirken" von Ulrike Meinhof seinen Senf ablassen durfte. Seine Version („Ulrike Meinhof ist eingegangen in die Liebe Gottes") fand allerdings wenig Anklang. Grußadressen der CISNU, der IRA Provisionals und Inhaftierten von Long Kesh zeigten zwar das breite Interesse, das ihr Tod gefunden hatte, drehten sich aber ebenfalls allein um die Person Ulrike Meinhofs. Der linke Verleger Wagenbach war in der langen Rednerliste der einzige, der versuchte, ihren Tod in die politische Landschaft der BRD einzuordnen. Er sprach von einer zunehmenden Faschisierung, von Berufsverboten und Extremistenbeschlüssen. In dem großen Schwall politischer Phrasen, Fehleinschätzungen und bloßer Racheschwüre allerdings ging sein Beitrag unter.

„K- Gruppen nach hinten!"

Hinter dem Komitee, den Angehörigen und den Anwälten stellten sich die Spontis auf, so wollte es die Vorbereitungsgruppe. Erst nach einem zweiten Lautsprecherwagen am Schluß der Demonstration sollten sich die einreihen, „die sich zu den K- Gruppen rechnen". In dem ganzen 8000 Mann starken Zug gab es kaum Transparente mit Parolen, dafür aber reichlich schwarze Fahnen. Eine der Hauptparolen war:

„Brecht die Mauern ein, holt die Leute raus – Freiheit für alle politischen Gefangenen". - Der letzte Teil der Parole wurde manchmal auch noch weggelassen.

Und ganz brav marschierten ordentlich aufgereiht „KPD/ML" und „KPD/AO" hinter der Musik her: „Keine Macht für Niemand". Ihr Hauptanliegen war anscheinend dadurch erfüllt, daß sie ein großes Transparent mitführen durften "Gegen die politische Unterdrückung in der BRD und der DDR".

Zeitungsverkäufer und Flugblattverteiler gab es so gut wie gar nicht. Die Rote Hilfe hatte lediglich Anweisungen verteilt, wie man sich bei Demonstrationen, Verhaftung usw. richtig verhält, sich gegen Wasserwerfer schützt usw.

Und die mangelnde Organisierung, der fehlende politische Zusammenhalt wurde vollends deutlich, als die Demonstration auf dem Kleistplatz zu einer Zwischenkundgebung haltmachte. Nach dem Motto „Wollt Ihr das noch mal hören?", wurden einige Erklärungen noch einmal verlesen. Und dann wurden Leute ausgeguckt, die „mal was über die Vorgänge in Frankfurt erzählen sollten".

Der Staatsapparat war gut vorbereitet

Umso straffer war die Polizei organisiert. 40 Wasserwerfer standen in den Seitenstraßen bereit. Der Demonstrationszug wurde anfangs von 40 Mannschaftswagen begleitet. Später, als die Zahl der Demonstranten kleiner wurde, gingen die Bullen in Doppelkette auf den Fußwegen. Ziel dieses Manövers war es, die Demonstration von interessierten Menschen zu isolieren. Auf der gesamten Strekke der Demonstration saßen Bullen mit *„Kameras und nicht näher identifizierten Objekten (!)"* („FR", 17.5.) auf Dächern und Balkonen. Die *„eingesetzten Zivilbeamten waren nach Hundertschaften zu zählen"* („FR", 17.5.).

Ein Fotograf, der einige dieser Provokateure aufgenommen hatte und kurz hinter dem Zug zurückblieb, wurde sofort von mehreren Zivilbullen umringt, zusammengeschlagen und, nachdem sie ihm den Film abgenommen hatten, stehengelassen. *„In den Seitenstraßen wurden von Zivilbeamten alle Autonummern notiert und offenbar sofort in den Computer des Wiesbadener Bundeskriminalamts eingespielt; jedenfalls wurden nach der Beerdigung und bis in die Abendstunden hinein nahe dem Friedhof und in der Innenstadt Wagen gezielt angehalten und durchsucht."* (ebenda)

Was am Grab der Genossin Ulrike Meinhof deutlich wurde, war:

Es ist dem kapitalistischen Staat bisher gelungen, die Gruppe, die sie zu Staatsfeinden Nummer 1 ernannt hat, physisch fast völlig zu liquidieren – auf die eine oder die andere Weise. Der machtstrotzenden Waffenschau in Westberlin stand auf der Demonstration zwar der Wille zum Widerstand gegenüber, doch derart unorganisiert wird es der Bourgeoisie leicht fallen, noch viele Ulrike Meinhofs in den Tod zu schicken. ●

Wie die DKP den Tod von Ulrike Meinhof ausschlachten möchte

Zum Tod von Ulrike Meinhof (angeblich Selbstmord) in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim gab das Präsidium der DKP am 11. Mai eine Erklärung ab. Darin wird, nach einem Seitenhieb gegen *„anarchistisches Abenteurertum"*, der Tod von Ulrike Meinhof lediglich als „ein Glied in der Kette der empörenden Gefängnisskandale" hingestellt, ohne überhaupt ein Wort über die besonderen Haftbedingungen politischer Gefangener zu verlieren (Isolationshaft, Behinderung der Verteidigung usw.). Also ein ganz „normaler" Gefängnisskandal! Und: *„Verantwortlich für die skandalösen, menschenunwürdigen Verhältnisse in Gefängnissen sind die reaktionärsten* (!) *Kräfte der CDU/CSU"*.

Es ist eine sattsam bekannte Methode der DKP-Führung, sich bei der SPD anbiedern zu wollen, indem für alles und jedes ausschließlich die CDU/CSU verantwortlich gemacht wird. Uns ist allerdings nicht bekannt, daß diese schmierige Taktik der DKP bisher irgendeinen Vorteil eingetragen hätte.

Tatsache ist, daß gerade in den Jahren der SPD/FDP-Regierung seit 1969 die Faschisierung von Staat und Gesellschaft, der Ausbau des Polizeiapparats, die Erweiterung der Repressions-Gesetze usw. mit Riesenschritten vorangegangen ist. Zweifellos hat die CDU/CSU als Oppositionspartei dabei kräftig getrieben, aber die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie für diese Politik wird dadurch nicht geringer.

Tatsache ist außerdem, daß sogar „normale" Gefängnisskandale kein Privileg der CDU/CSU sind, sondern auch in „sozialdemokratischen" Gefängnissen gang und gebe sind. So begingen z.B. in Hamburg-Fuhlsbüttel im Februar d.J. zwei Häftlinge Selbstmord, aus Protest gegen die Haftbedingungen. Wiederholt wurden außerdem dort in der „Glocke" (sogenannte „Beruhigungszelle") Häftlinge zu Tode geprügelt oder gesundheitlich schwer geschädigt. Dies sind Tatsachen, die man sogar der DKP-nahen „Progress-Presse-Agentur" (ppa) vom 11. Mai entnehmen kann. Warum ignoriert das Präsidium der DKP in seiner Erklärung diese Tatsache? Was verspricht die DKP-Führung sich heute noch von dieser jämmerlichen Taktik – nach all den Fußtritten, die sie zum Dank von der SPD erhalten hat?!

Während das DKP-Präsidium wie gewohnt die Regierungspolitik mehr als schonend behandelt, wird gegen die Linke wieder einmal demagogisch losgedroschen: Der Tod von Ulrike Meinhof möge „für engagierte Vertreter der jungen Generation ... eine Mahnung" sein. *„Angesichts des Todes von Ulrike Meinhof appelliert die DKP an jene Vertreter der jungen Generation, die anarchistischen, maoistischen und trotzkistischen Irrlehren nachhängen: Möge der Tod von Ulrike Meinhof Anlaß zur Überprüfung solcher Positionen sein"*. Denn: „An der Seite der DKP und in der DKP – der Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik", soll (bzw. „muß" laut DKP-Präsidium!) die „junge Generation" kämpfen. Moral: „Sonst geht's Euch am Ende wie der Ulrike Meinhof!" ... Mit dem eiskalten Zynismus eines Springer-Journalisten soll hier aus dem Tod einer politischen Gefangenen Kapital für die DKP geschlagen werden! Daß sich von dieser politischen Leichenfledderei irgendein „Vertreter der jungen Generation" beeindrucken läßt, ist freilich höchst unwahrscheinlich.

Indem die DKP-Führer skrupellos „anarchistische", „maoistische" und „trotzkistische" Positionen (bzw. das, was sie darunter verstehen, nämlich alles links von der DKP!) mit der RAF in einen Topf werfen bzw. in unmittelbaren Zusammenhang bringen, leisten sie ihren Beitrag zur von der Bourgeoisie betriebenen Kriminalisierung aller Organisationen und Gruppen links von der DKP. Diese Lumpen haben wahrlich keine Berechtigung, auf Menschen wie Ulrike Meinhof, die aus humaner und revolutionärer Gesinnung Fehler gemacht haben, mit Fingern zu zeigen und sie noch nach ihrem Tod als „Abenteurer" zu verhöhnen, die „der Reaktion Vorwände geliefert" hätten! ●

Zur Außenpolitik der SR Rumänien

Seit Beginn der sechziger Jahre bemüht sich die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien um eine von der Sowjetunion unabhängige Außenpolitik. Durch die Aufnahme von Beziehungen zu den imperialistischen Staaten, vor allem zu den USA und der BRD, zu den blockfreien Ländern der „Dritten Welt", aber auch zu den reaktionären bis faschistischen Regimes, versucht Rumänien, sich mehr und mehr aus dem Einflußbereich der Sowjetunion zu lösen.

Die rumänische KP gehört zu den Kräften innerhalb der revisionistischen Länder, die sich gegen eine Vorherrschaft der Sowjetunion aussprechen. Dazu gehört, daß sich Rumänien nicht an der anti-chinesischen Hetze beteiligt, sondern eine neutrale Haltung einnimmt. Seit den sechziger Jahren betonte Ceausescu immer wieder das freundschaftliche Verhältnis zur VR China. So besuchte er 1971 auch als erstes Staats- und Parteioberhaupt eines revisionistischen Staates nach dem sowjetisch-chinesischen Bruch die VR China.

Das dadurch schon ohnehin angespannte Verhältnis zur Sowjetunion verschlechterte sich 1968 rapide. Im März desselben Jahres verließ die rumänische Delegation demonstrativ das Konsultativtreffen der „kommunistischen und Arbeiterparteien", weil es eine Kritik an der Linie der anderen KP's nicht zulassen wollte. Als 1968 die Sowjetunion und Truppen anderer „Bruderstaaten" in die CSSR einmarschierten, verweigerte Rumänien eine Teilnahme und distanzierte sich deutlich von der Invasion.

Die Beziehungen zwischen den „kommunistischen" Parteien sollten begründet sein „*auf der Achtung des Rechtes jeder Partei, sich selbständig ihre eigene politische Linie, revolutionäre Strategie und Taktik auszuarbeiten*", wie Ceausescu in seiner Rede auf dem 25. Parteitag der KPdSU kürzlich wieder betonte. Im Verhältnis zwischen den Parteien sei es notwendig, „*sämtliche strittigen Fragen von Partei zu Partei, von Regierung zu Regierung in kameradschaftlichem Geiste gegenseitiger Achtung zu erörtern, im Bestreben, die Unstimmigkeiten zu beseitigen, gemeinsame Standpunkte festzulegen und die Einheit und Geschlossenheit zu festigen*" („Scinteia", 25. 7. 76).

An diesen Prinzipien ist nichts einzuwenden, doch geschah die Ablehnung der sowjetischen Hetze gegenüber der chinesischen Parteiführung und die Distanzierung vom Einmarsch in die CSSR seitens der rumänischen KP keineswegs, um ihrerseits einen revolutionären Kurs in der Außenpolitik einzuschlagen, als vielmehr, um gegenüber den imperialistischen Ländern und den blockfreien Staaten die Unabhängigkeit der rumänischen Politik zu demonstrieren.

Beziehungen zu den kapitalistischen und faschistischen Staaten ...

Dieses „Unabhängigkeitsstreben" wurde auch von den kapitalistischen Ländern entsprechend honoriert. Während der Handel mit den RGW-Staaten kontinuierlich in den letzten Jahren sank, stieg z.B. der Warenaustausch zwischen der BRD und Rumänien im Jahre 1974 gegenüber 1973 um 37,2 % an. Der Anteil der SU am rumänischen Außenhandel fiel von 40,1% (1960) auf 15,8% (1974), bei der CSSR von 9,3% auf 4,5% und bei Ungarn von 5% auf 3,3% in dem gleichen Zeitraum. Lediglich Bulgarien und Polen konnten ihren Anteil geringfügig steigern: von 1,2% auf 1,9% bzw. von 3,2% auf 3,8% („BfA-NfA" vom 8.1.76).

Der Anteil des RGW am rumänischen Außenhandel beträgt nur noch 44% („Monitor-Dienst", 6.2.76). BRD-Firmen rückten an die erste Stelle der Lieferanten Rumäniens, vor der Sowjetunion („Handelsblatt" vom 3.12.75). Von seiten der USA wurde Rumänien im August 1975 die „Meistbegünstigungsklausel" eingeräumt, und die EG erkannte Rumänien als „Entwicklungsland" an, was verschiedene Begünstigungen im Warenaustausch zur Folge hat (Zölle, Kredite etc.). Das „Unabhängigkeitsstreben" Rumäniens geht sogar so weit, daß auch Beziehungen mit faschistischen Staaten in Kauf genommen werden oder reaktionäre Kräfte unterstützt werden. So schloß die rumänische Regierung noch zu Zeiten der faschistischen Militärjunta ein Kulturabkommen mit Griechenland ab, erkannte (als erstes revisionistisches Land) Israel als Staat an und nahm diplomatische Beziehungen zu ihm auf und unterstützte zeitweise die FNLA in Angola (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.12.72; „Die Welt", 17.2.71; MPLA-Sonderbroschüre des KB, S.10).

Rumänien, ein kleines Land, sucht, je mehr es sich von den revisionistischen Staaten löst, desto mehr nach neuen „Partnern". Seit einigen Jahren macht sich Rumänien für eine atomwaffenfreie Zone der „guten Nachbarschaft" auf dem Balkan stark. Zu dieser Zone sollen nach rumänischer Auffassung Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, Griechenland und die Türkei gehören.

... und zu den „Blockfreien"

Um sich außenpolitisch nicht zu isolieren, unterhält Rumänien gute Beziehungen zu den Staaten der „Dritten Welt". Es hat enge Wirtschaftsbeziehungen zu mehr als 90 Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika. Der rumänische Staatschef besuchte allein im vergangenen Jahr u.a. die Philippinen, Pakistan, Tunesien, Brasilien, Ägypten, Jordanien, Syrien und Mexico („Neue Zürcher Zeitung", 19.6.76).

Tatsächlich hat kein anderer Führer eines Staates des RGW so viele Länder der „Dritten Welt" besucht wie Ceausescu. Nach einer längeren Periode „fruchtbarster" Beziehungen zu einer großen Anzahl von Ländern der „Dritten Welt" ist Rumänien nunmehr an einer „Legalisierung" der bereits bestehenden Verbindungen gelegen. Es bemüht sich um den Mitgliederstatus bei den blockfreien Staaten und stellte formell den Antrag, bei der Außenministerkonferenz in Lima im vergangenen Jahr als Beobachter zugelassen zu werden.



„Ein Tänzchen in Ehren kann niemand verwehren" — Rumäniens „KP"-Chef Ceausescu mit US-Häuptling Ford

Ein eigener Weg zum Revisionismus

Alle diese Aktivitäten der rumänischen Regierung machen deutlich, daß diese gewillt ist, sich aus dem Bereich des RGW und von der Vorherrschaft der SU zu lösen. Bei der Suche nach einem neuen „Hinterland" stehen eigene nationale Interessen im Vordergrund, wie die Aufnahme von Beziehungen zum faschistischen Regime in Griechenland am krassesten beweist. Eine Abwendung von der Sowjetunion erfolgte nicht, wie im Falle der VR China, aufgrund prinzipieller ideologischer Widersprüche, denn sowohl die SU als auch Rumänien haben den revisionistischen Weg eingeschlagen.

Daher beweist es nur politische Blindheit und kleinbürgerliche Vorurteile, wenn manche „ML"er Rumänien wegen seiner von der SU relativ unabhängigen Außenpolitik ausdrücklich als einen s o z i a l i s t i s c h e n Staat bezeichnen, oder wenn einseitig positive Aspekte der rumänischen Außenpolitik herausgestellt werden, die negativen aber verschwiegen werden.

Andererseits wäre es falsch, die rumänische Außenpolitik n u r unter negativen Aspekten zu sehen und darüber zu vergessen, daß Rumänien einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die sowjetrevisionistischen Großmachtsambitionen leistet und daß es dazu beiträgt, den Mythos von der „Einheitlichkeit" der revisionistischen „Weltbewegung" weiter zu zerstören, was letzten Endes für die weltweite Konfrontation zwischen revolutionärer und revisionistischer Politik einen Vorteil darstellt. ●

RGW-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Sowjetunion an der Seite der indonesischen Faschisten

Vor elf Jahren, 1965, ergriff in Indonesien eine Militärjunta die Macht. Der faschistische Terror wütete. Mehr als 500.000 Menschen wurden ermordet. Vor allem die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI), die stärkste kommunistische Partei außerhalb der sozialistischen Länder, war das Ziel der Angriffe. Außerdem wurde immer wieder die zahlenmäßig recht starke chinesische nationale Minderheit Opfer rassistischer Übergriffe, Massaker und Verfolgung.



Nach dem 30.9.65, als die faschistischen Militärs die Macht an sich gerissen hatten, wurden hunderttausende erschossen, erschlagen — und weitere hunderttausende ohne Gerichtsurteil in KZ's gesperrt, wo sich noch heute unter unmenschlichen Bedingungen „leben".

Die Sowjetrevisionisten arbeiteten vom ersten Tag an mit dem faschistischen Regime zusammen. Sie stundeten ihm immer wieder die hohen Schulden und unterbrachen nicht einmal die Lieferung von Waffen und Ersatzteilen. Auch ihre sonstigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen unterbrachen sie nicht.

In letzter Zeit scheint die sowjetische Regierung sogar ihre Bemühungen noch zu verstärken, das faschistische Militärregime Indonesiens für die eigene antichinesische Außenpolitik einzuspannen.

Beispielsweise richtet die Sowjetunion wütende Angriffe gegen die VR China, weil diese angeblich das vom faschistischen Regime gegen sie verhängte Handelsembargo durchbricht. Indonesien sei, so behauptet die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS (28. 4. 76), „*mit chinesischen Waren überschwemmt, die über Hongkong nach Indonesien geschmuggelt (!) werden.*" Hierbei beruft sich TASS auf die indonesische Zeitung „New Standard" und auf die Nachrichtenagentur des Regimes, ANTARA. „*Durch den Verkauf seiner Waren zu Billigstpreisen schädigt Peking die nationale Industrie Indonesiens*", behauptet TASS. Unter Berufung auf den indonesischen Textil-Kapitalistenverband behauptet TASS ferner, die indonesische Textilindustrie habe durch chinesische Importe im letzten Jahr Verluste in Höhe von 80 Mio. Dollar erlitten.

Zweifellos darf man annehmen, daß der Verkauf mancher sowjetischer Waren zu ü b e r h ö h t e n **Preisen in Länder der „Dritten Welt" nur dem Schutz der nationalen Industrien dieser Länder dienen soll!...**

Ist die sowjetrevisionistische Argumentation in diesem Fall schon mehr als seltsam, so wird sie in einem zweiten Beispiel geradezu schweinisch:

Es geht um die angebliche „*illegale Einwanderung von Personen chinesischer Nationalität*" nach Indonesien, worüber TASS am 11.5.76 zu berichten wußte. Quelle dieser Meldung waren diesmal direkt die faschistischen Behörden Indonesiens, u. a. „*ein Vertreter der Staatsanwaltschaft von Westjava*". Die illegalen Einwanderer kommen angeblich meistens über Hongkong, wo laut TASS „*ein ganzes Netz von illegalen Syndikaten besteht, die dem direkten Schutz Pekings unterstehen*". Unter Berufung auf „*Verhöre*" (!!) angeblicher illegaler Einwanderer durch die faschistische Polizei (die „Verhör"-Methoden sind bekannt!!) behauptet TASS, daß diese „*Geheimorganisationen*" oder „*Syndikate*" in Hongkong „*die Vermittlerrolle beim Einschleusen maoistischer Agenten nach Indonesien und in andere Länder Südostasiens*" spielen. Unter Berufung auf die faschistischen Behörden berichtet TASS, daß im letzten Sommer „*ein Syndikat*" für „*das illegale Einschleusen chinesischer Bürger nach Indonesien*" auf Westjava „*ausgehoben*" (!) worden sei. „*Unter ihnen waren nicht wenige, die in China speziell darauf vorbereitet wurden, wie beispielsweise politische (!) und wirtschaftliche Sabotage durchgeführt wird*", behauptet TASS abschließend.

Wenn man sich klarmacht, daß die Faschisten unter dem Begriff der „politischen Sabotage" überhaupt jede Form von Widerstand bekämpfen, wird das ganze Ausmaß der Begünstigung des faschistischen Regimes durch die sowjetische Führung deutlich. Wenn es gegen die VR China geht, macht sich der Sowjetrevisionismus nicht nur die Standpunkte des indonesischen Kapitals zu eigen, sondern sogar die der faschistischen Behörden!

Die Revisionisten führen gegen die VR China eine internationale Ablehnungskampagne wegen deren diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den chilenischen Faschisten. Der total verlogene und heuchlerische Charakter dieser Kampagne wird mehr und mehr offenkundig, seit beispielsweise bekannt wurde, daß die DDR einen schwunghaften Import chilenischen Kupfers betreibt, während die revisionistische DKP dafür wirbt, keine chilenischen Weintrauben zu kaufen.

Der offene Pakt der sowjetischen Führung mit den indonesischen Faschisten unterstreicht noch einmal, daß die Kritik der Revisionisten an der chinesischen Außenpolitik nur von ihren e i g e n e n Schandtaten ablenken soll.

Mitglieder der DKP, SdAJ und MSB, die meinen, sich als Kritiker der chinesischen Außenpolitik aufspielen zu müssen, sollten nachdrücklich über ihren Standpunkt zur s o w j e t i s c h e n Außenpolitik befragt werden! ●



Indonesien heute: faschistischer Terror der herrschenden Militärs gegen die werktätigen Massen ist an der Tagesordnung.

„Die derzeitige große Kulturrevolution ist nur die erste; es wird in der Zukunft unausbleiblich noch mehrere geben ... Die Frage, wer in der Revolution siegt, wird nur in einem langen historischen Zeitraum entschieden werden können. Behandelt man diese Angelegenheit nicht in geeigneter Weise, ist es jederzeit möglich, daß der Kapitalismus restauriert wird. Die Parteimitglieder und das gesamte Volk in unserem Land dürfen nicht glauben, daß nach ein oder zwei großen Kulturrevolutionen, oder auch nach drei oder vier, alles in schönster Ordnung sein werde. Wir müssen uns aufs äußerste in Acht nehmen, und unsere Wachsamkeit darf nie nachlassen." (Mao Tse-tung)

„Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai" (Mao 1964)

Kampf zweier Linien in Chinas Landwirtschaft (Teil 1)



Dadschais Bauern beim harten Kampf zur Umgestaltung der Natur

Kurz nach Gründung der VR China (1949) fand eine breite Bodenreform statt, um die Bauern von der Unterdrückung und Ausbeutung durch feudale Grundherren zu befreien. Schon bald danach organisierten sich die Bauern in Gruppen für gegenseitige Hilfe; d.h. sie behielten ihren Boden als Privateigentum bei und halfen einander mit Arbeitskräften, Zugtieren usw.

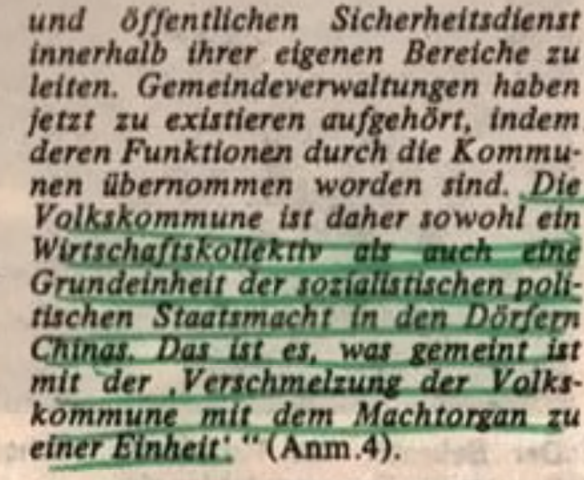
Mit dem Aufschwung der Massenbewegung nach der Bodenreform äusserten immer mehr arme Bauern und untere Mittelbauern den Willen, sich vollständig von den Fesseln des Privateigentums zu befreien und sozialistische Produktionsverhältnisse zu errichten. Unter Führung der KPCh wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft eingeleitet.

„Alle Klassenfeinde und Rechtsopportunisten innerhalb der Partei fürchteten diese große Umwälzung der Produktionsverhältnisse. Gleich nach der Durchführung der Bodenreform ... befürwortete Liu Schao-tschi mit aller Kraft ‚die Sicherung des Privateigentums', die ‚vier Freiheiten' (Freiheit des Landkaufs und -verkaufs, Freiheit der Einstellung von Lohnarbeitern, Freiheit des Wuchers und Freiheit des Handels) und die Entwicklung der Großbauernwirtschaft. Er verleumdete das revolutionäre Vorgehen der armen Bauern und unteren Mittelbauern, die aktiv versuchsweise landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften bildeten. ... Im Jahr 1955, als der Aufschwung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bereits abzusehen war, vertrat er die Politik der sogenannten ‚entschlossenen Einschränkung', geiferte, die Produktionsgenossenschaften müßten ‚schleunigst vom Pferd steigen', und ließ in großer Zahl bereits gebildete Produktionsgenossenschaften niederer Stufe, die halbsozialistischen Charakter hatten, auflösen." (Anm.1). PR 39/75

Durch das enge Bündnis von Arbeitern und Bauern konnte sich die revolutionäre Linie durchsetzen. Es entstanden immer mehr landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) niederer Stufe, deren Mitglieder nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt wurden; zusätzlich bekamen sie angemessene Anteile für ihren Boden, ihre Zugtiere und größeren landwirtschaftlichen Geräte, die der Genossenschaft überlassen worden waren. Diese entwickelten sich weiter zur LPG höherer Stufe in denen das Einkommen völlig als Gegenleistung für die aufgewendete Arbeit verteilt wurde. Der Boden und andere hauptsächliche Produktionsmittel waren kollektives Eigentum, für die keine Anteile gezahlt wurden.

Die Bildung von Volkskommunen

Durch die Initiative der Massen zeigte sich schon sehr bald die politische und ökonomische Beschränktheit der LPG, die immer mehr zu einer Fessel der Produktivkräfte wurde. *„Unter diesen Verhältnissen haben die LPG als relativ kleine Organisationen der kollektiven Wirtschaft mit voller Eindeutigkeit ihre Beschränktheit und ihre inneren Widersprüche bekundet, nämlich: der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit in einem noch breiteren Umfang zwecks Verwirklichung von Wasserbauanlagen im großen Maßstabe und dem kleinen Umfang einer LPG; den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der allseitigen Ausnutzung der natürlichen Ressourcen und der Entwicklung einer mehrzweigigen Wirtschaft einerseits und den LPG, die sich lediglich auf einen Zweig der Landwirtschaft konzentrierten, andererseits; den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit einer zweckmäßigen Zusammenarbeit zwischen den LPG und der getrennten Verwaltung dieser LPG. Diese und auch andere Widersprüche verlangten den Durchbruch der Schranken, die den LPG infolge ihres relativ geringen Umfangs auferlegt waren. Um diese Widersprüche zu lösen, gingen die Bauernmassen in vielen Teilen des Landes freiwillig dazu über, ihre LPG zusammenzulegen und zu vergrößern; in einigen Örtlichkeiten unternahmen sie sogar noch einen weiteren Schritt, indem sie LPG-Föderationen organisierten, die die Grundzüge der Volkskommunen in sich trugen und in Wirklichkeit ihre Embryonalform darstellten."* (Anm.2).



Die Bauern erkannten immer deutlicher, daß es nicht mehr sinnvoll war, einzelne Wirtschaftszweige (wie z.B. Fischerei und Viehzucht) in getrennten LPG zu organisieren, daß vielmehr die g e s a m t e Wirtschaft eines Gebietes kollektiv organisiert werden muß.

Aus diesen Erfahrungen der Massen heraus entstand am 29.August 1958 der „Beschluß des Zentralkomitees der KPCh über die Errichtung von Volkskommunen in den ländlichen Gebieten". Dieser Beschluß wurde auf breiter Ebene umgehend aufgegriffen: *„In der kurzen Zeit von zwei Monaten schlossen sich im wesentlichen alle Dörfer des Landes zu Volkskommunen zusammen"* (Anm.3). In ihnen sind heute 600 Mio. Bauern organisiert, etwa vier Fünftel von Chinas Bevölkerung.

„Eine Besonderheit der Volkskommunen ist, daß sie im Unterschied zu den LPGs nicht rein landwirtschaftliche Einheiten der Kollektivwirtschaft sind. Sie betreiben nicht nur Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Nebengewerbe und Fischerei, sondern üben die Funktionen und Amtsgewalten der früheren Gemeindeverwaltung aus, Industrie, Finanzen und Handel, Kultur- und Bildungsarbeit, Gesundheitsdienst, Zivilangelegenheiten und öffentlichen Sicherheitsdienst innerhalb ihrer eigenen Bereiche zu leiten. Gemeindeverwaltungen haben jetzt zu existieren aufgehört, indem deren Funktionen durch die Kommunen übernommen worden sind. Die Volkskommune ist daher sowohl ein Wirtschaftskollektiv als auch eine Grundeinheit der sozialistischen politischen Staatsmacht in den Dörfern Chinas. Das ist es, was gemeint ist mit der ‚Verschmelzung der Volkskommune mit dem Machtorgan zu einer Einheit'." (Anm.4).

Die Eigentumsverhältnisse in den Volkskommunen

Zunächst wurde versucht, das gesamte Eigentum an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, die Rechnungsführung, die Aufstellung der jährlichen Produktionspläne sowie die Leitung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion von der dörflichen Ebene weg einheitlich der Volkskommune zu übertragen (Anm.5). Dieser Schritt erwies sich jedoch als zu groß. Die ländliche Kollektivierung mußte zunächst im allgemeinen die Form des *„Drei-Stufen-Eigentums"* annehmen: Volkskommune, Produktionsbrigade und Produktionsgruppe als kleinste Einheit.

Die Produktionsgruppe stellt die Basis dar, die die Produktion unmittelbar organisiert. Sie berücksichtigt dabei die Schwerpunkte des Gesamtplans der Kommune, die sich aus der Planung des Staates herleiten, bleibt jedoch relativ selbständig. Ihr *„gehört das wichtigste, der Boden. Deswegen findet die Verteilung der Einnahmen im wesentlichen in der Produktionsgruppe statt als Grundberechnungseinheit"* (Anm. 6). Das heißt, *„jede Produktionsgruppe hat ihre eigene Rechnungsführung und trägt für die Gewinne und Verluste selbst die Verantwortung"* (Anm.7).

„Die Produktionsbrigade (entspricht meist einem Dorf - Anm. AK) *besitzt einige der größeren Produktionsmittel wie Traktoren und größere Be- und Entwässerungsanlagen, zu deren Anschaffung die durchschnittliche Gruppe nicht imstande ist. Alle werden zur Unterstützung der ihr unterstellten Gruppen bei der Produktion benutzt ...*

Die Kommune besitzt und betreibt ihrerseits Industrieunternehmen und Wasserbauanlagen, die über die Kräfte der Brigaden hinausgehen ... (Wie z.B.) ... eine besondere Fabrik, die andere landwirtschaftliche Maschinen repariert und einige Arten selbst herstellt ... eine Fabrik für Phosphatdünger und eine Spinnerei ... Hochspannungsleitungen mit Transformatoren ... Der Gewinn aus diesen Unternehmen der Kommune wird einerseits zur Finanzierung von Projekten für die ganze Kommune benutzt, andererseits zur Unterstützung der Brigaden und Gruppen bei deren Produktionserweiterung" (Anm.8).

Nun gibt es innerhalb der Volkskommunen zum Teil beträchtliche Unterschiede, was z.B. die Qualität des Bodens und die Größe der jeweiligen Einheiten anbelangt. Daher sind bestimmte Gruppen klar im Vorteil. *„Da die verschiedenen Produktionsgruppen praktisch auf unterschiedlichem Niveau der landwirtschaftlichen Entwicklung stehen, bedeutet die Festlegung der Produktionsgruppen als Grundverrechnungseinheit die Anerkennung des Unterschieds zwischen ihnen und schließt eine Gleichmacherei aus"* (Anm.9).

Durch diese „Anerkennung des Unterschieds" wird oft innerhalb eines Dorfes für die gleiche Arbeit verschiedener Lohn gezahlt: *„So bekommt das Mitglied einer Produktionsgruppe zum Beispiel ein Yüan für einen Arbeitstag, während das einer anderen derselben Brigade dafür nur 0,7 oder 0,8 Yüan erhält. In solchen Fällen, wenn die Brigade und nicht die Gruppe die unterste Verrechnungseinheit ist* (d.h. wenn ein Zwei-Stufen-Eigentum existiert - Anm.AK) *wird das Einkommen gleichmäßig auf die Produktionsgruppen verteilt. Den Unterschied zwischen den Produktionsgruppen außer Auge lassen würde zu schädlicher Gleichmacherei führen, welche die Begeisterung der Mitglieder bei der Arbeit herabsetzen würde. Daher sind in acht Brigaden die untersten Verrechnungseinheiten die Produktionsgruppen. So wird eine gerechte Verteilung des Einkommens gewährleistet und die Einigkeit der Mitglieder der Produktionsgruppen gefördert"* (Anm.10).

Hieran zeigt sich, daß das Problem der materiellen Anreize weiterhin in der VR China besteht. Allerdings handelt es sich nicht um persönliche materielle Interessiertheit, sondern um kollektive materielle Interessiertheit auf der Basis der sozialistischen Kollektivwirtschaft.

Natürlich wird den Schwächeren durch gezielte Anleitung und Kreditvergabe geholfen und ihre geringeren Möglichkeiten zur Kapitalakkumulation teilweise ausgeglichen. *„Man muß den Rückständigeren und Fortschrittlichen besondere Aufmerksamkeit schenken, damit man die Mittleren voranbringt. Die Kommuneverwaltung ermutigt die Rückständigeren, sich auf ihre eigenen Kräfte zu verlassen und Initiative zu entfalten, um so die Voraussetzungen zum Ein- und Überholen der Fortschrittlichen zu schaffen. Sie leitet nicht nur die Rückständigeren an und hilft ihnen, sich eine bessere Führung und Organisation zu verschaffen, es wurde ihnen auch die notwendige materielle Hilfe geleistet"* (Anm.11).

Fortsetzung auf Seite 46



Gesamtansicht von Dadschai



Die Parteizelle macht es sich zur Aufgabe, die Bauern im Sinne der Maotsetungideen zu erziehen. Tschen Yung-gui und andere Volkskommunenmitglieder diskutieren auf dem Feld, was sie vom Studium der philosophischen Gedanken des Vorsitzenden Mao gewonnen haben.

Forts. von S. 45

Doch wurde „die notwendige materille Hilfe" meist genauestens aufgerechnet, was mit der „ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung" begründet wurde.

„Bei den Verrechnungen zwischen den einzelnen Produktionsgruppen und den Kommunen als ganzes wird das Prinzip des äquivalenten Austausches eingehalten. Dies entspricht völlig dem gegenwärtien Niveau der landwirtschaftlichen Produktivkräfte in China und dem Wachstum der Produktion in den Produktionsgruppen" (Anm.12).

„Wenn sich eine Brigade in Schwierigkeiten befindet, die sie allein nicht zu überwinden vermag, kann die Verwaltung der Kommune andere Brigaden zu gemeinsamer Arbeit organisieren ... Allerdings geschieht das nicht oft. Es wird Wert darauf gelegt, daß man sich in erster Linie auf die eigenen Kräfte verläßt ... Genosse Djiao betonte, daß immer, wenn solche gemeinsamen Arbeiten von Produktionsbrigaden oder -gruppen in der Kommune organisiert werden, strikt nach dem Grundsatz ‚Gegenseitigkeit der Hilfe und Gleichwertigkeit der Leistungen' vorgegangen wird. Jedermann, der bei einem derartigen Unternehmen mitarbeitet, wird nach dem für seine Arbeit gültigen Lohnsatz bezahlt ... Die Produktionsbrigade oder -gruppe, welcher die Arbeit geleistet wird, erstattet daher den anderen den entsprechenden Gegenwert der aufgewandten Arbeitstage zurück" (Anm.13.).

Das Beispiel Dadschai

Vor allem während der Kulturrevolution wurde die Produktionsbrigade Dadschai, in der wenig fruchtbaren Gebirgslandschaft der Provinz Schansi gelegen, zum Vorbild für die chinesische Landwirtschaft.

Dadschai zeigte, wie die Revolutionierung des Denkens die schöpferische Energie der Massen befreit. Gestärkt durch das Vertrauen auf die eigene Kraft und nicht auf die Hilfe von außen, gingen die Bauern mit unglaublichem Eifer daran, Tausende von Kubikmetern Erde für das Anlegen von Terrassenfeldern zusammenzutragen, und verwandelten die kahlen Berghänge in fruchtbares Ackerland.

Dadschai stand außerdem für die Erziehung zum *„Geist der absoluten Selbstlosigkeit und der absoluten Hingabe für andere ... Nur wenn die Eigensucht völlig ausgerottet ist und die unbedingte Hingabe für das Gemeininteresse gefördert wird, können wir die große proletarische Kulturrevolution zu Ende führen und stets Revolutionäre sein"* (Anm.14).

und stets Revolutionäre sein" (Anm.14).

Diese Kritik an den materiellen Anreizen konkretisierte sich auf der untersten Ebene in einem neuen Verteilungssystem, wobei die Fähigkeiten und Möglichkeiten des Einzelnen stärker berücksichtigt wurden.

„Da die einzelnen Arbeiter hinsichtlich der Körperstärke, des kulturellen und technischen Niveaus und der Zahl der Menschen, die sie zu ernähren haben, ganz verschieden sind, aber dennoch ein gleicher Maßstab in der Verteilung an diese verschiedenen Arbeiter angelegt wird, entsteht de facto und unvermeidlich Ungleichheit. Dieses von der Verteilung jedem nach seiner Leistung verkörperte gleiche Recht ist hier daher immer noch dem Prinzip nach - das bürgerliche Recht ... (K. Marx, „Kritik des Gothaer Programms"). Dieses Verteilungsprinzip findet seinen Ausdruck in dem Lohn, der die Menschen in verschiedene Kategorien einteilt; das muß dazu führen, daß manche Leute nach Ruhm, höherer Stellung und bevorzugter Behandlung streben. Dies aber ist der Haltung der freiwilligen, ungenormten und unentgeltlichen, der kommunistischen Arbeit entgegengesetzt" (Anm. 15).

Anstelle der Verteilungsprinzipien „Jedem nach seiner Leistung" und „Mehr für mehr Arbeit" trat jetzt stärker die Berücksichtigung der Fähigkeiten und des Einsatzes der einzelnen.

Jeder soll sich mit allen Kräften der Produktion widmen. Die Bauern von Dadschai stellten diese Einsatzfreudigkeit, die „revolutionäre Begeisterung", jedes einzelnen in einer „öffentlichen Selbsteinschätzung" fest. Sie diente als wichtigstes Kriterium für die Vergabe der Arbeitspunkte, so daß körperlich schwächere Kommunemitglieder den gleichen Lohn erreichen konnten, obwohl sie „leistungsmäßig" weniger geschafft hatten.

Damit war erreicht, daß *„unter dem neuen System alle jene Kommunemitglider die meisten Arbeitspunkte erhalten, die einen hohen Grad an sozialistischem Bewußtsein zeigen, die bewußt und selbstlos arbeiten und sich vor keiner harten Arbeit scheuen. Das bedeutendste Kriterium ist die Hingabe für die Gemeinschaft. Die Fähigkeit oder Arbeitskraft eines Mitarbeiters mag groß oder klein sein: Falls er mit ganzem Herzen für die Allgemeinheit arbeitet, wird er respektiert und belohnt, auch wenn seine Arbeitsleistung beschränkt ist"* (Anm. 16).

Diese Kritik an den materiellen Anreizen richtete sich damit auch gegen die bisherige Anwendung des „Prinzips des äquivalenten Austausches" innerhalb der Volkskommunen, wobei die ungleichen äußeren Bedingungen, also die Fähigkeiten der einzelnen Produktionsgruppen, ja vollkommen unter den Tisch fielen. Das „Drei- Stufen- Eigentum" entspringt nicht dem „Geist der absoluten Selbstlosigkeit", sondern der „Anerkennung des Unterschieds", weil die wohlhabenderen Produktionsgruppen eine gemeinsame Rechnungsführung mit den Schwächeren wegen „schädlicher Gleichmacherei" ablehnten. Die Reicheren verstanden die Entwicklung der Kollektivwirtschaft zum Teil nur als Steigerung ihrer eigenen Einkünfte und sahen nicht so sehr die Förderung der zurückgebliebenen Gruppen oder die Entwicklung der gesamten Brigade bzw. Kommune. Insofern besteht die Gefahr einer spontanen kapitalistischen Tendenz, die auf eine Vergrößerung der Unterschiede innerhalb der Volkskommunen hinausläuft.

Welche Produkte soll man anbauen? Soll man bei der Verteilung allseitig die Interessen des Staates und des gesamten Kollektivs betonen oder einseitig die Interessen des Einzelnen und seiner Einheit in den Vordergrund stellen, nicht akkumulieren und alles aufteilen und aufzehren? An solchen Fragen bricht der Kampf zweier Linien auf, solange das Kollektiveigentum nicht auf die Ebene des Volkseigentums gehoben und die Überreste der Einzelwirtschaft vollständieg liquidiert sind. Allein die Umwandlung der Einzelwirtschaft und der Kleinproduktion in die Kollektivproduktion bedeutet keineswegs schon mit Sicherheit, daß die VR China am sozialistischen Weg festhalten wird. Die Aufgaben im Bereich des Überbaus sind noch sehr groß.

„Lernen von Dadschai" zielte während der Kulturrevolution auf die Überwindung des „Drei- Stufen-Eigentums" und auf eine höhere Form der Kollektivierung insgesamt, um den Prozeß der Überführung des grundlegenden Eigentums von der Ebene der Produktionsgruppe auf die Ebene der Brigade und dann auf

Ebene der Produktionsgruppe auf die Ebene der Brigade und dann auf

die Ebene der Kommune und schließliche die Umwandlung des Kollektiveigentums in das sozialistische Staatseigentum voranzutreiben. Gerade in dieser Hinsicht ist die berühmte Brigade Dadschai in der Kommune gleichen Namens Vorbild: Sie ist Grundverrechnungseinheit und zählt somit zu den wenigen Ausnahmen in der VR China, die bereits das „Zwei- Stufen-Eigentum" verwirklicht haben.

„Lernen von Dadschai" heute

In verschiedenen Berichten über Volkskommunen werden heute wesentliche Forderungen und Errungenschaften der Kulturrevolution nicht mehr erwähnt. In Dungting geschieht die Verteilung des Nettoeinkommens offenbar wieder nach dem gleichen System wie zu Liu Schao-tschi's Zeiten:

„Vom Nettoeinkommen wird ein kleiner Teil für die kollektive Akkumulation abgezogen, der Hauptteil wird unter die Mitglieder der Gruppe verteilt, und zwar in Übereinstimmung mit den Prinzipien „Jedem nach seiner Leistung" und „Mehr für mehr Arbeit" (Anm. 17).

Keine Rede von „Jedem nach seinen Fähigkeiten", „öffentliche Selbsteinschätzung" und Beurteilung nach „revolutionärer Begeisterung".

Die 1972 in Peking erschienene Broschüre „Dadschai - Vorbild für die Landwirtschaft in China" erwähnt das neue System bei der Vergabe der Arbeitspunkte und das fortschrittliche „Zwei- Stufen-Eigentum" nicht einmal. „Lernen von Dadschai" heißt demnach: „*‚Selbstvertrauen und harte Arbeit' sowie: ‚Schlechtes kann sich in Gutes verwandeln'*".

Diese Prinzipien sind natürlich richtig .Sie gelten für alle Formen des sozialistischen Eigentums in der VR China und sagen zunächst einmal nichts über die politische Organisationsform aus. Dadschai konnte die Naturkatastrophen nur deshalb so gut meistern, weil die politischen Voraussetzungen gegeben waren. Das „Zwei- Stufen- Eigentum" erhöhte den kollektiven Akkumulationsfond, ermöglichte die bessere Planung und Leitung der Arbeit insgesamt und schaffte somit die Vorbedingungen für die Entfaltung der Produktivkräfte, die sich nicht auf der Ebene der Produktionsgruppen zersplitterten.

Die einseitige Betonung von „Selbstvertrauen und harte Arbeit", ohne die Frage nach den konkreten Produktionsverhältnissen auch nur zu stellen, ist letztlich bürgerlicher Ökonomismus nach dem Motto: Hauptsache, ihr spuckt in die Hände und arbeitet!

„Die Organisation der Produktionsverhältnisse und ihr Funktionieren eröffnen auch den Weg für die Entwicklung der Produktivkräfte. Natürlich wird die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse von einer bestimmten Entwicklung der Produktivkräfte verursacht, aber eine bedeutende Entwicklung der Produktivkräfte erfolgt immer erst nach der Umwandlung der Produktionsverhältnisse" (Anm. 18).

Die Hilfe für die rückständigeren Produktionsgruppen, die erste Kulturrevolution und die ständige Produktionssteigerung haben bisher nicht zu durchgreifenden Veränderungen der Produktionsverhältnisse auf dem Lande geführt - abgesehen von der weiteren Einschränkung des privaten Nebenerwerbs. In dieser Frage muß man offenbar seit Gründung der Volkskommunen im Grossen und im Ganzen von einem Stillstand sprechen. Sonst würde die Verfassung vom 17. Januar 1975 nicht „ *Die Wirtschaft des kollektiven Eigentums in der ländlichen Volkskommune ... im gegenwärtigen Stadium im allgemeinen* (als) *die Form eines in drei Stufen gegliederten Eigentums ... , mit der Produktionsgruppe als Grundlage ...*" (Art. 7) beschreiben.

(wird fortgesetzt). ●

Genosse des KB/ Gruppe Hamburg



Der Sekretär der Parteizelle Tschen Yung-Gui (links) dämmt mit den Bauern die Terrassenfelder ein.

Anmerkungen

(1) PRu 39/75 S. 17
(2) PRu 6/64, Okt. 64, S.21
(3) „In einer Volkskommune", Peking 1975, S. 8
(4) siehe 3, S. 17
(5) vhl. hierzu Konzept der Sputnik-Volkskommune, Jen-min jih-pao, Peking, 7.9.1958
(6) siehe 3, S. 13
(7) PRu 7/64, 3.Nov. 64, S. 13
(8) Siehe 3, S. 16
(9) PRu 7/64, S. 13
(10) PRu 13/66 S. 16
(11) PRu 13/66 S. 19
(12) PRu 7/64 S. 13
(13) PRu 13/66 S. 20
(14) PRu 44/68 S. 23
(15) PRu 22/75 S. 9
(16) Survey of China Mainland Press, Hong Kong, Nr. 4271, S. 29
(17) „Bericht über Dungting - eine Volkskommune am Tai-See", von Wu Dschou, Peking 1975, S. 28
(18) Mao Tse-tungs Notizen nach der Lektüre des Lehrbuchs „Politische Ökonomie", in: „Das machen wir anders als Moskau", Herausgeg. v. Helmut Martin, rororo 1940, S. 42

Warum verweigert Bonn die Zahlung der Reparationen?

Warum verweigert Bonn die Zahlung der Reparationen?

Unterstützt den gerechten Standpunkt Albaniens!

Die Volksrepublik Albanien, die sich niemals der chinesischen Außenpolitik der Verharmlosung und Aufstachelung des BRD-Imperialismus angeschlossen hat, beharrt weiter auf ihrem gerechten Standpunkt, daß die BRD „unverzüglich die Reparationen für die von den deutschen Aggressionsarmeen in Albanien angerichteten Schäden" bezahlen muß. Albanien geht von einer Forderung von zwei Milliarden Dollar (plus Zinsen) zum Dollarwert von 1938 aus (lt. „Süddeutsche Zeitung", 2.4.76). Bis heute weigert sich die Bundesregierung, die im Potsdamer Abkommen und auf der Pariser Konferenz Ende 1945 festgelegten Kriegsentschädigungen an Albanien zu zahlen. Gegen diese feindselige Haltung hat die albanische Zeitung „Zeri i Populit", Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, am 23. April erneut protestiert. In diesem Artikel heißt es u.a.:

„Die starrsinnige Haltung Bundesdeutschlands, mit der es sich weigert, den Albanien geschuldeten Schadensersatz zu zahlen, ist nicht losgelöst von seinem allgemeinen politischen Kurs, den es seit seiner Entstehung verfolgt, von seinen weltweiten Anmaßungen wie zur Kaiser- und Hitlerzeit. Diese Haltung ist Ausdruck der Feindschaft, die es gegenüber jenen Ländern und Völkern hegt, die sich nicht mit dem Revanchismus und Faschismus abfinden, die nicht davon ablassen, die Gefahr der Wiederbelebung des deutschen Militarismus zu entlarven ... Heute tritt Bundesdeutschland, das aus der Rivalität der Supermächte profitiert, von denen jede versucht, es auf seine Seite zu ziehen, indem sie ihm ein Zugeständnis nach dem anderen machen, auf die Bühne der Geschichte, ohne einen Friedensvertrag unterzeichnet zu haben, ohne die Beschlüsse von Jalta und Potsdam zu befolgen und indem es sie verletzt.

Anstatt gegenüber Bundesdeutschland als Verantwortlichen für seine Vergangenheit die von den bekannten internationalen Abkommen vorgesehenen Zwangs- und Restriktionsmaßnahmen anzuwenden, versuchten und versuchen die USA und die revisionistische Sowjetunion nicht nur, es von jeder Verpflichtung zu befreien, sondern auch, es zu rehabilitieren und als einen friedliebenden und fortschrittlichen Staat aufzupolieren ... Es ist eine Tatsache, daß Bundesdeutschland heute immer nachdrücklicher versucht, seinen Willen den westeuropäischen Verbündeten aufzuzwingen, sie zu schwächen und ihnen ernste Schwierigkeiten zu bereiten, als vorherrschende Macht der europäischen Neun aufzutreten und sich offen die führende Rolle in der Europäischen Gemeinschaft anzumaßen und den alten Traum des deutschen Faschismus vom Lebensraum, von der besonderen Sendung in der Welt, von der Wiederherstellung Deutschlands in seinen historischen Grenzen anzustacheln.

Was die Volksrepublik Albanien betrifft, so wird sie wie bisher fortfahren, zu verlangen und dafür zu kämpfen, daß Bundesdeutschland seinen aus den internationalen Abkommen der Kriegszeit sich ableitenden Verpflichtungen als besiegter Staat nachkommt. Sie wird besonders dafür kämpfen, daß die deutsche Bundesrepublik die Reparationen bezahlt. Wenn die Bonner Regierung keine positive Antwort gibt und es nicht akzeptiert, die Reparationen zu bezahlen, werden wir nicht aufhören, sie wegen dieses unrechtmäßigen und feindlichen Aktes zu brandmarken ... Wir achten jene Deutschen und Demokraten, die sich von der Vergangenheit lösen und wiedergutmachen wollen, aber nicht die Faschisten, nicht die Schmidt und Strauß, die sich weigern, den Schaden zu bezahlen, den sie Albanien schulden und den sie unverzüglich bezahlen müssen".

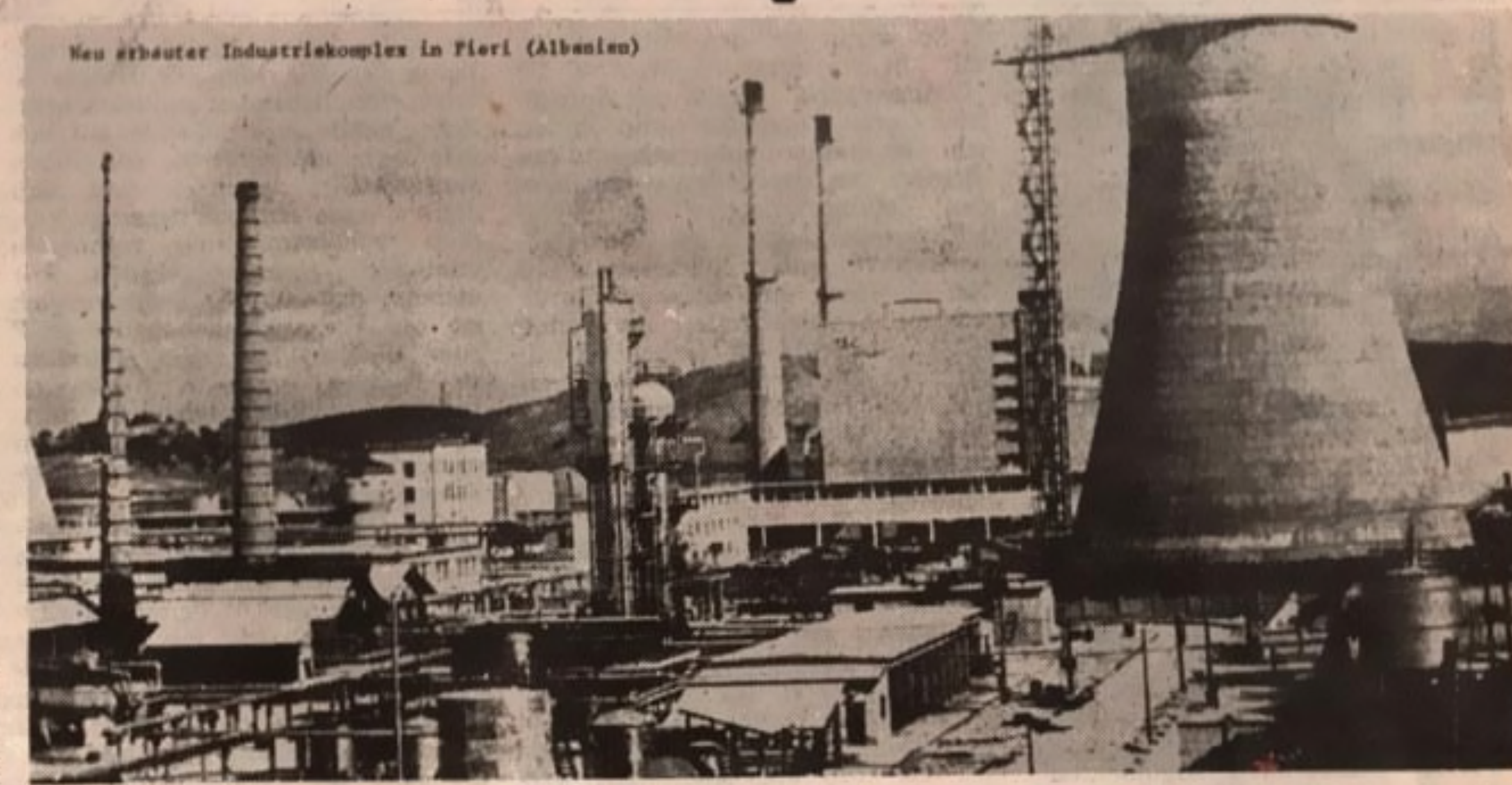
Dieser gerechte Standpunkt Albaniens verdient die volle Unterstützung aller demokratischen und friedliebenden Menschen unseres Landes! Die Bundesregierung behauptet, für die Reparationen „nicht zuständig" zu sein. Hingegen fühlt sie sich sehr wohl „zuständig", als „Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches" beispielsweise DDR-Bürger mit juristischer Verfolgung zu bedrohen und den Mordgenerälen der Nazi-Wehrmacht Pensionen zu bezahlen. Bezeichnenderweise richtet sich die einzige „Wiedergutmachung", für die sich die BRD-Regierung bisher „zuständig" fühlte, an den zionistischen Staat Israel, der zur Zeit der NS-Verbrechen noch nicht einmal bestand und der nicht als Vertreter der von den Faschisten ermordeten und geschundenen polnischen, russischen, deutschen und anderen Juden angesehen werden kann.

Wir fordern: Die Bundesregierung, die als Vertreterin des Großkapitals in der Tat die „Nachfolgerin" der Nazi-Diktatur darstellt, muß zahlen! Das deutsche Großkapital, für dessen Ziele die Nazis ihre Raubkriege führten, ist „zuständig" und für alle Schäden verantwortlich! Unterstützen wir den gerechten Standpunkt des albanischen Volkes! ●

Albanien auf dem Weg zum Sozialismus

Das gibt's in Europa!

In den letzten Jahren wurde in Albanien mit großer Intensität eine breite Massenkampagene gegen Erscheinungen und Einflüsse der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie und gegen die liberale Haltung ihnen gegenüber, gegen Bürokraismus und Technokratismus geführt.
Ziel dieser Kampagne ist es, die Wachsamkeit der Bevölkerung gegenüber bürgelichem, bürokratischen Verhalten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erhöhen. Damit soll verhindert werden, daß ähnlich wie in den osteuropäischen revisionistischen Ländern, Privilegien einer „Oberschicht" die Macht der Arbeiterklasse unterhöhlen und letztendlich zerstören.
Als einen Keim des Revisionismus betrachten die albanischen Genossen die auch in einer sozialistischen Gesellschaft noch notwendige Staffelung der Löhne. Notwendig deshalb, weil beim Aufbau des Sozialismus dem Lohnsystem das sozialistische Gesetz der Verteilung nach L e i s t u n g zugrunde gegegt werden muß, das heißt die Entlohnung eines jeden Mitglieds der Gesellschaft nach der Menge und Qualität der von ihm geleisteten Arbeit.



Neu erbauter Industriekomplex in Fieri (Albanien)

Hat das albanische Volk schon seit langer Zeit wichtige Prinzipien des sozialistischen Lohnsystems verwirklicht, wie z.B. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, so war es weiterhin bemüht, beständig die Lohnunterschiede abzubauen und die Lebensbedingungen der Menschen schrittweise, als Ausdruck der ständigen Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der Revolutionierung des Bewußtseins, anzugleichen. Ähnlich wie für die Sowjetunion nach der Oktoberrevolution war es auch für Albanien eine Lebensnotwendigkeit für gewisse Berufe, Posten und Aufgaben spezielle materielle Anreize zu schaffen, da das albanische Proletariat und die fortschrittliche Bauernschaft manche notwendigen Aufgaben (z.B. wissenschaftliche Berufe, Ingenieurstellen usw.) zunächst nicht allein lösen konnte.

Durch die zunehmende Emanzipation der albanischen Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern ist es zum einen möglich geworden, daß die Arbeiterklasse den Löwenanteil an leitenden Kaderfunktionen in der Wirtschaft selbst stellt, zum anderen ist die Revolutionierung des Lebens in Albanien so weit vorangeschritten, daß dies auch konsequenten Ausdruck ist die Revolutionierung des Lebens in Albanien so weit vorangeschritten, daß dies auch konsequenten Ausdruck im Abbau der Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, und natürlich auch in der Angleichung der Lohnstufen finden muß.

So wurde seit den fünfziger Jahren mehrere Male die niedrigen Lohnstufen angehoben, während gleichzeitig die Spitzenlöhne gesenkt wurden.

1973 betrug z.B. das Verhältnis zwischen dem Lohn eines einfachen Arbeiters der Metallindustrie und dem eines qualifizierten Arbeiters 1:1,7. Das Gehalt eines Ingenieurs war höchstens um 20 % höher als das eines qualifizierten Arbeiters. Der Direktor eines Betriebes der metallverarbeitenden Industrie konnte höchstens 50 % mehr verdienen als ein qualifizierter Arbeiter.

Der Direktor eines Bergwerkes verdiente höchstens 20 % mehr als ein qualifizierter Bergarbeiter, während ein stellvertretender Minister nur 30 bis 50 % mehr verdienen konnte. Zur Weiterentwicklung der auf dem Gebiet der Verteilung befolgten Politik beschlossen das ZK der PdAA und der Ministerrat der VR Albanien kürzlich folgendes:

1. Damit richtigere Verhältnisse zwischen den Löhnen der Arbeiter und Angestellten sowie zwischen den Löhnen der verschiedenen Angestelltenkategorien hergestellt werden, werden die hohen Löhne der leitenden Kader, der Intelligenz und der Kader der Streitkräfte über 900 Lek monatlich gesenkt, (der albanische Durchschnittslohn liegt bei ungefähr 850 Lek monatlich) ohne die niedrigen und mittleren Einkommen anzuta- schnittslohn liegt bei ungefähr 850 Lek monatlich) ohne die niedrigen und mittleren Einkommen anzuta- sten. Der Grad der Senkung der hohen Löhne wird 4 - 25% des heutigen Lohnes betragen.

Diese Maßnahme zielt darauf ab, das Lebensniveau der Kader dem allgemeinen Niveau der Massen anzunähern und Karrierismus, Drang nach Büroarbeit und vielen anderen Übeln den Weg zu verlegen, die zu einer bürgerlich-revisionistischen Entartung führen würden.

2. Die Löhne der Lehrkräfte und wissenschaftlichen Kräfte der Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen werden um 14 bis 22 %, die Honorare für akademische Grade und Titel bis zu 50 %, die Honorare für literarische, künstlerische und wissenschaftliche Werke um 30 bis 50 % gesenkt.
3. Die Löhne der Arbeiter der Landwirtschaft und des Obstbaus der landwirtschaftlichen Betriebe werden erhöht, wobei die Entlohnung ihrer Arbeit auch mit der Realisierung des Produktionsplans verbunden wird.
4. Um den Arbeitplatz, an dem die materiellen Güter erzeugt werden, noch höher zu bewerten, und um jede Erscheinung des Karrierismus und Bürokratismus zu bekämpfen, werden die Löhne der ausführenden Spezialisten des gleichen Wirtschaftszweiges vereinheitlicht, unabhängig von der Kategorie des Bezirks oder Betriebes. Um das Verhältnis zwi- zweiges vereinheitlicht, unabhängig von der Kategorie des Bezirks oder Betriebes. Um das Verhältnis zwi- schen den Löhnen der Spezialisten mit Hochschul- und höherer Schulbildung und denen der qualifizierten Arbeiter mit langer Arbeitserfahrung zu verbessern, erhalten die jungen Spezialisten, die die Hochschule absolvieren, ab 1. April '76 für die ersten beiden Arbeitsjahre etwa denselben Lohn wie die Arbeiter des höchsten Qualifizierungsgrades der gleichen Branche. Die jungen Spezialisten, die die höheren Fachschulen absolvieren und zu Angestellten berufen werden, werden in der Regel eine Lohnstufe niedriger bezahlt.
5. Um das Interesse der Arbeiter und ausführenden Spezialisten in den Betrieben, den Exekutivkomitees der Volksräte der Bezirke, den Ministerien und anderen zentralen Institutionen daran zu fördern, ihr ideologisch-politisches, kulturelles und fachlich-technisches Niveau zu erhöhen, wird das System angewandt, die Qualifizierung der Arbeiter und Spezialisten durch eine kulturell-fachliche Einschätzung zu bewerten. Dieses System soll die Arbeiterklasse befähigen, immer aktiver ihre Rolle bei der Leitung des gesamten gesellschaftlichen Lebens zu spielen.
6. Um die Anwendung des Prinzips der Entlohnung nach der Quantität und Qualität der Arbeit sowie die spezialistische Arbeitsorganisation zu vervollkommnen, werden Veränderungen in der Kategorisierung der Arbeitsvorgänge und Arbeitsplätze vorgenommen sowie die Bezahlung gemäß Arbeitsplatz erweitert.
7. Neben den Veränderungen im Lohn- und Prämiensystem werden im Verhältnis zur Senkung der hohen Löhne die hohen Alters- und Invalidenrenten, sowie die Dienstaltersrenten der Militärangehörigen gesenkt. Das zielt darauf ab, die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen Rentenkategorien zu verringern.
8. Den landwirtschaftlichen Genossenschaften wird empfohlen, ebenfalls die obigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Organisation und Entlohnung der Arbeit anzuwenden.

Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land

Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land

1. Um die Unterschiede zwischen Stadt und Land und auf dem Land zwischen dem Flachland und den Hügel- und Berggegenden weiter zu verringern, um das ökonomische, soziale und kulturelle Niveau der Bauernschaft schneller zu heben und um die Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Land weiter zu verbessern, übernimmt der Staat auch auf dem Land die Ausgaben für die Ambulanz, die Mütterberatungsstellen, die Entbindungsheime, die Kindergärten, die Kinderkrippen, die Bezahlung des Personals der Kulturhäuser in den Zentren der zusammengelegten Genossenschaften, die Investitionen für die Einrichtung von Schulen, Kindergärten und -Krippen auf dem Land, sowie der Kulturhäuser und Gesundheitseinrichtungen, die Ausgaben zur Instandhaltung des inneren Elektrizitätsnetzes in den Dörfern und des Telefonnetzes bis zum Zentrum der zusammengelegten Genossenschaften.
2. Der Prozentsatz der Renten der Genossenschafter wird erhöht, um ihn mit dem der städtischen Werktätigen zu vereinheitlichen; die Mindestrente der Genossenschaftsbauern wird erhöht; aus dem Fond der staatlichen Sozialversicherung wird die Bezahlung des Schwangerschaftsurlaubs geleistet; die Bezahlung des Schwangerschaftsurlaubs und die Beihilfe für die Niederkunft wird in Stadt und Land vereinheitlicht.
3. Die staatlichen Investitionen in den Hügel- und Berggegenden werden erhöht, um Bewässerungsanlagen zu errichten, Nebenkanäle zu ziehen und das bestehende Netz von Bewässerungsanlagen auszudehnen.
4. Der Verkaufspreis von Stickstoffdünger wird in einem Ausmaß von neun bis 15 % für die landwirtschaftlichen Genossenschaften gesenkt.
5. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften der Hügel- und Berggegenden werden von Bankzinsen für alle gewährten und in Zukunft zu gewährenden Kredite befreit, und der Zinssatz für alle übrigen Genossenschaften wird gesenkt. ...

Diese Maßnahmen, um die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Löhnen abzubauen und die Un-

Diese Maßnahmen, um die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Löhnen abzubauen und die Un-terschide zwischen Stadt und Land weiter zu verringern, traten am 1. April 1976 in Albanien in Kraft.

Während in den kapitalistischen Ländern der Reallohn der Arbeiter gesenkt wird, viele tausende Bauern sich nicht mehr von der Landwirtschaft ernähren können, die Sozialleistungen abgebaut werden und gleichzeitig die Einkommen der Kapitalisten ins Unermeßliche steigen, geht das albanische Volk unbeirrt weiter seinen Weg beim Aufbau des Sozialismus.

Und noch eine Schlußbemerkung sei gestattet.

Während in Albanien das Einkommen des Volkes, die Löhne der Arbeiter und Bauern ständig steigen, können natürlich auch die Preise nicht stabil bleiben.

Die albanischen Genossen haben deshalb z.B. im Zeitraum von 1950 bis 1969 14mal allgemeine P r e i s s e n k u n g e n (z.B. Konsumwaren, Nahrungsmittel, Medikamente, Dienstleistungen usw.) durchgeführt; jedoch noch nie sind im sozialistischen Albanien die Preise gestiegen! ●

Albanien Kommission
Gruppe Nürnberger Kommunisten

Genosse Enver Hodscha mit alten Kämpfern

Beziehungen Albanien-China

Lügen der Revisionisten entlarvt!

Eine ungarische Wochenzeitung verbreitete kürzlich die Meldung, die VR China wende gegen Albanien das Mittel wirtschaftlicher Erpressung an, um dieses Land zur Übernahme der außenpolitischen Strategie Chinas zu zwingen. Die VR China habe den Bau des albanischen Eisenhüttenkombinats Elbasan blockiert, indem sie angeblich kein Material für den Bau mehr lieferte (das Kombinat wird mit chinesischer Hilfe gebaut, u.a. unter Beteiligung chinesischer Arbeiter und Spezialisten). Es wurde auch behauptet, die VR China habe ihre Finanzhilfe für Albanien um die Hälfte gekürzt.

Daß zwischen Albanien und China in der Tat erhebliche außenpolitische Meinungsverschiedenheiten bestehen, insbesondere bei der Einschätzung der Lage in Europa, kann jeder sehen, der nicht mit „ML"-Scheuklappen durch die Welt rennt.

Albanien hat sich niemals der chinesischen These angeschlossen, daß der „russische Sozialimperialismus" der „schlimmste Feind der Völker Europas" sei, gegen den man sich sogar mit den westeuropäischen Imperialisten verbünden müsse. Während chinesische Politiker folglich die Imperialisten zum weiteren politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Zusammenschluß im Rahmen der EG ermuntern, bekämpft Albanien die EG, und insbesondere die Hegemoniebestrebungen der BRD-Imperialisten, entschieden. Während chinesische Politiker die übelsten Vertreter des BRD-Imperialismus als „weitsichtig" belobigen und der imperialistischen Kriegsrüstung das positive Etikett „Erhöhung der Wachsamkeit gegenüber dem russischen Sozialimperialismus" aufkleben, hat Albanien niemals aufgehört, einen Kampf gegen die revanchistischen und aggressiven Bestrebungen des BRD-Imperialismus zu führen.

Die bürgerliche Presse berichtet selbst, die Anfang der 60-er Jahre Schlag auf Schlag ihre gesamte finanzielle und technische Hilfe für die VR China einstellte, alle vertraglichen Zusagen brach, ihre Techniker aus der VR China abberief usw., um China zum Verzicht auf seine Kritik am Revisionismus zu zwingen. – „Was ich selber denk und tu, trau ich auch jedem andern zu", nach diesem Motto waren offensichtlich die revisionistischen Erfindungen von einer „Abkühlung der chinesisch-albanischen Beziehungen", von der Einstellung der Bauarbeiten im Eisenhüttenkombinat Elbasan u.a. zusammengeschmiert worden.

Allen Verleumdungen zum Trotz wurde jedoch Ende April in Elbasan die erste Gußeisenstraße Albaniens in Betrieb genommen. Enver Hodscha, Erster Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, empfing aus diesem Anlaß albanische und chinesische Arbeiter und Spezialisten. In seiner Ansprache sagte er u.a.: *„Seit einiger Zeit läuft in der kapitalistisch-revisionistischen Welt eine Kampagne, die den Eindruck zu erwecken versucht, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Albanien sich abgekühlt hätten. Es gibt keine niederträchtigere Verleumdung als diese. Aber das überrascht uns nicht. Denn so haben die Feinde gehandelt und so werden sie weiter handeln. Eine ungarische Zeitung erdichtete sogar, die Chinesen würden angeblich kein Material mehr für den Bau des Hüttenkombinats in Elbasan liefern, so daß es auf halbem Wege stehenbleibe ... So handeln die wildesten Feinde unserer beiden Länder, die wildesten Feinde der Revolution und des Sozialismus und aller Völker".*

Für die Beziehungen zwischen Albanien und China gilt also: Meinungsverschiedenheiten Ja. Aber wirtschaftliche Erpressung als politisches Druckmittel Nein. – Möge das so bleiben!

Nachweislich geben chinesische Politiker zweifelhafte „Tips" dieser Art an ihre „Bruderparteien" und sogar an nationale Befreiungsbewegungen. Es ist kein Wunder, daß revisionistische Kommentatoren da auch gleich an wirtschaftliche Erpressung dachten und entsprechende Verleumdungen und Phantasieprodukte über eine Einstellung oder Kürzung der chinesischen Hilfe für Albanien in die Welt setzten. Denn für die Revisionisten sind politische Meinungsverschiedenheiten und wirtschaftliche Erpressungsversuche voneinander nicht zu trennen. Das klarste Beispiel dafür ist die Sowjetunion schon seit längerem, daß Albanien in Gesprächen mit chinesischen Politikern immer wieder aufgefordert wurde, seine konsequente antiimperialistische Außenpolitik zu ändern und sich nach chinesischem Vorbild den EG-Imperialisten anzunähern. ●

Stoppt den Amoklauf der DKP

Erklärung des LG des Kommunistischen Bundes

In einem bisher beispiellosen Ausmaß ist es am Rande der Demonstration gegen das Wettrüsten am 22. Mai in Bonn zu Übergriffen und Gewalttätigkeiten von Mitgliedern der DKP sowie ihrer Jugendorganisationen SdAJ und MSB gegen politisch Andersdenkende gekommen. Die „Ordnertrupps" der DKP hatten dabei alle Sammel- und Kundgebungsplätze, einschließlich der angrenzenden Straßen, hermetisch abgeriegelt. Wer es trotzdem „wagte", in dieser Zone Zeitungen zu verkaufen oder Flugblätter zu verteilen, die der DKP nicht genehm waren, wurde von den „Ordnern" der DKP angegriffen und verprügelt. Ein Verkäufer des ARBEITERKAMPF wurde beispielsweise von drei DKPlern festgehalten, an den Haaren gerissen, in den Unterleib getreten.

Die DKP hat seit ihrer Gründung im Umgang mit politisch Andersdenkenden von links immer wieder „schlagenden Argumenten" den Vorzug vor politischer Auseinandersetzung gegeben. In letzter Zeit hat diese Praxis jedoch erheblich zugenommen und wurde von der DKP geradezu polizeimäßig perfektioniert.



So waren bei dem SdAJ-„Festival" in Dortmund am 24. April die „Ordnertrupps" bereits mit Sprechfunk-Geräten ausgerüstet und wurden von der Einsatz-Leitung hin und her dirigiert, um über jeden auftauchenden Zeitungsverkaufer oder Flugblattverteiler herzufallen. Die „Ordnertrupps" hatten Stärken von 20 bis 50 Mann, ihre Methoden waren die von Schlägerbanden. Eingeladen hatte die SdAJ zu diesem „Festival" mit den Worten: *„So etwas an freier, internationaler Diskussion in der Jugend hat die Bundesrepublik Deutschland noch nie erlebt. Hier kann jeder seine Meinung sagen."*

Dies galt aber offenbar nur für die CDU, deren weit rechts stehender Schülerverband von der SdAJ ausdrücklich als Diskussionspartner eingeladen worden war.

Das Auftreten der DKP und ihrer Jugendorganisationen bei der Bonner Abrüstungs-Demonstration werten wir als noch ungeheuerlicher, weil nicht einmal die DKP oder ihre Jugendorganisationen der Veranstalter war, sondern ein parteipolitsch unabhängiges Komitee. Offenbar maßt sich die DKP jetzt sogar schon bei solchen Demonstrationen, die nicht einmal von ihr organisiert werden, das Faustrecht an, darüber zu entscheiden, was die teilnehmenden Menschen lesen dürfen und was nicht. In ähnlicher Weise waren die DKP und ihre Jugendorganisationen schon am 1. Mai sehr aktiv, indem ihre „Ordnertrupps" vielerorts handgreiflich darüber befinden wollten, was auf DGB-Demonstrationen „gewerkschaftsfeindlich" sei und was nicht. So in Bremen, wo die DKPler Massenschlägereien provozierten, als sie einen großen Teil der Demonstranten am 1. Mai einfach aus dem Zug drängen wollten.

Wir sind der Meinung, daß die DKP und ihre Jugendorganisationen, solange sie an diesen schädlichen und verbrecherischen Methoden festhalten, kein Bündnispartner der demokratischen, friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte unseres Landes sein können. Jedes Zusammengehen mit der DKP, unter dem zweifelhaften „Schutz" ihrer Schlägertrupps, stellt für die Verantwortlichen dieser Methoden letzten Endes eine Ermutigung dar. Wir rufen alle demokratischen, friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte unseres Landes auf, sich öffentlich und eindeutig von diesen Methoden abzugrenzen und sich dafür einzusetzen, daß derartige Vorfälle zukünftig von vornherein unmöglich gemacht werden. Wir meinen, daß es sehr wohl möglich ist, die Verantwortlichen der DKP zum Verzicht auf diese Methoden zu zwingen, wenn die demokratischen, friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte einhellig dagegen protestieren und die Verantwortlichen isolieren.

Die DKP rechtfertigt ihre Schlägermethoden zum Teil mit dem Auftreten von Gruppen wie der sogenannten „KPD", der „KPD/ML" und mitunter auch dem KBW, die mit provokatorischen Parolen auftreten und in der Tat der Reaktion dienen. Dazu sagen wir: In erster Linie ist es die DKP **selbst**, die dafür die Verantwortung trägt, wenn manche Jugendliche, die für Demokratie und Sozialismus kämpfen wollen, in die Arme eines „links" verbrämten Antikommunismus getrieben werden. Denn die DKP hat gegenüber diesen Jugendlichen nichts getan, um sie durch politische Argumente zu überzeugen, sondern hat sie durch Schlägermethoden und phrasenhafte Polemiken in ihren Irrwegen nur bestärkt. Wir sagen klar: Die Führer von DKP, SdAJ und MSB **brauchen** diese provokatorisch auftretenden Gruppen, um bei ihren eigenen Mitgliedern jenes ‚Feindbild' hervorzurufen, daß sie dann zu willigen und fanatischen Schlägern gegen **jeden** politisch Andersdenkenden links von der DKP macht. Es ist daher kein Zufall, sondern dient diesen Methoden, daß die DKP immer bestrebt ist, sämtliche Standpunkte links von der DKP mit den Parolen der provokatorisch auftretenden Gruppen in einen Topf zu werfen und zu identifizieren. Es dient gleichfalls diesen Methoden, wenn die DKP ohne einen Hauch von Argumenten und Beweisen alle linken Gruppen als beauftragte und bezahlte Agenten der Reaktion diffamiert. Das war innerhalb der Arbeiterbewegung zu allen Zeiten der schwerste Vorwurf, und wer ihn erhob, mußte selbstverständlich handfeste **Beweise** vorlegen können, wenn der Vorwurf nicht auf ihn selbst zurückfallen sollte.

Verschärft wird diese Entwicklung der DKP offensichtlich durch das Schwinden ihres politischen Einflusses. Alle Wahlen der letzten Zeit signalisieren für die DKP eine stark abnehmende Tendenz. Die DKP, die bei den letzten Bundestagswahlen 1972 nur auf 0,3 % kam, wird diesmal größte Mühe haben, auch nur



DKP-Schläger in Aktion

diesen Prozentsatz zu halten. Die Erkenntnis ihres sinkenden Einflusses, der sich z. B. auch an den einstigen DKP-„Hochburgen", den Universitäten, widerspiegelt, bestärkt offenbar die Führer von DKP, SdAJ und MSB in ihren abenteuerlichen und schädlichen Auffassungen über den Umgang mit politisch Andersdenkenden. Ihr Kurs geht auf blutige Konfontation, die nur der Reaktion dienen würde. Wir rufen dazu auf, diesen verhängnisvollen Amok-Lauf zu stoppen. Gemeinsam werden die demokratischen, friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte unseres Landes dazu in der Lage sein!

LG des Kommunistischen Bundes
26. 5. 76

Offener Brief

An Uta Ranke-Heinemann, Günther Wallraff, Prof. Kade, Gerhard Weber und Pastor Niemöller

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie sind auf der Bonner Abrüstungsdemonstration am 22. Mai als Redner aufgetreten. Obwohl wir über den Nutzen dieser Demonstration wohl anderer Meinung sind als Sie, möchten wir Sie beglückwünschen zu dem Mut, auf dieser von Springerpresse, CDU und SPD einhellig angefeindeten Manifestation allen antikommunistischen Anfeindungen zum Trotz aufzutreten. Das ist in der Bundesrepublik von heute wahrlich keine leichte Sache.

Wir möchten jedoch Ihre Aufmerksamkeit lenken auf einige Vorfälle am Rande der Demonstration, die Ihnen möglicherweise entgangen sind: Die DKP hatte es, wohl ungebeten, als ihre Aufgabe angesehen, die Demonstration zu „schützen". Das sah so aus, daß Ordnertrupps der DKP und ihrer Jugendorganisationen die Demonstration schon im weiten Umkreis abgeriegelt hatten und Jagd machten auf Menschen, die der DKP nicht genehme linke Zeitungen und Flugblätter anboten. Hierbei kam es immer wieder zu äußerst brutalen Übergriffen dieser „Ordner". So wurde ein Mitglied unserer Organisation, der den „Arbeiterkampf" verkaufte, von drei „Ordnern" festgehalten, an den Haaren gezogen, in den Unterleib getreten.

Dies ist nicht das erste Mal, daß die DKP politische Auseinandersetzung durch das Faustrecht zu ersetzen versucht. Neu dürfte jedoch sein, daß dies auf einer Veranstaltung geschieht, die gar nicht von der DKP selbst, sondern von einem parteipolitisch unabhängigem Komitee organisiert wurde.

Wir sind sicher, daß dieses Vorgehen der DKP und ihrer Jugendorganisationen auf der Bonner Abrüstungsdemonstration von Ihnen nicht gebilligt, sondern vielmehr aufs Entschiedenste verurteilt wird. Wir bitten Sie daher, öffentlich Ihren Protest zu erklären und dadurch mitzuhelfen, solche Vorfälle zukünftig unmöglich zu machen!

Mit freundlichen Grüßen
LG des Kommunistischen Bundes
26. 5. 76

stellt für die Verantwortlichen dieser war innerhalb der Arbeiterbewegung 26. 5. 76

Sternmarsch (der in Wirklichkeit auch ge-

ANTIREPRESSIONS-KONGRESS, FRANKFURT

Über die Pfingsttage (5. bis 7. Juni) führt das Sozialistische Büro (SB) im Rahmen einer längerfristig angelegten Anti-Repressions-Kampagne in Frankfurt einen nationalen Kongreß durch, der verschiedene Großveranstaltungen, Arbeitsgruppen, Demonstrationen etc. umfassen soll.
Der Kongreß – wie die ganze Kampagne des SB – richtet sich gegen die zunehmende politische Repression in gesellschaftlichen Bereichen der BRD und die verschärfte ökonomische Ausbeutung.
In einem Brief an das SB hat die Leitung unserer Organisation Initiative und Durchführung von Kongreß und Kampagne begrüßt. Wir haben eine Einladung zum Kongreß durch das SB dankend angenommen und werden den Kongreß mit einer Delegation unter Führung einiger Leitungsmitglieder des KB beschicken. Die KB-Gruppen und Mitglieder aus Frankfurt, Darmstadt und Umgebung werden auch auf der Ebene der öffentlichen Mobilisierung den Kongreß unterstützen. Darüberhinaus werden zahlreiche Mitglieder unserer Ortsgruppen über Pfingsten nach Frankfurt fahren und selbständig am Kongreß und seinen diversen politischen und kulturellen Veranstaltungen teilnehmen.

Wir erwarten vom Kongreß eine Vertiefung des Erfahrungsaustausches auf den verschiedenen Gebieten politischer Arbeit unserer Genossen und Herausbildung von Möglichkeiten einer solidarischen Zusammenarbeit trotz politischer Differenzen und unterschiedlicher Organisations-Zugehörigkeit.
Wie dem SB schon schriftlich angekündigt, wollen wir hier gleichzeitig eine Kritik abdrucken, die von unserer Frankfurter Gruppe geschrieben wurde und die bestimmte Teilaspekte der SB-Einschätzung und -politik im Zusammenhang mit dem Kongreß beinhaltet, nämlich einmal eine gewisse Unterschätzung des Faschisierungs-Prozesses in der BRD und zum anderen die für das SB u. E. typische Überbewertung sogenannter „Vermittlungs-Probleme" und „neuer Formen" des politischen Widerstandes und Protestes.

Leitung des Kommunistischen Bundes

Das Sozialistische Büro (SB) hat mit einer längerfristig gedachten Antirepressions-Kampagne begonnen. Im Januar wurde dazu eine Sondernummer ihrer Zeitung „links" herausgegeben, von der bis heute rund 60.000 Exemplare verkauft sein sollen.

Einen „ersten Höhepunkt" soll diese Kampagne nun in einem Kongreß während der Pfingsttage finden, zu dem das SB 5–8.000 Teilnehmer erwartet.

In seinem Aufruf zum Pfingstkongreß (abgedruckt auch in „links" Nr. 76, April 76) schreibt das SB, daß die zunehmende politische und ökonomische Unterdrükkung in unserem Land das Ziel verfolge, die *„demokratischen Grundrechte einzuschränken und sozialistische Opposition zu illegalisieren"*. Die *„Unterdrückung jeder konsequenten linken Opposition"* solle einer Situation *„vorbeugen"*, wo *„die Linke bei aufbrechenden Klassengegensätzen zunehmend Gehör bei den Lohnabhängigen findet"*. Weiter heißt es: *„Mit zunehmender Schwere der Krisen des Kapitalismus wird auch die Unterdrückung zunehmen. Wir müssen deshalb schon jetzt darauf hinarbeiten, daß eine derartige Verschärfung, die sich mehr als bisher auch auf Sozialdemokraten und Gewerkschaften erstrecken wird, uns nicht unvorbereitet trifft."*

Da die Bundesregierung und das westdeutsche Kapital versuchen würden, *„eine wirtschaftlich und letztlich auch politisch führende Stellung der Bundesrepublik gegenüber den anderen westeuropäischen Staaten durchzusetzen"*, müsse der „*Widerstand gegen Repression in der Bundesrepublik*" deshalb auch *„eine enge internationalistische Zusammenarbeit in Westeuropa anstreben"*.

Ein gewisser Mangel in der Einschätzung von Seiten des SB scheint uns da zu liegen, wo diese Bestrebungen des westdeutschen Kapitals nur einseitig damit begründet werden, daß es auf diese Weise versuche, *„den Krisenfolgen entgegenzuwirken"*. Demzufolge hebt das SB auch nur einseitig hervor, daß das Ausmaß der politischen Unterdrückung *„nicht mehr nur Folge der Schwäche der Arbeiterbewegung in der BRD (ist), sondern... auch Zeichen der Schwäche der herrschenden Klasse"*.

Unserer Auffassung nach ist das Expansionsstreben des westdeutschen Imperialismus allerdings nicht so sehr als ein bloßer „Auswegsversuch" aus einer „inneren Krise" heraus zu verstehen, was auch zu einer leichtfertigen Unterschätzung seiner weiteren Möglichkeiten führen könnte. Umgekehrt ist eher zu sehen, daß die „innere Krise" (Arbeitslosigkeit, „Geldmangel" für Sozialleistungen usw.) von den Kapitalisten und ihrer Regierung großenteils **planmäßig** verschärft wird, um das nötige wirtschaftliche Potential für ihre Expansionsbestrebungen freizusetzen. Das erklärt auch, wieso der westdeutsche Imperialismus **von sich aus** und schon **bevor** die heutige Massenarbeitslosigkeit usw. „in Erscheinung trat", eine schrittweise Faschisierung in Staat und Gesellschaft durchzusetzen begann – ohne durch ein aktuelles Ansteigen des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse dazu „gezwungen" zu sein.

Ein weiterer Mangel besteht unseres Erachtens darin, daß das SB als Antwort auf die verstärkte Repression hauptsächlich auf die Diskussion neuer „Organisationsformen" orientiert. Hervorgehoben wird, daß *„Duckmäusertum, Vorsicht bei Meinungsäußerungen und Unterwürfigkeit ... Erscheinungen der Anpassung an die stärker werdene Repression"* sind, und daß dagegen *„nur wirksam entgegengetreten werden (kann), wenn die individuelle Angst in Widerstand gegen diese Unterdrückung umschlägt, wenn dieser Widerstand organisiert erfolgt und wenn damit für wirksame politische Arbeit Perspektiven eröffnet werden."* Soweit, so gut.

Aber seit jeher gehört es zu den „programmatischen Auffasungen" des SB, die beklagte „Vereinzelung" lediglich in eine bereichsbeschränkte „Koordination" zu überführen, den „organisierten Widerstand" nur auf den Weg von mehr oder weniArbeitsgruppen zu hieven (siehe auch unsere bereits in AK 28 – Mai 73 – veröffentlichte Auseinandersetzung mit dem SB-Mythos der „Selbstorganisation"). Der Schaffung einer übergreifenden revolutionären Organisation, die den spontanen Protest- und Kampfaktionen längerfristig ein Rückgrat geben kann, hat sich das SB bislang immer mit Argumenten wie: das sei „dogmatisch" usw., widersetzt. Stattdessen wird der untaugliche Versuch unternommen, die Austüftelei von „neuen Protestformen", „neuen Organisationsformen" usw. als Perspektive zu weisen, die angeblich verhindern sollen, *„nicht von der Repression kaputt gemacht zu werden"* (Aufruf zum Pfingstkongreß). Als Beispiel dafür wird gleich der für den 5. Juni geplante Sternmarsch gegeben, der *„die ritualisierte (?) Form (!) vergangener Demonstrationen zugunsten einer besseren Vermittlungsfähigkeit gegenüber der Bevölkerung aufheben"* könnte. Das Argument der „besseren Vermittlungsfähigkeit" ist im übrigen auch eine Standardformel der sogenannten „undogmatischen Linken" geworden, unter der sich meist ein opportunistisches Anpassen an das „vorherrschende Bewußtsein" versteckt (so kommen gerade von SB-Vertretern in Aktionseinheitsverhandlungen immer wieder Vorbehalte nach dem Motto „das ist zwar richtig, aber das kann man so nicht vermitteln", oder „man darf dem Bewußtseinsprozeß nicht vorgreifen" und „die Leute nicht verschrekken" – wenn es z.B. darum geht, die konterrevolutionäre Rolle der Sozialdemokratie in Portugal und deren Aufpäppelung durch die SPD zu entlarven). Außerdem ist es ein völlig hergeholtes und allenfalls sich am Antikommunismus anbiederndes Argument, die Frage einer „besseren Vermittlungsfähigkeit" sozialistischer Politik an bestimmte „Formen" ketten zu wollen – entsprechend genau dem (von den bürgerlichen Ideologen hochgezüchteten) vorherrschenden Bewußtsein", Kommunismus mit „Randaliererei", „Gewaltpredigt" und „Terror" zu „identifizieren".

Die Forderung „Weg mit den Berufsverboten" (die laut SB-Aufruf „keineswegs ausreicht") wird nicht dadurch „besser vermittelt", daß sie statt auf einer „traditionellen" Demonstration auf einem Sternmarsch (der in Wirklichkeit auch gerade keine neue „Erfindung" des SB, sondern in Wirklichkeit ein uralter Hut ist) erhoben wird, oder daß sie statt auf roten Transparenten getragen von einer Theatergruppe vorgesungen wird. Wir sind der Auffassung, daß man **alle** Formen nutzen muß, die geeignet sind, sozialistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse zu tragen, und da gibt es unter den genannten nicht solche, die aus sich selbst heraus „besser" und solche die „schlechter" sind, solche die „zulässig" und solche die „unzulässig" sind. Eine Antirepressionskampagne sollte sich zwar **auch** mit der Frage nach dem **Spektrum** möglicher „Widerstandsformen" befassen; ihr erstes Anliegen sollte aber darin liegen, das politische Bewußtsein zu schärfen, grössere Klarheit über die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land (und in Westeuropa insgesamt) und über die Notwendigkeit, die Ziele und die Forderungen eines organisierten Abwehrkampfes gegen die Faschisierung zu schaffen. **Darin** sehen wir auch die begrüßens- und unterstützenswerte Initiative dieser Kampagne des SB.

KB/ Gruppe Frankfurt

Inhalt

Zum Eingreifen der Linken in die Bundestagswahlen

Anfang Oktober wird der Bundestag neu gewählt werden. Mit Scheingefechten über „Freiheit oder Sozialismus" haben die bürgerlichen Parteien ihren Wahlk(r)ampf schon begonnen.

Die Wahlkampagne ist naturgemäß eine Zeit erhöhter politischer Interessiertheit, Aufnahmebereitschaft und Diskussion in der arbeitenden Bevölkerung. Sie ist also auch eine besondere Gelegenheit und Herausforderung für die Kräfte links vom Spektrum der bürgerlichen Parteien, ihre eigenen Positionen breiter bekannt zu machen und zur Diskussion zu stellen.

Verschiedene Organisationen, die den Anspruch haben, eine fortschrittliche, revolutionäre Politik zu vertreten, haben bereits ihre Kandidatur bei den Bundestagswahlen angekündigt - die DKP, der KBW, die „KPD". die GIM...

Keine der kandidierenden Organisationen hat jedoch über die Frage von Zweck und Art einer Wahlbeteiligung eine Diskussion nach innen und außen geführt:

– Für die DKP, die sich in grenzenlosem Dünkel als „einzige Arbeiterpartei der Bundesrepublik" anpreist, ist ohnehin klar, daß es eine innere Diskussion über die Politik sowieso nicht gibt, und eine Auseinandersetzung mit anderen Organisationen natürlich erst recht nicht, da diese automatisch „Spalter", „Chaoten" usw. sind.

– Die trotzkistische GIM hat den Beschluß zur Kandidatur ohne vorherige öffentliche Auseinander- [illegible] ohne überzeugende [illegible] didatur offenbar bürokratisch innerhalb gesetzt: Viele Mitglieder der GIM erfuhren davon erst, als es in ihrer Zeitung zu lesen stand!

– Der KBW hat vor der Bekanntgabe seiner Kandidatur als Alibi ein Gespräch mit „KPD/ML", „KPD" und KAB"D" geführt, d.h. der vom KBW erfundenen „marxistisch-leninistischen Bewegung". Gespräche mit anderen als diesen drei Organisationen hat der KBW von vornherein nicht geführt. Aber auch das Gespräch mit diesen drei Organisationen ließ der KBW sogleich platzen, ohne daß über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens zu den Wahlen überhaupt ernsthaft diskutiert worden wäre. Argumente für seine Kandidatur hat der KBW nicht veröffentlicht.

– Für die vaterländische „KPD" ist gleichfalls ohne Diskussion nach innen und außen klar, daß es grundsätzlich ihre „leninistische Pflicht" ist, keine Gelegenheit zur Kandi-

– Für die vaterländische „KPD" ist gleichfalls ohne Diskussion nach innen und außen klar, daß es grundsätzlich ihre „leninistische Pflicht" ist, keine Gelegenheit zur Kandi-

datur auszulassen, seien es nun Landtagswahlen oder Bundestagswahlen. Die „KPD" kommt allerdings aufgrund ihres stramm vaterländischen Rechtskurses ohnehin für ein linkes Wahlbündnis nicht in Frage.

Als bisher einzige Organisation außer dem Kommunistischen Bund hat das SB („links") seine Absicht erklärt, *„eine Diskussion über die Bundestagswahl 1976 öffentlich zu beginnen, während in den meisten sozialistischen und kommunistischen Organisationsansätzen in Westdeutschland die Argumentation zur Bundestagswahl im geschlossenen Kreis dieses oder jenes ‚Zentralkomitees' bereits vorgeklärt ist"*. Demgegenüber wird sich dafür ausgesprochen, *„daß die Erörterung dieses Problems von Anfang an nicht nur intern laufen, sondern über ‚links' die am SB orientierten Sozialisten und die Linke darüber hinaus einbeziehen sollte"* („links", Mai'76). Ein einleitender Diskussionsbeitrag von Arno Klönne und Klaus Vack (führende Mitglieder des SB) ist dazu bereits erschienen. Auf seinen Inhalt soll noch eingegangen werden.

Der Kommunistische Bund ist schon 1972 aus grundsätzlichen Überlegungen so verfahren, sein Eingreifen in die Bundestagswahlen zuvor umfassend in der gesamten Organisation zur Diskussion durch Veröffentlichung einzelner Stellungnahmen im AK auch nach außen zu tragen. Stellungnahmen aus über 70 Einheiten und Zellen wurden abgegeben, was bedeutet, daß sich praktisch unsere gesamte Organisation auf ihrem damaligen Stand an der Diskussion beteiligte. Wir sehen uns dadurch in der Meinung bestärkt, daß überhaupt nur eine auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus beruhende kommunistische Organisation wie der KB eine derart breite, so viele Genossen und Bereiche erfassende Debatte führen kann, was einem relativ losen „koordinierenden" Zusammenschluß wie dem SB bei allem guten Willen, den wir den Genossen unterstellen möchten, nicht in derselben Weise möglich sein kann.

Wir wurden wegen unseres Vorgehens, die Frage der Wahlen in der gesamten Organisation zu diskutieren, damals ausdrücklich von den Organisationen angegriffen, die später den KBW gründeten (KB Bremen, NRF Heidelberg). Sie meinten, es müßte so sein, daß die Leitung von oben nach unten die Taktik festlegt. Das zeigt, das sie schon damals das Wesen des demokratischen Zentralismus überhaupt nicht begriffen hatten.

Wie bereits im letzten AK angekündigt, werden wir auch diesmal wieder eine breite innerorganisatorische Auseinandersetzung um das Eingreifen des Kommunistischen Bundes in die Wahlkampagne führen. Diese Diskussion hat inzwischen begonnen. Mehr als 1972 wollen wir uns bemühen, diese Diskussion auch nach außen zu tragen, eine Diskussion auch z w i s c h e n den Organisationen zu führen.

Die Situation ist heute freilich so, daß die meisten Organisationen mit [illegible] keine offene [illegible] opportunistisches Verschweigen [illegible] Widersprüchen oder platte, inhaltsarme Polemik zurückziehen. Insbesondere der KBW hat sich das traurige „Verdienst" erworben, das schmutzige Mittel des politischen Betrugs, der Zitatenfälschung, der Lüge und Verleumdung auch links von der DKP „hoffähig" gemacht zu haben. Falsch wäre es indessen, diese Erscheinung n u r auf den Widerspruch zwischen den verkommenen „Führern" solcher Organisationen und ihrer „ehrlichen Basis" zu reduzieren. Ausdruck der mangelnden politischen Reife der revolutionären Linken in unserem Land ist vielmehr, daß solche Methoden, die die Methoden des Klassenfeindes sind, immer noch breit angewendet werden können, ohne daß die Urheber augenblicklich mit Schimpf und Schanden davongejagt werden.

Diese Situation des Klassenfeindes sind, immer noch breit angewendet werden können, ohne daß die Urheber augenblicklich mit Schimpf und Schanden davongejagt werden.

Diese Situation aufzubrechen und zumindest in Ansätzen eine ehrliche und solidarische Diskussion innerhalb der linken Kräfte zu entwickeln könnte ein wichtiges, vielleicht sogar langfristig gesehen das wichtigste Ergebnis der Wahlkampagne für die revolutionäre Linke unseres Landes sein.

Wahl der SPD?

Unser Eingreifen zu den Bundestagswahlen 1972 hatten wir mit einer konkreten Wahlempfehlung für die SPD verbunden. Die vorherige Diskussion in unserer gesamten Organisation hatte gezeigt, daß mindestens 85 % der Genossen diesem Vorgehen zustimmten, während einige wenige Genossen eine Wahlempfehlung für die DKP oder einen Aufruf zum Nicht- bzw. Ungültig-Wählen (‚Wahlboykott') befürworteten.

Was die kommenden Wahlen angeht, hat sich das LG des Kommunistischen Bundes in seinem als Diskussionsgrundlage gedachten Rundschreiben dafür ausgesprochen, „daß eine solche Wahlempfehlung heute angesichts der veränderten Bedingungen nicht mehr in Frage kommt". Erste Diskussionen in der Organisation – diese sind allerdings noch nicht abgeschlossen, sondern wurden bisher erst in einigen Einheiten eröffnet – lassen darauf schliessen, daß diese Meinung von der Mehrheit der Genossen geteilt wird.

Unsere Wahltaktik 1972 hat uns starke Anfeindungen von seiten der damaligen Super„linken" (die sich inzwischen in Vaterlandsverteidiger verwandelt haben) und des sich damals gerade formierenden KBW eingetragen. Schon damals wurde die Auseinandersetzung von diesen Gruppierungen weniger mit Argumenten, als vielmehr mit schamlosen Verdrehungen und Unterstellungen geführt, was seine Wirklung wohl insgesamt nicht verfehlte, da die meisten Genossen dieser Gruppierungen sich nicht die Mühe machten, unsere t a t s ä c h l i c h e n Positionen zu untersuchen. Insgesamt ist einzuschätzen, daß unsere damalige Wahltaktik, die wir nach wie vor für richtig im Sinne unserer M a s s e n arbeit halten, uns innerhalb der Linken ziemlich geschadet hat und mit dazu beigetragen hat, daß sich ein total prinzipienloser Zirkel wie der KBW vorübergehend beträchtlich ausdehnen konnte, während unsere eigene Organisation im nationalen Maßstab noch bis ins letzte Jahr hinein fast stagnierte.

Offenbar in der Hoffnung, daß uns unsere damalige Wahlempfehlung für die SPD immer noch ‚anhängt', setzen KBW und Vaterlandsverteidiger auch jetzt wieder auf eine haltlose Diffamierung des KB. Die Vaterlandsverteidiger, die sich für das Bündnis mit der „nichtmonopolistischen Bourgeoisie" („KPD/ML") oder gar mit „patriotischen Teilen der monopolistischen Bourgeoisie" („KPD") aussprechen, möchten gern den Spieß umdrehen, indem sie jetzt u n s wegen unserer damaligen Wahlempfehlung für die SPD eine „Blockbildung mit der Bourgeoisie" und ähnliches andichten. Der KBW setzt wie üblich auf die Vergeßlichkeit der Menschen, indem er behauptet, demagogisch damals „Versöhnung mit [illegible]. In Stellungnahmen im AK 21 (August/September 1972) einige falsche Auffassungen – er verschweigt jedoch, daß es sich dabei nicht etwa um die Meinung der AK-Redaktion und des LG handelt, sondern um Zitate aus einer Stellungnahme unserer Hamburger Metall-Lehrlingsgruppe! In der Manier berufsmäßiger Fälscher, die sich keine Gelegenheit entgehen lassen, wollen die KBW-Führer jetzt die Tatsache ausnutzen, daß damals im AK eine ganze Reihe von Stellungnahmen aus verschiedenen Bereichen unserer Organisation, darunter auch solche mit teilweise unrichtigen Ansichten, veröffentlicht wurden.

Unsere Haltung zur SPD war bereits in unserem Aufruf zum 1. Mai unrichtigen Ansichten, veröffentlicht wurden

Unsere Haltung zur SPD war bereits in unserem Aufruf zum 1. Mai 1972 klar dargelegt: „Die SPD... erfüllt an der Regierung die Aufgaben jeder bürgerlichen Partei, betreibt die Kommunistenjagd in den staatlichen Institutionen, den Ausbau des Polizei-Apparates die Durchsetzung der ‚Lohnleitlinien'. . . Der Kampf gegen die schrittweise Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft muß von der Arbeiterklasse nicht nur gegen die CDU/CSU, sondern auch gegen die SPD/FDP-Regierung als gegenwärtige Geschäftsführerin der Kapitalistenklasse geführt werden" (AK 17). Weit davon entfernt, Illusionen über die SPD zu verbreiten, haben wir in der Wahlkampagne die SPD als ausführende Kraft der Faschisierung gekennzeichnet – während der KBW überhaupt eine Faschisierung leugnete! (und anscheinend bis heute nicht viel klüger geworden ist)!

Unser Vorgehen war (und ist) bestimmt von der Einschätzung: „Die ‚Gefährlichkeit' der SPD besteht darin, daß sie besser als die CDU/CSU geeignet ist, Politik des Großkapitals im Gewand einer ‚Volkspartei' zu vertreten. Die SPD ist also die ‚gefährlichere' der bürgerlichen Parteien, weil sie die raffiniertere – von den Massen schwerer durchschaubare – Variante kapitalistischer Politik vertritt" (AK 24, „SPD - eine ‚bürgerliche Volkspartei' "). „Unser Verständnis von antifaschistischem Kampf ... erfordert nicht eine A b s c h w ä c h u n g , sondern eine S t ä r k u n g des Kampfes gegen die SPD als bürgerliche Partei und gegen die sozialdemokratische Ideologie" (AK 20, "SPD - das ‚kleinere Übel' ?").

Von dieser richtigen Linie, die unser Eingreifen in die Bundestagswahlen bestimmte, gab es einzelne Abweichungen bei manchen Genossen, wie etwa die These, daß die SPD für das Kapital *„kein geeignetes Mittel mehr"* sei (Stellungnahme der Hamburger Metall-Lehrlingsgruppe), oder die Behauptung in einem Hamburger Bezirks-Flugblatt, durch die Wahl der SPD die Faschisierung aufhalten zu wollen.

Diese Abweichungen entsprachen keineswegs der allgemeinen Linie unseres Eingreifens in die Bundestagswahl-Kampagne und wurden rasch korrigiert. So hieß es in der Stellungnahme des KB zu den Bundestagswahlen: „Es wäre eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß ein Wahlsieg der SPD mehr als nur geringfügig günstigere Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse schaffen kann. Die SPD wird weder willens noch in der Lage sein, den Prozeß der Faschisierung bedeutend zu verlangsamen oder gar zu stoppen. Ganz im Gegenteil. Die SPD ist ihrer Rolle als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse nicht nur in der Geschichte immer gerecht geworden, sie hat sie auch in den zurückliegenden drei Jahren mustergültig gespielt.

Diesen Charakter der SPD vor der Arbeiterklasse zu enthüllen, den Arbeitern immer wieder konkret zu beweisen, daß die SPD die Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse ist, das wird eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten in der vor uns liegenden Zeit sein. Für den Fall eines Wahlsieges der SPD/FDP werden wir dazu gute Bedingungen vorfinden. Denn in der Regierung muß die SPD aktiv die Geschäfte der Kapitalisten besorgen (AK 23).

Wir gingen 1972 davon aus, daß im Volk eine starke Bewegung zugunsten der Verteidigung der SPD/FDP-Regierung und gegen einen Regierungsantritt der CDU/CSU vorhanden war. Das Mißtrauensvotum der CDU/CSU im Frühjahr hatte spontan zehntausende Werktätige auf die Straßen gebracht – die wichtigsten politischen Massendemonstrationen seit vielen Jahren. Wir teilten nicht die Meinung derjenigen Organisationen, die diese Massenbewegung entweder als bedeutungslos oder gar als reaktionär abtaten. Vielmehr sahen wir darin einen, wenn auch noch ideologisch an die SPD gefesselten, spontanen Protest gegen die von der Bourgeoisie vorangetrie-

mehr sahen wir darin einen, wenn auch noch ideologisch an die SPD gefesselten, spontanen Protest gegen die von der Bourgeoisie vorangetrie-

bene Rechtsentwicklung. Die Kommunisten können diese Kämpfe nicht vorantreiben, indem sie den Massen vorhalten, daß es sich doch gar nicht lohne, gegen die CDU/CSU zu kämpfen, weil die bürgerlichen Parteien schließlich ja doch allesamt „Jacke wie Hose" seien.

Es hat sich erwiesen, daß das Unverständnis, das damals eine Organisation wie der KBW gegenüber dieser Massenbewegung zeigte (einige Vorläufergruppen des KBW, wie KB Bremen und KB Göttingen, riefen sogar in Flugblättern dazu auf, die Demonstrationen gegen das Mißtrauensvotum zu „boykottieren"!), g r u n d s ä t z l i c h e r Natur ist. Ebensowenig begriffen diese Leute beispielsweise vor dem 25. November in Portugal die Notwendigkeit, entschieden gegen die Gefahr eines Rechtsputsches zu kämpfen, indem sie die These vertraten, daß eine bürgerliche Regierung genauso wie die andere sei, und es sich nur für den Sozialismus, nicht aber gegen einen Rechtsputsch, zu kämpfen lohne.

Die Massenbewegung 1972 richtete sich nicht nur gegen die CDU/CSU, sondern verband deren Ablehnung mit Reform-Erwartungen an die SPD – sowohl hinsichtlich der Erweiterung der politischen Demokratie als auch hinsichtlich einer Verbesserung der sozialen Leistungen und des individuellen Lebensstandards. An diese Bewegung anzuknüpfen und sie im Rahmen unserer noch sehr geringen Möglichkeiten voranzutreiben, zugleich die darin enthaltenen Illusionen zu bekämpfen, das schien uns am besten möglich in Verbindung mit einer konkreten Wahlempfehlung für die SPD.

Uns schien dies eine richtige Anwendung der Taktik, wie sie Lenin in „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" (1920) beschreibt: *„Den englischen Kommunisten fällt es jetzt sehr oft schwer, an die Masse auch nur heranzukommen, sich bei ihr auch nur Gehör zu verschaffen. Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, daß ich dazu auffordere, für Henderson und gegen Lloyd George zu stimmen* (d.h. für die Sozialdemokraten und gegen die Konservativen), *so wird man mich gewiß anhören. Und ich werde nicht nur in populärer Weise erklären können, warum die Sowjets besser sind als das Parlament und die Diktatur des Proletariats besser ist als die Diktatur Churchills ... , sondern ich werde auch erklären können, daß ich Henderson durch meine Stimmabgabe ebenso stützen möchte, wie der Strick den Gehängten stützt (!); daß in dem Maße, wie sich die Henderson einer eigenen Regierung nähern, ebenso die Richtigkeit meines Standpunkts bewiesen wird, ebenso die Massen auf meine Seite gebracht werden und ebenso der politische Tod der Henderson und Snowden beschleunigt wird, wie das bei ihren Gesinnungsgenossen in Rußland und Deutschland der Fall ist.*

Und wenn man mir entgegnen sollte, das sei eine zu ‚schlaue' oder zu komplizierte Taktik, die Massen würden sie nicht verstehen, sie werde unsere Kräfte verzetteln, zersplittern, werde uns hindern, diese Kräfte auf die Sowjetrevolution zu konzentrieren, usw., so werde ich diesen ‚linken' Opponenten antworten: Wälzt euren Doktrinarismus nicht auf die Massen ab! In Rußland ist das Kulturniveau der Massen gewiß nicht höher, sondern niedriger als in England. Und dennoch haben die Massen die Bolschewiki begriffen ...".

Gegenüber 1972 kann heute von einer M a s s e n bewegung für die SPD nicht die Rede sein. Obwohl unserer Meinung nach die SPD noch nicht völlig „abgewirtschaftet" hat (in dem Sinn, daß sich die Werktätigen massenhaft von ihr abwenden würden), bestehen die 1972 vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Erwartungen sicher insgesamt nicht mehr – ohne daß dies allerdings schon zu einer spürbaren Linkswendung im Volk geführt hätte. Die SPD heute zu unterstützen, „wie der Strick den Gehängten stützt", damit sie sich in der Regierung noch weiter entlarvt, [illegible] hätte.

Die SPD heute zu unterstützen, „wie der Strick den Gehängten stützt", damit sie sich in der Regierung noch

weiter entlarvt, scheint uns nach den vorangegangenen vier Jahren Regierungspolitik der SPD keine glaubwürdige Taktik mehr zu sein. Heute muß vielmehr im Vordergrund stehen, umfassend die Regierungspolitik der SPD in den vergangenen Jahren ins Bewußtsein zu rücken, die Rolle der SPD als Wegbereiter der Faschisierung aufzuzeigen und so stark, wie heute möglich den Protest dagegen auch auf der Wahlebene zu organisieren.

Festzuhalten bleibt jedoch grundsätzlich zweierlei:

1. Die Wahlempfehlung für eine bürgerliche Arbeiterpartei kann unter Umständen eine kommunistische Taktik, im Einklang mit Lenin, sein. Sie ist nicht unter allen Umständen und automatisch „Versöhnung mit der Sozialdemokratie", „Blockbildung mit der Bourgeoisie" usw.
2. Es kann unter Umständen für die Kommunisten nötig sein, in gewissen Formen auch eine bürgerliche Regierung zu verteidigen (wie beispielsweise in Portugal vor dem 25. November die V. Regierung Goncalves gegen die Gefahr eines Rechtsputsches oder die Abwehr des Kapp-Putsches in Deutschland 1920), oder den Griff einer Partei nach der Regierung b e s o n d e r s zu bekämpfen (beispielsweise Mißtrauensvotum der CDU/CSU 1972). Unter solchen Umständen sich darauf zu beschränken, daß eine Partei und eine Regierung genauso wie die andere sei und daß es kein „kleineres Übel" gebe, käme der Rolle nörgelnder Zuschauer gleich und wäre eine geradezu lächerliche Verkennung des zum Ausdruck kommenden Willens der Massen, für ihre politischen Rechte, für demokratische Freiheiten und für eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu kämpfen.

„Programmkandidatur" oder Wahlbündnis?

Keine der linken Parteien oder Organisationen links von der SPD hat die geringste Chance, die 5%-Hürde zu überspringen – als notwendige Voraussetzung für einen Einzug ins Parlament.

Die DKP, als stärkste dieser Gruppierungen, kam 1972 auf ganze 0,3%. Die DKP war damals erstmalig zur Bundestagswahl eigenständig angetreten. 1961 hatte das von den Revisionisten beherrschte „Wahlbündnis" DFU immerhin noch 1,9% der Stimmen erhalten; 1969 war das „Wahlbündnis" ADF auf 0,6% gekommen. Die Landtagswahlen seit 1972 lassen darauf schließen, daß der Trend der Revisionisten weiterhin nach unten weist.

Nichtsdestotrotz wird die DKP wohl auch in diesem Jahr an ihrer üblichen unehrlichen Taktik festhalten, so zu t u n, als hätte sie Aussichten, die 5%-Hürde zu überspringen. So wie sie 1972 unter der traumtänzerischen Parole kandidierte „Kommunisten in den Bundestag" und bei den Kommunalwahlen mit der Parole „Kommunisten ins Rathaus" Glaubwürdigkeit zu finden hoffte, wird sie wohl auch dieses Jahr ihre politische Hochstapelei fortsetzen. Der „Erfolg" zeigt sich in einer schwindenden Glaubwürdigkeit dieser Partei und Resignation selbst bei vielen ihrer Mitglieder.

Ehrlicher verhalten sich der KBW (Kandidatur in allen Bundesländern mit einer Landesliste und in 120 von 248 Wahlkreisen mit einem Direktkandidaten) und die trotzkistische GIM (Kandidatur in 12 Städten und insgesamt 15 Wahlkreisen, Landeslisten in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg): Sie erklären von vornherein, daß sie es als wesentliche Aufgabe ihrer Wahlkampfführung ansehen, ihr Programm zu verbreiten.

So der KBW: „.... *Diese Lügen zu entlarven, die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse bewußt zu machen, dem Programm der Bourgeoisie und ihrer Parteien das Programm*
entlarven, die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse bewußt zu machen, dem Programm der Bourgeoisie und ihrer Parteien das Programm
des Proletariats entgegenzusetzen, das ist der Zweck der Wahlkampfführung des KBW" („KVZ", 29.4.76).

Und die GIM: „*Die revolutionären Marxisten verteidigen bei Wahlen stets ihr eigenes Programm ... Die GIM steht deshalb vor der Alternative, die Bundestagswahl 1976 weitgehend für ihre Verankerung in der Arbeiterklasse, Propagierung ihres Programms und Aufbau ihrer Organisation an sich vorüberstreichen zu lassen, wie die vorangegangenen Landtagswahlen auch, oder aber selbst zu kandidieren und mit ihren eigenen Kandidaten für ihr eigenes Programm in die Bundestagswahl zu intervenieren*" („Was tun", 13.5.76).

Während die GIM ausdrücklich davon spricht, i h r Programm propagieren zu wollen, umschreibt der KBW dies in seiner gewohnten dezenten Art mit den Worten „*Programm des Proletariats*" bzw. „*Programm der Kommunisten*"; dieses läßt sich, wie er selbst sagt, „*folgendermaßen zusammenfassen: Beseitigung des Privateigentums! Aufhebung des Lohnsystems! Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus*" („KVZ" 29.4.76).

Auf einer solchen Basis müßte eigentlich, sollte man meinen, eine breite Aktionseinheit zu den Wahlen möglich sein. Stattdessen serviert der KBW dann gleich seine eigenen berüchtigten „Programm-Forderungen", wenn auch leicht entschärft (so vermißt man schmerzlich Forderungen wie „Wahl der Lehrer durch das Volk", „Sturz der Magistrate" und „Volksentscheid gegen den § 218").

Nachgerade vermag der KBW nicht zu begründen, warum er keinen ernsthaften Versuch unternommen hat, das „Programm des Proletariats", das er dem „Programm der bürgerlichen Parteien" entgegenstellen will, vorher öffentlich zu diskutieren mit dem Ziel entweder einer gemeinsamen Wahl-Plattform oder eines Wahlbündnisses auf der Grundlage unterschiedlicher Programme. Für den KBW steht ohne Diskussion offensichtlich fest, daß nur durch eine eigene und ausschließliche Kandidatur das „Programm der Kommunisten" würdig vertreten werden kann.

Nicht so für die GIM! Die GIM geht vielmehr von der unserer Meinung nach völlig richtigen Überlegung aus, daß es – unbeschadet der Propagierung ihres eigenen Programms – „*in einer bestimmten Situation auch richtig sein (kann), Wahlbündnisse mit anderen Parteien oder Kräften einzugehen und mit diesen auf einer gemeinsamen Aktionsplattform anzutreten*" oder auch „*zur Wahl einer anderen Partei als der eigenen auf(zu)rufen*", wobei die GIM auch die SPD nicht grundsätzlich ausschließt („Was tun", 13.5.76).

W a r u m in der heutigen „bestimmten Situation" die GIM nicht einmal V e r s u c h e unternommen hat, öffentlich über die Möglichkeiten eines Wahlbündnisses zu reden, vermag sie allerdings kaum besser zu erklären als der sich in Schweigen hüllende KBW. So befassen sich in der Resolution des ZK der GIM zu den Bundestagswahlen mehr als zwei Zeitungsseiten mit den bürgerlichen Parteien, aber nur wenige Zeilen gelten der Frage eines „*Wahlbündnis linker Grüppchen*" und der „*Notwendigkeit der Eigenkandidatur*".

Kurz gesagt ist die Argumentation der GIM folgende: Ein Wahlbündnis kommt nur in Frage, wenn es einen „realen Klasseneinfluß" hat. Wo dieser beginnt, ist schwerlich exakt zu definieren. Ungefähr scheint der Unterschied in der Mitte zwischen den Klassenkampf-Situationen Italiens und Portugals zu liegen: Für Italien propagiert die GIM ein linkes Wahlbündnis („Was tun", 13.5.76), für Portugal hingegen eine eigenständige Kandidatur der Trotzkisten (z.B. „Was tun", 20.5.76).

Ein Wahlbündnis o h n e „realen Klasseneinfluß", und darum könnte es sich jedenfalls in der BRD sicher nur handeln, wäre ein verabscheuungswürdiges „*zentristisches Manöver*" und „*für die revolutionären Marxisten*" (so bezeichnet die GIM sich selbst) „*unzulässig*". Nicht unwitzige Schlußfolgerung: Je einflußloser und zersplitterter die Linke ist, umso notwendiger ist es der GIM zufolge offenbar, daß jedes Grüppchen mit eigenen Kandidaten ins Feld zieht!

Eine etwas andere Variante der „Programm-Kandidatur" bietet noch die „KPD", die wiederholt „*ihre prinzipielle Bereitschaft für eine Aktionseinheit zu den Bundestagswahlen erklärt*" hat (u.a. „Rote Fahne", 12.5.76). Als „*Mindest(!)-voraussetzung*" dafür fordert die „KPD" nichts weiter, als die Anerkennung eines „5-Punkte-Pro-
tagswahlen erklärt" hat (u.a. „Rote Fahne", 12.5.76). Als „*Mindest(!)-voraussetzung*" dafür fordert die „KPD" nichts weiter, als die Anerkennung eines
„5-Punkte-Programms". Punkt 1: „*Die beiden Supermächte sind die Hauptfeinde der Völker. Der sowjetische Sozialimperialismus ist die gefährlichere der beiden Supermächte*". Punkt 5: „*Der modern[illegible] der Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung*". Punkt 2 bis 4: Allgemeine Schnacks über proletarische Revolution und Diktatur des Proletariats. Die „KPD" macht also nicht die Anerkennung bestimmter programmatischer Forderungen (wie etwa den 7-Stunden-Tag) zur Voraussetzung, sondern „nur" die Anerkennung ihrer „strategischen" Grundlinie („Hauptfeind Sozialimperialismus und DKP").

Die „Programm-Kandidatur" geht in jedem Fall davon aus, daß die ganz spezifischen Programm-Thesen dieser oder jener Organisation nur auf eine Art in der Wahlkampagne unters Volk gebracht werden können, nämlich durch eine Eigen-Kandidatur. Beim KBW (und wohl auch bei der „KPD") nimmt diese Idee noch die extreme Form an, sogar in Bereichen (50% aller Wahlkreise!) zu kandidieren, wo dafür nicht die allermindesten Voraussetzungen durch eine bisherige politische Arbeit bestehen. Wahrscheinlich hat man beim KBW schon „vergessen", daß man ein solches Vorgehen früher an der „KPD" ausdrücklich kritisiert hat! Die GIM beschränkt sich zwar im Wesentlichen auf einige Großstädte, dafür ist aber ihr Einfluß auch noch weit geringer als der des KBW.

Die „Programmkandidatur" hat nebenbei den zweifelhaften Vorteil, daß man sich über die erreichte Stimmenzahl wenig Gedanken zu machen braucht. Insbesondere der KBW ist darin Meister, selbst das mieseste Ergebnis noch als großen Erfolg zu bejubeln, „weil das Stimmen für das Programm der Kommunisten sind". Devise: Klein, aber fein! (Im Übrigen wird der KBW wahrscheinlich jeden beliebigen Wahlausgang, mag nun die SPD gewinnen oder die CDU, als Beweis dafür interpretieren, daß „die Massen nach links wollen" und sich das sozusagen nur aus Unkenntnis der Massen noch nicht in einem Wahlsieg des KBW niedergeschlagen hat, dessen Programm ja den gemeinsten Wünschen der Massen entspricht).

Unserer Meinung nach legt die Taktik der „Programm-Kandidatur" das Hauptgewicht zu Unrecht auf das Ziel, Menschen (und seien es auch nur entsprechend wenige) zur Stimmabgabe für die eine oder andere Organisation auf der Basis ihres Programms zu gewinnen, statt sich zu bemühen, die Unzufriedenheit mit der SPD/FDP-Regierung in Stimmen für eine b r e i t e r e linke Alternative einmünden zu lassen.

Ohnehin ist es das Kennzeichen kleiner Sekten, die praktisch überhaupt keine Massenverankerung haben, daß Stimmen für sie in erster Linie Stimmen für ihr Programm sind. Je stärker eine Organisation ist, umso weniger trifft das noch zu. Wenn beispielsweise die GIM ein paar hundert Stimmen erhalten sollte, so kann man getrost annehmen, daß diese wirklich nur aus dem Kreis ihrer Mitglieder und engeren Sympathisanten kommen, also Stimmen für die Politik der GIM sind. Weniger trifft dies schon bei der „KPD" zu, die immer noch darauf rechnen kann (wenn auch glücklicherweise nicht entfernt in dem von ihr ursprünglich erhofften Ausmaß!), einfach auf Grund ihrer drei Buchstaben die eine oder andere Stimme einzufangen. Und der KBW wird zweifellos von vielen Menschen gewählt werden, die sein Programm entweder gar nicht kennen oder es nicht in allen Punkten unterstützen, aber die ihre Stimme für eine kommunistische Alternative geben wollen. Dasselbe wäre zweifellos erst recht der Fall, wenn wir selbst beispielsweise in Hamburg kandidieren würden. Eine Organisation, die eine politische Massenarbeit macht, hat naturgemäß ein „Umfeld", das weit über die von ihr im weiteren Sinne organisatorisch erfaßten Menschen hinausgeht. Die Zahl potentieller Wähler für eine linke Alternative ist jedenfalls erheblich höher als die Zahl derjenigen, die das Programm des KBW oder der GIM kennen und anerkennen. Die Werktätigen heute aufzufordern, für die „*Wählbarkeit der Offiziere*" und die „*Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes*" (KBW) oder für „*staatliche Lehrwerkstätten und Kontrolle der Berufsausbildung durch die Gewerkschaften*" (GIM) ihre Stimme abzugeben, geht zweifellos (abgesehen von Zweifeln an der Richtigkeit derartiger Forderungen) an der Situation der Wahl glatt vorbei. Es kann unsererer Meinung nach jetzt nicht das Ziel sein, die Massen bei den Wahlen für das eine oder andere Schul- und Ausbildungsmodell zu gewinnen, für „Arbeiterkontrolle" oder „Volksbewaffnung" sondern es muß vor allem
Ziel sein, die Massen bei den Wahlen für das eine oder andere Schul- und Ausbildungsmodell zu gewinnen, für „Arbeiterkontrolle" oder „Volksbewaffnung" sondern es muß vor allem
darum gehen, die vorhandene Unzufriedenheit mit der SPD-Regierungsführung aufzunehmen und zusammenzuführen. Wir halten [illegible] großen Fehler, wenn sich Organisationen diskussionslos zu einer eigenen „Programm-Kandidatur" entschließen, anstatt die Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens zu den Wahlen zumindest einmal zu erproben und zur öffentlichen Debatte zu stellen. Im genauen Gegensatz zur GIM sind wir der Meinung, daß Anstrengungen in diese Richtung gerade w e g e n der Schwäche und Spaltung der Linken nötig sind.

Eine breite Debatte um die Wahltaktik organisieren!

Alle Genossen und Symphatisanten unserer Organisation sind aufgerufen, zur Organisierung einer breiten Debatte über das Eingreifen der Linken in die Wahl-Kampagne beizutragen. Diskussionen am Arbeitsplatz und Wohnort, Artikel in örtlichen Publikationen und Flugblätter, ‚Offene Briefe', Diskussionsveranstaltungen mit anderen Organisationen, können Mittel dieser Debatte sein. Im Gegensatz zu dieser Vorgehensweise, daß dieses oder jenes ZK beschließt und dann seine Entscheidung „von oben nach unten" durchsetzt, ist die Organisierung einer breiten Debatte die beste Form, um die Meinung der Linken insgesamt zu erfahren und – unter Berücksichtigung der Meinungen anderer Werktätiger und Studenten, – die am besten geeignete Vorgehensweise festzulegen. Die Organisierung solcher Massendebatten ist für die kommunistische Bewegung eine wesentliche Lehre aus der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China.

Ein wichtiges Vorbild ist die Diskussion, die jetzt in Italien über die Beteiligung der Linken an den im Juni anstehenden Parlamentswahlen geführt wurde. Das Ergebnis war, daß nach anfänglichen Widerständen eine gemeinsame Kandidatur der drei relevanten linken Organisationen – Lotta Continua, PdUP und Avanguardia Operaia – zustande kam, die auch von den Trotzkisten und wesentlichen Teilen der „ML"-Kräfte unterstützt wird.

Die Erfahrung ist, daß innerhalb der Linken im Grunde ein großes Bedürfnis nach E i n h e i t vorhanden ist und daß eine solche Einheit auch gegenüber den Volksmassen glaubwürdiger auftreten kann als eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen. Wir meinen, daß beim Eingreifen in die Wahlen eine solche Aktionseinheit möglich und richtig ist, die den bürgerlichen Parteien nicht einfach eine Anzahl von „Programm-Kandidaturen" gegenüberstellt, sondern eine breitere linke Alternative – sei es in Form gemeinsamer Listen, von Wahlabkommen, von Unterstützung anderer Listen, von gemeinsamen Wahlaufrufen oder auch aus einer gemeinsamen Wahl-Plattform.

Für unsere eigene Organisation käme – wenn überhaupt – eine Kandidatur (eigenständig oder gegebenenfalls auf gemeinsamen Listen) von vornherein nur in wenigen Städten und Wahlbezirken in Frage, nämlich dort, wo unsere Arbeit schon eine gewisse Dauer und einen gewissen Einfluß hat. Wieweit dies örtlich möglich und sinnvoll ist, wird zur Zeit in der Organisation diskutiert.

Darüber hinaus hat das LG vorgeschlagen, zur Stimmabgabe für eine der kandidierenden Organisationen links von der SPD aufzurufen. Das hieße in erster Linie für die DKP oder den KBW. Wir würden es für falsch halten, grundsätzlich nur für die eine oder die andere dieser Organisationen aufzurufen, da wir nicht den Eindruck machen wollen, als wäre eine dieser Organisationen „besser" als die andere. Indessen wird es sich oft aus den örtlichen Besonderheiten ergeben, mehr die eine oder mehr die andere Organisation in den Vordergrund zu rücken.

Diese Wahlempfehlung müßte verbunden sein mit einer umfassenden Begründung, warum wir für die Wahl einer Organisation links von der SPD aufrufen, und was uns andererseits von diesen Organisationen t r e n n t. Dieser Aspekt müßte breit in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Ganz falsch wäre es, die Auseinandersetzung mit diesen Organisationen in der Wahlkampagne a b z u s c h w ä c h e n. Im Gegenteil muß die Wahlkampagne auf jeden Fall genutzt werden, um sich mit diesen Organisationen öffentlich auseinanderzusetzen und unsere eigenen alternativen Vorstellungen breiter bekannt zu machen.

Das heißt, die Wahlkampagne muß dazu genutzt werden, um zum einen den nationalen Aufbau unserer Organisation, der in den letzten Monaten schon einen „großen Sprung nach vorn" erlebt hat, mit aller Kraft weiter voranzutreiben und die örtlichen Gruppen zu festigen und mehr zu „verankern", und muß zum anderen genutzt werden, die Einheit der Linken, im Prozeß von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit, zu entwickeln. Dabei müssen wir praktisch am Nullpunkt beginnen, wozu das Aufbrechen der starren „Zirkel"-Schranken und die Organisierung einer breiten Debatte über die Wahltaktik eine wichtige Voraussetzung sind.

Dieser Artikel berücksichtigt eine Reihe von Fragen der Wahltaktik noch nicht, wie etwa die Einschätzung der bürgerlichen Parteien und die Schwerpunkte im Kampf gegen sie. Auch die Grundlagen einer möglichen Wahl-Plattform sind noch nicht enthalten. Diese Aspekte sollen in kommenden Nummern des AK weiter entwickelt werden. Außerdem werden wir von der nächsten Ausgabe des AK ab Stellungnahmen aus der Organisation bekannt machen. ●

Diskussions-Beitrag
des LG und der AK-Redaktion

30.5.76

SB: Wahlempfehlung für die DKP?

Als bisher einzige Organiation außer dem Kommunistischen Bund hat das SB seine Bereitschaft erlärt, „eine öffentliche und offene Diskussion über die Bedeutung der Bundestagswahl 1976 für die sozialistische Linke" zu führen.

Zur „*Einleitung*" der Diskussion wurde in „links" vom Mai ein Artikel von Arno Klönne und Klaus Vack veröffentlicht, der aber keine konkreten Vorschläge enthält, sondern in dem erklärtermaßen „*zunächst nur Fragen begründet gestellt, aber eben nicht ‚beantwortet' werden*".

Die Verfasser stellen zunächst fest, daß ihre Haltung zur Bundestagswahl 1972 (Wahlempfehlung für die SPD) „*zum Teil auch durch die Hoffnungen bestimmt (war), die – wenn auch begrenzt – in die Sozialdemokratische Partei gesetzt wurden*". „*Manchen Genossen erschien die SPD damals als eine Partei, die durch innere Opposition und zugleich durch Druck von außen her in eine sozialistische Richtung gedrängt werden könne.*" Die Frage, ob es „*sinnvoll*" sei, „*die SPD noch einmal zu wählen*", wird zwar nicht ausdrücklich beantwortet, offensichtlich aber von den Verfassern verneint. Ohne Begründung (warum eigentlich?!) schließen sie auch die Möglichkeit aus, „*eine dem Wahlrecht entsprechende ‚Wahlvereinigung zum Zwecke linker Proteststimmen' zu organisieren*". Sie gelangen somit zu zwei Alternativen, nämlich entweder „Wahlboykott" (was sie als „*kaum mehr als eine theoretische Überlegung*" offenbar ablehnen) oder aber: „die Stimme für eine der kandidierenden kommunistischen Organisationen abzugeben, und zwar so, daß öffentlich begründet wird, weshalb man sich der Programmatik und Politik dieser entsprechenden Organisation nicht verschreibt, worin man sie kritisiert und weshalb man die Stimmabgabe für sie für richtig hält." Diese Möglichkeit reduziert sich für die Verfasser auf die DKP, da „*KPD/KPD-ML/KBW inzwischen weitgehend Positionen vertreten, die sie aus dem Spektrum des Innerhalb der linken Bewegung immerhin noch Diskutablen herausfallen lassen*". (Aber könnte man das nicht mit ebensoviel Recht auch für die DKP sagen?!).

Die Verfasser stellen abschließend fest, daß eine Wahlempfehlung für die DKP für das SB „*einige...zu Recht als prekär angesehene allgemeine Probleme*" aufwerfen würde. Man darf wohl, ohne in Spekulationen abzugleiten, sagen, daß eine solche Wahltaktik innerhalb des SB auf starke Widerstände stoßen würde, die unserer Meinung nach – ohne jemanden kränken zu wollen – ihre Wurzeln eher in antikommunistischen Resentiments als in einer revolutionären Kritik an der DKP haben.

Der Kommunistische Bund hat sich inzwischen schriftlich an das SB gewendet, unsere Standpunkte (bzw. Diskussion darüber) dargestellt und ein Gespräch vorgeschlagen. Ebenso haben wir uns an den ‚Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD' gewendet. ●







CDU-Parteitag in Hannover

CDU will reaktionäre Massenmobilisierung

Vom 24.5. – 26.5. führte die CDU in Hannover ihren Parteitag zur Eröffnung und Ausrichtung des Wahlkampfes durch. Anwesend waren außer den 820 Landesdelegierten die internationale Starbesetzung der europäischen christdemokratischen Konterrevolution.

Der Parteitag verabschiedete ein Wahlprogramm und ein programmatisches „Europäisches Manifest".

Strauß gibt den Ton an

[illegible] des Parteitags: *„Aus Liebe* [illegible] *Sozialismus, CDU* [illegible]*heit statt frei"*, signalisiert, daß sich innerhalb der CDU der Kurs der offenen Konfrontation zur SPD/FDP-Regierung durchgesetzt hat, den die Rechtsaußen Strauß, Dregger und Carstens zwei Wochen zuvor in der Haushaltsdebatte eingeschlagen hatten.

Unter frenetischem Beifall konnte Strauß die Delegierten darauf vereinheitlichen, daß die Parole „Freiheit oder Sozialismus" keineswegs nur eine *„schüchterne Frage"* sei, sondern *„eine knallharte Alternative"*. Diese Wahl sei *„ein säkulares Ereignis"*, d.h. von „weltgeschichtlicher" Bedeutung. Man müsse sich der *„rücksichtslosen*

Alternative". Diese Wahl sei *„ein säkulares Ereignis"*, d.h. von „weltgeschichtlicher" Bedeutung. Man müsse sich der *„rücksichtslosen*

Wahrheit" stellen, daß *„dunkle Kräfte"* das *„machtlose Europa einkreisen und ausmanövrieren"*, mit dem Ziel, Europa zu *„finnlandisieren"*. (Soll heißen: Sturmreif machen und kampflos besetzen).

Dieser Linie folgend forderten die europäischen Gastredner wie die Parteivorsitzende der britischen Konservativen Margaret Thatcher, der italienische Christdemokrat Fanfani und der Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei, Tauss, u.a. eine vereinigte Offensive der „Demokraten" gegen die „Bedrohung" des westeuropäischen Imperialismus durch „Volksfrontkommunisten": *„Dem Sozialismus kann national Einhalt geboten werden, er ist aber nur weltweit (!) zu besiegen."*

Die CDU-Führung ordnete sich der von Strauß ausgegebenen Linie widerstandslos unter. Generalsekretär Biedenkopf beeilte sich sogar, den „wissenschaftlichen Nachweis" dafür zu liefern, daß die „sozialistischen Experimente" der SPD/FDP-Koalition zur Unfreiheit führen müßten.

Außer Hetze nichts zu erwarten

[illegible] tags offiziell am Schluß des Parteitags [illegible] Parteiprogramm enthält über diese Hetze hinaus keine konkreten politischen Alternativen zu Politik und Programm der SPD/FDP-Koalition. Neben einem Sammelsurium widersprüchlicher Versprechungen an alle und und jeden werden „die Probleme zwar beschrieben, Lösungen aber nicht angeboten." Selbst die großbürgerliche Presse kommentiert das Programm daher als *„Plattform der Unverbindlichkeiten"* („Zeit", 28.5.). Und: *„Was überhaupt noch an Substanz bleibt, hat oft verzweifelte Ähnlichkeit mit den Entwürfen von SPD und FDP."*

28.5.). Und: *„Was überhaupt noch an Substanz bleibt, hat oft verzweifelte Ähnlichkeit mit den Entwürfen von SPD und FDP."*

Entsprechendes gilt für das „Europäische Manifest", das von den Sozialdemokraten in ihrer „Hamburger Morgenpost" aufschlußreich kommentiert wurde: *„Die Ziele freilich könnten einem SPD-Programm entstammen: ein europäischer Bundesstaat, eine freiheitliche Ordnung – nichts dagegen. Sicherheit Europas, Freiheit und Frieden – jeder will's. Ausbau der europäischen Gemeinschaft – wirtschaftliche und soziale Sicherheit für alle – Beifall. Unterschiedlich sind Methoden und Wege, wie diese Ziele erreicht werden können"* („Mopo", 26.5.).

In der Tat unterscheiden sich die bisher bekannten sogenannten „Sachziele" der Wahlprogramme nur in Nuancen. Im parlamentarischen Betrugsmanöver dieser Wahl allerdings verlegt sich die CDU/CSU wesentlich auf rücksichtslose Hetze. Sie bedient sich dabei des von Strauss in der Sonthofener Rede bereits klipp und klar propagierten Konzepts:

1. **Man** muß die SPD/FDP-Regierung *„immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft."*

2. *„Nur anklagen und warnen, etwa* [illegible] *keine konkreten Rezepte nennen* [illegible] *Die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als noch heute."*

Die CSU/CDU wird im Wahlkampf keineswegs auf soziale Demagogie nach dem Muster des Niedersachsen-Coup verzichten, wo die Regierung Albrecht z.B. nach Amtsantritt die Einstellung aller Lehrer versprach. Im Wesentlichen werden wir uns aber auf eine hemmungslose antidemokratische und chauvinisti-

antritt die Einstellung aller Lehrer versprach. Im Wesentlichen werden wir uns aber auf eine hemmungslose antidemokratische und chauvinisti-

sche Hetze einrichten müssen, mit der die CSU/CDU die rückständigsten Schichten und politischen Strömungen unserer Bevölkerung zu mobilisieren versuchen wird. Gleichzeitig soll mit diesem Vorgehen die SPD in den Augen derjenigen Menschen, die mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem unzufrieden sind, als linke Alternative wieder aufgewertet werden. Bei der Enthüllung der CDU/CSU-Umtriebe wird es daher auch darauf ankommen, die gemeinsamen Ziele der bürgerlichen Parteien aufzuzeigen. ●

Antifaschismus-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Gesundheitspolitik der CDU:
Abbau sämtlicher Sozialleistungen

Die CDU will in der kommenden Legislaturperiode der Gesundheitspolitik eine zentrale Rolle in der Innenpolitik zukommen lassen. Auch ihr geht es, wie den „Kollegen" der SPD/FDP-Koalition darum, im Gesundheitswesen „konkrete Möglichkeiten der Kostenbegrenzung", sprich: weitreichende Sparmaßnahmen zu entwickeln. Die Vorschläge der CDU sollen dahin gehen, daß das „drohende Milliardendefizit" der Krankenkassen aufgefangen wird, ohne daß dieses zu drastischen Beitragserhöhungen führt. Ebenso lehnt sie die Selbstbeteiligung der Patienten an den Arztkosten ab. Stattdessen will sie *„alle Beteiligten in die Pflicht"* nehmen („SZ", 20.5.76).

Welche Möglichkeiten sich anbieten, wird in besonders perverser Weise an den Vorstellungen des „Leistungsring Deutscher Unternehmer e.V." (vergleichbar dem CDU-Wirtschaftsrat) deutlich, der der CDU hierbei „Schützenhilfe" leistet: *„Es kommt ... vorrangig darauf an, die Inanspruchnahme der Ärzte zu drosseln, und zwar 1. durch eine gesunderhaltende Lebensweise der Bevölkerung, 2.(....), 3. durch das Ausschalten des Krankfeierns und 4. durch eine sich in Grenzen haltende finanzielle Inanspruchnahme der Rentner für ihre zum wesentlichen Teil aus reiner Langeweile bzw. aus allzu großer Wehleidigkeit* (!!) *resultierenden Arztbesuche"*. Und weiter: Zur Erreichung dieser Ziele *„müßte das 'krankheitszüchtende' und folglich gemeinschaftsschädigende System der gesetzlichen Krankenversicherung von Grund auf reformiert und durch eine Gesundheitssparkasse mit individuellen Konten ersetzt werden."* D.h. daß jeder in Zukunft die Kosten und Folgen seiner Krankheit selber tragen und verantworten muß, was im Endeffekt auf den totalen Abbau sämtlicher staatlicher Sozialleistungen hinausläuft. Diese Äußerungen stehen auch genau im Einklang mit den in der Mannheimer Erklärung der CDU dargelegten Vorstellungen: Es gehe dabei um eine Gemeinschaftsaufgabe, die nicht auf den Staat abgewälzt werden darf. Der einzelne *„ (muß) stärker als bisher bereit sein, Verantwortung für sich selbst und seine Umwelt zu tragen"*, *„besonders wichtig ist ..., daß die Bürger wieder freiwillige soziale Dienste und Leistungen füreinander erbringen"*; die CDU fordert *„eigenverantwortliches, freiwilliges Engagement im sozialen Bereich."* ●

CSU – Polizei

CSU – Polizei

Am Wochenende des 22./23.5.76 tagte in Bayreuth die „Landesversammlung des Arbeitskreises der Polizei in der CSU". Sie legte die politische Marschrichtung für 1976 fest: *„Es gilt, bis zur Bundestagswahl den Bürgern ... noch klarer zu machen, wo ihre Sicherheit in guten Händen ist und wo Verharmlosungen und falsch verstandene Toleranz diese Sicherheit gefährdet haben"* (H. Rosenbauer, Bayr. Landtagsvizepräsident und Landesvorsitzender des AK Polizei in der CSU im „Bayernkurier", 29.5.76).

Im Arbeitskreis sind vorwiegend Polizisten organisiert. Er besteht heute aus rund 4.000 Mitgliedern und ist in sieben Bezirksverbände und 41 Regionalarbeitskreise gegliedert. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU/CSU gründet „Europäische Volkspartei"

Auf dem CDU-Wahlkongreß in Hannover dokumentierten ihre reaktionären Kumpane Ministerpräsident Tindemanns (Belgien), Lecannuet (Frankreichs CDF), Fanfani (Italiens DC) und zusätzlich noch Margret Thatcher (Großbritanniens Konservative) einstimmig und brav auf deutsch formulierend, daß sie auf die CSU-Linie eingeschworen sind: In ganz West-Europa geht es um „Freiheit statt Sozialismus".

Bereits im Februar gelang der CDU/CSU die Verabschiedung eines gemeinsamen „Europäischen Manifests" mehrerer reaktionärer Parteien. Anfang Mai wurde die „Europäische Volkspartei" in Brüssel gegründet, bestehend aus den Christdemokratischen Parteien der BRD, Belgiens, Frankreichs (CDF), Italiens, Irlands (Fine Gail), der Niederlande und Luxemburgs.

Dahinter steckt das Ziel der CSU/CDU, in ihrem politischen Einflußbereich – die SPD hat einen anderen, die sogenannten „sozialistischen" Parteien wie Soares' PS) – die einzelnen Parteien zu einem einheitlichen reaktionären Block unter Führung der CSU/CDU zusammenzuschließen und auszurichten.

Während es leicht gelang, die drei kleinen christdemokratischen Parteien in Holland zusammenzuketten, ist Frankreich, der imperialistische Hauptkonkurrent in Europa, erst teilweise einverleibt und untergeordnet. Es fehlen in diesem Bündnis noch die Gaullisten.

Ziel der CDU laut Mannheimer Erklärung: Den *„Herausforderungen, die sich aus den Entwicklungen in Süd-Europa* (d.h. den dortigen starken Arbeiterbewegungen, AK) *ergeben"*, entgegenzutreten. Dazu ist die CDU auch *„bereit, für die Aufrechterhaltung, Stärkung und Sicherung der freiheitlichen Ordnung in den freien Staaten Europas Leistungen zu erbringen und einen Teil unserer* (!) *Wirtschaftskraft einzusetzen."*

Im Klartext heißt das materielle Bestechung und politische Erpressung anderer Regierungen und Parteien. Pflichtschuldigst beteuerte Fanfani auf dem Wahlkongreß erneut, daß die DC keinesfalls mit der PCI in die Regierung gehen werde. ●

Bundesregierung streicht willkürlich Halbwaisenrente

Während die von der Bundesregierung beschlossene 11 %ige Erhöhung der Sozialrenten ab Juli 1976 über die Beihilfen wie Wohngeld, Heizkostenzuschuß etc. wieder aufgefressen wird, da der erhöhte Rentenbeitrag hier zur Anrechnung kommt, sollen die Halbwaisenrenten nun für einen Großteil der Bezieher ganz gestrichen werden.

Durch das Haushaltsstrukturgesetz vom 18.12.1975 werden der Kinderzuschuß bzw. die Halbwaisenrenten nicht mehr gewährt, auch wenn sich der bisherige Bezieher in Schul- oder Berufsausbildung befindet,

sofern er in seiner Ausbildung Bruttobezüge von 750 DM monatlich erhält oder

bei einer Ausbildung im Rahmen einer Rehabilitationsmaßnahme Übergangsgeld von 750 DM oder während der Ausbildung Unterhaltsgeld von 580 DM erhält.

Von diesem weiteren Abbau von Sozialleistungen ist ein großer Teil von Rentenbeziehern betroffen, insbesondere Leute, die sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden; des weiteren aber auch arbeitslose Kollegen, die an einer beruflichen Rehabilitationsmaßnahme (Umschulung etc.) und kranke Kollegen, die an einer medizinischen Rehabilitationsmaßnahme (Kur etc.) teilnehmen. ●

Sympathisanten des KB
in Mönchengladbach

Leber und Co. auf den SPD-Landeslisten vorn

Einige SPD-Landesverbände haben ihre Listen für die Bundestagswahl aufgestellt. Danach gibt sich tatsächlich ein „geschlossenes" Bild von „solidarisch" zusammenstehenden Sozialdemokraten: In Hessen stehen neben Bundesverteidigungsminister Leber (Platz 1!) Börner, Timm und Matthöfer; in Baden-Württemberg Schäfer, Offergeld und Ehmke; in Niedersachsen Wohnungsklauminister Ravens, Ober-„Kanalarbeiter Franke und Wissenschaftsminister Rohde und in Westberlin führt die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, Schlei, die Landesliste an.

Die Rechten oben, die „Linken" unten – sozialdemokratische Symmetrie!

Die bisherigen Ergebnisse zeigen wenig neue Gesichter auf den vorderen Rängen. Nur ist die Partei-„Linke", sofern überhaupt auf den Listen vertreten, noch weiter auf die unteren (meist aussichtslosen) Plätze gerutscht worden, als das vor der Wahl 1972 der Fall war. Das hervorstechenste Beispiel ist Frankfurt. Hatte noch vor der Ausmauschelzeremonie der Kandidatenliste der SPD-Chef (-Demagoge) Rudi Arndt angekündigt, *„er werde sein Parteiamt aufgeben, falls nicht die genannten Linken in der von ihnen gewünschten Reihenfolge berücksichtigt werden"*, („Frankfurter Rundschau", 14.5.76), standen die „genannten Linken" kurze Zeit später auf wohl aussichtslosen Plätzen: Der Bundestagsabgeordnete Coppik, auf der Vorschlagsliste immerhin auf Platz 12, fand sich auf dem 21. Platz, Ex-Juso-Führer Karsten Voigt auf Platz 22 ...

Bei der Kandidatenausmauschelei machten die SPD-Rechten noch einmal ihren künftigen Kurs klar: *„ ... mit der nun eingeschlagenen Richtung (sind) nicht lediglich persönliche, sondern auch sachliche Grundsatzpositionen im südlichen Bezirk der hessischen SPD zurechtgerückt. Die gemäßigte Mehrheit will dort eine Marktwirtschaft verteidigen, deren soziale Zuwendungen von keinem anderen System geboten werden können"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15.5.76)!

Das widerlegt noch einmal die ungeheure Demagogie der Juso-Vorsitzenden Wieczorek-Zeul, die nach dem Durchmarsch der Rechten bei den Vorstandswahlen der südhessischen SPD allen ernstes erklärt hatte: *„Selbst wenn bei uns rechts gewählt wird, wird links beschlossen"* („Hamburger Abnedblat", 26.4.76). Lügen haben bekanntlich kurze Beine.

Hervorgehoben zu werden verdient noch die Listenaufstellung in Niedersachsen. Schon seit Monaten (!) rangelten sich der Bundeswissenschaftsminister Rohde und der Bundesminister für „innerdeutsche" Beziehungen, Kanalarbeiter Franke, um den zweiten Platz auf der Landesliste. Franke gewann.

„Nach einem Gespräch Frankes mit Helmut Schmidt (!) sah sich der Landesausschuß veranlaßt, seinen Vorschlag an den Landesparteitag zu ändern und Rohde auf den dritten Platz zurückzustufen. Diese Vorgänge kamen auf dem Parteitag (der niedersächsischen SPD – Anm. AK) *jedoch nicht zur Sprache; eine von den Jungsozialisten beantragte Personaldebatte fand nicht statt"* („FR", 17.5.76) ...

Man darf gespannt sein, was die Jusos sich jetzt noch einfallen lassen, um die SPD „wählbar" zu machen ...

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Bodenrechts „reform" im Sinne der Großgrundbesitzer

Auch das letzte große „Reform"vorhaben der sozialliberalen Koalition, die Reform des Bodenrechts, ist gescheitert. Neben Mitbestimmung, Steuer- und Ausbildungsreform war die Bodenreform als „Jahrhundertwerk" (Bundesbauminister Ravens) hochgejubelt worden. Mit ihr sollte der Bodenspekulation ein Ende gemacht werden.

Es geht dabei um die Neufassung des seit 1960 gültigen Bau- und Planungsrechts der BRD, des sogenannten Bundesbaugesetzes. Die Neufassung dieses Gesetzes hatte als „Kernstück" ein neues Bodenrecht enthalten, was vorsah, daß die Spekulationsgewinne der Grundbesitzer teilweise zugunsten der Gemeinden abgeschöpft werden können.

Mitte Mai 76 wurde nun ein neues Planungsrecht im Bundestag mit den Stimmen aller Parteien verabschiedet. Das einstige „Kernstück" – die Abschöpfung „leistungsloser Planungsgewinne" bei Grundstükken – ist in der jetzt verabschiedeten Gesetzesfassung ersatzlos gestrichen! Alle Reformansätze hinsichtlich einer Einschränkung der Bodenspekulation sind restlos auf der Strecke geblieben! Die Bodenspekulation geht unvermindert weiter.

Profithaie

Die Bodenspekulation war und ist ein sehr einträgliches Geschäft:

o Z.B. kaufte sich ein Geschäftsmann 1962 in Frankfurt ein Grundstück für 200.000 DM. Als ein städtischer Bebauungsplan für dieses Grundstück vorlag, konnte der Mann das Grundstück für 5,8 Mio. DM verkaufen, Profitspanne: 3000%!

o Der Deutsche Städtetag schätzte die Spekulationsgewinne seit 1960 auf über 50 Milliarden DM.

o Nach einer [illegible] Gesamtvermögensrechnung (von Prof. W. Engels, Frankfurt) erhöhte sich der Bodenwert in der BRD seit 1950 um rd. 650 Mrd. DM. Das ist ein Vermögenszuwachs, der im wesentlichen nur aufgrund öffentlicher Planung (d.h. das Grundstück wird vom Ackerland zum Bauland ausgewiesen) und aufgrund öffentlicher Maßnahmen, wie z.B. Straßenbau, zustande gekommen ist!

o Das ständige Anwachsen der Bodenspekulation zeigt sich an der Entwicklung der Baulandpreise, die von 1950 bis 1960 im Schnitt um 310% und bis 1970 um 1200% anstiegen. In Ballungsgebieten wie München betrug der Anstieg der Baulandpreise sogar 2830% (von 1959 bis 69). Der Anstieg der Baulandpreise schlägt voll durch auf die Mieten.

o Die enormen Profite, die mit Hilfe des Monopols an Grund und Boden zu erzielen sind, fließen vorwiegend in die Taschen der wenigen Großgrundbesitzer (deren berüchtigster Vertreter, Baron von Finck, aus seinem Grundbesitz täglich 1 Mio. DM „verdient"), der eng mit ihnen verfilzten Versicherungsgesellschaften, Banken und großen Wohnungsbaugesellschaften.

„Kampf gegen die Bodenspekulation"? – ohne das neue Bodenrecht!

Ursprünglich sollten die Spekulationsgewinne über eine Bodenwertzuwachssteuer zugunsten der Gemeinden abgeschöpft werden können. Die FDP lehnte diese Steuer schlichtweg ab, CDU/CSU bezeichneten die „Reformer" mit Ausdrücken wie „sozialistische Parasiten" und schließlich zog Helmut Schmidt persönlich diese Vorstellungen zurück.

Stattdessen wurde als Kernstück des neuen Baugesetzes ein „Planungswertausgleich" vorgeschlagen, der lediglich die Bodenpreissteigerungen bei der Umwandlung von Ackerland zu Bauland abschöpfen sollte. Doch auch hier legte sich die FDP quer und ließ nur einen Planungswertausgleich von der Hälfte der Preissteigerung zu. Auch davon sollten bestimmte Kosten der Hausbesitzer (Erschließungskosten) noch abgezogen werden . . .

Die übrig gebliebene lächerlich[illegible]ringe Abschöpfung war dann der CDU/CSU immer noch zu viel. Sie ließ im Bundesrat den Planungswertausgleich scheitern. Daraufhin hat die Regierungskoalition, insbesondere die SPD ihren „Kampf gegen die Bodenspekulation" erstmal in der Schublade verschwinden lassen und das neue Bundesbaugesetz ohne sein „Kernstück", d.h. ohne Planungswertausgleich durchgebracht.

Durch das Scheitern der Bodenrechtsreform haben die Grundbesitzer und Bodenspekulanten einen neuen Sieg davongetragen.

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

Große Koalition in Marburg! SPD und Dreggers CDU

Während sich landauf landab SPD und CDU/CSU „fürs Volk" große Gefechte in Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl lieferten, ist in Marburg die Große Koalition Wirklichkeit geworden. Die SPD stellt den Oberbürgermeister und einen hauptamtlichen Magistratsposten, die CDU den Bürgermeister und den zweiten Hauptamtlichen. Besondere Beachtung findet die Tatsache, daß Marburgs CDU nicht irgendeine, sondern die von Alfred Dregger ist. Von dem Mann, der selbst von Bundeskanzler Schmidt z.B. in der „Haushaltsdebatte" wortradikal *„konservativen und reaktionären Kreisen"* zugerechnet wurde. Für eine Koalition mit solchen Elementen sind sich die SPD-Führer nicht schade genug. Das „Beispiel Marburg" zeigt die ganze Verlogenheit solcher Ankündigungen, wie „den Wähler gegen die Konservativen mobilisieren" zu wollen.

Tatsächlich sind die Unterschiede ziwschen SPD und CDU herzlich gering, worauf übrigens selbst das Parteiorgan "Vorwärts" hinweist: Es *„ist kaum zu übersehen, daß die Heftigkeit und die*

hinweist: Es *„ist kaum zu übersehen, daß die Heftigkeit und die*

Lautstärke, mit der die Parteien jetzt aufeinandern losgehen, in einem seltsamen Mißverhältnis zu dem wirklichen Ausmaß der Positionsunterschiede steht" (20.5.76).

Mit Parteiausschlüssen gegen Proteste

Der Bildung einer großen Koalition in Marburg vorausgegangen waren etliche Auseinandersetzungen gerade auch in der Marburger SPD. Die SPD-Führer reagierten prompt. Vier SPD-Mitglieder enthob der Bezirksvorstand Hessen-Nord unter der Führung von SPD-Vorstandsmitglied Holger Börner (auch einer der früheren Juso-Vorsitzenden) ihrer Parteifunktionen und suspendierte ihre Mitgliedschaften. Wie die „Frankfurter Rundschau" vom 24.5.76 berichtet, sind inzwischen gegen 23 (!) SPD'ler Parteiordnungsverfahren eingeleitet.

Ursprünglich wollte der Bezirksvorstand gar gegen 170 SPD-Mitglieder Parteiordnungsverfahren einleiten (s. AK 78, S. 40), hat diese Absicht aber aus taktischen Gründen erst einmal zurückgestellt.

erst einmal zurückgestellt.

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Steigende Kriminalität? Eine Richtigstellung!

Entgegen der von der bürgerlichen Propaganda von abends bis morgens verbreiteten Greuelpropaganda von der ständig wachsenden Kriminalität und Unsicherheit auf Westdeutschlands Straßen kann man im Zuge des heraufziehenden Wahlkampfes jetzt eine erfreuliche Richtigstellung vernehmen.

So sprach der Hamburger Innensenator Staak am 13.5.76 im „Wohnzentrum für ältere Mitbürger der Arbeiterwohlfahrt Lurup" beruhigend auf die Alten ein: *„Die Bürger"* tönte der oberste Polizist Hamburgs, *„sind jedoch objektiv sicherer, als sie es subjektiv empfinden. Durch die Medien hat sich unser Erlebnishorizont erheblich erweitert. So entsteht leicht der Eindruck, daß stän-*

zont erheblich erweitert. So entsteht leicht der Eindruck, daß stän-

dig gemordet, geraubt und vergewaltigt wird".

Der Informationsdienst der Staatlichen Pressestelle Hamburg berichtet weiter: *„Daß dies völlig falsch sei, bewies der Senator anhand der nachfolgenden Zahlen: Der Anteil der Gewaltkriminalität – Mord, Totschlag, Raub und Vergewaltigung – an der Gesamtkriminalität beträgt lediglich 2,5%. Zwei Drittel der Fälle von Gewaltkriminalität werden im Freundes- und Bekanntenkreis verübt, auf den die Polizei präventiv keinen Einfluß hat. Gerade für Fälle von Gewaltkriminalität gibt es hohe Aufklärungsquoten. So werden 96% der Morde aufgeklärt."*

Man merke: Kriminalität steigt nur dann, wenn sie zur Rechtfertigung der Polizeiaufrüstung gebraucht wird, ansonsten ist die BRD ein Schlaraffenland der „Sicherheit". Auf solche Richtigstellungen sollten wir in nächster Zeit des öfteren achten.

Nach „Roter Punkt"-Aktion – Parteiordnungsverfahren in Leverkusen

Die SPD-Schiedskommission des Unterbezirks Leverkusen schloß ein Mitglied des Juso-Unterbezirksvorstandes aus der Partei aus und verhängte über drei weitere Jusos das Ruhen ihrer Mitgliedschaften für mehrere Jahre. Die Leverkusener Jusos hatten sich im Herbst letzten Jahres gegen die 20%-ige (!) Fahrpreiserhöhung des Nahverkehrsunternehmens im Rhein-Wuppe-Sieg-Kreis gewandt.

Daraufhin wurde der gesamte Juso-Unterbezirksvorstand mit sofortiger Wirkung seiner Ämter enthoben und gegen vier Jusos Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Diese Verfahren haben jetzt ihr (unrühmliches) Ende gefunden.

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kommunale Wohnungsvermittlung vor dem Ende?

Um die Vormachtstellung der Makler einzuschränken, wurden seit 1973 in rund 150 westdeutschen Groß- und Kleinstädten kommunale Wohnungsvermittlungen eröffnet. Zu sehr waren die Makler mit ihren erpresserischen Geschäftsmethoden ins Gerede gekommen. Viele Wohnungssuchende mußten Tausende DM an Vermittlungsgebüren oder Vorauszahlungen leisten – nicht selten auch, daß ihnen nicht einmal eine Wohnung vermittel wurde.

Die kommunalen Wohnungsvermittlungen verlangten höchstens eine Monatsmiete als Courtage, viele vermittelten auch für die Mieter kostenfrei, so in Hamburg, wo in den letzten 20 Monaten 3.473 Wohnungen vermittelt wurden. („Welt", 29.9.75) Die Verwaltungskosten von 109 DM pro Wohnung trug die Stadt.

In anderen Städten wurden erheblich weniger Wohnungen staatlich vermittelt: 1975 waren es in Bielefeld 533, in Stuttgart sogar nur 300. In München, wo 1973 noch 827 Mieter eine neue Wohnung mit Hilfe der Stadt fanden, waren es 1974 nur noch 610. Grund hierfür ist nicht etwa mangelnder Bedarf an billigerer Wohnungsvermittlung, sondern die Halbherzigkeit, mit der diese Aufgabe von den Gemeinden angepackt wurde. In vielen Städten ist nur eine Sekretärinnen-Stelle für die Wohnungsvermittlung vorgesehen, oder das Wohnungsamt macht das nebenbei mit. In einigen Städten im Ballungsraum Ruhrgebiet besteht die ganze Vermittlung aus einem Aushang am Schwarzen Brett der Bezirksverwaltungen! Eine öffentliche Werbung wurde fast nirgendwo gemacht.

So ist es kein Wunder, daß bei zurückgehenden Vermittlungszahlen und steigenden Kosten immer mehr Städte die Wohnungsvermittlung wieder schließen. So in Stuttgart, Bielefeld und Aachen („Welt", 22.4.76), wo die „Spar"politik – wie üblich – gerade bei den sozialen Gebieten anfängt. Die Städte beugen sich damit auch dem Druck der CDU, der Haus- und Grundeigentümerverbände und der Makler, die von Anfang an Strum gegen die Einrichtungen gelaufen sind. Der Ring Deutscher Makler kritisierte: *„Wenn die Kommune sich auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt tummelt, verletzt sie das im Grundgesetz verankerte Recht auf Gleichbehandlung"* („Stern", 8/76).

Dies sogenannte „Recht auf Gleichbehandlung" kostet die Wohnungssuchenden mindestens eine dreifache Wohnungsmiete, die die Makler auch weiterhin konkurrenzlos erpressen wollen.

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

Münchens SPD-Rechte nach wie vor gemeinsam mit der CSU

Kurz vor den Neuwahlen der Münchener Stadträte hatten noch CSU'ler darauf hingewiesen, daß *„vor Wochen getroffene Absprachen mit Vertretern der SPD* (die ‚Linken' gemeinsam rauszukanten – Anm. AK) *bisher von keiner Seite für null und nichtig erklärt worden sind ..."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 28.4.76).Und so kam es denn auch.

Bis zu neun Gegenstimmen erhielten die „linken" SPD-Stadträte (alle gestandene Sozialdemokraten) von ihren eigenen Parteifreunden. Die CSU-Freunde in der SPD gaben ungültige Stimmen ab *„oder verbündeten sich gar mit dem politischen Gegner, der CSU, um mißliebige ‚Linke' ... zu Fall zu bringen"* („Hamburger Abendblatt", 6.5.76). So stimmten gegen den prominentesten angeblichen „Linken", den Stadtkämmerer und Vorsitzenden des Unterbezirks München Max von Heckel,neun SPD-Rechte!

Demgegenüber erhielt der CSU-Fraktionsvorsitzende Zehetmeier bei der Wahl des Kulturreferenten die Stimmen von sechs SPD-Stadträten!!

Die Entwicklung in München widerlegt schlagend das „Einigungs"geschwafel der SPD-Führer. Der Rechtstrend „in und mit der SPD" geht weiter!

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg